Mevc. 225 m

Niederländische und Grossbritannische

Wechsel- und Münzgesetze.

Mit Übersetzung und Anmerkungen.

Nebst den neuen

Dänischen Wechselgesetzen.

Herausgegeben
von

Dr. Ph. Fr. Schulin.

Mit 3 lithographirten Tafeln.

FRANKFURT AM MAIN,
bey Franz Varrentrapp.

1827.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Dem

Hohen Senat

der

freyen Stadt

Frankfurt am Mayn

ehrerbietigst gewidmet.

Dem

Hohen Senat

der

freyen Stadt

Frankfurt am Mayn

ehrerbietigst gewidmet.

Durch eine gefällige Mittheilung des Herrn Geheimen Rath Mittermaier in Heidelberg erhielt Unterzeichneter kurz nach Publication der neuen Niederländischen Wechselordnung Kenntniss von derselben; die Veranstaltung eines Abdrucks derselben, zugleich mit den neuen Grofsbritannischen und Dänischen Wechselgesetzen, schien um so angemessener, da man gegenwärtig an mehreren andern Orten mit demselben Theile der Gesetzgebung beschäftigt ist. Die Beifügung der noch geltenden ältern Grofsbritannischen Wechselgesetze war des Zusammenhangs wegen, und weil dieselben zum Theil wenig bekannt sind, erforderlich. [1])

1) Die Uebersetzungen der Grofsbritannischen und Dänischen Wechselgesetze, gleichwie der unten S. 398 fgg. abgedruckten Englischen Münzgesetze, schliessen sich, soviel irgend möglich war, Wort für Wort genau an die — zur Vergleichung mit abgedruckten — Originalien an.

Von den Grofsbritannischen Wechselgesetzen sind drei, nämlich 9 und 10. W. III. Cap. 17., 3 und 4 Anna Cap. 9., und 17. Geo. III. Cap. 30., bereits in von Martens Ursprung des Wechselrechts (Göttingen 1797.) und daraus in von Zimmerls Sammlung der Wechselgesetze, ersten Bandes zweyter Abtheilung (Wien 1809.) abgedruckt. Desgleichen findet sich in Uhls zweiter Fortsetzung des Siegelschen Corporis Juris Cambialis eine, ungenaue, Uebersetzung des Schottländischen Wechselgesetzes von 1681.

Von gleich hohem Interesse sind die in England und den Niederlanden neuerdings erschienenen Münz-Gesetze, deren Mittheilung, sammt den denselben beigefügten Erläutrungen und wesentlichen Beiträgen zu dem wechselrechtlichen Inhalte dieser Schrift, Unterzeichneter der Gewogenheit des hochverehrten Verfassers der Aphorismen aus dem Fache der Münzgesetzgebung etc. etc. (Frankfurt 1817)[1]), der Materialien für Münzgesetzgebung (Frankfurt 1822)[2]), und andrer zu Frankfurt, anonym, erschienener rühmlichst anerkannter Schriften, aus dem Fache der Handels- und insbesondere auch der Münzwissenschaft, verdankt.

Die Niederländische Wechselordnung hat sich in der Mehrzahl ihrer Bestimmungen an die Französische angeschlossen; die unten Seite 70. gelieferte Tabelle, sammt den derselben beigefügten Bemerkungen, gewährt eine desfallsige Uebersicht, und erleichtert die Benutzung der Commentatoren des Französischen Handelsgesetzbuchs zu Erläuterung des Niederländischen Gesetzes. Doch enthält Letzteres viele in dem Französischen fehlende Anordnungen und in andern Fällen ist durch größere

1) Man sehe hierzu Hallische Allgemeine Literaturzeitung. 1817. Nro. 299 — 301.

2) Man sehe hierzu: Ueber Münzgesetzgebung. Ein Beitrag zur Erörterung einiger wichtigen Momente und Grundsätze der Münzgeschichte und Münzlegislation. Frankfurt 1822.

Bestimmtheit der Fassung irrigen Interpretationen vorgebeugt. [1])

Statt einer — bereits verfertigten — Deutschen Uebersetzung, hat man vorgezogen, dem Holländischen Texte die immittelst im Journal Officiel du Royaume des Pays-Bas erschienene Französische Uebersetzung beizugeben, da ohnehin, bei Solchen, die sich für das Wechselrecht auswärtiger Länder interessiren, die Kenntnifs der Französischen Sprache allgemein ist.

Bei der unten S. 274. fgg. versuchten Darstellung derjenigen Sätze des Brittischen Wechselrechts, welche für Ausländer Interesse haben, ist, zu Erleichterung der Uebersicht und der Vergleichung mit andern Wechselrechten, die in dem Niederländischen Wechselgesetze angenommene Ordnung der einzelnen Materien befolgt worden. [2]) —

1) Die Niederländische W. O. — ein Theil des dasigen Handelsgesetzbuchs — wird zugleich mit den übrigen nach Art. 163 des Grundgesetzes des Königreichs der Niederlande einzuführenden Gesetzbüchern (wovon der Code Pénal und die Codes de Procédure civile und d'Instruction criminelle noch bevorstehen) in Ausübung, und dadurch das dermalen dort noch geltende Französische Wechselrecht ausser Kraft gesetzt werden; in Folge des oben im Text Gesagten wird das neue Gesetz nicht verfehlen, jetzt schon einen bedeutenden Einfluss auf die Interpretation des Französischen zu äussern.

2) Man hat dabei, wo immer möglich, die ipsissima verba Brittischer Rechtsgelehrten, — obwohl weit davon entfernt, den Erörtrungen derselben überall Beifall zu schenken, — in getreuer Uebersetzung

Vorzüglich ist dabei das Werk von Thomson [1]) benutzt worden, dessen Verfasser überall das Schottländische [2]) Wechselrecht mit dem Englischen zu-

eingeschaltet, indem der Gesichtspunkt des praktischen Gebrauchs den Vorrang zu verdienen schien. — Wie ungenügend, und zum Theil schwer verständlich (von Letzterem findet man unter andern in der S. 368, 369. dieser Schrift aufgenommnen Aeusserung des Thomson ein auffallendes Beispiel) die Brittischen Wechselgesetze sind, wird jedem Leser von selbst einleuchten.

1) A treatise on the law of bills of exchange, promissory-notes, bank notes, bankers' notes, and checks on bankers, in Scotland; including a summary of English decisions applicable to the law of Scotland. By Robert Thomson, Esq. Advocate. Edinburgh 1825. 8. (922 Seiten.)

2) Vor Thomson existirte keine irgend genügende Bearbeitung desselben. Er sagt in dieser Hinsicht, S. 7. der Vorrede:

„Es ist bemerkenswerth, dafs, seit Wechsel und Zahlscheine (promissory notes) in Schottland volle Wirkung als commercielle Urkunden erhielten, von keinem Rechtsgelehrten eine Schrift darüber edirt worden ist. Das Werk von Forbes (Forbes war Professor auf der Universität Glasgow), welches über hundert Jahre alt ist, ward geschrieben lange ehe Zahlscheine die Privilegien der Wechsel erhielten, und ehe für Wechsel und Zahlscheine eine abweichende Präscription eingeführt ward; und, obwohl es ein Werk von grofsem Verdienst ist, und einen grossen Theil der zur Zeit seiner Abfassung auf Wechsel anwendbaren Rechtssätze enthält, vorzüglich derjenigen, welche in den Continental-Schriftstellern zu finden waren, so kann doch mit Wahrheit gesagt werden, dafs das Recht der Wechsel und Zahlscheine, so weit es auf Schottländischen Präjudicaten beruht, sich erst später gebildet hat. Zwei Ausgaben eines sehr achtungswerthen neuern Werkes sind über den nämlichen Gegenstand erschienen. Aber, ich glaube Kenner stimmen ziemlich darin überein, dafs ein Werk, welches eine vollständige und systematische Erörterung des Schottländischen Rechtes, hinsichtlich der Wechsel

sammenstellt, und stets auf die zum Grunde liegenden Principien zurückgeht, — welches letztre, bei der, von Falck, Professor des Rechts in Kiel, [1]) treffend geschilderten, unmittelbar praktischen Tendenz der Englischen Rechtsgelehrten, ein grofses Verdienst ist. Er versichert, [2]) überall aus den Reports [3]) selbsten geschöpft zu haben, ohne fremden Citaten zu trauen.

und Zahlscheine, wie dasselbe durch die Entscheidungen unserer Gerichte bis auf die gegenwärtige Zeit erläutert worden ist, enthielte, noch immer ein Desideratum ist. Eben so wenig hat jemand bis jetzt die schwierige und wichtige Arbeit übernommen, die in den Entscheidungen der Englischen Gerichte enthaltnen Schätze der Rechtswissenschaft, — so weit das Recht in Schottland und England auf gemeinsamen Principien beruhet, — mit den Schottländischen Autoritäten in Einem Werke zu vereinigen."

Das „neuere Werk über Schottländisches Wechselrecht", wovon Thomson in vorstehender Stelle sagt, dafs es bereits zwei Auflagen erlebt habe, ist ohne Zweifel

William Glen, A treatise on the law of bills of exchange, promissory notes, and letters of credit, in Scotland.,

wovon, nach des Verfassers Tod, 1824. zu Edinburgh die zweite Ausgabe erschienen ist. — Das Verzeichnifs der benutzten Rechtsfälle umfasst bei Glen ohngefähr 450 Schottländische und 200 Englische, bei Thomson ohngefähr 750 Schottländische und 1100 (!) Englische Präjudicate. Das Wechselrecht von Schottland weicht nur in einzelnen Punkten von dem Englischen ab, und der Court of Session befolgt, in Zweifelsfällen, Englische Präjudicate (Glen S. VI.).

1) In der Vorrede zu Blackstone's Handbuch des Englischen Rechts, im Auszuge von Gifford. Uebersetzt von H. F. C. v. Colditz. Schleswig 1822. Bd. I.

2) S. VIII, XXXVII.

3) Diese Sammlungen der Rechtsfälle werden in Grofsbritan-

Nicht minder sind indefs dabei die Schriften Englischer Rechtsgelehrten benutzt worden, namentlich die von Beawes, Cunningham, Kyd, Manning, vor allen aber das umfassende Werk von Chitty [1]), worin, nach Inhalt der table of cases, aus ungefähr 1700 (!!) Englischen Präjudicaten die Resultate der Praxis abgeleitet sind. Bayleys Englisches Wechselrecht [2]), welches man erst nach langer Verzögerung, als der Druck dieser Schrift beinahe beendigt war, endlich aus London erhielt, bot, nach den Werken von Chitty und Thomson, keine weitere erhebliche Ausbeute dar. In den Zusätzen (unten S. 573 fgg.) ist Einiges daraus nachgetragen.

Die erwähnte Schrift von Manning [3]), wovon

nien von Privatleuten veranstaltet, ohne Authenticität, — s. J. Rey, Des institutions judiciaires de l'Angleterre comparées avec celles de la France. Tome Premier. A Paris 1826. Pag. 128; — sie sind unvollständig, und man findet in den Schriften Brittischer Rechtsgelehrten häufige Rüge der Ungenauigkeit, womit darin einzelne Präjudicate erzählt sind, und dadurch oft die Ungewifsheit des Rechts vermehrt wird. — Ein Beispiel des Letztern s. unten S. 360. Not. 1.

1) A practical treatise on bills of exchange, checks on bankers, promissory notes, bankers' cash notes, and bank notes. The sixth edition. By Joseph Chitty, Esq. of the middle temple, barrister at law. London 1822.

2) Summary of the law of bills of exchange, cash bills, and promissory notes. By Sir John Bayley, Knt., one of the justices of His Majesty's court of King's Bench. The fourth edition. London 1817.

3) The law of bills of exchange, promissory notes, bank

Jacobsen[1]) eine Uebersetzung geliefert hat, ist, wie der Verfasser selbst in der Vorrede anzeigt, ein Auszug aus den damaligen Werken über Englisches Wechselrecht, und insbesondre aus einer ältern Ausgabe des Chitty. Sehr begründet ist das Urtheil von Falck[2]),

« dafs diese Schrift von Manning in Absicht der Methode kaum mit einem mittelmässigen deutschen Compendium die Vergleichung aushalte, wie denn überhaupt Rechtserörtrungen, die das Allgemeine in seinen besondern Anwendungen verfolgen oder von dem Besondern des einzelnen Falles zu den höhern Grundsätzen hinaufsteigen, anderswo, als in den theoretischen Schriften der Englischen Rechtsgelehrten, zu suchen seyen. »

Es finden sich darin sogar mancherlei Irrthümer, wie eine Vergleichung mit den unten S. 274. fgg. gelieferten Erörtrungen über das Brittische Wechselrecht bewähren wird, und überdiess hat seit dem Erscheinen jener Schrift das Englische Wechselrecht wichtige Aendrungen erfahren; vom Schottländischen Rechte ist bei Manning nirgends die Rede.

notes, bankers' notes, drafts and checks. The fourth edition. By E. W. Manning, Esq. London 1817.

1) Umriss des Englischen Wechselrechts. Altona 1821.

2) a. a. O. S. LX.

Jacobsen [1]) sagt zum Lobe des Englischen Wechselrechts:

« Das Englische Wechselrecht gewährt ein Beispiel, wie das positive Recht, frei von kleinlichen Rücksichten und Vorurtheilen, den Bedürfnissen der Menschen und Zeiten sich anpasst, weil es in England von Menschen gehandhabt wird, welche in der Sache selbst, worüber sie urtheilen, leben und weben. Der Gelehrte, der als Richter die Jury von Kaufleuten in juridischer Hinsicht leitet, kann nur solche Grundsätze aufstellen, welche aus der Lage der Sache fliessen, um Gehör zu finden. »

Demohngeachtet ist es gerade das Schwanken und die häufige Unangemessenheit der Aussprüche der Jury's, worüber Englische Schriftsteller klagen, und wodurch die Englischen Gerichte in neuerer Zeit veranlasst worden sind, die Concurrenz der Jury's auch bei handelsrechtlichen Entscheidungen möglichst zu beschränken. So sagt Chitty [2]):

« Man hielt einstens dafür, daſs die Angemessenheit einer Zahlungspräsentation hinsichtlich der Zeit, wann sie geschehen müsse, stets eine von der Jury zu entscheidende Frage sey; aber da man fand, daſs die Entscheidungen der Jury's sehr häufig einander widersprachen und folglich das

1) Vorrede S. XXVIII, XXIX.
2) S. 262.

Handelsrecht in dieser Hinsicht sehr in Ungewissheit brachten, ... so ist es jetzt ausgemacht, dafs die Bestimmung der Zeit, wann die Präsentation geschehen musste, zur Competenz des Gerichts gehöre.»

und ebenso bemerkt er an einer andern Stelle [1]), dafs die Einschränkung der Competenz der Handels-Jury's, wegen der häufig einander widerstreitenden Aussprüche derselben, durch die Nothwendigkeit geboten werde. [2])

Hieraus rechtfertigt sich die Befugniss der Englischen Gerichte, Verhandlung der Sache vor einer andern Jury (a new trial) zu bewilligen, wenn der Ausspruch der ersten Jury in meritis causae rechtswidrig ist [3]), — wodurch die Richter das Mittel in Händen haben, nach vernommener Meinung der

1) S. 269, 270.

2) Auch in Hamburg sind die Stimmen darüber getheilt, ob die Vorzüge, welche sich für Handelsgerichte anführen lassen, nicht durch die daraus entstehenden Nachtheile überwogen werden. S. z. B. Archiv für das Handelsrecht. Eine Sammlung praktisch wichtiger vor dem Hamburgischen Handelsgerichte verhandelter Rechtsfälle. Herausgegeben von einigen Hamburgischen Rechtsgelehrten. Erster Band. Hamburg 1818. S. XXIX fgg. — Vgl. „Ueber Handelsgerichte in Beziehung auf Bremen. Bremen 1817." und die in Von Gönner, von Staatsschulden, deren Tilgungsanstalten und vom Handel mit Staatspapieren. Erste Abtheilung. München 1826. S. 40, 41. Note. mitgetheilte Aeusserung des königl. Preuss. Justiz-Ministers von Kircheissen.

3) Vgl. Gifford a. a. O. Zweiter Bd. S. 200. — S. z. B. unten S. 318. Note 3.

Jury, ihrer eignen Ansicht Anerkennung zu verschaffen.

Einige, — ungenügende, und zum Theil sogar irre führende, — Nachricht vom Englischen Wechselrecht findet man auch: in einem bey Von Martens, Ursprung des Wechselrechts S. 134 — 236., und daraus in Von Zimmerls Sammlung der Wechselgesetze I. 2. S. 314 — 315. abgedruckten Aufsatze von Nicolaus Magens, — in C. C. Becher, Nützliche Bemerkungen bei der Einleitung und Führung kaufmännischer Geschäfte in und mit England. Hamburg 1820. S. 12 — 13, — in Kelly, Le cambiste universel ou traité complet des changes, monnaies etc. (aus dem Englischen ins Französische übersetzt) Paris 1823. Tome second, Pag. 1. fgg., — in der Thémis ou bibliothèque du jurisconsulte. Tome VII. Quatrième livraison. Février 1825. Paris. Pag. 187 — 194., — und in der Schrift: Die Handelsanstalten in London, mit verwandten Gegenständen, aus dem Englischen. Stuttgart 1826. S. 173 — 175.

Frankfurt a. M., im December 1826.

Dr. Ph. Fr. Schulin.

INHALTS-ANZEIGE.

Seite

Niederländische Wechselordnung vom 23. März 1826 1 fgg.

Erster Abschnitt. Von der Natur und der Form der Wechselbriefe. Art. 1—4. 4 fgg.

Zweiter Abschnitt. Von dem Verhältnisse zwischen dem Trassanten und dem Nehmer eines Wechselbriefs. Art. 5—12. 6 fgg.

Dritter Abschnitt. Von der Acceptation der Wechselbriefe. Art. 13—33. 10 fgg.

Vierter Abschnitt. Von dem Indossiren der Wechselbriefe. Art. 34—40 24 fgg.

Fünfter Abschnitt. Von dem Verhältnisse zwischen dem Trassanten und dem Acceptanten, zwischen dem Inhaber und dem Acceptanten, und zwischen dem Inhaber und den Indossanten. Art. 41—49. 28 fgg.

Sechster Abschnitt. Von der Verfallzeit und Bezahlung der Wechselbriefe. Art. 50—75. 32 fgg.

Siebenter Abschnitt. Von den Rechten und Verpflichtungen des Inhabers bei Nicht-Acceptation oder Nicht-Zahlung des Wechselbriefs. Art. 76—102. . . 44 fgg.

Achter Abschnitt. Von Aufhebung der aus Wechseln entstehenden Verbindlichkeit. Art. 103. 62 fgg.

Neunter Abschnitt. Von Ordrebriefen und Assignationen oder Kassierbriefen. Art. 104—109. 64 fgg.

Allgemeine Verfügung. Art. 110. 68 fgg.

Bemerkungen zu der Niederländischen Wechselordnung. 70 fgg.

Niederländisches Münzgesetz vom 28. Sept. 1816. 98—115

Zugaben 116—139

Eintheilung der vormaligen Holländischen Troyschen Gewichtsmark 116

Seite

Aus der neuesten Niederländischen Münzgesetzgebung sich ergebendes Verhältniſs der vormaligen Holländischen Troyschen Mark zur Cölner Mark 116, 117
Bei dem alten Holland üblich gewesene Bezeichnungsweise der Feine edler Metalle 117
Bei dem alten Holland im Kauf und Verkauf üblich gewesene Art der Wägung edler Metalle 117
Eintheilung der vormaligen Pariser Gewichtsmark . . 117, 118
Von dem Verhältnisse der vormaligen Pariser Gewichtsmark zum neuen Französischen Gewicht und zur Cölner Mark 118
Von der ehemals in Frankreich üblich gewesenen Bezeichnung des feinen Gehalts der edlen Metalle . . . 118
Von der Eintheilung des jetzigen auch im Königreich der Niederlande heimisch gewordnen Französischen Gewichts und der danach geschehenden Bezeichnung der Feine der edlen Metalle 118, 119
Von der Cölner Mark, dem beim Deutschen Münzwesen gebräuchlichen Richtpfennigsgewicht, und der vormaligen und jetzigen Deutschen Bezeichnungsweise der Feine edler Metalle 119—123
Aus dem neuesten Niederländischen Münzgesetz resultirende Vergleichung der Holländischen Troyschen Mark mit dem neuen Französischen Gewicht und der Cölner Mark 123—125
Schrot und Korn nach dem neuesten Niederländischen Münzgesetz daselbst geprägt werdenden Silber- und Gold-Gelds auf Cölner Gewicht berechnet 125 fgg.
Gesetzliche Niederländische Proportion zwischen Kupfer und Silber, und Gold und Silber 126, 127
Von der in dem Königreich der Niederlande gesetzlich verfügten Abschaffung aller Remedien 130
Darauf bezügliche Note 131
Die besagte Niederländische Remedien-Abschaffung rechtfertigendes Bruchstück aus der Deutschen Münzgeschichte 133—139

Beschluſs vom 8. Dec. 1824., die allgemeine Beobachtung der hinsichtlich des Niederländischen Münzwesens ergangnen Verfügungen, und Feststellung eines Tarifs für die in

Seite

den südlichen Provinzen cursirenden alten Provincial- und Landesmünzen betr. . . . 140–149

Gesetz vom 25 Februar 1825., die Aufhebung des gesetzlichen Curses der Französischen Münzen in den südlichen Provinzen des Königreichs betr. 150–155

Beschlufs vom 13 May 1825, wodurch, nach Inhalt von Art. 1. des Gesetzes vom 25 Febr. 1825., der Zeitpunkt bestimmt wird, wann der gesetzliche Curs der Französischen Münzen in den südlichen Provinzen des Königreichs aufhören soll 156–161

Gesetz vom 22 Dec 1825., die Ausprägung von Goldmünzen von fünf Gulden betr. . 162–167

Grofsbritannische Wechselgesetze . 169 fgg.

Acte 1681. Cap. 1. (Schottländisch), summarisches Verfahren auf ausländische Wechsel betr. 170–174

Acte 1696. Cap. 36. (Schottländisch), summarisches Verfahren auf inländische Wechsel betr. 174

9 und 10 W. III. Cap. 17. (Englisch), inländische Wechsel betr. 174–180

3 und 4 Anna Cap. 9. (Englisch), Zahlscheine und inländische Wechsel betr. 180–194

5 Geo. III. C. 49. §. 4—6. (Schottländisch), summarisches Verfahren auf Banknoten und Bankiers-Noten betr. (Vergl. unten S. 388. Not. 2.) 194–200

12 Geo. III. C. 72. §. 36—43 (Schottländisch), mehrere Verfügungen hinsichtlich der Wechsel und Zahlscheine enthaltend 200–207

17 Geo. III. Cap. 30. (Englisch), Beschränkung der Zahlscheine und inländischen Wechsel unter fünf Pfund 208–223

Seite

37 Geo. III. Cap. 28. und Cap. 32. (Englisch), Ausnamen von dieser Beschränkung . . . 224—229
48 Geo. III. Cap. 88. (Englisch), Ungültigkeit der Zahlscheine und inländischen Wechsel unter 1 Pfund 230—242
55 Geo. III. Cap. 184. Sect. 10—29, — Verfügungen der Stempelacte hinsichtlich der Wechsel, Zahlscheine und mehrerer in diesem Anbetracht denselben gleichstehenden Urkunden 242—265
58 Geo. III. Cap. 93., Unzuläſsigkeit der Einrede des Wuchers gegen den dritten in bona fide befindlichen Inhaber eines Wechsels oder Zahlscheins . . , ... 266—268
1 und 2 Geo. IV. Cap. 78., — Benennung eines Zahlungsdomicils bei der Acceptation, Form der Acceptation inländischer Wechsel 268—271
Hauptsätze des Englischen und Schottländischen Wechselrechts, nach der Folge der Artikel der Niederländischen Wechselordnung. 273—392
Vom Englischen Münzwesen 394 fgg.
Eintheilung des Englischen Getraide-, Brod-, Gold-, Silber-, Geld-, Juwelen-, und Perlengewichts 394
Verhältniſs des Englischen Troygewichts zum neuen Französischen Gewicht 395
Von der in England üblichen Bezeichnungsweise der Feine edler Metalle 396
Vom vormaligen Englischen Münzwesen 396, 397
Vom dermaligen Bestand der Englischen Ausmünzungsvorschriften 397
Auszug aus dem Vertrag des Königs mit dem Münzmeister (d. i. der Dienstinstruction des Letztern.) 398 fgg.
Von der Beschaffenheit der neuen Englischen Sovereigns oder Zwanzig-Schilling-Stücke 430 fgg.
Acte zu Anordnung einer neuen Silber-Mün-

Seite

zung, und Regulirung des Umlaufs von Gold- und Silbermünzen, — vom 22. Juni 1816 438 fgg.

Von der Englischen Proportion zwischen Silber und Gold 478, 479.

Bekanntmachung, das Gewicht der Goldmünzen betr., vom 1. July 1817 480—485

Dänische Wechselgesetze 487 fgg.

Verordnung, wodurch einheimische Wechsel unter gewissen Beschränkungen zugelassen werden, vom 26. Juni 1824 488 fgg.

Verordnung in Betreff trassirter Wechsel, vom 18. Mai 1825 496 fgg.

Form und Requisite trassirter Wechsel. §. 1—11. . . 498 fgg.

Indossament. §. 12—14. 508 fgg.

Wechsel-Duplicate und -Copien. §. 15—18. 510 fgg.

Präsentation, — Acceptation, — Pflichten des Bewahrers des acceptirten Exemplars. §. 19—28. . . . 512 fgg.

Protest wegen Nicht-Acceptation, — Versendung desselben, — Honorirung abseiten des Trassaten nach anfänglich verweigerter Acceptation. §. 29—36. 518 fgg.

Intervention. §. 37—43. 526 fgg.

Regrefs bei verweigerter Acceptation oder Falliment des Acceptanten. §. 44—47. 532 fgg.

Verfallzeit, — Zahlung, — Zahlungsprotest, — Regrefs wegen Nicht-Zahlung. §. 48—66. 534 fgg.

Wechselprocefs. §. 67—72. 546 fgg.

Verjährung. §. 73. 552 fg.

Canzleiplacat vom 22. März 1813, auf Reichsbankgeld lautende Wechsel betr. (zu §. 10. der W. O. von 1825, — S. 506.) . . . 554, 555.

Rescript vom 22. Sept. 1769. und Placat vom 8. Nov. 1799., auf den Westindischen Inseln gezogne Wechsel betr. (zu §. 46. der W. O. von 1825, — S. 534.) 556—563.

Anhang, — Abbildungen Niederländischer und Englischer Münzen 565 fgg.

Nachträgliche Beifügungen 573 fgg.

zung, und Regulirung des Umlaufs von Gold- und Silbermünzen, — vom 22. Juni 1816 . . . 473 fg.
Von der Englischen Proportion zwischen Silber und Gold . . . 478. 479.
Bekanntmachung, das Gewicht der Goldmünzen betr., vom 4. Aug. 1817 . . . 480—485
Dänische Wechselgesetze . . . 487 fg.
Verordnung, wodurch einheimische Wechsel unter gewissen Beschränkungen zugelassen
Verordnung, die Wechsel betr., vom 18. Mai 1825 . . . 490 fg.
Wechsel-Duplicate und Copien. § 13—18. . . . 510 fg.
Präsentation, — Acceptation, — Pflichten des Bezogenen, des Acceptanten . . . 512 fg.
Protest wegen Nicht-Acceptation, — Versendung desselben, — Sicherheitsleistung des Trassanten nach gänzlich verweigerter Acceptation. § 28—36. . . . 516 fg.
Intervention . . . 525 fg.
Regreß bei verweigerter Acceptation oder Fallissement des Acceptanten. § 43—47. . . . 522 fg.
Verfallzeit, — Zahlung, — Zahlungsprotest, — Regreß wegen Nicht-Zahlung. § 48—55. . . . 524 fg.
Wechselprocess. § 57—72. . . . 540 fg.
Verjährung. § 73. . . . 552 fg.
Canzleiplacat vom 22. März 1813, auf Rendes lautende Wechsel betr. (zu § 10 der W. O. von 1825, — S. 505) . . . 554. 555.
Rescript vom 22. Sept. 1799, und Placat vom 8. Nov. 1793, auf das Westindische Land gezogene Wechsel betr. (zu § 56 der W. O. von 1825, — S. 534) . . . 556—563.
Anhang. — Abhandlung über Niederländische und Dänische Münzen . . . 565 fg.
Nachträgliche Bemerkungen . . . 571 fg.

KOENIGLICH NIEDERLAENDISCHE

WECHSELORDNUNG.

WET

van den 23 Maart 1826, inhoudende den zevenden titel van het eerste boek van het wetboek van koophandel. *).

WY WILLEM, BY DE GRATIE GODS, KONING DER NEDERLANDEN, PRINS VAN ORANJE-NASSAU, GROOT-HERTOG VAN LUXEMBURG, ENZ. ENZ. ENZ.

Allen die deze zullen zien of hooren lezen, salut! doen te weten:

Alzoo Wij in overweging genomen hebben, dat, volgens artikel 163 van de grondwet: «moet worden ingevoerd een algemeen wetboek van burgerlijk regt, van koophandel, van lijfstraffelijk regt, «van de zamenstelling der regterlijke magt, en van «de manier van procederen;

Zoo is het, dat Wij, den Raad van State gehoord, en met gemeen overleg der Staten-Generaal;

Hebben goedgevonden en verstaan gelijk Wij goedvinden en verstaan bij deze, te arresteren den navolgenden titel, welke zal uitmaken een gedeelte van het wetboek van koophandel voor het Koningrijk der Nederlanden.

*) *Journal Officiel du Royaume des Pays-Bas. Tome vingt-unième.* No. 24., woraus auch die nebenstehende französische Uebersetzung entnommen ist.

LOI

du **23** *Mars* **1826**, *contenant le septième titre du premier livre du Code de commerce.*

Nous GUILLAUME, par la grace de Dieu, Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, etc. etc. etc.

A tous ceux qui les présentes verront, salut! savoir faisons:

Ayant pris en considération qu'aux termes de l'article 163 de la loi fondamentale, «il y aura pour «tout le Royaume un même code civil, pénal, de «commerce, d'organisation du pouvoir judiciaire, et «de procédure civile et criminelle;»

A ces causes, Notre Conseil d'Etat entendu et de commun accord avec les Etats-Généraux;

Avons statué comme Nous statuons par les présentes, d'arrêter le titre suivant, pour faire partie du code de commerce du Royaume des Pays-Bas.

EERSTE BOEK.

ZEVENDE TITEL.

Van wisselbrieven, order-briefjes, mitsgaders assignatien en kwitantien op kassiers.

EERSTE AFDEELING.

Van den aard en den vorm der wisselbrieven.

ART. I.

Een wisselbrief is een geschrift uit eene plaats gedagteekend, waarbij de onderteekenaar iemand last geeft om eene daarin uitgedrukte geldsomme, in eene andere plaats, op zigt, of op eenen bepaalden tijd, aan een aangewezen persoon of aan deszelfs order te betalen, met erkentenis van ontvangene waarde of van waarde in rekening.

II.

Een wisselbrief kan getrokken zijn aan de order van den trekker zelve.

Hij kan ook getrokken worden op iemand, en betaalbaar gesteld aan de woonplaats van een ander.

Hij kan ook getrokken worden op last en voor rekening van een ander.

III.

Alle wisselbrieven, behelzende verdichte opgaven

PREMIER LIVRE.

TITRE SEPTIEME.

Des lettres de change, billets à ordre, et assignations ou quittances sur caissiers.

SECTION PREMIÈRE.

De la nature et de la forme des lettres de change.

ART. I.

La lettre de change est un acte daté d'un lieu, par lequel le signataire charge une personne de payer dans un autre lieu, soit à vue, soit à une époque déterminée, à celui qui est désigné, ou à son ordre, la somme y énoncée, avec reconnaissance de valeur reçue ou de valeur en compte.

II.

Une lettre de change peut avoir été tirée à l'ordre du tireur même.

Elle peut être tirée sur un individu, et payable au domicile d'un tiers.

Elle peut aussi être tirée par ordre et pour le compte d'un tiers.

III.

Sont reputées simples promesses, même à l'é-

van den naam, of van de woonplaats, of van de plaats waaruit zij getrokken zijn, of waar zij betaald moeten worden, hebben enkel de kracht van gewone schuldbekentenis, zelfs ten aanzien van derden.

IV.

Een wisselbrief kan bij prima, secunda, tertia, enz, getrokken worden.

TWEEDE AFDEELING.

Van de verbindtenis tusschen den trekker en den nemer van den wisselbrief.

V.

De regten en verpligtingen tusschen den trekker en den nemer, zijn de zelfde als die tusschen eenen verkooper en kooper.

VI.

De trekker is verpligt (de nemer dit verkiezende, en het tegendeel niet uitdrukkelijk bedongen zijnde) om den wisselbrief, aan den nemer te leveren in prima, secunda, tertia, enz., warvan in ieder der wisselbrieven melding moet gemaakt worden, en welke, alle voor een, en een voor allen gelden.

VII.

De trekker is verpligt, ter keuze van den nemer, den wisselbrief te stellen betaalbaar aan den nemer zelven, of aan eenigen anderen persoon, in beide gevallen aan order of zonder bijvoeging van order.

gard d'un tiers, toutes lettres de change, contenant supposition, soit de nom, soit de domicile, soit des lieux d'où elles sont tirées, ou dans lesquels elles sont payables.

IV.

La lettre de change peut être tirée par première, deuxième, troisième, etc.

SECTION DEUXIÈME.

Des obligations entre le tireur et le preneur d'une lettre de change.

V.

Les droits et obligations entre le tireur et le preneur sont les mêmes qu'entre vendeur et acheteur.

VI.

Le tireur est obligé, lorsque le preneur l'exige et s'il n'en est convenu autrement, de lui délivrer la lettre de change par première, seconde, troisième etc., et il en est fait mention dans chacune d'elles.

En ce cas une vaut pour toutes.

VII.

Le tireur est tenu au choix du preneur, de tirer la lettre de change payable soit au preneur lui-même ou à son ordre, soit à la personne qu'il indique ou à l'ordre de celle-ci.

VIII.

Het noodig fonds tot de betaling moet aan den betrokkene bezorgd worden door den trekker of door dengenen voor wiens rekening de wisselbrief getrokken is; zelfs indien dezelve bij eenen derden is betaalbaar gesteld, des echter, dat de trekker in alle gevallen aan den houder persoonlijk verbonden blijft.

IX.

Er wordt gerekend fonds tot betaling voorhanden te zijn, indien bij het vervallen van den wisselbrief, of op het tijdstip, waarop dezelve, naar aanleiding van artikel 56 van dezen titel, voor vervallen wordt gehouden, de betrokkene aan den trekker of aan dengenen, voor wiens rekening de brief getrokken is, eene som ten minste met het beloop van den wisselbrief gelijk staande, schuldig is.

X.

Het fonds bezorgd zijnde, is de trekker verpligt, om, bij gebreke van acceptatie, en van tijdig gedaan protest, de vordering, die hij ten laste van den betrokkenen heeft, ten beloope van den inhoud van den wisselbrief, aan den houder van denzelven aftestaan en over te dragen, en aan den houder ten diens kosten de noodige bewijzen te verschaffen, om die vordering te kunnen doen gelden.

VIII.

La provision doit être faite chez la personne sur laquelle la lettre est tirée, par le tireur, ou par celui pour le compte de qui la lettre de change est tirée, quand même elle serait payable au domicile d'un tiers; sans que dans aucun cas le tireur cesse d'être personnellement obligé envers le porteur.

IX.

Il y a provision, si à l'échéance de la lettre de change ou à l'époque où elle est censée échue aux termes de l'article 56 du présent titre, celui sur qui elle est fournie est redevable au tireur ou à celui pour le compte de qui elle est tirée, d'une somme au moins égale au montant de la lettre de change.

X. *)

Lorsque la provision est faite, le tireur, à défaut d'acceptation, et le **) protêt fait à temps, est tenu de céder au porteur ses droits contre la personne sur laquelle la lettre de change est tirée, jusqu'à concurrence de la somme y exprimée, et de fournir au porteur, aux frais de celui-ci, les pièces justificatives de ses droits, afin de les faire valoir.

*) In dem, vor Einrückung des Gesetzes in das *Journal Officiel*, ohne Beifügung der französischen Uebersetzung im *Staatsblad van het Koningrijk der Nederlanden* erschienenen Abdrucke desselben bildet dieser 10te Artikel den 11ten und umgekehrt.

**) Statt „*le*" mufs es, nach dem Holländischen, heifsen: „*de*".

XI.

Indien de wisselbrief bij mangel van acceptatie of betaling wordt geprotesteerd, is de trekker tot vrijwaring gehouden, schoon ook het protest bevonden mogt worden te laat gedaan te zijn; ten ware hij in het laatstgemelde geval bewees, dat het vereischte fonds ten vervaltijde aanwezig was.

XII.

Wanneer de nemer den wisselbrief aan zijne order bekomt, met oogmerk van de betaling van denzelven voor rekening van den trekker of van eenen derden in te vorderen, ontstaat daaruit, tusschen den trekker of zoodanigen derden en den nemer van den wisselbrief, een kontrakt van lastgeving, dit kontrakt bevat de magt om den eigendom van den wisselbrief door endossement over te dragen.

DERDE AFDEELING.

Van het accepteren van wisselbrieven.

XIII.

Een wisselbrief moet by de vertooning, immers uiterlijk binnen 24 uren daar na zonder onderscheid van zon of andere dagen, worden geaccepteerd.

Indien de wisselbrief na dien termijn niet met of zonder acceptatie is teruggeven, is degene die denzelven heeft terug gehouden, jegens den houder verpligt tot vergoeding van kosten, schaden en interessen.

XI.

Si la lettre de change est protestée faute d'acceptation ou de paiement, le tireur est tenu de la garantir, même si le protêt a été fait après les délais fixés, à moins qu'il ne prouve dans ce dernier cas qu'il y avait provision à l'échéance.

XII.

Si le preneur reçoit une lettre de change à son ordre pour en faire le recouvrement pour compte du tireur ou d'un tiers, il se forme un contrat de mandat entre le tireur ou le tiers et le preneur.

Ce mandat contient pouvoir de transmettre la propriété de la lettre de change par endossement.

SECTION TROISIÈME.

De l'acceptation des lettres de change.

XIII.

Une lettre de change doit être acceptée à sa présentation ou au plus tard dans les vingt quatre heures après, sans distinction de jours de dimanche ou autres.

Après ce délai, si elle n'est pas rendue acceptée ou non acceptée, celui qui l'a retenue, est passible de dommages intérêts envers le porteur.

XIV.

De geen die fonds heeft ontvangen, bijzonderlijk bestemd tot betaling van eenen getrokken wisselbrief, is verpligt denzelven te accepteren.

XV.

Beloften om eenen wisselbrief te zullen accepteren, gelden niet als eene acceptatie, maar geven eene regtsvordering tot schadevergoeding tegen den belover, die weigert zijne belofte gestand te doen.

Deze schade bestaat in de kosten van protest en herwissel, wanneer de wisselbrief voor des trekkers eigene rekening was getrokken.

Wanneer de trekking voor rekening van een' derden was gedaan, bestaan de schaden en interessen in de kosten van protest en herwissel, en in het beloop van hetgene de trekker, uit hoofde van de bekomene toezegging van den belover, aan dien derden heeft voorgeschoten.

XVI.

De acceptatie van eenen wisselbrief moet door den betrokkenen gedaan worden, bij schriftelijke en duidelijke toezegging, gesteld op den vertoonden wisselbrief en door hem onderteekend; de acceptatie moet gedagteekend zijn, indien de wissel op eenigen tijd na zigt getrokken is.

In het laatste geval, is de wisselbrief, bij gebreke van dagteekening, betaalbaar op den termijn in denzelven uitgedrukt, te rekenen van den dag der trekking.

XIV.

Celui qui a reçu des fonds spécialement destinés à acquitter une lettre de change est tenu de l'accepter.

XV.

La promesse d'accepter une lettre de change ne vaut pas acceptation, mais elle donne action en dommages-intérêts contre le promettant qui refuse d'accepter.

Ces dommages-intérêts consistent dans les frais du protêt et du rechange, si la lettre de change a été tirée pour le compte du tireur.

Si elle a été tirée pour celui d'un tiers, les dommages-intérêts consistent dans les frais du protêt et du rechange, et à restituer au tireur la somme que sur la foi de cette promesse il aurait fournie au tiers.

XVI.

L'acceptation d'une lettre de change doit être clairement exprimée, écrite et signée sur la lettre de change même.

Elle doit être datée si la lettre de change est tirée à quelque temps de vue.

Dans ce dernier cas le défaut de date de l'acceptation rend la lettre exigible au terme y exprimé, à compter de la date, où elle a été tirée.

XVII.

De houder van eenen wisselbrief, getrokken van het vaste land en van de eilanden in Europa, en betaalbaar binnen het Koningrijk der Nederlanden, het zij op zigt of op eenigen tijd na zigt, moet daarvan de betaling of de acceptatie vorderen binnen zes maanden na de dagteekening van den wissel, op straffe van zijn verhaal te verliezen op de endossanten, en zelfs op den trekker, indien deze het noodige fonds tot de betaling bezorgd had.

De tijd daartoe wordt op acht maanden bepaald, ten aanzien van wisselbrieven, getrokken van de plaatsen in de Levant, en van de noordelijke kusten van Afrika, op eenige plaatsen in het Koningrijk der Nederlanden, en wederkeerig uit dit land op de nederlandsche etablissementen in de Levant en op de noordelijke kusten van Afrika.

De tijd daartoe is een jaar, ten aanzien van wisselbrieven getrokken van de westelijke kusten van Afrika, tot aan de Kaap de Goede-Hoop, dezelve daaronder begrepen.

Die tijd is insgelijks een jaar, ten aanzien van wisselbrieven getrokken van het vaste land van Noord- en Zuid-Amerika (met uitzondering van het hieronder gemelde gedeelte) en de eilanden in de West-Indiën op eenige plaatsen in de Nederlanden, en wederkeerig van het vaste land en de eilanden in Europa op de Nederlandsche bezittingen en etablissementen in de West-Indie of op de kusten van Afrika, de noordelijke kusten echter daarvan uitgezonderd.

Die tijd is bepaald op twee jaren, ten aanzien van wisselbrieven getrokken van de kusten van Zuid- en

XVII.

Le porteur d'une lettre de change, tirée du continent et des îles de l'Europe, et payable dans ce Royaume, soit à vue soit à un terme de vue, doit en exiger le paiement ou l'acceptation dans les six mois de sa date, sous peine de perdre son recours contre les endosseurs et même contre le tireur, si celui-ci a fait provision.

Le délai est de huit mois pour les lettres de change tirées des Échelles du Levant et des côtes septentrionales de l'Afrique, sur quelque place du Royaume, et réciproquement du Royaume sur les établissemens aux Échelles du Levant, et aux côtes septentrionales de l'Afrique.

Le délai est d'un an pour les lettres de change tirées des côtes occidentales de l'Afrique, jusques et compris le Cap de Bonne Espérance.

Il est aussi d'un an pour les lettres de change tirées du continent de l'Amérique septentrionale et méridionale (à l'exception de la partie dénommée ci-après) et des îles des Indes Occidentales sur quelques places situées dans les Pays-Bas, et réciproquement du continent et des îles de l'Europe sur les possessions ou établissemens de ce Royaume aux Indes Occidentales et aux côtes de l'Afrique, les côtes septentrionales non comprises.

Le délai est de deux ans pour les lettres de change, tirées des côtes de l'Amérique méridionale

Noord-Amerika, gelegen aan de groote Zuidzee, te rekenen van de andere zijde van Kaap Hoorn en van de in die zee gelegene eilanden; mitsgaders ten aanzien van het vaste land van Azië en de eilanden in de Oost-Indiën op eenige plaats in het Koningrijk der Nederlanden, en wederkeerig van het vaste land en eilanden in Europa, op de Nederlandsche bezittingen en etablissementen in Azië en de Oost-Indiën.

De hierboven gemelde tijdsbepalingen, worden verdubbeld in tijden van oorlog ter zee.

De termijn is van drie maanden voor binnenlandsche wisselbrieven.

XVIII.

De acceptatie van eenen wisselbrief betaalbaar op eene andere plaats dan die, waar de acceptant zich onthoudt, wijst de woonplaats aan, waar de betaling avontngen of het protest moet gedaan worden.

XIX.

Wanneer de acceptant het noodige fonds aan het aangewezen domicilie behoorlijk heeft bezorgd, en de gedomicilieerde na verloop van den vervaldag failleert, zonder dat de houder het protest tijdig heeft laten opmaken, is de acceptant ontslagen.

XX.

Degeen die een wisselbrief accepteert, verbindt zich tot deszelfs voldoening.

Hij mag de acceptatie niet herroepen, vernietigen, doorhalen of onleesbaar maken.

et septentrionale, situées sur la mer pacifique au delà du Cap Horn, et des îles de cette mer, ainsi que du continent de l'Asie et des îles des Indes Orientales sur quelques places situées dans le Royaume et réciproquement du continent et des îles en Europe sur les possessions et établissemens du Royaume en Asie et dans les Indes Orientales.

Les délais ci-dessus, sont doublés en temps de guerre maritime.

Le délai est fixé à trois mois, pour les lettres de change tirées d'un lieu à un autre dans le Royaume.

XVIII.

L'acceptation d'une lettre de change, payable dans un autre lieu que celui de la résidence de l'accepteur, indique le domicile où le paiement doit être effectué, ou le protêt fait.

XIX.

L'accepteur est déchargé, s'il a fait provision au domicile du tiers indiqué, et si ce tiers a fait faillite après l'échéance, sans que le porteur ait fait faire le protêt à temps.

XX.

Celui qui a accepté une lettre de change, contracte l'obligation d'en payer le montant.

Il ne peut annuller, retracter ou biffer sa signature.

Hij is onbevoegd om, door het arresteren van den wissel onder den houder, deszelfs omloop verder te beletten.

Hij kan zelfs tegen zijne acceptatie niet worden in zijn geheel hersteld, al hadde ook de trekker geen fonds bezorgd, of al ware hij ook buiten deszelfs weten bankbreukig geworden, vóór dat hij had geaccepteerd; ten zij de houder bedriegelijke middelen had in het werk gesteld, om de acceptatie te verkrijgen.

XXI.

De acceptatie kan onder geene mits of voorwaarde gedaan worden, maar wel met eenige bepaling ten aanzien van de som; in het eerste geval is de acceptatie nietig, en in het laatste geval is de houder verpligt, om die gedeeltelijke acceptatie aan te nemen, en tevens den wisselbrief, voor zoo verre het meerdere betreft, te laten protesteren.

XXII.

Wanneer een wisselbrief van non-acceptatie geprotesteerd wordt, kan dezelve geaccepteerd worden door een ander, ter eere van den trekker, of van een der endossanten, het zij dezelve hem daartoe gelast hebben dan niet.

XXIII.

Wanneer zich onderscheidene personen tot deze acceptatie ter eere opdoen bij weigering van den betrokkene, zijn daartoe bij voorkeur in de volgende orde geregtigd:

Il ne peut au moyen d'une saisie, en empêcher la circulation.

Il n'est pas restituable contre son acceptation, quand même le tireur n'aurait pas fait provision, ou aurait failli à son insçu avant l'acceptation, à moins que le porteur n'ait usé de moyens frauduleux pour obtenir l'acceptation.

XXI.

L'acceptation ne peut être conditionnelle, mais elle peut être restreinte quant à la somme. Dans le premier cas, l'acceptation est nulle; dans le second cas, le porteur est tenu d'admettre l'acceptation partielle, et de faire protester la lettre de change pour le surplus.

XXII.

Lorsque le protêt *) faute d'acceptation, la lettre de change peut être acceptée par un tiers intervenant pour le tireur, ou pour un des endosseurs, soit qu'il en ait été chargé par eux, ou non.

XXIII.

Si plusieurs personnes se présentent pour accepter par intervention une lettre de change protestée faute d'acceptation, seront admises par préférence, et dans l'ordre suivant:

*) a été fait.

1°. Degenen, welke daartoe door den trekker, of door hem voor wiens rekening getrokken is, zijn gelast of die de acceptatie willen doen voor des trekkers of des zoodanigen rekening.

2°. Die genen, welke daartoe last hebben van den nemer, of zulks voor zijne rekening willen doen.

3°. Die genen, welke last hebben van vroegere endossanten, of den wisselbrief voor rekening van dezelve willen accepteren.

XXIV.

Die, tot het doen van zoodanige acceptatie ter eere, met last zijn voorzien van den genen, voor wiens rekening zij dezelve aanbieden, hebben altijd den voorrang boven anderen, die zonder last zoodanige acceptatie ter eere van denzelven persoon aanbieden.

XXV.

Verscheidene personen, alle gelast, bereidvaardig zijnde tot zoodanige acceptatie ter eere, voor rekening van denzelfden persoon, staat het aan de keuze van den houder van den wisselbrief wie van hen hij tot de acceptatie wil toelaten.

Dit zelfde geldt ook indien verscheidene personen zonder last zich tot dezelfde acceptatie aanbieden.

XXVI.

De houder zelf, tot zoodanige vereering gelast of bereidvaardig zijnde, heeft daarop eene even gelijke aanspraak als elk ander, en vermag dus, in gelijke omstandigheden, zichzelven de voorkeur geven.

1°. Celles qui en seront chargées par le tireur, ou par celui pour le compte duquel la lettre de change est tirée, ou qui veulent intervenir pour eux.

2°. Celles qui en sont chargées par le preneur, ou qui veulent intervenir pour lui.

3°. Celles qui en sont chargées par des endosseurs antérieurs, ou qui veulent intervenir pour eux.

XXIV.

Ceux qui se trouvent chargés d'intervenir par la personne, pour le compte de laquelle ils veulent accepter, sont préférés à d'autres qui veulent accepter pour la même personne sans mandat.

XXV.

Si plusieurs, chargés d'intervenir pour la même personne se présentent, le porteur a le choix parmi eux.

Il en est de même s'il se présente plusieurs personnes non chargées d'intervenir.

XXVI.

Le porteur peut lui-même intervenir sur le même pied, soit qu'il se trouve chargé ou non, et dans les mêmes circonstances il peut se donner la préférence.

XXVII.

In de akte van protest wordt melding gemaakt van de acceptatie ter eere, welke door dien acceptant onderteekend wordt.

XXVIII.

Die eenen wisselbrief ter eere accepteert, is gehouden daarvan onverwijld kennis te geven aan dengenen ter wiens eere hij geaccepteerd heeft, op straffe van vergoeding van kosten, schaden en interessen, zoo daartoe termen zijn.

XXIX.

Niettegenstaande alle acceptatien door een ander ter eere gedaan, behoudt de houder van den wisselbrief al zijn regt tegen den trekker en de endossanten, uit hoofde der non-acceptatie van dengenen, op wien de wisselbrief getrokken was.

XXX.

Zoodanig een ter eere geaccepteerde wisselbrief moet, bij gebreke van betaling ten vervaltijde, tegen den betrokkene geprotesteerd worden.

Bij gebreke van zoodanig protest tegen den betrokkene, is de acceptant ter eere tot de voldoening des wissels ongehouden; en wanneer hij zonder dit protest den wissel betaald heeft, verliest hij zijn verhaal tegen diegenen, die er belang bij zouden hebben, dat de wissel behoorlijk tegen den oorspronkelijk betrokkene geprotesteerd was.

XXVII.

L'intervention est mentionnée dans l'acte de protêt; elle est signée par l'intervenant.

XXVIII.

L'intervenant est tenu de faire connaître sans délai son intervention à celui pour qui il est intervenu à peine de dommages - intérêts s'il y a lieu.

XXIX.

Le porteur de la lettre de change conserve tous ses droits contre le tireur et les endosseurs, à raison du défaut d'acceptation par celui sur qui elle a été tirée nonobstant toutes acceptations par intervention *).

XXX.

Une lettre de change acceptée par intervention, doit, faute de paiement, être protestée à l'échéance contre celui sur qui elle a été tirée. A défaut de protêt, l'intervenant est libéré de l'obligation de payer la lettre, et s'il l'a payée sans qu'il y ait eu protêt, il perd son recours contre ceux qui avaient intérêt à ce que la lettre fût protestée contre la personne sur qui elle a été tirée.

*) faites par un autre.

XXXI.

De betaling van eenen wisselbrief kan, onverminderd de acceptatie van den betrokkene, bovendien ook nog geaccepteerd en verzekerd worden, door eene borgtogt *aval* genaamd.

XXXII.

Deze borgtogt wordt gesteld door een derden op den wisselbrief zelven, of bij eene afzonderlijke akte, of ook bij een brief.

XXXIII.

Dusdanige borg is (zoo geene andere overeenkomsten tusschen partijen gemaakt zijn) voor het geheel verbonden op dezelfde wijze, en kan tot de betaling genoodzaakt worden door dezelfde middelen, als de trekker en de endossanten.

VIERDE AFDEELING.

Van het endosseren van wisselbrieven.

XXXIV.

De eigendom van wisselbrieven betaalbaar aan order, kan, zoo lange dezelve niet vervallen zijn, aan anderen door middel van endossement worden overgedragen.

Het endossement is volledig of in blanco.

XXXV.

Het volledige endossement wordt schriftelijk op de wisselbrieven gesteld.

XXXI.

Le paiement d'une lettre de change, indépendamment de l'acceptation, peut être garanti par un *aval.*

XXXII.

Cette garantie est donnée par un tiers sur la lettre de change, ou par un acte séparé, et même par une lettre.

XXXIII.

Le donneur d'aval est tenu solidairement des mêmes obligations que les tireurs et les endosseurs, et contraignable par les mêmes voies, sauf les conventions différentes des parties.

SECTION QUATRIÈME.

De l'endossement des lettres de change.

XXXIV.

La propriété des lettres de change, payables à ordre, se transmet, tant qu'elles ne sont pas échues, par la voie de l'endossement.

L'endossement est complet ou en blanc.

XXXV.

L'endossement complet se fait par écrit, sur la lettre de change.

Hetzelve moet zijn gedagteekend en onderteekend op den wisselbrief of deszelfs secunda, tertia, enz.

Het endossement behelst den naam van den persoon, aan wien of wiens order de betaling zal moeten gedaan worden, met bijvoeging van genotene waarde, of van waarde in rekening.

Indien de waarde van eenen derden afkomstig was, wordt daarvan melding gemaakt, met aanduiding van dien derden.

XXXVI.

Het endossement *in blanco* moet, ten minste, bevatten de dagteekeinng en onderteekening van den endossant.

Door hetzelve wordt de wisselbrief gerekend aan den houder te zijn overgegaan, en erkentenis te bevatten van genotene waarde.

XXXVII.

De endossementen van wisselbrieven, niet overeenkomstig de twee vorige artikelen gedaan zijnde, zijn niet anders dan eene bloote lastgeving, om den wisselbrief te ontvangen en, bij gebreke van betaling, te doen protesteren; en wanneer zoodanige wisselbrief aan de order van den houder gesteld is, kan deze, bij wege van endossement, een' ander lasthebber slechts ten zelfden einde in zijne plaats stellen.

Indien zoodanig endossement buiten 's lands gesteld is, kan de houder bovendien de betaling in regten vorderen.

Il porte la date du jour, et il est signé soit sur la première, soit sur une deuxième, troisième, etc.

Il énonce le nom de celui à qui ou à l'ordre de qui le paiement doit être fait, avec mention de valeur reçue ou de valeur en compte.

Si la valeur a été fournie par un tiers, il en sera fait mention, avec désignation de ce tiers.

XXXVI.

L'endossement en blanc doit contenir au moins la date du jour et la signature de l'endosseur.

Il est censé passé à l'ordre du portenr, et contenir reconnaissance de valeur reçue.

XXXVII.

Si l'endossement n'est pas fait conformément aux dispositions des deux articles précédens, il ne vaudra que procuration à l'effet de demander le paiement ou de faire protester; et s'il est fait à l'ordre du porteur, celui-ci pourra, par la voie de l'endossement, se substituer un autre mandataire au même effet seulement.

Si cet endossement a été fait en pays étranger, le porteur pourra en outre poursuivre le paiement en justice.

XXXVIII.

Een valsch endossement doet den eigendom van den wisselbrief niet overgaan, maar alle latere endossementen vervallen, onverminderd de regtsvordering van den houder tegen al de teekenaars dier endossementen.

De endossementen, ouder dan de valsche, behouden derzelver kracht en waarde.

XXXIX.

Het is verboden om de gestelde orders of lastgevingen te vervroegen, op straffe van vergoeding van kosten, schaden en interessen; en onverminderd de openbare actie, indien daartoe termen zijn.

XL.

De eigendom van vervallene wisselbrieven of van die, welke niet betaalbaar gesteld zijn aan order, wordt niet anders overgedragen, dan naar voorschriften van het burgerlijke wetboek.

VYFDE AFDEELING.

Van de verbindtenis tusschen den trekker en den acceptant, tusschen den houder en den acceptant, en tusschen den houder en de endossanten.

XLI.

Tusschen den trekker en den acceptant ontstaat uit den wisselbrief eene handeling van lastgeving, waarbij

XXXVIII.

Un faux endossement ne transmet pas la propriété de la lettre de change, *) vicie tous les endossemens postérieurs, sauf l'action du porteur contre tous les signataires de ces endossemens.

Les endossemens antérieurs à celui qui est faux conservent tous leurs effets.

XXXIX.

Il est défendu d'antidater les ordres, à peine de dommages et intérêts, et sans préjudice de l'action publique s'il y a lieu.

XL.

La propriété des lettres de change échues ou de celles qui ne sont pas payables à ordre ne se transmet que conformément aux dispositions du code civil.

SECTION CINQUIÈME.

Des obligations entre le tireur et l'accepteur, entre celui-ci et le porteur, et entre le porteur et les endosseurs.

XLI.

Il se forme entre le tireur et l'accepteur d'une lettre de change un contrat de mandat par lequel

*) mais

laatstgemelde zich verbindt om denzelven op den vervaltijd aan den houder te voldoen.

XLII.

Indien de wisselbrief voor de rekening van een derden is getrokken, is deze alleen daarvoor aan den acceptant verbonden.

XLIII.

De trekker is verpligt aan de betrokkene tijdig kennis of adwijs te geven van den door hem getrokken wisselbrief, en, bij nalatigheid daarvan, gehouden tot vergoeding van de onkosten door weigering van acceptatie of betaling uit dien hoofde gevallen.

XLIV.

Indien de wisselbrief niet vermeldt voor wiens rekening dezelve getrokken is, moet zulks door den advijsbrief worden aangeduid.

Bij gebreke van een advijs-brief wordt de acceptatie gehouden gedaan te zijn voor rekening van den trekker.

XLV.

De acceptatie geeft aan den houder het regt om de betaling des wisselbriefs van den acceptant te vorderen.

XLVI.

De acceptatie valsch zijnde, heeft elke houder verhaal op den trekker en de endossanten.

celui-ci s'oblige à en payer à l'échéance le montant au porteur.

XLII.

Si la lettre de change est tirée pour le compte d'un tiers, celui-ci seul en doit tenir compte à l'accepteur.

XLIII.

Le tireur est tenu de prévenir à temps celui sur qui la lettre de change est tirée, sinon il est obligé de payer les frais causés par le défaut d'acceptation ou de paiement *).

XLIV.

Si la lettre de change n'énonce pas pour compte de qui elle est tirée, la lettre d'avis devra l'énoncer.

A défaut de cette énonciation, l'acceptation est censée faite pour le compte du tireur.

XLV.

L'acceptation de la lettre de change donne au porteur le droit d'en exiger le paiement de l'accepteur.

XLVI.

Si l'acceptation est fausse, tout porteur a son recours contre le tireur et les endosseurs.

*) qui auroit eu lieu par cette raison.

XLVII.

Allen, die een wisselbrief geteekend, geaccepteerd of geëndosseerd hebben, zijn ieder voor het geheel verpligt den houder te waarborgen.

XLVIII.

De beschikkingen omtrent de verantwoordelijkheid van den betrokkene, zijn ook toepasselijk op dengenen, die den wissel *ter eere* voor rekening van den trekker, nemer of endossant heeft geaccepteerd, behoudens hetgene bij artikel 30 is bepaald.

XLIX.

Indien, na de acceptatie van eenen wisselbrief, de trekker, uit hoofde der wanbetaling, verpligt was denzelven in te trekken, kan hij jegens den acceptant uit dien hoofde geene andere regtsvordering uitoefenen, dan die tot schadeloosstelling wegens het niet volvoeren van den aangenomen last.

ZESDE AFDEELING.

Van den vervaltijd en de betaling van wisselbrieven.

L.

Een wisselbrief op tijd getrokken, is betaalbaar daags na dat dezelve vervallen is.

LI.

De wisselbrief op zigt getrokken, is betaalbaar op deszelfs vertooning.

XLVII.

Tous ceux qui ont signé, accepté ou endossé une lettre de change, en sont solidairement garants envers le porteur.

XLVIII.

Les dispositions relatives à la responsabilité de l'accepteur, sont applicables aux intervenants, sauf ce qui est dit à l'article 30.

XLIX.

Lorsqu'après l'acceptation d'une lettre de change, et à défaut de paiement par l'accepteur, le tireur a été obligé de la rembourser, il ne peut de ce chef exercer qu'une action en dommages-intérêts contre l'accepteur qui n'a pas rempli son engagement.

SECTION SIXIÈME.

De l'échange et du payement de lettres de change.

L.

La lettre de change tirée à terme, est payable le lendemain de son échéance.

LI.

La lettre de change tirée à vue, est payable à sa présentation.

LII.

De vervaltijd eens wisselbriefs getrokken op eene of meer dagen zigt, of eene of meer maanden zigt, op een of meer uso's zigt, regelt zich naar den dag der acceptatie of naar dien van het protest van non-acceptatie.

LIII.

Door *uso* worden verstaan dertig dagen, welke ten opzigte van wisselbrieven die niet op zigt zijn getrokken beginnen te loopen daags na de dagteekening van den wisselbrief.

De maanden zijn zoodanige als men verstaat in de gregoriaansche tijdrekening.

LIV.

Een wisselbrief betaalbaar op eene jaarmarkt, moet voldaan worden daags vóór het eindigen van de jaarmarkt, doch indien deze niet langer dan een dag duurt, vervalt de wisselbrief op dien dag zelve.

LV.

Indien de betaaldag van een' op tijd getrokken wisselbrief op een zondag invalt, is dezelve des anderen daags betaalbaar.

LVI.

Wisselbrieven worden gehouden voor vervallen, zoodra de betrokkene is gefailleerd, en kunnen door den houder, des verkiezende, aanstonds van non-betaling worden geprotesteerd.

LII.

L'échéance d'une lettre de change à un ou plusieurs jours de vue, ou à un ou plusieurs mois de vue, ou à une ou plusieurs usances de vue, est fixée par la date de l'acceptation ou par celle du protêt faute d'acceptation.

LIII.

L'usance est de trente jours, qui courent pour les lettres de change qui ne sont pas à vue, du lendemain de leur date.

Le mois sont tels qu'ils sont fixés par le calendrier Grégorien.

LIV.

Une lettre de change payable en foire doit être acquittée la veille du dernier jour de la foire, ou le jour de la foire si elle ne dure qu'un jour.

LV.

Si le jour du payement d'une lettre de change tirée à terme est un dimanche, elle est payable le lendemain.

LVI.

Une lettre de change est censée échue dès le moment où celui sur qui elle a été tirée, a fait faillite, et dès lors le porteur peut faire le protêt.

In dat geval kunnen de trekker of endossanten, aangesproken wordende, de betaling uitstellen tot den vervaldag in den wissel uitgedrukt, mits inmiddels borg stellende volgens het bepaalde in artikel 78.

LVII.

Een wisselbrief moet betaald worden in de geldmunt daarbij uitgedrukt.

Indien nogtans de uitgedrukte geldmunt geene wettelijke koers in het Koningrijk had, zal de betaling kunnen geschieden in nederlandsche geldmunt, tot de wisselkoers van de naastbijgelegene plaats of beurs, alwaar de wisselbrief moet betaald worden.

LVIII.

Wanneer, gedurende den looptijd des wisselbriefs, de daarin uitgedrukte geldmunt op hoog gezag ter plaatse van de betaling in waarde was vermeerderd of verminderd, zal de betaling, of, in geval van wanbetaling, de respective terugvorderinge tegen trekker en endossanten geregeld worden naar de bepalingen van artikel 3 en 4 van den titel van *verbruikleening* van het burgerlijk wetboek.

Dezelfde verordeningen gelden, wanneer de waarde der geldmunt vermeerderd of verminderd mogt zijn vóór de trekking, zonder dat de trekker had kunnen kennis dragen van de verandering der waarde.

LIX.

De betrokkene, den wisselbrief vóór den vervaltijd betalende of discompterende, is verantwoordelijk voor de geldigheid der betaling.

Dans ce cas les tireurs ou endosseurs pourront différer le paiement jusqu'au terme de l'échéance; moyennant la caution mentionnée en l'article 78.

LVII.

Une lettre de change doit être payée dans la monnaie qu'elle indique.

Cependant, si la monnaie indiquée n'avait pas de cours légal dans le Royaume, le paiement pourra être fait en monnaie nationale, au cours du change de la place ou de la bourse la plus voisine du lieu où la lettre doit être acquittée.

LVIII.

Si entre la créance d'une lettre de change et son échéance, la monnaie qu'elle indique avait augmenté ou diminué de valeur dans le lieu du paiement par une disposition légale, le paiement de la lettre et à défaut de paiement, les recours respectifs seront réglés par les dispositions des articles 3 et 4 du titre *du prêt de consommation* au Code civil.

Les mêmes dispositions seraient applicables si la valeur des espèces avait été augmentée, ou diminuée, avant que la lettre de change eut été tirée, lorsque le tireur n'était pas à portée de connaître ce changement de valeur.

LIX.

Celui sur qui la lettre de change est tirée, qui la paye ou l'escompte avant l'échéance, est responsable de la validité du paiement.

LX.

De houder van eenen wisselbrief kan niet genoodzaakt worden, om de betaling vóór den vervaltijd te ontvangen.

LXI.

De betaling van eenen wisselbrief op eenen secunda, tertia, quarta, enz. gedaan, is bestaanbaar, wanneer de tweede, derde, vierde, enz. inhoudt, dat deze betaling de kracht der overigen te niet doet.

LXII.

Die op eenen secunda, tertia, quarta wisselbrief, enz. betaalt, zonder tevens in te trekken den wisselbrief, waarop zijne acceptatie staat, wordt daardoor niet ontslagen met opzigt tot eenen anderen, die houder van zijne acceptatie is; behoudens zijn verhaal op dengenen aan wien hij onverschuldigd heeft betaald.

LXIII.

Van eenen en denzelfden wisselbrief een prima, secunda, tertia, enz. gemaakt zijnde, en de betrokkene op meer dan eenen derzelve eene acceptatie gesteld hebbende, is deze verpligt al de geaccepteerde wisselbrieven te betalen, wanneer onderscheidene houders daarmede ten vervaltijde opkomen, behoudens zijn verhaal op dengenen, die meer dan eenmaal gebruik van den wisselbrief gemaakt heeft.

LXIV.

De acceptant is niet anders verpligt een vermisten wisselbrief te betalen, dan op voldoend bewijs van

LX.

Le porteur d'une lettre de change ne peut être contraint d'en recevoir le paiement avant l'échéance.

LXI.

Le paiement d'une lettre de change fait sur une seconde, troisième, quatrième etc. est valable lorsque la seconde, troisième, quatrième etc., porte que ce paiement annulle l'effet des autres.

LXII.

Celui qui paye une lettre de change sur une seconde, troisième, quatrième etc., sans retirer celle sur laquelle se trouve son acceptation, n'opère point sa libération à l'égard du tiers porteur de son acceptation; sauf son recours contre celui à qui il a induement payé.

LXIII.

Lorsqu'une lettre de change est tirée par première, seconde, troisième etc. et que l'accepteur en a accepté plusieurs, il est tenu de payer toutes celles qui, à l'échéance, se trouvent en mains de divers porteurs, munies de son acceptation, sauf son recours contre ceux qui ont fait un usage multiplié de la lettre de change.

LXIV.

En cas de perte d'une lettre de change, l'accepteur n'est pas tenu de payer à celui qui se pré-

het regt van dengenen die de betaling vraagt, mits gaders tegen des houders verbindtenis tot vrijwaring voor alle namaning, en onder bijgevoegde borgtogt.

LXV.

Die een vervallen wisselbrief op den vervaltijd betaalt, zonder dat er verzet tegen is gedaan, wordt vermoed deugdelijk gekweten te zijn.

LXVI.

De vertooner van eenen wisselbrief, welke aan hem niet is geëndosseerd, doch die schriftelijk kan bewijzen, dat dezelve hem ter invordering is toegezonden, kan de betaling onder borgtogt vorderen en, bij gebreke van betaling, denzelven laten protesteren.

LXVII.

De houder ven eenen wisselbrief, die de betaling ontvangt, en alle zijne voorgangers, zijn aan dengenen, die den wisselbrief betaald heeft, verantwoordelijk voor de wettigheid van alle vroegere endossementen.

LXVIII.

Buiten het geval in artikel 64 gemeld, is de acceptant ongehouden tot betaling van den wisselbrief, ten zij hem de geacceptéerde wisselbrief, met behoorlijke kwitantie van den houder voorzien, worde uitgeleverd.

LXIX.

De betrokkene bereid zijnde tot eene gedeeltelijke

sente à moins que celui-ci ne justifie de son droit, et ne donne caution pour la sûreté de l'accepteur.

LXV.

Celui qui paye une lettre de change à son échéance, et sans avoir reçu d'opposition, est présumé valablement libéré.

LXVI.

Celui qui se présentera avec une lettre de change qui ne lui a pas été endossée, mais qui justifiera par écrit qu'elle lui a été envoyée pour en faire le recouvrement, pourra en demander le paiement sous caution et la faire pro tester, s'il y a lieu.

LXVII.

Le porteur d'une lettre de change qui en reçoit le paiement, et tous les endosseurs précédens, sont garants envers celui qui l'a payée, de la validité des endossemens antérieurs.

LXVIII.

L'accepteur, sauf le cas de l'article 64, n'est pas tenu de payer, à moins que la lettre de change acceptée ne lui soit remise duement quittancée par le porteur.

LXIX.

Si l'accepteur *) veut payer une partie du mon-

*) le tiré.

betaling van den inhoud van den wisselbrief, is de houder verpligt, die gedeeltelijke betaling, waardoor de trekker en de endossanten in zoo verre ontlast worden, aan te nemen, en wegens het overige protest te laten doen.

LXX.

In het geval van het vorig artikel kan de betaler echter de uitlevering van zoodanigen wisselbrief niet vorderen, maar moet zich vergenoegen met eene afschrijving van de gedane gedeeltelijke betaling op den wisselbrief zelven, en met eene door den houder onderteekende kwitantie.

LXXI.

Een geprotesteerde wisselbrief kan betaald worden door een ieder *ter eere* van den trekker of van eenen der endossanten.

Van die betaling, ter eere gedaan, wordt het bewijs ingelascht in de akte van protest, of achter dezelve gesteld.

LXXII.

Die eenen wisselbrief ter eere van eenen anderen betaalt, treedt door die betaling zelve in de regten van den houder, en is verpligt dezelfde formaliteiten in acht te nemen.

LXXIII.

Indien de betaling ter eere gedaan is voor rekening van den trekker, zijn al de endossanten bevrijd.

tant de la lettre, le porteur est tenu de la recevoir en décharge du tireur et des endosseurs; il doit faire protêt pour le surplus.

LXX.

Dans le cas de l'article précédent, celui sur qui la lettre de change est tirée doit se contenter d'une annotation sur la lettre même et d'une quittance signée par le porteur, mais il ne peut exiger la remise de la lettre de change.

LXXI.

Une lettre de change protestée peut être payée par tout intervenant pour compte du tireur ou pour un des endosseurs.

Le paiement par intervention sera constaté dans l'acte de protêt ou à la suite de l'acte.

LXXII.

Celui qui paye une lettre de change par intervention, est subrogé aux droits du porteur, sans acte de cession; il est tenu des mêmes devoirs pour les formalités à remplir.

LXXIII.

Si le paiement par intervention est fait pour le compte du tireur, tous les endosseurs sont libérés.

Indien zij gedaan is *ter eere* van eenen der endossanten, zijn al de op hem volgende endossanten bevrijd.

LXXIV.

Indien verscheidene personen zich tot de betaling van eenen wisselbrief *ter eere* aanbieden, worden de regelen gevolgd hierboven ten aanzien van acceptatien ter eere voorgeschreven.

LXXV.

Indien degene op wien de wisselbrief oorspronkelijk getrokken was en tegen wien dezelve van nonacceptatie was geprotesteerd willig is de betaling te doen, wordt aan hem boven allen de voorrang gegeven.

ZEVENDE AFDEELING.

Van de regten en verpligtingen van den houder bij non-acceptatie of non-betaling van den wisselbrief.

LXXVI.

De houder van eenen wisselbrief, de acceptatie van denzelven van den betrokkene hebbende afgevraagd, en die niet bekomende, is verpligt daarvan een protest te laten opmaken.

LXXVII.

De acceptatie van wisselbrieven moet gevraagd worden aan den betrokkene te zijner woonplaatse, en niet ter plaatse alwaar de wisselbrief betaalbaar is gesteld.

S'il est fait pour un endosseur, tous les endosseurs subséquens sont libérés.

LXXIV.

S'il y a concurrence pour le paiement d'une lettre de change par intervention, les règles établies ci-dessus, à l'égard des acceptations par intervention, seront suivies.

LXXV.

Si celui sur qui la lettre de change était originairement tirée, et sur lequel a été fait le protêt faute d'acceptation, se présente pour la payer, il sera préféré à tous autres.

SECTION SEPTIÈME.

Des droits et obligations du porteur, faute d'acceptation ou de paiement d'une lettre de change.

LXXVI.

Le porteur d'une lettre de change qui l'a présentée à celui sur qui elle est tirée pour la faire accepter, est tenu de la faire protester faute d'acceptation.

LXXVII.

La lettre de change doit être présentée à l'acceptation au domicile de celui sur qui elle est tirée et non au domicile où elle est payable.

LXXVIII.

Op vertooning van het protest van non-acceptatie, zijn de endossanten en trekkers respectivelijk verpligt, om borg te stellen, dat de wisselbrief ten vervaldage zal worden voldaan; of om denzelven dadelijk, met de protestkosten en herwissel, in te trekken.

De borg, het zij van den trekker, het zij van den endossant, is alleen hoofdelijk met dengenen verbonden, ten wiens behoeve hij zich als borg heeft gesteld.

Ingeval de acceptant vóór den vervaldag is gefailleerd, kan de houder protest doen opmaken, en als hierboven borgtogt of voldoening vorderen.

LXXIX.

De houder van eenen wisselbrief is verpligt de voldoening van denzelven, daags na den vervaldag, aan den betrokkene, het zij de wisselbrief al dan niet geaccepteerd is, af te vragen, en, bij gebreke van die voldoening, daarvan ten zelfde dage een protest te laten doen.

LXXX.

De betaling van eenen wisselbrief moet gevraagd en het daarop volgende protest gedaan worden ter woonstede van den betrokkene.

Indien de wisselbrief getrokken of geaccepteerd is, om op eene andere bepaalde plaats of door een ander aangewezen persoon betaald te worden, zal de

LXXVIII.

Sur la notification du protêt faute d'acceptation, les endosseurs et le tireur sont respectivement tenus de donner caution pour assurer le paiement de la lettre de change à son échéance, ou d'en effectuer de suite le remboursement avec les frais de protêt et de rechange.

La caution, soit du tireur, soit de l'endosseur, n'est solidaire qu'avec celui qu'elle a cautionné.

Dans le cas de faillite de l'accepteur avant l'échéance, le porteur peut faire protester et exercer son recours. *)

LXXIX.

Le porteur d'une lettre de change acceptée ou non acceptée, est tenu d'en demander le paiement, le lendemain du jour de l'échéance, et, à défaut de paiement, il doit la faire protester le même jour.

LXXX.

Le paiement d'une lettre de change doit être demandé et le protêt fait au domicile de celui sur qui la lettre de change a été tirée.

Si la lettre de change est tirée ou acceptée, pour être payée à un autre domicile déterminé ou par une autre personne désignée, le payement doit

*) Statt: „et exercer son recours": „et exiger caution ou paiement comme ci-dessus."

betaling gevraagd en het protest opgemaakt moeten worden ter zoodanige bepaalde plaats of aan zoodanigen aangewezen persoon.

Indien degene, die den wisselbrief betalen moet, geheel onbekend of niet te vinden is, moet het protest gedaan worden aan het postkantoor van de opgegevene plaats der betaling, en daar geen postkantoor is, aan het hoofd van het plaatselijk bestuur.

LXXXI.

De houder is, bij weigering van den betrokkene, verpligt de betaling te laten afvragen aan dengenen, die den wisselbrief ter eere heeft geaccepteerd, of aan wien dezelve, volgens het daarin vermelde, in geval van nood, ter acceptatie of ter betaling is aanbevolen. In dat geval moet het protest tegen alle die personen gedaan worden, hetwelk zal kunnen geschieden bij eene en dezelfde akte.

LXXXII.

De protesten, zoo van non-acceptatie als van non-betaling, worden gedaan door eenen notaris of den griffier van den kantonsregter, of door eenen deurwaarder. Zij moeten vergezeld zijn van twee getuigen.

De protesten behelzen:

1°. Een letterlijk afschrift van den wisselbrief, van de acceptatie, van de endossementen, van de borgtogt genaamd *aval*, en van de adressen daarop gesteld;

2°. De vermelding dat zij de acceptatie of betaling aan de personen, of ter plaatse in de twee voorgaande artikelen gemeld, afgevraagd en niet bekomen hebben;

être demandé et le protêt fait à ce domicile ou sur cette personne.

Si celui qui doit payer la lettre est entièrement inconnu et qu'on ne puisse découvrir son domicile, le protêt devra être fait au bureau de poste du lieu où la lettre doit être payée, et à défaut de bureau de poste, chez le chef de l'administration locale.

LXXXI.

Si celui sur qui la lettre de change a été tirée, refuse de la payer, le porteur est tenu d'en demander le paiement à celui qui a accepté par intervention, ou à celui à qui, au besoin, l'acceptation ou le paiement a été recommandé dans la lettre de change même.

Dans ce cas le protêt devra être fait sur chacune de ces personnes, et pourra être compris dans le même acte.

LXXXII.

Les protêts faute d'acceptation et de paiement sont faits par un notaire, ou par le greffier du juge du canton, ou par un huissier: ils seront assistés de deux témoins.

Les actes de protêt contiennent:

1°. La transcription littérale de la lettre de change, de l'acceptation, des endossemens, de l'aval, et des recommandations qui y sont indiquées.

2°. L'énonciation, qu'il a été fait sommation d'accepter ou de payer la lettre de change, aux personnes ou au domicile mentionnés aux deux articles précédens et qu'il n'y a pas été satisfait.

3°. De vermelding van de opgegevene reden van non-acceptatie of non-betaling;

4°. De aanmaning om het protest te teekenen, en de redenen van weigering;

5°. De vermelding, dat hij notaris, griffier of deurwaarder, wegens die non-acceptatie of non-betaling heeft geprotesteerd.

LXXXIII.

De notarissen, griffiers of deurwaarders zijn verpligt, op straffe van vergoeding van kosten, schaden en interessen, afschrift van het protest te laten en hetzelve, naar orde des tijds, in te schrijven in een bijzonder register, genommerd en gewaarmerkt door den kantons-regter van hunne woonplaats; en om wijders, zulks begeerd wordende, een of meer afschriften van het protest aan de belanghebbenden te leveren.

LXXXIV.

De houder van eenen wisselbrief, die van non-acceptatie of non-betaling is geprotesteerd, is verpligt, om, op straffe van vergoeding van kosten, schaden en interessen, uiterlijk op den vijfden gewonen postdag na het gedane protest, daarvan aan dengenen van wien hij den wisselbrief bekomen heeft, met toezending van een door den genen, die het opgemaakt heeft, voor waar geteekend afschrift van het protest, kennis te geven.

LXXXV.

Elk endossant, is, onder gelijke verantwoordelijkheid, verpligt, om, uiterlijk binnen denzelfden termijn, het bij hem ontvangene protest over te zenden aan dengenen van wien hij den wisselbrief bekomen heeft.

3°. Les raisons alléguées pour refuser l'acceptation ou le paiement;

4°. L'interpellation de signer et les motifs du refus.

5°. L'énonciation que le notaire, le greffier ou l'huissier a protesté faute d'acceptation ou de paiement.

LXXXIII.

Les notaires, greffiers ou huissiers devront à peine de dommages-intérêts laisser copie des protêts; ils seront tenus de les inscrire par ordre de date dans un registre particulier coté et paraphé par le juge de canton de leur résidence, et s'ils en sont requis, d'en délivrer une ou plusieurs copies aux intéressés.

LXXXIV.

Le porteur d'une lettre de change protestée, faute d'acceptation ou de payement, est tenu à peine de dommages-intérêts, d'en donner avis à son cédant au plus tard par le cinquième jour de la poste avec une copie du protêt certifiée conforme par le fonctionnaire qui l'a fait.

LXXXV.

Chaque endosseur est tenu dans le même délai et sous la même responsabilité, de transmettre à son cédant le protêt qu'il a reçu.

LXXXVI.

De houder van eenen wisselbrief, die van non-betaling is geprotesteerd, is geregtigd de vergoeding van denzelven te vorderen van den acceptant, van den trekker en van al de endossanten, als ieder voor het geheel verbonden zijnde.

Hij heeft de keuze hen gezamenlijk of afzonderlijk in regten aan te spreken.

Indien hij den trekker alleen aanspreekt, zijn al de endossanten bevrijd.

Indien hij één der endossanten aansprakt, zijn de latere endossanten bevrijd.

LXXXVII.

De houder van eenen wisselbrief wegens non-betaling geprotesteerd, kan insgelijks zich de vergoeding bezorgen door middel van herwissel.

De herwissel wordt te weeg gebragt door eene hertrekking, welke een andere wisselbrief is, door middel van welken de houder zich zelven betaalt op den trekker, of op eenen der endossanten, wegens de hoofdsom van den geprotesteerden wisselbrief, en zijne onkosten volgens den wisselkoers ten tijde der hertrekking.

LXXXVIII.

De herwissel wordt, ten aanzien van den trekker, geregeld door den wisselkoers van de plaats waar de wisselbrief hand moete worden betaald, op de plaats waaruit dezelve getrokken is.

In geen geval is hij tot een hoogeren wisselkoers gehouden.

LXXXVI.

Le porteur d'une lettre de change protestée faute de paiement, peut en demander le remboursement à l'accepteur, au tireur et aux endosseurs, tous solidairement obligés; il a le choix de les poursuivre collectivement ou séparément.

En poursuivant le tireur seul, tous les endosseurs sont libérés.

En poursuivant l'un des endosseurs, les endosseurs postérieurs sont libérés.

LXXXVII.

Le porteur d'une lettre de change protestée faute de paiement, peut encore s'en procurer le remboursement par la voie du rechange.

Le rechange s'effectue par une retraite, qui est une nouvelle lettre de change, au moyen de laquelle le porteur se rembourse sur le tireur, ou sur l'un des endosseurs du principal de la lettre protestée et de ses frais, d'après le cours du change à l'époque de la retraite.

LXXXVIII.

Le rechange se règle à l'égard du tireur, par le cours du change du lieu où la lettre de change était payable, sur le lieu d'où elle a été tirée.

Dans aucun cas il n'est tenu de payer un cours plus élevé.

LXXXIX.

Ten aanzien van de endossanten, wordt de herwissel geregeld door den wisselkoers der plaats, werwaarts de wisselbrief door hen verzonden of vernegotieerd is geworden, op de plaats waar de terugbetaling gedaan wordt.

XC.

Wanneer tusschen de onderscheidene plaatsen geene onmiddelijke wisselkoers bestaat, wordt de herwissel geregeld naar den wisselkoers der twee meest nabij gelegene plaatsen.

XCI.

De hertrekking gaat vergezeld met de retour-rekening.

XCII.

De retour-rekening bevat de hoofdsom van den geprotesteerden wisselbrief, de protestkosten en alle andere wettige onkosten, als de provisie van den bankier en makelaar, zegels en briefporten; — zij maakt melding van den naam van dengenen op wien de hertrekking gedaan is, en den wisselkoers voor welken dezelve vernegotieerd is.

Derzelver juistheid wordt door eene verklaring van den makelaar in wissels, of, waar geene makelaars in wissels zijn, van twee kooplieden bevestigd.

Zij gaat vergezeld van den geprotesteerden wisselbrief, en van het protest of een voor waar geteekend afschrift van hetzelve.

Ingevalle de hertrekking op eenen der endossanten

LXXXIX.

Le rechange se règle à l'égard des endosseurs par le cours du change du lieu où la lettre de change a été remise ou négociée par eux sur le lieu où le remboursement s'effectue.

XC.

S'il n'existe pas de cours de change entre les différentes places, le rechange aura lieu d'après le cours des deux places les plus voisines.

XCI.

La retraite est accompagnée d'un compte de retour.

XCII.

Le compte de retour contient, le principal de la lettre de change protestée, les frais de protêt et autres frais légitimes, tels que commission de banque, courtage, timbre et ports de lettres.

Il énonce le nom de celui sur qui la retraite est faite et le prix du change auquel elle est négociée.

Il est certifié par un courtier de change et s'il n'en existe pas sur le lieu, par deux négocians.

Il est accompagné de la lettre de change protestée et du protêt, ou d'une copie certifiée du protêt.

Dans le cas où la retraite est faite sur l'un des

gedaan is, gaat zij bovendien vergezeld van eene verklaring tot bewijs van den wisselkoers der plaats waar de wisselbrief betaalbaar gesteld was, op de plaats van waar de wisselbrief getrokken is geweest of waar de terugbetaling gedaan wordt.

XCIII.

Men kan geene herwissels bij elkander voegen. Elk endossant, gelijk ook de trekker, is slechts tot één herwissel gehouden.

XCIV.

De interessen van de hoofdsom van den van non-betaling geprotesteerden wisselbrief, zijn verschuldigd van den dag van het protest af.

XCV.

De interessen van de protest kosten, van den herwissel en andere wettige onkosten zijn verschuldigd van den dag af, dat de geregtelijke dagvaarding is gedaan.

XCVI.

Er is geen herwissel verschuldigt, indien bij de retour-rekening niet gevoegd zijn de verklaringen volgens het voorschrift van artikel 92 hierboven.

XCVII.

De houder van een geprotesteerden wisselbrief is, bij faillissement dergenen, welke volgens de wis-

endosseurs, elle est accompagnée en outre d'un certificat qui constate le cours du change du lieu où la lettre de change était payable, sur le lieu d'où elle a été tirée, ou sur celui où le remboursement est fait.

XCIII.

Les rechanges ne peuvent être cumulés; chaque endosseur n'en supporte qu'un seul, ainsi que le tireur.

XCIV.

L'intérêt du principal de la lettre de change, protestée faute de paiement, est dû à compter du jour du protêt.

XCV.

L'intérêt des frais de protêt, rechange et autres frais légitimes, n'est dû qu'à compter du jour de la demande en justice.

XCVI.

Il n'est point dû de rechange, si le compte de retour n'est pas accompagné des certificats prescrits par l'article 92 ci-dessus.

XCVII.

Le porteur d'une lettre de change protestée peut en cas de faillite se présenter pour la totalité de sa

sel-verbindtenis aansprakelijk zijn, bevoegd om in alle derzelver boedels optekomen, met het volle beloop der vergoeding door ieder van hen onderscheidenlijk en voor het geheel aan hem verschuldigd.

Wanneer hij uit een der boedels eenige uitdeeling ontvangen heeft, zijn de andere boedels, zoowel als de niet gefailleerde medeverbondenen, niet verder ontlast dan voor het beloop van die uitdeeling.

XCVIII.

Wanneer echter de houder, het zij met den trekker, het zij met den acceptant, een vrijwillig akkoord aangaat, verliest hij zijn verder verhaal tegen al de endossanten.

Indien dat akkoord is aangegaan met een der endossanten, verliest hij zijn verhaal tegen al de volgende, maar geenszins tegen vorige endossanten, noch tegen den trekker, noch tegen den acceptant.

Wanneer hetzelve is aangegaan met den trekker, wordt de acceptant, welke geen fonds ontvangen heeft, van alle verdere aanspraak bevrijd; in het tegenovergesteld geval blijft hij verantwoordelijk.

Eindelijk wanneer het akkoord vrijwillig is aangegaan met een acceptant, welke fonds in handen heeft, wordt daardoor alle verder verhaal tegen den trekker verloren.

XCIX.

De houder van eenen wisselbrief heeft eene ondergeschikte regtsvordering tot vergoeding tegen der-

créance à toutes les masses de ceux qui sont obligés.

Tous les dividendes qu'il reçoit dans une des masses, ne déchargent les autres masses ou coobligés non faillis qu'à concurrence de ce qu'il a reçu.*)

XCVIII.

Néanmoins, si le porteur d'une lettre de change fait un arrangement volontaire avec le tireur ou accepteur, il perd son recours contre tous les endosseurs.

Si cet arrangement a lieu avec l'un des endosseurs, il perd son recours contre tous les endosseurs postérieurs, et conserve ses droits contre les endosseurs antérieurs, le tireur et l'accepteur.

Si l'arrangement est fait avec le tireur, l'accepteur qui n'a pas reçu de provision, est entièrement déchargé; dans le cas contraire il reste responsable.

Si l'arrangement a été conclu avec l'accepteur nanti de provision, tout recours cesse contre le tireur.

XCIX.

Le porteur a une action subsidiaire en indemnité contre le tiers, pour le compte duquel la let-

*) Vergl. das unten hinsichtlich dieses Artikels zu Bemerkende.

den, voor wier rekening de wisselbrief getrokken is, indien dezelve de waarde daarvoor genoten hebben.

C.

De houder van eenen wisselbrief, te laat hebbende laten protesteren van non-betaling, heeft geen regt van vergoeding tegen den trekker of de endossanten, en moet zich met zijne aanspraak tegen den acceptant de vrede houden.

Dit lijdt alleen uitzondering ten aanzien van den trekker, voor zoo verre dezelve niet bewijst, dat de betrokkene genoegzame fondsen ten vervaldage in handen had.

CI.

Wanneer een wisselbrief zoo tijdig is verzonden, dat dezelve vóór den vervaldag op de betaalplaats heeft kunnen aankomen, doch door onvoorziene gebeurtenissen van hooger hand eerst na den vervaltijd op de betaalplaats aankomt, behoudt de houder van den wissel alle zijne regten, mits hij den wisselbrief uiterlijk des anderen daags na het ontvangen van denzelven aan den acceptant ter betaling heeft doen aanbieden, et bij nonbetaling, doen protesteren.

Indien de posten gestremd zijn, is de houder verpligt den wisselbrief te verzenden langs den meest zekeren buitengewonen weg; en hij behoudt zijn regt, indien hij denzelven in voege voorschreven heeft ter betaling aangeboden en doen protesteren.

tre de change a été tirée, s'il en a reçu la valeur.

C.

Le porteur d'une lettre de change qui a fait protester trop tard faute de paiement, perd ses droits contre le tireur et les endosseurs, et ne peut agir que contre l'accepteur.

Il y a exception à l'égard du tireur, s'il ne prouve pas qu'il a fait provision à l'échéance à celui sur qui la lettre de change est tirée.

CI.

Si une lettre de change a été expédiée assez à temps pour arriver au lieu du paiement avant son échéance, et que par suite de force majeure, elle n'y arrive qu'après le jour de l'échéance, le porteur conservera tous ses droits en présentant la lettre de change au plus tard le lendemain de son arrivée et en la faisant protester faute de paiement.

Si le cours des postes est interrompu, le porteur est tenu d'expédier la lettre de change par la voie extraordinaire la plus sûre; et il conserve son droit s'il l'a présentée et fait protester de la manière ci-dessus indiquée.

CII.

De houder van een' geprotesteerden en vermisten wisselbrief heeft regt van den trekker de vergoeding te vorderen, tegen bewijs van zijn regt, en het stellen van borgtogt.

ACHTSTE AFDEELING.

Van het te niet gaan van wisselschuld.

CIII.

Wisselschuld gaat te niet:

1°. door kwijtschelding, volgens de bepalingen bij artikel 98 hierboven gemaakt;

2°. Door compensatie of vergelijking van schuld wanneer daartoe termen zijn.

In geval van faillissement is een schuldenaar van den boedel, die eenen vervallen wisselbrief met eene andere schuld wil vergelijken, gehouden, om de bewijzen dat hij ter goeder trouw eigenaar van den wisselbrief is geworden vóór den tijd van het faillissement.

3°. Door verjaring van vijf jaren met opzigt tot de endossanten, en met opzigt tot den trekker, die fonds heeft overgemaakt. Ten aanzien van den trekker die geen fonds heeft overgemaakt, en ten aanzien van den acceptant, door de gewone verjaring bij het burgerlijke wetboek ten aanzien der personele actien vastgesteld.

Niettemin zijn zij, die de verjaring van vijf jaren tegenwerpen, gehouden om, des gevorderd, on-

CII.

Le porteur d'une lettre de change protestée et égarée, peut en demander le remboursement au tireur, en justifiant de son droit et en donnant caution.

SECTION HUITIÈME.

De l'extinction des obligations provenant des lettres de change.

CIII.

Les dettes provenant de lettres de change sont éteintes :

1°. Par la remise volontaire, faite à l'un ou l'autre des obligés d'après les distinctions établies à l'article 98 ci-dessus.

2°. Par la compensation, lorsqu'il y a lieu. En cas de faillite, le débiteur de la masse qui voudra compenser au moyen d'une lettre de change échue, devra prouver qu'il en est devenu propriétaire de bonne foi avant la faillite.

3°. Par la prescription de cinq ans, à l'égard des endosseurs et du tireur qui a fait provision, mais à l'égard du tireur qui n'a pas fait provision et de l'accepteur, par la prescription ordinaire établie par le Code Civil relativement aux actions personnelles. Néanmoins ceux qui opposeront la prescription de cinq ans, seront tenus, s'ils en sont

der eede te verklaren, dat zij het bedrag van dien wissel niet meer schuldig zijn; en derzelver weduwen, erfgenamen of regtverkrijgende, dat zij ter goeder trouw meenen dat er niets meer verschuldigd is.

4°. Door alle andere middelen van schuldbevrijding bij het burgerlijke wetboek vastgesteld.

NEGENDE AFDEELING.

Van orderbriefjes en assignatien of kassiersbriefjes.

CIV.

Het orderbriefje is een onderteekend en gedagteekend geschrift, door hetwelk iemand zich verbindt, in zijne of op eene andere aangewezene plaats, aan de order van een ander persoon en op eenen bepaalden tijd, eene zekere som te voldoen, met erkentenis van genotene waarde of van waarde in rekening.

CV.

Alle wetbepalingen omtrent wisselbrieven in dezen titel uitgedrukt en betreffende:

Den vervaldag;

Het endossement;

De hoofdelijke verpligting;

De borgtogt genaamd *aval;*

Het protest;

De pligten en regten van den houder;

De herwissel of de interessen;

De betaling en andere wijze van schuldvernietiging, zijn op orderbriefjes toepasselijk.

requis, d'affirmer sous serment, qu'ils ne sont plus redevables, et leurs veuves, héritiers ou ayant cause, qu'ils estiment de bonne foi qu'il n'est plus rien dû.

4°. Par tous les autres moyens de libération établis au Code Civil.

SECTION NEUVIÈME.

Des billets à ordre et des assignations ou quittances sur caissiers,

CIV.

Le billet à ordre est un écrit signé et daté, par lequel quelqu'un s'oblige de payer chez lui ou dans un autre lieu désigné, à l'ordre d'un tiers et à une époque déterminée, une certaine somme, avec reconnaissance de valeur reçue ou de valeur en compte.

CV.

Toutes les dispositions énoncées dans le présent titre, relatives aux lettres de change et concernant:

L'échéance,

L'endossement,

La solidarité,

L'aval,

Le protêt,

Les devoirs et droits du porteur,

*).

Le paiement et autres moyens d'extinction, sont applicables aux billets à ordre.

*) Le rechange et les intérêts,

De verjaring van vijf jaren is ook toepasselijk op de endossanten van orderbriefjes; de oorspronkelijke uitgever wordt slechts door de dertigjarige verjaring bevrijd.

CVI.

Die een assignatie op zijnen kassier of een kassiersbriefje in betaling geeft, is daarvoor verantwoordelijk, mits de houder bij den kassier voldoening vrage binnen de zes eerstvolgende dagen na de onderteekening van de assignatie of het briefje.

Wanneer de assignatie of het briefje den dag uitdrukt, op welken hetzelve betaalbaar is gesteld, moet de houder de voldoening vragen binnen zes dagen na den uitgedrukten dag.

De houder, zich, in één van deze beide gevallen, niet binnen den gemelden tijd tot het bekomen van voldoening hebbende aangemeld, verliest zijn verhaal op den uitgever.

Het verlies van verhaal heeft geene plaats, ten zij de uitgever bewijze, dat hij, gedurende den bovengemelden termijn, genoegzame gelden, ten beloope van de uitgegevene assignatien of briefjes, bij den kassier in kas gehad of gehouden hebbe.

CVII.

Indien zoodanige assignatien of kassiersbriefjes van de eene hand in de andere overgaan, is de cedant daarvoor aan dengenen, aan wien hij assignatien of kassiersbriefjes overdraagt, niet langer verantwoordelijk dan de drie eerstvolgende dagen na de overgifte of na den dag als den betaaltijd aangeduid.

La prescription de cinq ans établie pour les lettres de change, est aussi applicable aux endosseurs des billets à ordre; le créeur n'est libéré que par la prescription de trente ans.

CVI.

Celui qui donne en paiement un bon ou une assignation sur son caissier, en est responsable, pourvu que le porteur se présente à la caisse dans les six jours qui suivront la date du bon ou de l'assignation.

Lorsque le bon ou l'assignation énonce le jour auquel il est payable, le porteur devra se présenter à la caisse dans les six jours après celui indiqué.

Le porteur qui dans l'un ou l'autre cas, ne s'est pas présenté dans le délai, perd son recours contre le signataire.

La déchéance ne peut avoir lieu qu'autant que le signataire prouve que pendant le délai ci-dessus énoncé, il avait en dépôt chez son caissier une somme suffisante pour acquitter le bon ou l'assignation.

CVII.

Lorsque des bons ou des assignations sur caissiers passent de main en main, le cédant ne sera responsable de paiement envers le cessionnaire que pendant trois jours qui suivront la cession ou le jour indiqué pour le paiement.

CVIII.

Indien, in de gevallen der twee voorgaande artikelen, de laatste dag op eenen zondag invalt, blijft de verantwoordelijkheid gedurende den daaraan volgenden dag.

CIX.

De vertooging van het kassiers-briefje of de assignatie, bij de vorige artikelen vermeld, is onnoodig, wanneer de kassier binnen den vorzeiden termijn heeft opgehouden te betalen.

ALGEMEENE BEPALING.

CX.

De verschillen over de aanbieding, de acceptatie, de betaling, het protest van non-acceptatie of van non-betaling moeten worden beoordeeld naar de regten van het land, alwaar die handelingen hebben plaats gehad of hadden moeten geschieden.

Lasten en bevelen dat deze in het *Staatsblad* zal worden geplaatst, en dat alle Ministeriele departementen, Autoriteiten, Kollegien en ambtenaren aan de naauwkeurige uitvoering de hand zullen houden.

Gegeven te's Gravenhage den 23 Maart des jaars 1826, en van Onze regering het dertiende.

WILLEM.

Van wege den Koning,

Bij afwezenheid van den Secretaris van Staat,

De Secretaris van het kabinet des Konings,

W. G. VAN DE POLL, Jr.

Uitgegeven den elfden April 1826.

Bij afwezenheid van den Secretaris van Staat,

De Secretaris van het kabinet des Konings.

W. G. VAN DE POLL, Jr.

CVIII.

Si dans les cas des deux articles précédens, le dernier jour utile est un dimanche, la responsabilité est prolongée jusqu'au lendemain.

CIX.

Si le caissier a cessé les paiemens dans les délais ci-dessus énoncés, les porteurs de bons ou d'assignations ne sont pas tenus de les présenter.

DISPOSITION GÉNÉRALE.

CX.

Les contestations qui concernent la présentation, l'acceptation, le paiement et les protêts faute d'acceptation, ou de paiement, seront jugées d'après les lois du pays où ils ont été faits ou dû être faits.

Mandons et ordonnons que la présente Loi soit insérée au *Journal Officiel*, et que Nos Ministres et autres autorités qu'elle concerne, tiennent strictement la main à son exécution.

Donné à La Haye le 23 Mars de l'an 1826, de Notre règne le treisième.

GUILLAUME,

Par le Roi,

Pour le Secrétaire d'État absent.

Le Secrétaire du cabinet du Roi.

W. G. VAN DE POLL, Jr.

Publié le onze Avril 1826.

Pour le Secrétaire d'État absent.

Le Secrétaire du cabinet du Roi.

W. G. VAN DE POLL, Jr.

Vergleichung

der

einzelnen Artikel der Niederländischen Wechselordnung mit denen der Französischen.

Niederländische Wechselordnung.	Französisches Handelsgesetzbuch.	Niederländische Wechselordnung.	Französisches Handelsgesetzbuch.	Niederländische Wechselordnung.	Französisches Handelsgesetzbuch.	Niederländische Wechselordnung.	Französisches Handelsgesetzbuch.	Niederländische Wechselordnung.	Französisches Handelsgesetzbuch.
Art.	Art.	Art.	Art.	Art.	Art.	Art.	Art.	Art.	Art.
1.	110.	19.		45.	121.	68.	148.	87.	177.
	129.	20.	121.	46.		69.	156.		178.
2.	110.	21.	124.	47.	140.	70.	156.	88.	179.
	111.	22.	126.	48.		71.	158.	89.	179.
3.	112.	23.		49.		72.	159.	90.	
4.	110.	24.		50.	135.	73.	159.	91.	180.
5.		25.			157.	74.	159.	92.	181.
6.	110.	26.			161.	75.	159.	93.	182.
	154.	27.	126.	51.	130.	76.	119.		183.
7.		28.	127.	52.	131.		124.	94.	184.
8.	115.	29.	128.	53.	132.	77.		95.	185.
	Gesetz	30.	159.	54.	133.	78.	120.	96.	186.
	von	31.	141.	55.	134.		163.	97.	534.
	1817.	32.	142.		162.	79.	161.	98.	
9.	116.	33.	142.	56.	163.		162.	99.	
10.	171.	34.	136.	57.	143.		163.	100.	168.
11.	117.	35.	137.	58.		80.	173.		170.
12.		36.		59.	144	81.	173.		171.
13.	125.	37.	138.	60.	146.	82.	173—	101.	
14.		38.		61.	147.		175.	102.	153.
15.		39.	139.			83.	176.	103.	189.
16.	122.	40.	110.	62.	148.	84.	165—	104.	188.
17.	160.		136.	63.	148.		168.	105.	187.
	168.	41.		64.	151—		171.	106.	
	170.	42.	115.		153.	85.	167.	107.	
	171.		Gesetz		155.		169.	108.	
	Gesetz		von	65.	145.		171.	109.	
	von		1817.		149.	86.	118.	110.	
	1817.	43.		66.			164.		
18.	123.	44.		67.	145.		172.		

Das neue Niederländische Handelsgesetzbuch enthält Tit. 1. Art. 1.: Art. 1

Het burgerlijk wetboek is op zaken van koophandel toepasselijk, voor zoo verre daarvan bij het wetboek van koophandel niet bijzonderlijk is afgeweken.

Le code civil est applicable aux affaires commerciales, pour autant qu'il n'y est pas dérogé spécialement par le code de commerce.

und Art. 4.:

Onder daden van koophandel verstaat de wet...:

La loi répute . . . actes de commerce:

2°. Alles wat tot den wisselhandel betrekking heeft, *zonder onderscheid welke personen zulks ook mogen aangaan*, en hetgeen orderbriefjes betreft, *alleenlijk ten opzigte van kooplieden.*

2) Tout ce qui a rapport aux lettres de change, *sans distinction des personnes qui pourroient y être intéressées*, et aux billets à ordre *à l'égard des commerçans seulement.*

Abweichend von der Niederländischen W. O., erfordert die Französische, dafs der Wechsel enthalte, worin die Valuta bestand, freilich mit Zulassung von „Werth in Rechnung."

Nach mehreren, wohlbegründeten Entscheidungen des Französischen Cassationshofs kann gegen den dritten in gutem Glauben befindlichen Inhaber keine Einrede aus Art. 112. des Code de commerce entnommen werden. [1]) Art. 3.

1) Mittermaier deutsches Privatrecht. §. 252.
Pardessus, Cours de droit commercial. Troisième édition. A Paris 1825. Tom. II. Pag. 513.
Merlin, Répertoire. Tome Seizième. A Paris 1824. Pag. 640 fgg., wo auch, mittelst Anführung der einzelnen Präju-

Art. 5. Zur Kritik dieses Art. s. Mittermaier, Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts. Dritte Ausgabe. Landshut 1827. §. 231. D. A. Walraven, de natura et indole actionum, quae lit. camb. emtori competunt. Lugd. Bat. 1817. P. 14.

Art. 8. Art. 115. des Französischen Handelsgesetzbuchs ist durch ein Gesetz vom 19. März 1817. folgendermaſsen modificirt worden:

„La provision doit être faite par le tireur ou par celui pour le compte de qui la lettre de change sera tirée, sans que le tireur, pour compte d'autrui, cesse d'être personnellement obligé envers les endosseurs et le porteur seulement.“ [1])

Hiermit stimmen die Endworte des Art. 8. der Niederländischen W. O. überein. Vgl. Art. 42. derselben.

Die in Art. 8. enthaltne Bestimmung hinsichtlich der Domicilwechsel ist gleichfalls der Französischen Praxis gemäſs. [2])

Art. 9. Nach einer Entscheidung des Französischen Cassationshofs vom 7. Febr. 1816. wird die, obwohl in den Händen des Trassaten vorhanden gewesene Provision im Fall eines Falliments desselben als aufgehoben und nicht vorhanden betrachtet. [3])

dicate, dargethan ist, daſs der neuere Brüsseler Gerichtsgebrauch hiermit vollkommen übereinstimmt, obwohl in den Jahren 1810 und 1813. der Brüsseler Appellationshof im Sinne der nunmehrigen Niederländischen W. O. erkannt hat.

Sirey, Recueil général des lois et des arrêts. Tome VIII. IIme Partie. Pag. 241.

1) s. Mittermaier. §. 231b.
Locré, Esprit du code de commerce. Tom. VII. Addition au Tome II. Pag. 58.

2) Vincens, Exposition raisonnée de la législation commerciale. A Paris 1821. Tom. II. Pag. 338.

3) Mongalvy et Germain, Analyse raisonnée du code de commerce. A Paris 1824. Tom. I. Pag. 214.
Pardessus, Cours. Tom. II. Pag. 437.

Dieselbe Ansicht ist neuerdings in einer Entscheidung des Gerichtshofs zu Bordeaux befolgt worden. — Der Französische Code de commerce enthält darüber keine Disposition.

Bei dem Versprechen, auf Rechnung eines Dritten einen bereits gezogenen Wechsel acceptiren zu wollen, ist nach Entscheidungen Französischer Gerichte die Bedingung zu subintelligiren, dafs dieser Dritte Fonds anschaffen werde. [1]) Doch erfolgte von diesen Entscheidungen die ältere (von 1807.) vor Einführung des Code de commerce, in Berücksichtigung einer zu Lyon bestandnen Observanz; die neure aber ist älter (1809) als das Gesetz von 1817. (s vorherg. S.), wodurch die selbst von dem Cassationshof angenommene irrige Interpretation von Art. 115. des Code de commerce (dafs der auf fremde Rechnung Trassirende auch dem Acceptanten für Anschaffung der Provision verantwortlich sey) aufgehoben ward. Art. 15.

Das Preufsische Landrecht §. 984. verordnet, dafs das Versprechen, für Rechnung eines Dritten zu acceptiren, nach den Vorschriften von Bürgschaften zu beurtheilen sey. Art. 15. der Niederländischen W. O. beschränkt sich darauf, dem Trassaten den Ersatz des durch das Versprechen veranlafsten Schadens aufzulegen.

Dafs die Acceptation nothwendig auf den Wechsel geschrieben werden mufs, scheint auch dem Französischen Rechte gemäfs; am 16. April 1823. hat der Französische Cassationshof erkannt, dafs die in einem Schreiben des Trassaten enthaltnen Worte: „vous pouvez assurer le porteur que tout honneur sera fait à la lettre de change“, nicht für eine Acceptation zu erachten seyen. [2]) Dennoch vertheidigen Vincens [3]) und Art. 16.

1) Vincens Tom. 2. Pag. 200.

2) Mongalvy et Germain Tom. 1. Pag. 220, 221.

3) Tom. 2. Pag. 260, 261.

Pardessus[1]) nach Französischem Rechte die entgegengesetzte Ansicht, vorzüglich unter Rücksichtnahme auf die zur Zeit der Redaction des Code de commerce im Staatsrath vorgefallnen Discussionen. — Art. 16. der Niederländischen W. O. schliefst durch die Bestimmtheit seiner Fassung jeden solchen Zweifel aus.

Art. 18. Pardessus [2]) bemerkt hinsichtlich des gleichlautenden Art. 123. des Französischen Handelsgesetzbuchs: „d'où il suit que, si une lettre de cette espèce n'a pas été acceptée, le protêt faute de paiement doit être fait au domicile du tiré."

Art. 19. Art. 19. verordnet, dafs, wenn der Dritte, bey welchem der Wechsel domicilirt ist, nach Verfall fallire, und der Inhaber nicht zu gehöriger Zeit protestirte, der Acceptant, welcher die Provision angeschafft hatte, liberirt sey. War also der Dritte bereits zur Verfallzeit fallit, so haftet der Acceptant, wenn gleich der Inhaber nicht protestirte. Diefs ist dem Französischen Rechte gemäfs. Aber s. Art. 9. der Niederländischen W. O.

Art. 20. Die Französische W. O. enthält nicht ausdrücklich, dafs die auf den Wechsel geschriebne Acceptation, vor Rückliefrung desselben an den Inhaber, nicht wieder ausgelöscht werden könne, und dasselbe wird daher in Frankreich für zulässig erachtet. [3]) Der zweite Absatz des Art. 20. der Niederländischen W. O. enthält klar das Gegentheil. [4]) Eben so die neue Dänische W. O. §. 26.

1) Cours Tom. 2. pag. 406—408.
Eine interessante Kritik jener Entscheidung des Cassationshofs s. bei Merlin, Répertoire. Tome seizième. Pag. 656-661. Vergl. Mittermaier §. 241.

2) Cours Tom. 2. Pag. 471. — S. indefs Locré, Esprit du Code de commerce. Art. 123. Pardessus Elémens de jurisprudence commerciale. A Paris 1811. Pag. 283.

3) Vincens II. 257.

4) Vgl. D. G. van der Keessel, Theses selectae juris Hollandici. Lugd. Bat. 1800. Pag. 203.

Art. 124. des Französischen Handelsgesetzbuchs, welcher verfügt, dafs die Acceptation nicht unter Bedingungen, wohl aber theilweise, geschehen könne, scheint nur festzusetzen, welche Art der Acceptation der Inhaber zuzulassen schuldig sey.[1] Gleichermafsen ist die in Art. 21. der Niederländischen W. O. verordnete Nichtigkeit der bedingten Acceptation, soviel den Präsentanten betrifft, wohl nur dahin zu verstehen, dafs derselbe, gleich als ob gar keine Acceptation geschehen sey, protestiren könne. Viel angemessener verfügt die neue Dänische W. O. §. 25., dafs die der Acceptation beigefügte Bedingung als ungeschrieben zu betrachten sey, sofern der Inhaber, mittelst Errichtung eines Protestes, seinen Dissens erklärte. Art. 21.

Die Disposition dieses Art. ist in dem Französischen Handelsgesetzbuch nicht ausdrücklich enthalten, obwohl dem Sinne desselben angemessen.[2] Die durch den Zahlungsprotest bedingte Verbindlichkeit des Ehrenacceptanten ist in der 1807. zu Frankfurt erschienenen Schrift »Ueber Wechselduplicate, Wechselabschriften und einige verwandte Gegenstände«[3] gründlich erörtert. Art. 30.

Das Folgende ist ein Auszug aus einem hieher gehörigen unterm 7. Febr. 1810. von der Juristenfacultät zu Tübingen abgegebnen Gutachten.

„Es ist eine unläugbare in der Natur des Wechselgeschäfts liegende und von den Wechselordnungen sowohl, als den bewährtesten Schriftstellern anerkannte Wahrheit,

1) Vgl. Pardessus Cours Tom. 2. Pag. 410 fgg. Obwohl s. Locré Esprit, Art. 124. Doch würde, um die Restriction gegen den dritten Inhaber geltend zu machen, der Beweis der von dem Präsentanten ertheilten Einwilligung aus dem Wechsel selbsten hervorgehen müssen.

2) Vincens Tom. 2. pag. 299. Dagegen s. Pardessus, Traité du contrat de change. A Paris 1809. Tome premier. Pag. 264.

3) §. 17.

dafs ein Acceptant per honore di lettera oder del giro in die Rechte und Verhältnisse des Briefinhabers vollkommen eintrete, folglich, wenn er seinen Regrefs gegen die Vormänner, zu deren Ehren er acceptirt hat, sicher stellen und nehmen wolle, alles das als geschehen gegen sie zu bescheinigen habe, was dem Briefinhaber obgelegen wäre.

Die Frankfurter Wechselordnung stellt hierinnen §. 18. den per honore Intervenirenden dem Wechsel-Inhaber vollkommen gleich und das neueste französische Wechselrecht

Code de Commerce L. 1. Tit. 8. No. 159.

drückt sich hierüber bündiger und systematischer aus, als die meisten andern Wechsel-Ordnungen, wenn es dort heifst:

„celui qui paye une lettre de change par intervention, est subrogé aux droits du porteur et tenu des mêmes devoirs pour les formalités à remplir."

Riccius Exerc. jur. camb. Sect. IV. Exerc. 14. §. 6. Franckii Diss. de jure adimplementi litterarum camb. honoris causa. §. 20. Püttmann Grundsätze des Wechselrechts §. 120.

Wenn demnach die Frankfurter Wechsel-Ordnung §. 18. und 27. im Falle der Nicht-Annahme auch nach geschehener Acceptation per honore eines Dritten dem Trassaten dennoch gestattet, vor Abgehung des Protests, ja sogar nach der Verfallzeit vor Abgang der Post mit dem Protest, den Wechsel gegen Erstattung der Protestfpesen und $^{1}/_{3}$ Provision, und der respectiven übrigen Schäden einzulösen, und daher dem Briefinhaber, so weit er seinen Regrefs im widrigen Fall gegen die Vormänner nehmen will, ausdrücklich die Levirung eines doppelten Protests der Nicht-Annahme und Nicht-Zahlung zur Pflicht macht,

„Würde aber der Bezogene nach geschehener Ausfertigung des Protestes di non accettatione und wenn ein anderer bereits per honore di lettera oder del

„giro acceptirt hätte, annoch acceptiren wollen, so „soll ihm solches gegen Bezahlung der Protestſpesen „und Vergütung $^1/_3$ Procent Provision an denjenigen, „der per honore acceptirt, zugelassen werden. Da- „ferne aber der Bezogene bei der Verfallzeit nicht „bezahlt und deswegen der Protest ausgefertiget wird, „dennoch aber jener vor Abgang der Post und des- „sen Versendung annoch realiter bezahlen und seinen „Wechselbrief einlösen wollte, so soll ihm solches, „jedoch dergestalt frei stehen, daſs, wenn der Inhaber „des Wechsels sich bereits rivalirt, er nebst den Pro- „testſpesen und Provision allen erweiſslichen Scha- „den bezahlen und zu gut thun müsse, welches auch „derjenige zu prätendiren hat, so per honore di let- „tera die würkliche Bezahlung gethan, — bei Ver- „weigerung der Acceptation solle ordentlich protestirt, „auch der Protest di non accettatione zurückgesandt, „der Wechselbrief aber bis zur Verfallzeit aufbehal- „ten, und wenn er alsdann nicht bezahlt werde, auch „di non pagamento protestirt werden, dahingegen, „wenn mit der Protestation nicht ordentlich verfah- „ren oder der Brief zu spat zur Zahlung präsentirt, „auch von der verweigerten Acceptation oder Zahlung „mit der ersten oder nächstfolgenden Post keine Nach- „richt gegeben, noch die Protesti eingesandt worden, „falle, wenn Schaden daraus entstehe, die Schuld auf „diejenigen, die solches vernachlässiget, und sey als- „dann weder der Ausgeber noch Girant dafür weiter „zu stehen gehalten.“

womit auch andere berühmte Wechselordnungen, z. B. die Augsburger C. 5. §. 4., die Amsterdamer C. 12. §. 16. u. a. m.

Riccius l. c. §. 36.

auch das neueste französische Wechselrecht überein- stimmen,

Code de commerce §. 11. Art. 163.

Le porteur n'est dispensé du protêt faute de paiement

ni par le protêt faute d'acceptation ni par la mort ou faillite de celui, sur qui la lettre de change est tirée." so sind sie auch mit der Lehre derjenigen [1]) Schriftsteller, welche nur bei einer nicht schlechterdings abgeschlagenen Acceptation auch den Nicht-Zahlungs-Protest erfordern,

Püttmann l. c. §. 113.

leicht zu vereinigen, da nehmlich in den gedachten und andern Gesetzen, besonders in der oben angeführten Stelle der Frankfurter Wechsel-Ordnung §. 14., in dubio die Nicht-Acceptation, wenn sie nicht simpliciter geschieht, immer als nicht schlechterdings abgeschlagen angenommen wird, und daher der doppelte Protest vorgeschrieben ist. [2])

. ;

Nachdem nun aber in Gemäſsheit der obigen Ausführung der Ehren-Intervenient ganz in die Rechte des Brief Inhabers eintrit, und, um den Regreſs gegen diejenige, zu deren Ehren er acceptirt hat, zu salviren, eben die Proteste und Documente, welche dem Wechsel-Inhaber obliegen, beibringen muſs, so geht hieraus die unvermeidliche Folge hervor, daſs der Briefinhaber den Acceptanten per honore nothwendig mit dem doppelten Protest zur gehörigen Zeit versehen müsse, wenn er Zahlung aus der Acceptation per honore verlangen wolle, da ja widrigenfalls der Ehren-Acceptant seinen weiteren Regreſs zu nehmen nicht im Stande wäre, und derjenige, welcher den Intervenienten entschädigen sollte, nicht sicher wäre, ob nicht der Trassat noch Be-

1) meist ältern.

2) Diese Distinction ist dem Französischen Rechte fremd, und auch nach Frankfurter Recht unstatthaft.

Ueber Wechsel-Duplicate u. s. w. S. 34.

Vgl. hinsichtlich des gemeinen Rechts Mittermaier §. 245. — Art. 79. der Niederländischen Wechsel-Ordnung erfordert den Zahlungsprotest unbedingt.

zahlung geleistet, und ob der Intervenient in der gehörigen Ordnung in die Verbindlichkeit eingetreten sey."

Das Französische Handelsgesetzbuch enthält kein Verbot der Indossamente nach Verfall. [1]) Art.34.

Eben so wenig erwähnt das Französische Handelsgesetzbuch des Indossaments in bianco, das daher in Frankreich nur als Vollmacht, zu beliebiger Ausfüllung, betrachtet wird. [2]) Art.36.

Die Befugnisse desjenigen, dem ein Wechsel durch ein irreguläres Indossament übertragen ward, sind nach Art. 37. beschränkter als nach Französischem Recht. [3]) Art.37.

Art. 60. der neuen Dänischen W. O. gestattet dem Trassanten unbedingt Wechselrecht gegen den Acceptanten. Eine Entscheidung des Französischen Cassationshofs (von 1812.), wonach der auf fremde Rechnung Trassirende bei einer Klage gegen den Acceptanten beweisen sollte, dafs Letzterer die Provision erhalten habe, ist aus der Zeit der irrigen Interpretation des Art. 115. — Nach heutigem Französischem Recht steht dem Acceptanten eines auf fremde Rechnung gezognen Wechsels diese Einrede, — wodurch die wichtige Anwendung der Wechsel zur Leistung von Zahlungen mittelst Auftrags zum Trassiren fast gänzlich ausgeschlossen wird, — keineswegs zu, und ist der Trassant eines solchen Wechsels, dem Acceptanten gegenüber, keineswegs, wie nach der Niederländischen W. O., auf eine blofse Schadloshaltungsklage beschränkt. [4]) Art.49.

1) Mongalvy et Germain, Analyse. Tom. 1. pag. 229. Pardessus Cours Tom. 2. pag. 383.

2) Pardessus Cours. Tom. 2. p. 373. fgg., 383, 384. Damit das auf ein Indossament in bianco folgende reguläre Indossament das Eigenthum übertrage, ist der Beweis der gezahlten Valuta erforderlich. Vincens Tom. II. P. 225.

3) Mongalvy et Germain, Analyse. Tom. I. Pag. 234. Vincens Tom. II. pag. 222.

4) Vgl. Vincens Tom. II. pag. 197 — 202. Mittermaier §. 235. a.

Hinsichtlich der Frage, ob nach gemeinem Deutschem und insbesondere nach Frankfurter Recht dem Trassanten Wechselrecht gegen den Acceptanten zustehe, ist folgendes, auszugsweise mitzutheilende, Gutachten der juristischen Facultät zu Tübingen (vom 26. Juni 1826) interessant.

„Gehen wir zuerst von der Natur der Sache, und von allgemein angenommenen Grundsätzen aus, so stellt sich zunächst hervor, dafs das Verhältnifs zwischen dem Trassanten und Acceptanten das eines Zahlungsauftrages ist. Die Tratte ist die Ertheilung und die Acceptation die Annahme des Auftrags, wobei das Daseyn eines schon früher obligatorischen Verhältnisses, welches den Zahlungsauftrag motivirte, juridisch nicht in Betracht kommt. Ein übernommenes Zahlungs-Mandat bindet mich vollkommen, — auch wenn ich dem Mandanten nichts schuldete. Gleichgültig ist es auch in Ansehung dieses Mandats-Verhältnisses, in welcher Form seine Uebernahme geschiehet, jede gültige Erklärung genüget auf gleiche Weise. Geschiehet aber die Erklärung durch eine Acceptation auf dem Wechsel selbst, so hat dieses die Folge:

1) Dafs der Acceptant nicht mehr blofs als Mandatarius des Trassanten in Betracht kommt, sondern von jedem Wechsel-Inhaber eben so selbstständig in Anspruch genommen werden kann, als der Trassant; — dieses Verhältnifs zwischen dem Acceptanten und jedem Wechsel-Inhaber ist von dem zwischen Acceptant und Trassant so unabhängig, dafs es durch kein Contramandat des Trassanten abgeändert werden kann, — selbst wenn beide Theile darein willigten.
2) Durch die Schrift auf dem Wechsel unterwirft sich der Acceptant, wie jeder andere, der Wechselstrenge. Ist nun diese zu beziehen auf die Mandatsverbindlichkeit gegen den Trassanten, oder auf die Zahlungspflicht gegen jeden Wechselinhaber, oder auf beides? Offenbar nur auf die zweite. Durch das Accept

übernimmt er es ja, eben den dritten Personen die Zahlung zu leisten, welchen der Trassant versprochen hatte, sie von ihm zu verschaffen. Es soll dem Wechselinhaber hierdurch das neue Recht erworben werden, dafs er sich jetzt aus dem Wechsel nicht mehr blofs am Trassanten, sondern auch am Acceptanten selbst halten kann; — auf ihn also ist auch aller von der Wechselform abhängiger Vortheil zu beschränken. Gegenüber dem Trassanten, gehört die Acceptation eben so wie die Zahlung selbst zur Erfüllung des Zahlungsmandats. Auch ist ja unbestrittenermaafsen der Trassant frei von allem Wechselanspruche des Acceptanten, wenn dieser dem Trassanten creditirend den Wechsel bezahlte, — und doch würde die Gleichheit erfordern, dafs diesem in Ansehung seiner Actio Mandati contraria dasselbe zu Statten käme, als dem Trassanten für die Actio Mandati. Dieses ist auch einstimmig die Ansicht der Wechselrechtslehrer.

Siegel, Einleitung zum Wechselrecht. C. V. §. 2.
v. Martens, Grundsätze des Handelsrechts. §. 103.
Mittermaier, Grundsätze des deutschen Privatrechts. Zweite Ausg. §. 231.

ebenso Wechselgesetze:

Allgemeines preussisches Landrecht, Th. 2. Tit. 8. §. 1132.

„der Aussteller, welcher einen acceptirten Wechsel einlöset, erlangt dadurch gegen den Acceptanten kein Wechselrecht.“

Eine hiervon abweichende Meinung findet sich zwar für den Fall, dafs der Trassant den Wechsel durch Indossament an sich gehandelt hat,

s. v. Martens a. a. O.

die aber hier um so weniger zu beachten ist, als sich durch kein dergleichen Indossament legitimirt hat, — und bei einem wegen Nichtzahlung protestirten

Wechsel füglich auch von keinem Indossament weiter die Rede seyn kann.

Es wäre also jetzt nur noch zu untersuchen, ob in diesem Punkt die frankfurtischen Gesetze eigenthümliche Grundsätze aufstellen, oder es bei den allgemein angenommenen bewenden lassen.

Der §. 32. der Wechselordnung ist so dunkel und ungewiſs, daſs auf dieser Grundlage übereinstimmende Urtheile kaum erwartet werden können .
. .

Für die Annahme des Wechselrechts auf Seiten des Trassanten würden wir noch nicht den Umstand urgiren wollen, daſs der dem Trassanten zugesagte Vorbehalt seiner Forderung auf die Valuta an den Acceptanten als überflüssig erschiene, wenn er nicht auf den Wechselprozeſs zu beziehen wäre. Superflua non nocent, haben die Wechselordnungen öfters befolgt. Es könnte im Grunde dasselbe gesagt werden von jeder Verweisung eines Rechtsgegenstandes aus dem Wechselverfahren und dem Vorbehalte für den ordentlichen Prozeſs.

Dringender aber scheinen für das Wechselrecht des Trassanten folgende Gründe zu sprechen:

1) Die Zusammenstellung des Ausgebers mit dem Indossanten will zwar hier eine solche Entgegensetzung zwischen dem Ausgeber und andern Wechselinhabern finden, daſs das bloſs über diese Bestimmte von jenem ausgeschlossen bleibe. Vielmehr hat es den Anschein, daſs der Aussteller nur darum besonders genannt werde, um auch auf ihn zu erstrecken, was von dem Indossanten gesagt wird. Stillschweigend würde man den Ausgeber nicht mit eingeschlossen haben. Es zeigt sich aber auch grade hier das Schwanken des Gesetzes: Zuerst wird gesprochen von einem Indossanten oder dem Ausgeber, dann in eben der Periode vom

Trassanten, wie wenn dieser Ausdruck die beiden früher genannten in sich schliefsen sollte, oder wie wenn nur von diesem einen die Rede gewesen wäre.

2) Wenn der Brief wiederum in des Ausgebers Hände kommt, soll derselbe mit nichten dadurch ganz getödtet seyn; das scheint also zu besagen: auch noch in des Ausstellers Händen soll der Wechselbrief seine Wechselkraft äufsern. In Bezug blofs auf den ordentlichen Procefs, kann von einer besondern Bedeutung des Wechselbriefs, die diesem verloren gehen oder bewahrt bleiben soll, mithin von einem »Getödtetseyn« desselben, füglich nicht gesprochen werden.

Es wird besonders darauf gesehen, wenn der Aussteller die Tratte nach der angeschafften Valuta oder sonst ihm zustehenden Forderung an den Acceptanten eingerichtet hatte; er soll den Acceptanten dann deswegen »rechtlicher Ordnung nach ansprechen und belangen dürfen.«

Auch dieses scheint sich nicht zu vereinigen mit einer Beschränkung des Ausgebers auf diejenigen Ansprüche und den Rechtsweg, die ihm schon ganz abgesehen von der Tratte offen stehen.

Alles dieses Anscheines ungeachtet, dürfte doch das Uebergewicht der Gründe sich zur entgegengesetzten Seite neigen.

1) Die Worte:

»es ist und bleibt der Trassant, so den Brief an sich gelöset, nichts desto weniger befugt u. s. w.«

lassen deutlich erkennen, dafs nicht von einem neuen erst durch die Einlösung des Wechsels dem Trassanten zukommenden Rechte hier die Rede sey. Er kann also auch das Wechselverfahren so wenig nachals vorher in Anspruch nehmen.

2) Ganz entschieden erkläret Wechselordnung §. 33. die exceptio non numeratae pecuniae für unzulässig im

Wechselverfahren, selbst nicht einmal mit der Ermäſsigung, daſs sie in continenti erwiesen werden könnte. Noch bestimmter und unserm Falle mehr anpassend drückt sich die neuere provisorische Gerichtsordnung Art. 93. aus:

„Was insbesondere die Einrede der nicht bezahlten Valuta betrifft, so ist diese Einrede, als solche, im Wechselprozesse zwar ebenfalls nicht zulässig, muſs jedoch demjenigen, der sie vorschützt, um sie als Gegenstand einer Separatklage im ordentlichen Proceſs auszuführen, vorbehalten werden."

Hiernach würde also auch, wenn der Aussteller wider den Acceptanten im Wechselprozesse auftreten dürfte, die Richtigkeit seiner Forderung einstweilen angenommen werden müssen, bis zum Beweise des Gegentheils im ordentlichen Prozesse. Das bloſse Accept müſste so hinreichende Legitimation für den Trassanten seyn, — als sonst der Wechsel an sich für jeden rechtlichen Inhaber desselben. — Dennoch bedingt der §. 32. den dem Trassanten zugebilligten Vorbehalt ausdrücklich soweit:

„wenn er dem Acceptanten die Valuta zur Zahlung angeschafft, oder sonsten Forderung an denselben gehabt."

Indem nun hiermit deutlich genug dem Trassanten vollständiger Beweis seines Anspruches an den Acceptanten zur Pflicht gemacht wird, ist die Sache eo ipso an das gemeine Verfahren verwiesen. —

.

3) Endlich aber würde, nach dem früher bereits Ausgeführten, ein dem Trassanten wider den Acceptanten eingeräumtes Wechselrecht eine solche Singularität seyn, — daſs, ohne eine ganz unzweideutige Bestimmung eines Gesetzes sie sich nicht annehmen lieſse, — woran es mindestens hier durchaus fehlt. — Dem Abfasser des Art. 32. scheint die Frage

dunkel vorgeschwebt zu haben, ohne aber dafs er auf Beantwortung derselben eingegangen wäre; am allerwenigsten hat er die Absicht gehabt, ein neues Recht hiemit einzuführen. Von dieser schwankenden Stellung her dürften sich die oben angeführten entgegen stehenden Bedenken beseitigen lassen.

Sonach erledigte sich der fragliche Rechtspunkt nach gemeinem Wechselrechte, und nach der Frankfurter Wechselordnung. behauptet nun zwar, nicht sowohl an diesem Art. 32. der Wechselordnung, als an der spätern Gerichtsordnung Art. 80. habe man sich zu halten. Ganz vergeblich aber sucht er hieher zu eruiren, dafs der Acceptant jedem Inhaber des Wechsels, mit Einschlufs des Ausstellers, auf gleiche Weise wechselmäfsig als Hauptschuldner verhaftet sey.

Der Grundsatz, qui acceptat solvat, ... könnte nur von Erfolg seyn, soferne wir darnach die blofse Acceptation als eine für den Wechselprozefs genügende Legitimation des Trassanten wegen geleisteter Valuta an den Acceptanten wollten gelten lassen; was dem oben entwickelten Grundsatze der Frankfurter Gesetze über die Einrede nicht gezahlter Valuta gerade widersprechen würde."

Man bemerkt hinsichtlich der unter Nummer 1. u. 2. enthaltenen Entscheidungsgründe:

1) Die Worte "es ist und bleibt" können nicht wohl eine andre Bedeutung haben, als: "es ist und bleibt fortan", zumal doch vor Einlösung des Wechsels der Trassant, als solcher, kein Klagrecht gegen den Acceptanten hat.

2) Vor Einführung der Frankfurter Wechselordnung von 1666, — zu welcher Zeit, nach der Verordnung vom 4. April 1620, renovirt am 9. April 1635., Indossamente verboten waren, — geschah es häufig, dafs der Acceptant eines Wechselbriefs aus

dem Rechte des Trassanten, der die Zahlung wegen [1]) nicht empfangener Valuta contramandirte, die römisch-rechtlich privilegirte E. N. N. P. entgegenzuschützen versuchte. [2])

Um Abstellung dieses Mifsbrauchs bat der Frankfurter Handelsstand in einer um jene Zeit, wegen Abfassung einer Wechselordnung, überreichten Supplication. [3])

1) Von dem Remittenten, der den Wechsel auf seinen Gläubiger, den Präsentanten, hatte stellen lassen.

2) Vogt de Cambiis. Editio altera, cum additionibus Fritschii. Francofurti 1670. S. 119 fgg., wo auch die Gutachten abgedruckt sind, die sich Vogt (Advokat zu Frankfurt) deshalb für den Frankfurter Handelsstand im Jahr 1654. von den juristischen Facultäten zu Strafsburg, Cöln und Leipzig ertheilen liefs.

3) Es heifst in dieser, bei Vogt a. a. O. S. 175. fgg. abgedruckten Supplication:

„Fünftens hat dem Wechselhandel, so doch der Kern der Negotien ist, zu dessen höchsten Präjudiz und grofser Hindernifs die Exceptio non numeratae pecuniae eingeschleift werden wollen: weilen aber die Wechsel zu besserer Beförderung der unentbehrlichen Commercien celerem expeditionem auf sich haben, und wo dieselben nicht gar zu Grund gerichtet werden sollten, alle Wechselsachen vielmehr summarischerweise als secundum juris apices zu erörtern sind; so könnte vorgedachter Exception non numeratae pecuniae in Wechselsachen kein Statt gegeben, sondern allen unnöthigen und weitläuftigen Streiten vorzukommen, von denselben ganz ausgemustert werden, dergestalt, dafs derjenige, so einen Wechselbrief also simpliciter acceptirt, gemeldte Exception keineswegs vorschützen könne, sondern kraft wohl hergebrachten Sprichworts Chi accetta pagha zu zahlen schuldig sey, darwider ihn auch nicht ein dolus expressus schützen könne, dann es sonsten einen continuirlichen Streit setzen würde bei denen Fallimenten, da ein jeder einen dolum, wann er zahlen sollte, beibringen würde wollen, und also mehr Confusion bei diesem puncto erreget, als damit verhütet werden, dann ein jeder billig auf seinen Mann zu sehen hat, wem er trauet, damit nicht durch eines übel Aufsehers Trauen ein *tertius* gravirt werde."

In derselben Supplication[1]) ward auf Aufhebung des Verbots der Indossirung angetragen.

Beiden Anträgen entsprach die, überhaupt fast wörtlich aus jener Supplication des Handelsstandes entnommene, Frankfurter Wechselordnung von 1666, indem sie in Art. 11. die Indossirung gestattete, und in Art. 15 verfügte:

„Dieweil auch in Wechselsachen, wiewohl dieselbe zu Beförderung der unentbehrlichen Commercien de simplici et plano zu erörtern seynd, die Exceptio non numeratae pecuniae oder die Ausflucht nicht baar dargezahlten Geldes, zu Hinderung denen Negotien eingeführt werden wollen, so soll dieselbe in denen Wechselsachen nicht zuläſsig, sondern ausgeschlossen seyn, dergestalt, daſs derjenige, so einen Wechselbrief simpliciter acceptirt, gemeldte Exception keineswegs vorschützen mag, sondern parate Zahlung, mit Vorbehalt seines Rechtens[2]), zu thun schuldig seyn soll."

Sehr richtig hat hienach Span[3]) das aus Art. 15 der Wechselordnung von 1666 in Art. 33 der erneuerten Frankfurter Wechselordnung von 1739 übergegangene Verbot der Exceptio non numeratae pecuniae oder „Ausflucht nicht baar dargezählten Geldes" nur auf das römisch-rechtliche Privilegium dieser Einrede bezogen, und bei Orth[4]) abgedruckte Entscheidungsgründe einer juristischen Facultät vom Jahr 1774. sind dieser Ansicht beigetreten.[5]) Dieselbe wird bestätigt durch die Aus-

1) Vogt a. a. O. S. 181.

2) d. h. gegen den Trassanten.

3) Wechselrecht der Reichsstadt Frankfurt. Frankfurt 1752. §. 117.

4) Sammlung merkwürdiger Rechtshändel. Sechzehnter und siebzehnter Theil. Frankfurt 1778. S. 353, 354.

5) Zur Bequemlichkeit der Leser folgt hier die allegirte Stelle aus Orts Rechtshändeln wörtlich bei:

„. . . . da sie (die exceptio non numeratae pecuniae) 19.) dafern sie in continenti erweislich gewesen wäre, in allweg auch

dehnung, welche Art. 33 dem Verbote der Exceptio non numeratae pecuniae auf eigne Wechsel gibt.

Hinsichtlich des Falls, wenn der Trassant zu dem Beweise erbötig ist, dafs ihm der Käufer des Wechsels die Valuta nicht gezahlt habe, hat Art. 44. der Wechselordnung von 1739. durch die dem Trassanten eines Rectawechsels zugelassene Contramandirung eine sichre Regel aufgestellt.

Mit dieser Interpretation stimmt auch die Frankfurter provisorische Prozefsordnung von 1819. vollkommen überein, da dieselbe in Art. 91. allgemein verordnet, dafs der Wechselbeklagte keine Einrede aus dem Rechte oder der Verbindlichkeit eines Dritten ableiten könne, und Art. 93., wie aus der zweiten Hälfte desselben [1])

gegen den Wechsel im ersten (Jahre) statt gefunden hätte; als den desfalls aus den §§. 33. fgg. der Fr. W. O. entstehenden Zweifeln begegnet, und, dafs sie als in continenti beweislich auch in Wechselsachen zuläfsig sey, arg. §. 35. gezeigt hat Dr. Span im Fr. Wechselrechte, all. cap. 17. §. 117. pag. 102. sq. Das privilegium exceptionis non numeratae pecuniae, das solche in l. 3. C. de non numer. pec. erhalten, hat ohnehin in Deutschland heut zu Tage 20.) zumal unter Handelsleuten, als den Negotien und Commerzien hinderlich, ein grofses Odium und wird dasselbe sonderlich in der Fr. W. O. §. 33. eben defswegen sehr übel angesehen, Dr. Span ibid. pag. 103., welcher auch in sq. §. 118. zeiget, dafs nur die beiden exceptiones plurium reorum debendi seu divisionis und cessionis in potentiorem also von den Wechseln removiret worden, all. §. 35., dafs sie auch in continenti als ganz liquid gegen selbige nicht Platz greifen können, das aber von der exceptione non numeratae pecuniae gleichfalls zu sagen eine Unbilligkeit wäre. Add. ej. §. 115. p. 98."

1) Diese lautet also:

„Wird aber diese Einrede als Gegenstand einer Separatklage im ordentlichen Procefs vorgebracht, oder, wie es allerdings geschehen darf, im Fall eines Concurses von Seiten des Contradictors dem Liquidanten entgegengesetzt, so verliert sie die ihr in den gemeinen Rechten zugestandene privilegirte Eigenschaft u. s. w."

hervorgeht, nur von der privilegirten Einrede des nicht baar gezahlten Geldes spricht.

Bei Wechseln, die auf Rechnung eines Dritten gezogen sind, liegt diesem Dritten die Verbindlichkeit ob, dem Trassaten die Valuta anzuschaffen; er ist, hinsichtlich des Trassaten, der wirkliche Trassant, und der auf dem Wechsel erscheinende Trassant steht, in derselben Hinsicht, jedem andern Wechselinhaber vollkommen gleich.

Art. 161. des Französischen Handelsgesetzbuchs verfügt, dafs der Inhaber am Verfalltage die Zahlung fordern solle. Da aber, nach Art. 162., erst am folgenden Tage protestirt werden kann, so wird die Anmeldung, am Verfalltag, nicht als wesentlich betrachtet. [1]) Art. 50, 79. der Niederländischen W. O. ist die, unter diesen Umständen, vergebliche Auflage der Anmeldung am Verfalltag aufgehoben. Vgl. auch Art. 55. derselben coll. Art. 134, 162. des Französischen Gesetzes. Doch s. Art. 54. Art. 50.

Art. 155. des Französischen Handelsgesetzbuchs verfügt, dafs die dem Acceptanten, bey Zahlung eines verlornen Wechsels, zu leistende Caution nach Ablauf von drey Jahren erlösche. Daraus entsteht die Singularität, dafs der Zahler des verlornen Wechsels während der letzten zwey Jahre ohne Caution ist. [2]) — Das Niederländische Gesetz bestimmt für diese, zur Sicherheit des Acceptanten gereichende Caution keine abweichende Verjährungszeit. Art. 64.

1) Vincens Tom. II. Pag. 283.

2) Locré Tom. 2. Pag. 208 fgg. Er bemerkt, dafs die nämliche Singularität bereits nach der Ordonnance von 1673. Tit. 5. Art. 20. Statt gefunden habe, indefs ohne Nachtheil geblieben sey. — Pardessus Cours Tom. II. Pag. 457. meint, der Zahler sey bereits nach Art. 145. des Code de Commerce seiner Verbindlichkeit vollständig entledigt, da er in Gemäfsheit eines richterlichen Befehls zahlte, — die Caution aber gereiche nur zur Sicherheit desjenigen, der etwa später sich als den wirklichen Eigenthümer des Wechsels ausweise.

Art. 66. Pardessus [1]):

„Celui qui ne seroit que simple détenteur de la lettre, . . . n'auroit pas un pouvoir suffisant pour faire un protêt à sa requête. Un tel acte ne pourroit être invoqué par le propriétaire de la lettre de change, pour éviter la déchéance prononcée à défaut de protêt. Toutefois, la détention de la lettre l'autorise suffisamment à charger un officier instrumentaire de faire le protêt à la requête de celui que le dernier endossement constitue porteur; car, à quelque titre qu'il ait cette lettre dans les mains, il doit veiller à la conservation des droits qui en résultent."

Art. 67. In dem den Generalstaaten vorgelegten ersten Project der Niederländischen W. O. enthielt Art. 69. [2]):

„dafs der Acceptant nicht schuldig sey zu zahlen, wenn die Signatur des Trassanten falsch sey."

Van Tienhoven [3]) bestritt diesen Gesetzesvorschlag aus Gründen des Rechts und des Handelsinteresse, und gestattete nur hinsichtlich des ersten Inhabers, der den Wechsel unmittelbar vom Trassanten erhielt, eine Ausnahme. Art. 69. des ersten Projectes wurde in das zweite Project, — welches die Billigung der Generalstaaten erhielt, — nicht aufgenommen. [4])

Art. 76. Das Französische Handelsgesetzbuch (Art. 120, 124, 126, 131.) spricht nur bei Wechseln, die nach Sicht zahlbar sind, bei theilweiser Acceptation, und als Requisit der Cautionsfordrung und der Ehrenacceptation die Nothwendigkeit des Acceptationsprotestes aus. [5])

1) Cours Tom. II. Pag. 467.

2) Opinions énoncées par Mr. Donker Curtius van Tienhoven, député de la Hollande aux états généraux, lors de la discussion sur le projet du code de commerce. à Dordrecht 1826. S. 49.

3) S. 46 fgg.

4) Uebereinstimmend nach Französischem Recht: Pardessus Cours Tom. II. Pag. 501.

5) Vgl. Vincens Tom. II. Pag. 254.
Sirey, Journal général des lois et des arrêts. Tom. 11. Pag. 414.

Auch die Verfügung des Art. 77. fehlt in dem Französischen Handelsgesetzbuch, und Französische Schriftsteller suchen daher zu deduciren, dafs bey domicilirten Tratten der Acceptationsprotest im Domicil errichtet werden könne. [1]) Art.77

Dafs der Inhaber, der den Protest zu spat notificirte, nur zum Schadensersatz schuldig seyn soll, scheint, in Vergleich mit Art. 17, 100., nicht folgerecht. Art.84.

In den Bestimmungen über den Termin der Notification und über die Dauer der Regrefspflicht weicht die Niederländische W. O. von der Französischen durchaus ab.

Der [2]) Satz der Niederländischen W. O., dafs der Inhaber durch Ueberspringung einzelner Regrefspflichtigen seinen Anspruch gegen dieselben verliere, wurde von Van Tienhoven [3]) bestritten, indem daraus für den Inhaber leicht die Nothwendigkeit entstehe, sämmtliche Regrefspflichtige zu gleicher Zeit zu belangen, und die dadurch erhöhten Kosten zuletzt dem Zahler zur Last fielen, — während mittelst Beibehaltung der in dem Französischen Handelsgesetzbuch bestimmten Fristen der Regrefsnahme eine zu lange Fortdauer der Regrefspflicht hätte abgewandt werden können. Art.86.

Um Mifsverständnissen in Interpretation des Art. 97. der Niederländischen W. O. (dessen zweite Hälfte [4]) in der Französischen Uebersetzung nicht gut wiedergegeben ist) vorzubeugen, schaltet man hier den Art. 65. der Neuen Niederländischen Fallitenordnung (Buch 3. Art.97.

1) Vincens Tom. 2. Pag. 259.
Doch s. Pardessus Cours. Tom. 2. Pag. 396.

2) von dem Französischen Recht abweichende — s. Vincens Tom. 2. Pag. 328.

3) S. 51 — 53, 58, 59.

4) Sie lautet, nach wörtlicher Uebersetzung des Holländischen, folgendermassen: „Wenn er aus einer der Massen eine Stückzahlung empfangen hat, sind die andern Massen sowohl als die nicht fallirten Mitverpflichteten nicht weiter entlastet, als für den Belauf der Stückzahlung.“

Tit. 1. des Handelsgesetzbuchs) ein, welcher, in genauer Uebereinstimmung mit Art. 534. des Französischen Handelsgesetzbuchs, folgendermaſsen lautet:

De schuldeischer, die houder is van eene hoofdelijke verbindtenis tusschen den gefailleerden en andere medeschuldenaren, die in staat van faillissement zijn, heeft regt op de uitdeelingen *in al de boedels tot hij ten volle en geheel zal zijn voldaan.*	Le créancier porteur d'engagemens solidaires entre le failli et autres co-obligés qui sont en faillite, participera aux distributions *dans toutes les masses, jusqu'à son parfait et entier paiement.*

Die nämliche Disposition, daſs der Inhaber, im Fall eines Falliments sämmtlicher Wechselschuldner, sich, durch Liquidation in sämmtlichen Concursen, seine volle Bezahlung verschaffen könne, ist auch in der Frankfurter W. O. Art. 31. enthalten. Es wird darin der Fall supponirt, daſs der Trassant, Acceptant, und sämmtliche Indossanten oder auch nur einer derselben fallirten, und dem Inhaber, der gegen den Acceptanten gehörig protestiren lieſs, gestattet, bey jedem der übrigen die Bezahlung zu suchen, und von ein- oder dem andern, so viel er bekommen könne, zu empfangen, bis er die Vergnügung des Wechsels mit Ricambio und Unkosten vollkommen erhalten habe.

Durch letztere Beifügung zeigt das Gesetz deutlich, daſs auch in dem Fall, wann sämmtliche Mitschuldner fallirt haben, — welchen man offenbar bey Abfassung desselben vorzugsweise vor Augen hatte, — eine volle Befriedigung des Inhabers möglich ist. Diese Möglichkeit setzt aber voraus, daſs die von der einen früher beendigten Concursmasse eingehende Dividende bey Ausmittelung der aus den andern Massen zu erhaltenden Dividenden nicht in Anschlag gebracht werden darf.[1]) Durch die, ansonst ganz müſsigen Worte

1) Wenn z. B. Mevius, der Inhaber eines Wechsels von 1000 fl, von welchem der

„so viel er (bey einem jeden der Mitschuldner) bekommen kann" hat das Gesetz die Unzulässigkeit jedes solchen Abzugs bestimmt ausgesprochen.

Art. 32 der Preussischen W. O. von 1684, — deren Art. 31 mit Art. 31 der Frankfurter W. O. übereinstimmt, — gestattet zwar dem Inhaber, der aus einem Concurse eine Dividende erhalten hat, nur, den Rest von den Uebrigen, „es sey mit Recht oder Accord," zu fordern; aber in dem dort vorausgesetzten Falle hatte der Inhaber diese Dividende erhalten, ehe er die Uebrigen anging; daſs die während der Dauer eines Concurses aus einem andern eingehende Dividende dem noch fortdauernden Concurse in keiner Weise zu gut kommen solle, zeigt die nämliche Stelle jener Preussischen Wechselordnung, indem darin wieder die volle Bezahlung unbedingt für möglich erklärt, und nur ein Mehreres nicht zugelassen wird. In Hamburg wird der mit Art. 31 der Frankfurter W. O. ohngefähr gleichlautende Art. 34 der dasigen Wechselordnung nach einer entschiedenen Praxis [1]) in dem Sinne verstanden, wie

Trassant Titius mit einer . .	50 Procent	liefernden Masse
Acceptant Sempronius mit einer	40 Procent	
Indossant Cajus mit einer . .	10 Procent	

fallirten, bey jeder dieser Massen (— so lange er dabey nicht mehr erhält, als seine vollständige Befriedigung —) für den vollen Belauf seiner Forderung von 1000 fl. die Ausbeute zu erheben zugelassen wird, so erlangt er, von denselben zusammen genommen, die vollen 1000 fl. Bey abzugsweiser Befriedigung dagegen würde er etwa von der Masse des Titius 50 Procent von 1000 fl. mit 500 fl. —
von der Masse des Sempronius 40 Proc. von 500 fl. mit 200 fl. —
von der Masse des Cajus 10 Procent von 300 fl. mit 30 fl. —
zusammen nur 730 fl. —
erhalten, und, selbst, wenn jede der Massen 99 Procent gäbe, nie die vollen 1000 fl. zusammenbringen.'

1) z. B. Entscheidung des Obergerichts in Sachen der Curatoren von Hetling und Oom, vom 26. Dec. 1766, desgleichen in Sachen der Curatoren des Juden Ries, vom 2 Jan. 1767. Siehe

die Französischen Rechtsgelehrten[1]) Art. 534 des Französischen Handelsgesetzbuchs interpretiren.

Art. 99. Man schaltet hier folgende zur Interpretation dieses Art. dienende wichtige Entscheidung des Französischen Cassationshofs, vom 19 Dec. 1821, ein:[2])

„Vu les art. 118, 140 et 142 du code de commerce;

„Attendu que l'on ne peut être obligé que par des engagemens volontairement contractés, ou par la force de la loi;

„Que le donneur d'ordre n'a pas contracté avec le porteur de la lettre de change: qu'il est intervenu un simple contrat de mandat entre le donneur d'ordre et le tireur de la lettre; d'où il suit que le porteur ne peut avoir d'action directe contre le donneur d'ordre, résultant de la convention, et qu'il ne pourrait, dès-lors, avoir d'action directe contre lui, que par la force de la loi;

„Que le code de commerce, introductif d'un droit

auch vollständige Sammlung aller im Jahr 1801 bei dem Reichskammergerichte ergangenen Urtheile und Decrete. Wetzlar 1801. S. 228., wo die in letzter Instanz erfolgte Entscheidung eines vor den Hamburger Gerichten ventilirten Rechtsfalls enthalten ist, in welchem die Frankfurter Trassanten in der Concursmasse der Hamburger Acceptanten W. L. Popert et Comp. zum vollen Belaufe der Tratte zugelassen wurden, ohngeachtet sich die curatores honorum zu dem Beweise erboten, dafs die Trassanten von denjenigen, für deren Rechnung sie gezogen, theilweise Dekung hatten.

1) S. z. B. Mongalvy et Germain Tom. II. p. 295. fgg. Pardessus Cours. Tome quatrième. P. 393.

Letzterer sagt:

„Lorsque tous les co-débiteurs sont faillis, le créancier peut exiger qu'on l'admette dans chacune des faillites pour la somme totale de ce qui lui est dû en capital, intérêts et frais, sans égard à ce qu'il auroit déjà touché, ou de ce que, par l'effet de son admission, il seroit sur le point de toucher dans la faillite d'un ou de plusieurs des co-obligés.“

und fügt bei, dafs diese Befugnifs des Gläubigers nur in so weit beschränkt sey, als er auf diese Art nie mehr als den vollen Betrag seiner Forderung erhalten dürfe.

2) Merlin Répertoire. Tom. seizième. Pag. 677.

nouveau sur la matière des lettres de change, par ordre et pour compte d'un tiers, est la seule loi à consulter, et que le code ne donne aucune action directe au porteur contre le donneur d'ordre;

"Que les art. 118 et 140 qui s'occupent de la garantie du porteur, ne lui donnent aucune action que contre les signataires de la lettre, tireur, endosseurs et accepteurs; et que le donneur d'ordre n'est ni tireur, ni endosseur, ni accepteur, qu'aucun article du code ne la assimilé à aucun d'eux;

"Que le legislateur n'aurait pas négligé de faire péser la garantie sur lui, s'il avait été dans son intention qu'il en fût ainsi; qu'il l'aurait placé au même rang que le donneur d'aval par acte séparé, comme il l'a fait dans l'art. 142;

"Que cette exception au principe général établi par les art. 118 et 140, au regard du donneur d'aval, ne peut être étendue d'un cas à l'autre, qu'au contraire elle confirme la règle;"

"Qu'il résulte de là que le porteur n'a point d'action directe dérivant du contrat de change contre le donneur d'ordre, et que, s'il veut en exercer une, ce ne peut être que l'action du mandat par subrogation au tireur son garant;

"Que cette action étant pure personnelle, il doit la porter devant le juge du domicile du donneur d'ordre, et subir toutes les exceptions que le donneur d'ordre aura à faire valoir contre son mandataire;

"Que cependant la cour royale de Paris a jugé que le défendeur, porteur des lettres de change en question, avait une action directe dérivant du contrat de change, contre le demandeur, donneur d'ordre, indiqué dans les lettres par de simples initiales; que la cour royale n'a pu le juger ainsi sans excès de pouvoir, en supposant dans la loi ce qu'elle n'a pas dit, et s'écartant ainsi ouvertement de ses dispositions;

"La cour casse et annulle ; et sur le fond, renvoie les parties devant la cour royale de Rouen."

Bayerische Staatsbibliothek München

Die cour royale von Rouen entschied in Gemäfsheit der von dem Cassationshof aufgestellten Principien.

Art.101 In dem Französischen Handelsgesetzbuch hat man absichtlich unentschieden gelassen, wem die Folgen der force majeure zur Last fallen. Vincens[1]) bemerkt, abweichend von der Disposition des Niederländischen Gesetzes:

„Il est vrai que la faculté de faire circuler la lettre est indéfinie; mais c'est en sous-entendant que, comme le preneur la fait circuler à son profit, l'evénement de cette circulation indirecte *est à son risque*."

Art.103 Die in Art. 103, 105. festgesetzten Ausnamen von der fünfjährigen Präscription sind dem Französischen Rechte fremd.

Art.106 In Bezug auf Art. 106. fgg. äufsert Van Tienhoven: [2])

„Quoiqu'en général, je ne suis pas ami des définitions, les sonsidérant comme dangereuses, j'aurais cependant desiré, qu'on eut un peu indiqué ce qu'on entend par ces *bons* et ces *assignations* (en Hollandais *kassiersbriefjes* of *assignatiën*). Mais je crois qu'on seroit fort embarassé de le faire, puisque ce n'est que du papier de pure convention dans le commerce, introduit par l'usage, mais dont la dénomination, la forme et la teneur, ainsi que la validité et l'effet, qu'on y attache varient presque par tout, tellement qu'à Amsterdam il a une tout autre forme qu'à Anvers, forme à laquelle on appliquerait quelquefois difficilement des règles, et qui fait naître à mon avis des droits et des obligations, pour la plupart, dépendantes du fait de l'émission de ce papier, et des conventions et de circonstances qui l'accompagnent, mais dont on règlera difficilement les effets par la loi, sans risquer de choquer l'usage reçu soit ici soit ailleurs."

1) Tom. II. Pag. 211.
2) S. 54.

Von den neuesten

KOENIGLICH NIEDERLAENDISCHEN

MÜNZGESETZEN.

Von dem ältern Niederländischen Münzwesen hat gehandelt der Freiherr von Praun im zweiten Theile seiner Gründlichen Nachricht vom Münzwesen, und interessante Aufschlüsse, das vormalige Holländische Münzwesen anlangend, enthalten Graumanns gesammelte Briefe über das Münzwesen. Berlin 1762. Hiermit aber werden die wesentlichsten neuern königl. Niederländischen Münzverordnungen, aus dem zu Brüssel erscheinenden *Journal Officiel du Royaume des Pays-Bas* entnommen, beigebracht, mit welchen die Münzgesetzgebung des Königreichs der Niederlande eine neue Gestaltung erhalten hat.

Bayerische Staatsbibliothek München

I.

Wet van den 28. September 1816, tot regeling van het Nederlandsche Muntwezen.

WY WILLEM, BY DE GRATIE GODS, KONING DER NEDERLANDEN, PRINS VAN ORANJE-NASSAU, GROOT-HERTOG VAN LUXEMBURG, ENZ, ENZ, ENZ.

Allen die deze zullen zien of hooren lezen, salut, doen te weten:

Alzoo Wij in aanmerking genomen hebben, aan den eenen kant, de' verscheidenheid van Muntspecien, die in de verschillende Provincien van Ons Rijk zijn circulerende, mitsgaders de nadeelen en ongelegenheden welke daaruit, zoo wel voor de algemeene schatkist, als voor de ingezetenen des Rijks, zijn voortspruitende, in het bijzonder omdat vele dier Muntspecien geenszins als 's Rijks Munten kunnen worden beschouwd, maar enkel getolereerd en volgens bepaalde tarieven aangenomen worden; en aan den anderen kant, de voordeelen die 'er uit eenheid van Munten en een wel ingerigt en eenvoudig Muntstelsel, voor het Rijk en Onze goede onderdanen zullen onstaan;

Zoo is het, dat Wij in alle die ongelegenheden willende voorzien, en het vordeel van 's Rijks ingezetenen ook in dit stuk willende behartigen, den Raad van State gehoord, en met gemeen overleg der Sta-

Bayerische Staatsbibliothek München

I.

Loi du 28. Septembre 1816, pour l'établissement du systéme monétaire des Pays Bas.

NOUS, GUILLAUME, PAR LA GRACE DE DIEU, ROI DES PAYS-BAS, PRINCE D'ORANGE-NASSAU, GRAND-DUC DE LUXEMBOURG, ETC., ETC., ETC.

A tous ceux qui les présentes verront, salut; savoir faisons:

Ayant pris en considération d'une part la différence des monnaies qui circulent dans les différentes provinces de Notre Royaume, ainsi que le préjudice et les embarras qui en résultent tant pour le trésor public que pour les particuliers, sur-tout parceque plusieurs de ces monnaies ne peuvent nullement être considérées comme monnaies de l'Etat, lequel ne peut tout au plus que les tolérer et les recevoir d'après des tarifs déterminés; et d'autre part, les avantages que procureront à l'Etat et à Nos fidèles sujets l'unité des monnaies et l'établissement d'un système monétaire simple et régulier;

Et voulant remédier à tous ces inconvéniens, et montrer combien à cet égard comme à tout autre, Nous prenons à coeur l'intérêt des habitans de notre Royaume;

A ces causes, notre Conseil-d'Etat entendu, et

ten-Generaal, hebben goedgevonden en verstaan, gelijk Wij goedvinden en verstaan bij deze:

ART. I.

's Rijks Muntspecien zullen voortaan bestaan uit zilveren en gouden stand-penningen, uit koperen stukken, en uit zilveren en gouden negotie-penningen.

II.

's Rijks zilveren Muntspecien zullen zijn:

1°. De *gulden*, als munt-eenheid van dezelfde *intrinsique* waarde als de voormalige generaliteits gulden, in de Noordelijke Provincien gemunt, en derhalve houdende twee honderd azen (negen grammas en 613 milligrammas) fijn zilver: vervolgens stukken van drie guldens, ten gelijken alooije als de gulden en in gewigt naar advenant.

De verdeeling van den gulden, dat is van de *munteenheid*, zal zijn tiendeelig, wordende de gulden verondersteld te bestaan uit hondert deelen, genoemd *cents*.

2°. De onderdeelen van den gulden zullen zijn:

Stukken van een halven gulden, of *vijftig cents*;

Stukken van een kwart gulden of *vijf en twintig cents*;

Stukken van een tiende gulden of *tien cents*;

Stukken van een twintigste gulden, of van *vijf cents*.

3°. De koperen stukken zullen zijn *cents* of honderdste gedeelten van den gulden, en *halve cents*, of twee honderdste gedeelten van den gulden.

de commun accord avec les Etats-Généraux; avons statué comme Nous statuons par les présentes:

ART. I.

Les monnaies de l'Etat consisteront dorénavant en *pièces légales* d'or, d'argent et de cuivre; et en *pièces à l'usage du commerce* d'or et d'argent.

II.

Les monnaies d'argent seront:

1°. Le *florin* comme unité monétaire, lequel sera de la même valeur *intrinsèque* que l'ancien florin frappé dans les Provinces Septentrionales, et contiendra par conséquent deux cents *aas* (9 grammes et 613 milligrammes) d'argent fin; puis la pièce de trois florins au même titre que le florin et de poids proportionné.

La subdivision du florin, ou de l'unité monétaire, sera décimale, le florin étant supposé formé de cent parties, nommées *centièmes*.

2°. Les espèces sous-multiples du florin seront:

Des pièces d'un demi florin ou de *cinquante centièmes;*

Des pièces d'un quart de florin ou de *vingt-cinq centièmes;*

Des pièces d'un dixième de florin ou de *dix centièmes;*

Des pièces d'un vingtième de florin ou de *cinq centièmes.*

3°. Les pièces de cuivre seront des *centièmes,* c'est-à-dire centièmes parties du florin, et des demi *centièmes*, ou deux centièmes parties du florin.

III.

De gouden penningen zullen zijn stukken van tien guldens.

IV.

De zilveren stukken zullen op den volgenden voet gemunt worden.

De gulden zal houden een gewigt van zeven engels trooisch (10 grammas en 766 milligrammas) en gealloijeerd zijn op $\frac{893}{1000}$, beide uiterlijk en zonder remedie, opdat dezelve aldus zoude houden 200 azen (9 grammas en 613 milligrammas) fijn zilver.

De stukken van drie guldens en die van 50 cents of de halve guldens, zullen zijn ten gelijken alooije en in gewigt naar advenant.

De kwart gulden of het stuk van 25 cents, zal zijn ten alooije van $\frac{569}{1000}$ en houden een gewigt van 88 azen (4 grammas en 230 milligrammas), om aldus een klomp fijn zilver van vijftig azen (2 grammas en 403 milligrammas) te bevatten.

Het stuk van $\frac{1}{10}$ gulden, of van 10 cents, en dat van $\frac{1}{20}$ gulden, of van 5 cents, zullen zijn ten gelijken alooije als de kwart gulden, en ten gewigte naar advenant.

V.

De koperen Muntstukken of cents en halve cents zullen vervaardigd worden uit zuiver koper, ten gewigte van 80 azen (3 grammas en 845 milligrammas) en 40 azen (1 gramma en 922 milligrammas) het stuk respectivelijk.

III.

Les pièces d'or seront des pièces de dix florins.

IV.

Les pièces de monnaie d'argent seront fabriquées sur le pied suivant.

Le florin sera de sept esterlins poids de troye (10 grammes et 766 milligrammes) et au titre de $\frac{893}{1000}$, le tout à la rigueur et sans tolérance de poids ni de titre, afin que cette pièce contienne 200 *aas* (9 grammes et 615 milligrammes) d'argent fin.

Les pièces de trois florins et celles de cinquante centièmes ou les demi florins seront du même titre et de poids proportionné.

Le quart de florin ou la pièce de 25 *centièmes* sera au titre de $\frac{569}{1000}$, et contiendra un poids de 88 *aas* (4 grammes et 230 milligrammes) de sorte que cette pièce contiendra 50 *aas* (2 grammes et 403 milligrammes) d'argent fin.

La pièce d'un dixième de florin ou de 10 *centièmes*, et celle de 5 *centièmes* seront au même titre que le quart de florin, et de poids proportionné.

V.

Il sera fabriqué des pièces de cuivre, savoir: des *centièmes* et des *demi-centièmes* de florins, au poids de 80 aas, (ou 3 grammes et 845 milligrammes), et de 40 aas (1 gramme et 922 milligrammes).

VI.

De gouden penning van tien guldens zal gemunt worden ten allooije van $\frac{900}{1000}$, en ten gewigte van 140 azen (6 grammas en 729 milligrammas), zonder remedie.

VII.

De Beeldenaar der Stand-penningen zal zijn als volgt:

Op de voorzijde, 's Konings borstbeeld, met het randschrift, *Willem, Koning der Nederlanden, Groot-Hertog van Luxemburg*, met zoodanige verkorting in de woorden als de grootte der stukken zal vereischen.

Op de keerzijde, het Wapen des Rijks tusschen de getallen.

10	Guldens.
3	—
1	Gulden.
$\frac{1}{2}$	—

Het randschrift, *Munt van het Koningrijk der Nederlanden*, en het jaartal; met de noodige verkorting in de woorden.

Op de stukken van eenen gulden en van eenen halven gulden, zal onder het Wapen staan 100 *cents*, of 50 *cents*, respectivelijk; gemelde stukken zullen gemunt worden in den ring met een rand van ingedrukte letters, bevattende de woorden, *God zij met Ons.*

De stukken van 25, van 10 en van 5 cents, gelijk mede de kopere stukken van eene *cent*, en van eene halve *cent*, zullen op de voorzijde slechts voeren

VI.

La pièce d'or de 10 florins sera frappée au titre de $\frac{900}{1000}$ et au poids de 140 *aas* (6 grammes et 729 milligrammes) sans tolérance.

.

VII.

Le type des monnaies légales sera ainsi qu'il suit:

Sur une des surfaces la tête du Roi entourée de la légende, *Willem, Koning der Nederlanden, Groot-Hertog van Luxemburg*, laquelle inscription sera susceptible de telles abréviations que la grandeur de la pièce pourra nécessiter: sur le revers, les armes du Royaume entre les nombres

10 florins.
3 —
1 —
$\frac{1}{2}$ —

avec la légende: *Munt van het Koningrijk der Nederlanden,* et l'année de la fabrication; le tout avec les abréviations nécessaires.

Sur les pièces d'un florin, et d'un demi florin, seront placés sous l'écu, les mots 100 *cents*, ou 50 *cents,* respectivement.

Les dites pièces seront frappées à la virole et marquées sur la tranche des mots, *God zij met Ons.*

Les pièces de 25 *centièmes*, de 10 *centièmes* et de 5 *centièmes*, ainsi que les pièces de cuivre *d'un centième et d'un demi centième*, porteront

eene gekroonde W, en op de keerzijde, het Wapen des Rijks tusschen de letters

25. C.
10. C.
5. C.
1. C.
$\frac{1}{2}$. C.

De drie eerstgemelde zullen gerand zijn.

VIII.

De Negotie-penningen zullen zijn en blijven die, welke in de noordelijke provinciën des Rijks gemunt zijn, en wel zonder eenige verandering hoegenaamd in derzelver grootte, gehalte of gewigt; te weten:

De zilveren dukaat op een gewigt van 18 engels, 8 $\frac{2209}{11200}$ aas (28 grammas en 78 milligrammas) en gealooijeerd op 10 penningen 10 grein ($\frac{868}{1000}$), beiden genomen op de uiterste remedie: de zilveren rijder op een gewigt van 21 engels, 5$\frac{59}{80}$ aas (32 grammas on 574 milligrammas) en gealooijeerd op 11 penningen 5 $\frac{3}{4}$ grein ($\frac{937}{1000}$) beide genomen op de uiterste remedie, en de gouden dukaat op een gewigt van 2 engels, 8$\frac{24}{35}$ aas (3 grammas en 494 milligrammas) en in de gehalte houdende 23 karaat 7 grein ($\frac{283}{1000}$) beide genomen op de uiterste remedie.

IX.

De Beeldenaar der Negotie-penningen zal zijn als volgt:

Voor den zilveren Dukaat, als van ouds, de gehar-

seulement sur une des surfaces un W couronné, et sur le revers les armes du Royaume entre les lettres

25. C
10. C
5. C
1. C
$\frac{1}{2}$. C;

les trois premières seront cordonnées.

VIII.

Les monnaies à l'usage du commerce seront et resteront telles qu'elles ont été frappées dans les provinces septentrionales du Royaume, sans aucun changement quelconque dans leur grandeur, dans leur titre ou dans leur poids: elles seront:

Le Ducat d'argent au poids de 18 esterlins 8 $\frac{5209}{11200}$ *aas*, (28 grammes et 78 milligrammes) et au titre de 10 deniers 10 grains ($\frac{868}{1000}$); l'un et l'autre d'après le remède extrême.

Le Ryder d'argent au poids de 21 *esterlins* $\frac{59}{80}$ *aas* (32 grammes et 574 milligrammes) et au titre de 11 deniers 5 $\frac{3}{4}$ grains ($\frac{937}{1000}$); l'un et l'autre d'après le remède extrême.

Et le Ducat d'or au poids de 2 esterlins 8 $\frac{24}{35}$ *aas* (3 grammes et 494 milligrammes) et au titre de 23 karats 7 grains ($\frac{983}{1000}$); l'un et l'autre d'après le remède extrême.

IX.

Le type des monnaies de commerce sera ainsi qu'il suit:

Pour le Ducat d'argent, comme anciennement,

naste man, houdende in de linker hand, voor de knie, het wapen des Rijks: het randschrift: *Mo. Arg. Reg. Belgii*, en de keerzijde het wapen des Rijks tusschen de letters, die het jaartal aanduiden, met een randschrift, als van ouds: *Concordia res parvae crescunt.*

Voor den zilveren Rijder op de voorzijde, de gewone Ridder te paard: onder denzelven het wapen des Rijks; randschrift: *Mo. Arg. Reg. Belgii.* Op de keerzijde 's Rijks wapen, tusschen de letters van het jaartal, het randschrift: *Concordia res parvae crescunt.*

Voor den gouden Dukaat: op de voorzijde de geharnaste man, tusschen de letters die het jaartal aanduiden, met het randschrift: *Concordia res parvae crescunt*, als van ouds; op de keerzijde binnen het gewoon vierkant de letters *Mo. Aur. Reg. Belgii ad Legem Imperii.*

X.

De Negotie-penningen, zoo de gouden als de zilveren, zullen worden gekarteld.

XI.

De Negotie-penningen zullen alleen voor rekening van partikulieren worden gemunt.

De gulden en het drie guldens-stuk zullen ook voor rekening van partikulieren mogen vervaardigd worden; doch de gouden Stand-penning, de zilveren onder-deelen van den gulden en de koperen stukken, zullen volstrektelijk niet voor rekening van partiku-

l'homme armé de pied en cap, tenant de la main gauche, devant le genou, l'écu du Royaume, avec la légende: *Mo. Arg. Reg. Belgii.* Sur le revers, les armes du Royaume entre les caractères exprimant le millésime, avec l'ancienne légende: *Concordia res parvae crescunt.*

Pour le Ryder d'argent: sur l'une des surfaces, le cavalier monté, comme à l'ordinaire, au-dessous l'écu du Royaume, avec la légende: *Mo. Arg. Reg. Belgii.* Sur le revers, les armes du Royaume, entre les caractères exprimant le millésime, avec la légende: *Concordia res parvae crescunt.*

Pour le *Ducat d'or*: sur l'une des surfaces l'empreinte de l'homme armé de pied en cap, entre les lettres exprimant le millésime, avec la légende: *Concordia res parvae crescunt,* comme anciennement: sur le revers dans l'intérieur du carré ordinaire les lettres: *Mo. Aur. Reg. Belgii ad Legem Imperii.*

X.

Les monnaies de commerce tant d'or que d'argent seront cordonnées.

XI.

Les monnaies à l'usage du commerce ne seront fabriquées que pour le compte de particuliers. Les pièces d'un florin et de trois florins pourront aussi être fabriquées pour compte de particuliers: mais les pièces d'or de dix florins, les pièces sous-multiples du florin et les pièces de cuivre ne pourront absolument point être fabriquées pour le compte de

lieren, maar alleen voor die van het Gouvernement, en op deszelfs order, mogen worden vervaardigd.

XII.

De Munt-specien, voorheen in de noordelijke provincien als provinciale of Generaliteits-munten vervaardigd, zullen op den tegenwoordigen voet aldaar blijven circuleren in 's Rijks schatkist worden aangenomen.

XIII.

Te beginnen met den eersten december aanstaande zal de tegenwoordige reken-munt, genoemd *gulden Brabandsch wissel-geld*, gelijk gesteld worden met den Nederlandschen gulden, in het tweede artikel vermeld.

XIV.

De Muntspecien in de Zuidelijke Provincien voorheen als provinciale of landelijke Munten vervaardigd, gelijk mede de oude fransche Munten nog in dezelve circulerende, zullen aldaar aangenomen worden in 's Rijks schatkist en in de circulatie, volgens de thans bestaande tarieven in *francs*: en voor zoo verre eenige der voormelde provinciale of landelijke Munten op die tarieven niet gevonden worden, volgens de thans bestaande usantien.

XV.

In de Zuidelijke Provincien zullen, met den 1sten December aanstaande, de *francs*, in 's Rijks schatkist en in de circulatie aangenomen worden op den voet van zeven-en-veertig en een vierde *cents* van den Neder-

particuliers, et ne pourront l'être que pour le compte et par l'ordre du gouvernement.

XII.

Les monnaies anciennement fabriquées dans les provinces septentrionales comme monnaies provinciales ou de la généralité, continueront à y circuler et à être reçues au trésor public sur le pied actuel.

XIII.

A dater du premier Décembre prochain la monnaie de compte dite florin de change de Brabant, sera estimée égale en valeur au florin des Pays-Bas, mentionné dans l'art. 2 de cette Loi.

XIV.

Les monnaies frappées ci-devant dans les Provinces Méridionales, comme monnaies provinciales, ou du pays, ainsi que les anciennes monnaies françaises, qui circulent encore dans ces provinces, y seront reçues au trésor et dans la circulation sur le pied des tarifs actuellement existans, en francs. Et quant aux monnaies provinciales ou du pays, qui ne sont pas indiquées dans ces tarifs, elles seront reçues au trésor et y circuleront d'après l'usage actuel.

XV.

A dater du premier Décembre prochain, les francs seront reçus au trésor dans les Provinces Méridionales, et y circuleront sur le pied de quarante-sept *centièmes* et un quart du florin des

landschen gulden of van den gulden Brabandsch wisselgeld, of, in andere woorden, iedere Nederlandsche gulden en iedere gulden Brabandsch wisselgeld, zullen gehouden worden te bedragen 2 *francs* 11 *centimes* en $\frac{64}{100}$: alles met dien verstande echter, dat alle de ordonnantien, assignatien en mandaten ten laste van 's Rijks schatkist loopende, welke gedagteekend zijn voor den eersten December aanstaanden, betaald zullen worden op de wijze thans bij de schatkist gebruikelijk.

XVI.

Alle andere Munten zullen als vreemd worden beschouwd en dienvolgens niet in 's Rijks schatkist aangenomen worden.

XVII.

De penningen als negotie-penningen, in de Noordelijke Provincien gemunt en hier boven opgenoemd, zullen provisioneel in 's Rijks schatkist kunnen worden gestort en aldaar aangenomen worden, de dukaat, mits gerand en wigtig zijnde, voor vijf guldens en vijftig cents, de zilveren dukaat, voor twee guldens en vijftig cents, en de zilveren rijder voor drie guldens en vijftien cents.

XVIII.

Niemand is verpligt, meer dan een vijfde gedeelte van hetgeen aan hem voldaan moet worden, aan te nemen in stukken van 25, 10 en 5 cents, of daar bij te ontvangen in koperen stukken, meer dan de waarde van éénen gulden.

Pays-Bas, ou du florin de Brabant dit de change; ou en d'autres termes chaque florin des Pays-Bas, et chaque florin dit florin de change du Brabant, seront estimés valoir 2 *francs* 11 *centimes* et $\frac{64}{100}$. Bien entendu néanmoins que toutes ordonnances, assignations, et mandats à la charge du trésor public, qui portent une date antérieure au premier Décembre, seront acquittés sur le pied actuellement en usage au trésor.

XVI.

Toutes autres monnaies seront considérées comme monnaies étrangères, et ne pourront par conséquent être reçues dans les caisses de l'Etat.

XVII.

Les monnaies frappées comme monnaies de commerce dans les Provinces Septentrionales, et mentionnées ci-dessus, pourront provisoirement être versées au trésor public, et y être reçues, savoir:

Le ducat d'or, cordonné et ayant son poids, pour cinq florins et cinquante centièmes.

Le ducat d'argent pour deux florins cinquante centièmes; et le ryder d'argent pour trois florins quinze centièmes.

XVIII.

Nul n'est tenu d'accepter sur ce qui doit lui être payé plus d'un cinquième, en pièces de 25, 10 et 5 centièmes, ni plus de la valeur d'un florin en pièces de cuivre.

XIX.

Onverminderd de straffen bij het lijfstraffelijk wetboek gesteld tegen degenen, welke zich zouden veroorloven de Munt-specien te verminken, zullen geene der bij deze wet daargestelde nieuwe 's Rijks Munten in 's Rijks schatkist worden aangenomen, wanneer dezelve eenigzins verminkt of besnoeid mogten zijn; en zal niemand gehouden wezen dusdanige verminkte of besnoeide Munt-specien te ontvangen.

Lasten en bevelen dat deze in het *Staatsblad* zal worden geïnsereerd, en dat alle Ministeriele departementen, autoriteiten, kollegien en ambtenaren, aan de naauwkeurige uitvoering de hand zullen houden.

Gegeven in's Gravenhage, den 28 September des jaars 1816, het derde van Onze regering.

Geteekend WILLEM.

Van wege den Koning,

Geteekend A. R. Falck.

XIX.

Indépendamment des peines statuées par le Code Pénal contre ceux qui se permettraient d'altérer les monnaies, le trésor public ne recevra aucune des nouvelles monnaies du Royaume, établies par la présente Loi, pour peu qu'elles soient altérées ou rognées, et personne ne sera tenu d'accepter de telles pièces altérées ou rognées.

Mandons et ordonnons que la présente Loi soit insérée au *Journal Officiel*, et que Nos Ministres et autres Autorités qu'elle concerne tiennent strictement la main à son exécution.

Donné à La Haye, le 28 Septembre de l'an 1816, et de Notre règne le troisième.

Signé, GUILLAUME.

Par le Roi,

Signé, A. R. FALCK.

ZUGABEN.

Die Eintheilung der vormaligen Holländischen troyschen Gewichtsmark war diese:

Mark	Unzen	Engel	Vierling	Troisken	Druesken	Assen
1	8	160	640	1280	2560	5120
	1	20	80	160	320	640
		1	4	8	16	32
			1	2	4	8
				1	2	4
					1	2

Doch wurde beim Kauf und Verkauf von Silber und Gold gewöhnlich nur nach Marken, Engels, und Brüchen von Engels gewogen. Die drei Unterabtheilungen, Vierling, Troiske und Drueske, sind hier aufgenommen, weil davon die Rede ist in verschiedenen alten Patenten und Abhandlungen die Münzen betreffend.

Das Verhältniſs der vormaligen Holländischen troyschen Mark zur Cöllner Mark wurde gewöhnlich durch die Angabe von

19 Holl. troyschen Mark = 20 Cöllner Mark

ausgedrückt, und die hinlänglich approximative Richtigkeit dieses Verhältnisses gehet auch aus den neuern gesetzlichen Anordnungen hervor, wie dieſs — weiter unten — zum Absatz IV. des Königl. Niederlän-

dischen Münzgesetzes vom 28. Sept. 1816, daselbst sub a), angemerkt zu finden.

Mit der Bezeichnung der Feine edler Metalle hatte es bei dem alten Holland die Bewandniſs:

das Silber anlangend,	*das Gold betreffend,*
wurde die höchste Feine ausgedrückt durch 12 Pfennige.	wurde die höchste Feine ausgedrückt durch 24 Karate
und 1 Pfennig theilte sich in . . . 24 Grains	und 1 Karat theilte sich in . . . 12 Grains
die 12 Pfennige enthielten also . . . 288 Grains	die 24 Karate enthielten sonach . 288 Grains.

und es wurde daselbst beim Kauf und Verkauf der Feingehalt:

a) des Silbers:
auf Marken, Pfennige, Grains und vier und zwanzigtheil Grain;

b) des Goldes:
auf Marken, Karate, Grains und vier und zwanzigtheil Grain,

berechnet.

Die Eintheilung des vormaligen Pariser Markgewichts war diese:

Marc	Onces	Gros	Esterlins	Mailles	Felins	Grains
1	8	64	160	320	640	4608
	1	8	20	40	80	576
			$2\frac{1}{2}$	5	10	72
			1	2	4	$28\frac{4}{5}$
				1	2	$14\frac{2}{5}$
					1	$7\frac{1}{5}$

Bei dem gewöhnlichen Handel wurden auch Pfunde des Markgewichts, welche aus 2 Marken bestanden, gebraucht. Die edlen Metalle aber wurden lediglich gewogen nach Marcs, Onces, Gros und Grains. Die vorstehend aufgeführten drei Unterabtheilungen, Esterlins, Mailles und Felins, sind hier um deswillen aufgenommen, weil man dieselbige in ältern Verordnungen antrifft. Man pflegte zu erachten:

21 Pariser Mark = 22 Cöllner Mark

und dieses approximative Verhältnifs resultirt auch von den durch Chelius in den §. §. 171. und 179. seiner Schrift:

Zuverlässige Vergleichung sämmtlicher Maasse und Gewichte etc. Frankfurt a. M. 1808.

gelieferten Angaben von 47 der vormaligen Pariser Pfund = 23 Kilogramm und 51 Kilogramm = 218 Cöllner Mark.

Die ehemals in Frankreich üblich gewesene Bezeichnungsweise des feinen Gehalts der edlen Metalle bestand in folgender Weise:

Bei dem Gold	*Bei dem Silber*
wurde die höchste Feine ausgedrückt, durch 24 Karate.	wurde die höchste Feine ausgedrückt, durch 12 Deniers.
Das Karat wurde getheilt in 32 Grains.	der Denier wurde getheilt in 24 Grains.
24 Karate enthielten also 768 Grains	12 Deniers enthielten also 288 Grains.

Die Eintheilung des jetzigen, auch im Königreich der Niederlande heimisch gewordenen, Französischen Gewichts, ist diese:

Myria-gramme	Kilo-gramme	Hecto-gramme	Deca-gramme	Gramme	Deci-gramme	Centi-gramme	Milli-gramme
1	10	100	1000	10,000	100,000	1,000,000	10,000,000
	1	10	100	1000	10,000	100,000	1,000,000
		1	10	100	1000	10,000	100,000
			1	10	100	1000	10,000
				1	10	100	1000
					1	10	100
						1	10

Bei diesem neuen Gewicht und dessen Eintheilung wird nunmehr im Königreich der Niederlande, so wie anjetzt in Frankreich, die Feine des Silbers sowohl als die des Goldes durch Tausendtheile bezeichnet. So wird

durch $\frac{1000}{1000}$ die höchste, d. i., die vollkommene Feine,

„ $\frac{500}{1000}$ halb fein und halb Zusatz,

„ $\frac{750}{1000}$ drei viertel fein und $\frac{1}{4}$ Zusatz

ausgedrückt, u. s. w.

Die Eintheilung des Deutschen Markgewichts, das ist der Cöllner Mark [1]), ist diese:

Mark	Unzen	Loth	Quintlein.	Pfenninge	Heller
1	8	16	64	256	512
	1	2	8	32	64
		1	4	16	32
			1	4	8
				1	2

1) Die Cöllner Mark ist schon durch den ersten §. der Reichsmünzordnung vom Jahr 1524, — Hirsch's Münzarchiv Th. 1 Seite

Gewogen wird jedoch Gold und Silber beim Kauf und Verkauf gewöhnlich nur nach Marken, Lothen und halben, viertheils, achttheils, sechzehntheils,

240 u. f., — für das eigentliche Deutsche Münzgewicht erkannt und die in dem zu Augsburg am 6 May 1761 — loc. cit. Th. 8. Seite 336 u. f. — entstandenen Münzabschied der Kreise Franken, Bayern und Schwaben ausgesprochene Vergleichung von 5 Wiener mit 6 Kölner Mark ist vollkommen genau, zufolge des Freiherrn von Vega Vorlesungen über die Mathematik 1 Band 3te Aufl., Wien 1803. (Wegen Verschiedenheiten und Ausartungen der Cöllner Mark sehe man die unter dem Titel Ueber die wahre Cölnische Mark von G. K. Chelius im Jahr 1820 zu Frankfurt a. M. herausgegebene kleine Schrift.)

Der Schreiber dieser Zugabe erachtet die nachfolgende, das Cöllner Gewicht betreffende, schriftstellerische Aeusserung für interessant genug hier aufgenommen zu werden.

Der berühmte Rabbi Salomon Jarchi, unter dem Namen Raschi bekannt, schrieb im 12ten Jahrhundert, zum 2ten Buch Moses Cap. 21. v. 32, woselbst die Rede ist von einem Gewicht, Seckel genannt: dafs der Seckel die Schwere gehabt habe von einer halben Unze des richtigen Cölnischen Gewichts und zwar mit den Worten:

והשקל משקלו ד׳ זהובים שהם חצי אונקיא למשקל
הישר של קולונ״יא.

„Und das Gewicht des Seckels (ist) vier Gulden, betragend die Hälfte einer Unze nach richtigem Cölner Gewicht.“

Diese Stelle ist in der lateinischen Uebersetzung von R. Jarchi's Werk, welches unter dem Titel:

R. Salomonis Jarchi Commentarius hebraicus in Pentateuchum Mosis latine versus etc. etc. a J. Fr. Breithaupt. Gotha MDCCX.

in Quart erschienen ist, also übersetzt:

„Pondus autem (seu valor) sicli est quatuor aureorum, qui efficiunt dimidium unciae juxta pondus rectum Coloniense.“

Der Rabbi S. Jarchi, auch Isaaki genannt, aus Lunel in Languedoc gebürtig, lebte im 12ten Jahrhundert und ist, wegen seiner Auslegung des Gesetzes Moses, bei den Juden so berühmt, dafs sie behaupten, was er geschrieben, das sey ihm von Gott selbst eingegeben worden.

zwei und dreissigtheils und vier und sechzigtheils Lothen. Zur Bestimmung der Schwere der Goldsorten in Valvations-Edicten aber wird die Mark eingetheilt in 4020 Asse. Von daher, und weil, gesetzlich, 67 Ducaten eine Cöllner Mark zu wiegen haben, wird die erforderte Schwere des Ducaten zu 60 Assen angegeben. Diese Asse werden gewöhnlich Conventionsasse genannt, im Gegensatz der Holländischen Asse, deren nur erst 4864 eine Cöllner Mark ausmachen.

Man gebraucht überdieſs beim Deutschen Münzwesen insonderheit den sogenannten Richtpfennig, welcher aus 65,536 Theilen — als der Quadratzahl der 256 Pfennige, in welche die Cöllnische Mark getheilt wird — bestehet; mithin betragen:

Richtpfennings-Theile.	Loth	Quintlein	Pfenning
65536	16		
32768	– 8		
16384	– 4		
8192	– 2		
4096	– 1		
2048	—	2	
1024	—	– 1	
512	—	—	2
256	—	—	– 1
128	—	—	– $\frac{1}{2}$
64	—	—	– $\frac{1}{4}$
32	—	—	– $\frac{1}{8}$
16	—	—	– $\frac{1}{16}$
8	—	—	– $\frac{1}{32}$
4	—	—	– $\frac{1}{64}$
2	—	—	– $\frac{1}{128}$
1	—	—	– $\frac{1}{256}$

Die Bezeichnung des feinen Gehalts geschahe ehemals in Deutschland der vorstehenden Eintheilung der Cöllner Mark entsprechend, wo dann, zum Beispiel, die Beschaffenheit des $13\frac{1}{3}$ Loth, d. i. 13 Loth 6 Grän fein haltenden Silbers 13 Loth 1 Quint und 1 Denier fein zu seyn angegeben wurde.

In die österreich bayerische Münzconvention vom 21. September 1753 — abgedruckt in Hirsch Münzarchiv Th. 6. pag. 398 u. f. — kamen aber, unter andern, die Bestimmungen:

„Achtens und sich annebens der Anstand ergeben hat, daſs anderwärts den Silberfeinhalt nur per Loth und Grän, deren 18 ein Loth betragen, in denen kaiserl. königl. Münzämtern aber per Loth, Quintel und Deniers zu calculiren üblich, daraus aber erfolget, daſs in beederseitigen Calculirungen der Feinhalt niemals accurat gleich ausfallen kann; also ist man zu Hebung aller Anständen beeder Seiten dahin einverstanden, daſs

„Neuntens Tertio: Aber der Feinhalt, loco auf Loth, Quintel, und Deniers, künftig zu mehrerer Gleichförmigkeit, wie zu München, also auch in denen kaiserl. königl. Münzämtern um so mehr zu Loth und Grän gerechnet werde werden, als es an sich ein besseres und schärferes Probiren veranlasset“

Von der Zeit dieser Vereinbarung her ist nunmehr die Deutsche Bezeichnungsweise der Feinheit der edlen Metalle im Allgemeinen folgendermaaſsen anzugeben:

Bei dem Gold
wird die höchste Feine ausgedrückt durch die Mark, welche bestehet aus . . . 24 Karat; das Karat theilt sich in 12 Gräne, und 24 Karate bestehen sonach aus 288 Gräne.

Bei dem Silber
wird die höchste Feine ausgedrückt durch die Mark, welche bestehet aus . . 16 Lothen; das Loth theilt sich in 1 Gräne, und 16 Loth sind sonach . . 288 Gräne;

doch wird noch an wenigen Orten und von einzelnen Arbeitern jene ältere Bezeichnungs-Art gebraucht. So giebt — man sehe dieses Seite 105 der Schrift: „Aphorismen aus dem Fache der Münzgesetzgebung etc. Frankfurt a. M. 1817 — ein Augsburger Scheider an: es werde durch ihn Silber niedrigen Feingehalts auf 15. 3. 2. abgetrieben, was 15 Loth 3 Quint und 2 Pfennige heifset, und soviel ist als $15\frac{7}{8}$ Loth oder 15 Loth $15\frac{3}{4}$ Grän fein.

Nach diesen Vorausschickungen werden nun hier, dem vorstehend aufgenommenen Königl. Niederländischen Münzgesetz vom 28. September 1816, beigefügt die folgenden

Anmerkungen.

Zum Absatz IV. des königl. Niederländ. Gesetzes vom 28. September 1816:

a) In Folge der hier vorkommenden Gleichstellung von 7 Esterlins, deren 160 eine ehemalige Holl. troy'sche Mark bilden, mit $10\frac{766}{1000}$ Grammen, ist

1 ehemalige Holl. Mark troy'sch = $246\frac{2}{25}$ Grammen; denn $\frac{7}{160} : 10\frac{766}{1000} = 1 : 246\frac{2}{25}$

Die vormalige Holl. troy'sche Mark theilet sich

in 5120 Asse. 200 dieser Asse sind gleichgestellt mit $9\frac{613}{1000}$ Grammen, weil

$$5120 : 246\tfrac{2}{25} = 200 : 9\tfrac{612\frac{1}{2}}{1000}$$

Die erwähnte Gleichstellung von $\frac{7}{160}$ Holländ. troy'schen Marken mit $10\frac{766}{1000}$ Grammen ist auch dahin auszudrücken, daſs

3125 Holl. Mark Troy = 769 Kilogramm; denn also verhalten sich in ganzen Zahlen angegeben zu einander

$$1000 \times \tfrac{7}{160} \text{ und } 10\tfrac{766}{1000}.$$

Diese Vergleichung drückt sich auch, sehr nahe, aus durch

16 Kilogr. = 65 Holl. troy'sche Mark,

15 Kilogr. = 61 Holl. troy'sche Mark; denn

$\frac{769}{3125}$ sind $= \frac{246\frac{2}{25}}{1000}$

$\frac{16}{65}$ - $= \frac{246\frac{2}{13}}{1000}$

$\frac{15}{61}$ - $= \frac{245\frac{55}{61}}{1000}$

und derselben Vergleichung zufolge sind, weil — nach Chelius im §. 179 seiner Schrift: zuverlässige Vergleichung sämmtlicher Maase und Gewichte etc. Frankfurt a. M. 1808. — 51 Kilogramm die Schwere von 218 Cöllner Mark haben, mit einander gleich

159375 Holl. troy'sch. Mark und 167642 Cöllner Mark; denn (3125 × 51) u. (769 × 218), geben 159375 und 167642.

wonach zur Vergleichung des ehemaligen Holl. Troy'schen Markgewichts mit dem Cöllner Mark-Gewicht als hinlänglich approximativ sich herausstellet die alt hergebrachte Angabe gleicher Schwere von 19 Holl. troy. Mark und 20 Cöll-

ner Mark; denn $\frac{19}{20}$ sind soviel als $\frac{950}{1000}$, und kein Tausendtheil weiter betragen die $\frac{159375}{167642}$.

b) der Gulden des Königreichs der Niederlande soll an feinem Silber enthalten 200 Assen, deren 5120 eine Holl. troy'sche Mark ausmachen. Demnach enthalten $25\frac{3}{5}$ Holl. Gulden eine ehemalige Holl. troysche Mark feinen Silbers und, nach dem Verhältnifs von 19 Mark Troy = 20 Cöllner Mark, enthalten $24\frac{32}{100}$ jener Gulden eine Cöllner Mark feinen Silbers.

Der Gulden Holland's oder des Königreichs der Niederlande soll wiegen 7 Engel oder Esterlins, aus deren 160 die Holl. troy'sche Mark bestehet. Es haben also $22\frac{6}{7}$ derselben Gulden die Schwere von einer ehemaligen Holl. troy'schen Mark und nach dem Verhältnifs von 19 Mark Holl. troy'schen Gewicht = 20 Cöllner Mark, wiegen $21\frac{5}{7}$ jener Gulden eine Mark Cöllnischen Gewichts. Da der Holländische Gulden, d. i. der Gulden des Königreichs der Niederlande, deren $24\frac{32}{100}$ Stück eine Cöllner Mark feinen Silbers enthalten, $21\frac{5}{7}$ Stück eine Köllner Mark wiegen: so haben solche Gulden aus der $\frac{893}{1000}$ fein haltenden Silbergattung zu bestehen; denn

$$24\frac{32}{100} : 1000 = 21\frac{5}{7} : 893.$$

Der Gehalt von $\frac{893}{1000}$ fein ist, nach der Deutschen Bezeichnungsweise der Feine, mit Lothen und Gränen, zu 14 Loth 5 Grän reich d. i. reichlich zu 257 Grain, deren 288 eine Mark ausmachen, anzugeben; denn

$$1000 : 893 = 288 : 257\frac{23}{125}.$$

c) Stücke von $\frac{25}{100}$, $\frac{10}{100}$ und $\frac{5}{100}$ Gulden sollen zwar verhältnifsmäfsig den innern Werth der ganzen Guldenstücke haben, nicht aber wie diese aus der $\frac{893}{1000}$ fein haltenden Silbergattung sondern aus Silber des Gehalts von $\frac{569}{1000}$ fein verfertigt werden. Die letztere Gehaltsvorschrift ist so viel, als 9 Loth $1\frac{102}{125}$ Grän oder c^a^ 9 Loth $1\frac{87}{100}$ Grän fein der Deutschen Feingehaltsbezeichnung; denn

$$1000 : 16 = 569 : 9 \text{ Loth } 1\tfrac{102}{125} \text{ Grän.}$$

Zum Absatz V. des nemlichen Gesetzes.

Die Ausmünzung von Centimen und halben Centimen ist hier aus Kupfer verordnet zu resp. 80 und 40 Assen schwer. Diesemnach werden für 100 Centimen, woraus der Gulden bestehet, 8000 Assen Kupfer gegeben. Da nun zufolge der Vorschrift im Absatz IV. des Gesetzes der Gulden aus 200 Assen feinen Silbers zu bestehen hat: so stellet das Gesetz mit einander gleich

1 Gewichtseinheit Silber mit 40 Gewichtseinheiten Kupfer der nemlichen Schwere

mithin auch

100 Gewichtseinheiten Kupfer und $2\frac{1}{2}$ der nemlichen Gewichtseinheiten Silber [1]).

1) Mit dem Französischen Münzgesetz vom 28 März 1803, sind 100 Gewichtseinheiten Kupfer und $2^1/_4$ ähnlicher Gewichtseinheiten Silber gleichgestellt (Aphorismen aus dem Fache der Münzgesetzgebung etc. Frft. a. M. 1817, das. Seite 70—71.); deme zufolge stellet das besagte Französische Münzgesetz ferner mit einander gleich

1 Gewichtseinheit Silber mit $44^4/_9$ der nemlichen Gewichtseinheiten Kupfers.

Zum Absatz VI. desselben Gesetzes.

Es sollen hiernach Goldstücke gemünzt werden aus $\frac{900}{1000}$ d. i. $\frac{9}{10}$ fein haltendem Gold, sodann des Gewichts von 140 Assen und des äufsern Werths von 10 Gulden.

Der Gehalt von $\frac{900}{1000}$ oder $\frac{9}{10}$ fein beträgt, nach der Deutschen Bezeichnungsweise der Feinheit des Golds, 21 Karat $7\frac{1}{5}$ Grän; denn das Karat, deren 24 eine Mark ausmachen, bestehet aus 12 Grän, wovon folglich 288 die Mark bilden, und

$1000 : 900 = 288 : 259\frac{1}{5}$ d. i. 21 Karat $7\frac{1}{5}$ Grän.

140 Asse, welche das Zehenguldenstück wiegen soll, des vorgeschriebenen Gehalts von $\frac{900}{1000}$ fein, begreifen in sich 126 Assen feinen Golds; denn

$1000 : 900 = 140 : 126$.

126 Asse feinen Goldes für 10 Gulden, wovon jeder, gemäfs dem Absatz IV. des Gesetzes, aus 200 Assen feinen Silbers bestehet und welche 10 Gulden, daher zusammen 2000 Assen feinen Silbers gleich geachtet sind, bestimmen die gesetzlich angenommene Proportion zwischen Gold und Silber zu

1 Gold = $15\frac{55}{63}$ d. i. circa $15\frac{87}{100}$ [1]) Silber; denn $\frac{2000}{126} = 15\frac{55}{63}$.

Bei dem Gewicht des einzelnen Zehenguldenstücks von 140 Holländischen troy'schen Assen wiegen dieser Goldstücke

1) Durch das neueste Französische Münzgesetz vom 28. Merz 1803, ist Frankreichs gesetzliche Proportion zwischen Gold und Silber bestimmt worden zu 1 Gold für $15\frac{1}{2}$ Silber. M. s. diefs Seite 93. der in vorstehender Note allegirten Aphorismen etc.

$36\frac{4}{7}$ eine Holl. troy'sche Mark, welche aus 5120 Holl. troy'schen Assen bestehet
oder
$34\frac{26}{35}$ eine Cöllner Mark bestehend aus 4864 derselben Holl. troy'schen Assen.

Und bey dem Gehalt der besagten Goldstücke von $\frac{9}{10}$ fein, enthalten derselben

$40\frac{40}{63}$ oder circa $40\frac{635}{1000}$ Stück eine Holl. troy'sche	Mark feinen Goldes.
$38\frac{38}{63}$ oder circa $38\frac{603}{1000}$ Stück eine Cöllner	

Da $40\frac{635}{1000}$ Zehenguldenstücke an feinem Gold eine Holl. troy'sche Mark enthalten: so wird damit die Holl. troy'sche Mark feinen Goldes ausgemünzt für $406\frac{35}{100}$ Holländische oder Niederländische Gulden.

Zum Absatz VIII. desselben Gesetzes.

Erstens: Den Ducat d'argent betreffend.

Die vorgeschriebene mindeste Schwere von 18 Esterlins $8\frac{2209}{11200}$ Assen beträgt, den Esterlin zu 32 Assen gerechnet, $584\frac{2209}{11200}$ Assen, durch deren Dividiren in die 5120 Assen, welche die Holl. troy'sche Mark bilden, sich ergibt, dafs $8\frac{764}{1000}$ Stück Ducats d'argent auf eine solche rauhe Mark gehen, was auf die rauhe Cöllner Mark bringt $8\frac{326}{1000}$ Stück Ducats d'argent; da

$$20 : 19 = 8\tfrac{764}{1000} : 8\tfrac{326}{1000}.$$

Der bestimmte mindeste Gehalt dieser Geldsorte von $\frac{10\frac{5}{12}}{12}$ ist $= \frac{125}{144}$ oder $\frac{868}{1000}$, d. i., nach deutscher Bezeichnungsweise, 13 Loth 16 Grän.

Es sollen also gehen auf die feine Mark

a) des Holl. troy'schen Gewichts $10\frac{97}{1000}$ Stück Ducats d'argent; denn

$$868 : 8\tfrac{764}{1000} = 1000 : 10\tfrac{97}{1000};$$

b) des Cöllnischen Gewichts $9\frac{592}{1000}$ Stück Ducats d'argent; denn

$$868 : 8\tfrac{326}{1000} = 1000 : 9\tfrac{592}{1000}.$$

Zweitens: Den Ryder d'argent anlangend.

Die vorgeschriebene mindeste Schwere von 21 Esterlins $5\frac{59}{80}$ Assen beträgt, den Esterlin zu 32 Assen gerechnet, $677\frac{59}{80}$ Asse, durch deren Dividiren in die 5120 Asse, woraus die Holl. troy'sche Mark bestehet, sich ergibt daſs $7\frac{555}{1000}$ Ryder d'argent auf eine solche rauhe Mark gehen.

Hiernach gehen derselben Geldstücke $7\frac{177}{1000}$ Stück auf eine rauhe Cöllner Mark; denn

$$20 : 19 = 7\tfrac{555}{1000} : 7\tfrac{177}{1000}.$$

Der bestimmte mindeste Gehalt dieser Geldsorte von $\dfrac{11\frac{5\frac{3}{4}}{24}}{12}$ ist $\dfrac{11\frac{23}{96}}{12}$ oder $\frac{1079}{1152}$ oder $\frac{937}{1000}$ d. i. nach Deutscher Bezeichnungsweise 14 Loth $17\frac{3}{4}$ Grän.

Demnach sollen gehen auf die feine Mark

a) des Holl. troy'schen Gewichts $8\frac{63}{1000}$ Ryder d'argent; denn

$$937 : 7\tfrac{555}{1000} = 1000 : 8\tfrac{63}{1000};$$

b) des Cöllnischen Gewichts $7\frac{660}{1000}$ Stück Ryder d'argent; denn

$$937 : 7\tfrac{177}{1000} = 1000 : 7\tfrac{660}{1000}.$$

Drittens: Den Ducat d'or betreffend.

Die vorgeschriebene mindeste Schwere von 2

Esterlins $8\frac{24}{35}$ Assen beträgt, den Esterlin zu 32 Assen gerechnet, $72\frac{24}{35}$ Asse, durch deren Dividiren in die 5120 Asse, welche die Holl. troy'sche Mark bilden, sich ergiebt, daſs auf eine solche rauhe Mark gehen $70\frac{70}{159}$ Ducats d'or, was auf die rauhe Cöllner Mark bringt $66\frac{146}{159}$ Ducats d'or; da

$$20 : 19 = 70\tfrac{70}{159} : 66\tfrac{146}{159}.$$

Der bestimmte mindeste Gehalt von $\frac{23\frac{7}{12}}{24}$ ist $= \frac{283}{288}$ oder $\frac{983}{1000}$.

Demnach sollen gehen auf die feine Mark

a) des Holl. troy'schen Gewichts $71\frac{658}{1000}$ Stück Ducats d'or; denn

$$983 : 70\tfrac{70}{159} = 1000 : 71\tfrac{658}{1000};$$

b) des Cöllner Gewichts $68\frac{76}{1000}$ Stück Ducats d'or; denn

$$983 : 66\tfrac{146}{159} = 1000 : 68\tfrac{11804}{156297} \text{ circa } 68\tfrac{76}{1000}$$

und bey der Rechnung nach Gränen ergeben sich $68\frac{1508}{14999}$ Stück Ducats d'or auf die feine Mark Cöllnisch; denn

$$283 : 288 = 66\tfrac{146}{159} : 68\tfrac{1508}{14999} \text{ d. i. circa } 68\tfrac{101}{1000}.$$

Bei diesen dreierley zum Behuf des Commerzes gemünzt werdenden Geldsorten ist Gewicht und Feingehalt derselben jetzt fest und so bestimmt wie deren vormalige Verfertigung (d'après le remède extrême) mit Anwendung von Remedien mit sich brachte, und es hat daher an deren dermaligen Gewichts- und Feingehaltsbestimmungen irgend einige Abkürzung pro remedio eben so wenig statt zu finden, als bei dem Guldengeld, dessen Ausmünzung

in den Absätzen IV. und VI. des hiermit, zum Theil, erörterten am 28. September 1816 gegebenen Münzgesetzes ausdrücklich (sans tolérance de poids ni de titre) ohne Gestattung eines Remediums am Korn oder Schrot verordnet ist [1]. Diese, die Manipulation im Ausmünzungswesen betreffende Abschaffung aller Remedien durch feste Schrot- und Kornvorschriften stimmt mit den Gesetzen des vormaligen Deutschen Reichs (Man sehe davon und vom Remedienwesen überhaupt Seite 137—163. der Schrift: Materialien für Münzgesetzgebung etc. Frankf. a. M. 1822) überein und gibt derselben Ausführbarkeit ein neues factisches Anerkenntniſs des Technischen des Münzwesens wohl kundiger Männer. Sie läſst auch um so weniger von allem dem etwas aufkommen was

1) Man hat zwar unlängst zur Vertheidigung der Gestattung von Remedien, die Meinung verbreiten wollen, es seye mit dem §. 136. des Speyerschen Reichsabschieds vom Jahr 1570 welcher Seite 305 des 3ten Theils der im Jahr 1747 zu Frankfurt a. M. gedruckten Sammlung der Reichsabschiede zu lesen ist, und neben der Marginalnote:

„Uebersehung des Wardeins und Münzmeisters einer Grän kann nicht passiren“

also lautet:

„Und obwohl bis daher, da ein Stück Werks an einem Grän zu gering befunden, indem sowohl dem Wardein als dem Münz-Meister übersehen worden, doch dergestalt, daſs im nächstfolgenden Werk, solches erstattet werden soll: Dieweil aber vielmalen erfahren, daſs sie solch remedium zuviel miſsbrauchen, so ordnen und wollen wir, daſs ihnen in solchem nicht mehr übersehen, sondern vielmehr, da man ihre Collusion oder Fahrlässigkeit spüren würde, gebührliches Einsehens gegen sie fürzunehmen seyn soll. —“

entgegen die Thunlichkeit der Abschaffung der Remedien irgendwo geäufsert zu finden, da, schon vom Deutschen Reich, Vorschriften, welche die Handarbeiten bei dem Münzwesen betrafen, niemals gegeben worden sind ohne Rathgebung sachkundiger Männer, nemlich sämmtlicher Kreis-General-Waradeine. Davon dafs auch mit der Oesterreich-Baierischen Münzconvention vom 21. Sept. 1753, alle Remedien entfernt gehalten worden sind, ist sich aus Hirsch's Münzarchiv Th. 6. Seite 398. u. f. durch das Lesen der besagten Convention zu überzeugen, und als Beleg dazu: dafs, unter der Herrschaft des Conventionsmünzsystems, von den vormaligen Reichskreisen die Abschaffung des Remedienwesens fest gehalten wurde, dient u. a. ein hier folgendes

das Remedium nicht gänzlich, sondern — gleich als wenn einiger dessen Mifsbrauch je erlaubt gewesen wäre — nur der zu viele Mifsbrauch desselben abgeschafft worden. Dieser Exegese des besagten Reichsabschieds-Paragraphen wird sich aber niemand hingeben wer erwäget, dafs doch wohl die Kreise desselben Inhalt, wenige Jahre nach dessen Emanirung, richtiger als ein jetzt sich defsfalls mit ihnen in Widerspruch setzender Ausleger zu erklären verstanden haben und u. a. jener zu verbreiten beabsichtiget gewordenen Meinung geradezu entgegen stehen, die in einem Abschied vom Jahr 1572, der Kreise Franken, Bayern und Schwaben, Seite 161 des 2ten Theils von Hirsch's Münzarchiv zu lesenden Worte:

„Und nachdem das Remedium hiervor durch des H. Reichs-Abschied im 70sten Jahr zu Speyer ausgangen, ganz und gar abgeschafft worden, So ist verabschidet, dafs solches der Probationsordnung einverleibt werde, damit die Münzmeister und Wardein, im Verlesen solcher Ordnung desselben Bericht und Wissenschaft empfahen."

Münzgeschichtliches Bruchstück.

Als im Jahr 1778 des Chur- und Oberrheinischen Kreises General-Münzwaradein Johann Otto Trümmer mit Tod abgegangen war, vereinigten sich die beiden Kreise, zur Bewerbung um die dadurch erledigt gewordene Stelle einen Concurs zu eröffnen, und sie demjenigen, der sich darum Anmeldenden, zu ertheilen, welcher bei einer, von dem Generalmünzwaradein des Schwäbischen Kreises vorzunehmenden Prüfung deren Befähigung am besten bestehen würde.

Das Directorium der Schwäbischen Kreisversammlung ward im April 1779 per missivam desjenigen der Oberrheinischen Kreisversammlung ersucht, dem damaligen Generalwaradein des Schwäbischen Kreises Daniel Friedrich Heuglin zu erlauben und aufzugeben, das besagte Examen, zu Frankfurt a. M., vorzunehmen. Die hierauf erfolgte Antwort de 4. Mai 1779, entsprach dem Ansuchen. Schon am 14. ejusdem ward der Generalwaradein Heuglin in eidliche Examinationspflichten genommen und demnächst, durch ihn, mit fünf Bewerbern um die erwähnte Stelle das erforderte Examen gepflogen in Gegenwart der Chur- und Oberrheinischen Kreisversammlungen Directorien und Münzdeputationen, welchen, zu desto mehrerer Sicherung einer unpartheiischen Prüfung, der Examinator tit. Heuglin angehalten worden ist, neben den durch ihn entworfenen Fragstücken, auch seine eigene Beantwortung derselben, und zwar diese letztere versiegelt, zuzustellen. Das Exa-

men, in Folge dessen Johann Anton Eberle die Stelle eines General-Münzwaradeins der Chur- und Oberrheinischen Kreise erhielt, wurde in 13 Sitzungen vollendet. Die dieſsfalls entstandenen Verhandlungen sind, bei der Oberrheinischen Kreisversammlung, am 27. Julii 1779 zur Dictatur gekommen. Der hiernach folgende Auszug jener Verhandlungen ist aus von daher entstandenen ständischen Akten entnommen.

EXTRACTUS EXAMINUM de Anno 1779 gehalten bei Vergebung der Stelle eines General-Münzwaradeins der Chur- und Oberrheinischen Kreise.

etc. etc.

Quaest. 11ma

Was hat ein Generalwaradein sowohl bei den Probationstägen als zwischen denselben zur Befolgung der Gesetze zu beobachten, wenn ihm aufgegeben wird, diese oder jene Geldsorten nach dem gesetzmäſsigen Münzfuſs in Valvation zu nehmen, wie soll er dabei verfahren und seine Berichtserstattung verfaſst seyn. Und da bei den vorkommenden Valvations-Geschäften jedesmal auch die Capell, und theils die (Scheide-) Wasserproben eintreten: so läſst sich hier auch noch die Frage anbringen, in wie weit das, in den älteren Münzgesetzen gestattet gewesene Remedium bei der Conventions-Ausmünzung zugelassen werde?

Examinatoris, ohngefähr auf folgende Weise caeteris paribus erwartende,

Resp. ad quaest. 11^{mam}:

Diejenigen Valvationen, welche einem Generalwaradein während den Probationstägen und zwischen denselben, von in- und ausländischen Gold- und Silbermünzen, obliegen, hat er ohne Vor- und Abliebe pflichtmäſsig aufzuziehen und auf ihren innerlichen Feingehalt zu probiren und somit nachzusehen, wie viele Stücke auf die rauhe Mark gehen, was sie an feinem Gold und Silber halten und wie viele Stücke solchemnach aus einer feinen Mark ausgebracht sind. Welches alles er specifice in einen pflichtmäſsigen Bericht aufzunehmen und diesen neben dem Vermelden wie sich solche Gold- und Silbersorten gegen den gerechten Ducaten oder Conventionsthaler im innerlichen Werth verhalten, seiner höchsten Behörde einzureichen. Was das in den ältern Münzgesetzen gestattet gewesene Remedium an Gold- und Silbersorten betrifft: so ist solches bei Einführung des Conventionsfuſses gänzlich aufgehoben und untersagt.

Responsio primi Candidati J. Ant. Eberle;

etc. etc. Das Remedium anlangend, so wurde in der Reichsprobierordnung de Anno 1559 [1]) pro remedio im Gold ein halbes Grän, im Silber aber ein Grän zugestanden. In der Stückelung durfte bei

1) Diese Probierordnung findet man abgedruckt Seite 405. u. f. des ersten Theils von Hirsch's Münzarchiv.

groben Sorten nichts, wohl aber bei dem, was unter 5 Kreuzerstücken gemünzt wurde, ein Stück fehlen, dabei war aber ausdrücklich bedungen, daſs dieses fehlende Korn oder Schrot in dem darauf folgenden Werk vergütet werden sollte.

Anno 1570 wurde dieses Remedium auf dem Reichstag zu Speyer wegen dem starken Miſsbrauch, aufgehoben, und es ist diese Aufhebung in allen nachherigen Reichs- und Kreisschlüssen bis auf die Convention inclusive bestätiget worden.

Examinatoris Sententia:

Bene.

Responsio 2^di^ *Candidati*:

etc. etc. Ehedem war das Remedium in so weit zugelassen, daſs wenn das Korn um 1 — 2 Grän zu arm legirt gewesen, eine ebenmäſsige Schwere um so viel zu reich hat gemünzt werden müſsen; solche Posten sind alsdann melirt und also ausgegeben worden. Die nämliche Bewandtniſs hatte es auch mit dem Schrot.

Nun aber gebieten die Conventions-Münzgesetze ausdrücklich, daſs keineswegs ein Remedium gestattet werde.

Examinatoris Sententia:

Das 2te, die Remedien anlangende, membr. der Frage ist r e c h t b e a n t w o r t e t.

Responsio 3^tii^ *Candidati:*

Wenn einem General-Münzwaradein Goldgulden, nach Kaisers F e r d i n a n d i Münzordnung ausgeprägt, zur Valvation gegeben werden: so muſs er

wissen, daſs dieser 72 Stück per rauhe Mark à 18 Karat 6 Grän gehen und ihnen ½ Grän pro remedio nachzusehen ist. Er hat sich in seiner Berichtserstattung also zu erklären, daſs er seine Sätze mit allegirten Gesetzen beweiset, in welchen Reichs- oder Kreisschlüssen die Verordnungen zu finden. In wie weit das in den ältern Zeiten gestattet gewesene Remedium bei der Convention annoch Platz greife, dürfte etwa darinnen bestehen, daſs wenn, zum Exempel, eine Gold- oder Silbersorte durch zu starkes Glühen oder Sieden am Gehalt zu reich ausfiele, der Manco am Schrot nachgesehen werden möchte, wenn derselbe ein Ebenmaaſs mit der überschieſsenden Feine hat.

Examinatoris Sententia:

Male.

Der Examinator muſs wider alles Erwarten entnehmen, daſs dem Competenten (derselbe war nämlich ein ständischer Münzmeister) von jenen Valvationsobliegenheiten, welche einem General-Münzwaradein gründlich wissend seyn müssen, noch wenige Kenntniſs beiwohnet, wenn er glaubt, in solchen Valvationen, wo Schrot und Korn nach den Gesetzen ganz richtig seyn muſs, solle man nach dem längst abgeschafften Remedio einen halben Grän an einer Mark Goldgulden zum voraus schon in modo valvandi abheben.

Nicht weniger widerspricht ihme Examinator, vermöge der klaren Conventionsgesetze, wenn er herkommen läſst, daſs auch in der Convention selbsten er der Meinung sey, wenn etwa ein Werk in Gold oder Silber, durch zu starkes

Glühen oder Sieden, zu reich am Gehalt ausfiele, der Manco am Schrot nachzusehen seyn möchte; insofern er ein Ebenmaafs habe mit der überschiefsenden Feine.

Responsio 4ti Candidati:

etc. Das Remedium, welches eine in den älteren Zeiten denen Münzmeistern sogar durch die Gesetze, und besonders in der Probierordnung Ferd. I. de Ao. 1559 gestattete Vergünstigung war, vermittelst welcher denenselben bei der Ausbringung der Gold- und Silbersorten am Korn $\frac{1}{2}$ und respect. 1 Grän, und am Schrot bei denen Scheidemünzen $\frac{1}{2}$ und 1 Stück, jedoch mit dem Vorbehalt zugelassen wurde, dafs solches bei der nächsten Ausmünzung wieder eingebracht werden sollte, ward schon im Jahr 1570. bei dem Reichstag zu Speyer, der vielen von daher entstandenen Mifsbräuche halber, abzuschaffen beschlossen, welches auch in denen nachherigen Münzgesetzen beibehalten wurde.

Die bei denen Schmelzungen durch die Nachlässigkeit der Schmelzer verursacht werdenden differenten Gehalte, so wie der bei dem Weifssieden sich öfters ergebende Unterschied einer Platte von der andern, könnten übrigens allenfalls (wenn solche nicht zu beträchtlich ausfielen) als ein im Conventionsfufs zu gestattendes Remedium angesehen werden; weil das denen Gesetzen gemäfs erforderliche feine Silber doch in dem ganzen Ausmünzungs-Quanto enthalten.

Examinatoris Sententia:

Diese das Remedium betreffenden Aeufserungen

gehen wider den klaren Sinn der Conventionsschlüsse, welche unter keinerlei Praetext einiges Remedium gestatten, und finden auch in den Gesetzen des H. R. R. keine Anwendung.

Responsio 5ti Candidati:

etc. Anbelangend endlich das sogenannte Remedium, welches ein modus acquirendi für die Münzmeister war, so ist solches bei Einführung des Conventionsfufses gänzlich aufgehoben. Mit dem Remedio bei der Stückelung, deucht mich, müsse man gelinder verfahren, besonders wenn die Münzmeister keinen Nutzen davon haben. Das Remedium am Gehalt, mufs gänzlich abgeschafft werden.

Examinatoris Sententia:

etc. Wohingegen das Wesentliche von dem Remedio ganz richtig und aus wahren Gründen gehet.

II.

Besluit van den 8. December 1824, waarbij de algemeene opvolging van de voorschriften, omtrent het Nederlandsche muntstelsel, bevolen, en een Tarief vastgesteld wordt voor de oude provinciale en landelijke muntspecien der Zuidelijke Provincien.

WY WILLEM, BY DE GRATIE GODS, KONING DER NEDERLANDEN, PRINS VAN ORANJE-NASSAU, GROOT-HERTOG VAN LUXEMBURG, ENZ. ENZ. ENZ.

In aanmerking nemende dat de goede orde vereischt, dat algemeen worde gemaakt de opvolging van de voorschriften omtrent het Nederlandsche muntstelsel, zoo als hetzelve bij de Wet van 28. September 1816 (*Staatsblad* n°. 50) is aangenomen, en dat de berekening volgens dat stelsel ook dadelijk worde toegepast op de muntspecien in de Zuidelijke Provincien, als provinciale of landelijke munten gangbaar, en aldaar ten gevolge van het 14e. artikel der gezegde Wet in omloop blijvende;

Op de voordragt van Onzen Minister van Financien;

Den Raad van State gehoord;

Hebben besloten en besluiten:

II.

Arrêté du 8. Décembre 1824, qui ordonne l'observation générale de ce qui a été prescrit à l'égard du système monétaire des Pays-Bas et qui établit un Tarif pour les anciennes monnaies provinciales et du Pays, ayant cours dans les provinces méridionales.

NOUS, GUILLAUME, PAR LA GRACE DE DIEU, ROI DES PAYS-BAS, PRINCE D'ORANGE-NASSAU, GRAND-DUC DE LUXEMBOURG, ETC., ETC., ETC.

Considérant, que le bon ordre exige que ce qui a été prescrit concernant le système monétaire, tel qu'il a été adopté par la Loi du 28 Septembre 1816 (*Journal Officiel*, n°. 50), soit observé généralement, et que le calcul, établi par ce système, soit aussi immédiatement appliqué aux monnaies ayant cours dans les provinces méridionales, soit comme monnaies provinciales, soit comme monnaies du Pays, et dont la circulation est continuée d'après l'art. 14 de la dite Loi;

Sur la proposition de Notre Ministre des Finances;

Le Conseil-d'Etat entendu;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. I.

Overeenkomstig de reeds gegevene voorschriften, zullen voortaan in alle Staats-stukken, stukken van Ministerien, Departementen van algemeen Bestuur, Collegien of andere Autoriteiten, Provinciale of Plaatselijke Besturen en Publieke Administratien, van welken aard ook, in bekendmakingen, aanbestedingen, contracten, zettingen van prijzen, enz. door of van wege dezelve te doen, aantegaan of vasttestellen, in rekeningen en schrifturen aan dezelve aantebieden, de sommen daarin voorkomende, niet anders mogen worden uitgedrukt dan in *Nederlandsche guldens* en *cents.*

II.

Geene der in het voorgaand artikel gemelde Ministerien, Departementen, Collegien, Autoriteiten, Besturen en Administratien, zullen stukken of rekeningen, binnen het Rijk opgemaakt, mogen aannemen, of daarop betaling doen of laten doen, zoo niet de in dezelve voorkomende sommen alleen in *Nederlandsche guldens* en *cents* zijn uitgedrukt.

III.

Voor zoo verre, tot bereiking van de oogmerken, bij de beide vorige artikelen omschreven, zoude mogen vereischt worden eene herleiding van sommen, bevorens in andere munten, bijzonder in *franken*, bepaald, zal die herleiding moeten plaats hebben, volgens de evenredigheid bij de Wet van den 28 September 1816 vastgesteld.

ART. I^er^.

A l'avenir, et conformément à ce qui a déjà été prescrit, les sommes mentionnées dans tous les actes du Gouvernement, des Ministères, Départemens d'Administration générale, Colléges ou autres Autorités provinciales ou locales et Administrations publiques quelconques, dans les annonces, adjudications, contrats, fixations de prix, etc., à faire, à conclure ou à arrêter par eux ou de leur part, ainsi que dans les comptes et écritures qui leur doivent être présentés, ne pourront être énoncées qu'*en florins et cents des Pays-Bas.*

II.

Aucun des Ministères, Départemens, Colléges, Autorités et Administrations, désignés dans l'article précédent, n'aura la faculté d'accepter des pièces ou comptes, dressés dans ce Royaume, de faire ou d'autoriser des paiemens en conséquence, à moins que les sommes, qui en font l'objet, soyent énoncées uniquement *en florins et cents des Pays-Bas.*

III.

Dans les cas où il serait nécessaire, pour obtenir le but indiqué par les articles précédens, de faire une réduction des sommes déterminées antérieurement, en autres monnaies, specialement en francs, cette reduction devra avoir lieu suivant la proportion que la Loi du 28 Septembre 1816 a établie.

IV.

De muntspecien, in de Zuidelijke Provincien als provinciale of landelijke munten gangbaar, zullen aldaar voortaan in 's Rijks schatkist en in de circulatie, naar aanleiding van het 14e. artikel der Wet van den 28 September 1816, worden aangenomen, volgens het Tarief in *Nederlandsche guldens* en *cents*, bij het tegenwoordig Besluit gevoegd.

En zijn Onze Ministers en verdere Hoofden van Departementen van algemeen Bestuur belast met de uitvoering van het tegenwoordig Besluit, hetgeen in het *Staatsblad* zal worden geplaatst.

Gegeven te Brussel, den 8 December des jaars 1824, het twaalfde van Onze regering.

WILLEM.

Van wege den Koning,
J. G. DE MEIJ VAN STREEFKERK.

Uitgegeven den twaalfden December 1824.

De Secretaris van Staat,
J. G. DE MEIJ VAN STREEFKERK.

IV.

Les monnaies ayant cours dans les provinces méridionales, comme monnaies provinciales ou du Pays, y seront, à l'avenir, acceptées dans les caisses du Trésor et dans la circulation, par suite de l'art. 14 de la Loi du 28 Septembre 1816, d'après le Tarif annexé au présent Arrêté *en florins et cents des Pays-Bas.*

Nos Ministres et autres Chefs des Départemens d'Administration générale sont chargés de l'exécution du présent Arrêté, qui sera inséré au *Journal Officiel.*

Donné à Bruxelles, le 8 Décembre de l'an 1824, de Notre règne le douzième.

GUILLAUME.

Par le Roi,

J. G. DE MEY DE STREEFKERK.

Publié le douze Décembre 1824.

Le Secrétaire d'Etat,

J. G. DE MEY DE STREEFKERK.

TARIEF volgens het welke de Oude Provinciale en Landelijke Muntspecien der Zuidelijke Provincien aldaar in de Nederlandsche Munt zullen berekend worden.

		BENAMING der MUNTSPECIEN.	WAARDE in Nederlandsche Munt.		*Aanmerkingen.*
Munten der Oostenrijksche Nederlanden.	Goud.	Dubbelde souverain .	*f.* 15	98	
		Souverain	7	99	
		Halve souverain . . .	3	99½	
		Dukaat	5	04	
	Zilver.	Ducatonnen	2	98	
		Halve dito	1	49	
		Vierde dito	"	74½	
		Achtste dito	"	35½	
		Brabandsche kroon .	2	63	
		Halve dito	1	31	
		Vierde dito	"	65½	
		Dubbelde schelling .	"	57	
		Schelling	"	28½	
		Plaket	"	15	
		Stuk van 5 plaketten	"	71	
		Stuk van 5 stuivers .	"	22	
		Stuk van 10 oortjes	"	11	
	Koper.	Stuk van 2 oortjes .	"	2	Deze stukken zullen kunnen verwisseld worden in de publieke kassen, op den voet van 14 oortjes voor de waarde van 15 cents.
		Stuk van 1 oortje . .	"	1	

***TARIF** d'après lequel les Anciennes Monnaies Provinciales et du pays, ayant cours dans les Provinces Méridionales, seront réduites en Monnaie des Pays-Bas.*

		DÉNOMINATION des ESPÈCES MONNAYÉES.	VALEUR en monnaie des Pays-Bas.		*Observations.*
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Or.	Double souverain . .	*f.* 15	98	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Or.	Souverain	7	99	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Or.	Demi Souverain . . .	3	99½	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Or.	Ducat	5	04	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Ducaton	2	98	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Demi ducaton	1	49	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Quart idem	"	74½	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Huitième idem. . . .	"	35½	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Couronne de Brabant	2	63	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Demi idem	1	31	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Quart idem	"	65½	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Double escalin	"	57	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Escalin	"	28½	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Plaquette	"	15	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Pièce de 5 plaquettes	"	71	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Pièce de 5 sous . . .	"	22	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Argent.	Pièce de 10 liards . .	"	11	
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Cuivre.	Pièce de 2 liards . . .	"	2	Ces pièces pourront être échangées dans les Caisses publiques, sur le pied de 14 liards pour la valeur de 15 cents.
Monnaies des Pays-Bas-Autrichiens.	Cuivre.	Pièce d'un liard . . .	"	1	

BENAMING der MUNTSPECIEN.			WAARDE in Nederlandsche Munt.		*Aanmerkingen.*
Luiksche Munten.	Goud.	Dukaat	*f.* 4	90	
		Gouden gulden	2	90	
	Zilver.	Dubbelde schelling .	"	57	
		Schelling	"	26½	
		Plaket	"	13½	
	Koper.	Luiksche stuiver . . .	"	2½	Deze stukken zullen kunnen verwisseld worden in de publieke kassen, op den voet van 8 en een halve cents voor de waarde van 3 Luiksche stuivers in stuivers, halve stuivers, of oorden.
		Halve dito	"	1	
		Oortje	"	0½	
Luxemburgsche Munten.	Zilver.	Stuk van 12 stuivers	"	40	
		Stuk van 6 stuivers .	"	19	
		Stuk van 3 stuivers .	"	9½	
	Koper.	Luxemburgsche stuiver	"	4	
		Halve dito	"	2	
		Oortje	"	1	
		Half oortje	"	½	

		DÉNOMINATION des ESPÈCES MONNAYÉES.	VALEUR en monnaie des Pays-Bas.		*Observations.*
Monnaies de Liége.	Or.	Ducat	*f.* 4	90	
		Florin d'or	2	90	
	Argent.	Double escalin	"	57	
		Escalin	"	26½	
		Plaquette.	"	13½	
	Cuivre.	Sol de Liége	"	2½	Ces pièces pourront être échangées dans les Caisses publiques, sur le pied de 8 et demi cents pour la valeur de 3 sous de Liége en sous, demi sous et liards.
		Demi idem	"	1	
		Liard	"	0½	
Monnaies de Luxembourg.	Argent.	Pièce de 12 sous . . .	"	40	
		Pièce de 6 sous . . .	"	19	
		Pièce de 3 sous . . .	"	9½	
	Cuivre.	Sol de Luxembourg .	"	4	
		Demi idem	"	2	
		Liard	"	1[illegible]	
		Demi liard	"	0½	

III.

Wet van den **25** *Februari* **1825**, *omtrent het doen ophouden van den wettelijken koers der Fransche Muntspecien in de Zuidelijke Provincien des Rijks.*

WY WILLEM, BY DE GRATIE GODS, KONING DER NEDERLANDEN, PRINS VAN ORANJE-NASSAU, GROOT-HERTOG VAN LUXEMBURG, ENZ. ENZ. ENZ.

In aanmerking nemende, dat, bij de reeds genomen voorbereidende maatregelen tot het algemeen invoeren van het nieuwe Nederlandsche Muntstelsel, zoo als hetzelve bij de Wet van 28 September 1816 (*Staatsblad,* n°. 50) is geregeld, het tijdstip nadert, waarop die invoering zal plaats hebben.

Overwegende, dat bij het achtervolgens tot stand komen van dat stelsel, zal behooren op te houden de wettelijke koers der oude en nieuwe Fransche munten in de zuidelijke provincien van het Rijk, bepaald bij de 14^{e}. en 15^{e}. artikelen der gedachte Wet; dat echter die overgang behoort vergezeld te gaan van billijke voorzieningen tot voorkoming van schade voor de bezitters der Fransche muntspeciën; dat ook daartoe het meest gepaste tijdstip behoort te worden uitgekozen en dat het, gedurende een eenigzins ruimer tijdvak, toestaan van den wettigen

III.

Loi** du **25 Février 1825**, **concernant la cessation du cours légal des monnaies françaises dans les Provinces Méridionales du Royaume.

Nous GUILLAUME, par la Grace de Dieu, Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, etc. etc. etc.

Ayant pris en considération, que par les mesures préparatoires qui ont été prises pour l'introduction générale du système monétaire des Pays-Bas, arrêté par la Loi du 28 Septembre 1816 (*Journal Officiel*, nº. 46), l'époque de cette introduction s'approche;

Considérant qu'à l'établissement successif dudit système, il sera nécessaire de faire cesser le cours légal des anciennes et nouvelles monnaies françaises, fixé par les articles 14 et 15 de ladite Loi; qu'il convient que cette mesure soit accompagnée de dispositions équitables, afin de prévenir des pertes pour les détenteurs des monnaies françaises; que l'époque la plus convenable doit être choisie pour la mesure, et qu'il paraît utile de continuer pendant quel-

omloop van billioen en koper van Fransche munten, geraden voorkomt;

Zoo is het, dat Wij, den Raad van State gehoord, en met gemeen overleg van de Staten-Generaal, hebben goedgevonden en verstaan, gelijk Wij goedvinden en verstaan bij deze:

ART. I.

De wettelijke koers der oude Fransche Munten, bepaald bij art. 14 der Wet van den 28 September 1816 (*Staatsblad, n°.* 50), mitsgaders van de francs, bepaald bij art. 15 derzelve Wet, zal ophouden, en zullen mitsdien deze artikelen in zoo verre buiten werking worden gesteld, op het tijdstip hetgeen door den Koning nader zal worden bepaald, en wel vóór den eersten Januarij 1826.

II.

Vóór het tijdstip bij het vorig artikel bedoeld, zullen de ingezetenen van de zuidelijke provincien des Rijks worden toegelaten om de bij hen bezeten wordende Fransche gouden en zilveren onbesnoeide en gangbare munten te verwisselen tegen nieuwe Nederlandsch munten, of tegen oude muntspecien van de zuidelijke provincien, aldaar in omloop blijvende volgens het 14e. artikel der Wet van den 28 September 1816.

De Fransche munten zullen, bij die verwisseling, worden aangenomen tegen 47 ¼ centen de frank.

III.

Gedurende zes maanden na het ophouden van

que temps après cette époque la circulation légale des pièces françaises de billon et de cuivre;

A ces causes, Notre Conseil-d'Etat entendu, et de commun accord avec les Etats-Généraux, avons statué, comme Nous statuons par les présentes:

ART. I^er.

Le cours légal des anciennes monnaies françaises, fixé par l'article 14 de la Loi du 28 Septembre 1816 (*Journal Officiel*, n^o. 46), ainsi que celui des francs, fixé par l'article 15 de la même Loi, cessera, et ces articles seront par conséquent abrogés sous ce rapport, à dater de l'époque qui sera fixée par le Roi ultérieurement, mais en tout cas avant le premier Janvier 1826.

II.

Avant l'époque désignée par l'article précédent, les habitans des Provinces Méridionales du Royaume seront admis à échanger les pièces françaises d'or et d'argent, non rognées et coursables, contre des nouvelles monnaies des Pays-Bas, ou contre des anciennes monnaies des Provinces Méridionales, lesquelles continueront de circuler dans ces Provinces, conformément à l'article 14 de la Loi du 28 Septembre 1816.

Les pièces françaises seront reçues, à cet échange, au cours de 47¼ cents le franc.

III.

Pendant six mois après que le cours légal des

den wettelijken koers der Fransche gouden en zilveren munten, zullen de nagemelde Fransche munten van billioen en koper, voor de handelingen in het klein en voor bijpassingen, in de zuidelijke provincien des Rijks in omloop blijven en worden aangenomen, te weten:

Het stuk van *tien centimes* voor *vier centen Nederlandsch*,

En het stuk van *vijf centimes* voor *twee centen Nederlandsch*.

Lasten en bevelen, dat deze in het *Staatsblad* zal worden gedrukt, en dat alle Ministeriëele Departementen en Autoriteiten, Kollegien en Ambtenaren, aan de naauwkeurige uitvoering de hand zullen houden.

Gegeven te Brussel, den 25 Februari des jaars 1825, het twaalfde van Onze Regering.

WILLEM.

Van wege den Koning,
J. G. DE MEIJ VAN STREEFKERK.

Uitgegeven den acht-en-twintigsten Februari 1825.

De Secretaris van Staat,
J. G. MEIJ VAN STREEFKERK.

espèces françaises d'or et d'argent aura cessé, les monnaies françaises de billon et de cuivre, ci-après désignées, continueront d'avoir cours dans les Provinces Méridionales du Royaume, dans les transactions de moindre importance, et pour les appoints, savoir:

La pièce *de dix centimes*, *pour quatre cents* des *Pays-Bas.*

Et la pièce *de cinq centimes*, pour *deux cents des Pays-Bas.*

Mandons et ordonnons que la présente Loi soit insérée au *Journal Officiel*, et que Nos Ministres et autres Autorités qu'elle concerne, tiennent strictement la main à son exécution.

Donné à Bruxelles, le 25 Février de l'an 1825, le douzième de Notre règne.

GUILLAUME.

Par le Roi,

J. G. De Mey de Streefkerk.

Publié le vingt-huit Février 1825.

Le Secrétaire d'Etat,

J. G. de Mey de Streefkerk.

IV.

Besluit van den* 13. *Mei* 1825, *waar bij, naar aanleiding van art.* 1 *der Wet van* 25 *Februari* 1825 *(*Staatsblad, *n°.* 8*) het tijdstip bepaald wordt, op hetwelk de wettelijke koers der fransche muntspecien in de Zuidelijke Provincien des Rijks, zal ophouden.

WIJ WILLEM, BY DE GRATIE GODS, KONING DER NEDERLANDEN, PRINS VAN ORANJE-NASSAU, GROOT-HERTOG VAN LUXEMBURG, ENZ. ENZ. ENZ.

In aanmerking nemende dat, bij het eerste artikel der Wet van den 25 Februari laatstleden (*Staatsblad* n°. 8) omtrent het doen ophouden van den wettelijken koers der fransche muntspecien in de Zuidelijke Provincien des Rijks, is vastgesteld, dat door Ons nader zal worden bepaald het tijdstip, op hetwelk zal ophouden de wettelijke koers der oude fransche munten, bepaald bij artikel 14 der Wet van den 28 September 1816 (*Staatsblad* n°. 50), mitsgaders van de francs, bepaald bij artikel 15 derzelve Wet, en dat alzoo die artikelen in zoo verre buiten werking zullen worden gesteld;

Willende, tot meerdere algemeenmaking van het nieuwe Nederlandsche Muntstelzel, de uitvoering

IV.

Arrêté du **13** *Mai* **1825**, *qui, aux termes de l'article* **1** *de la Loi du* **25** *Février* **1825** (Journal Officiel *n*°. 8), *fixe l'époque de la cessation du cours légal des Monnaies Françaises dans les Provinces Méridionales du Royaume.*

NOUS GUILLAUME, PAR LA GRACE DE DIEU, ROI DES PAYS-BAS, PRINCE D'ORANGE-NASSAU, GRAND-DUC DE LUXEMBOURG, ETC. ETC. ETC.

Ayant pris en considération, que d'après l'art. 1^er^. de la Loi du 25 Février dernier (*Journal Officiel* n° 8), concernant la cessation du cours légal des Monnaies Françaises dans les Provinces Méridionales du Royaume, il est statué que l'époque sera fixée ultérieurement par Nous, à laquelle cessera le cours légal des anciennes Monnaies Françaises fixé par l'art. 14 de la Loi du 28 Septembre 1816 (*Journal Officiel* n°. 46), ainsi que celui des francs fixé par l'art. 15 de la même Loi, et que par conséquent ces articles seront abrogés sous ce rapport.

Voulant donner une application plus générale au système monétaire des Pays-Bas, en as-

van de gedachte Wet van den 25 Februari laatstleden verzekeren;

Op de voordragt van Onzen Minister van Financien van den 11 Mei 1825, Litt. A;

Hebben besloten en besluiten:

ART. I.

Op den *veertienden der maand Junij* aanstaande zal ophouden de wettelijke koers der oude fransche munten, bepaald bij artikel 14 der Wet van den 28 September 1816 (*Staatsblad*, n°. 50), mitsgaders van de francs, bepaald bij artikel 15 derzelve Wet, en worden met dat tijdstip, deze artikelen in zoo verre buiten werking gesteld.

II.

De verwisscling van fransche gouden en zilveren onbesnoeide en gangbare munten, tegen nieuwe Nederlandsche munten, of tegen oude muntspecien der Zuidelijke Provincien, zal, op den voet van het 2de. artikel der Wet van den 25 Februari laatstleden (*Staatsblad* n°. 8) en dus tegen 47¼ cent de frank kunnen plaats hebben, van den 6 *tot den* 13 *Junij eerstkomende* ingesloten, ter Thesaurie van de Algemeene Nederlandsche Maatschappij ter begunstiging van de volksvlijt te *Brussel*, en bij de Agenten derzelve Maatschappij in de hoofdplaatsen der Zuidelijke Provincien, en in de steden of plaatsen der arrondissementen, waar die Agenten gevestigd zijn, alsmede bij den Agent te *Sas van Gent*, in de Provincie *Zeeland*.

surant l'exécution de ladite Loi du 25 Février dernier;

Sur le rapport de Notre Ministre des Finances du 11 Mai 1825, L^a A.

Avons arrêté et arrêtons:

ART. I^er.

Le cours légal des anciennes Monnaies Françaises fixé par l'art. 14 de la Loi du 28 Septembre 1816 (*Journal Officiel* n°. 46), ainsi que celui des francs fixé par l'art. 15 de la même Loi, cessera le *quatorze Juin prochain* et lesdits articles sont abrogés sous ce rapport à la même époque.

II.

L'échange des pièces françaises d'or et d'argent non rognées et coursables, contre des nouvelles Monnaies des Pays-Bas, ou contre des anciennes Monnaies des Provinces Méridionales, conformément à l'art. 2 de la Loi du 25 Février dernier (*Journal Officiel* n°. 8) à raison de 47¼ cents le franc, aura lieu du 6 *jusqu'au* 13 *Juin prochain inclusivement* à la Trésorerie de la Société Générale des Pays-Bas pour l'encouragement de l'Industrie Nationale de Bruxelles, et chez ses agens dans les chefs-lieux des Provinces Méridionales, et dans les villes ou endroits où ces agens sont établis, ainsi que chez l'agent de la même Société au *Sas de Gand* dans la Province de *Zélande*.

III.

Niettegenstaande de bepaling bij het eerste artikel van dit Besluit gemaakt, zullen, gedurende ééne maand na den tijd voor de gezegde verwisseling bestemd, en dus tot den 13 Julij eerstkomende, de in het vorig artikel gemelde fransche munten in alle betalingen ten behoeve van het Rijk, in de Zuidelijke Provincien, bij voortduring op den voet van $47\frac{1}{4}$ centen de frank worden aangenomen; de stortingen van de aldus in betaling aangenomen munten, zullen door de ontvangers of comptabelen moeten plaats hebben ter Thesaurie van de Maatschappij, of bij hare Agenten in het voorgaand artikel gemeld, uiterlijk op den 16 Julij eerstkomende.

Onze Minister van Financien en Onze Staatsraden, Administrateuren van de onderscheide vakken van 's Rijks inkomsten, zijn belast met de uitvoering van het tegenwoordig Besluit, hetwelk in het *Staatsblad* zal worden geplaatst.

Gegeven te Brussel den 13 Mei des jaars 1825, en van Onze regering het twaalfde.

WILLEM.

Van wege den Koning,

J. G. DE MEIJ VAN STREEFKERK.

Uitgegeven den vijftienden Mei 1825.

De Secretaris van Staat,

J. G. MEIJ VAN STREEFKERK.

III.

Indépendamment de ce qui a été statué à l'art. 1er. de cet Arrêté, les Monnaies Françaises mentionnées à l'article précédent, continueront d'être acceptées au taux de $47\frac{1}{4}$ cents le franc, pendant un mois après l'époque fixée pour ledit échange, et par conséquent jusqu'au 13 *Juillet prochain* dans tous les paiemens à faire au profit du trésor de l'Etat dans les Provinces Méridionales. — Les versemens par les Receveurs et Comptables des Monnaies ainsi reçues, auront lieu au plus tard le 16 *Juillet prochain* à la Trésorerie de la Société Générale des Pays-Bas, et chez ses agens désignés à l'article précédent.

Notre Ministre des Finances et Nos Conseillers d'Etat, Administrateurs des différentes branches des revenus du Royaume, sont chargés de l'exécution du présent Arrêté qui sera inséré au *Journal Officiel.*

Donné à Bruxelles le 13 Mai de l'an 1825, le douzième de Notre Règne.

GUILLAUME.

Par le Roi,

J. G. De Mey De Streefkerk.

Publié le 15 Mai 1825.

Le Secrétaire d'État,

J. G. de Mey De Streefkerk.

V.

Wet van den **22** *December* **1825,** *houdende bepaling dat er gouden standpenningen van vijf guldens zullen worden gemunt.*

WY WILLEM, BY DE GRATIE GODS, KONING DER NEDERLANDEN, PRINS VAN ORANJE-NASSAU, GROOT-HERTOG VAN LUXEMBURG, ENZ. ENZ. ENZ.

Allen die deze zullen zien of hooren lezen, salut! doen te weten:

Alzoo Wij in aanmerking genomen hebben, dat het gebruik van de gouden Nederlandsche standpenningen van tien guldens, in den dagelijkschen handel zoude worden bevorderd, en in het bijzonder, dat de scheiding bij handelingen van minder belang, wanneer de betaling in gedachte stukken geschiedt, gemakkelijker zoude worden gemaakt, indien boven en behalve opgemeld goud muntstuk nog een gouden standpenning wierd gemunt; welke in de volkomenste juistheid de helft van voorgezegd tien guldens-stuk zoude behooren te zijn, en waaraan alzoo de waarde van *vijf guldens* wierd toegekend;

Gelet op de Wet van den 28 September 1816 (*Staatsblad,* n°. 50), tot regeling van het Nederlandsch Muntwezen;

V.

Loi du **22** *Décembre* **1825,** *portant qu'il sera frappé des pièces d'or de cinq florins.*

Nous GUILLAUME, par la grace de Dieu, Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, etc. etc. etc.

A tous ceux qui les présentes verront, salut! savoir faisons:

Ayant pris en considération que l'emploi dans les transactions journalières, de la pièce d'or de dix florins des Pays-Bas, pourra être facilitée, et que spécialement les paiemens dans ces pièces, pour des transactions de moindre importance, présenteront moins de difficultés, lorsque, indépendamment de ladite pièce, il sera fabriqué une pièce d'or exactement de la moitié de valeur, et par conséquent de *cinq florins*;

Vu la Loi du 28 Septembre 1816 (*Journal Officiel*, n° 50), pour l'établissement du système monétaire des Pays-Bas;

Zoo is het, dat Wij, den Raad van State gehoord, en met gemeen overleg der Staten-Generaal;

Hebben goedgevonden en verstaan, gelijk Wij goedvinden en verstaan, bij deze:

ART. I.

Boven en behalve de gouden standpenningen van tien guldens, volgens de Wet van 28 September 1816 daargesteld, zullen er gouden standpenningen van vijf guldens worden gemunt.

II.

Even gezegde gouden standpenningen zullen in gehalte moeten houden $\frac{900}{1000}$ en in gewigt hebben van 3 wigtjes $\frac{364\frac{1}{2}}{1000}$.

III.

De beeldenaar dezer gouden vijf gulden-stukken zal dezelfde zijn als die der gouden tien gulden-stukken; zullende op de keerzijde van den stempel tusschen het getal 5..... guldens, het wapen van het Rijk voeren; — gemelde stukken zullen gemunt worden in den ring.

IV.

Ds verdere bepalingen ten aanzien van den gouden standpenning van tien guldens, bij de Wet van den 28 September 1816 gemaakt, zullen op den gouden standpenning van vijf guldens toepasselijk zijn.

Lasten en bevelen dat deze in het *Staatsblad* zal worden gedrukt, en dat alle Ministeriële Depar-

A ces causes, Notre Conseil d'État entendu, et de commun accord avec les États-Généraux;

Avons statué comme Nous statuons par ces présentes:

ART Ier.

Indépendamment des pièces d'or de dix florins, fabriquées conformément à la Loi du 28 Septembre 1816, il sera frappé des pièces d'or de cinq florins.

II.

Lesdites pièces d'or seront frappées au titre de $\frac{900}{1000}$ et au poids de 3 esterling $\frac{364\frac{1}{2}}{1000}$.

III.

Le type des pièces de cinq florins sera le même que celui des pièces de dix florins: elles porteront sur le revers les armes du Royaume entre le nombre 5 florins, et seront frappées à la virôle.

IV.

Sont applicables à la pièce d'or de cinq florins, les dispositions ultérieures faites par la Loi du 28 Septembre 1816, à l'égard de la pièce d'or de dix florins.

Mandons et ordonnons que la présente Loi soit insérée au *Journal Officiel*, et que Nos Ministres

tementen en Autoriteiten, Kollegien en Ambtenaren aan de naauwkeurige uitvoering de hand zullen houden.

Gegeven te 's Gravenhage, den twee-en-twintigsten December des jaars 1825, het dertiende van Onze regering.

WILLEM.

Van wege den Koning,

J. G. DE MEIJ VAN STREEFKERK.

Uitgegeven den twee-en-twintigsten December 1825.

De Secretaris van Staat,

J. G. DE MEIJ DE STREEFEERK.

et autres autorités qu'elle concerne, tiennent strictement la main à son exécution.

Donné à La Haye, le vingt-deux Décembre de l'an 1825, de Notre règne le treizième.

GUILLAUME.

Par le Roi,

J. G. De Mey de Streefkerk.

Publié le vingt-deux Décembre 1825.

Le Secrétaire d'Etat,

J. G. De Mey de Streefkerk.

et autres autorités qu'elle concerne, tiennent strictement la main à son exécution.

Donné à La Haye, le vingt-deux Décembre de l'an 1825, de Notre règne le treizième.

GUILLAUME.

Par le Roi,

J. G. De Mey de Streefkerk.

Publié le vingt-deux Décembre 1825.

Le Secrétaire d'Etat,

J. G. De Mey de Streefkerk.

KOENIGLICH, GROSSBRITANNISCHE WECHSELGESETZE.

Bei denjenigen der folgenden Gesetze, die nur in einem der beiden vereinigten Königreiche England und Schottland Anwendung finden, ist diess; bei der Uebersetzung, unmittelbar nach der Ueberschrift bemerkt.

KOENIGLICH GROSSBRITANNISCHE

WECHSELGESETZE.

Bei denjenigen der folgenden Gesetze, die nur in einem der beiden vereinigten Königreiche England und Schottland Anwendung finden, ist diefs, bei der Uebersetzung, unmittelbar nach der Ueberschrift bemerkt.

Act 1681. ch. 20. *).

(20th. of 3d. Parliament of Charles II.)

Our Sovereign Lord, considering how necessary it is for the flourishing of trade, that bills or letters of exchange be duly paid, and have ready execution, conform to the custom of other parts, doth therefore, with advice and consent of his estates of parliament, statute and ordain, That in case of any foreign bill of exchange from or to this realm, duly protested for not-acceptance or for not-payment, the said protest, having the bill of exchange prefixed, shall be registrable within six months after the date of the said bill in case of not-acceptance, or after the falling due thereof in case of not-payment, in the books of Council and Session, or other competent judicatures, at the instance of the person to whom the same is made payable, or his order, either against the drawer

1) W. Glen, A treatise on the law of bills of exchange, promissory notes, and letters of credit, in Scotland. Second edition. Edinburgh 1824. Pag. 265, 266.

Acte 1681. K. 20.

(20te des 3ten Parlaments Karls II.)

Summarisches Verfahren auf ausländische Wechsel.

(Schottl.)

Unser souverainer Herr verfügt und verordnet, mit Rath und Beistimmung der Stände des Parlaments, — in Anbetracht, wie nothwendig es für die Blüthe des Handels ist, daſs Wechselbriefe gehörig bezahlt werden und bereite Execution finden, übereinstimmend mit dem Gebrauche anderer Länder, — daſs bei fremden Wechseln, die aus diesem Königreich oder auf dasselbe gezogen und gehörig wegen Nicht-Acceptation oder wegen Nicht-Zahlung protestirt sind, der besagte Protest, dem der Wechsel vorangefügt ist, innerhalb sechs Monaten nach dem Datum des bemeldten Wechsels, im Fall von Nicht-Acceptation, oder nach Verfall desselben, im Fall von Nicht-Zahlung, registrabel seyn soll, in den Büchern des *Council* und *Session* oder andrer competenter Gerichtsbehörden, auf Verlangen der Person, an welche derselbe zahlbar gemacht ist, oder deren Ordre, entweder gegen den Trassanten oder Indossanten, im Fall eines Protestes wegen Nicht-Acceptation, oder gegen den Acceptan-

or indorser, in case of a protest for not-acceptance, or against the acceptor, in case of a protest for not-payment, to the effect it may have the authority of the judges thereof interponed thereto, that letters of horning, upon a simple charge of six days, and other executorials necessary, may paſs thereupon for the whole sums contained in the bill, as well exchange as principal, in form as effeirs; sicklike, and in the same manner as upon registrate bonds or decrees of registration proceeding upon consent of parties: Providing always, that, if the saids protests be not duly registrate within six months, in manner above provided, then, and in that case, the saids bills and protests are not to have summar execution, but only to be pursued by way of ordinary action as accords. And further, it is hereby statute and enacted, that the sums contained in all bills of exchange bear annual rent, in case of not-acceptance from the date thereof, or in case of acceptance and not-payment, from the day of their falling due, ay and while the payment thereof. And further, his Majesty, with advice foresaid, hereby declares, that notwithstanding of the foresaid summar execution provided to follow upon bills of exchange for the sums therein contained, in manner above specified, yet it shall be leasom to the party charger to pursue for the exchange if not contained in the saids bills, with re-exchange, damage, interest, and all expenses, before the ordinary judge; or, in case of suspension, to eik the same to the charge, at the discussing of the said suspension, to the effect

ten, im Fall eines Protestes wegen Nicht-Zahlung, zu dem Endzweck, damit die Autorität der Richter derselben zu dem Behufe interponirt werde, dafs Proclamationsbefehle, auf ein einfaches Mandat von sechs Tagen, und andere nothwendige Executoriales darauf ergehen mögen für die ganzen in dem Wechsel enthaltnen Summen, sowohl Aufwechsel als Kapital, in der angemessenen Weise; eben so und in der nämlichen Weise, wie auf registrirte *bonds* oder Registrations-Decrete, welche auf Einwilligung der Partheyen erfolgen: Vorausgesetzt stets, dafs, wenn die erwähnten Proteste nicht innerhalb sechs Monaten gehörig registrirt sind, in oben angeordneter Weise, alsdann und in jenem Falle die besagten Wechsel und Proteste keine summarische Execution haben sollen, sondern nur im Wege ordentlicher Klage, wie sich gebührt, sollen geltend gemacht werden können. Und ferner wird anmit verfügt und verordnet, dafs die in allen Wechseln enthaltnen Summen jährliche Zinsen tragen, im Fall von Nicht-Acceptation von dem Datum derselben an, oder im Fall von Acceptation und Nicht-Zahlung von dem Tage ihres Verfalls bis zur Zahlung derselben. Und ferner erklärt Seine Majestät, mit vorbesagtem Rathe, anmit, dafs ohngeachtet der eben gedachten summarischen Execution, welche, nach dieser Verordnung, auf Wechsel für die darin enthaltenen Summen, in vorbezeichneter Weise, ergehen soll, dennoch dem Kläger freistehen soll, für den Aufwechsel, wenn nicht in den besagten Wechseln enthalten, mit Rückwechsel, Schaden, Interesse und allen Kosten, vor dem

that the same may be liquidated, and decree given therefor, either against the party principal, or against him and his cautioners, as accords.

Act 1696. c. 36. [1]).

(Parl. Will. III.)

. . . . That the same execution shall be competent and proceed upon inland bills or precepts, as is provided to paſs upon foreign bills of exchange by the twentieth act of the third parliament of King Charles the Second, holden in anno 1681, which act is hereby extended to inland bills and precepts in all points.

9 and 10 W. III. c. 17. [2])

An Act for the better Payment of Inland Bills of Exchange.

Whereas great damages and other inconveniences do frequently happen in the course of trade and

[1]) Glen Pag. 267.

[2]) J. Chitty, A practical treatise on bills of exchange, checks on bankers, promissory notes, banker's cash notes, and bank notes. The sixth edition. London 1822. Pag. 524, 525.

ordentlichen Richter zu klagen, oder, im Fall einer Suspension, dasselbe zu dem Anspruch, bei Erörterung der besagten Suspension, hinzuzufügen, zu dem Endzweck damit dasselbe liquidirt werde und ein Decret deshalb abgegeben werde, entweder gegen die Hauptparthey, oder gegen sie und ihre Bürgen, wie sich gebührt.

Acte 1696. K. 36.

(Parl. Wilh. III.)

Summarisches Verfahren auf inländische Wechsel.

(Schottl.)

. . . . Daſs die nämliche Execution auf inländische Wechsel oder *precepts* statthaft seyn und ergehen soll, wie sie auf fremde Wechsel erfolgt in Gemäſsheit der zwanzigsten Acte des dritten Parlaments Königs Karl II, gehalten im Jahr 1681, welche Acte andurch auf inländische Wechsel und *precepts* in allen Punkten ausgedehnt ist.

9. und 10. W. III. c. 17.

Eine Acte zu besserer Zahlung inländischer Wechsel.

(Engl.)

Nachdem groſse Nachtheile und andere Inconvenienzen sich häufig in dem Laufe des Handels

commerce, by reason of delays of payment and other neglects on inland bills of exchange in this kingdom; Be it therefore enacted by the King's Most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this Present parliament assembled, and by the authority of the same, That from and after the four-and-twentieth day of June next, which shall be in the year one thousand six hundred and ninety-eight, all and every bill or bills of exchange drawn in, or dated at and from, any trading city or town, or any other place in the kingdom of England, dominion of Wales, or town of Berwick-upon-Tweed, of the sum of five pounds sterling or upwards, upon any person or persons of or in London, or any other trading city, town, or any other place (in which said bill or bills of exchange shall be acknowledged and expressed the said value to be received), and is and shall be drawn payable at a certain number of days, weeks, or months after date thereof, and from and after presentation and acceptance of the said bill or bills of exchange, (which acceptance shall be by the under writing the same under the party's hand so accepting) and after the expiration of three days after the said bill or bills shall become due, the party to whom the said bill or bills are made payable, his servant, agent or assigns, may and shall cause the said bill or bills to be protested by a notary public, and in default of such notary public, by any other substantial person of the city, town, or place, in the presence

und Verkehrs ereignen, wegen Zahlungs-Verzögrung und andrer Vernachlässigung bei inländischen Wechseln in diesem Königreich; so wird verordnet von des Königs Majestät, durch und mit Rath und Beistimmung der Geistlichen und Weltlichen Lords und der Gemeinen, in diesem gegenwärtigen Parlament versammelt, und durch die Autorität derselben, Dafs von und nach dem vier und zwanzigsten Tage des nächsten Juni, welcher seyn wird in dem Jahre ein tausend sechs hundert und acht und neunzig, alle und jede Wechsel, — welche gezogen oder datirt sind von irgend einer Handelsstadt oder andrem Platze in dem Königreich England, der Herrschaft Wales, oder der Stadt Berwick an der Tweed, für die Summe von fünf Pfund Sterling oder einem höhern Betrage, auf eine oder mehrere Personen von oder in London oder einer andern Handelsstadt oder anderem Platze (in welchen Wechseln der Empfang der Valuta anerkannt und ausgedrückt seyn soll) und welche auf eine gewisse Zahl Tage, Wochen oder Monate nach Dato zahlbar gezogen sind und seyn werden, — nach Präsentation und Acceptation derselben (welche Acceptation durch Unterzeichnung derselben von Seiten des Acceptanten geschehen soll) und nach Ablauf von drei Tagen nach Verfall, von demjenigen, an welchen der oder die besagten Wechsel zahlbar gemacht seyn werden, seinem Diener, Bevollmächtigten oder Assignatar mittelst eines öffentlichen Notars protestiret werden können und sollen, und, in Ermanglung eines solchen öffentlichen Notars, mittelst einer andern angesehnen Person der Stadt

of two or more credible witnesses, refusal or neglect being first made of due payment of the same; which protest shall be made and written under a fair written copy of the said bill of exchange, in the words or form following:

„Know all men, that I, A. B. on the —
„— day of — — at the usual place of abode,
„of the said — —, have demanded payment of
„the bill, of the which the above is the copy,
„which the said — — did not pay, wherefore
„I the said — — do hereby protest the said
„bill. Dated this — — day of — —.“

II. Which protest so made as aforesaid, shall, within fourteen days after making thereof, be sent, or otherwise due notice shall be given thereof, to the party from whom the said bill or bills were received, who is, upon producing such protest, to repay the said bill or bills, together with all interest and charges from the day such bill or bills were protested; for which protest shall be paid a sum not exceeding the sum of sixpence; and in default or neglect of such protest made and sent, or due notice given within the days before limited, the person so failing or neglecting thereof, is and shall be liable to all costs, damages, and interest, which do and shall accrue thereby.

oder des Platzes, in Gegenwart von zwei oder mehreren glaubwürdigen Zeugen wenn zuvorderst Verweigrung oder Verabsäumung gehöriger Zahlung derselben geschehen ist; welcher Protest unter eine sauber geschriebne Copie des besagten Wechsels in folgenden Worten oder Form gefertigt und geschrieben werden soll:

„Kund sey jedermann, daſs ich, A. B., an dem „— — Tag des — — an dem gewöhnlichen „Wohnplatze des benannten — — Zahlung des „Wechsels, wovon Obiges die Abschrift ist, begehrt habe, welchen derselbe — — nicht zahlte, „weshalb ich, der bemeldte — — anmit den gedachten Wechsel protestire. Geschehen den — „— Tag des — —."

II. Der in vorbezeichneter Weise errichtete Protest soll innerhalb vierzehn Tagen nach Errichtung desselben übersandt, oder auf andre Weise gehörige Nachricht davon ertheilt werden an denjenigen, von welchem man den oder die besagten Wechsel erhalten hatte, und welcher auf Vorweisung dieses Protestes schuldig ist, den oder die besagten Wechsel, zugleich mit allen Interessen und Kosten vom Tage des errichteten Protestes an, einzulösen; für diesen Protest soll nicht mehr als sechs Pence bezahlt werden; und in Ermanglung oder Verabsäumung der Errichtung und Versendung dieses Protestes, oder der Ertheilung gehöriger Nachricht innerhalb vorbestimmter Zeit, soll die Person, welcher diese Unterlassung oder Verabsäumung zur Last fällt, alle daraus entstehenden Kosten, Schäden und Interesse tragen.

III. Provided nevertheless, that in case any such inland bill or bills of exchange shall happen to be lost or miscarried within the time before limited for the payment of the same, then the drawer of the said bill or bills is and shall be obliged to give another bill or bills of the same tenor with those first given, the person or persons to whom they are and shall be so delivered, giving security, if demanded, to the said drawer, to indemnify him against all persons whatsoever, in case the said bill or bills of exchange so alleged to be lost or miscarried, shall be found again.

3 and 4 Anne, chap. 9. [1])

An Act for giving like Remedy upon Promissory Notes, as is now used upon Bills of Exchange, and for the better Payment of Inland Bills of Exchange.

Whereas it hath been held, That notes in writing, signed by the party who makes the same, whereby such party promises to pay unto any other person, or his order, any sum of money therein mentioned, are not assignable or indorsable over, within the custom of merchants, to any other person; and that such person to whom the sum of money mentioned in such note is payable, cannot maintain an action by the custom

1) Chitty Pag. 525 — 529.

III. Nichtsdestoweniger wird verfügt, daſs, wenn ein oder mehrere inländische Wechsel verloren werden oder abhanden kommen sollten innerhalb der hiebevor zu Bezahlung derselben bestimmten Zeit, alsdann der Trassant des oder der besagten Wechsel schuldig ist und seyn soll, einen oder mehrere andre Wechsel des nämlichen Inhalts mit den zuerst gegebnen auszustellen, während der- oder diejenigen, welchen dieselben überantwortet werden, dem besagten Trassanten, auf Verlangen, Sicherheit stellen, ihn gegen jedermann schadlos zu halten, falls der oder die angeblich verlornen oder abhanden gekommnen Wechsel wieder gefunden werden sollten.

3 und 4. Anna Cap. 9.

Eine Acte zu Gestattung des gleichen Rechtsweges auf Zahlscheine, welcher gegenwärtig auf Wechsel gebräuchlich, und zu besserer Zahlung inländischer Wechsel

(Engl.)

Nachdem dafür gehalten worden ist, daſs schriftliche Scheine, welche von dem Aussteller unterzeichnet sind und worin derselbe verspricht, an einen Andern oder dessen Ordre eine darin angegebne Summe Geldes zu zahlen, nicht nach dem Handelsgebrauch an eine andre Person assignirt oder indossirt werden können; und daſs derjenige, an welchen die in einem solchen Scheine angegebne Geldsumme zahlbar ist, keine Klage nach dem Gebrauche der Handelsleute gegen denjenigen anstellen könne, welcher denselben zuerst ausstellte und

of merchants, against the person who first made and signed the same; and that any person to whom such note should be assigned, indorsed, or made payable, could not, within the said custom of merchants, maintain any action upon such note against the person who first drew and signed the same. Therefore, to the intent to encourage trade and commerce, which will be much advanced, if such notes shall have the same effect as inland bills of exchange, and shall be negotiated in like manner: Be it enacted by the Queen's Most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, That all notes in writing, that after the first day of May, in the year of our lord one thousand seven hundred and five, shall be made and signed by any person or persons, body politic or corporate, or by the servant or agent of any corporation, banker, goldsmith, merchant, or trader, who is usually intrusted by him, her, or them, to sign such promissory notes for him, her, or them, whereby such person or persons, body politic and corporate, his, her, or their servant or agent as aforesaid, doth or shall promise to pay to any other person or persons, body politic and corporate, his, her, or their order, or unto bearer, any sum of money mentioned in such note, shall be taken and construed to be, by virtue thereof, due and payable to any such person or persons, body politic and corporate, to whom the same is made payable;

unterzeichnete; und dafs eine Person, an welche ein solcher Schein assignirt, indossirt oder zahlbar gemacht würde, keine Klage nach dem besagten Gebrauch der Handelsleute auf diesen Schein gegen denjenigen anstellen könne, welcher denselben zuerst zog und unterzeichnete; So wird, — zu Aufmuntrung des Handels und Verkehrs, der sehr befördert werden wird, wenn solche Zahlscheine die nämliche Kraft, wie inländiscke Wechsel, haben und in gleicher Weise negotiirt werden, — verordnet, von der Königin Majestät, durch und mit Rath und Beistimmung der Geistlichen und Weltlichen Lords, und der Gemeinen, in diesem gegenwärtigen Parlament versammelt, und durch die Autorität derselben, Dafs alle schriftliche Zahlscheine, welche nach dem ersten Tage des Mai in dem Jahre unsers Herrn ein tausend sieben hundert und fünf von einer oder mehreren Personen, politischen Körper oder Gemeinheit, oder von dem Diener oder Bevollmächtigten einer Corporation, Bankiers, Goldschmidts, Kaufmanns oder Handelsmanns, — der von ihm, ihr oder denselben gewöhnlich zu Unterzeichnung solcher Zahlscheine an seiner, ihrer oder derselben Statt gebraucht wird, — werden ausgestellt und unterzeichnet werden, und wodurch solche Person oder Personen, politischer Körper und Gemeinheit, oder deren Diener oder Agent, wie vorbesagt, versprechen werden, an eine oder mehrere andre Personen, politischen Körper und Gemeinheit, deren Ordre, oder an den Inhaber eine in solchem Zahlschein enthaltne Summe zu zahlen, in Kraft des Gegenwärtigen dahin ge-

and also every such note payable to any person or persons, body politic and corporate, his, her, or their order, shall be assignable or indorsable over, in the same manner as inland bills of exchange are or may be, according to the custom of merchants; and that the person or persons, body politic and corporate, to whom such sum of money is or shall be by such note made payable, shall and may maintain an action for the same, in such manner as he, she, or they, might do, upon any inland bill of exchange, made or drawn according to the custom of merchants, against the person or persons, body politic and corporate, who, or whose servant or agent as aforesaid, signed the same: and that any person or persons, body politic and corporate, to whom such note that is payable to any person or persons, body politic and corporate, his, her, or their order, is indorsed or assigned, or the money therein mentioned, ordered to be paid by indorsement thereon, shall and may maintain his, her, or their action for such sum of money, either against the person or persons, body politic and corporate, who, or whose servant or agent as aforesaid, signed such note, or against any of the persons that indorsed the same, in like manner as in cases of inland bills of exchange; and in every such action the plaintiff or plaintiffs shall recover his, her, or their damages and costs of suit; and if such plaintiff or plaintiffs shall be nonsuited, or a verdict be given against him, her, or them, the defendant or defendants shall recover his, her, or their costs against the plaintiff or plaintiffs; and

nommen und verstanden werden sollen, dafs sie an die Person oder Personen, politischen Körper und Gemeinheit, an welchen dieselbe zahlbar gestellt ist, schuldig und zahlbar seyen; und gleichermafsen jeder solche an eine oder mehrere Personen, politischen Körper und Gemeinheit, oder deren Ordre zahlbare Schein, assignabel oder indossabel seyn soll, in gleicher Weise wie inländische Wechsel es sind oder seyn mögen, in Gemäfsheit des Gebrauchs der Handelsleute; und dafs die Person oder Personen, politischer Körper und Gemeinheit, an welche eine solche Geldsumme durch einen solchen Schein zahlbar gemacht ist oder werden wird, eine Klage darauf anstellen sollen und können, in gleicher Weise, als sie es auf einen inländischen, in Gemäfsheit des Gebrauchs der Handelsleute ausgestellten oder gezognen Wechsel thun könnten, gegen die Person oder Personen, politischen Körper und Gemeinheit, welche oder deren Diener oder Bevollmächtigter denselben, wie vorbesagt, unterzeichneten: und dafs jede Person oder Personen, politischer Körper und Gemeinheit, welchen ein solcher an eine oder mehrere Personen, politischen Körper und Gemeinheit, oder deren Ordre zahlbarer Schein indossirt oder assignirt oder der darin angegebne Betrag, durch darauf gesetztes Indossament, überwiesen ist, ihre Klage auf diesen Geldbetrag entweder gegen die Person oder Personen, politischen Körper und Gemeinheit, welche, oder deren Diener oder Bevollmächtigter, wie vorbesagt, diesen Zahlschein unterzeichneten, oder gegen eine der Personen, welche denselben indos-

every such plaintiff or plaintiffs, defendant or defendants, respectively recovering, may sue out execution for such damages and costs by capias, fieri facias, or elegit.

II. And be it further enacted by the authority aforesaid, that all and every such actions shall be commenced, sued and brought within such time as is appointed for commencing or suing actions upon the case, by the statute made in the one-and-twentieth year of the reign of King James the First, intituled, „An Act for Limitation of Actions, and for avoiding of Suits in Law."

III. Provided that no body politic or corporate shall have power, by virtue of this act, to issue or give out any notes, by themselves or their servants, other than such as they might have issued, if this act had never been made.

IV. And whereas by an act of parliament made in the ninth year of the reign of his late Majesty King William the Third, intituled, „An Act for the better Payment of Inland Bills of Exchange", it is among other things enacted, that from and after

sirten, anstellen sollen und können, in gleicher Weise wie in Fällen inländischer Wechsel; und in jeder solcher Klage sollen der oder die Kläger ihre Schäden und Procefskosten ersetzt erhalten; und wenn der oder die Kläger abgewiesen werden, oder ein Ausspruch der Jury gegen dieselben ertheilt wird, sollen der oder die Beklagten den Ersatz ihrer Kosten von dem oder den Klägern erhalten; und jede solche Kläger oder Beklagte können wegen dieser Schäden und Kosten, deren Ersatz ihnen respective gebührt, die Execution mittelst capias, fieri facias, oder elegit bewirken.

II. Und wird ferner verordnet durch vorbesagte Autorität, dafs alle und jede solche Klagen begonnen, angestellt und angebracht werden sollen innerhalb der Zeit, welche zu Beginn oder Anstellung solcher Klagen bestimmt ist durch das in dem ein und zwanzigsten Jahre der Regierung Königs Jacob des Ersten errichtete Statut, überschrieben „Eine Acte zu Beschränkung der Klagen und zu Vermeidung von Processen."

III. Wird verfügt, dafs kein politischer Körper oder Gemeinheit durch diese Acte Befugnifs erlangen soll, andere Zahlscheine auszugeben oder auszustellen, durch sie selbsten oder ihre Diener, als welche sie würden haben ausgeben können, wenn diese Acte nie errichtet worden wäre.

IV. Und nachdem durch eine in dem neunten Jahre der Regierung Seiner Majestät weiland Königs Wilhelm des Dritten errichtete Acte, überschrieben „Eine Acte zu besserer Bezahlung inländischer Wechsel", unter andern Dingen verordnet

presentation and acceptance of the said bill or bills of exchange (which acceptance shall be by the underwriting the same under the party's hand so accepting) and after the expiration of three days after the said bill or bills shall become due, the party to whom the said bill or bills are made payable, his servant, agent, or assigns, may and shall cause the same bill or bills to be protested in manner as in the said act is enacted: And whereas by there being no provision made therein for protesting such bill or bills, in case the party on whom the same are or shall be drawn, refuse to accept the same by under writing the same under his hand, all merchants and others do refuse to under write such bill or bills, or make any other than a promissory acceptance, by which means the effect and good intent of the said act in that behalf is wholly evaded, and no bill or bills can be protested before, or for want of such acceptance by underwriting the same as aforesaid. For remedy whereof, be it enacted by the authority aforesaid, that from and after the first day of May, which shall be in the year of our lord one thousand seven hundred and five, in case, upon presenting of any such bill or bills of exchange, the party or parties, on whom the same shall be drawn, shall refuse to accept the same, by underwriting the same as aforesaid, the party to whom the said bill or bills are made payable, his servant, agent or assigns, may and shall cause the said bill or bills to be protested for non-acceptance as in case of foreign bills of exchange; any thing in the said act

ist, dafs von und nach Präsentation und Acceptation der besagten Wechsel (welche Acceptation durch eigenhändige Unterschreibung derselben von Seiten des Acceptanten geschehen soll), und nach Ablauf dreyer Tage nach Verfall derselben Wechsel derjenige, an welchen die bemeldten Wechsel zahlbar gemacht sind, sein Diener, Bevollmächtigter oder Assignatar, dieselben in der in besagter Acte angeordneten Weise protestiren lassen können und sollen: Und nachdem, — weil darin keine Verfügung enthalten ist hinsichtlich Protestirung solcher Wechsel, falls derjenige, auf welchen sie gezogen sind oder werden gezogen werden, verweigert, dieselben durch eigenhändige Unterschrift zu acceptiren, — alle Handelsleute und Andre solche Wechsel zu unterzeichnen, oder eine andre Acceptation, als mittelst Versprechens, zu machen verweigern, wodurch die Wirkung und gute Absicht der erwähnten Acte in dieser Hinsicht gänzlich umgangen wird, und keine Wechsel protestirt werden können vor, oder aus Mangel von solcher Acceptation durch Unterzeichnung derselben wie vorbesagt; so wird, zu dessen Abhülfe, durch obige Autorität verordnet, dafs von und nach dem ersten Tag des May, welcher seyn wird in dem Jahre unsers Herrn ein tausend sieben hundert und fünf, falls, auf Vorzeigung solchen Wechsels oder solcher Wechsel, der- oder diejenigen, auf welche sie gezogen seyn werden, dieselben durch Unterschrift, wie vorbesagt, zu acceptiren verweigern werden, derjenige, an welchen der oder die gadachten Wechsel zahlbar gemacht sind, sein Diener, Bevollmäch-

or any other law to the contrary notwithstanding; for which protest there shall be paid two shillings and no more.

V. Provided always, that from and after the said first day of May, no acceptance of any such inland bill of exchange shall be sufficient to charge any person whatsoever, unless the same be underwritten or indorsed in writing thereupon; and if such bill be not accepted by such underwriting, or indorsement, in writing, no drawer of any such inland bill shall be liable to pay any costs, damages, or interest thereupon, unless such protest may be made for non-acceptance thereof; and within fourteen days after such protest, the same may be sent or otherwise notice thereof be given to the party from whom such bill was received, or left in writing at the place of his or her usual abode; and if such bill be accepted, and not paid before the expiration of three days after the said bill shall become due and payable, then no drawer of such bill shall be compellable, to pay any costs, damages, or interest thereupon, unless a protest be made and sent, or notice thereupon be given, in manner and form above-mentioned: Nevertheless, every drawer of such bill shall be liable to make payment of costs, damages, and interest upon such inland bill, if any one protest be made of non-acceptance, or non-payment thereof,

tigter oder Assignatar, den oder die besagten Wechsel wegen Nicht-Acceptation, wie bey ausländischen Wechseln geschieht, protestiren lassen können und sollen; ohne Berücksichtigung entgegenstehenden Inhalts der erwähnten Acte oder irgend andern Gesetzes; für welchen Protest zwey Schilling und nicht mehr bezahlt werden soll.

V. Wird stets vorgesehen, daſs von und nach dem besagten ersten Tag des May keine Acceptation eines solchen inländischen Wechsels hinreichend seyn soll, jemanden zu belasten, falls dieselbe nicht darunter geschrieben oder schriftlich darauf indossirt ist; und wenn solcher Wechsel nicht durch solche Unterschrift oder schriftliches Indossament acceptirt ist, soll kein Trassant eines solchen inländischen Wechsels zu Zahlung von irgend Kosten, Schäden oder Interesse darauf verhaftet seyn, falls nicht wegen Nicht-Acceptation desselben protestirt worden ist, und innerhalb vierzehn Tagen nach diesem Protest derselbe übersandt oder auf andere Weise Nachricht davon ertheilt worden ist an denjenigen, von welchem man diesen Wechsel erhielt, oder die Nachricht schriftlich an dessen gewöhnlichem Wohnplatze hinterlassen worden ist; und wenn ein solcher Wechsel acceptirt und nicht vor Ablauf dreyer Tage nach Verfall bezahlt wird, alsdann soll kein Trassant eines solchen Wechsels angehalten werden können, Schäden, Kosten oder Interesse deſshalb zu zahlen, falls nicht ein Protest errichtet und übersandt, oder Nachricht ertheilt wird, in obbemeldter Art und Weise. Indeſs soll jeder Trassant eines solchen Wechsels schuldig seyn, Zahlung von Kosten, Schä-

and notice thereof be sent, given, or left as aforesaid.

VI. Provided, that no such protest shall be necessary, either for non-acceptance or non-payment of any inland bill of exchange, unless the value be acknowledged and expressed in such bill to be received, and unless such bill be drawn for the payment of twenty pounds sterling or upwards, and that the protest hereby required for non-acceptance, shall be made by such persons as are appointed by the said recited act to protest inland bills of exchange for no-npayment thereof.

VII. And be it further enacted, that from and after the said first day of May, if any person doth accept any such bill of exchange, for and in satisfaction of any former debt, or sum of money formerly due unto him, the same shall be accounted and esteemed a full and complete payment of such debt, if such person accepting of any such bill for his debt, doth not take his due course to obtain payment thereof, by endeavouring to get the same accepted and paid, and make his protest as aforesaid, either for non-acceptance or non-payment thereof.

VIII. Provided, that nothing herein contained shall extend to discharge any remedy, that any

den und Interesse auf einen solchen inländischen Wechsel zu leisten, wenn irgend ein Protest, wegen Nicht-Acceptation oder Nicht-Zahlung, defshalb errichtet, und Nachricht davon übersandt, gegeben, oder zurückgelassen ist, wie vorbesagt.

VI. Wird verfügt, dafs kein solcher Protest, weder wegen Nicht-Acceptation noch wegen Nicht-Zahlung eines inländischen Wechsels, nothwendig seyn soll, falls nicht in solchem Wechsel der Empfang der Valuta anerkannt und ausgedrückt ist, und falls nicht der Wechsel für die Zahlung von zwanzig Pfund Sterling oder einem höheren Betrage gezogen ist; und dafs der andurch erforderte Protest von Nicht-Acceptation durch solche Personen geschehen soll, die durch die oben angeführte Acte zu Protestirung inländischer Wechsel, wegen Nicht-Zahlung derselben, angeordnet sind.

VII. Und wird ferner verordnet, dafs von und nach dem besagten ersten Tage des May, wenn jemand einen solchen Wechsel für und zu Abtragung einer früheren Schuld, oder einer Geldsumme, welche er früher zu fordern hatte, annimmt, derselbe für volle und genügende Zahlung einer solchen Schuld gerechnet und erachtet werden soll, wenn derjenige, welcher einen solchen Wechsel für seine Schuld annimmt, nicht das ihm zu Erlangung der Zahlung Obliegende erfüllt und die Acceptation und Zahlung desselben zu erhalten versucht, und, wie vorbesagt, wegen Nicht-Acceptation oder Nicht-Zahlung protestirt.

VIII. Wird verfügt, dafs nichts, was hierin enthalten, dahin verstanden werden soll, als hebe es irgend

person may have against the drawer, acceptor, or indorser of such bill.

IX. And be it further enacted by the authority aforesaid, that this act shall continue and be in force for the space of three years, from the first day of May, and from thence to the end of the next session of parliament, and no longer.

5. Geo. III. c. 49. §. 4, 5 and 6. [1])

as to Summary Diligence on Bank-Notes and Bankers' Notes.

Section 4. And for recovering the payment of all notes, accepted bills, post-bills, tickets, tokens or other writings for money, of the nature of a bank or banker's note, circulated, or to be circulated, as specie, in that part of the united kingdom, more effectually, Be it further enacted, by the authority aforesaid, That from and after the passing of this act, summary execution shall proceed upon every such note, accepted bill, post-bill, ticket, token or other writing, at the instance of the holder thereof, against the person or persons, bodies politic or corporate, and the legal administrators

1) R. Thomson, A treatise on the law of bills of exchange, promissory-notes, bank notes, bankers' notes, and checks on bankers, in Scotland. Edinburgh 1825. Pag. 871 — 873.

ein Rechtsmittel auf, welches jemand gegen den Trassanten, Acceptanten oder Indossanten eines solchen Wechsels haben mag.

IX. Und wird ferner durch vorbesagte Autorität verordnet, daſs diese Acte für den Zeitraum von drey Jahren, von dem ersten Tage des May an, und danach bis zu dem Ende der nächsten Parlamentssitzung, und nicht länger, in Kraft bleiben und seyn soll.[1])

5. Geo. III. K. 49. §. 4, 5 und 6.

Summarisches Verfahren auf Bank-Noten und Bankiers-Noten betreffend.

(Schottl.)

Vierter Abschnitt. Und um die Bezahlung aller in diesem Theile des vereinigten Königreichs dermalen oder künftig als baares Geld circulirenden Noten, acceptirten Tratten, Post-Tratten, Billets, Zeichen oder andrer schriftlicher Verpflichtungen zu Zahlung von Geld, von der Art einer Bank- oder Bankiers-Note, wirksamer herbeizuführen, So wird ferner verordnet, durch vorbesagte Autorität, Daſs von und nach Durchgang dieser Acte summarische Execution auf jede solche Note, acceptirte Tratte, Post-Tratte, Billet, Zeichen, oder andre Handschrift auf Antrag des Inhabers derselben ergehen soll, ge-

1) Immerwährende Dauer ist diesem Gesetze beigelegt durch 7. Ann. Cap. 25. S. 3.

of such person or persons liable in payment of the same, not only for the sum or sums therein contained, but also for the interest thereof from the time of demanding payment; and that a protest, taken at the office of the person or persons, bodies politic or corporate, liable in payment of the same, between the hours of nine in the morning and three in the afternoon, for not payment, or for not marking of any such note, accepted bill, post-bill, ticket, token or other writing, shall be registrable in the Courts of Session, or other competent judicaturies, at any time within six months after the date of such protest, that letters of horning, upon a charge of six days, and the other usual execution of the law of Scotland, may paſs thereupon, in the same manner as is competent by the law of Scotland upon protests of bills of exchange and inland bills duly registered.

5. And be it further enacted, by the authority foresaid, That no suspension, or sist of such charge, or other execution, shall paſs but upon a discharge by the holder of the note or notes, accepted bills, post-bills so protested, or upon an offer or tender made to him or her, in the form of an instrument duly signed by a notary-public and two witnesses, of the full contents of such note or no-

gen die Person oder Personen, politische Körper oder Gemeinheit, und die gesetzlichen Administratoren solcher Person oder Personen, die zu Bezahlung derselben verbunden sind, nicht nur für die darin enthaltne Summe oder Summen, sondern auch für die Interessen derselben von der Zeit der Zahlungsfordrung; und daſs ein Protest, welcher auf dem Bureau der Person oder Personen, politischen Körper oder Gemeinheit, die zu Zahlung derselben verbunden sind, innerhalb der Stunden von neun Uhr des Morgens bis drey Uhr des Nachmittags, wegen Nicht-Zahlung oder Nicht-Markirung einer solchen Note, acceptirten Tratte, Post-Tratte, Billet, Zeichen, oder andern Handschrift errichtet ist, registrabel seyn soll in den Gerichten der *Session* oder andern competenten Gerichtsbehörden, zu jeder Zeit innerhalb sechs Monaten nach dem Datum solchen Protestes, so daſs Proclamationsbefehle, auf ein Mandat von sechs Tagen, und die andre gewöhnliche Execution Schottländischen Rechtes darauf ergehen kann, in der nämlichen Weise, wie sie nach dem Rechte von Schottland auf gehörig registrirte Proteste von ausländischen und inländischen Wechseln statthaft ist.

5. Und wird ferner verordnet, durch vorbesagte Autorität, Daſs keine Suspension oder Sistirung solchen Mandats oder andrer Execution erfolgen soll, auſser auf Quittirung von Seiten des Inhabers der so protestirten Noten, acceptirten Tratten, Post-Tratten, oder auf ein, ihm in der Form eines von einem öffentlichen Notar und zwey Zeugen gehörig unterzeichneten Instruments, geschehnes Anerbieten

tes, bill or bills, with the legal interest thereof from the date of protest, and also the expenses of the protest, registration, and such diligence as shall have followed thereupon, to be certified by an account under the hand of the holder of such note or notes, accepted bills, post-bills, or other writings aforesaid, all in lawful money of Great-Britain; saving and reserving always to the person or persons, bodies politic or corporate, who shall make such payment, their action at common law before any competent court for repetition of any overcharge in such account of expenses, and to the person or persons who shall have protested such note or notes, his, her, or their action before any competent court for what farther damage he, she or they may have incurred by the undue delay of payment.

6. And for preventing the unnecessary expense and delay of protesting each note, accepted bill, post-bill, ticket, token or other writing aforesaid separately, Be it enacted, by the authority aforesaid, That the holder of such notes, accepted bills, post-bills, tickets, tokens or other writings, after prefixing to his or her protest the full tenor and contents of any one note, accepted bill, post-bill, ticket, token or other writing aforesaid, issued by the person or persons, bodies politic or corporate, against whom such protest is to be taken, may and shall subjoin thereto the dates and numbers of all other notes or writings aforesaid, of the same te-

des vollen Inhalts solcher Noten oder Tratten, mit gesetzlichen Zinsen vom Datum des Protestes, und auch der Kosten des Protestes, der Registration, und desjenigen summarischen Verfahrens, welches darauf erfolgt seyn wird, — welche durch eine von dem Inhaber solcher Noten, acceptirter Tratten, Post-Tratten, oder andrer vorbesagter Handschriften unterzeichnete Berechnung zu certificirer sind, sämmtlich in gesetzlicher Grofsbritannischer Münze; stets unbenommen und vorbehältlich den Personen, politischen Körpern oder Gemeinheit, welche solche Zahlung leisten werden, ihre Klage nach gemeinem Rechte vor irgend einem competenten Gerichte zu Rückfordrung des zu hohen Ansatzes in solcher Kosten-Berechnung, und den Personen, welche solche Noten protestirt haben werden, ihre Klage vor irgend einem competenten Gerichte hinsichtlich des ferneren Schadens, den sie durch den ungehörigen Zahlungsverzug erlitten haben mögen.

6. Und zu Verhindrung unnöthigen Aufwands und Verzugs besondrer Protestirung jeder Note, acceptirten Tratte, Post-Tratte, Billet, Zeichen oder andrer vorbesagten Handschrift, Wird verordnet, durch vorbesagte Autorität, Dafs der Inhaber solcher Noten, acceptirten Tratten, Post-Tratten, Billets, Zeichen, oder andrer Handschriften, nachdem er seinem Proteste den vollen Wortlaut und Inhalt einer solchen Note, acceptirten Tratte, Post-Tratte, Billet, Zeichen oder andrer vorbemeldten Handschrift vorangesetzt hat, die von den Personen, politischen Körpern oder Gemeinheit, gegen welche solcher Protest errichtet werden soll, ausgegeben sind, da-

nor or contents whereof he or she shall then demand payment; which protest being duly registered as aforesaid, shall be sufficient warrant for issuing letters of horning, and all other execution of the law, for payment of the contents of the whole notes, accepted bills, post-bills, tickets, tokens or other writings aforesaid so specified in the protest, any law, usage or custom to the contrary notwithstanding.

(12. Geo. III. c. 72. §. 36 — 43. [1])

. . . §. 36. That from and after the 15th May 1772 the same diligence and execution shall be competent and shall proceed upon promissory-notes, whether holograph or not, as is provided to pass upon bills of exchange and inland bills, by the laws of Scotland; that promissory-notes shall

1) Glen Pag. 35, 205, 206, 268, 280, 290, 291. Thomson Pag. 673.

nach die Data und Zahlen aller andern vorbesagten Noten oder Handschriften beifügen kann und soll, vom nämlichen Wortlaut oder Inhalt, deren Zahlung er alsdann fordern wird; und dieser Protest, in vorgedachter Weise gehörig registrirt, soll hinreichende Begründung seyn zu Ausgebung von Proclamationsbefehlen und andrer rechtlicher Execution, für Zahlung des Inhalts der sämmtlichen Noten, acceptirten Tratten, Post-Tratten, Billets, Zeichen oder andrer vorbesagten Handschriften, die dermafsen in dem Protest specificirt sind, ohne Berücksichtigung irgend entgegenstehenden Rechtes, Gebrauchs oder Observanz.

12. Geo. III. K. 72. §. 36 — 43. [1])

Mittheilung der Privilegien der Wechsel an die Zahlscheine, — Präscription, — Regressbeobachtungen bei Wechseln und Zahlscheinen, — Summarisches Verfahren auf Wechsel und Zahlscheine.

(Schottl.)

1 . . . §. 36. Dafs von und nach dem 15. May 1772 das nämliche summarische Verfahren und Execution auf Zahlscheine, sie mögen holograph seyn oder nicht, statthaft seyn und ergehen soll, welches nach den Gesetzen von Schottland auf ausländische und inländische Wechsel ergeht; dafs

1) Immerwährende Dauer ist nachfolgenden Gesetzesbestimmungen beigelegt durch 23. Geo. III. Cap. 18. §. 55.

bear interest as bills, and shall paſs by endorsation; and that the endorsers of promissory-notes shall have the same privileges as the endorsers of bills, in all points.

§. 37. That no bill of exchange, or inland bill, or promissory-note, executed after the said 15th day of May 1772, shall be of force, or effectual to produce any diligence or action, in that part of Great Britain called Scotland, unless such diligence shall be raised and executed, or action commenced thereon, within the space of six years from and after the terms at which the sums in the said bills or notes became exigible.

§. 38. That no bill of exchange, or inland bill, or promissory-note, which has been or shall be granted before the said 15th day of May 1772, shall be of force or effectual to produce any diligence or action, unless such diligence has been or shall be raised, or action has or shall be commenced thereon, before the expiration of six years from and after the said 15th day of May 1772.

§. 39. That no notes commonly called bank-notes, or post-bills, issued or to be issued by any bank or banking company, and which contain an obligation of payment to the bearer, and are circulated as money, shall be comprehended under the aforesaid limitation or prescription; and that

Zahlscheine Zinsen tragen sollen, wie Wechsel, und durch Indossirung übergehen sollen; und daſs die Indossanten von Zahlscheinen die nämlichen Privilegien haben sollen, wie die Indossanten von Wechseln, in jedem Anbetracht.

§. 37. Daſs kein ausländischer oder inländischer Wechsel, oder Zahlschein, ausgestellt nach dem besagten 15ten Tage des May 1772, von Kraft oder wirksam seyn soll, summarisches Verfahren oder Klage in dem Schottland benannten Theile von Groſsbritannien zu begründen, falls nicht solches summarisches Verfahren erhoben und geltend gemacht, oder die Klage begonnen seyn wird innerhalb des Zeitraums von sechs Jahren von und nach den Zeitpunkten, wo die in den besagten Wechseln oder Zahlscheinen enthaltnen Summen exigibel wurden.

§. 38. Daſs kein ausländischer oder inländischer Wechsel, oder Zahlschein, welcher vor dem 15ten Tage des May 1772 ausgestellt worden ist oder werden wird, von Kraft oder wirksam seyn soll, summarisches Verfahren oder Klage zu begründen, falls nicht solches summarisches Verfahren erhoben worden ist oder werden wird, oder Klage darauf begonnen ist oder werden wird vor Ablauf von sechs Jahren von und nach dem besagten 15ten Tage des May 1772.

§. 39. Daſs keine gewöhnlich sogenannte Banknoten, oder Post-Tratten, ausgegeben oder künftig auszugeben von einer Bank oder Bank-Compagnie, und welche eine Verpflichtung zur Zahlung an den Inhaber enthalten und als Geld circuliren, unter der vorbesagten Beschränkung oder Präscription be-

it shall and may be lawful and competent, at any time after the expiration of the said six years, in either of the cases before mentioned, to prove the debts contained in the said bills and promissory-notes, and that the same are resting owing, by the oath or writ of the debtor.

§. 40. That the years of the minority of the creditors in such notes or bills shall not be computed in the said six years.

§. 41. That all inland bills and promissory-notes shall be protested in like manner as foreign bills, before the expiration of the three days of grace, otherwise there shall be no recourse against the drawers or indorsers of such inland bills, or against the indorsers of such promissory-notes; and it shall be sufficient to preserve the said recourse, if notice is given of the dishonour within fourteen days after the protest is taken; without prejudice to the notification of foreign bills, to be made within such time as is required by the usage and custom of merchants.

§. 42. That from and after the 15th day of May 1772 summary execution, by horning or other diligence, shall pass upon bills, whether foreign or inland, and whether accepted, or protested for non-acceptance, and upon all promissory-notes duly negotiated, not only against the acceptors of such

griffen seyn sollen, und daſs es gesetzlich und statthaft seyn soll und mag, zu jeder Zeit nach Ablauf der besagten sechs Jahre, in beiden vorbemeldten Fällen, die in den besagten Wechseln und Zahlscheinen enthaltnen Schulden, und daſs dieselben noch rückständig sind, zu erweisen, durch Eid oder Handschrift des Schuldners.

§. 40. Daſs die Jahre der Minderjährigkeit der Gläubiger bei solchen Zahlscheinen oder Wechseln nicht in die besagten sechs Jahre eingerechnet werden sollen.

§. 41. Daſs alle inländische Wechsel und Zahlscheine in gleicher Weise, wie ausländische Wechsel, protestirt werden sollen, vor Ablauf der drei Respittage; ausserdem soll kein Regreſs gegen die Trassanten oder Indossanten solcher inländischer Wechsel, oder gegen die Indossanten solcher Zahlscheine Statt finden; und es soll zu Bewahrung des besagten Regresses hinreichend seyn, wenn Nachricht von der Nicht-Honorirung binnen vierzehn Tagen nach errichtetem Proteste ertheilt wird; ohne daſs hiermit etwas hinsichtlich der Notification ausländischer Wechsel abgeändert werden soll, die binnen derjenigen Zeit geschehen muſs, welche durch Gebrauch und Gewohnheit der Handelsleute erfordert wird.

§. 42. Daſs von und nach dem 15ten Tage des May 1772 summarische Execution durch Proclamirung oder anderes summarisches Verfahren auf Wechsel, sie mögen ausländische oder inländische, acceptirt oder wegen Nicht-Acceptation protestirt seyn, und auf alle gehörig negotiirte Zahl-

bills, or granters of such notes, but also against the drawers of such bills, and the whole indorsers of the said bills and notes, jointly and severally, except where the indorsation is qualified to be without recourse, saving and reserving to the drawers or indorsers their respective claims of recourse against each other, and all defences against the same, according to law.

§. 43. That from and after the said 15[th] day of May 1772 summary execution by horning or other diligence shall be competent to the indorsee of a bill, although the protest is not in the name of the indorsee craving the diligence, and although the bill is not re-conveyed to him by indorsation, if he produces a receipt for the value, by act of honour, or a missive letter from the protesting indorsee, mentioning the dishonour, agreeable to the practice of merchants in returned bills.

scheine ergehen soll, nicht allein gegen die Acceptanten solcher Wechsel oder gegen die Aussteller solcher Zahlscheine, sondern auch gegen die Trassanten solcher Wechsel, und sämmtliche Indossanten der besagten Wechsel und Zahlscheine, gemeinsam und einzeln, ausgenommen wenn dem Indossamente der Vorbehalt beigefügt ist, daſs es ohne Regreſspflicht geschehe; unbenommen und vorbehältlich den Trassanten oder Indossanten ihre respectiven Regreſsansprüche gegen einander, und alle Vertheidigungsmittel dagegen, in Gemäſsheit des Rechts.

§. 43. Daſs von und nach dem besagten 15ten Tage des May 1772 summarische Execution mittelst Proclamirung oder andern summarischen Verfahrens dem Indossatar eines Wechsels zustehen soll, obgleich der Protest nicht auf den Namen des das summarische Verfahren implorirenden Indossatars lautet, und obgleich der Wechsel ihm nicht durch Indossament zurück-übertragen ist; wenn er eine Quittung für den Betrag producirt, durch Honorationsact, oder ein die Nicht-Honorirung anzeigendes Sendschreiben des protestirenden Indossatars, übereinstimmend mit dem Gebrauche der Handelsleute bei ritornirten Wechseln.

17. Geo. III. cap. 30. [1])

An Act for further restraining the negotiation of Promissory Notes, and Inland Bills of Exchange, under a limited Sum, within that Part of Great Britain called England.

Whereas by a certain Act of Parliament, passed in the fifteenth year of the reign of his present Majesty, intituled, „An Act to restrain the negotiation of promissory-notes and inland bills of exchange, under a limited sum, within that part of Great Britain called England," all negotiable promissory or other notes, bills of exchange, or draughts, or undertakings in writing, for any sum of money less than the sum of twenty shillings in the whole, and issued after the twenty-fourth day of June, one thousand seven hundred and seventy-five, were made void, and the publishing or uttering and negotiating of any such notes, bills, draughts, or undertakings, for a less sum than twenty shillings, or on which less than that sum should be due, was, by the said Act, restrained under certain penalties or forfeitures therein mentioned; and all such notes, bills of exchange, draughts, or undertakings

1) T. Cunningham, The law of bills of exchange, promissory notes, bank-notes, and insurances. The sixth edition. London 1778. Pag. 497—502.

17. Geo. III. Cap. 30.

Eine Acte zu weitrer Beschränkung der Negotiation von Zahlscheinen und inländischen Wechseln, unter einer bestimmten Summe, in dem England benannten Theile von Groſsbritannien.

(Engl.)

Nachdem durch eine gewisse in dem fünfzehnten Jahre der Regierung Seiner gegenwärtigen Majestät durchgegangne Parlamentsacte [1]), überschrieben, „Eine Acte zu Beschränkung der Negotiation von Zahlscheinen und inländischen Wechseln, unter einer bestimmten Summe, in dem England benannten Theile von Groſsbritannien", alle negotiabel Zahl- oder andere Scheine, Wechsel, oder Anweisungen, oder schriftliche Verpflichtungen für eine Summe Geldes geringer als die Summe von zwanzig Schilling im Ganzen, und ausgestellt nach dem vier und zwanzigsten Tage des Juny ein tausend sieben hundert und fünf und siebzig, annullirt wurden, und der Verbreitung oder Ausgebung und Negociirung solcher Zahlscheine, Wech-

1) An die Stelle dieser, bey Cunningham Pag. 489 — 496, und auch in von Martens Historischer Entwicklung des Ursprungs des Wechselrechts. Göttingen 1797. S. 246 fgg. und daraus in von Zimmerls Vollständiger Sammlung der Wechselgesetze. Ersten Bandes zweyte Abtheilung. Wien 1809. S. 327 fgg. vorfindlichen Acte 15. Geo. III. c. 51., ist das unten abgedruckte — im hier Wesentlichen damit ganz übereinstimmende — Gesetz von 1808 (48 Geo. III. c. 88.) getreten, wodurch jene frühere Acte aufgehoben ist.

in writing, as had issued before the said twenty-fourth day of June, were made payable upon demand, and were directed to be recovered in such manner as is therein also mentioned: And whereas the said Act hath been attended with very salutary effects, and in case the provisions therein contained were extended to a further sum (but yet without prejudice to the convenience arising to the publik from the negotiation of promissory notes and inland bills of exchange for the remittance of money in discharge of any balance of account or other debt), the good purposes of the said Act would be further advanced; Be it therefore enacted by the King's most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, That all promissory or other notes, bills of exchange, or drafts, or undertakings in writing, being negotiable or transferrable for the payment of twenty shillings or any sum of money above that sum and less than five pounds, or on which twenty shillings or above that sum and less than five pounds shall remain undischarged, and which shall be issued within that part of Great Britain called England, at any time after the first of January, 1778, shall specify the names and places of abode of the persons respectively to whom, or to whose order the same shall be made payable, and shall bear date before or at the time of drawing or issuing thereof, and not on any day subsequent thereto, and shall be made payable within

sel, Anweisungen oder Verpflichtungen für eine geringere Summe als zwanzig Schilling, oder worauf weniger als diese Summe ausstehen sollte, durch die besagte Acte unter gewisse darin bemeldten Strafen oder Verwirkungen eine Schranke gesetzt ward, und alle solche Zahlscheine, Wechsel, Anweisungen, oder schriftliche Verpflichtungen, welche vor dem besagten vier und zwanzigsten Tage des Juny ausgegeben waren, auf Anfordern zahlbar gemacht wurden, und verordnet wurde, daſs sie in der ebenfalls darin bemeldten Weise eingelöst werden sollten: Und nachdem die besagte Acte sehr heilsame Wirkungen hervorgebracht hat, und, falls die darin enthaltnen Verfügungen auf eine höhere Summe ausgedehnt wären (doch ohne Nachtheil der Bequemlichkeit, welche für das Publicum aus der Negotiation von Zahlscheinen, und inländischen Wechseln, bey Remittirung von Geld, zu Zahlung des Saldo bey Abrechnungen oder andrer Schulden, entsteht), die guten Absichten der besagten Acte in höherem Grade befördert werden würden; So wird verordnet, von des Königs Majestät, durch und mit Rath und Beistimmung der Geistlichen und Weltlichen Lords, und der Gemeinen, in diesem gegenwärtigen Parlament versammelt, und durch die Autorität derselben, Daſs alle Zahl- oder andre Scheine, Wechsel, oder Anweisungen, oder schriftliche Verpflichtungen, negotiabel oder übertragbar für die Zahlung von zwanzig Schilling, oder einer höhern Summe und weniger als fünf Pfund, oder worauf zwanzig Schilling, oder ein höherer Betrag, und weniger als fünf Pfund

the space of twenty-one days next after the day of the date thereof; and shall not be transferrable or negotiable after the time thereby limited for payment thereof; and that every indorsement to be made thereon shall be made before the expiration of that time, and bear date at, or not before the time of making thereof; and shall specify the name and place of abode of the person or persons to whom, or to whose order the money contained in every such note, bill, draft, or undertaking is to be paid; and that the signing of every such note, bill, draft, or undertaking, and also of every such indorsement shall be attested by one subscribing witness at the least; and which said notes, bills of exchange, or drafts, or undertakings in writing, may be made or drawn in words to the purport or effect as set out in the schedule hereunto annexed, N° 1 and 2; and that all promissory or other notes, bills of exchange, or drafts, or undertakings in writing, being negotiable or transferrable for the payment of twenty shillings or any sum of money above that sum, and less than five pounds, or in which twenty shillings or above that sum and less than five pounds shall remain undischarged, and which shall be issued within that part of Great Britain called England, at any time after the said 1st day of January, 1778, in any other manner than as aforesaid; and also every indorsement on any such note, bill, draft, or undertaking, to be negotiated under this Act, other than as aforesaid, shall, and the same are hereby declared to be absolutely void; any

annoch rückständig seyn werden, und welche in dem England benannten Theile von Groſsbritannien zu irgend einer Zeit nach dem ersten Januar 1778. ausgegeben seyn werden, die Namen und Wohnplätze der Personen angeben sollen, an welche oder deren Ordre dieselben zahlbar gemacht seyn werden, und vor oder zu der Zeit ihrer Ziehung oder Ausgebung datirt seyn sollen, und nicht von einem späteren Tage, und innerhalb des Zeitraums von ein und zwanzig Tagen nach dem Tage, wovon sie datirt sind, zahlbar gemacht seyn sollen, und nach der anmit zu deren Zahlung festgesetzten Zeit nicht übertragbar oder negotiabel seyn sollen, und daſs jedes Indossament derselben vor Ablauf jener Zeit geschehen, und datirt seyn soll von, oder nicht vor der Zeit wo es geschah; und den Namen und Wohnplatz der Person oder Personen angeben soll, an welche oder deren Ordre der in einem solchen Scheine, Wechsel, Anweisung, oder Verpflichtung enthaltne Betrag gezahlt werden soll; und daſs die Unterschrift jedes solchen Scheines, Wechsels, Anweisung, oder Verpflichtung, und auch jedes solchen Indossaments wenigstens von einem unterschreibenden Zeugen bezeugt seyn soll; und können besagte Scheine, Wechsel, oder Anweisungen, oder schriftliche Verpflichtungen ausgestellt oder gezogen werden in Worten des Inhalts oder der Bedeutung, wie in der hierunten beygefügten Schedul, N° 1 und 2., beispielsweise geschehen. Und daſs alle Zahl- oder andre Scheine, Wechsel, oder Anweisungen, oder schriftliche Verpflichtungen, negotiabel oder übertragbar für die Summe von zwanzig Schilling, oder

law, statute, usage, or custom to the contrary thereof in any wise notwithstanding.

II. And be it further enacted by the authority aforesaid, That the publishing, uttering, or negotiating, within that part of Great-Britain called England, of any promissory or other note, bill of exchange, draught, or undertaking in writing, being negotiable or transferrable for twenty shillings or above that sum and less than five pounds, or on which twenty shillings or above that sum and less than five pounds shall remain undischarged, and issued or made in any other manner than notes, bills, draughts, or undertakings, hereby permitted to be published or negotiated as aforesaid; and also the negotiating of any of such last mentioned notes, bills, draughts, or undertakings, after the time appointed for payment thereof, or before that time in any other manner than as aforesaid, by any act, contrivance, or means whatsoever, from and after the said first day

einen höheren Betrag, und weniger als fünf Pfund, oder in welchen zwanzig Schilling, oder ein höherer Betrag, und weniger als fünf Pfund, rückständig seyn werden, und welche in dem England benannten Theile von Groſsbritannien zu irgend einer Zeit nach dem besagten 1ten Tage des Januar 1778. in andrer Weise, als vorbesagt, ausgegeben seyn werden, und auch jedes Indossament auf einem solchen nach dieser Acte zu negotiirenden Scheine, Wechsel, Anweisung, oder Verpflichtung, welches von vorstehender Vorschrift abweicht, gänzlich nichtig seyn sollen und anmit dafür erklärt werden; ohne Berücksichtigung irgend entgegenstehenden Gesetzes, Statuts, Gebrauchs oder Gewohnheit.

II. Und wird ferner verordnet durch vorbesagte Autorität, Daſs, in dem England benannten Theile von Groſsbritannien, die Verbreitung, Ausgebung oder Negotiirung von Zahl- oder andern Scheinen, Wechseln, Anweisungen, oder schriftlichen Verpflichtungen, welche negotiabel oder übertragbar sind für zwanzig Schilling oder einen höhern Betrag und weniger als fünf Pfund, oder worauf zwanzig Schilling oder ein höherer Betrag und weniger als fünf Pfund rückständig seyn werden, und welche in andrer Weise ausgestellt oder verfertigt sind, als die Zahlscheine, Wechsel, Anweisungen oder Verpflichtungen, deren Verbreitung oder Negotiation wie vorbesagt andurch gestattet ist, und gleichfalls die Negotiirung letztbemeldter Zahlscheine, Wechsel, Anweisungen, oder Verpflichtungen nach der zu Bezahlung derselben bestimmten Zeit, oder vor dieser Zeit auf andre als die vorbesagte Weise,

of January 1778, shall be, and the same is hereby declared to be, prohibited or restrained, under the like penalties or forfeitures, and to be, recovered and applied in like manner as by the said act is directed, with respect to the uttering or publishing or negotiating of notes, bills of exchange, draughts, or undertakings in writing, for any sum of money not less than the sum of twenty shillings, or on which less than that sum should be due.

III. And be it further enacted by the authority aforesaid, That, from and immediately after the passing of this Act, all promissory or other notes, bills of exchange, draughts, or undertakings in writing, for the payment of any greater sum of money than twenty shillings, and less than the sum of five pounds, or on which twenty shillings, and less than the sum of five pounds shall remain undischarged, and being negotiable or transferrable, as shall be issued before the said first day of January, one thousand feven hundred and seventy-eight, shall be, and the same are hereby declared and adjudged payable, within that part of Great Britain called England, on demand, any terms, restrictions, or conditions therein contained to the contrary thereof notwithstanding; and shall be recoverable in such manner, or by the like means as is or are directed in or by the said Act with respect to notes, bills of ex-

durch irgend Handlung, Erfindung, oder Mittel, welcherley Art diese seyen, von und nach dem besagten ersten Tage des Januar ein tausend sieben hundert und acht und siebzig, verboten oder beschränkt seyn sollen und anmit dafür erklärt werden, unter denselben Strafen oder Verwirkungen, und diese in derselben Weise eingetrieben und angewandt werden sollen, wie durch die besagte Acte verordnet ist, hinsichtlich der Ausgebung oder Verbreitung oder Negotiirung von Zahlscheinen, Wechseln, Anweisungen, oder schriftlichen Verpflichtungen für eine Summe Geldes, nicht unter zwanzig Schilling, oder worauf weniger als diese Summe ausstehen sollte.

III. Und wird ferner verordnet, durch vorbesagte Autorität, Dafs, von und unmittelbar nach Durchgang dieser Acte, alle Zahl- oder andere Scheine, Wechsel, Anweisungen, oder schriftliche Verpflichtungen, für die Zahlung einer gröfsern Summe Geldes als zwanzig Schilling und weniger als die Summe von fünf Pfund, oder worauf zwanzig Schilling, und weniger als die Summe von fünf Pfund, rückständig seyn werden, und welche negotiabel oder übertragbar sind, — sofern sie vor dem ersten Tag des Januar ein tausend sieben hundert und acht und siebzig ausgegeben sind, — in dem England benannten Theile von Grofsbritannien, auf Anfordern zahlbar seyn sollen und anmit dafür erklärt und erkannt werden, ohne Berücksichtigung irgend darin enthaltner entgegenstehender Bestimmungen, Beschränkungen oder Bedingungen, und dafs die Bezahlung derselben in derjenigen Weise

change, or draughts, or undertakings in writing, therein mentioned to have issued previous to the said twenty-fourth day of June, one thousand seven hundred and seventy-five; and that all and every other the powers, provisoes, limitations, restrictions, penalties, clauses, matters and things whatsoever, in the said former Act contained with respect thereto, and also with respect to all such notes, bills of exchange, draughts, or undertakings in writing, issued after the said twenty fourth day of June, one thousand seven hundred and seventy-five, shall be, and the same are hereby declared to be in force, within that part of Great Britain called England, as to all notes, bills of exchange, or draughts, or undertakings in writing, for twenty shillings or any greater sum and less than the sum of five pounds, or on which twenty shillings or above that sum and less than five pounds shall remain undischarged, issued after the said first day of January, one thousand seven hundred and seventy-eight, and previous thereto respectively, and in like manner as if the same respectively had been the object of the said Act at the time of making thereof, save so far as the same or any of them are altered or varied by this present Act.

und durch dieselben Mittel soll eingetrieben werden können, welche in oder durch die besagte Acte bestimmt sind in Bezug auf die darin erwähnten vor dem besagten vier und zwanzigsten Tage des Juny ein tausend sieben hundert und fünf und siebzig ausgestellten Zahlscheine, Wechsel, oder Anweisungen, oder schriftlichen Verpflichtungen; und daſs alle und jede andre Ermächtigungen, Cautelen, Beschränkungen, Restrictionen, Strafen, Clauseln, und andere Verfügungen, welche in der besagten frühern Acte in Bezug darauf und gleichfalls in Bezug auf alle solche nach dem besagten vier und zwanzigsten Tage des Juny ein tausend sieben hundert und fünf und siebzig ausgestellte Zahlscheine, Wechsel, Anweisungen oder schriftliche Verpflichtungen enthalten sind, in Kraft seyn sollen und anmit dafür erklärt werden, in dem England benannten Theile von Groſsbritannien, hinsichtlich aller Zahlscheine, Wechsel, oder Anweisungen, oder schriftlichen Verpflichtungen für zwanzig Schilling oder eine gröſsere Summe und weniger als fünf Pfund, oder worauf zwanzig Schilling oder ein höherer Betrag und weniger als fünf Pfund rückständig seyn werden, und welche nach dem besagten ersten Tage des Januar ein tausend sieben hundert und acht und siebzig und respective hiebevor ausgestellt sind, in gleicher Weise als wenn dieselben respective der Gegenstand der besagten Acte zur Zeit deren Errichtung gewesen wären, ausgenommen sofern sie oder ein Theil derselben durch diese gegenwärtige Acte abgeändert sind.

IV. And be it further enacted by the authority aforesaid, That the said former, and also this present Act shall continue in force, not only for the residue of the term of five years in the said former Act mentioned, and from thence to the end of the then next session of Parliament, but also for the further term of five years, and from thence to the end of the then next session of Parliament.

IV. Und wird ferner verordnet, durch vorbesagte Autorität, Dafs die erwähnte frühere und auch diese gegenwärtige Acte nicht nur den übrigen Theil des in jener frühern Acte bemeldten Zeitraums von fünf Jahren und von da an bis zu dem Ende der alsdann nächstfolgenden Parlamentssitzung in Kraft bleiben sollen, sondern auch für den weitern Zeitraum von fünf Jahren, und von da an bis zu dem Ende der alsdann nächstfolgenden Parlamentssitzung. [1])

1) Immerwährende Dauer ist den Verfügungen dieser Acte beigelegt durch 27. Geo III. Cap. 16.

SCHEDULE.

No. I.

(place) (day) (month) (year)

Twenty-one days after date, I promise to pay to *A. B.* of (place) or his order, the sum of for value received by

Witness *E. F.* *C. D.*

And the indorsement, toties quoties.

(day) (month) (year)

Pay the contents to *G. H.* of (place) or his order.

Witness *J. K.* *A. B.*

No. II.

(place) (day) (month) (year)

Twenty-one days after date, pay to *A. B.* of (place) or his order, the sum of value received, as advised by

To *E. F.* of (place)

Witness *G. H.* *C. D.*

And the indorsement, toties quoties.

(day) (month) (year)

Pay the contents to *J. K.* of (place) or his order.

Witness *L. M.* *A. B.*

SCHEDUL.

Nro. I.

(Platz) (Tag) (Monat) (Jahr)

Ein und zwanzig Tage nach Dato, verspreche ich an *A. B.* von (Platz) oder seine Ordre die Summe von zu zahlen, Werth empfangen, durch

Zeuge *E. F.* *C. D.*

Und das Indossament, toties quoties.

(Tag) (Monat) (Jahr)

Zahlen Sie den Inhalt an *G. H.* von (Platz) oder seine Ordre.

Zeuge *J. K.* *A. B.*

Nro. II.

(Platz) (Tag) (Monat) (Jahr)

Ein und zwanzig Tage nach Dato, zahlen Sie an *A. B.* von (Platz) oder seine Ordre, die Summe von Werth empfangen, nach Aviso von

An *E. F.* von (Platz)

Zeuge *G. H.* *C. D.*

Und das Indossament, toties quoties.

(Tag) (Monat) (Jahr)

Zahlen Sie den Inhalt an *J. K.* von (Platz) oder seine Ordre.

Zeuge *L. M.* *A B.*

37. Geo. III. c. 28. [1])

. That all promissory notes, and other notes for payment of money, which since the 2[d] day of March, one thousand seven hundred and ninety-seven, have been, or which hereafter shall be issued by the governor and company of the bank of England, payable to bearer, notwithstanding the same shall have been, or shall be made and issued for the payment of any sum of money under the sum of five pounds, shall be good and valid in the law, to all intents and purposes, in like manner as if the same had been made and issued for the sum of five pounds or upwards; and no person concerned or who has acted, or who shall or may be concerned or act in, the making, uttering, publishing, or negotiating such notes, shall be subject or liable to any penalty or forfeiture whatsoever in respect thereof.

37. Geo. III. c. 32. [2])

. Whereas it is expedient that the said acts (15[th] and 17[th] Geo. III) should be suspended

1) Chitty Pag. 536. 537.
2) Chitty Pag. 537, 538.

37. Geo. III. c. 28.

Ausnahme von* 15. *Geo. III. cap.* 51. *und* 17. *Geo. III. cap.* 30. *(oben S.* 209.*)

(Engl.)

. Dafs alle Zahlscheine und andre Scheine für Zahlung von Geld, welche seit dem 2ten März 1797 von dem Gouverneur und der Compagnie der Bank von England zahlbar an den Inhaber ausgestellt worden sind oder künftig werden ausgestellt werden, ohngeachtet dieselben für Zahlung einer Geldsumme unter fünf Pfund ausgestellt und ausgegeben sind oder seyn werden, gültig und in Rechten wirksam seyn sollen, in allem und jedem Anbetracht, in gleicher Weise, als wenn dieselben für die Summe von fünf Pfund oder einen höhern Betrag ausgestellt und ausgegeben wären; und Niemand soll wegen Ausstellung, Ausgebung, Verbreitung oder Negotiirung solcher Scheine, oder wegen Theilnahme daran, irgend einer Strafe oder Verwirkung unterworfen seyn.

37. Geo. III. C. 32. [1])

Ausnahme von* 15. *Geo. III. cap.* 51. *und* 17. *Geo. III. cap.* 30. *(oben S.* 209.*)

(Engl.)

. Nachdem zweckmäfsig ist, dafs die besagten Acten (15 und 17 Geo. 3.), so weit diesel-

1) Diese Acte wurde durch spätre Parlamentsacten continuirt, und zuletzt durch 56. Geo. 3. c. 21. bis auf zwei Jahre nach Ablauf

for a certain time, so far as the same may relate to any notes, drafts, or undertakings made payable on demand; Be it therefore enacted, that the said acts, so far as the same relate to the making void of promissory notes, or drafts, or undertakings in writing, payable on demand to the bearer thereof, for any sum of money less than the sum of five pounds in the whole; and also to restrain the publishing or uttering and negotiating of any such notes, drafts or undertakings as aforesaid, shall, after the second day of March, one thousand seven hundred and ninety-seven, be, and the same are hereby declared to be, to all intents and purposes, suspended until the first day of May next.

Sect. 3. And be it further enacted, That if any person liable to the payment of any such notes, drafts, or undertakings in writing, as may be issued in pursuance of this act, shall neglect or fail to make full payment in money of the sum or sums for which such notes, drafts, or undertakings in writing, shall be respectively given or issued, or so much thereof as shall be or remain due thereon respectively, by the space of three days after demand thereof, made by the holder or holders of such notes, drafts, or undertakings in writing, it shall and may be lawful for any one or more of His Majesty's justices of the peace for the county, riding, city, division or place, where the person or persons respectively refusing so to pay any of such notes, drafts, or undertakings in writing as last aforesaid, shall or may happen to be or reside, and such justice or justices is or are hereby

ben auf Anfordern zahlbare Zahlscheine, Anweisungen oder Verpflichtungen betreffen, für eine gewisse Zeit suspendirt werden. So wird verordnet, daſs diese Acten, so weit sie die Annullirung von Zahlscheinen, oder Anweisungen, oder schriftlichen Verpflichtungen betreffen, die auf Anfordern an den Inhaber zahlbar sind, und weniger als fünf Pfund im Ganzen betragen, und so weit sie die Verbreitung oder Ausgebung und Negotiirung vorbesagter Zahlscheine, Anweisungen, oder Verpflichtungen beschränken, nach dem 2ten März 1797 in allem und jedem Anbetracht bis zu dem ersten Tage des nächsten May suspendirt seyn sollen und andurch dafür erklärt werden.

Dritter Abschnitt. Und wird ferner verordnet, Daſs, wenn jemand, der zur Zahlung solcher in Gemäſsheit dieser Acte ausgegebnen Scheine, Anweisungen, oder schriftlichen Zahlungsversprechen schuldig ist, vernachläſsigen oder unterlassen wird, volle Zahlung der Summe oder Summen zu leisten, wofür solche Scheine, Anweisungen oder schriftliche Zahlungsversprechen respective ausgegeben seyn werden, oder desjenigen Betrags, welcher darauf respective verschuldet seyn oder bleiben wird, in dem Zeitraum von drey Tagen[1]) nach von dem Inhaber oder den Inhabern solcher Scheine, Anweisungen, oder schriftlichen Zahlungsversprechen geschehner Anfordrung, einem oder mehreren Friedensrichtern Seiner Majestät, die für die Grafschaft, District,

der Restrictionen hinsichtlich Zahlungen in baarem Geld durch die Bank von England. Chitty S. 537.

1) Sieben Tage — nach 37. Geo. III. c. 61. S. 2.

required, upon complaint made by the holder or holders thereof, to summon the person or persons against whom such complaint shall be made, and after his, her, or their appearance, or in default thereof, upon due proof upon oath (and which oath such justice or justices is or are hereby empowered to administer) of such summons or warning having been given, such justice or justices shall proceed to hear and determine the said complaint, and award such sum to be paid by the person or persons respectively liable to the payment of every such note, draft, or undertaking in writing, to the holder or holders thereof, as shall appear to such justice or justices to be due thereon, together with such a sum for costs, not exceeding the sum of twenty shillings, as to such justice or justices shall seem meet; and if any person or persons shall refuse or neglect to pay or satisfy such sum of money, as upon such complaint as aforesaid shall be adjudged, upon the same being demanded, such justice or justices shall, by warrant under his or their hand and seal, or hands and seals, cause the same to be levied by distress and sale of the goods of the party so neglecting or refusing as aforesaid, together with all costs and charges attending such distress and sale, returning the overplus, (if any) to the owner.

Stadt, Abtheilung, oder Platz angestellt sind, wo die Person oder Personen, welche respective verweigern solche Scheine, Anweisungen, oder schriftliche Zahlungsversprechen, wie vorbesagt, zu bezahlen, seyn oder sich aufhalten werden, gestattet seyn soll, und diese Friedensrichter anmit dazu requirirt werden, auf Klage des oder der Inhaber derselben die Person oder Personen, gegen welche solche Klage angebracht werden wird, vorzuladen, und nach deren Erscheinen, oder, in Unterbleibung desselben, auf gehörigen Beweis der geschehnen Vorladung oder Benachrichtigung, mittelst Eides (und zu Abname dieses Eides werden die Friedensrichter anmit ermächtigt), sollen diese Friedensrichter vorschreiten, die Klage anzuhören und darüber zu entscheiden, und die Zahlung derjenigen Summe, von Seiten der Person oder Personen, welche zur Bezahlung solchen Scheins, Anweisung oder schriftlichen Zahlungsversprechens respective verpflichtet sind, an deren Inhaber, aufzulegen, welche den Friedensrichtern darauf auständig scheinen wird, zugleich mit einer Summe für entstandne Kosten, die jedoch den Betrag von zwanzig Schilling nicht übersteigen soll, je nachdem die Friedensrichter geeignet erachten werden; und wenn jemand die Geldsumme, deren Zahlung ihm auf solche Klage, wie vorbesagt, auferlegt ist, zu zahlen oder zu entrichten verweigern oder vernachläſsigen wird, nachdem dieselbe an ihn begehrt worden ist, sollen die Friedensrichter, mittelst von ihnen unterfertigten und besiegelten Verhaftbefehls dieselbe durch Pfändung und Verkauf der Güter der die Zahlung, wie vor-

48. Geo. III. c. 88. [1])

An Act to restrain the Negotiation of Promissory Notes and Inland Bills of Exchange, under a limited Sum in England.

Whereas various notes, bills of exchange, and drafts for money for very small sums have for some time past been circulated or negociated in lieu of cash, within that part of Great Britain called England, to the great prejudice of trade and public credit, and many of such bills and drafts being payable under certain terms and restrictions which the poorer sort of manufacturers, artificers, labourers, and others cannot comply with, otherwise than by being subject to great extortion and abuse: And whereas an act, passed in the fifteenth year of the reign of His present Majesty, intituled, „An „Act to restrain the Negotiation of Promissory No„tes and Inland Bills of Exchange, under a limi-

1) Chitty Pag. 529 — 535.

besagt, vernachläſsigenden oder verweigernden Person erheben lassen, zugleich mit allen durch solche Pfändung und Verkauf veranlaſsten Kosten und Gebühren, den (etwaigen) Ueberschuſs dem Eigenthümer zurückgebend.

48. Geo. III. cap. 88.

Eine Acte zu Beschränkung der Negotiation von Zahlscheinen und inländischen Wechseln unter einer bestimmten Summe in England.

(Engl.)

Nachdem seit einiger Zeit in dem England benannten Theile von Groſsbritannien verschiedne Zahlscheine, Wechsel und Anweisungen für sehr geringe Summen, zu groſsem Nachtheil des Handels und öffentlichen Credits, an Statt baaren Geldes in Umlauf gesetzt oder negotiirt worden sind, und viele solche Wechsel und Anweisungen unter gewissen Bestimmungen und Beschränkungen zahlbar sind, welche der ärmere Theil der Fabricanten, Handwerker, Taglöhner, und Andrer nicht erfüllen kann, ohne groſser Erpressung und Miſsbrauch ausgesetzt zu seyn: Und nachdem eine Acte in dem funfzehnten Jahre der Regierung Seiner gegenwärtigen Majestät durchgegangen ist, überschrieben, „Eine Acte zu Beschränkung der Negotiation von Zahlscheinen und inländischen Wechseln, unter einer

„ted Sum, within that part of Great Britain called „England, for preventing the circulating such no- „tes and drafts": And whereas doubts have arisen as to the power of justices of the peace to hear and determine offences under the said act; and it is therefore expedient that more effectual provisions should be made for enforcing the provisions of the said act; Be it therefore enacted by the King's Most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, That from and after the passing of this act, the said recited act shall be and the same is hereby repealed.

II. And be it further enacted, That all promissory or other notes, bills of exchange or drafts, or undertakings in writing, being negotiable or transferrable for the payment of any sum or sums of money, or any orders, notes or undertakings in writing, being negotiable or transferrable for the delivery of any goods, specifying their value in money, less than the sum of twenty shillings in the whole, heretofore made or issued, or which shall hereafter be made or issued, shall, from and after the first day of October, one thousand eight hundred and eight, be and the same are hereby declared to be absolutely void and of no effect; any law, statute, usage or custom, to the contrary thereof in anywise notwithstanding.

bestimmten Summe, in dem England benannten Theile von Groſsbritannien, zu Verhindrung des Umlaufs solcher Zahlscheine und Anweisungen:“ Und nachdem Zweifel entstanden sind hinsichtlich der Befugniſs der Friedensrichter, Uebertretungen der besagten Acte zu untersuchen und darüber zu entscheiden; und es daher zweckmäſsig ist, wirksamere Anordnungen zu Ausführung der Verfügungen der besagten Acte zu erlassen; So wird verordnet von des Königs Majestät, durch und mit Rath und Beistimmung der Geistlichen und Weltlichen Lords und der Gemeinen, in diesem gegenwärtigen Parlament versammelt, und durch die Autorität derselben, Daſs von und nach Durchgang dieser Acte die besagte angeführte Acte aufgehoben seyn soll, und anmit aufgehoben ist.

II. Und wird ferner verordnet, Daſs alle Zahl oder andre Scheine, Wechsel oder Anweisungen, oder schriftliche Zahlungsversprechen, negotiabel oder übertragbar für die Zahlung einer Summe Geldes, oder irgend Ordres, Scheine, oder schriftliche Zahlungsversprechen, negotiabel oder übertragbar für die Abliefrung von Gütern, deren Werth in Geld angebend, geringer als die Summe von zwanzig Schilling im Ganzen, hiebevor ausgestellt oder ausgegeben, oder welche künftig werden ausgestellt oder ausgegeben werden, von und nach dem ersten Tag des October ein tausend acht hundert und acht gänzlich nichtig und ohne Kraft seyn sollen und anmit dafür erklärt werden; ohne Berücksichtigung dessen, was Gesetz, Statut, Gebrauch oder Gewohnheit hiegegen enthalten mögen.

III. And be it further enacted, That if any person or persons shall, after the first day of July, one thousand eight hundred and eight, by any art, device, or means whatsoever, publish or utter any such notes, bills, drafts, or engagements as aforesaid, for a less sum than twenty shillings, or on which less than the sum of twenty shillings shall be due, and which shall be in anywise negotiable or transferrable, or shall negotiate or transfer the same, every such person shall forfeit and pay, for every such offence, any sum not exceeding twenty pounds, nor less than five pounds, at the discretion of the justice of the peace who shall hear and determine such offence.

IV. And be it further enacted, That it shall be lawful for any justice or justices of the peace, acting for the county, riding, city, or place within which any offence against this act shall be committed, to hear and determine the same in a summary way, at any time within twenty days after such offence shall have been committed; and such justice or justices, upon any information exhibited or complaint made upon oath in that behalf, shall summon the party accused, and also the witnesses on either side, and shall examine into the matter of fact, and upon due proof made thereof, either by the voluntary confession of the party or by the oath of one or more credible witness or witnesses, or otherwise, (which oath such justice or justices is or are hereby authorized to administer,) shall convict the offender, and adjudge the penalty for such offence.

III. Und wird ferner verordnet, Dafs, wenn jemand, nach dem ersten Tag des July ein tausend acht hundert und acht, durch irgend Kunst, Anschlag oder Mittel solche Scheine, Wechsel, Anweisungen oder Verpflichtungen, wie vorbesagt, verbreiten oder ausgeben wird, für eine geringre Summe als zwanzig Schilling, oder worauf weniger als die Summe von zwanzig Schilling ausstehen wird, und welche in irgend einer Weise negotiabel oder übertragbar seyn werden, — oder wenn jemand dergleichen negotiiren oder übertragen wird, derselbe für jede solche Uebertretung verwirken und zahlen soll eine Summe, nicht über zwanzig Pfund, und nicht weniger als fünf Pfund, nach Beurtheilung des Friedensrichters, welcher diese Uebertretung untersuchen und darüber entscheiden wird. [1])

1) Den folgenden Verfügungen dieser Acte hat man, da dieselben das von den Friedensrichtern, bey Contraventionen, einzuhaltende Verfahren betreffen, eine Uebersetzung beizugeben nicht für nöthig erachtet.

V. And be it further enacted, That if any person shall be summoned as a witness to give evidence before such justice or justices, either on the part of the prosecutor or the person accused, and shall neglect or refuse to appear at the time or place to be for that purpose appointed, without a reasonable excuse for such his neglect or refusal, to be allowed by such justice or justices, then such person shall forfeit for every such offence, the sum of forty shillings, to be levied and paid in such manner and by such means as are directed for recovery of other penalties under this act.

VI. And be it further enacted, That the justice or justices before whom any offender shall be convicted as aforesaid, shall cause the said conviction to be made out, in the manner and form following: (that is say,)

„Be it remembered, That on the day of
„in the year of our Lord
„A. B. having appeared before me (or, us) one
„(or more) of His Majesty's justices of the
„peace (as the case may be) for the county,
„riding, city, or place, (as the case may be)
„and due proof having been made upon oath
„by one or more credible witness or witnesses,
„or by confession of the party (as the case
„may be) is convicted of
„(specifying the offence). Given under my hand
„and seal, (or, our hands and seals) the day
„and year aforesaid."

Which conviction the said justice or justices shall cause to be returned to the then next general

quarter sessions of the peace of the county, riding, city, or place where such conviction was made, to be filed by the clerk of the peace, to remain and be kept among the records of such county, riding, city, or place.

VII. Provided always, and be it further enacted, That it shall be lawful for any clerk of the peace for any county, riding, city, or place, and he is hereby required, upon application made to him by any person or persons for that purpose, to cause a copy or copies of any conviction or convictions filed by him under the directions of this act, to be forthwith delivered to such person or persons upon payment of one shilling for every such copy.

VIII. And be it further enacted, That the pecuniary penalties and forfeitures hereby incurred and made payable upon any conviction against this act, shall be forthwith paid by the person convicted as follows: one moiety of the forfeiture to the informer, and the other moiety to the poor of the parish or place where the offence shall be committed; and in case such person shall refuse or neglect to pay the same, or to give sufficient security to the satisfaction of such justice or justices to prosecute any appeal against such conviction, such justice or justices shall, by warrant under his or their hand and seal, or hands and seals, cause the same to be levied by distress and sale of the offender 's goods and chattels, together with all costs and charges attending such distress and sale, returning the overplus (if any) to the ow-

ner; and which said warrant of distress the said justice or justices shall cause to be made out in the manner and form following: (that is to say,)

„ To the Constable, Headborough, or Tithingman of

„ Whereas A. B. of in the county „ of is this day convicted before me „ (or, us) one (or more) of His Majesty's jus- „tices of the peace (as the case may be) for „ the county of (or, for the „ Riding of the county of York,) or for the „ town, liberty, or district of (as the „ case may be) upon the oath of or „ a credible witness or witnesses (or, „ by confession of the party, as the case may „ be) for that the said A. B. hath (here set „ forth the offence) contrary to the statute in „ that case made and provided, by reason whe- „ reof the said A. B. hath forfeited the sum „ of to be distributed as here- „ in is mentioned, which he hath refused to „ pay: These are therefore, in his Majesty's „ name, to command you to levy the said sum „ of by distress of the goods and „ chattels of him the said A. B. and if within „ the space of five days next after such dis- „ tress by you taken, the said sum, together „ with the reasonable charges of taking the sa- „ me, shall not be paid, then that you do sell „ the said goods and chattels so by you dis- „ trained, and out of the money arising by „ such sale, that you do pay one half of the „ said sum of to of

„ who informed me (or, us, as „the case shall be) of the said offence, and „the other half of the said sum of „to the overseer of the poor of the parish, „township, or place where the offence was „committed, to be employed for the benefit „of such poor, returning the overplus, (if any) „upon demand, to the said A. B. the reaso- „nable charges of taking, keeping, and selling „the said distress being first deducted; and if „sufficient distress cannot be found of the „goods and chattels of the said A. B. whereon „to levy the said sum of that „then you certify the same to me, (or, us, „as the case shall be) together with this war- „rant. Given under my hand and seal, (or, „our hands and seals) the „day of in the year „of our Lord.

IX. And be it further enacted, That it shall be lawful for such justice or justices to order such offender to be detained in safe custody until return may conveniently be had and made to such warrant of distress, unless the party so convicted shall give sufficient security, to the satisfaction of such justice or justices, for his appearance before the said justice or justices, on such day as shall be appointed by the said justice or justices for the day of the return of the said warrant or distress (such day not exceeding five days from the taking of such security); which security the said justice

or justices is and are hereby empowered to take by way of recognizance or otherwise.

X. And be it further enacted, That if upon such return no sufficient distress can be had, then and in such case the said justice or justices shall and may commit such offender to the common gaol or house of correction of the county, riding, division, or place where the offence shall be committed, for the space of three calendar months, unless the money forfeited shall be sooner paid, or unless or until such offender thinking himself or herself aggrieved by such conviction, shall give notice to the informer that he or she intends to appeal to the justices of the peace at the next general quarter sessions of the peace to be holden for the county, riding, or place wherein the offence shall be committed, and shall enter into recognizance before some justice or justices, with two sufficient sureties conditioned to try such appeal, and to abide the order of and pay such costs as shall be awarded by the justices at such quarter sessions (which notice of appeal, being not less than eight days before the trial thereof, such person so aggrieved is hereby empowered to give): and the said justices at such sessions, upon due proof of such notice being given as aforesaid, and of the entering into such recognizance, shall hear and finally determine the causes and matters of such appeal in a summary way, and award such costs to the parties appealing or appealed against as they the said justices shall think proper; and the determination of such quar-

ter sessions shall be final, binding, and conclusive, to all intents and purposes.

XI. And be it further enacted, That no person shall be disabled from being a witness in any prosecution for any offence against this act, by reason of his being an inhabitant of the parish wherein such offence was committed.

XII. Provided always, That no proceedings to be had, touching the conviction or convictions of any offender or offenders against this act, shall be quashed for want of form, or be removed by writ of certiorari or any other writ or process whatsoever, into any of His Majesty's courts of record at Westminster.

XIII. And be it further enacted, That if any action or suit shall be commenced against any person or persons for any thing done or acted in pursuance of this act, then and in every such case such action or suit shall be commenced or prosecuted within three calendar months after the fact committed, and not afterwards; and the same and every such action or suit shall be brought within the county where the fact was committed, and not elsewhere; and the defendant or defendants in every such action or suit shall and may plead the general issue, and give this act and the special matter in evidence et any trial to be had thereupon, and that the same was done in pursuance and by the authority of this act; and if the same shall appear to have been so done, or if any action or suit shall be brought after the time limited for bringing the same, or be brought or laid in any other place than

as aforementioned, then the jury shall find for the defendant or defendants: or if the plaintiff or plaintiffs shall become nonsuit, or discontinue his, her, or their action after the defendant or defendants shall have appeared, or if upon demurrer judgment shall be given against the plaintiff or plaintiffs, the defendant or defendants shall and may recover treble costs, and have the like remedy for the recovery thereof as any defendant or defendants hath or have in any other cases by law.

55. Geo. III. C. 184. 1)

And Act for repealing the Stamp Duties on Deeds, Law Proceedings, and other written or printed Instruments, and the Duties on Fire Insurances, and on Legacies and Successions to personal Estate upon Intestacies, now payable in Great Britain; and for granting other Duties in lieu thereof.

N. B. The new duties to commence and take place from and after the 31st August, 1815.

Section X. And be it further enacted, That, from and after the passing of this act, all instru-

1) Chitty Pag. 538 — 554. — Eine Uebersetzung dieser weitläuftigen Verfügungen der Stempelacte, Wechsel, Zahlscheine u. dgl. betr., würde zu viel Raum erfordert haben. Man findet in den nachfolgenden Bemerkungen über das Grofsbritannische Wechselrecht daraus die nöthigen Nachweisungen.

ments for or upon which any stamp or stamps shall have been used of an improper denomination or rate of duty, but of equal or greater value in the whole with or than the stamp or stamps which ought regularly to have been used thereon, shall nevertheless be deemed valid and effectual in the law; except in cases where the stamp or stamps used on such instruments shall have been specially appropriated to any other instrument, by having its name on the face thereof.

XI. And be it further enacted, That if any person shall make, sign or issue, or cause to be made, signed or issued, or shall accept or pay, or cause or permit to be accepted or paid, any bill of exchange, draft or order, or promissory note for the payment of money, liable to any of the duties imposed by this act, without the same being duly stamped for denoting the duty hereby charged thereon, he, she, or they shall, for every such bill, draft, order or note, forfeit the sum of fifty pounds.

XII. And be it further enacted, That if any person or persons shall make and issue, or cause to be made and issued, any bill of exchange, draft or order, or promissory note for the payment of money, at any time after date or sight, which shall bear date subsequent to the day on which it shall be issued, so that it shall not in fact become payable in two months, if made payable after date, or in sixty days, if made payable after sight, next

after the day on which it shall be issued, unless the same shall be stamped for denoting the duty hereby imposed on a bill of exchange and promissory note for the payment of money at any time exceeding two months after date, or sixty days after sight, he, she or they shall, for every such bill, draft, order or note, forfeit the sum of one hundred pounds.

XIII. And, for the more effectually preventing of frauds and evasions of the duties hereby granted on bills of exchange, drafts or orders for the payment of money, under colour of the exemption in favour of drafts or orders upon bankers or persons acting as bankers, contained in the schedule hereunto annexed, Be it further enacted, That if any person or persons shall, after the thirty-first day of August, one thousand eight hundred and fifteen, make and issue, or cause to be made and issued, any bill, draft or order, for the payment of money to the bearer on demand, upon any banker or bankers, or any person or persons acting as a banker or bankers, which shall be dated on any day subsequent to the day on which it shall be issued, or which shall not truly specify and express the place where it shall be issued, or which shall not in every respect fall within the said exemption, unless the same shall be duly stamped as a bill of exchange, according to this act, the person or persons so offending shall, for every such bill, draft or order, forfeit the sum of one hundred pounds; and if any person or persons shall knowingly receive or take any such bill, draft or order, in pay-

ment of or as a security for the sum therein mentioned, he, she, or they shall, for every such bill, draft or order, forfeit the sum of twenty pounds; and if any banker or bankers, or any person or persons acting as a banker, upon whom any such bill, draft or order, shall be drawn, shall pay, or cause or permit to be paid, the sum of money therein expressed, or any part thereof, knowing the same to be post dated, or knowing that the place where it was issued is not truly specified and set forth therein, or knowing that the same does not in any other respect fall within the said exemption, then the banker or bankers, or person or persons so offending, shall, for every such bill, draft or order, forfeit the sum of one hundred pounds, and moreover shall not be allowed the money so paid or any part thereof, in account against the person or persons by or for whom such bill, draft, or order shall be drawn, or his, her, or their executors or administrators, or his, her, or their assignees or creditors, in case of bankruptcy or insolvency, or any other person or persons claiming under him, her, or them.

XIV. And be it further enacted, That, from and after the thirty-first day of August, one thousand eight hundred and fifteen, it shall be lawful for any banker or bankers, or other person or persons, who shall have made and issued any promissory notes for the payment to the bearer on demand, of any sum of money not exceeding one hundred pounds each, duly stamped according to the directions of this act, to re-issue the same

from time to time, after payment thereof, as often as he, she or they, shall think fit, without being liable to pay any further duty in respect thereof; and that all promissory notes, so to be re-issued as aforesaid, shall be good and valid, and as available in the law, to all intents and purposes, as they were upon the first issuing thereof.

XV. And be it further enacted, That no promissory note for the payment to the bearer on demand, of any sum of money not exceeding one hundred pounds, which shall have been made and issued by any bankers or other persons in partnership, and for which the proper stamp duty shall have been once paid according to the provisions of this act, shall be deemed liable to the payment of any further duty although the same shall be re-issued by and as the note of some only of the persons who originally made and issued the same, or by and as the note of any one or more of the persons who originally made and issued the same, and any other person or persons in partnership with him or them jointly; nor although such note if made payable at any other than the place where drawn, shall be re-issued with any alteration therein only of the house or place at which the same shall have been at first made payable.

XVI. And be it further enacted, That all promissory notes for the payment to the bearer on demand, of any sum of money, which shall have been actually and bonâ fide issued and in circulation, before or upon the said thirty-first day of

August, one thousand eight hundred and fifteen, duly stamped according to the aforesaid act of the forty-eighth year of His Majesty's reign, and which shall then be re-issuable within the intent and meaning of that act, or of an act passed in the fifty-third year of His Majesty's reign, for altering, explaining and amending the said former act, with regard to the duties on re-issuable promissory notes, shall continue to be re-issuable until the expiration of three years from the date thereof respectively, but not afterwards, without payment of any further duty for the same; and if any banker or bankers, or other person or persons, shall at any time after the said thirty-first day of August, issue or cause to be issued for the first time, any promissory note for the payment of money to the bearer on demand, bearing date before or upon that day, he, she, or they shall, for every such promissory note, forfeit the sum of fifty pounds.

XVII. Provided always, and, in regard that certain bankers in Scotland have issued promissory notes for the payment to the bearer on demand, of a sum not exceeding two pounds and two shillings each, with the dates thereof printed therein, and many such notes have been but recently issued for the first time, although they may appear by the date to be of more than three years standing, Be it further enacted, That all such promissory notes as last mentioned, which shall have been actually and bonâ fide issued and in circulation before or upon the said thirty-first day of August,

one thousand eight hundred and fifteen, duly stamped according to the said act of the forty-eighth year of His Majesty's reign, and which shall bear a printed date prior to the thirty-first day of August, one thousand eight hundred and thirteen, shall continue to be re-issuable until the thirty-first day of August, one thousand eight hundred and sixteen, but not afterwards, without payment of any further duty for the same; and if any banker or bankers, or other person or persons, shall at any time after the said thirty-first day of August, one thousand eight hundred and fifteen, issue or cause to be issued, for the first time, any such promissory note, bearing a printed date prior to the said thirty-first day of August, one thousand eight hundred and thirteen, he or they shall, for every promissory note so issued, forfeit the sum of fifty pounds.

XVIII. And be it further enacted, That from and after the thirty-first day of August, one thousand eight hundred and fifteen, it shall not be lawful for any banker or bankers, or other person or persons, to issue any promissory note for the payment of money to the bearer on demand, liable to any of the duties imposed by this act, with the date printed therein; and if any banker or bankers, or other person or persons, shall issue or cause to be issued any such promissory note with the date printed therein, he or they shall, for every promissory note so issued, forfeit the sum of fifty pounds.

XIX. And be it further enacted, That all pro-

missory notes hereby allowed to continue re-issuable for a limited period, but not afterwards, shall upon the payment thereof at any time after the expiration of such period, and all promissory notes, bills of exchange, drafts or orders for money, not hereby allowed to be re-issued, shall, upon any payment thereof, be deemed and taken respectively to be thereupon wholly discharged, vacated and satisfied, and shall be no longer negotiable or available in any manner whatsoever, but shall be forthwith cancelled by the person or persons paying the same; and if any person or persons shall re-issue, or cause or permit to be re-issued, any promissory note hereby allowed to be re-issued for a limited period as aforesaid, at any time after the expiration of the term or period allowed for that purpose; or if any person or persons shall re-issue or cause or permit to be re-issued any promissory note, bill of exchange, draft or order for money, not hereby allowed to be re-issued at any time after the payment thereof; or if any person or persons paying or causing to be paid any such note, bill, draft or order as aforesaid, shall refuse or neglect to cancel the same, according to the directions of this act, then and in either of those cases, the person or persons so offending, shall, for every such note, bill, draft or order as aforesaid, forfeit the sum of fifty pounds; and in case of any such note, bill, draft, or order, being re-issued contrary to the intent and meaning of this act, the person or persons re-issuing the same, or causing or permitting the same to be re-issued,

shall also be answerable and accountable to His Majesty, his heirs and successors, for a further duty in respect of every such note, bill, draft, or order, of such and the same amount as would have been chargeable thereon, in case the same had been then issued for the first time, and so from time to time as often as the same shall be so re-issued; which further duty shall and may be sued for and recovered accordingly, as a debt to His Majesty, his heirs and successors; and if any person or persons shall receive or take any such note, bill, draft, or order, in payment of or as a security for the sum therein expressed, knowing the same to be re-issued contrary to the intent and meaning of this act, he, she, or they shall, for every such note, bill, draft, or order, forfeit the sum of twenty pounds.

XX. And be it further enacted, That all promissory notes and Bank post bills, which shall be issued by the Governor and Company of the Bank of England, from and after the said thirty-first day of August, one thousand eight hundred and fifteen, shall be freed and exempted from all the duties hereby granted; and that it shall be lawful for the said Governor and Company to re-issue any of their notes after payment thereof, as often as they shall think fit.

XXI. And be it further enacted, That the composition payable by the said Governor and Company of the Bank of England for the stamp duties on their promissory notes and Bank post bills, under the aforesaid act of the forty-eighth year of

His Majesty's reign, shall cease from the fifth day of April last; and that the said Governor and Company shall deliver to the said commissioners of stamps, within one calendar month after the passing of this act, and afterwards on the first day of May in every year whilst the present stamp duties still remain in force, a just and true account, verified by the oath of their chief accountant, of the amount or value of all their promissory notes and Bank post bills in circulation, on some given day in every week, for the space of three years preceding the sixth day of April in the year in which the account shall be delivered, together with the average amount or value thereof according to such account; and that the said Governor and Company shall pay into the hands of the Receiver-General of the Stamp Duties in Great Britain, as a composition for the duties which would otherwise have been payable for their promissory notes and Bank post bills issued within the year, reckoning from the fifth day of April preceding the delivery of the said account, the sum of three thousand five hundred pounds for every million, and after that rate for half a million, but not for a less sum than half a million, of the said average amount or value of their said notes and Bank post bills in circulation; and that one half part of the sum so to be ascertained as aforesaid for each year's composition, shall be paid on the first day of October, and the other half on the first day of April next after the delivery of such account as aforesaid.

XXII. Provided always, and be it further enacted, That upon the said Governor and Company resuming their payments in cash, a new arrangement for the composition for the stamp duties, payable on their promissory notes and Bank post bills, shall be submitted to Parliament.

XXIII. And be it further enacted, That from and after the thirty-first day of August, one thousand eight hundred and fifteen, it shall be lawful for the Governor and Company of the Bank of Scotland, and the Royal Bank of Scotland, and the British Linen Company in Scotland respectively, to issue their promissory notes for the sums of one pound, one guinea, two pounds and two guineas, payable to the bearer on demand, on unstamped paper, in the same manner as they were authorized to do by the aforesaid act of the forty-eighth year of His Majesty's reign; they the said Governor and Company of the Bank of Scotland, and the Royal Bank of Scotland, and British Linen Company, respectively giving such security, and keeping and producing true accounts of all the notes so to be issued by them respectively, and accounting for and paying the several duties payable in respect of such notes, in such and the same manner, in all respects, as is and are prescribed and required by the said last-mentioned act, with regard to the notes thereby allowed to be issued by them on unstamped paper, and also to re-issue such promissory notes respectively, from time to time after the payment thereof, as often as they shall think fit.

XXIV. And be it further enacted, That from and after the tenth day of October, one thousand eight hundred and fifteen, it shall not be lawful for any banker or bankers, or other person or persons (except the Governor and Company of the Bank of England), to issue any promissory notes for money payable to the bearer on demand, hereby charged with a duty and allowed to be re-issued as aforesaid, without taking out a licence yearly for that purpose; which licence shall be granted by two or more of the said commissioners of stamps for the time being, or by some person authorised in that behalf by the said commissioners, or the major part of them, on payment of the duty charged thereon in the Schedule hereunto annexed; and a separate and distinct licence shall be taken out, for or in respect of every town or place where any such promissory notes shall be issued by, or by any agent or agents for or on account of, any banker or bankers or other person or persons; and every such licence shall specify the proper name or names and place or places of abode of the person or persons, or the proper name and description of any body corporate, to whom the same shall be granted, and also the name of the town or place where, and the name of the bank, as well as the partnership, or other name, style or firm under which such notes are to be issued; and where any such licence shall be granted to persons in partnership, the same shall specify and set forth the names and places of abode of all the persons concerned in the partnership,

whether all their names shall appear on the promissory notes to be issued by them, or not; and in default thereof, such licence shall be absolutely void; and every such licence which shall be granted between the tenth day of October and the eleventh day of November in any year, shall be dated on the eleventh day of October; and every such licence, which shall be granted at any other time, shall be dated on the day on which the same shall be granted; and every such licence respectively shall have effect and continue in force from the day of the date thereof until the tenth day of October following, both inclusive.

XXV. Provided always, and be it further enacted, That no banker or bankers, person or persons, shall be obliged to take out more than four licences in all for any number of towns or places in Scotland; and in case any banker or bankers, person or persons shall issue such promissory notes as aforesaid, by themselves or their agents, at more than four different towns or places in Scotland, then after taking out three distinct licences for three of such towns or places, such banker or bankers, person or persons, shall be entitled to have all the rest of such towns or places included in a fourth licence.

XXVI. Provided also, and be it further enacted, That where any banker or bankers, person or persons, applying for a licence under this act, would, under the said act of the forty-eighth year of His Majesty's reign, have been entitled to have two or more towns or places in England, included in one

licence, if this act had not been made, such banker or bankers, person or persons, shall have and be entitled to the like privilege under this act.

XXVII. And be it further enacted, That the banker or bankers, or other person or persons applying for any such licence as aforesaid, shall produce and leave with the proper officer, a specimen of the promissory notes proposed to be issued by him or them, to the intent that the licence may be framed accordingly; and if any banker or bankers, or other person or persons (except the said Governor and Company of the Bank of England) shall issue or cause to be issued by any agent, any promissory note for money payable to the bearer on demand, hereby charged with a duty, and allowed to be re-issued as aforesaid, without being licensed so to do in manner aforesaid, or at any other town or place, or under any other name, style, or firm, than shall be specified in his or their licence, the banker or bankers, or other person or persons so offending, shall, for every such offence, forfeit the sum of one hundred pounds.

XXVIII. And be it further enacted, That where any such licence as aforesaid shall be granted to any persons in partnership, the same shall continue in force for the issuing of promissory notes duly stamped, under the name, style, or firm, therein specified, until the tenth day of October inclusive following the date thereof, notwithstanding any alteration in the partnership.

XXIX. And be it further enacted, That from and after the passing of this act, promissory no-

tes for the payment of money to the bearer on demand, made out of Great Britain, or purporting to be made by or on the behalf of any person or persons resident out of Great Britain, shall not be negotiable or be negotiated, or circulated or paid in Great Britain, whether the same shall be made payable in Great Britain or not, unless the same shall have paid such duty, and be stamped in such manner, as the law requires for promissory notes of the like tenor and value made in Great Britain; and if any person or persons shall circulate or negotiate, or offer in payment, or shall receive or take in payment an such promissory note, or shall demand or receive payment of the whole or any part of the money mentioned in such promissory note, from or on account of the drawer thereof, in Great Britain, the same not being duly stamped as aforesaid; or if any person or persons in Great Britain shall pay or cause to be paid the sum of money expressed in any such note, not being duly stamped as aforesaid, or any part thereof, either as drawer thereof, or in pursuance of any nomination or appointment for that purpose therein contained, the person or persons so offending shall, for every such promissory note, forfeit the sum of twenty pounds: Provided always, that this clause shall not extend to promissory notes made and payable only in Ireland.

SCHEDULE — PART. I.

Inland Bill of Exchange, Draft, or Order to the bearer, or to order, either on demand or otherwise, not exceeding two months after date, or sixty days after sight, of any sum of money,

				Duty.		
				L.	s.	d.
Amounting to 40 s. and not exceeding			5 l. 5 s.	0	1	0
Exceeding	5 l. 5 s.	" " "	20 l.	0	1	6
"	20 l.	" " "	30 l.	0	2	0
"	30 l.	" " "	50 l.	0	2	6
"	50 l.	" " "	100 l.	0	3	6
"	100 l.	" " "	200 l.	0	4	6
"	200 l.	" " "	300 l.	0	5	0
"	300 l.	" " "	500 l.	0	6	0
"	500 l.	" " "	1000 l.	0	8	6
"	1000 l.	" " "	2000 l.	0	12	6
"	2000 l.	" " "	3000 l.	0	15	0
"	3000 l.			1	5	0

Inland Bill of Exchange, Draft, or Order for the payment to the bearer, or to order, at any time exceeding two months after date, or sixty days after sight, of any sum of money,

				Duty.		
				L.	s.	d.
Amounting to 40 s. and not exceeding			5 l. 5 s.	0	1	6
Exceeding	5 l. 5 s.	" " "	20 l.	0	2	0
"	20 l.	" " "	30 l.	0	2	6
"	30 l.	" " "	50 l.	0	3	6
"	50 l.	" " "	100 l.	0	4	6
"	100 l.	" " "	200 l.	0	5	0
"	200 l.	" " "	300 l.	0	6	0
"	300 l.	" " "	500 l.	0	8	6
"	500 l.	" " "	1000 l.	0	12	6
"	1000 l.	" " "	2000 l.	0	15	0

		Duty. L.	s.	d.
Exceeding	2000 l. and not exceeding 3000 l.	1	5	0
"	3000 l.	1	10	0

Inland Bill, Draft, or Order for the payment of any sum of money though not made payable to the bearer, or to order, if the same shall be delivered to the payee, or some person on his or her behalf	The same duty as on a bill of exchange for the like sum, payable to bearer or order.
Inland Bill, Draft, or Order for the payment of any sum of money, weekly, monthly, or at any other stated periods, if made payable to the bearer, or to order, or if delivered to the payee, or some person on his or her behalf, where the total amount of the money thereby made payable shall be specified therein, or can be ascertained therefrom	The same duty as on a bill payable to bearer or order on demand for a sum equal to such total amount.
And where the total amount of the money thereby made payable shall be indefinite.	The same duty as on a bill on demand for the sum therein expressed only.

And the following instruments shall be deemed and taken to be inland bills, drafts, or orders for the payment of money within the intent and meaning of this schedule; videlicet,

All drafts or orders for the payment of any sum of money by a bill or promissory note, or for the delivery of any such bill or note in payment or satisfaction of any sum of money; where such drafts or orders shall require the payment or delivery to be made to the bearer, or to order,

or shall be delivered to the payee, or some person on his or behalf.

All receipts given by any banker or bankers, or other person or persons, for money received, which shall entitle, or be intended to entitle, the person or persons paying the money, or the bearer of such receipts, to receive the like sum from any third person or persons.

And all bills, drafts, or orders, for the payment of any sum of money out of any particular fund which may or may not be available, or upon any condition or contingency which may or may not be performed or happen, if the same shall be made payable to the bearer, or to order, or if the same shall be delivered to the payee or some person on his or her behalf.

Foreign Bill of Exchange (or Bill of Exchange drawn in but payable out of Great Britain) if drawn signly and not in a set	The same duty as on an inland bill of the same amount and tenor.

Foreign Bills of Exchange, drawn in stets according to the custom of merchants, for every bill of each set,

	Duty. L.	s.	d.
where the sum made payable thereby shall not exceed 100 l.	0	1	6
And where it shall exceed 100 l. and not exceed 200 l.	0	3	0
And where it shall exceed 200 l. and not exceed 500 l.	0	4	0
And where it shall exceed 500 l. and not exceed 1000 l.	0	5	0
And where it shall exceed 1000 l. and not exceed 2000 l.	0	7	6

	Duty. L.	s.	d.
And where it shall exceed 2000 l. and not exceed 3000 l.	0	10	0
And where it shall exceed 3000 l. . . .	0	15	0

Exemptions from the preceding and all other Stamp Duties.

All bills of exchange, or Bank post bills, issued by the Governor and Company of the Bank of England.

All bills, orders, remittance bills, and remittance certificates, drawn by commissioned officers, masters, and surgeons in the navy, or by any commissioner or commissioners of the navy, under the authority of the act passed in the 35th year of His Majesty's reign, for the more expeditious Payment of the Wages and Pay of certain Officers belonging to the Navy.

All bills drawn pursuant to any former act or acts of Parliament by the commissioners of the navy, or by the commissioners for victualling the navy, or by the commissioners for managing the transport service, and for taking care of sick and wounded seamen, upon, and payable by the treasurer of the navy.

All drafts or orders for the payment of any sum of money to the bearer on demand, and drawn upon any banker or bankers, or any person or persons acting as a banker, who shall reside or transact the business of a banker, within ten miles of the place where such drafts or orders shall be issued, provided such place shall be specified in such drafts or orders; and provided the same shall

bear date on or before the day on which the same shall be issued; and provided the same do not direct the payment to be made by bills or promissory notes.

All bills, for the pay and allowances of His Majesty's land forces, or for other expenditures liable to be charged in the public regimental or district accounts, which shall be drawn according to the forms now prescribed or hereafter to be prescribed by His Majesty's orders, by the paymasters of regiments or corps, or by the chief paymaster, or deputy paymaster, and accountant of the army depot, or by the paymasters of recruiting districts, or by the paymasters of detachments, or by the officer or officers authorised to perform the duties of paymastership during a vacancy, or the absence, suspension, or incapacity of any such paymaster as aforesaid; save and except such bills as shall be drawn in favour of contractors or others, who furnish bread or forage to His Majesty's troops, and who by their contracts or agreements shall be liable to pay the stamp duties on the bills given in payment for the articles supplied by them.

Promissory note for the payment, to the bearer on demand, of any sum of money,

	Duty. L.	s.	d.
Not exceeding one pound and one shilling	0	0	5
Exceeding 1 l. 1 s. and not exceeding 2 l. 2 s.	0	0	10
" " 2 l. 2 s. " " " " 5 l. 5 s.	0	1	3
" " 5 l. 5 s. " " " " 10 l.	0	1	9
" " 10 l. " " " " 20 l.	0	2	0
" " 20 l. " " " " 30 l.	0	3	0

	Duty. L.	s.	d.
Exceeding 30 l. and not exceeding 50 l.	0	5	0
" " 50 l. " " " " 100 l.	0	8	6

Which said notes may be re-issued after payment thereof, as often as shall be thought fit.

Promissory note for the, payment, in any other manner than to the bearer on demand, but not exceeding two months after date, or sixty days after sight, of any sum of money,

	Duty. L.	s.	d.
Amounting to 40 s. and not exceeding 5 l. 5 s.	0	1	0
Exceeding 5 l. 5 s. and not exceeding 20 l.	0	1	6
" " 20 l. " " " " 30 l.	0	2	0
" " 30 l. " " " " 50 l.	0	2	6
" " 50 l. " " " " 100 l.	0	3	6

These notes are not to be re-issued after being once paid.

Promissory note for the payment, either to the bearer on demand, or in any other manner than to the bearer on demand, but not exceeding two months after date, or sixty days after sight, of any sum of money,

	Duty. L.	s.	d.
Exceeding 100 l. and not exceeding 200 l.	0	4	6
" " 200 l. " " " " 300 l.	0	5	0
" " 300 l. " " " " 500 l.	0	6	0
" " 500 l. " " " " 1000 l.	0	8	6
" " 1000 l. " " " " 2000 l.	0	12	6
" " 2000 l. " " " " 3000 l.	0	15	0
" " 3000 l.	1	5	0

These notes are not to be re-issued after being once paid.

Promissory note for the payment to the bearer or otherwise, at any time exceeding two months

after date, or sixty days after sight, of any sum of money,

			Duty.	
		L.	s.	d.
Amounting to 40 s. and not exceeding	5 l. 5 s.	0	1	6
Exceeding 5 l. 5 s. " " " "	20 l.	0	2	0
" " 20 l. " " " "	30 l.	0	2	6
" " 30 l. " " " "	50 l.	0	3	6
" " 50 l. " " " "	100 l.	0	4	6
" " 100 l. " " " "	200 l.	0	5	0
" " 200 l. " " " "	300 l.	0	6	0
" " 300 l. " " " "	500 l.	0	8	6
" " 500 l. " " " "	1000 l.	0	12	6
" " 1000 l. " " " "	2000 l.	0	15	0
" " 2000 l. " " " "	3000 l.	1	5	0
" " 3000 l.		1	10	0

These notes are not to be re-issued after being once paid.

Promissory note for the payment of any sum of money by instalments, or for the payment of several sums of money at different days or times, so that the whole of the money to be paid shall be definite and certain	The same duty as on a promissory note, payable in less than 2 months after date for a sum equal to the whole amount of the money to be paid.

And the following instruments shall be deemed and taken to be promissory notes, within the intent and meaning of this Schedule; viz.

All notes, promising the payment of any sum or sums of money out of any particular fund, which may or may not be available; or upon any condition or contingency, which may or may not be performed or happen; if the same shall be made payable to the bearer, or to order, and if

the same shall be definite and certain, and not amount in the whole to twenty pounds.

And all receipts for money deposited in any bank, or in the hands of the banker or bankers, which shall contain any agreement or memorandum, importing that interest shall be paid for the money so deposited.

Exemptions from the Duties on Promissory Notes.

All notes, promising the payment of any sum or sums of money out of any particular fund, which may or may not be available; or upon any condition or contingency, which may or may not be performed or happen; where the same shall not be made payable to the bearer or to order, and also where the same shall be made payable to the bearer or to order, if the same shall amount to twenty pounds, or be indefinite.

And all other instruments, bearing in any degree the form or style of promissory notes, but which in law shall be deemed special agreements, except those hereby expressly directed to be deemed promissory notes.

But such of the notes and instruments here exempted from the duty on promissory notes shall nevertheless be liable to the duty which may attach thereon, as agreements or otherwise.

Exemptions from the preceding and all other Stamp Duties.

All promissory notes for the payment of money, issued by the Governor and Company of the Bank of England.

Protest of any bill of exchange or promissory note, for any sum of money,

	Duty. L.	s.	d.
Not amounting to 20l.	0	2	0
Amounting to 20 l. and not amounting to 100 l.	0	3	0
Amounting to 100 l. and not amounting to 500 l.	0	5	0
Amounting to 500 l. or upwards .	0	10	0
Protest of any kind	0	5	0
And for every sheet or piece of paper, parchment or vellum, upon which the same shall be written, after the first, a further progressive duty of	0	5	0

58. Geo. III. c. 93. [1])

An Act to afford Relief to the bonâ fide Holders of negotiable Securities, without Notice that they were given for a usurious Consideration.

Whereas by the laws now in force, all contracts and assurances whatsoever, for payment of money, made for a usurious consideration, are utterly void: And whereas in the course of mercantile transactions, negotiable securities often pass into the hands of persons who have discounted the same without any knowledge of the original considerations for which the same were given; and the avoidance of such securities in the hands of such bonâ fide indorsees without notice is attended with great hardship and injustice; For remedy thereof, be it enacted by the King's Most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, That no bill of exchange or promissory note, that shall be drawn or made after the passing of this act, shall, though it may have been given for a usurious consideration, or upon a usurious contract, be void in the hands of an indorsee for valuable consideration, unless such indorsee had, at the time of discounting or paying such consideration for the same, actual notice that

1) Chitty Pag. 556, 557. — Vom 10. Juny 1821.

58. Geo. III. Cap. 93.

Eine Acte zu Aufrechthaltung der Rechte in gutem Glauben befindlicher Inhaber negotiabler Urkunden, ohne Kenntniſs, daſs dieselben für einen wucherhaften Grund gegeben waren.

Nachdem in Gemäſsheit der bestehenden Gesetze alle und jede Contracte und Versichrungen, für Zahlung von Geld, welche für einen wucherhaften Grund errichtet wurden, gänzlich nichtig sind: Und nachdem in dem Laufe der Handelsgeschäfte negotiable Urkunden oft in die Hände von Personen übergehen, welche dieselben ohne irgend Kenntniſs des ursprünglichen Grundes, wofür sie gegeben wurden, discontirten; und die Annullirung dieser Urkunden in den Händen solcher in gutem Glauben befindlicher Indossatare, denen keine Kenntniſs davon beiwohnte, groſse Härte und Ungerechtigkeit mit sich führt: So wird, zu dessen Abhülfe, verordnet von des Königs Majestät, durch und mit Rath und Beistimmung der Geistlichen und Weltlichen Lords und der Gemeinen, in diesem gegenwärtigen Parlament versammelt, und durch die Autorität derselben, Daſs kein Wechsel oder Zahlschein, welcher nach Durchgang dieser Acte gezogen oder ausgestellt werden wird, obwohl er für einen wucherhaften Grund oder auf einen wucherhaften Contract gegeben seyn mag, in den Händen eines onerosen Indossatars nichtig seyn soll, falls nicht dieser Indossatar, zur Zeit der Discontirung oder Zahlung der Valuta für denselben,

such bill of exchange or promissory note had been originally given for a usurious consideration, or upon a usurious contract.

1 & 2 Geo. IV. c. 78.[1])

An Act to regulate Acceptances of Bills of Exchange.

Whereas according to law as hath been adjudged, where a bill is accepted payable at a banker's, the acceptance thereof is not a general but a qualified acceptance: And whereas a practice hath very generally prevailed among merchants and traders so to accept bills, and the same have, among such persons, been very generally considered as bills generally accepted, and accepted without qualification: And whereas many persons have been, and may be much prejudiced and misled by such practice and understanding, and persons accepting bills may relieve themselves from all inconvenience, by giving such notice as hereinafter mentienod of their intention to make only a qualified acceptance thereof; Be it therefore enacted by the King's Most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by

1) **Chitty Pag. 557, 558. — Vom 2ten July 1821.**

wirkliche Kenntniſs hatte, daſs solcher Wechsel oder Zahlschein ursprünglich für einen wucherhaften Grund oder auf einen wucherhaften Contract gegeben worden war.

1. und 2. Geo. IV. c. 78.

Acte zur Regulirung der Acceptationen von Wechseln.

Nachdem in Gemäſsheit des Rechts, wie gerichtlich entschieden worden ist, wenn ein Wechsel acceptirt ist zahlbar bei einem Bankier, die Acceptation nicht eine generelle, sondern eine qualificirte Acceptation ist; Und nachdem diese Art der Acceptation unter Kauf- und Handelsleuten sehr allgemein vorgeherrscht hat, und in dieser Weise acceptirte Wechsel, unter solchen Personen, sehr allgemein als generell und ohne Qualification acceptirt betrachtet worden sind; Und nachdem viele Personen durch diese Verfahrungsweise und jener Art der Acceptation beigelegte Bedeutung sehr benachtheiligt und irre geführt worden sind und werden können, und Acceptanten sich selbsten von aller Inconvenienz befreien können, indem sie von ihrer nur auf eine qualificirte Acceptation gerichteten Absicht solche Notiz geben, als hiernach bemeldet wird; So wird verordnet, von des Königs Majestät, durch und mit Rath und Beistimmung der Geistlichen und Weltlichen Lords, und der Gemei-

the authority of the same, That from and after the first day of August now next ensuing, if any person shall accept a bill of exchange, payable at the house of a banker or other place, without further expression in his acceptance, such acceptance shall be deemed and taken to be, to all intents and purposes, a general acceptance of such bill; but if the acceptor shall in his acceptance express that he accepts the bill, payable at a banker's house or other place only, and not otherwise or elsewhere, such acceptance shall be deemed and taken to be, to all intents and purposes, a qualified acceptance of such bill, and the acceptor shall not be liable to pay the said bill, except in default of payment when such payment shall have been first duly demanded at such banker's house or other place.

II. And be it further enacted, That from and after the said first day of August, no acceptance of any inland bill of exchange shall be sufficient to charge any person, unless such acceptance be in writing on such bill, or if there be more than one part of such bill on one of the said parts.

nen, in diesem gegenwärtigen Parlament versammelt, und durch die Autorität derselben, Dafs von und nach dem ersten Tage des nächst beginnenden August, wenn Jemand einen Wechsel, zahlbar in dem Hause eines Bankiers oder anderem Platze, ohne weitere Ausdrückung in seiner Acceptation, acceptiren wird, eine solche Acceptation, in aller und jeder Hinsicht, für eine generelle Acceptation dieses Wechsels gehalten und genommen werden soll; wenn aber der Acceptant in seiner Acceptation ausdrücken wird, dafs er den Wechsel, zahlbar *allein* in eines Bankiers Hause oder anderm Platze, *und nicht anderweit oder anderwärts*, acceptire, so soll eine solche Acceptation in aller und jeder Hinsicht für eine qualificirte Acceptation gehalten und genommen werden, und der Acceptant nicht verbunden seyn, den besagten Wechsel zu bezahlen, ausgenommen wenn zuvor in des Bankiers Hause oder anderem Platze die Zahlung behörig verlangt und nicht erfolgt seyn wird.

II. Und wird ferner verordnet, Dafs, von und nach dem besagten ersten Tage des August, keine Acceptation eines inländischen Wechsels hinreichend seyn soll irgend eine Person zu belasten, falls nicht diese Acceptation schriftlich auf den Wechsel, oder, wenn mehrere Ausfertigungen desselben existiren, auf eine dieser Ausfertigungen gesetzt ist.

ren, in diesem gegenwärtigen Parlament versammelt; und durch die Autorität derselben, Daſs von und nach dem ersten Tage des nächst beginnenden August, wenn Jemand einen Wechsel, zahlbar in dem Hause eines Banklers oder anderem Platze, ohne weitere Ausdrückung in seiner Acceptation, acceptiren wird, eine solche Acceptation, in aller und jeder Hinsicht, für eine generelle Acceptation dieses Wechsels gehalten und genommen werden soll; wenn aber der Acceptant in seiner Acceptation ausdrücken wird, daſs er den Wechsel, zahlbar *allein* in eines Bankiers Hause oder anderm Platze, und *nicht anderswo oder anderwärts*, acceptiret, so soll eine solche Acceptation in aller und jeder Hinsicht für eine qualificirte Acceptation gehalten und genommen werden, und der Acceptant nicht verbunden seyn, den besagten Wechsel zu bezahlen, ausgenommen wenn zuvor in dem besagten Hause oder anderem Platze eine Zahlung Weigerung und nicht erfolgt seyn wird.

II. Und wird ferner verordnet, Daſs, von und nach dem besagten ersten Tage des August, keine Acceptation eines inländischen Wechsels hinreichend seyn soll irgend eine Person zu belasten, falls nicht diese Acceptation schriftlich auf den Wechsel, oder, wenn mehrere Ausfertigungen desselben existiren, auf eine dieser Ausfertigungen gesetzt ist.

HAUPTSAETZE

DES

ENGLISCHEN UND SCHOTTLÄNDISCHEN

WECHSELRECHTS.

(NACH DER FOLGE DER ARTIKEL DER NEUEN NIEDERLAENDISCHEN WECHSELORDNUNG.)

FORMULARE.

(aus Chitty S. 51, 324, und Thomson S. 863.)

Ausländische Wechsel.
(Foreign bills of exchange.)

No.

London, 1st January 1798. *Exchange for* 10,000 *Livres Tournoises.*

(*Stamp.*) At two usances (or "at . . . after sight," or "at . . . after date,") pay this my first Bill of Exchange (second and third of the same tenor and date not paid), to Messrs , or order ("or bearer") Ten Thousand Livres Tournoises, value received of them, and place the same to account, as per advice from

To Mr. . . . , in Paris,
payable at

James Oatland.

No.

London, 1sten Januar 1798. *Wechsel für* 10,000 *Livres Tournoises.*

(*Stempel.*) A zwey Uso (oder "auf . . . nach Sicht", oder " nach Dato,") zahlen Sie gegen diesen meinen Prima-Wechsel (Secunda und Tertia vom nämlichen Inhalt und Datum nicht bezahlt), an die Herrn . . ., oder Ordre ("oder Inhaber") Zehn Tausend Livres Tournoises, Werth empfangen von ihnen, und setzen dieselben auf Rechnung, nach Avis von

Herrn . . . , in Paris,
zahlbar zu

Jacob Oatland.

London, 1st January 1825.

Exchange for 10,000 *Livres Tournoises.*

At two usances, (or at sight, or on demand, or . . . after sight, or at . . . after date) pay this my first bill of exchange, (second and third of the same tenor and date not paid,) at your place of businefs, . . . Street, Paris, to Messrs. C. or order, (or bearer,) Ten Thousand Livres Tournoises, at . . . Sterling per Livre, value received of them; and place the same to account, as per advice, (or with or without farther advice,) from

A.

To B., Merchant
in Paris.

London, 1sten Januar 1825.

Wechsel für 10,000 *Livres Tournoises.*

A zwei Uso, (oder auf Sicht, oder auf Anfordern, oder . . . nach Sicht, oder . . . nach Dato) zahlen Sie diesen meinen Prima Wechsel, (Secunda und Tertia vom nämlichen Inhalt und Datum nicht bezahlt) an Ihrem Geschäftsplatze, . . . Strafse, Paris, an die Herrn C. oder Ordre, (oder Inhaber,) Zehn Tausend Livres Tournoises, zu . . . Sterling per Livre, Werth empfangen von ihnen; und setzen dieselben auf Rechnung, nach Avis, (oder mit oder ohne fernern Avis) von

A.

An B., Handelsmann
in Paris.

Inländische Wechsel.
(Inland bills of exchange.)

L. 100. London, 1st January, 1798.

(*Stamp.*) Two Months after date (or "at sight," or "on demand," or "at . . . days after sight,") pay Mr. . . . , or order, One Hundred Pounds, for value received.

To Mr. . . . , Merchant,
Bristol, payable at . . .

Samuel Skinner.

Pfd. 100. London, 1ten Januar, 1798.

(*Stempel.*) Zwey Monat nach Dato (oder "auf Sicht," oder "auf Anfordern," oder . . . "Tage nach Sicht") zahlen Sie Herrn . . . , oder Ordre, Ein Hundert Pfund, Werth empfangen.

Herrn . . . , Handelsmann,
Bristol, zahlbar zu . . .

Samuel Skinner.

L. 50. Edinburgh, 1st January 1825.

Three months after date, (or . . . after sight, or at sight, or on demand,) Pay to me, or order, (or to . . . or order, or to bearer,) at the Royal Exchange Coffeehouse here, the sum of Fifty Pounds Sterling, value received.

To B. C., Merchant,
in Edinburgh.

A.

Pfd. 50. Edinburgh, 1ten Januar 1825.

Drey Monat nach Dato, (oder . . . nach Sicht, oder auf Sicht, oder auf Anfordern,) zahlen Sie an mich oder Ordre, (oder an . . . oder Ordre, oder an Inhaber,) auf dem Königlichen Wechsel Kaffeehause dahier, die Summe von Fünfzig Pfund Sterling, Werth empfangen.

An B. C. Handelsmann
in Edinburgh.

A.

Wechsel unter fünf Pfund, in Gemäßsheit der Acte 17. Geo. 3. c. 30.

S. die dieser Acte beigefügten Formulare, — oben S. 222.

Zahlscheine.
(Promissory notes.)

L. 50. London, 1st January 1818.

(*Stamp.*) Two months after date (or "on demand"), I promise to pay to Mr. A. B. or order, fifty pounds, for value received.

Payable at Messrs G. H. and Co.
bankers, London.

C. D.

Pfd. 50. London, den 1ten Januar 1818.

(*Stempel.*) Zwey Monat nach Dato (oder "auf Anfordern"), verspreche ich an Herrn A. B. oder Ordre funfzig Pfund zu zahlen, Werth empfangen.

Zahlbar bey Herrn G. H. und Comp.
Bankiers, London.

C. D.

L. 100. Edinburgh, 2d February 1825.

One day after date, I promise to pay to A. or order, within the Royal-Exchange Coffee-house here, the sum of One Hundred Pounds Sterling, value received.

A.

Pfd. 100. Edinburgh, 2ten Februar 1825.

Einen Tag nach Dato, verspreche ich an A., oder Ordre, auf dem Königlichen Wechsel-Kaffeehause dahier, die Summe von Ein Hundert Pfund Sterling zu zahlen, Werth empfangen.

A.

Art. I. *Ausländische und inländische Wechsel, — Fähigkeit der Contrahenten, — Bestandtheile und Form des Wechsels oder Zahlscheins.*

Ausländische Wechsel sind solche, die in einem fremden Lande entweder gezogen oder zahlbar sind. England, Schottland und Irland gelten in dieser Hinsicht als verschiedne Länder [1].

Inländische Wechsel wurden in England allmählig, mit wenigen Ausnahmen, den, früher ausschliefslich privilegirten, ausländischen Wechseln gleichgestellt. Hierauf beziehen sich die Acten 9, 10. Wilh. III. Cap. 17 (1698) [2] und 3, 4. Anna Cap. 9. (1704) [3] Letzteres Statut verordnet zugleich die Gleichstellung der (in- oder ausländischen) Zahlscheine mit den inländischen Wechseln. — In Schottland wurde ausländischen Wechseln durch die Acte 1681. Cap. 20 [4] das Privilegium summarischen Verfahrens ertheilt; die Acte 1696. c. 36 [5] dehnte dasselbe auf inländische Wechsel aus, welche seitdem in Schottland in der Regel ausländischen Wechseln gleichstehen.

1) Manning. The law of bills of exchange, promissory notes, bank notes, bankers' notes, drafts and checks. The fourth edition. London 1817. S. 10. Chitty S. 10, 54. Thomson S. 2, 526. Dafür, dafs Wechsel, die von Schottland auf England gezogen wurden, als ausländische zu betrachten seyen, führt Thomson S. 526. zwey Schottländische gerichtliche Entscheidungen, von 1774 und von 1803, an, und fügt bey, dafs dasselbe offenbar auch von dem umgekehrten Falle gelte. (Abweichend ist die Ansicht des Verfassers der Notice sur quelques parties du droit commercial de l'Angleterre, in der Thémis ou bibliothèque du Jurisconsulte. Tom. VII. Quatrième livraison. Février 1825. Paris. Pag. 190. Not. 4. — S. auch Stempelfacte oben S. 259.)

2) s. oben S. 174. 3) s. oben S. 180. 4) s. oben S. 170. 5) s. oben S. 174.

Seit der Acte 12 Geo. III. c. 72. §. 36. (1772.) [1]) gilt dasselbe von Zahlscheinen [2]).

Nach Englischem Recht ist jede Person wechselfähig, welche die im Allgemeinen zum Contrahiren erforderliche Fähigkeit besitzt [3]).

Dasselbe gilt vom Schottländischen Recht [4]).

Hinsichtlich der Minderjährigen (Personen unter 21 Jahren) findet eine wichtige Verschiedenheit zwischen dem Schottländischen und Englischen Rechte Statt, sofern nach Englischem Recht dem von einem Minderjährigen abgeschlossenen Contracte unbedingt, in so weit nicht *in rem versio* erwiesen wird, die Einrede der Minderjährigkeit entgegengesetzt werden kann, nach Schottländischem Recht aber Minderjährige (vom resp. 14 oder 12ten bis zum 21ten Jahr), wenn sie keinen Curator hatten, und nicht unter väterlicher Gewalt standen, oder wenn sie mit Consens des Vaters oder Curators contrahirten, darauf beschränkt sind, wegen erlittner Läsion (die präsumirt wird) Restitution (vor Ablauf der vier Jahre nach erlangter Grofsjährigkeit) zu impetriren.

Vollgültig verpflichtet ist der Minderjährige nach Schottländischem Recht, wenn er sich *dolose* für majorenn ausgab, oder (welches, auch von dem dritten Inhaber, bewiesen werden mufs) für Nothwendigkeiten des Lebens oder standesgemäfse Erfordernisse contrahirte, oder sich der Contract auf einen von ihm betriebenen Handel bezog. Betrieb der Minderjährige einen Handel,

1) s. oben S. 200 fgg.

2) Thomson S. 2 — 6. Vgl. hinsichtlich der Schottländischen Zahlscheine Chitty S. 327.

3) Manning S. 3, 55. Die Praxis scheint sich erst kurz vor Mittheilung der Privilegien der Wechsel an inländische Wechsel hiefür entschieden zu haben. Chitty S. 11, 12. Vgl. Thomson S. 5.

4) Thomson, S. 222 fgg.

so wird präsumirt, daſs der von ihm ausgestellte Wechsel oder Zahlschein sich darauf bezog, und gegen den dritten Inhaber ist der Beweis des Gegentheils unzulässig. — Nach erlangter Groſsjährigkeit geschehne Stückzahlung enthält weder in England noch in Schottland eine die Einrede der Minderjährigkeit ausschliessende Anerkennung. — Verheyrathete Frauenspersonen sind contractsunfähig, doch unter mehreren Beschränkungen. — Ob Corporationen, die kein besonderes Privilegium dazu besitzen, anders als mittelst eines besiegelten Contracts sich obligiren können, ist in England controvers; in Schottland ist ihre Befugniſs unbezweifelt [1]).

1) Thomson S. 222 fgg. Chitty S. 13 fgg. Glen S. 43, 44. Für Corporationen und Bankiers-Gesellschaften — mit Ausname der Bank von England und der Ostindischen Compagnie — gilt folgende Beschränkung, 6 Ann. c. 22. s. 9, 15. Geo. 2. c. 13. s. 5.:

„That it shall not be lawful for any body politic or corporate whatsoever, or for any other persons whatsoever, united, or to be united in covenants, or partnership exceeding the number of six persons, in England, to borrow, owe, or take up any sum or sums of money, on their bills or notes payable at demand, or at any leſs time than six months from the borrowing thereof, during the continuance of the privilege of exclusive banking granted to the governor and company of the Bank of England.“

Doch bezieht sich diese Beschränkung nicht auf andre Handelsgesellschaften, da ihr Zweck nur der ist, die Bank von England gegen mit ihr rivalisirende Banken zu schützen. (Entscheidung der King's Bench in Wigan c. Fowler u. Andre.) Chitty S. 15. — Ein genereller Gesellschafter verpflichtet, in der Regel, die Gesellschaft durch im Namen derselben geschehne Ausstellung, Acceptation, oder Indossirung eines Wechsels oder Zahlscheins. (Auf Beweis, daſs das Verfahren des Gesellschafters dem Gesellschaftsvertrag zuwider war, muſs jedoch der Kläger, in England, darthun, daſs er Valuta gezahlt habe.) Chitty S. 29 fgg., 174. In Schottland unbedingt. Thomson S. 264 fgg. Nach einer Englischen Entscheidung, in Mason c. Rumsey, 1

Hinsichtlich der mit Personen, die einem feindlichen Staate angehören, (*alien enemy*) geschlossenen Contracte gibt Thomson [1]) folgende Erörterung: „Alle mit einer einem feindlichen Staate angehörigen Person während eines Kriegs geschlossene Contracte sind rechtswidrig Es ist daher in England entschieden worden (Willieson c. Pattieson und Andre, 7 Taunt. 439.), daſs ein während eines Kriegs von einem feindlichen Unterthan auf einen Kaufmann in London gezogner und von dem Trassanten und Remittenten an einen sich damals in feindlichem Lande aufhaltenden Brittischen Unterthan, welcher mit der ursprünglichen Natur des Contractes bekannt war, indossirter Wechsel nicht einmal nach Rückkehr des Friedens von dem Indossatar eingeklagt werden konnte. Auf den nämlichen Grund ist in Schottland entschieden worden (Johnson und Wright c. Goldsmid und Andre, 15 Febr. 1809. F. C.), daſs, wenn von einem Brittischen Unterthan acceptirte Wechsel von dem Inhaber, einem feindlichen Unterthan, an einen andern Brittischen Unterthan übertragen sind, welcher sie annimmt, nachdem ihm die Kriegserklärung zwischen der Regierung des Indossanten und seinem Vaterland kund geworden ist, Letztrer keine Klage darauf anstellen kann; indem dafür gehalten ward, daſs er durch Uebernahme der Wechsel, welche, wie er wuſste, feindliches Eigenthum waren, sich selbsten zum Werkzeuge machte, wodurch der feindliche Unterthan sein Recht in unsern Gerichten verfolgte. In einem spätern Falle (Carron c. Cowan u. Co. 28 Nov. 1809.

Camp. 384, — deren Anwendbarheit in Schottland Thomson S. 254, 270. bezweifelt (doch s. Glen S. 120.) — ist die von einem Gesellschafter schlechthin unter seinem eignen Namen geschehne Acceptation eines auf die Gesellschaft gezognen Wechsels für letztre bindend. Chitty S. 39.

1) S. 139 — 141.

F. C.), wo der Acceptant eines an einen feindlichen Unterthan zahlbaren Wechsels von einem Indossanten (*indorser*, — sollte wohl heiſsen: *indorsee*) belangt ward und dieser zugab, daſs er den Wechsel zum Behuf des Remittenten inne hatte, wollte das Gericht nicht einmal dem Antrag auf Cautionsleistung für den Betrag, bis zu Eintritt des Friedens, willfahren, sondern es sistirte schlechthin das Verfahren. Nach einer ähnlichen Ansicht soll in einem andern Falle (Wright c. Hutcheson, 17 Jan. 1810. F. C.) entschieden worden seyn. In allen diesen Fällen war der Brittische Indossatar mit der ursprünglichen Rechtswidrigkeit des Contractes bekannt, und ward daher sein Recht für eben so unkräftig gehalten, als das des ursprünglichen Gläubigers; und, in dem ersten Falle, wurde ihm nicht einmal nachgelassen, nach Rückkehr des Friedens daraus zu klagen. Der Platz, wo der Wechsel gezogen ist, und die Namen der Interessenten werden oft eine hinreichende Anzeige für Jedermann, von der wahren Natur eines solchen Contractes, enthalten. Wenn aber nicht erhellt, daſs der Indossatar wuſste, daſs der ursprüngliche Remittent oder derjenige, von dem er den Wechsel oder Zahlschein erhielt, ein feindlicher Unterthan war, möchte er ein gutes Klagrecht haben, da die Ausschliessung der ursprünglichen Interessenten nur auf ihre besondre und persönliche Eigenschaft, als Angehörige eines feindlichen Staates, begründet ist. Dasselbe ist überhaupt kein Grund gänzlicher Nichtigkeit, wonach sie kein Recht hätten, das sie an Dritte übertragen könnten, sondern es ist vielmehr eine persönliche Einwendung, die sie von dem Genusse des Rechtes ausschlieſst. Es ist ferner entschieden worden, mittelst einer Ausnahme von vorstehenden Regeln, daſs ein Brittischer in feindlichem Lande sich aufhaltender Unterthan, z. B. ein Kriegsgefangener, an einen andern sich dort aufhaltenden Brittischen Unterthan (Antoine c. Moirhead, 6 Taunt. 237.), oder an eine andre dem

feindlichen Staate nicht angehörende Person (Houriet c. Morris, 3. Camp. 303.) einen Wechsel oder Zahlschein gültig ausstellen könne. Ja, wenn ein solcher Wechsel oder Zahlschein von dem Remittenten, im gewöhnlichen Lauf der Negotiation, an einen feindlichen Unterthan indossirt ist, z.B. von einem Englischen Gefangnen in Frankreich an einen Französischen Bankier, oder wenn sogar ein Gefangner einen Wechsel zahlbar direct an einen feindlichen Unterthan auf eine Person in diesem Lande (England) ziehen sollte (Daubuz c. Moirhead, 6 Taunt. 332.), wird der Titel des Letztern für gut erachtet, so daſs, obwohl er nicht während des Krieges klagend auftreten kann, er oder eine für ihn handelnde Person (ebendas.) dasselbe nach Rückkehr des Friedens thun kann (Antoine c. Moirhead, cit.). Dieser Satz indeſs, so fern er den Rechtsgrund des Indossatars betrifft, scheint auf den Umständen des Falles beruht zu haben (durch Gibbs, O. R., in Antoine c. Moirhead, und auch in Bezugnahme darauf in dem folgenden Falle Willieson c. Pattieson, p. 283. oben), da die Negotiation solcher Wechsel mit Französischen Bankiers, gleich wie die Trassirung derselben, damals für den Unterhalt der Englischen Gefangnen in Frankreich nöthig war; und abgesehen von einem solchen Falle der Nothwendigkeit, scheint es nicht, daſs die Indossirung eines ursprünglich gültigen Wechsels oder Zahlscheins, an einen feindlichen Unterthan, diesem einen guten Rechtsgrund geben könne, worauf er, obwohl erst nach Rückkehr des Friedens, eine Klage begründen könnte. Dieſs Ereigniſs mag das auf einem guten Titel beruhende Klagrecht des Inhabers wieder aufleben machen, obwohl es, so lange er ein feindlicher Unterthan bleibt, suspendirt, oder vielmehr an die feindliche Regierung übertragen ist (durch Gibbs O. R. in Antoine c. Moirhead, cit.); aber es kann keinen schlechten Titel in einen guten verwandeln."

Als Mandatare Andrer, können jederley Personen, wenigstens so fern sie nicht aufser dem Schutze des Gesetzes sind, zu Ausstellung von Wechseln u. s. w. gebraucht werden [1]).

Wesentlich ist, nach Entscheidungen Englischer und Schottländischer Gerichte, dafs die in dem Wechsel oder Zahlschein übernommne Verbindlichkeit sich auf eine Geldzahlung beziehe, auch die Bezeichnung der Geldsumme, gleichwie die in der Urkunde enthaltne Benennung des Gläubigers und Schuldners, von keiner Bedingung abhängig, und in jeder Hinsicht bestimmt sey [2]).

1) Chitty S. 23, Thomson S. 246.

2) Vgl. Glen S. 52. fgg. Alternative Bezeichnung zweyer Personen als Gläubiger, oder Schuldner, ist ein Ungültigkeitsgrund (Thomson S. 24, 59, 93, doch vgl. mit S. 97.). Alternative Benennung mehrerer Trassaten schadet dagegen der Gültigkeit des Wechsels nicht. (Thomson S. 357, 358.) Ein Wechsel oder Zahlschein kann an den Inhaber zahlbar gestellt seyn. (Thomson S. 97.) Ist in dem Wechsel oder Zahlschein Platz für den Namen des Gläubigers gelassen, so gilt er als an den Inhaber zahlbar, sofern der Besitzer seinen Namen ausfüllen kann. (Thomson S. 94, 282.) Ein an die Ordre einer Person zahlbarer Wechsel oder Zahlschein gilt als an diese Person oder ihre Ordre zahlbar. (Chitty S. 359, Thomson S. 101, 102.) Wenn das Ereignifs, auf welches das Instrument zahlbar gestellt ist, nothwendig eintreffen mufs, so ist, nach Entscheidungen Englischer Gerichte, gleichgültig, wie lange die Zahlung in suspenso seyn mag. (Chitty S. 48.) In Schottland existirt keine bestimmte Praxis hinsichtlich des Falls, wenn der Zeitpunkt ungewifs ist, in welchem sich das Ereignifs, wovon die Zahlbarkeit abhängt, verwirklichen wird. Vgl. Thomson S. 30 — 33. Er sagt S. 33. in diesem Anbetracht:

„The only rule which can be stated is, that such a term or mode of payment, as has been now mentioned, shall form a ground of nullity, when it indicates the intention, or necessarily has the effect of converting the bill or note from

Die Erwähnung der empfangnen Valuta ist nur in England, bey Zahlscheinen und inländischen Wechseln, und zwar in so fern wesentlich, als davon der Regrefs unter den Acten 9 u. 10 W. III. c. 17. und 3 u. 4. Ann. c. 9. abhängt. — Die Präsumtion streitet stets dafür, dafs der Inhaber (Remittent oder Indossatar) Eigenthümer sey, — falls nicht „Werth in Rechnung" angegeben ist [1]).

Ehe in Schottland die Privilegien der Wechsel durch die sechsjährige Präscription beschränkt wurden, behielt man dort mehrere Folgesätze des frühern Princips bey, wonach jene Bevorzugung nur wirklichen Handelsgeschäften zustehen sollte. Doch konnte daraus gegen den dritten Inhaber nie eine Einrede entnommen werden. Nach neuerem Schottländischem Recht scheint jedes Geschäft *inter vivos* als dem Wechsel oder Zahlschein zum Grunde liegende *Causa* hinreichend. Nach Englischem Recht wird bezweifelt, ob eine Schenkung zu demselben Behufe hinreiche [2]).

Mangel des gesetzlichen Stempels involvirt Nichtigkeit [3]). Das zu einem Wechsel u. s. w. bestimmte Papier mufs bey Strafe von 50 Pfd. und Nichtigkeit der

a temporary document into a permanent security. This rule must be applied according to the circumstances of each particular case."

Hinsichtlich eines dem Wechsel oder Zahlschein beigefügten Memorandum, — welches in England so wenig als in Schottland eine Einrede gegen den dritten Inhaber zu begründen scheint: Thomson S. 13, 14.

1) Thomson S. 102. fgg. (doch s. denselben S. 105, 106.)

2) Thomson S. 21 — 30. Chitty S. 72, 73.

3) Chitty S. 58. Thomson S. 486. Stempelacte Sect. 10. — Die Acte 22 Geo. 3. c. 33. ist das älteste Stempelgesetz; früher waren Wechsel u. s. w. durch 5. W. u. M. c. 21. S. 5., ausdrücklich von aller Stempelabgabe befreit. Den hieher gehörigen Theil der dermaligen Stempelacte s. oben S. 242. fgg. In der Schrift:

Urkunde, gestempelt werden, ehe der Wechsel u. s. w. darauf geschrieben wird [1]). Aufserhalb Grofsbritanniens ausgestellte Wechsel, die in Grofsbritannien verhandelt oder bezahlt werden, unterliegen keinem dasigen Stempel; anders bey Zahlscheinen [2]).

„Wechsel- oder Zahlscheine, welche von dem Acceptanten bezahlt worden sind, vor oder nach der Zahlungszeit, sind *functae officio,* und können nicht wiederholt ausgegeben werden, nicht einmal mit der Wirkung, dafs dadurch ein gültiger Anspruch in den Händen eines in *bona fide* versirenden onerosen Indossatars begründet würde (55. Geo. III. c. 184. §. 19. — oben S. 250. — Siehe Holroyd c. Whitehead, 1 Marsh. 128.), ausgenommen indefs Zahlscheine, die an den Inhaber auf Anfordern zahlbar sind, für eine 100 Pfd. nicht überschreitende Summe, welche nach der Zahlung wiederholt ausgegeben werden können, wenn sie am Anfang gehörig gestempelt waren (ebendas. §.14., oben S. 245.) Aber ein Wechsel oder Zahlschein, der von einer andern Person, als dem Acceptanten, zurückgezogen ward, ehe er verfiel, und der vor dieser Zeit an einen onero-

Nützliche Bemerkungen bei der Einleitung und Führung kaufmännischer Geschäfte in und mit England. Herausgegeben von C. C. Becher. Hamburg 1820. S. 13.
wird behauptet, Wechsel, welche in England auf einen unrichtigen Stempel gezogen seyen, würden dadurch ungültig, selbst wenn der Stempel höher sey, als ihn das Gesetz für die bezogne Summe fordre. Dagegen s. §. 10. der Stempelacte von 1815. (oben S. 243). Ueber das ältere Recht hinsichtlich dieses Punktes s. Thomson S. 42. Not. 5. Selbst in dem Ausnahmsfalle des §. 10. cit. ist nachträgliche Stemplung zulässig. (Thomson S. 44. Chitty S. 56.)

1) Chitty S. 55, 56. Thomson S. 42. fgg. Doch kann hieraus, nach einer Englischen Entscheidung Wright c. Riley, gegen den in *bona fide* befindlichen dritten Inhaber keine Einrede entlehnt werden.

2) Chitty S. 52, 54. Stempelacte Sect. 29 (oben S. 256.)

sen und *in bona fide* befindlichen Inhaber indossirt ward, wurde, da sich auf ihm keine die geschehene Zahlung anzeigende Bemerkung befand, in den Händen des Indossatars als hinreichend zu Begründung eines gültigen Anspruchs erachtet (Burridge c. Manners, 3 Campb. 194.). In Schottland scheint aus mehreren nachher zu erörternden Entscheidungen zu folgen, daſs der Indossatar einen gültigen Anspruch haben würde, wenn auch der Wechsel oder Zahlschein in dieser Weise nach der Zahlungszeit an ihn indossirt worden wäre." [1])

Angabe des Ortes und Datums der Ausstellung ist, an sich, nicht wesentlich [2]). Die Postdatirung unterliegt nach der Stempelacte Sect. 12 [3]) unter Umständen [4]), auſser Nichtigkeit der Urkunde, einer Strafe von 100 Pfd. In der Regel dagegen ist Ante- oder Post-Datirung erlaubt [5]).

1) Thomson S. 293. — Das Verhältniſs des in *bona fide* befindlichen Indossatars möchte wohl nach Analogie des unten S. 291. Not. 1. hinsichtlich einer ähnlichen Umgehung des Stempelgesetzes Bemerkten zu beurtheilen seyn.

2) Thomson S. 74, 75, 82, 83. (Doch s. Glen S. 68.) Die Acte 17. Geo. 3. c. 30, welche bei Wechseln oder Zahlscheinen von 20 Sch u. unter 5 Pfd den Ort der Ausstellung, das Datum (und zwar mit Gestattung der Antedatirung) und den Wohnort des Gläubigers, nebst der Mitunterschrift eines Zeugen, erfordert, und wonach dieselben auf nicht längre Zeit als 21 Tage Dato gestellt werden dürfen, leidet in Schottland keine Anwendung. Thomson S. 83. Eine Ausnahme von jener Acte gilt zu Gunsten der Bank von England, 37. Geo. 3. c. 28. (oben S. 224.), und überhaupt bei Zahlscheinen, die an den Inhaber auf Anfordern zahlbar sind, 37. Geo. 3. c. 32. (oben S. 224, 225.)

3) s. oben S. 243.

4) sofern nämlich eine Umgehung des Stempels beabsichtigt ward, dessen Höhe sich zum Theil danach bestimmt, ob für die Zahlung ein längrer Termin, als zwey Monat nach Dato oder 60 Tage nach Sicht, besimmt ist, oder nicht.

5) Chitty S. 124. führt eine Entscheidung der Kingsbench in

Die Ausstellung oder Acception eines Wechsels kann gültig an einem Sonntag geschehen [1]).

Wer *in bianco* ein mit einem Wechselstempel versehnes Papier unterzeichnet, haftet, nach Englischen und Schottländischen Entscheidungen, für jede dem Stempel gemäſse Ausfüllung [2]).

Pasmore c. North an, wo, bey einer Regreſsklage des Indossatars gegen den Trassanten, ein postdatirter Wechsel für gültig erkannt ward, obwohl der Remittent, welcher den Wechsel vor der Zeit, worauf das Datum desselben lautete, indossirt hatte, längst vor dem auf der Urkunde angegebnen Datum gestorben war. Thomson S. 82. sagt hinsichtlich desselben Falls: «Das Datum ist in keiner Hinsicht wesentlich, ausser sofern sich danach die Zahlungszeit bestimmt; in einem Falle daher (Pasmore c. North 13. East. 517.), wo der Wechsel, in diesem Anbetrachte, postdatirt war, hielt das Gericht (Kingsbench) dafür, daſs die Zahlungszeit auf das Datum des Wechsels Bezug habe, da sie auf diese Art eben so bestimmt war, als wenn der Wechsel (welcher sieben Tage postdatirt war, und fünf und sechszig Tage nach Dato zahlbar lautete) zwey und siebzig Tage nach dem wirklichen Datum zahlbar gestellt wäre. Es folgt aus dieser Entscheidung, daſs ein postdatirter Wechsel oder Zahlschein gültig seyn wird, wenn auch der Trassant oder Aussteller vor Eintritt des darin bezeichneten Tages sterben sollte. Wirklich scheint diese gemeinrechtliche Befugniſs, zu postdatiren, durch die statutarischen Beschränkungen derselben (s. vorherg. Seite) und durch eine Verfügung in 17 Geo. 3. c. 30. (s. oben S. 212.) anerkannt zu seyn.»

1) Chitty S. 59. Thomson S. 78, 79. A. M. Becher a. a. O. S. 13.

2) Thomson S. 68. Vgl. S. 59. fgg. S. 83. 93. fgg. 366. Chitty S. 124.

Eben so, wenn jemand seinen Namen auf einen Wechsel oder Zahlschein, als Aussteller, Acceptant, oder Indossant, setzt, worin die Summe so geschrieben oder solcher freyer Raum dabey gelassen ist, daſs sie in eine höhere umgeändert werden kann, ohne dem Instrument, bey einer gewöhnliche Aufmerksamkeit anwendenden Person, ein verdächtiges Ansehen zu geben, — haftet der Unterzeichner dem in gutem Glauben befindlichen Inhaber für die erhöhte Summe. Thomson S. 84. unter Anführung von Präjudicaten.

Jede, nicht unwesentliche, Abändrung in dem Wechsel oder Zahlschein, nach Aushändigung desselben, vernichtet, nach Englischem und Schottländischem Recht, — so fern sie nicht blofs Correctur eines Irrthums ist, — die Kraft des Instruments, — doch hinsichtlich eines onerosen Indossatars nur in so fern, als die Abändrung sichtbar ist [1]).

Die Unterschrift des Ausstellers ist nach Englischem Recht nicht wesentlich, wenn er seinen Namen in dem Context des Wechsels oder Zahlscheins einschaltete [2]).

Das in Schottland auf Wechsel und Zahlscheine stattbafte summarische Verfahren setzt voraus, dafs der Beklagte entweder selbst unterschrieb, oder statt seiner zwey Notare mit vier Zeugen [3]).

Wenn gleich in England und Schottland keine bestimmte Form des Wechsels oder Zahlscheins vorge-

1) Thomson S. 205-211.

Selbst mit Einwilligung sämmtlicher Interessenten kann die Abänderung, wegen der Stempelgesetze, nicht gültig geschehen. — Chitty S. 100. fgg. erklärt das Instrument unbedingt, auch hinsichtlich des dritten in gutem Glauben befindlichen Inhabers, für nichtig. Thomson interpretirt die hierauf bezüglichen Entscheidungen in der im Text angegebnen Weise. — Chitty S. 105. allegirt eine Entscheidung Paton c. Winter, wonach ein Wechsel, dessen Zahlungszeit von dem Trassaten bey der Acceptation von einem Monat in zwey Monate verändert war, dennoch, hinsichtlich des Acceptanten, für gültig erkannt ward. Aber nach einer von Thomson S. 214. Not. 1. angeführten Aeusserung des Lord Ellenborough in Walton c. Hastings war in Paton c. Winter die aus dem Stempelgesetze zu entnehmende Einrede nicht vorgebracht worden, und wäre, wenn sich der Beklagte darauf berufen hätte, der Wechsel für nichtig erklärt worden.

2) Chitty S. 89. Thomson S. 49.

3) Thomson S. 48 — 59, 595, wo zugleich darüber, in wie fern nach Schottländischem Recht die Unterschrift, im ordentlichen Prozesse, ausserwesentlich ist.

schrieben ist, so erfordert man doch, in Schottland, als Begründung des summarischen Verfahrens, ein ausdrückliches Zahlungsversprechen [1]).

Zinsen können, sowohl in England als in Schottland, in dem Wechsel oder Zahlschein stipulirt werden. In Schottland schwankte der Gerichtsgebrauch [2]) vor Einführung der sechsjährigen Präscription, da man befürchtete, dafs auf diese Weise jene Instrumente, in Widerspruch mit ihrer eigentlichen Natur, in bleibende Schuldverschreibungen verwandelt werden könnten. Diese Präscription wird, nach einer neueren Entscheidung (1811, Ferguson c. Bethune), durch Zahlung von Zinsen nicht unterbrochen [3]).

Nach ältern Entscheidungen Schottländischer Gerichte war ein Wechsel, in dem eine Strafsumme auf den Fall der Nicht-Honorirung stipulirt war, nichtig; Thomson ist der Meinung, dafs heut zu Tage eine solche Stipulation für nicht beigefügt erachtet werden und der Gültigkeit des Wechsels oder Zahlscheins keinen Eintrag thun würde [4]).

Wechsel unter 1 Pfund sind nach Englischem Recht nichtig [5]).

1) Thomson S. 6—8. 15.

2) Hinsichtlich des Falls, wenn Zinsen vom Datum des Wechsels an versprochen waren; denn vom Zahlungstermin an laufen dieselben bereits *ex lege*.

3) Thomson S. 15 - 20., 683., zugleich unter genauer Angabe der verschiednen gerichtlichen Entscheidungen in Schottland. — Glen S. 61 — 64.

4) S. 20, 21. Er bemerkt, dafs 1741 und 1760 die Stipulation einer „*penalty conform to law*" *pro non adjecta* gehalten worden sey, da dem Gesetz eine solche Strafsumme unbekannt sey; die Worte „*conform to law*" seyen aber stets zu subintelligiren.

5) 48. Geo. 3 c. 88. S. 2. (oben S. 232.) Das Statut 15. Geo. III. Cap. 51. enthielt bereits die nämliche Verfügung (s. ob. S. 209.), und am Ende des zweyten Abschnitts der Acte 17. Geo. III. Cap. 30. (oben S. 216.) beruht das Wort „*not*" ohne Zweifel auf einem Druckfehler, der sich jedoch nicht nur bei Cunningham, sondern auch in dem Abdruck derselben Acte bei von Martens, a. a. O. S. 254, findet.

Chitty [1]) äufsert in Betreff der Wechselduplicate: „Inländische Wechsel, Anweisungen und Zahlscheine bestehen nur aus Einem Exemplare; aber ausländische Wechsel bestehen in der Regel aus mehreren Exemplaren, damit der Inhaber, der eines derselben verlohren hat, das Geld auf das andre erhalten könne. Jedes Exemplar enthält die Bedingung, dafs es bezahlt werden solle, wenn die andern unbezahlt seyen; übrigens sind sie sämmtlich von dem nämlichen Inhalt. Diese Bedingung sollte in jedem Exemplar eingeschaltet werden und, in jedem derselben, jedes andre Exemplar erwähnen; denn, wenn jemand, der beabsichtigt, drey Exemplare auszustellen, die Bedingung in dem ersten wegliefse, und dem zweyten eine nur des ersten gedenkende Bedingung einschaltete, und nur in dem dritten die beyden andern erwähnte, so könnte er vielleicht in einigen Fällen verbunden seyn, dieselben sämmtlich zu bezahlen; denn es würde keine Einwendung gegen eine auf das zweyte von Seiten eines in gutem Glauben befindlichen Inhabers angestellte Klage seyn, dafs er das dritte bezahlt habe, noch gegen eine Klage auf das erste, dafs er eines der andern bezahlt habe. [2]) Doch ist vielleicht eine Auslassung nicht wesentlich, die nach dem offen vorliegenden Inhalt der Bedingung nothwendig aus einem Mifsgriff entstanden seyn mufs, — wenn etwa in der Aufzählung der verschiednen Exemplare eines der mittleren ausgelassen wäre, z. B. „Zahlen Sie diesen meinen Ersten, Zweyter und Vierter unbezahlt.“

Thomson [3]) bemerkt hinsichtlich desselben Gegenstandes:

1) S. 62.
2) „Davidson c. Robertson 3. Dow. 218, 228.“
3) S. 87, 88.

„In inländischen Wechseln ist der Zahlungsauftrag absolut, und gleichermaſsen in ausländischen Wechseln, mit einer einzigen Ausnahme. Diese beruht auf dem Umstande, daſs fremde Wechsel in der Regel aus verschiednen Exemplaren oder Abschriften (parts or copies)[1]) bestehen (die zusammen ein sogenanntes set bilden), damit, wenn eines derselben verlohren geht, der Inhaber auf das andere Zahlung erlangen kann. Aber jedes Exemplar muſs die Bedingung enthalten, daſs es nur in dem Falle zahlbar sey, wenn die andern Exemplare unbezahlt seyn sollten. Denn, wenn jemand diese Bedingung in dem ersten Exemplar weglieſse, und sie in dem zweyten nur mit Bezug auf das erste einschaltete, und in dem dritten nur mit Bezug auf die zwey vorhergehenden (welches die von mehreren Schriftstellern anempfohlne Methode ist), so könnte er vielleicht verbunden seyn, dieselben sämmtlich zu bezahlen; indem es keine Einwendung gegen einen in gutem Glauben befindlichen Inhaber des zweyten seyn würde, daſs er das dritte bezahlt habe, oder gegen einen solchen Inhaber des ersten, daſs er eines der andern bezahlt habe [2]).“

1) Auch diese Umbestimmtheit des Ausdrucks, welche die Wechselduplicate mit den Wechselabschriften zu confundiren scheint, zeigt, wie wenig diese Materie zur Zeit noch in England oder Schottland wissenschaftlich behandelt ist. Aus der bereits im Jahr 1807 zu Frankfurt am Main (mit dem Motto: Les loix dans la signification la plus étendue, sont les rapports nécessaires *qui dérivent de la nature des choses*) erschienenen classischen Schrift:

Ueber Wechselduplicate, Wechselabschriften und einige verwandte Gegenstände,

(welche auch Jacobsen im Umriſs des Englischen Wechselrechts S. 22. mit verdientem Beifalle erwähnt) hätten die richtigen Principien über diesen Gegenstand geschöpft werden können.

2) „Dieses Princip wurde in einer Appellation von dem Court of Session, Davidson c. Robertson. 3 Dow. 319., anerkannt, in-

In den von Chitty und Thomson gelieferten Formularen von Primawechseln findet sich daher wirklich die Clausula cassatoria hinsichtlich der späteren Exemplare [1]); eben so in den bey Glen [2]) und, mit Einer Ausname, in den bey Kyd[3]) vorfindlichen Formularen [4]).

Wenn in Groſsbritannien ein Wechsel nicht als Solawechsel ausgestellt wird, so müssen alsbald mehrere Exemplare ausgefertigt werden, da der Wechsel-

dem das Haus der Lords entschied, daſs, da zwey (obwohl sich auf das nämliche Geschäft beziehende) Wechsel absolut zahlbar gemacht waren, ohne gegenseitige Bezugnahme, und in die Hände verschiedner oneroser Inhaber kamen, eine Klage auf jeden derselben gegen sämmtliche Verpflichtete begründet war."

1) s. oben S. 274, 275.

2) Pag. 32, 397.

3) Stewart Kyd. A Treatise on the law of bills of exchange and promissory notes. The third edition. London 1795. Pag. 13 fgg.

4) Kyd äusert sich übrigens nicht über das Erforderniſs der Clausula cassatoria. Glen S. 28. betrachtet dieselbe unbedingt als wesentlich. Die Ansicht, daſs in den früheren Exemplaren die Clausula cassatoria, hinsichtlich der spätern einzurücken sey, findet sich z. B. auch in Bode de cambiis. Marburgi 1646. Thes. VI. Lit. B, C, welcher sich deshalb mit Unrecht auf Scaccia bezieht. — Aber s. Ueber Wechselduplicate u. s. w. S. 5. Not. Es wird dadurch der Anwendung der Wechselduplikate, in mehreren Hinsichten, ein bedeutendes Hinderniſs in den Weg gelegt, da nicht voraus zu bestimmen ist, wie viele Exemplare verlohren gehen können. So behauptet Thomson S. 347, 348. mit voller Consequenz, daſs Duplicate, sofern man deren Ausstellung nicht gleich Anfangs vorausgesehen und daher in den vorderen Exemplaren ihrer nicht bereits gedacht habe, nur gegen Cautionsleistung gegeben werden könnten. — Daſs die Niederländische W. O. nicht in den frühern Exemplaren die clausula cassatoria hinsichtlich der spätern erfordert, geht aus Art. 61. hervor. — Einen Miſsbrauch der unbeschränkten Verbindlichkeit des Trassanten zu Liefrung der Duplicate fürchtet Van Tiehoven S. 48., wohl ohne Grund.

stempel danach regulirt ist, und jedes Versehen gegen die Stempelordnung Nichtigkeit involvirt. — In den bey Beawes[1]) vorfindlichen Formularen Englischer Primawechsel ist keine clausula cassatoria enthalten, — vielleicht, weil zur Zeit der ersten Ausgabe der Lex Mercatoria rediviva (1751) in England noch kein Wechselstempel existirte.

Die Entscheidung in Davidson c. Robertson, worauf sich Chitty und Thomson berufen, betraf einen Schottländischen Rechtsfall; aus der kurzen Angabe, bey Thomson, geht nicht hervor, ob der fragliche Wechsel ein inländischer oder ein ausländischer war; — eben so wenig, ob die beyden Ausfertigungen als Prima und Secunda bezeichnet waren; vielmehr möchte man danach das Entgegengesetzte vermuthen. Unter letztrer Voraussetzung war die Entscheidung des Oberhauses sehr begründet, da nur die Zahlenbezeichnung die Identität beyder Ausfertigungen beurkunden konnte. [2])

Der Grundsatz: „Jedes zuerst zur Vollziehung kommende Exemplar nimmt allen frühern und spätern die Kraft", springt aus der Zahlenbezeichnung der Duplicate als klare Folge so deutlich in die Augen, dafs sogar ein Wechselsteller, der sich begnügen würde zu schreiben:

Zahlen Sie gegen diesen { Prima / Secunda / Tertia / u. s. w. } Wechselbrief

1) Lex Mercatoria Rediviva. The fifth edition. London 1792. Pag. 474 fgg.

2) Denn die Erscheinung zweyer gleichlautenden und doch verschiednen Wechsel ist nichts Seltnes, — wie in der Schrift:
Ueber Wechselduplicate u. s. w. S. 5.
erinnert wird. — In dem Schottländischen Präjudicat Lambton et Co. c. Marshall (von 1799) wurde dagegen, nach Glen S. 154 fgg., unstreitig die clausula cassatoria als in der Prima wesentlich betrachtet.

seinen Endzweck erreichen müfste, da durch die Zahlenbezeichnung selbst die Clausula cassatoria hinlänglich ausgedrückt ist. [1])

In dem Statut 9 und 10. Wilh. 3. c. 17. S. 3. [2]) ist verordnet: „Dafs wenn ein solcher inländischer Wechsel binnen der für die Zahlung desselben bestimmten Zeit verlohren gehen oder abhanden kommen sollte, der Trassant schuldig ist und seyn soll, einen andern Wechsel von gleichem Inhalt mit dem zuerst gegebenen zu liefern; während die Person, der sie überliefert werden, auf Verlangen dem Trassanten Sicherheit gibt, ihn schadlos zu halten, falls der angeblich verlorne oder abhanden gekommene Wechsel wieder gefunden würde." Nach dem Worte "solche" möchte es scheinen, dafs diefs Statut sich nicht auf alle Wechsel, sondern nur auf die

1) Worte derselben Schrift S. 5. 6, Note.

Das französische Handelsgesetzbuch Art. 147. (eben so Art. 61. der Niederländischen W. O.) verordnet:

„Le payement d'une lettre de change fait sur une seconde, „troisième, quatrième etc., est valable lorsque la seconde, troi-„sième, quatrième etc., porte que ce payement annule l'effect „des autres."

Vincens Tom. II. pag. 273, 274. bemerkt, dafs, obwohl das Gesetz bei den spätern Exemplaren diese Clausel fordere, „le commerce la croirait suffisamment sous-entendue, quand même elle ne serait pas écrite." Dieselbe Critik des Art. 147. findet sich bei Mongalvy et Germain T. I p. 247.

Die Französische Ordonnance von 1673. Tit. V. Art. 18. scheint den wahren Begriff der Wechselduplicate gänzlich zu verkennen, und Art. 147 des Französischen Handelsgesetzbuchs enthält eine noch übrige Spur dieses Mifsverständnisses.

Die Sardinische W. O. von 1770 (Leggi e costituzioni II. 16. 3. §. 17.) verordnet ausdrücklich, dafs der einzige Unterschied zwischen den verschiedenen Wechselexemplaren in der Bezeichnung als Prima, Secunda u. s. w. bestehe (vergl. Baldasseroni Leggi e costumi del cambio. Terza edizione. In Modena 1805. I. pag. 125, 126.) So auch die neue Dänische W. O. §. 15.

2) Diefs Statut spricht von Wechseln, worin der Empfang der Valuta ausgedrückt, und die Verfallzeit auf gewisse Zeit nach Dato bestimmt ist. — S. dasselbe oben S. 175 fgg.

besondern darin erwähnten Wechsel beziehe, namentlich solche, worin der Empfang der Valuta ausgedrückt ist, und die nach Dato zahlbar sind; doch ist bemerkt worden [1]), dafs die Billigkeit des Statuts auch Indossamente befassen möchte, und dafs die Acte 3 und 4 Anna c. 9., welche auf Zahlscheine die gleichen Rechtsmittel gestattet, wie sie damals auf inländische Wechsel Statt fanden, [2]) das Statut von König Wilhelm auf Zahlscheine erstrecken möchte. [3]) "

Acceptation.

Art. 13. Auch in England und Schottland pflegt der Wechsel vier und zwanzig Stunden, oder bis zum nächsten Tag, in den Händen des Trassaten gelassen zu werden, um nachzusehen, ob er Fonds von dem Trassanten in Händen habe, — falls nicht während dieser Zeit die Post abgeht, womit die Nicht-Anname notificirt werden kann. [4])

Die Acceptation kann gültig auch nach Verfall geschehen, in welchem Falle der Acceptant auf Anfordern zu zahlen schuldig ist. [5])

Art 14. Wer liquid eine dem Betrag des Wechsels gleichkommende Summe dem Trassanten schuldet, ist nach Schottländischem Recht verbunden, den auf ihn gezognen Wechsel zu acceptiren. [6])

1) "Bayley 52. Kyd 152."
2) Oben S. 185.
3) Chitty S. 151, 152.
4) Chitty S. 164. Thomson S. 358, 445.
5) Thomson S. 359.
6) Thomson S. 382, 383, — ohne Anführung von Autoritäten. Er fügt bei:

"In Wirklichkeit ist die Uebertragung der Fonds (the assignment), ohne seinen Consens, durch die Tratte und den Acceptationsprotest vollendet (— Schottländisches Recht, —

Die Verbindlichkeit des Acceptationsversprechens ist in Schottland unbestritten. [1]) Art. 15.

Nach Englischem Recht kann bei ausländischen Wechseln davon keine Frage seyn, da bei solchen das Acceptationsversprechen als wirkliche Acceptation gilt. [2]) Das Gesetz von 1821. [3]), welches zur Gültigkeit der Acceptation eines inländischen Wechsels erfordert, dafs dieselbe auf den Wechsel geschrieben werde, scheint die Kraft des Acceptationsversprechens nicht zu mindern. [4])

Das Gesetz vom Jahr 1821 [5]) verordnet, dafs vom August 1821 an, bei inländischen Wechseln nur eine auf den Wechsel geschriebne Acceptation gültig seyn solle. [6]) In Schottland bestand diefs Requisit Art 16.

s. denselben S. 199 fgg.), und, wenn gleich er, in diesem Falle, von dem Inhaber nur mit einer ordentlichen Klage wird belangt werden können, während ihn die Acceptation einem summarischen Verfahren unterwerfen würde, so kann er doch aus einer solchen Distinction keine gesetzliche Entschuldigung der Nicht-Acceptation entnehmen, da er auf jeden Fall schuldig ist, das Geld zu zahlen, und hierdurch die Nothwendigkeit eines Einschreitens im ordentlichen oder summarischen Processe abzuwenden."

Indefs s. Glen S. 126 — 128. — Der von Thomson a. a. O. angegebne Grund, dafs dem Schuldner die, durch den Wechsel bewirkte, Prorogirung seines Zahlungstermins jedenfalls gleichgültig sey, scheint nicht concludent.

1) Thomson S. 382. Glen S. 122.

Ist der Wechsel bereits ausgestellt, so wird durch das Acceptationsversprechen die Uebertragung der zu Zahlung desselben bestimmten Fonds, an den Inhaber, vollendet. Thomson S. 365.

2) Vergl. Manning S. 16.

3) Oben S. 270.

4) Vergl. Chitty S. 343.

5) s. oben S. 270.

6) 9 und 10. W. 3. c. 17. S. 1. und 3 u. 4. Ann. c. 9. S. 4., welche bereits schriftliche Acceptation inländischer Wechsel verordnen, wurden, in Berücksichtigung der Sect. 9. letztern Statutes, dahin interpretirt, dafs sie, bei unterbleibender Zah-

bereits nach früherem Recht, sowohl bei inländischen als bei ausländischen Wechseln, und das dort auf Wechsel Statt findende summarische Verfahren verhinderte Abweichungen von der Strenge desselben.[1]) In England, wo Wechsel kein summarisches Verfahren begründen, stellte die Praxis ein mündliches, wenn auch nur aus Umständen gefolgertes Versprechen, einen bereits existirenden Wechsel zu acceptiren oder zu zahlen, der wirklichen Acceptation gleich. Thomson[2]) bemerkt in dieser Hinsicht:

„Einmal wurde sogar dafür gehalten, dafs ein Versprechen, noch nicht gezogene Wechsel zu einem gewissen Belauf zu acceptiren, eine gültige Acceptation derselben, wenn sie gezogen würden, sey.[3]) Diese Doctrie ist indefs neulich bezweifelt worden, indem man dafür hielt, dafs jedenfalls ein solches Versprechen nur hinsichtlich desjenigen wirksam seyn könne, der den Wechsel auf den Glauben desselben an-

lung, den Anspruch auf Schadensersatz gegen den Trassanten an diese Voraussetzung binden. Entscheidung der Kings Bench in Lumley c. Palmer. Chitty S. 171. not. e. — Beawes, Nro. 112., (welcher freilich — S. 428 — nicht blofs Englisches, sondern allgemeines Europäisches Wechselrecht zu geben verspricht) betrachtet das Acceptationsversprechen zwar als bindend, aber keineswegs als der Acceptation gleichstehend Manning S. 14. Kyd S. 68 fgg.

1) Thomson S. 362, 363, 50.

2) S. 363, 364.

3) „Pillans c. Van Mierop, 3 Burr. 1663., durch das Gericht der King's Bench, und Lord Mansfield, O. R.; welcher indefs in Pierson c. Dunlop, Cowper 573., seine Ansicht auf den Fall restringirt, wenn ein Dritter verleitet worden ist, den Wechsel auf den Glauben dieses Versprechens zu nehmen.“ (Hinsichtlich des Falles Pillans c. Van Mierop ist zu bemerken, dafs, nach den von Chitty S. 167. darüber gegebnen Notizen, diefs eine Klage des Trassanten gegen den Bezognen war, der sein Versprechen, auf Rechnung eines Dritten acceptiren zu wollen, wegen später ereigneten Falliments dieses Dritten — Schuldners des Trassanten — zurücknahm.)

nahm [1]), und sogar bezweifelt ward, ob es überhaupt als Acceptation gültig sey. [2])"
Ferner [3]):
„Es ist in England gerichtlich entschieden worden, dafs, wenn der Trassat den Wechsel zurückhält und zugleich durch sein ganzes Betragen den Inhaber zu dem Glauben, ihn als acceptirt zu betrachten, veranlafst, dadurch Acceptation involvirt wird."

Hinsichtlich ausländischer Wechsel besteht in England das vor August 1821, geltende Recht nochjetzt [4]).

Eine besondere Form der Worte ist übrigens auch nach Schottländischem Recht zur Acceptation nicht erforderlich; die blofse Namensunterschrift des Trassaten, — etwa mit Beifügung des Worts „acceptirt", oder „gesehen", „präsentirt", — reicht hin. [5])

„Wenn ein Wechsel gezogen ist zahlbar gewisse Zeit nach Sicht, so mufs das Datum der Präsentation

1) „Durch Gibbs, O. R., in Miln c. Prest, 4 Campb. 393, 1 Holt. 181; durch Lord Mansfield, in Pierson c. Dunlop, vorhergehende Note."

2) „Bayley 145, unter Bezugname auf die von Lord Kenyon in Johnson c. Collins, 1 East. 98., ausgesprochne Ansicht, welcher sagt, dafs man die bestehenden Regeln aufs äufserste ausdehne, wenn man ein solches Versprechen hinsichtlich desjenigen, der darauf traute, als Acceptation gelten lasse."

3) S. 369.

4) Thomson S. 364. Kelly, The Universal Cambist. Französ. Uebers. Paris 1823. Tome second. Pag. 3. gibt den Inhalt der bezüglichen Stelle des Englischen Gesetzes von 1821. (welches er in das Jahr 1819 verlegt) irrthümlich dahin an: „que l'acceptation d'une lettre de change, tirée d'Angleterre *ou de pays étranger*, ne serait valable qu'autant qu'elle serait écrite dans le corps ou sur quelque partie de la lettre, si celle-ci en a plusieurs."

5) Thomson S. 367, 368. Vgl. Chitty S. 173, 174.

Eine auf ein unbeschriebnes mit einem Wechselstempel versehnes Papier gesetzte Acceptation ist eben so für die spätre dem Stempel gemäfse Ausfüllung bindend, als in gleichem Falle eine Unterschrift als Trassant oder Indossant. (Chitty S. 169.)

(bey der Acceptation) beybemerkt werden, um den Zahlungstermin zu reguliren. — Beawes No. 266. sagt, in diesem Falle müsse die Acceptation datirt werden. Aber es ist das Datum der Präsentation, welches den Zahlungstermin regulirt, und zwischen diesem und dem Datum der Acceptation kann eine Verschiedenheit Statt finden." [1])

Art. 17. Hinsichtlich der Zeit, binnen welcher ein Wechsel dem Trassaten präsentirt werden mufs, gibt Thomson folgende umfassende Darstellung:

"Es ist ein feststehender Satz, dafs ein Wechsel, welcher an einem bestimmten Tage oder binnen einer gewissen Zeit nach Dato zahlbar ist, in der Regel nicht vor Verfall [2]) präsentirt zu werden braucht. Der Trassant, von dem Zahlungstermin vollkommen unterrichtet, ist schuldig, zu dieser Zeit Fonds zu Deckung desselben bey dem Trassaten zu haben, und es ist seine Obliegenheit, die Acceptation zu sichern, wenn der Wechsel präsentirt werden sollte, indem er dem Trassaten entweder Fonds übermacht, oder Sicherheit gibt, dafs ihm die Fonds vor dem Zahlungstermin übermacht werden sollen [3]) Diese Regel leidet indefs eine Aus-

1) Thomson S. 368. Ist der Acceptation eines solchen Wechsels das Datum nicht beygefügt, so gilt sie, vorbehältlich des Gegenbeweises, als am Tage der Ausstellung des Wechsels geschehen. Thomson S. 81, 627.

2) d. h. nicht vor dem letzten Respittage. Glen S. 108. Thomson S. 481.

3) Chitty S. 158, 159. bemerkt, hieher gehörig, nach Anführung mehrerer Englischen Präjudicate und Aussprüche Englischer Schriftsteller:

„Der siebente Abschnitt der Acte 3 und 4. Anna C. 9. — oben S. 192 — verordnet, dafs, wenn der Inhaber den ihm zu Erhaltung der Zahlung obliegenden Verpflichtungen nicht dadurch nachkommt, dafs er die Acceptation und Zahlung des Wechsels zu erhalten versucht, und wenn er nicht wegen Nicht-Acceptation oder Nicht-Zahlung protestirt, die Annahme des

nahme, wenn der Inhaber eines Wechsels dieser Art nur Mandatar des wirklichen Gläubigers ist; denn, bis zur Acceptation, hat der Gläubiger keine andere Sicherheit für die Zahlung, als die des Trassanten, und er würde daher einen Anspruch gegen seinen Mandatar haben, wenn, durch dessen Nachlässigkeit, der Trassant, ehe der Trassat acceptirt, insolvent werden sollte.

.

Sogar der Eigner ist verbunden, den Wechsel unmittelbar zur Acceptation zu präsentiren, wenn der Trassant dieſs von ihm verlangt hat. Solche Präsentation ist wirklich in allen Fällen räthlich, indem, wenn der Wechsel acceptirt wird, er dadurch negotiabler wird, während, wenn die Acceptation verweigert wird, der Inhaber unmittelbaren Regreſs gegen den Trassanten hat.

Wenn dagegen ein Wechsel auf eine gewisse Zeit nach Sicht zahlbar gemacht ist, so ist eine Acceptationspräsentation nothwendig, um die Zahlungszeit zu bestimmen. Doch ist eine solche Präsentation nicht nothwendig, wenn der Wechsel auf einen geringeren Stempel, als das Gesetz erfordert, gezogen ist, da er alsdann als Wechsel nichtig ist. Der Inhaber kann daher auf den ursprünglichen Grund, wofür der Wechsel gege-

Wechsels als Zahlung betrachtet werden soll; aber das Statut scheint keine Acceptationspräsentation zu erfordern, sofern dieselbe nach gemeinem Recht unnöthig seyn würde."

Thomson S. 436. Not. fügt, nach Angabe der Englischen Rechtsfälle, bey:

„In Schottland fand das Gericht, in Ferguson c. Malcolm, 16. Febr. 1727, Morr. 1558, „daſs, da der Wechsel gezogen war zahlbar an einem gewissen Platze und zu einer gewissen Zeit, keine Nothwendigkeit eines Acceptationsprotestes vorhanden war." In Jamieson c. Gillespie, 28. Juni 1749, wurde, nachdem Handelsleute über die Observanz vernommen worden waren, es für hinreichende Negotiation erachtet, einen Wechsel dieser Art wegen Nicht-Acceptation, und Nicht-Zahlung vor Ablauf der Respittage zu protestiren."

ben ward, eine Klage anstellen, obwohl er vernachlässigt hat ihn zu präsentiren. Aber er wird keinen Klaggrund haben, wenn sein Anspruch auf dem Wechsel allein beruht.

Wenn auch der Wechsel keine Adresse haben sollte, muſs der Inhaber dennoch, wenn er Nachricht von dem Trassanten hat, wer als Trassat gemeint war, diesem den Wechsel präsentiren, und ihn im Fall der Nicht-Acceptation protestiren, damit ein Regreſs gegen den Trassanten statt finden kann.

.

Hinsichtlich der Zeit, wann ein nach Sicht zahlbarer Wechsel zur Acceptation präsentirt werden muſs, kann nur die einzige Regel aufgestellt werden, daſs der Inhaber keinen ungehörigen Verzug zulassen darf, sondern ihn binnen einer angemessenen Zeit zu präsentiren hat. Die Doctrin, daſs der Inhaber eines nach Sicht zahlbaren Wechsels hinsichtlich der Zeit der Präsentation desselben seinem eignen Belieben folgen könne, wird jetzt verworfen. Eine solche Doctrin wurde in Schottland in einem frühen Rechtsfalle [1]) befolgt, wo man fand, daſs ein Wechsel auf London, zahlbar vierzehn Tage nach Sicht, gehörig negotiirt war, da er nicht vor dem 22. Juny präsentirt ward, obwohl er London am 12. Juny erreicht haben muſste, so daſs die Zahlungszeit um zehn Tage verzögert war. In einem folgenden Falle [2]) wurde das nämliche Argument geltend gemacht, und das Gericht hielt dafür, daſs die Negotiation gehörig war. Aber wahrscheinlich beruhte die Entscheidung auf den Umständen des Falles, welche, unabhängig von jener Argumentation, eine vollkommene Entschuldigung für den in Präsentation des Wechsels vorgefallnen Verzug bewirkten. In einem späteren Falle [3]) wo der Inhaber eines auf drey Tage nach

1) „Innes c. Gordon, 7. Febr. 1735. Morr. 1562."
2) „Andrew c. Syme und Co., 21. Nov. 1759., Morr. 1584."
3) „Falls c. Portierfield, 17. Juny 1766., Morr. 1593."

Sicht gezognen Wechsels ihn am 7. May erhalten und zur Acceptation übersandt hatte, aber ihn in den Händen des Trassaten liefs, ohne dessen Antwort zu erhalten oder zu protestiren, oder dem Indossanten vor dem 5. Juny Nachricht zu geben, obgleich er selbst ihn am 31. May wegen Nicht-Acceptation protestirt hatte, entschied das Gericht, dafs der Regrefs verloren sey...... Die Gründe der Entscheidung sind nicht angegeben; aber der Indossant behauptete, dafs auch nach Sicht zahlbare Wechsel binnen einer angemessenen Zeit präsentirt werden müfsten, und diese Behauptung scheint beachtet worden zu seyn. In Schottland ist in dieser Hinsicht nie zwischen ausländischen und inländischen Wechseln unterschieden worden. In England ist dieselbe Regel gleichermafsen für beyde festgestellt worden. Aber ihre Anwendung wird durch Umstände bestimmt. Der Inhaber eines nach Sicht zahlbaren Wechsels wird der Vernachlässigung schuldig gehalten werden, wenn er ihn irgend eine beträchtliche Zeit in seinem Verschlufs behielt, ohne ihn zu präsentiren. Man hat indefs dafür gehalten, dafs eine Person, welche in Windsor einen auf London gezognen Wechsel dieser Art erhält, ihn gehörig negotiirt, wenn sie denselben am vierten Tage nach Empfang präsentirt, obgleich er in der Zwischenzeit nicht in Umlauf gewesen ist. [1]) Hinsichtlich auf Indien, sechzig Tage Sicht, gezogner Wechsel, ist gerichtlich entschieden worden [2]) unter besonderen Umständen, dafs sie gehörig negotiirt waren, obwohl sie nicht eher als sechs und zwanzig Tage nach ihrer Ankunft förmlich zur Acceptation präsentirt wurden, während indefs der Trassat Kenntnifs davon

1) »In Fry c. Hill, 7 Taunt. 397., ward die Weisung der Jury, dieses Inhalts, von dem Gericht der Common Pleas bestätigt, indem das Gericht erachtete, dafs die Frage mit Recht der Jury überlassen worden sey.«

2) »Muilmann c. D'Eguino, 2 H. Bl. 565.«

gehabt hatte, und zwey Tage nach ihrer Ankunft von ihm verlangt worden war, sie zu acceptiren. In dem nämlichen Falle wurde dafür gehalten, dafs kein ungehöriger Verzug in Nichtversendung der Wechsel aus Grofsbritannien nach Indien zur Acceptation, vom 5ten März bis zum 30ten April, Statt gefunden habe, da die Kläger während dieser Zwischenzeit über dieselben mit einem Hause in Paris, für welches sie dieselben genommen hatten, in Correspondenz waren, und sie überschickt hatten, sobald sie Ordre über diesen Gegenstand erhielten. Auf der andern Seite, kann der Inhaber eines nach Sicht zahlbaren ausländischen oder inländischen Wechsels ihn vor der Acceptation in Umlauf setzen, und in diesem Falle mufs hauptsächlich von der Fortdauer seines Umlaufs abhängen, wann er zur Acceptation zu präsentiren ist. In einem Falle[1]) wurde gerichtlich entschieden, dafs ausländische auf dreifsig Tage nach Sicht gezogne Wechsel, welche, nachdem sie in Umlauf gesetzt waren, erst einige Monate nach der Ausstellung zur Acceptation präsentirt worden waren, demohngeachtet gehörig negotiirt seyen, obwohl die Trassaten vierzig Tage nach dem Datum dieser Wechsel fortgefahren hatten die Wechsel des Trassanten zu acceptiren, und der Trassant erst nach Ablauf dieses Zeitraums fallirte. Die Gerichte haben sich absichtlich enthalten, irgend eine Zeit festzusetzen, innerhalb welcher Wechsel dieser Art, nachdem sie so in Umlauf gesetzt seyen, jedenfalls präsentirt werden müfsten; indem sie dafür hielten, dafs dieser Punkt durch die Umstände jedes Falles bestimmt werden müsse. Es ist sogar behauptet worden, dafs ein solcher Wechsel mit Sicherheit ein Jahr ohne Präsentation in Umlauf belassen werden könne.

In Gemäfsheit der schon angeführten Autoritäten[2]),

1) »Goupy c. Harden, Holt, C N. P. 342., 7 Taunt. 159.»

2) »Oben S. 405—406.« (s. deshalb unten zu Art. 50.)

welche zu dem Schlufse zu führen scheinen, dafs auf Sicht gezogne Wechsel nicht auf Anfordern zahlbar sind, sondern ihnen Respittage zustehen, scheint zu folgen, dafs sie zuerst zur Acceptation präsentirt werden müssen, um den Lauf der Respittage zu bestimmen. Die Regeln, welche hinsichtlich der Zeit der Acceptationspräsentation nach Sicht zahlbar gezogner Wechsel aufgestellt worden sind, scheinen gleichfalls anwendbar in diesem Falle." [1])

"Die Präsentation von Wechseln oder Zahlscheinen, welche auf Anfordern zahlbar sind, wird im Allgemeinen durch die nämliche Regel bestimmt, welche hinsichtlich der Acceptations-Präsentation von Wechseln oder Zahlscheinen, die auf oder nach Sicht zahlbar sind, aufgestellt worden ist, nämlich dafs sie binnen einer angemessenen Zeit, nachdem der Inhaber dieselben empfing, und ohne ungehörigen Verzug geschehen mufs. Diese Regel ist in zwey Fällen anwendbar: 1tens Wenn der Wechsel oder Zahlschein an demselben Platze zahlbar ist, wo der Inhaber ihn empfangen hat; und 2tens Wenn er zur Zahlung an einen andern Platz geschickt werden mufs.

1. Hinsichtlich des erstern Falles steht jetzt in England der Satz fest, nach Principien, welche auch in Schottland anwendbar sind, dafs eine Person, welche einen Wechsel, einen Zahlschein oder eine Anweisung eines Bankiers, zahlbar auf Anfordern, an dem Platze der Präsentation, z. B. in London, empfängt, den ganzen Tag nach Empfang, oder, wenn er in einem Bankhause zahlbar ist, die ganzen Bankstunden des nächsten Tages, zur Präsentation frey hat. Früher schwankten die Ansichten über diesen Punkt sehr. Zum Beispiel, es ist für keinen ungehörigen Verzug gehalten worden, eine Anweisung oder Tratte, ohne sie zu prä-

1) Thomson S. 436 — 442.

sentiren, drey oder sogar vier oder fünf Tage zurückzubehalten [1]), während, auf der andern Seite, der Verzug von zwey Tagen [2]) für zu lang erachtet worden ist, oder sogar ein Verzug bis zu dem nächsten Tag [3]), und in einem Falle [4]) auf eine Stunde. Aus Anlafs dieses Mangels an Uebereinstimmung in den Ansichten der Jury's ist sehr bezweifelt worden, ob es zweckmässig sey, ihnen die Zeit der Präsentation zu überlassen und es ist der Satz aufgestellt worden, dafs diefs eine durch das Gericht zu entscheidende Rechtsfrage sey, während man der Jury überliefs, die Thatsachen auszufinden, aus welchen die Folgrung zu ziehen ist, und sie in Fragen, deren Beantwortung von Handels-Gebrauch und-Verhältnissen abhing, zu Rath zog. Doch ist diefs nicht als ausgemachtes Recht zu betrachten.

Jedenfalls scheint die jetzt angenommene Doctrin hinsichtlich der Frage, was eine angemessene Zeit sey, die zu seyn, dafs der Inhaber eines solchen Wechsels oder Zahlscheins nicht verbunden ist, ihn alsbald mit Vernachlässigung aller seiner andern Geschäfte zu präsentiren, sondern dasselbe thun mufs, sobald als möglich und mit dem gewöhnlichen Lauf der Geschäfte verträglich.

Neulich ist entschieden worden, dafs ein solcher

1) »S. Philipps c. Philipps, 2 Freem. 247., Crawley c. Crowther, id. 257.«

2) »So erachtet von der Jury in Manwaring c. Harrison, 1 Str. 508.«

3) »So erachtet von der Jury in Appleton c. Sweetapple, Bayley 192.«

4) »Lord Mansfield, in Tindal c. Brown, 1 T. R. 168—169., äussert, dafs, in einem früheren Falle, Metcalf c. Douglas, die Jury »mit Nichtachtung der Ansicht des Gerichts« in Einschränkung jener Regel so obstinat war, dafs sie dafür hielt, man müsse, in gewissen Fällen, binnen einer Stunde die Bezahlung der Anweisuug eines Bankiers fordern.«

bei einem Bankier zahlbar gemachter Wechsel oder Zahlschein zu jeder Zeit innerhalb der Bankstunden des Tags nach Empfang gesetzlich präsentirt werden könne. Es wurde auch dafür gehalten, dafs ein Londner Bankier, der einen Wechsel von seinem Correspondenten auf dem Lande erhielt, um ihn zur Zahlung zu präsentiren, nicht schuldig war, ihn früher als an dem Tage nach Empfang zu präsentiren. Diese Entscheidung wurde auf allgemeine Gründe fundirt, ohne Beziehung auf localen Gebrauch.[1])

.

2. Wenn man einen auf Anfordern zahlbaren Wechsel oder Zahlschein an einem andern als dem Zahl-Platze empfängt, so mufs man ihn ohne ungehörigen Verzug an den letzteren Platz zur Zahlung übersenden. Einmal soll dafür gehalten worden seyn,[2]) dafs ein solcher Wechsel oder Zahlschein mit der ersten Post nach Empfang übersandt werden müsse, obwohl diese Post an dem nämlichen Tag, an welchem der Inhaber ihn empfing, abgehen sollte. Aber in den neuesten Fällen ist entschieden worden, dafs es hinreichend sey, ihn an dem nächsten Tage nach Empfang zu übersenden.[3]) Wenn es indefs nicht sicher ist, die

1) »Rickford c. Ridge, 2 Campb. 539., durch Lord Ellenborough.«

2) »Bayley, 190 — 191.«

3) »Diefs wurde angenommen in Rickford c. Ridge, 2 Campb. 539., wo die Kläger, welche eine Anweisung auf eine Londner Bank um Mittag am 13. Juni erhalten hatten, sie erst am nächsten Morgen mit einer Kutsche, die um 8 Uhr Morgens abfuhr, übersandten, obwohl die Post an dem Tage, wo sie dieselbe empfingen, um 6 Uhr Abends abging. In Williams c. Smith, 2 Barnew. und Ald. 496., wurde dafür gehalten, dafs hinreichende Eile angewandt sey, indem man die fraglichen Zahlscheine (welche man am Freitag empfangen hatte), nach Zerschneidung derselben in zwei Hälften, halb in einem Packet mit einer Kutsche, die am Samftag Abend abfuhr, und halb mit der Sonntagspost übersandte, obwohl das Packet London erst am Montag, einige Zeit nach der Sonntagspost, erreichte; man

Zahlscheine, ganz, mit Einer Post zu überschicken, z. B. wenn sie an den Inhaber zahlbar sind, und es daher nöthig ist, die Hälfte derselben mit einer Gelegenheit zu übersenden, die erst nach der Post des zweiten Tages ankommt, so kann die Uebersendung der andern Hälfte durch die Post des zweyten Tages geschehen, da ihre frühere Ankunft nutzlos seyn würde [1]. Solche Scheine können hienach auch durch andre sichre Gelegenheiten, ausser der Post, übersandt werden, während jedoch, wenn nicht, wie in dem so eben erwähnten Falle, eine Nothwendigkeit dazu vorhanden ist, der Uebersender die Gefahr der spätern Ankunft bey einer solchen Uebersendungsart übernehmen mufs, da die Post die einzige beglaubte Uebersendungsart ist [2].

Chitty [3]) führt aus, dafs Wechsel, die eine in sich bestimmte Verfallzeit haben, nicht zur Acceptation präsentirt werden müssen, dagegen solche, deren Verfallzeit durch die Vorzeigung bestimmt wird, binnen einer angemessenen Zeit zu präsentiren seyen, und diese Zeit sich nach den Umständen bestimme, wobei vorzüglich in Betracht komme, ob der Wechsel müssig gelegen, oder in der Zwischenzeit in Umlauf gewesen sey; der Inhaber-Mandatar sey verpflichtet zu schleuniger Präsentation, und gleichfalls, wenn es besonders bedungen ward, der Eigenthümer.

Eben so stimmt Chitty [4]), als Regel, ganz den vorstehend von Thomson entwickelten Principien hinsichtlich Präsentation der auf Anfordern zahlbaren Wechsel, Zahlscheine oder Bankiers-Anweisungen bei, und erinnert [5]):

hielt nämlich dafür, dafs, da die Zahlscheine an den Inhaber zahlbar waren, solche Uebersendung derselben in Hälften, aus Rücksichten der Vorsicht, nothwendig gewesen sey.»

1) »Williams c. Smith, — vorhergehende Note.»

2) Thomson S. 462 — 466.

3) S. 158 — 163.

4) S. 269 — 276.

5) S. 276.

„Es ist zu bemerken, daſs diese Regel, wonach jeder Inhaber eines auf Anfordern zahlbaren Wechsels, Zahlscheins, oder einer solchen Bankiers-Anweisung, den nächsten Tag nach Empfang zur Zahlungspräsentation frey hat, keineswegs einer Reihe von Personen die Befugniſs ertheilen wird, dieselben lange in Circulation zu behalten, so daſs, wenn am Ende der Aussteller oder der Trassat sie nicht honorirte, sämmtliche Regreſspflichtige in Obligo wären [1]".

Die Acceptation bewirkt, nach Englischem und Schottländischem Rechte, eine Vermuthung der in den Händen des Trassaten befindlichen Fonds zu Deckung des Wechsels, — ausgenommen wenn der Wechsel an die Ordre des Trassanten gezogen ist und Werth in Rechnung enthält [2]. Art.20.

Die Frage, ob die Acceptation, vor Rücklieferung des Wechsels an den Inhaber, wieder ausgelöscht werden könne, wird von den Englischen Gerichten als unentschieden betrachtet. Die Wiederausstreichung wurde früher nur in dem Falle als zulässig angesehen, wenn die Acceptation irrthümlich geschehen war [3]; auf die heutigen Ansichten aber ist Pothier [4]) nicht ohne Einfluſs geblieben [5].

1) »Boehm c. Sterling, 7 T. R. 425.«

2) Thomson S. 108 fgg. 433, 434. Glen S. 124. Vergl. hinsichtlich des gemeinen Deutschen Rechts Mittermaier §.235. a. a. E.

3) Chitty S. 186.

4) Pothier Traité du contrat de change p. 1. ch. 3. s. 3. gestattet dem Acceptanten, die Acceptation, vor Ausliefrung des Wechsels an den Inhaber, wieder auszustreichen (und belastet Letztern, im Fall eines Zweifels, mit dem Beweise der später geschehnen Ausstreichung). Chitty, Glen und Thomson berufen sich auf diese Stelle.

5) Chitty S. 186 — 188., welcher zu Unterstützung dieser neueren Ansicht bemerkt, daſs der Inhaber durch Auslöschung der

Thomson [1]) stimmt hinsichtlich des Schottländischen Rechts Vorstehendem bey.

Art. 21. Nach Englischem und Schottländischem Recht kann die Acceptation eben so wohl bedingt [2]), als theilweise [3]) geschehen.

Acceptation keinen Nachtheil leide, sondern alsbald seinen Regrefs suchen könne.

1) S. 372 — 375. Er sagt:

„Rückliefrung des Wechsels ist die gewöhnlichste Weise, wodurch der Trassat den Inhaber von der geschehenen Acceptation in Kenntnifs setzt, und so dieselbe unwiderruflich macht. Aber jede andre Art der Anzeige mufs die nämliche Wirkung haben, wenn gleich der Wechsel noch in den Händen des Trassaten bleiben sollte; denn in diesem Falle würde dafür gehalten werden, als behalte er ihn zum Behuf des Gläubigers. In Gemäfsheit dessen entschied das Gericht der King's Bench in einem Falle (Smith c. Maclure), wo der Trassat die Acceptation zugestand, aber den Wechsel zurückhielt"

Auch Glen S. 118. hält die Wiederausstreichung der Acceptation, vor Rückliefrung des Wechsels, für zulässig.

2) Thomson S. 375, 376, 380, unter Anführung vieler Entscheidungen Englischer Gerichte. Bedingt ausgestellt kann ein Wechsel oder Zahlschein nicht werden. Thomson bemerkt S. 376. hinsichtlich dieser durch den Handelsgebrauch eingeführten Verschiedenheit:

„Wenn gleich die Acceptation bedingt ist, so ist doch die ursprüngliche Verbindlichkeit absolut, indem der Trassant unbedingt haftet, während, wenn ein Wechsel bedingt ausgestellt ist, die ganze Verbindlichkeit vom Zufall abhängt, indem die Acceptation dem Inhalt des Wechsels folgt. Aber die Zufälligkeit der ganzen Verbindlichkeit ist es, die mit der Natur der Wechsel nicht bestehen kann."

Vergl. Chitty S. 180, 181, 46.

Eine gleiche Verschiedenheit findet in so fern Statt, als, während der Wechsel ursprünglich durchaus auf Geld zahlbar lauten mufs, die Acceptation auf irgend eine andere Entrichtung, statt dessen, gestellt werden kann. Thomson S. 380.

3) Chitty S. 182, Thomson S. 378, 379. Letzterer bemerkt

Ehrenacceptation.

In England ist der Inhaber nicht schuldig zu Zulassung einer Ehrenacceptation [1]. Eben so wenig in Schottland [2]. Art. 22.

In England kann ein von dem Trassaten acceptirter Wechsel, nach Falliment des Acceptanten und errichtetem Securitätsprotest, zur Ehre acceptirt werden [3].

Die generell geschehne Ehrenacceptation gilt als zur Ehre des Trassanten geschehen [4].

„Ist die Acceptation *supra protest* generell, oder enthält sie, daſs sie zur Ehre des Trassanten geschehe, so wird der Acceptant allen folgenden Indossatarien [5] verhaftet seyn; geschah sie zur Ehre eines einzelnen Indossanten, so wird er allen Nachmännern desselben verhaftet seyn.“ [6].

Auf dem nämlichen Wechsel können, nach Englischem und Schottländischem Recht, gültigerweise mehrere Ehrenacceptationen geschehen, entweder zu Gunsten der nämlichen oder verschiedner Personen [7]. Art. 23.

jedoch, unter Bezug auf Pardessus Traité du contrat et des lettres de change Nr. 269, daſs der Trassat nicht gültig auf eine den Betrag des Wechsels übersteigende Summe acceptiren könne.

1) Chitty S. 242., welcher bemerkt, daſs zwar Beawes Nr. 37. a. M. ist, sofern die Ehrenacceptation von einer sufficienten Person anerboten wird, daſs aber die Unverbindlichkeit des Inhabers durch gerichtliche Entscheidungen (Mitford c. Walcot, Pillans c. Van Mierop) anerkannt ist. — Manning S. 16.

2) Thomson S. 489., wonach indeſs Schottländische Entscheidungen über diesen Punct nicht zu existiren scheinen. — Doch s. Glen S. 130, 131. (welcher diesen Rechtssatz für zweifelhaft hält.)

3) Chitty S. 241, 243.

4) Thomson S. 493. Chitty S. 242.

5) d. h. dem Remittenten und den Indossatarien.

6) Thomson S. 493, 494.

7) Chitty S. 241, Thomson S. 491, — doch ohne Anführung

Der Trassat kann, wenn der Wechsel sich auf einen Avisbrief bezieht, nicht vor Einlangung desselben interveniren [1]).

Art. 26. „Wenn der Inhaber eines Wechsels zur Ehre eines Interessenten acceptirt, kann er keinen Regreſsanspruch als Acceptant gegen die folgenden Indossanten haben, obwohl er seinen vorherigen Anspruch, als Inhaber, gegen sie nicht verliert. Eben so wenig kann er Rechte wegen Nicht-Acceptation des Wechsels gegen sie geltend machen, da bei seiner Acceptation beabsichtigt ward, denjenigen, für welchen sie geschah, von dem Anspruch wegen Nicht-Acceptation zu befreien, und sie daher denen, die in dessen Rechte stehen, denselben Vortheil verschaffen muſs. Sein Anspruch als Inhaber gegen sie kann nicht ausgeübt werden, bevor der Wechsel verfallen ist." [2])

gerichtlicher Entscheidungen, — sondern nur in Bezug auf Beawes Nro. 42., der eben so wenig gerichtliche Entscheidungen allegirt. Thomson sagt:

»Eine Person, die zu acceptiren beabsichtigte, kann verweigern, es gemeinschaftlich mit einer andern zu thun; zieht sie aber vor, zu acceptiren, so hat sie kein Recht, zu verhindern, daſs eine andre Person neben ihr acceptire.«

ferner:

»Es scheint daher kein Raum zu seyn für eine Frage, die man aufgeworfen hat (Forbes 76 — 77.), nämlich, wem bey der Ehrenacceptation der Vorrang gebühre, ob demjenigen, der zur Ehre des Trassanten, oder demjenigen, der zur Ehre eines frühern oder zur Ehre eines spätern Indossanten acceptiren will; indem, einestheils, der Inhaber nicht verpflichtet seyn kann, irgend eine Acceptation, die nicht dem Inhalt des Wechsels gemäſs ist, zuzulassen, während, anderntheils, wenn er dazu einwilligt, dieselben sämmtlich vereint zugelassen werden können. Wenn der Trassant simpliciter acceptirt, so ist kein Raum für irgend eine Ehrenacceptation, da diese nur im Fall seiner Nicht-Acceptation zulässig ist.»

1) Thomson S. 93.

2) Thomson S. 494.

„Die Ehren-Acceptation geschieht, nach errichtetem Protest wegen Nicht-Acceptation, indem der Acceptant persönlich vor einem öffentlichen Notar nebst zwey Zeugen erscheint und erklärt, daſs er den protestirten Wechsel zur Ehre des Trassanten oder Indossanten acceptire, und ihn bey Verfall bezahlen werde. Er muſs alsdann den Wechsel so unterschreiben: „Acceptirt *supra* Protest zur Ehre von I. B;“ oder, welches gewöhnlicher ist, „acceptirt S. P.“ [1]) Gleichermaſsen, bemerkt man, unterzeichnet er in der Regel eine Verschreibung, unter dem Protest, des Inhalts, daſs er die in dem Wechsel, auf welchen der Protest errichtet ist, enthaltne Summe zahlen werde. [2]) Das Ganze dieser Verfahrungsweise muſs von einem Notar in Form eines Instruments aufgesetzt werden, welches, mit der Nachricht von der Acceptation, dem, zu dessen Ehre sie geschah, ohne Verzug zu übersenden ist. Wenn nicht die Qualität der Acceptation in der so eben angegebnen Weise ausgesprochen ist, so wird der Acceptant keinen Regreſs gegen irgend einen der Interessenten haben [3]). Diese Verfahrungsweise ist nothwendig, um denjenigen zu verpflichten, für welchen die Acceptation geschehen ist; und sie ist gleicherweise erforderlich als ein Sicherheitsmittel, damit nicht der Trassat, nach *simpliciter* geschehner Acceptation, auf Nachricht von dem Falliment des Trassanten, vor seine Acceptation die Worte, „acceptirt *supra* Protest zur Ehre des Trassanten (?) oder eines der Indossanten“, setze [4]). Die Ehren-Acceptation kann daher nur Art.27.

1) »Beawes Nro. 38. Chitty S. 242.»

2) »Chitty S. 241.«

3) »Carstairs c. Paton 15. Dec. 1703. Morr. 1529. (eine Schottländische Entscheidung.)«

Dieſs kann sich doch wohl nur auf den intervenirenden Trassaten beziehen, wie es sich denn auch wirklich in Carstairs c. Paton von einer Intervention des Trassaten gehandelt zu haben scheint. (Glen S. 130.)

4) «Forbes, 74.»

in der angegebnen Weise und nach einem Protest wegen Nicht-Acceptation geschehen" [1]).

Art. 28. Der Ehren-Acceptant ist schuldig, dem Honorirten Nachricht zu ertheilen; der Inhaber wird durch die Ehren-Acceptation nicht von der, ihm ansonst obliegenden Pflicht der Nachrichtgebung befreit, falls nicht der Trassat *per onor* acceptirte [2]).

Art. 29. „Wenn der Inhaber eine Ehren-Acceptation von dem Trassaten annimmt, so möchte es scheinen, daſs er gegen den Trassanten oder die Indossanten keine Maasregeln wegen unterbliebner einfacher Acceptation ergreifen könne, indem der Trassat ihm eben so direct verhaftet ist, als bei einer absoluten Acceptation, und die einzige Wirkung der Acceptation *supra* Protest darin besteht, daſs sie dem Trassaten einen Regreſs gegen den Trassanten oder Indossanten, für welchen sie geschah, gibt. Auch wird, in einem solchen Falle, dem Inhaber des Wechsels nicht obliegen, dem Trassanten oder den Indossanten Nachricht zu geben. Der Acceptant *supra* Protest zahlt in diesem Falle die Kosten des Protestes, in Anbetracht, daſs derselbe einzig zu seinem Vortheil errichtet ist. Aber es ist Grund vorhanden, dafür zu halten (obwohl keine gerichtliche Entscheidung darüber zu existiren scheint), daſs der Inhaber von einem Dritten eine solche Acceptation annehmen und dennoch den Trassanten oder die Indossanten, wegen Mangels der Acceptation von Seiten des Trassaten, belangen könne [3]), in Anbetracht, daſs er nicht die mittelst des Wechsels bedungne Sicherheit erhalten hat." [4])

1) Thomson S. 492, 493. Uebereinstimmend: Glen S. 129, 130. Chitty, an den von Thomson angeführten Stellen, gibt ganz die nämliche Methode, wie die Ehrenacceptation geschehe.

2) Thomson S. 490, 494. Glen S. 130.

3) »Diese Regel wird in dem neuen Französischen Handelsgesetzbuch, Buch 1. Tit. 8. §. 4., Nro. 128., aufgestellt, und scheint, ausserdem, gesunden Principien angemessen.«

4) Thomson S. 489, 490. — Vgl. Beawes Nro. 40.

„Die Ehren-Acceptation enthält nur eine bedingte Verpflichtung, und, um einen solchen Acceptanten absolut verbindlich zu machen, ist nothwendig, daſs der Wechsel dem Trassaten gehörig zur Zahlung präsentirt, und im Fall der Zahlungsweigrung protestirt werde.“ [1]) Art.30.

Verbürgung.

Ein Bürge, dessen Nahme nicht auf dem Wechsel oder Zahlschein enthalten ist, hat, nach Englischem und Schottländischem Recht, keinen Anspruch auf dieselbe wechselrechtliche Negotiation, wie diejenigen Interessenten, welche sich durch Unterzeichnung des Instruments selbsten verpflichteten. [2]) Art.33.

1) Chitty S. 242, 243. Eben so Thomson S. 493. Beyde allegiren einen in King's Bench entschiedenen Fall Hoare c. Cazenove. Lord Ellenborough äusserte in diesem Falle:

„Die Natur der Sache sowohl als das bei diesem Falle in Anwendung zu bringende strenge Recht scheinen eine zweyte Präsentation bey dem Trassaten zu erfordern, wenn der nicht acceptirte Wechsel noch in den Händen des Inhabers befindlich ist; denn oft können dem Trassaten, der Anfangs die Acceptation verweigerte, später noch Fonds zukommen, woraus der Wechsel bezahlt werden kann und wird, wenn er bey Verfall wiederholt präsentirt wird; und der Trassat hat ein Recht auf den Vortheil, der aus dieser zweyten Anfordrung für ihn entstehen kann, oder jedenfalls auf den Vortheil, der ihm aus dem mittelst des Proteses hergestellten Beweise entsteht, daſs die Anfordrung gehörig, aber ohne Wirkung, geschehen sey, so fern ihm dieser Beweis zu weiteren Regressansprüchen dienen kann.“

Mit dieser sehr richtigen Ansicht ist schwer zu vereinigen, daſs das Brittische Recht nicht unbedingt Zahlungsprotest bey Mangel-Annahme protestirten Wechseln fordert. — Das ältre Englische Recht scheint in dem Fall einer Ehrenacceptation keinen Zahlungsprotest zu verlangen. Beawes Nr. 43. vergl. mit Thomson S. 493. Not. 4.

2) Thomson S. 542 fgg. führt die hieher bezüglichen Entscheidungen Englischer und Schottländischer Gerichte auf, — welche indeſs sehr schwankend zu seyn scheinen, — und bemerkt (S. 543):

Indossament.

Art. 34. Das **Indossament** ist statthaft sofern nicht *ex facie* des Wechsels oder Zahlscheins ein **Ungültigkeitsgrund** derselben erhellt. [1])

Der Indossant gilt, hinsichtlich seiner Nachmänner, als ein neuer Trassant. [2])

Das **Englische** Recht erfordert zur Indossirung das Wort Ordre, oder ein andres gleichbedeutendes. Der Indossant selbst kann indeſs nie hieraus eine Einrede entnehmen. [3])

» . . the case of persons who, without being direct parties to a bill or note, are bound for payment of it by a separate letter of guarantee. Such persons do not seem entitled to the same strictness of negotiation as if they had been direct parties, though it is not easy to fix any certain rule as to what negotiation they may require. It may perhaps be laid down, that they are entitled to fair, though not rigid negotiation,— for example, to get notice of dishonour, not so soon as is required in bills, but within such time as may enable them to protect themselves from loss, and that, if the holder fails in these requisites, it will remain with him to show, that the guarantee has not thereby suffered damage. »

Vergl. **Chitty** S. 259.

1) **Thomson** S. 285.

2) **Thomson** S. 285, 305, 306. **Chitty** S. 141, 142.

3) **Chitty** S. 108, 109, unter Bezugnahme auf gerichtliche Entscheidungen. **Manning** S 26.

Doch ist auch nach **Englischem** Recht zur **weitern** Indossirung nicht erforderlich, daſs das **frühere** Indossament an Ordre laute. **Kyd** S. 96, 97, 100. **Thomson** S. 302. **Chitty** S. 136. Letzterer bemerkt, daſs, obwohl dieser Rechtssatz durch die Entscheidungen Moore c. Manning und Acheson c. Fountain entschieden festgestellt war, dennoch eben darüber in einem späteren Rechtsfalle, Edin c. die Ostindische Compagnie, einander widersprechende Parere von Handelsleuten erfolgten und die Jury das Wort Ordre in dem frühern Indossament als ein Requisit des weitern Indossaments betrachtete, das Gericht aber, wegen offenbarer Rechtswidrigkeit dieser Ansicht eine neue Verhandlung des Rechtsstreits (a new trial) bewilligte (s. auch **Thomson** a. a. O. Not. 4.).

In Schottland ist das Wort Ordre nicht erforderlich, damit der Wechsel oder Zahlschein indossirt werden könne [1]).

Nach Englischem und Schottländischem Recht können dem *in bona fide* befindlichen Indossatar keine Einreden entgegengesetzt werden, die nicht gegen ihn persönlich begründet sind oder *ex facie* des Wechsels oder Zahlscheins erhellen [2]).

Einem nach Verfall geschehnen Indossamente können in England von früheren Interessenten, wegen Verdachts der Collusion, alle zur Zeit der Indossirung gegen den Indossanten Statt gefundne persönliche Exceptionen opponirt werden [3]).

In Schottland findet diese Beschränkung, — die auch in England früher einer Begründung durch hinzutretende Umstände bedurfte, — keine Anwendung, und findet ein Indossament mit voller Rechtswirkung

1) Thomson S. 101, mit Anführung eines Präjudicats von 1726, Crichton c. Gibson.

2) Thomson S. 3, 310 fgg.
Chitty S. 5.
Eine Ausnahme des Englischen Rechts, bei Wechseln, die an den Inhaber zahlbar sind, wird zu Art. 36 angeführt werden. Fernere Ausnahmen des Englischen Rechts finden sich bei Spielschulden und bei Wechseln oder Zahlscheinen, die gegen Unterzeichnung eines Bankerottcertificats oder zu Loskaufung Brittischer in feindliche Hände gefallner Schiffe und Waaren ausgestellt sind. Thomson S. 161, 162. Chitty S. 80, 81, vergl. mit Thomson S. 139, 161 fgg., 58. Geo. III. c. 93. (Oben S. 266.). — Doch schadet ein auf einem solchen Contracte beruhendes Indossament nie der Gültigkeit der weitern Indossamente. Chitty S. 82. Nach Schottländischem Recht findet im Falle von vis et metus die im Text angegebne Regel keine Anwendung. Thomson S. 122. fgg.

3) Chitty S. 126 — 129, mit Anführung vieler Entscheidungen. Thomson S. 328, 329. Eine Ausnahme findet bey Gefälligkeitswechseln Statt. Thomson S. 330, 331, 337. Wechsel und Zahlscheine unter fünf Pfund können in England nach Verfall nicht indossirt werden. 17. Geo. 3. c. 30. S. 1. — (oben S 212.)

während der sechs Jahre Statt, worauf überhaupt die Privilegien der Wechsel erstreckt sind [1].

Ein Indossant, der den Wechsel oder Zahlschein wiedereinlöste, kann ihn, nach Ausstreichuug der spätern Indossamente, durch ein neues Indossament übertragen [2].

Theilweises Indossament ist, hinsichtlich dritter Interessenten, ungültig [3].

1) Thomson S. 332—339 führt aus, wie vor 1772 die Schottländischen Gerichte hinsichtlich der Frage schwankten, auf welche Zeit nach Verfall die Indossabilität, nach den Umständen jedes einzelnen Falles, zu restringiren sey, — seit eingeführter sechsjähriger Wechselverjährung aber, in mehreren gerichtlichen Entscheidungen, Indossamente, die innerhalb sechs Jahren nach Verfall geschehen waren, auf den Grund der sechsjährigen Dauer der Wechselkraft aufrecht erhalten wurden.

„Doch ist vielleicht zu behaupten, dafs vorstehende Entscheidungen das Schottländische Recht nicht vollständig, in Widerspruch mit den Englischen Entscheidungen, festgestellt haben; denn in einem Falle (Annan c. Robertson, 2te Abtheilung, Jan. 1825), welcher in gegenwärtiger Sitzung vor das Gericht gekommen, aber noch nicht entschieden ist, äusserte ein Richter, mit Beistimmung des übrigen Gerichts, die, mit den Englischen Autoritäten übereinstimmende, Ansicht, dafs ein Wechsel, nach verstrichenem Zahlungstermin, ferner keine negotiable Urkunde sey, und, wer ihn übernehme, sich der Gefahr sämmtlicher gegen seinen Autor begründeter Exceptionen unterwerfe.“ (Thomson S. 338.)

Vergl. Glen S. 133, 134, S. 148 fgg. Note, welcher gleichfalls bezweifelt, ob jene Anwendung dem Sinne des Statuts 12 Geo. III. c. 72. angemessen sey.

2) Thomson S. 293 — 296. Hinsichtlich eines Indossaments nach von dem Acceptanten des Wechsels, oder dem Aussteller des Zahlscheins oder für dieselben geschehner Zahlung s. oben S. 288, 289.

3) Kyd S. 109.

Eine Ausnahme findet im Falle geschehner Stückzahlung Statt; eben so, hinsichtlich des Trassaten, wenn er nach theilweiser Indossirung acceptirte.

Thomson S. 297, 298.

Chitty S. 139, 140.

Ein Indossament kann restrictiv und bedingt seyn.[1]) Die Erwähnung des Empfangs der Valuta ist unnöthig.[2])

Bey Wechseln unter fünf Pfund mufs in England, nach 17. Geo. 3. c. 30 [3]), das Indossament das Datum (wobey Antedatirung verboten ist) und Namen und Wohnplatz des Indossatars enthalten, auch von einem Zeugen mitunterzeichnet seyn. Art.35.

Das Erfordernifs des Datums bey dem Blanko-Indossamente ist dem Englischen und Schottländischen Wechselrechte fremd [4]). Eben danach ist übrigens anerkannt, dafs das Blanko-Indossament den Wechsel an den Inhaber zahlbar mache.[5]) Art.36.

1) Thomson S. 304, 305. Chitty S. 131.
Restrictiv ist das Indossament z. B. wenn es lautet „zahlbar nur an I. S.," oder wenn es enthält, dafs der Betrag „dem Conto des I. S. creditirt werden solle," in welchen beiden Fällen der Indossatar nicht befugt ist weiter zu indossiren.

2) Thomson S. 288.
Einem Indossamente kann in Schottland unbezweifelt gültigerweise eine donatio inter vivos zum Grunde liegen. Thomson S. 327, 328.

3) s. oben S. 208 fgg.

4) Thomson S. 863.
Chitty S. 132.

5) Chitty S. 132, 134. Thomson S. 299, 302. Letztrer bemerkt (S. 301, 302.):
„Es ist gesagt worden, dafs, während ein Indossament *in bianco* steht, eine Klage auf den Wechsel oder Zahlschein im Namen des Indossanten angestellt werden könne; als Grund gibt man an, dafs der Inhaber der Urkunde das Indossament mit einer Quittung für den Schuldner ausfüllen und so die Liberirung desselben von dem Indossanten ausgehen lassen könne (Selwyn's N. P. 345, 5te Ausgabe, gestützt auf Clark c. Pigott, 12 Mod. R. 193.). Diese Doctrin setzt indefs voraus, dafs, bis zu Ausfüllung des Bianko-Indossaments, der Indossant der Einzige sey, in dessen Namen eine Klage ange-

Dieser Kraft des Blanko-Indossaments stehen auch spätre ausgefüllte Indossamente nicht im Wege. [1])

Die Regel des gemeinen Englischen Rechts, wonach bey einer Klage aus einem unbesiegelten Contract die *causa obligationis* erwiesen werden mufs, leidet bey Wechseln oder Zahlscheinen, die durch einfache Aushändigung übertragbar sind, in so ferne Anwendung, als, wenn dieselben von dem Eigenthümer verlohren, oder durch Betrug oder Gewalt erworben worden sind, dem in gutem Glauben befindlichen Inhaber der Beweis obliegt, dafs er dafür die Valuta gezahlt habe. In Schottland findet diefs keine Anwendung. [2])

Ein an eine fingirte Person zahlbarer Wechsel gilt, nach Englischen Entscheidungen, in Verhältnifs zu

stellt werden könne, — welches consequent die alte Doctrin war. Aber da nun jeder Inhaber befugt ist, in Kraft des Bianco-Indossaments, als einer generellen Uebertragung zu Gunsten des Inhabers, klagend aufzutreten, mufs das Umgekehrte davon seyn, dafs der Indossant fortan seines Rechtes entsetzt ist und keinen Klaggrund haben kann, wenn gleich der Schuldner durch Ausfüllung seines Bianco-Indossaments mit einer Quittung für den Inhalt des Wechsels oder Zahlscheins liberirt seyn wird, da der Indossant *ex facie* der Urkunde die letzte daraus berechtigte Person ist. In Schottland ist ein summarisches Verfahren gegen sämmtliche Indossanten gestattet, ohne zu unterscheiden, ob ihre Indossamente *in bianco* oder nicht sind (1681. c. 20., 1772. c. 72.), welches die Voraussetzung eines in ihrem Namen statthaften summarischen Verfahrens ausschliest, da sie hienach diejenigen sind, gegen welche es angewandt werden kann."

Diese Argumentation scheint unhaltbar. S. dagegen auch Kyd S. 95, Chitty S. 134, 135., welcher für seine Ansicht sich auf das Englische Präjudicat in Clark c. Pigott beruft.

1) Chitty S. 132, 135, 392, 398. Thomson S. 300.

2) Thomson S. 115, 116, 282, 344. Chitty S. 9, 68, 147, 148., welcher bemerkt, dafs daher in England ein solcher Wechsel nicht mit Sicherheit vor Verfall gezahlt werden könne, indem dem Trassanten noch die Nachricht von dem den Wechsel betroffnen Unfall zukommen könnte.

den an dem Betrug Theil nehmenden Interessenten, als an den Inhaber zahlbar. [1])

Der Indossatar, der nur Mandatar — des Indossanten, oder eines Dritten (indem das Indossament *for account of another party* oder *for the indorser's use* lautet) — ist, kann discontiren, und bey einem etwaigen Betrug bildet die Mitwissenschaft des weiteren Indossatars nur eine persönliche, nicht gegen den dritten getreuen Inhaber geltend zu machende Einrede [2]). Art.37.

„Indossirung durch eine Person, die nicht als Remittent des Wechsels oder Zahlscheins gemeint war, ist nichtig, obwohl ihr Name und Familienname der nämliche, wie der des wirklichen Remittenten, seyn mag, und obwohl Letztrer in der Urkunde nicht besonders beschrieben ist, wonach man ihn unterscheiden könnte. Es ist hier ein Irrthum in einem wesentlichen Theile des Rechtsgrundes des Indossatars vorhanden, nämlich in der zu Ertheilung desselben berechtigten Person, und einem solchen Irrthum kann, wenn er erwiesen ist, nicht durch die bloſse *ex facie* des Wechsels erhellende Präsumtion entgegnet werden. Doch begründet ein solches Indossament einen gültigen Anspruch gegen den Indossanten. Es ist mithin noch klarer, daſs ein von einer Person, die nicht den nämlichen Namen mit dem eigentlichen Gläubiger des Wechsels oder Zahlscheins trägt, verfälschtes Indossament nicht einmal demjenigen, der es *bona fide* und gegen Zahlung der Valuta empfängt, einen Rechtsgrund ertheilen kann, wenn gleich Art.38.

1) Manning S. 30 fgg. Chitty S. 64, 131, 394.
Thomson S. 98 — 100, welcher die Anwendbarkeit dieses Satzes, für Schottland, bezweifelt.
Vergl. Kyd S. 208 — 268.

2) Thomson S. 288, 289, 303, 304, mit Anführung mehrerer Entscheidungen Englischer Gerichte.
Chitty S. 123. vergl. mit S. 135. Note, 137, 138.

der, von ihm in Anspruch genommne Acceptant den Wechsel acceptirt haben sollte, nachdem bereits dieses verfälschte Indossament darauf stand, — indem der Trassat nur auf die Signatur des Trassanten zu sehen schuldig ist, und nur deren Aechtheit, nicht die Aechtheit der Indossamente, durch seine Signatur bezeugt.“ [1])

Verhältnifs zwischen dem Trassanten und Acceptanten, — Solidarverbindlichkeit der Wechselschuldner.

Art. 41. Thomson S. 433, 434, widerlegt, consequent, — s. oben S. 311, — die Ansicht derer, welche dem Acceptanten, ohne besondre Beweisführung, einen Regreſsanspruch gegen den Trassanten zugestehen. „Da die rechtliche Präsumtion dafür streitet, daſs der Acceptant Fonds zu Deckung seiner Acceptation erhalten habe, so wird ihm obliegen, das Gegentheil zu beweisen [2]).“

Art. 42. Mit dem Inhalte des Art. 42. der Niederländischen W. O. stimmt das Brittische Recht vollkommen überein [3]).

Art. 47. „Wenn ein Wechsel auf mehrere Personen gezogen ist, sind die Worte „sammt und sonders (*conjunctly and severally*)“ in der Regel mit dem Zahlungsauftrage verbunden, um gewiſs zu machen, daſs jeder Trassat für den vollen Betrag verhaftet seyn soll. Aber die nämliche Verbindlichkeit besteht, wenn auch keine solche Worte angewandt seyn sollten, ... oder wenn auch einer der Interessenten nur als Bürge acceptiren sollte. Die eben erwähnte Regel scheint gleichermaaſsen auf Mitverpflichtete bei einem Zahlschein anwendbar, von denen ein jeder insbesondre dem Gläubiger für den vol-

1) Thomson S. 286, 287, unter Bezugname auf Englische und Schottländische Entscheidungen.

2) Chitty S. 410.

3) Beawes Nr. 32, 124. Kyd S. 152.

len Betrag haften wird, wenn gleich einer derselben nur als Bürge unterschreiben sollte, indem (wie bey Wechseln) vermuthet werden wird, dafs diefs nur ihren Regrefsanspruch *inter se* regulire." Eben so haften mehrere Indossanten *in solidum*. [1])

Da nach Englischem und Schottländischem Recht die Acceptation eine Präsumtion der empfangnen Valuta enthält [2]), so ist eine Klage des Trassanten, der den Wechsel wieder einlöste, gegen den Acceptanten begründet. [3]) Art.49.

Doch ist Thomson [4]) der Meinung, dafs in Schottland dieser Klage das Vorrecht des summarischen Verfahrens nicht zu Statten komme.

Der blofse Besitz des Wechsels reicht nicht hin als Beweis der Einlösung von Seiten des Trassanten. [5])

Verfallzeit.

„Nach Schottländischem sowohl als nach Englischem Recht werden Wechsel oder Zahlscheine nicht eher zahlbar als am 3ten Tag nach der bestimmten Zahlungszeit. Diese drey Tage werden Respittage [6]) genannt. Art. 50 fgg.

1) Thomson S. 88 — 90, 262., mit Bezugname auf Schottländische Entscheidungen.

2) s. oben S. 311.

3) Chitty S. 410. Thomson S. 606.

4) Er sagt:

»Ein solcher Anspruch scheint nach keiner der bereits angeführten Acten ein summarisches Verfahren zu begründen, da sogar die Acte 1681. c. 20. auf den Remittenten oder Ordre beschränkt ist, welches nicht als die Lage des Trassanten betrachtet werden kann, falls er nicht zugleich Remitteut war.»

Schwerlich kann indefs aus dem auf den gewöhnlicheren Fall gerichteten Ausdruck dieser Gesetze, die das bei contirten Wechseln eintretende Rechtsverhältnifs übersehen, ein gültiges Argument hergeleitet werden.

5) Thomson S. 606, 607.

6) days of grace.

Ein Schriftsteller [1]) behauptet, der Schuldner könne, wenn er wolle, darauf bestehen, daſs der Gläubiger die Zahlung annehme, sobald der Wechsel oder Zahlschein verfallen sey, obwohl die Respittage noch nicht verflossen seyn sollten, indem diese hinzukommende Zeit bloſs eine Nachsicht zu seinen Gunsten sey, worauf er verzichten könne. Diese Doctrin scheint hier zu Land nicht gebilligt worden zu seyn..... Respittage sind bei allen Wechseln oder Zahlscheinen zugelassen, die zu einer bestimmten Zeit, nach Dato oder nach Sicht, zahlbar sind [2]). Bei Wechseln oder Zahlscheinen, die auf Anfordern zahlbar sind, sind keine Respittage zugelassen. Die nämliche Regel ist von einigen Schriftstellern hinsichtlich der auf Sicht zahlbaren Wechsel oder Zahlscheine aufgestellt worden [3]). Aber in einem frühen Englischen Rechtsfalle [4]) wurde für entschieden angenommen, daſs Respittage auf solche Wechsel zuzulassen seyen. Das Nämliche wurde in einem andern Falle [5]) angenommen, wo bezweifelt ward, ob sie bei einem gewisse Zeit nach Sicht zahlbaren Wechsel zugelassen seyen. Ferner, in einem neueren Falle [6]), wo die Frage war, ob ein auf Sicht zahlbarer Wechsel unter einer zu Gunsten der auf Anfordern zahlbaren Wechsel abzweckenden Ausnahme der Stempelacte, 23 Geo. III. C. 49. §. 4., begriffen sey, entschied das Gericht, daſs er es nicht sey; und Buller, R., erwähnte einen vor Willes, O. R., in London verhandelten Fall, in welchem eine Jury

1) »Dupuys de la Serra K. 12. §. 9.»

2) Chitty S. 263. sagt:

»Wenn ein Wechsel u. s. w. auf Uso, oder auf eine gewisse Zeit nach Dato oder Sicht, oder nach Anfordern zahlbar ist, so finden Respittage Statt; aber bey Wechseln u. s. w., die auf Anfordern zahlbar sind, finden dieselben keine Statt.«

3) »Forbes 107. Pothier 172. Jousse de l'ordonnance 1673. 68. Beawes Nro. 256. Kyd 10.»

4) »Dehers c. Harriot 1. Show 163.»

5) »Coleman c. Sayer 1. Barnadist. 303.«

6) »J'anson c. Thomas, Bayley 79, Note 20.»

von Kaufleuten der Meinung war, daſs Respittage bei Wechseln, die auf Sicht zahlbar sind, zugelassen seyen [1]). Die Namensverschiedenheit beider Arten von Wechseln würde sinnlos scheinen, wenn nicht dieser reelle Unterschied zwischen ihnen bestände. In Schottland existirt keine gerichtliche Entscheidung über diesen Gegenstand [2]).“

Das Stattfinden der Respittage setzt nicht die geschehne Acceptation voraus. [3])

Der Tag der Ausstellung, oder der Acceptation oder Acceptationsprotestation wird bey Berechnung der Verfallzeit von Wechseln, die gewisse Zeit nach Dato oder Sicht zahlbar sind, nicht eingerechnet [4]). Art. 52.

Wenn die Zahlungszeit nach Monaten bestimmt ist werden darunter, in England und Schottland, Kalendermonate verstanden, während man ausserdem daselbst bey Interpretation von Contracten und Parlaments- Art. 53.

1) Chitty S. 269. führt dieselben Entscheidungen für die Statthaftigkeit der Respittage bei Wechseln, die auf Sicht zahlbar sind, an, — während übrigens Pothier, Beawes und Kyd der entgegengesetzten Ansicht seyen, — und das Recht hinsichtlich dieses Punctes nicht festgestellt scheine (The rule is unsettled.). Er neigt offenbar zu der auch von Thomson vertheidigten Ansicht hin.

2) Thomson S. 405, 406. Vergl. Glen S. 119.
Bei ermangelnder Bestimmung über die Zahlungszeit muſs die Zahlung, nach Chitty S. 269, auf Anfordern, ohne Respittage, geleistet werden. Thomson S. 410 (doch s. denselben S. 85.) dagegen betrachtet solche Wechsel als auf Sicht zahlbar und Respittage als zuläſsig. Er beruft sich dafür auf einen Englischen Rechtsfall Walker c. Atwood, wo indeſs nach dem, was Chitty S. 182. über denselben Rechtsfall erwähnt, dieſs nur von dem einen der streitenden Theile behauptet ward, während die Entscheidung von andern Momenten abhing.

3) Glen S. 108. Thomson S. 436. Not.

4) Kyd S. 6, 7. Thomson S. 409.

acten in der Regel lunarische Monate supponirt. Wenn ein Monat länger, als ein folgender, ist, so geht man bey Berechnung der Verfallzeit nie in den dritten Monat; wenn daher z. B. ein Wechsel vom 28–31. Januar datirt und einen Monat nach Dato zahlbar ist, so verfällt er am 28. oder 29. Februar [1]).

Art. 55. Sonn- und Feyertage werden in Grofsbritannien und Irland in die Respitzeit eingerechnet [2]).

Wenn der letzte Respittag auf einen Sonntag oder Feyertag fällt, mufs, in England oder Schottland, am Tag vorher protestirt werden; ist dieser Tag jedoch nur nach der Religion des Inhabers ein solcher, an dem weltliche Geschäfte untersagt sind, so mufs der Protest am folgenden Tag errichtet werden, da der Schuldner ansonst darunter leiden würde. Als solche, christliche Feyertage gelten in England nur Charfreytag und Weihnachten [3]).

Securitätsprotest.

Art. 56. "Wenn der Trassat zwar acceptirt hat, aber vor der Zahlungszeit austrit oder fallirt, so dafs keine Möglichkeit die Bezahlung zu erhalten vorhanden ist, so ist

1) Chitty S. 268. Thomson S. 409. Letztrer fügt bey: »Marius (93) stellt die Regel auf, dafs, wenn ein Wechsel oder Zahlschein auf $1\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{2}$ Monat zahlbar sey, der halbe Monat nur aus 15 Tagen bestehe. Ein neuer Französischer Schriftsteller dagegen (Pardessus Nr. 251) hält dafür, dafs er 16 Tage befasse. Es existirt hierüber keine gerichtliche Entscheidung.«

2) Glen S. 24, 25.

3) Chitty S. 266. Thomson S. 481, 482. Manning S. 91, 92: »Probably the days appointed by his Majesty's proclamation for public fasts and thanksgivings would be thus specially privileged.« Kelly (a. a. O. Bd. 1 S. 260.) bemerkt, dafs in gleichem Falle in Irland die Zahlung überhaupt erst am nachfolgenden Tage begehrt werden könne.

in England und auf dem Continent Praxis, daſs der Inhaber für bessere Sicherheit protestirt und dem Trassanten und den Indossanten Nachricht von diesem Proteste gibt. Diese Maasregel scheint zu keinem andern Zweck zu dienen, als, den Trassanten und die Indossanten von der Lage des Acceptanten in Kenntniſs zu setzen, um ihnen Zeit zu andern Vorkehrungen für die Zahlung zu verschaffen. Es scheint ausgemacht zu seyn, daſs, einestheils, der Inhaber seinen Regreſs gegen den Trassanten und die Indossanten nicht verliert, wenn gleich er einen solchen Protest nicht errichten sollte, und, anderntheils, wenn dieselben bessere Sicherheit zu geben verweigern, er sie nicht aus dem Wechsel belangen kann, bevor der Zahlungstermin erscheint. In Schottland ist dieses Verfahren niemals angenommen worden, und es scheint wirklich durch die Gesetze, welche summarisches Verfahren und ordentliche Klage auf Wechsel und Zahlscheine betreffen, obwohl nicht mit ausdrücklichen Worten, ausgeschlossen zu seyn, indem dieselben, bei Angabe des dabei einzuhaltenden Verfahrens, keine Proteste, ausser die wegen Nichtacceptation und Nichtzahlung, erwähnen, und kein Einschreiten gegen den Trassanten oder die Indossanten, es sey nun mittelst summarischen Verfahrens oder ordentlicher Klage, vor dem Zahlungstermin, ausser im Fall von Nichtacceptation, oder, nach diesem Termin, im Fall von Nichtzahlung, gestatten [1]).

Zahlung.

„Die Zahlung muſs in der Münze geschehen, welche bedungen worden ist, und, wenn keine besondre Münze angegeben ist, muſs sie in derjenigen geschehen, welche Art. 57. 58.

1) Thomson S. 487. vergl. S. 443, 447, 488. Ganz übereinstimmend: Chitty S. 240, 246. Beawes Nr. 7, 8, 29, 30 stellt als unbezweifelten Rechtssatz auf, daſs mittelst des Securitätsprotestes Sicherheit begehrt werden könne und von dem Trassanten oder Indossanten geleistet werden müsse.

an dem Zahlungsplatze bei Verfall des Wechsels oder Zahlscheins die gesetzliche Münze ist. Hiermit hängt die Frage zusammen, ob der Schuldner oder der Gläubiger den Verlust einer Herabsetzung zu tragen, oder den Gewinn einer Erhöhung des Werthes zu geniefsen habe, welche, während des Laufes der Verbindlichkeit, in der Münze, in welcher die Zahlung stipulirt ist, sich ereignen kann. Forbes (S. 101, 102) entscheidet, dafs in diesem Falle der Gläubiger den Verlust zu tragen oder den Gewinn zu erhalten habe, falls er nicht den Werth der Münze, in welcher die Zahlung geschehen soll, bezeichnete; in welchem Falle, nach diesem Schriftsteller, die Zahl der gezahlten Stücke gröfser oder geringer seyn wird, je nachdem deren Werth vermindert oder erhöht worden ist. Er scheint dafür zu halten, dafs selbst diese Stipulation nur auf solche Aendrungen des Werthes anwendbar seyn würde, die durch den Gebrauch geschehen, und nicht auf solche, die durch öffentliche Autorität geschehen. Er legt zum Grunde, dafs die öffentliche Autorität den Nennwerth der Münze in allen Fällen entscheiden mufs, — ohne Rücksicht auf deren innern Werth, und dafs der Gläubiger bey jeder Aendrung vor dem Zahlungstermin die Gefahr tragen mufs, obwohl er nicht schuldig ist, Zahlung in einer Münze anzunehmen, die im Begriff ist, verrufen zu werden (S. 103.). Es scheint aus dieser Doctrin zu folgen, dafs der Gläubiger die Zahlung in der stipulirten Münze annehmen mufs, nach deren Werth, zur Zeit der Zahlung, ohne Rücksicht auf eine Veränderung, die nach dem Datum des Wechsels oder Zahlscheins sich darin ereignet haben mag, nach dem Recht des Landes, wo die Zahlung geschehen sollte. In diesem wie in andern Punkten mufs dafür gehalten werden, dafs die Partheien den Stand der Dinge in dem Lande, wo der Contract in Erfüllung gehen sollte, zur Zeit der Erfüllung, vor Augen hatten. Doch ist in einem Englischen Falle [1]) ge-

1) »Da Costa c. Cole, Skin 272. per Holt, C. I.« Es war diefs (s.

funden worden, daſs ein in London auf einen Kaufmann in Portugal zahlbar in Milrees gezogner Wechsel nach dem Werthe jener Münze zur Zeit der Ziehung des Wechsels bezahlt werden muſste (da die Münze vor Präsentation des Wechsels herabgesetzt worden war); indem dafür gehalten ward, daſs, obwohl eine Aendrung in der Englischen Münze, durch öffentliche Autorität, die Contracte Englischer Unterthanen afficiren könnte, keine solche durch eine fremde Regierung geschehne Aendrung diese Wirkung haben konnte. Hiergegen hätte wohl eingewandt werden können, daſs die Partheien, als sie den Contract schlossen, das Recht dieses fremden Landes, wo er erfüllt werden sollte, vor Augen hatten. Aber, obwohl ein zu Paris, oder, nach Wahl des Inhabers, zu London, nach dem Wechselcours auf Paris, zahlbar gemachter Wechsel gezogen seyn sollte zu einer Zeit, wo ein directer Cours zwischen London und Paris besteht, und dieser vor dem Zahlungstermin unterbrochen werden sollte, werden doch die Aussteller nach dem alsdann stattfindenden Wechselcours verhaftet seyn, wenn gleich dieser ein indirecter seyn sollte [1]). Diese Entscheidung scheint die Doctrin anzuerkennen, daſs dafür zu halten sey, "die Partheien hatten den Stand der Dinge zur Zahlungszeit vor Augen." [2])

"Wenn der Schuldner Zahlung vor Verfall anbietet, ist der Gläubiger nicht schuldig, sie anzunehmen, da der Zahlungstermin eine, in gleicher Maſse im Interesse beider Theile stipulirte Bedingung des Wechsels oder Zahlscheins ist." [3]) Art. 60.

Thomson S. 180.) eine Regreſsklage gegen den Londner Trassanten.

1) „Pollard c. Herries, 3 Bos. und Pull. 335."

2) Thomson S. 415, 416.

3) Thomson S. 404.

Art.64. In Schottland kann Zahlung eines verlohrnen Wechsels nur gegen Caution erwirkt werden [1]).

In England wird keine Cautionsleistung verlangt, wenn der Wechsel nicht negotiabel, oder bewiesen ist, daſs er nach Verfall verlohren ward [2]).

Art 65. Nach Englischem und Schottländischem Recht wird das Princip des Artikel 65. der Niederländischen W. O. nicht anerkannt, sofern der Wechsel u. s. w. nicht an den Inhaber zahlbar ist [3]).

Art.66. „Wechsel oder Zahlscheine müssen entweder von dem Inhaber selbsten, oder von einem zu Ertheilung einer gehörigen Quittung statt seiner Bevollmächtigten zur Zahlung präsentirt werden.“ [2])

„Nur der Gläubiger oder sein Bevollmächtigter kann wegen Nichtzahlung protestiren lassen, da die Nothwendigkeit dieses Protestes durch ein Zahlungserbieten des Schuld-

1) Thomson S 345. fgg.

2) Chitty S. 157.

Thomson bezweifelt mit Grund die Angemessenheit letztern Satzes, da dem Zahler dadurch auferlegt wird, gegen den dritten Inhaber den Beweis zu führen, daſs der Wechsel nach Verfall verlohren ward.

3) Chitty S. 281, 307. Thomson S. 387, 401 fgg., 653. —

4) Thomson S. 459., welcher in der Note beifügt:

»Diese Doctrin ist enthalten in Coote c. Callaway, 1 Esp. 115., obwohl sich der Fall nicht auf einen Wechsel, sondern auf die Gültigkeit einer Zahlungsfordrung des Preises von Gütern bezog; Lord Kenyon hielt in diesem Falle dafür, daſs eine solche durch den Schreiber eines *Attorney* geschehne Anfordrung, welcher sagte, er handle in Auftrag seines Herrn, keine gültige Anfordrung, und daher der Beklagte befugt gewesen sey, ihr keine Folge zu leisten.“

Chitty S. 259. stimmt hiermit ganz überein, unter Bezugname auf den nämlichen Rechtsfall.

ners abgewandt werden würde, und daher ein solcher Inhaber erforderlich ist, welcher im Stand ist ihn zu quittiren [1]).“

„Die Acceptation enthält eine Anerkennung der Unterschrift des Trassanten, so daſs der Acceptant nicht hinterher gegen einen in gutem Glauben befindlichen Inhaber einwenden kann, diese Unterschrift sey verfälscht. Aber seine Acceptation entzieht ihm nicht die Befugniſs, die Aechtheit der Indossamente zu bezweifeln, da präsumirt wird, daſs er bey der Acceptation nur auf die Unterschrift des Trassanten sah, indem der Trassant die einzige Person ist, deren Verhältniſs zu ihm durch die Acceptation betroffen werden kann [2]).“ Art.67.

Nach Englischem und Schottländischem Recht kann der Zahler verlangen, daſs die Zahlung auf dem Wechsel quittirt werde, — obwohl dieſs früher, in England, bezweifelt ward [3]). Art.68.

1) Thomson S. 475, 459. Chitty S. 259. Doch kann auch der Inhaber eines nur durch Indossament zu übertragenden und nicht an ihn indossirten Wechsels mittelst Cautionserbietens Zahlung fordern, und, auf deren Verweigrung, protestiren, — und der bloſse Besitz des Wechsels oder Zahlscheins bewirkt eine Vermuthung, daſs der Besitzer Mandatar des Eigenthümers sey, wonach, wenn an Erstern gezahlt ward, der Eigenthümer beweisen muſs, daſs derselbe auf irgend andre Weise zu dem Besitz der Urkunde gekommen sey. Chitty S. 247, 281. Thomson S. 401. Beawes Nr. 191, 192.

2) Thomson S. 386, 387. Vergl. Kyd S. 202 fgg. Chitty S. 185, 377, 390, 393.

Die Beschränkung obiger Regel in England bey Acceptationen, die, ohne daſs dem Trassaten der Wechsel vorgezeigt worden war, geschahen, ergibt sich von selbst.

3) Chitty S. 303, 304. Thomson S. 427.

Eine generelle Quittirung begründet die Präsumtion, daſs die Zahlung von dem Acceptanten des Wechsels oder dem Aussteller des Zahlscheins geschehen sey. Thomson S. 384, 428.

Art. 69. Nach älterem Englischem Recht verwirkte der Inhaber durch Annahme von Stückzahlung seinen Anspruch gegen die übrigen Verpflichteten; neuere Entscheidungen Englischer und Schottländischer Gerichte haben die entgegengesetzte Ansicht gebilligt [1]. Doch bemerkt Thomson, daſs der Inhaber nicht schuldig sey, Stückzahlung anzunehmen.

Ehrenzahlung.

Art. 71. Der Inhaber ist schuldig, die Ehrenzahlung zuzulassen [2].

Chitty [3] bemerkt, in der Regel setze die Zahlung zur Ehre voraus, daſs der Wechsel protestirt worden sey, und demnächst sey erforderlich, daſs der Intervenient einem Notar anzeige, zu wessen Ehre er zu zahlen gedenke; der Notar füge diese Erklärung entweder dem Proteste bey, oder fertige darüber ein besonderes Instrument aus; der Ehren-Acceptant könne indeſs ohne Protest zahlen, wenn der Honorirte ihm erklärt habe, daſs er die Acceptation billige. Thomson [4] stimmt hiermit überein, bemerkt jedoch, daſs die weitre Erklärung vor dem Notar nicht nöthig sey, wenn der Intervenient bereits *per onor* acceptirt habe, da in diesem Falle zu präsumiren sey, daſs er in der nämlichen Weise zahle, wie er früher acceptirte.

„Der Gläubiger ist nicht schuldig, ein Zahlungserbieten, von Seiten des Schuldners oder einer dritten Person, anzunehmen, nachdem Wechsel und Protest weggesandt sind, oder, selbst wenn dieſs noch nicht geschehen seyn sollte, nachdem er für die Valuta zurücktrassirt hat. Ja, es möchte scheinen, daſs er nicht

1) Chitty S. 297. Thomson S. 425, 426.

2) Thomson S. 498. A. M. Beawes Nro. 55., falls nicht der Wechsel dem Intervenienten recommandirt sey.

3) S. 320, 321.

4) S. 496.

schuldig ist ein solches Erbieten anzunehmen, selbst wenn es an dem letzten Respittage geschah, nachdem die Zahlung verweigert und der Wechsel protestirt worden ist, falls nicht zugleich Ersatz der Protestkosten angeboten wird.“ [1])

Derjenige, welcher zur Ehre zahlt, trit *ipso jure* in die Rechte des Inhabers gegen den Honorirten und gegen die demselben Verhafteten ein. [2]) Art. 72. 73.

Der Intervenient muſs dieselben Termine der Notification beobachten, wie der Inhaber. [3])

Chitty [4]) und Thomson [5]) gestatten demjenigen, der zur Ehre des Trassanten zahlt, nur in so fern ein Klagrecht gegen den Acceptanten, als der Trassant dasselbe gehabt haben würde. Sie übersehen, daſs der Intervenient nicht in das Rechtsverhältniſs des Honorirten, sondern in das Rechtsverhältniſs des Inhabers, — doch mit Ausschlieſsung der Nachmänner des Honorirten, — eintrit.

„Wenn verschiedne Personen einen Wechsel oder Zahlschein *supra protest* zu bezahlen sich erbieten, muſs demjenigen der Vorzug gegeben werden, welcher die Zahlung zur Ehre des Trassanten anbietet, und glei- Art. 74.

1) Thomson S. 411. — Hinsichtlich Englischer inländischer Wechsel s. unten zu Art. 79.

2) Thomson S. 499. Vergl. Kyd S. 153.

3) Thomson S. 496 — 498.

4) S. 320.

5) S. 499.

Wer in England nach errichtetem Securitätsprotest zur Ehre des Trassanten acceptirte und demnächst zahlte, hat unbedingt einen Anspruch gegen den Acceptanten. Thomson S. 500., — welcher zwischen diesem und dem im Text erwähnten Falle den Unterschied findet, daſs in erstrem Falle dafür zu halten sey, daſs der Intervenient auf die in den Händen des Acceptanten befindlichen Fonds gerechnet habe.

chermafsen demjenigen, welcher die Zahlung für einen früheren Indossanten anbietet, vor demjenigen, welcher sie für einen späteren Indossanten anbietet. Das Princip zu Entscheidung dieses Gegenstandes scheint zu seyn, dafs die Zahlung von der Person genommen werden sollte, welche an die Stelle derjenigen trit, die am eigentlichsten für Zahlung des Wechsels oder Zahlscheins haftet. Doch ist dieser Punkt von keinem grofsen Gewichte, da er nicht wohl vorkommen wird." [1])

Rechte des Inhabers bei Nichthonorirung.

Art.76. Zur Acceptationsprotestation ist nach Englischem und Schottländischem Recht jeder Besitzer des Wechsels befugt [2]).

Wenn gleich der Inhaber nicht schuldig war, zur Acceptation zu präsentiren, so dürfen doch, wenn er es that, und die Acceptation nicht erfolgte, die im Allgemeinen zu Erhaltung des Regresses erforderlichen Maafsregeln nicht unterlassen werden [3]).

Nach Schottländischem Recht ist der Protest Mangel-Annahme zu Erhaltung des Regresses nothwendig [4]).

Eben so in England bey ausländischen Wechseln [5]). Bey inländischen Wechseln ist, wenn schriftliche Acceptation derselben verweigert ward, durch das Statut 3 und 4. Anna c. 9. s. 4 eine Acceptationsprotestation, — als ausschliefsliche Begründung eines Anspruchs auf Ersatz von Schäden, Kosten und Interessen, — zugelassen, sofern der Betrag des Wechsels nicht unter zwanzig Pfund Sterling ist [6]), und

1) Thomson. S. 498.

2) Thomson S. 475.

3) Chitty S. 196, 197., Thomson S. 517., unter Anführung vieler gerichtlicher Entscheidungen.

4) Thomson S. 472, 473, 480.

5) Chitty S. 215., unter Anführung vieler Entscheidungen.

6) Chitty S. 218. weicht von dieser Interpretation ab, indem

der Wechsel das Bekenntnifs der empfangnen Valuta enthält, auch gewisse Zeit nach Dato zahlbar lautet. [1]) — Doch ist Ausfertigung des Protestes bey Nichtacceptation solcher inländischer Wechsel ungewöhnlich, und pflegen auch ohnediefs Interessen gezahlt zu werden; durch eine neuere Entscheidung [2]) ist sogar ausgesprochen worden, dafs der Protest nicht nothwendig sey, um Interessen fordern zu können. [3])

er, — doch ohne Anführung von Präjudicaten, — den Protest Mangel-Annahme bei inländischen Wechseln über fünf Pfund für zulässig, und bei solchen, die unter zwanzig Pfund sind, die Fordrung von Schadensersatz auch ohne denselben begründet hält. — Aber er wird durch den Zusammenhang des Gesetzes widerlegt. — S. Kyd S. 149., welcher in Bezug auf die Anfangsworte des §. 6. der Acte 3 und 4. Anna Cap. 9. bemerkt:

„What may be the true meaning and operation of this provision is far from being clear: by the natural construction of the words, it might be imagined the legislature meant to give damages on bills of these descriptions, without imposing on the holder the necessity of protesting: but that supposition is not consistent with the general purview of the two acts, so that the safest construction seems to be, that inland bills without the words „value received", or under twenty pounds, shall continue as at common law, and *shall not be entitled* to the privilege of a protest either for non-acceptance or for non-payment.

„Manning S. 20. scheint dem Chitty beizustimmen, Thomson S. 474. dem Kyd. In der Thémis Tom. VII. Quatrième livraison. Pag. 190. wird mit Unrecht behauptet, dafs die Acceptationsprotestation bei inländischen Wechseln minder wesentlich, als der Zahlungsprotest, sey. Allerdings pflegt man, bei inländischen Wechseln, es bei der Notirung wegen Nichtacceptation zu belassen. Kyd S. 150. Aber auch bei ausländischen Wechseln erfordert das Brittische Recht nicht, dafs zugleich mit der Nachrichtsertheilung eine Ausfertigung des Protestes übersandt werde.

1) Letztres wird übersehen in der Thémis a. a. O.

2) Windle c. Andrews, 2 B. et A. 696. Vgl. Thomson S, 474.

3) Chitty S. 218, 219.

Wenn die Acceptation in irgend einer Hinsicht von dem Inhalt des Wechsels abweicht, muſs der Inhaber die in der Regel zu Erhaltung des Regresses erforderlichen Beobachtungen wahrnehmen; doch muſs er, in der Nachrichtgebung (bey inländischen Wechseln), oder in dem Proteste, ausdrücken, daſs er den Acceptanten seiner Verbindlichkeit nicht zu entlassen gedenke, „da sonst jede Handlung, welche anzeigt, daſs er sich bey dieser Acceptation nicht beruhige, ihn seines Rechtes aus derselben, nach gerichtlichen Entscheidungen, verlustig macht.“ Bey der partiellen Acceptation liegt letztre Verwahrung bereits darin, daſs die Protestation und Nachrichtgebung nur für den Rest des Betrags geschieht [1]).

Die Protestation wegen Nicht-Acceptation muſs alsbald auf Verweigrung der Acceptation geschehen [2]).

Art. 77. Chitty [3]) bemerkt hinsichtlich der Acceptationspräsentation:

„Wenn der Trassat an dem Platze, welchen der Wechsel als seinen Wohnplatz bezeichnet, nicht aufzufinden ist, und erhellt, daſs er niemals daselbst lebte, oder ausgetreten ist, so ist der Wechsel als entehrt zu betrachten; wenn er sich aber von jenem Platze nur entfernt hat, so liegt dem Inhaber ob, aufzufinden, wohin er sich entfernt hat, und dort die Präsentation vorzunehmen; und er sollte in allen Fällen jede mögliche Nachforschung nach dem Trassaten anstellen, und,

1) Thomson S. 380. 382. vergl. mit Chitty S. 182, 217. — Ob, im Fall eines Versäumnisses, bei der partiellen Acceptation die Verbindlichkeit der Regreſspflichtigen nicht wenigstens bis auf den Betrag der Acceptation, desgleichen bei der bedingten Acceptation nicht wenigstens in dem Falle fortbestehe, wenn hinterher die Bedingung existirt, ist controvers, und noch nicht durch gerichtliche Entscheidungen festgestellt. Chitty S. 215.

2) Thomson S. 481. Chitty S. 213.

3) S. 164, 165.

wenn es in seiner Macht steht, ihm den Wechsel präsentiren."

"In Schottland scheint, wenn der Trassat nicht aufgefunden werden kann, die angenommene Verfahrungsweise zu seyn, den Wechsel an dem Markt-Kreuze des Ortes, wo er zuletzt wohnte, zu präsentiren und zu protestiren. Der Protest mufs in diesem Falle enthalten, dafs genaue Nachforschung nach ihm angestellt worden sey." [1])

Bey Wechseln, die zahlbar an einem andern Orte, als dem Wohnorte des Trassaten, gezogen sind, kann der Acceptationsprotest, beliebig, an einem dieser beyden Orte errichtet werden [2]).

Der Zahlungsprotest ist am letzten Respittage, — Art. 79.
oder, wenn derselbe ein, beiden Partheyen gemeinsamer, Sonn- oder Festtag ist, am vorhergehenden Tage, — zu errichten. Bey Englischen inländischen Wechseln findet eine Ausnahme Statt, sofern dieselben erst am Tage nach abgelaufner Respitzeit protestirt werden können, nach Inhalt von 9 und 10. Wilh. III. Kap. 17. S. 1 [3]).

Wenn die Acceptation eines Wechsels verweigert worden ist, ist es nicht nothwendig, denselben wiederholt zur Zahlung zu präsentiren, oder, falls diefs geschah, Nachricht von der Nicht-Zahlung zu geben [4]).

1) Thomson S. 444.

2) Thomson S. 484.

3) oben S. 176. Chitty S. 285, 286, 311, 313, 314. In der Praxis wird Letztres nicht beachtet. Manning S. 42. — Vgl. Thomson S. 406, 407, 460, 482., welcher die erwähnte Abweichung des Rechts bey Englischen inländischen Wechseln bezweifelt, und sich für diese seine Ansicht auf Englische Autoritäten beruft.

4) Chitty S. 107, 142, 232, 309., Kyd S. 110, 111, unter Anführung Englischer Präjudikate. Vergl. Thomson S. 186, 306, 436. Letztrer ist der Meinung, dafs dieser Satz

Der Zahlungsprotest ist nach Schottländischem Recht bey Zahlscheinen und acceptirten oder doch nicht bereits wegen Nicht-Acceptation protestirten Wechseln Bedingung des Regresses [1]), und selbst hinsichtlich des Ausstellers eines Zahlscheins oder des Acceptanten des Wechsels erforderlich, um das summarische Verfahren gegen dieselben zu begründen. [2])

Nach Englischem Recht ist der Zahlungsprotest bey ausländischen Wechseln in gleicher Maafse zu Begründung des Regresses wesentlich [3]).

Bey inländischen Wechseln enthält er die ausschliefsliche Bedingung des Anspruchs auf Schadensersatz, — unter den bey dem Acceptationsprotest (oben S. 336, 337.) inländischer Wechsel angegebnen Beschränkungen [4]).

Dafs der Inhaber eines inländischen nach Sicht zahlbaren Wechsels zu Errichtung eines solchen Protestes nicht befugt sey, ist durch eine gerichtliche Entscheidung anerkannt [5]).

Die Bestimmungen des Englischen Rechts hinsichtlich des Zahlungsprotestes bey inländischen Wechseln scheinen auch auf Zahlscheine anwendbar, da die

des Englischen Rechts gesunden Principien entspreche; die Frage scheint in Schottland noch nicht zur gerichtlichen Entscheidung gekommen zu seyn. Glen S. 200. — Hieher beziehen sich offenbar auch die Endworte des 5ten Abschnitts der Acte 3 und 4. Anna Cap. 9, — welche Kyd S. 149-151 mifszuverstehen scheint.

1) 12. Geo. III. c. 72. §. 41. verordnet, dafs bey Zahlscheinen und inländischen Wechseln der Protest eben so, wie bei ausländischen Wechseln, Bedingung des Regresses sey.

2) Thomson S. 472, 473.

3) Chitty S. 310.

4) Chitty S. 311, 312. —
Die Acte 9 und 10. Wilh. III c. 17. liefs den Protest bey Wechseln von 5 Pfund zu; statt dessen hat 3 und 4. Anna c. 9. §. 6. zwanzig Pfund als Minimum festgesetzt.
Kyd S. 49.

5) Leftley c. Mills, 4 T. R. 170. — Chitty S. 312.

Acte 3 und 4. Anna c. 9. §. 1. [1]) verordnet, daſs darauf eine Klage, gleichermaſsen wie auf inländische trassirte Wechsel, Statt finde. [2])

Hinsichtlich des Ortes, wo die Zahlungspräsentation geschehen, und der Zahlungsprotest errichtet werden muſs, kommen, wenn der Wechsel keine abweichende Bestimmung eines Zahlortes enthält, die oben[3]) für den Acceptationsprotest aufgestellten Principien in Anwendung, — so weit die Natur des Verhältniſses es zuläſst.[4]) Art. 80.

Für den entgegengesetzten Fall ist Folgendes zu bemerken:

I. *Zahlscheine.* [5])

Bei Zahlscheinen, die an einem gewissen in dem Context des Scheins benannten Platze, an den Inhaber,

1) oben S. 185.

2) Thomson S. 474.

3) S. 338, 339.

4) Vergl. Chitty S. 246, 247, 260, 262. Thomson S. 509.

5) Vergl die oben S. 278, 279. gegebnen Formulare.

» It is a general rule of law, that where is a precedent debt or duty, the creditor need not allege or prove any demand of payment before the action brought, it being the duty of the debtor to find out his creditor, and tender him the money, and, as it is technically said, the bringing of the action is a sufficient request.

It might not perhaps be unreasonable, if the law required presentment to the acceptor of a bill, or maker of a note, before an action be commenced against him, because otherwise he might, on account of the negotiable quality of the instrument, and the consequent difficulty to find out the holder of it on the day of payment, in order to make a tender to him, be subjected to an action without any default whatever: and the engagement of the acceptor of a bill, or maker of a note, is to pay the money when due to the holder, who shall for that purpose make presentment. « (Chitty S. 249. — In einer neuern Entscheidung der Common Pleas, — Soward c.

auf Anfordern, zahlbar lauten, ist, nach übereinstimmenden Entscheidungen der Gerichte der King's Bench und Common Pleas [1]), der Aussteller nur an dem auf diese Art bezeichneten Platze die Zahlung zu leisten schuldig, und bei einer Klage gegen denselben muſs die dort geschehne Zahlungsfordrung von dem Kläger angeführt und erwiesen werden. [2])

Doch ist durch neuere gerichtliche Aeuſserungen mehrerer Mitglieder der obersten Englischen Gerichtshöfe die Rechtsgemäſsheit dieser Entscheidungen sehr in Zweifel gezogen worden. [3])

Palmer, Thomson S. 859, — scheint wirklich nach dieser Ansicht des Chitty erkannt worden zu seyn.)

In Schottland scheint hierüber kein bestimmter Gerichtsgebrauch zu existiren, und Thomson S. 412 — 414. lässt daher vorstehendes Princip des Englischen Rechts nur bey solchen Wechseln zu, die eine bestimmte Verfallzeit enthalten und sich noch in Händen des ursprünglichen Gläubigers befinden (?).

1) Der Hauptfall in King's Bench, Sanderson c. Bowes, ist jünger als 1810.

2) Halcomb in der S. 343. Not. 4. anzuführenden Schrift, S. 51.

3) Ein Mitglied des Gerichts der King's Bench, Bayley, sagte z. B., in dem Votum, welches er 1820. in Rowe c. Young vor dem Hause der Lords ablegte: »Ich könnte zwischen diesen (den Note 1) erwähnten) Fällen und dem Falle Fenton c. Goundry (in welchem das Gericht der King's Bench die der Acceptation schlechtweg beigefügte Benennung eines Zahlungsplatzes für auſserwesentlich hielt — s. Halcomb S. 29. —) distinguiren; denn in dem letztern Falle war die Acceptation, zahlbar an dem Platze, kein Theil der ursprünglichen Fassung des Wechsels selbsten; aber in den vorher benannten Fällen waren die Worte, wodurch die Zahlung restringirt ward, in der ursprünglichen Fassung des Instruments enthalten. Aber ich will letztern Entscheidungen keine solche Argumentation entgegenstellen; denn ich bekenne frei, daſs ich die Richtigkeit dieser Entscheidungen bezweifle, obgleich ich selbst Antheil daran nahm; und ich halte es für männlicher, zu sagen, daſs ich die Ansichten, welche ich bei diesen Fällen hegte, für irrig erachte, als, mittelst feiner und subtiler Unterscheidungen, den Versuch einer

Zweifelhaft ist auf jeden Fall, nach Halcomb [1]), ob jene Entscheidungen auch auf solche Zahlscheine anwendbar sind, welche nicht auf Anfordern zahlbar lauten, sondern eine bestimmte Verfallzeit enthalten.

Ist der Zahlort nur unten an dem Zahlschein oder an dem Rande desselben [2]) angegeben, so wird diefs, nach übereinstimmenden Entscheidungen derselben Gerichte, als eine aufserwesentliche Beifügung betrachtet, und vorgängige Präsentation an diesem Orte ist zu Begründung einer Klage gegen den Aussteller nicht erforderlich. [3])

Wo zu Erhaltung des Regrefses gegen die Indossanten des Zahlscheins protestirt werden müsse, s. unten S. 349, 350.

II. Trassirte Wechsel. [4])

Distinction zwischen diesen Fällen und Fenton c. Goundry zu machen. Ich hoffe daher, dafs der Fall Sanderson c. Bowes in künftigen Entscheidungen nicht befolgt werden wird.« (Halcomb. S. 57.)

1) S. 53, 56, 57. Vergl. Jacobsen, Neue Sammlung handelsrechtlicher Abhandlungen. Altona 1823. S. 25. — Chitty S. 250. und Thomson S. 444, 449. erwähnen keine solche Unterscheidung.

2) at the foot or in the margin of the note.

3) Halcomb S. 59. Chitty S. 253, 254. Thomson S. 454. — Eine Ausnahme findet, nach einer Entscheidung des Gerichts der King's Bench, Statt, wenn der Zahlungsplatz nicht geschrieben, sondern gedruckt ist. Chitty S. 251. Not. b. Thomson S. 449. Not. 2.

4) Vergl. die oben, S. 274, fgg. gegebnen Formulare. — Zur Erläuterung des hieher gehörigen Statuts, 1 Geo. IV. C. 78., dient vorzugsweise folgende Schrift:
Analysis of the report of the case of Rowe v. Young (decided in the house of Lords, July, 1820.) With remarks thereon, and upon the Statute 1 et 2. Geo. 4. Chap. 78., intituled »an act to regulate acceptances of bills of exchange.« By John Halcomb, Esq. of the inner temple. London 1821.
— Jacob Meagher, in Gosport, trassirte unterm 20. Dec. 1815.

A. Älteres Recht.

Ist in dem Context des Wechsels ein gewisser Zahlungsplatz bezeichnet, so ist Präsentation daselbst eine Voraussetzung des Anspruchs gegen den Acceptanten.[1])

Hinsichtlich der Frage, ob durch der Acceptation schlechtweg beigefügte Bezeichnung eines Zahlplatzes der Acceptant ein Recht auf eine vorgängige dortige Präsentation erwerbe, war die Praxis der Gerichte der King's Bench und Common Pleas verschieden. Das Gericht der King's Bench war der verneinenden Ansicht, und hatte seit 1785. dieselbe ununterbrochen befolgt. Das Gericht der Common Pleas war der entgegengesetzten Ansicht, und erkannte danach seit 1809. [2])

auf Isaac Young zu Torpoint, welcher acceptirte »zahlbar bei Herrn Johann Perring und Comp, Bankiers, London.« In dem später zwischen dem Indossatar Josua Rowe und dem Acceptanten J. Young entstandenen Rechtsstreit erkannte das Gericht der King's Bench die Beifügung des Zahlortes für aufserwesentlich; diese Entscheidung wurde von dem Hause der Lords, nach Vernehmung der Ansichten der zwölf Richter von England, des Lord Kanzler und Lord Redesdale, aufgehoben.

Die in Jacobsens Umrifs des Englischen Wechselrechts S. 224 — 226. enthaltenen Angaben, hinsichtlich dieses Rechtsfalles, sind nicht genau. In Jacobsens neuer Sammlung handelsrechtlicher Abhandlungen S. 4. fgg. findet sich eine Uebersetzung der Reden, worin das Mitglied des Gerichts der King's Bench J. Holroyd und der Lord Kanzler ihre Ansichten aussprachen. — Dieser Rechtsstreit veranlafste das vorbemeldte Statut.

1) Thomson S. 448, 449.

2) Halcomb S. 28, 29. Er sagt:

»In dem Gericht der Common Pleas scheint der erste dort vorgekommene Fall, Ambrose c. Hopwood, (1809) nich sehr discutirt worden zu seyn. Und der leitende Fall, Callanghan c. Aylett, (1810, in Abwesenheit des Oberrichters entschieden) ward ausdrücklich nach Autorität des in dem Gerichte der King's Bench vorgekommnen Falles Parker c. Gordon beurtheilt (welches doch eine Klage gegen den Trassanten war.)« — Im Folgenden zeigt Halcomb, dafs das Gericht der King's Bench in der Entscheidung Parker c. Gordon keinesfalls eine Autorität

Das Gericht der King's Bench betrachtete die Acceptation als Anerkennung einer Schuld des Acceptanten an den Trassanten, — woraus er von diesem generell, überall und ohne irgend eine frühere Zahlungsforderung, belangt werden konnte; den Inhaber betrachtete dasselbe Gericht als den Cessionar des Trassanten hinsichtlich jener Schuld, und, da die von dem Acceptanten schlechtweg beigefügte Benennung eines Zahlortes allenfalls auch bloſs im Intereſse des Inhabers geschehen seyn konnte,[1] so zog das Gericht diese Interpretation vor, indem dem Acceptanten frei gestanden, die Benennung des Zahlortes durch Worte zu bewerkstelligen, welche nothwendig eine Qualification involvirten, und der Inhaber, im Zweifel, die nämlichen Vorrechte gegen den Acceptanten geltend machen konnte, welche früher dem Trassanten gegen denselben zustanden. In der Beifügung des Zahlortes fand dieſs Gericht nur den Sinn, daſs danach dieser Ort die Stelle des gewöhnlichen Aufenthaltsortes des Trassaten vertrete. Man berief sich hiefür auf die Observanz des Handelsstandes.[2])

für das Verhältniſs des Acceptanten aufzustellen bezweckte. Die vor beiden Gerichten vorgekommnen Rechtsfälle nebst den Entscheidungsgründen s. bey Chitty S. 254 — 258. und Thomson S. 455 fgg.

1) Holroyd, bey Jacobsen, Neue Handelsrechtliche Abhandlungen S. 16: »Die Worte: »zahlbar bey Sir John Perrings u. Comp.« können entweder den Sinn haben, daſs der Wechsel dort bezahlt werden kann, oder einen Wink, daſs er dort bezahlt werden wird (d. h. wenn der Inhaber ihn dahin bringt), oder sie können den Sinn haben, eine Verpflichtung zu erschaffen, die auch für den Inhaber bindend seyn soll. Indeſs wenn der Schreiber des Acceptes letztere Absicht gehabt haben sollte, so halte ich dafür, daſs er es hätte deutlich ausdrücken müſsen, er beabsichtige, der Inhaber solle sich gebunden erachten, den Wechsel nur allein dort vorzeigen zu können.»

2) Ein Mitglied des Gerichts der King's Bench, Bayley, äusserte,

Bei einer wirklich qualificirten Acceptation lag, nach Ansicht des Gerichts der King's Bench, nicht dem In-

bei Anlaſs der von dem Hause der Lords in Sachen Rowe c. Young den zwölf Richtern 1820. vorgelegten Fragen:

» Wird keine Verwirrung in dem Gang des Handels daraus entstehen, da diese Art der Acceptation so allgemein gebräuchlich ist? Der Wechsel wird von dem Commis im Hause des Trassaten im Allgemeinen zur Acceptation zurückgelassen, und am folgenden Morgen zurückgefordert. Angenommen, jemand läſst einen auf den Trassaten generell gezognen Wechsel in dem Hause desselben zurück, und, wie er ihn wieder verlangt, findet er ihn acceptirt, zahlbar bei einem Bankier; wenn diese Art der Acceptation ihm eine weitere Bürde aufladet, so kann er den Wechsel in Empfang nehmen, die Acceptation ausstreichen, den Wechsel als nicht honorirt behandeln, ihn, wenn es ein ausländischer Wechsel ist, protestiren, und zugleich gegen sämmtliche daraus Verpflichtete klagend auftreten (— sofern nämlich das Englische Recht nach fruchtloser Acceptationspräsentation keine weitere Zahlungspräsentation erheischt —). Man sagt vielleicht, dieſs sey niemals geschehen, und die Besorgniſs sey chimerisch. Aber warum ist es nie geschehen? Weil es seit einer Reihe von Jahren im Handel ein angenommener Satz gewesen ist, daſs eine Acceptation zahlbar bei einem Bankier dem Inhaber keine weitere Bürde aufladet, sondern nur eine Angabe enthält, daſs der Acceptant dort zu zahlen bereit seyn werde; einmal angenommen, daſs eine solche Acceptation eine Bedingung involvirt, und dem Inhaber die Bürde, Präsentation bei dem Bankier zu beweisen, obliegt, — und von diesem Augenblick muſs jede solche Acceptation zurückgewiesen werden. Was werden der Trassant und die Indossanten sagen? Sie werden sagen: »Nehmt Ihr eine solche Acceptation an, so thut Ihr es auf Eure Gefahr, und wir sind liberirt«. Der Inhaber. (— im Englischen steht zwar: the acceptor; dieſs scheint aber ein Druckfehler zu seyn —) hat kein Recht auf den Grund einer Acceptation, wodurch er sie benachtheiligt. Sie sind befugt zu erwarten, daſs, wenn eine Acceptation zugelassen wird, es eine solche sey, die keine solche weitre Anführung und Beweis nöthig macht. Zulassung einer solchen Acceptation, wenn sie wirklich den Effect, den man ihr beilegen will, hätte, würde sie liberiren, wenn sie nicht unmit-

haber der Beweis der an dem bezeichneten Orte geschehnen Präsentation ob, sondern der Acceptant sollte den

telbare Kenntnifs davon erhielten, und dazu beistimmten. Man sagt vielleicht, diese Nachricht könne ihnen ertheilt werden; — aber wollen Euer Herrlichkeiten eine Entscheidung fällen, welche dem Inhaber die Nothwendigkeit auferlegt, allen aus dem Wechsel Verpflichteten Nachricht zu geben? Wenn ich behauptete, dafs täglich in London hundert solche Acceptationen vorfallen, so würde ich bei weitem innerhalb der Gränzen der Wahrheit bleiben. Wenn diese Acceptationen bedingt sind, so müfste schuldiger Weise mit der Post dem Trassanten und den Indossanten jedes Wechsels Nachricht zugesandt werden, nicht dafs die Wechsel nicht honorirt worden sind, sondern dafs sie acceptirt worden sind zahlbar bei einem Bankier. Der Umstand, dafs, ohngeachtet des allgemeinen Gebrauchs solcher Acceptationen, dennoch keine solche Nachricht ertheilt wird, und die vollkommne Beruhigung dabei, zeigt stärker, als positive Autoritäten vermöchten, was die Annahme, der Gebrauch und die Sitte der handelnden Welt (— in England —) in dieser Hinsicht ist; und, wenn Tratten, die ein täglich vorkommender Gegenstand des Handels sind, von der handelnden Welt eine gewisse Beschaffenheit beigelegt ist, so mufs diese von der handelnden Welt ihnen beigelegte Beschaffenheit auch vor Gericht als ihre eigentliche Beschaffenheit betrachtet werden.« Lord Dallas, Oberrichter der Common Pleas, bemerkte indefs bei demselben Anlafse und in demselben Anbetracht:

»Wenn die Entscheidung auf diesem einzigen Grunde beruhen soll, so würde ich wünschen, dafs die Gewifsheit des Factums auf eine oder die andre Art regelmäfsig hergestellt würde. Das Recht werde ich von den gelehrten Richtern nehmen, deren Amt es ist, das Recht zu erwägen; aber, wenn das Recht auf factischen Verhältnifsen beruht, diese aber auf dem Beweise derselben, so wünsche ich, wo möglich, einen Beweis durch den regelmässigen Kanal zu erhalten.«

Wegen Mangels eines solchen Beweises stimmte Lord Dallas für die Ansicht des Gerichts der Common Pleas.

(Halcomb S. 17 — 19.)

Lord Ellenborough äufserte in Rowe c. Williams (Dreyeinigkeitssitzung, 1816, — Chitty S. 256. not. b.), nach einem beständigen und ununterbrochenen Handelsgebrauch entstehe aus einer Acceptation, zahlbar an einem gewifsen Platze, für den

Beweis des ihm aus Unterbleibung der Präsentation entstandnen Schadens führen. Man berief sich deshalb auf die Analogie des bei gewöhnlichen Schuldverschreibungen geltenden Rechtes [1].

Das Gericht der Common Pleas berücksichtigte dagegen, dafs die Acceptation keine vorausgehende Schuld des Acceptanten an den Inhaber supponire, vielmehr Letztrer durchaus nur aus dem Factum der Acceptation dem Inhaber verhaftet, daher diejenige Interpretation der Worte der Acceptation vorzuziehen sey, welche ihn am wenigsten belaste. Consequent erklärte die Majorität desselben Gerichtes die an dem Zahlplatze geschehne Präsentation für eine, von dem Kläger zu erweisende, Bedingung der Klage gegen den Acceptanten. Man bezog sich deshalb auf die Analogie des bey eignen Wechseln geltenden Rechtes [2].

Inhaber keine Verbindlichkeit zur Präsentation an diesem Platze.

Dennoch sagt Chitty S. 258.:

»In der Praxis ist es unwandelbare Maxime unter Bankiers und Handelsleuten, Wechsel, welche, zahlbar an einem bestimmten Platze, acceptirt sind, an diesem Platze zu präsentiren.«

Vergl. die Darstellung des Lord Kanzler, bei Jacobsen, Abhandlungen S. 39.

1) Halcomb S. 32. fgg vergl. mit S. 6. Jacobsen, Abhandl. S. 17. fgg.

2) Halcomb S. 4. 41. fgg. vergl. mit S. 33.

In Gammon c. Schmoll, — einem 1814 vor dem Gerichte der Common Pleas verhandelten Falle einer qualificirten Acceptation, — führte der Anwalt (serjeant) Vaughan aus (Chitty S. 257.): »dafs eine einfache Acceptation den Acceptanten der ausgedehntesten Responsabilität unterwirft, die durch Worte begründet werden kann; keine Präsentation an irgend einem Platze ist nothwendig; der Acceptant ist verbunden, dem Wechsel zu folgen und dem Inhaber überall innerhalb der vier Meere Zahlung zu leisten; er kann nichts hinzuthun, was seine Verbindlichkeit noch weiter ausdehnen könnte. Es ist sehr guter Grund vorhanden, warum die Restriction Gültigkeit haben sollte; angenommen, der Ac-

Wenn der Zahlungsplatz nur in einem unten an der Tratte beigefügten Memorandum enthalten ist, so ist zu Begründung einer Klage gegen den Acceptanten Präsentation an diesem Orte nicht erforderlich." [1])

Wenn der Wechsel generell eine Stadt zur Zahlung bestimmte, und bey der Acceptation ein einzelner Platz in derselben, zu Erhebung der Zahlung, bezeichnet war, so erkannte das Gericht der King's Bench diese Acceptation für eine vollständig qualificirte und dem Inhaber den Beweis der Präsentation obliegend [2]).

Weder der Acceptant einer Tratte, noch der Aussteller eines Zahlscheins ist indefs in irgend einem Falle befugt zu verlangen, dafs ihm Nachricht von der, an dem bezeichneten Zahlungsplatze, unterbliebnen Honorirung ertheilt werde [3]).

Sofern Zahlungspräsentation an einem gewissen Platze, aus Rücksicht auf den Inhalt des Contextes des Wechsels oder Zahlscheins, oder auf die dem Contexte oder der Adresse des Wechsels entsprechende Fassung der Acceptation, zu Begründung eines Anspruchs gegen

ceptant besitzt Fonds zu Bath, oder zu Paris, so ist er bei Unterzeichnung einer qualificirten Acceptation vollkommen sicher, wenn Nothwendigeit vorhanden ist, den Wechsel dort zu präsentiren; ausserdem kann er sich auf keine Weise mit dem Wechsel befassen; und, wenn, während seine Fonds stationär sind, er nicht vermeiden kann, dafs seine Verbindlichkeit ubiquitär ist, so wird diese Doctrin der Ausstellung von Wechseln grofse Hindernifse in den Weg legen. «

Die Ansicht des Gerichts der Common Pleas ward von dem Lord Kanzler in dem bei Jacobsen a. a. O. S. 30 — 47 in der Uebersetzung abgedruckten vor dem Hause der Lords in Rowe c. Young abgegebnen Votum lichtvoll vertheidigt.

1) Thomson S. 454.

2) Chitty S. 251., Thomson S. 450.

3) » since . . he is himself the proper debtor, and was therefore bound to have ascertained whether the bill or note was paid when presented. « Thomson S. 450. — Vergl. Chitty S. 252.

den directen Schuldner erforderlich ist, ist sie es auch zu Aufrechthaltung des Regresses gegen die Trassanten und die Indossanten, und dieser, wenn nicht daselbst protestirt ward, verwirkt [1]).

B) *Neueres Recht, seit August* **1821.**

Durch das Gesetz vom July 1821. [2]) wurde die Controverse zwischen King's Bench und Common Pleas zu Gunsten des erstern Gerichtes entschieden, und das Gesetz scheint von noch strengeren Principien aus-

1) Thomson S. 451.: »Moreover, in a question with them, it would probably have been at one time necessary to present the bill or note to the acceptor or granter at the specified place, even though it should have been merely noticed in a memorandum at the foot of the bill or note, as a place where payment might be made, without any reference whatever to a place of payment in the body of the instrument. This rule has at least been held applicable where the place of payment is specified only in the acceptance, as by accepting the bill «payable at a certain place.» (Chitty S. 260.) Das Präjudicat, wovon Thomson hier spricht, erfolgte in dem Falle Ambrose c. Hopwood, welches, wie er a. a. O. bemerkt, eine Regreſsklage gegen den Trassanten war. Aber Chitty S. 361. bemerkt in Bezug auf diesen nämlichen Rechtsfall: »If a bill be stated to have been accepted, payable by certain persons, at a particular place, it has been holden, in an action against the drawer, that an averment of a presentment to those persons generally, without saying at what place, *is sufficient.*» Und nach Halcomb S. 29. wäre dasselbe gar eine Klage gegen den Acceptanten gewesen. — Die von dem Trassaten — unabhängig von dem Inhalt des Wechsels — der Acceptation beigefügte Bezeichnung eines Domicils rechtfertigt die dort geschehende Errichtung des Protestes, — indem der Acceptant dort, per mandatarium, gegenwärtig zu seyn versprach, — involvirt aber keine Ungültigkeit des bei demselben persönlich errichteten Protestes Entscheidung der Kingsbench in Parker c. Gordon (s. Halcomb S. 29, 30., Thomson S. 456. Not. 1. vergl. mit S. 452, 453.).

2) Oben S. 268 fgg.

zugehen, als die früher von jener Behörde aufgestellten waren. Für den Fall der wirklich, in der von dem Gesetze vorgeschriebnen Weise, qualificirten Acceptation ist die Anfordrung, an dem so bezeichneten Platze, unbedingt für ein Requisit des Anspruchs gegen den Acceptanten erklärt.

„Obwohl dieses Gesetz sich auf eine in einem Englischen Rechtsfalle erfolgte Entscheidung bezieht, so ist es doch, nach der Allgemeinheit seiner Fassung, auf innerhalb Schottlands gezogne und acceptirte Wechsel anwendbar.“ [1])

Die Regreſsverhältnisse scheinen dadurch nicht berührt zu werden; dafür spricht der Zusammenhang mit dem früheren Recht, und die in den Worten der Parlamentsacte enthaltne Bezugnahme auf den — oben S. 343, 344. Not. 3. angegebnen — Rechtsfall. [2])

1) Worte des Thomson S. 457, 458. — Glen S. 165. Not.

2) Halcomb S. 76, 77, bemerkt:

»In Anbetracht der ersten Hälfte dieser Acte könnte die Frage erhoben werden, ob, wenn ein Wechsel zahlbar bei einem Bankier acceptirt ist, zu Erhaltung des Regresses gegen den Trassanten und die Indossanten der Beweis hinreiche, daſs die Zahlungspräsentation bei dem Bankier geschehen und die Zahlung verweigert worden sey. Ich zweifle nicht, daſs die Absicht des Gesetzes dahin ging; da aber die Worte des Gesetzes nur sind: »daſs solche Acceptation in allem und jedem Anbetracht für eine generelle Acceptation gehalten werden soll«, und da auf eine generelle Acceptation in solchem Falle Beweis einer Zahlungsfordrung, entweder bei dem Acceptanten persönlich, oder an seinem gewöhnlichen Wohnplatze, nothwendig ist, so könnte hieraus gefolgert werden, daſs Präsentation in dem Hause des Bankiers nicht hinreichend sey, und dieser Punkt gibt daher beträchtlichen Zweifeln Raum. Meine eigne Meinung ist, daſs, sollte er je zu gerichtlicher Entscheidung kommen, die Präsentation bei dem Bankier für hinreichend gehalten werden würde, und Präsentation an dem gewöhnlichen Aufenthaltsorte des Acceptanten nicht hinreichend seyn würde; da das Haus des Bankiers durch die Acceptation an dessen

Chitty [1]) ist der entgegengesetzten Ansicht, indem er sich streng an die Worte des Gesetzes hält.

Kelly [2]) hat das Gesetz von 1821 ganz übersehen, indem er schlechtweg sagt:

„L'acceptation peut fixer un lieu de paiement différent de celui qui est indiqué dans la lettre de change, tel que la maison d'un banquier. Dans ce cas, si le porteur néglige de se faire payer dans un temps utile, et que le banquier vienne à faillir, lui seul doit supporter la perte.“

Selbst die Aeufserungen der Englischen Rechtsgelehrten hinsichtlich dieses Punktes sind nur mit Vorsicht zu benutzen. So gibt z. B. Chitty [3]) die Cautel an, dafs der Wechselkläger, im Fall einer hinsichtlich des Zahlungsplatzes qualificirten Acceptation, bei einer Klage gegen den Acceptanten mit dem Beweise der an dem Zahlplatze geschehenen Präsentation ausgerüstet seyn möge, weil zwar das Gericht der King's Bench einen solchen Beweis nicht erfordre, aber mehrere Mitglieder

Stelle substituirt ist; in Gemäfsheit der in Treaher c. Hinton zum Grunde gelegten Regel (4 Born. und Ald. 413.). Aber diese Ansicht dehnt sicher die Worte des Gesetzes über ihren eigentlichen directen Inhalt aus. Durch Annahme derselben wird der Inhaber in seinem Rechte verkürzt, indem er hinsichtlich der Zahlungspräsentation auf einen Theil des Verfalltags beschränkt wird, da die Tratte innerhalb der Geschäftsstunden der Bankiers präsentirt werden mufs (Parker c. Gordon, 7. East. 385.), und für den Rest des Tages scheint daher zu folgen, dafs eine persönliche Anfordrung allein hinreichend seyn würde (und diefs wird vielleicht bezweifelt werden); denn zuzulassen, dafs eine Präsentation an dem Aufenthaltsorte oder in dem Geschäftshause des Acceptanten, nach den Geschäftsstunden des Bankiers, hinreichend seyn würde, macht Präsentation bei dem Bankier unnöthig. Auf die eine oder andere Art, ist hier eine Schwierigkeit vorhanden.« — Vergl. S. 350. Not. 1.

1) S. 261. Aber s. Thomson S. 452, 458.

2) a. a. O. S. 4.

3) S. 402.

des Gerichts der Common Pleas andrer Meinung seyen. — Ohne Zweifel ist dieser Rathschlag irrthümlich aus einer ältern Ausgabe dieses Werks in die neueste (von 1822) übergegangen.

In einer im Jahr 1813. zu Frankfurt erschienenen Druckschrift [1]) ist die Darstellung eines vor den Frankfurter Gerichtsbehörden verhandelten hieher gehörigen Rechtsstreits enthalten. Zwey aus Frankfurt auf J. J. Barker und Comp. in Manchester, mit dem Beysatze: *payable à Londres*, gezogne, 14. Tage nach Sicht zahlbare Wechsel wurden am 7. October 1812. bey dem Trassaten, zu Manchester, zur Acceptation vorgezeigt, aber auf dessen Comtoir die Annahme verweigert, und daher wegen Nicht-Annahme protestirt.

Am 24ten October 1812., als dem letzten Respittage, wurde, gleichfalls zu Manchester bey dem Trassaten, wegen Nicht-Zahlung protestirt [2]).

Der mit der Regreſsklage in Anspruch genommne Trassant wandte ein, daſs am 24ten October nicht zu Manchester, sondern zu London, hätte protestirt werden sollen.

Das Stadtgericht verwarf, im Decret vom 30. Dec. 1812., diese Einwendung, aus dem Grunde:

> „Daſs die Erhebung der Proteste Mangelzahlung in London, als an dem auf den ersagten Wechseln bemerkten Zahlungsorte, aus der Ursache nicht zu bewerkstelligen stunde, weil Beklagter, wo sich der Bezogene in London aufhalte, oder anzutreffen seye, anzugeben selbst unterlassen, folglich ersagte Mangelzah-

1) *Promemoria* in Sachen des Bankiers Johann Matthäus Aubin zu Frankfurt, Wechselklägers, Appellaten und Querulaten, wider den Handelsmann Elias Meyer Ullmann daselbst, Wechselbeklagten, Appellanten und Querulanten. Regreſs nach Wechselrecht betreffend.

2) *Promemoria* S. 3, 5, 6.

lungs - Proteste in dessen gewöhnlichem *loco domicilii*, nämlich in Manchester, geschehen mufsten.«

Der Appellationshof stimmte dieser Ansicht, im Decret vom 1. Febr 1813., bey [1]).

Der damalige Grofsherzogliche Staatsrath, als Cassationshof, dagegen hob unterm 1. May 1813. die ergangnen Entscheidungen auf, — aus folgenden Gründen:

»Dafs ein Gesetz, durch welches in dem Falle, wenn von dem Trassanten oder Trassaten das Haus oder die Person, wo der letztere am Zahlungsorte zu erfragen sey, nicht näher bezeichnet oder angegeben worden, die Bestimmung des Zahlungsortes aus diesem Grunde für nichtig oder wirkungslos erklärt würde, nicht existire; — dafs, wenn ein Wechselinhaber oder Präsentant, statt an dem vorgeschriebnen Zahlungsorte, an einem andern Orte die Bezahlung des Wechsels von dem Trassaten fordere, ungewifs bleibe, ob nicht der Trassat an dem vorgeschriebnen Zahlungsorte anzutreffen gewesen seye, auch die Bezahlung geleistet haben würde, wenn nur der Präsentant daselbst sich nach ihm zu erkundigen nicht unterlassen, und die Bezahlung an ihn alldort verlangt hätte.«

Dem Regredienten ward, in Gemäfsheit der Frankfurter Verordnung vom 4. Sept. 1798., der Regrefs im ordentlichen Processe, »sofern sich ansonst der Trassant mit dem Schaden des Remittenten ungerechterweise bereichern würde,« vorbehalten [2]),

Ein Rückblick auf die vorstehenden Principien

1) *Promemoria* S 31.
2) *Promemoria* S. 37, 38.

des Englischen Rechts wird die volle Rechtsgemäfsheit der Entscheidung der Frankfurter Behörden, des Stadtgerichts und Appellationshofs, bewähren.

Der Trassant bezeichnete, durch die Ausstellung des Wechsels selbsten, den Trassaten als seinen Mandatar zu Zahlung des Wechsels. Die Worte "*payable à Londres*" waren, da die Domicilirung nicht geschehen war, für nicht beigefügt zu halten, — zumal das bey Zahlscheinen geltende Recht im Zweifel auch auf trassirte Wechsel anwendbar ist [1]). Der Trassant konnte eben so wenig auf die in der Adresse geschehne generelle Benennung der Stadt, wo die Zahlung geschehen sollte, eine Einrede begründen, als der Acceptant diefs vermocht hätte, wenn er etwa bey der Acceptation des fraglichen Wechsels unterlassen hätte, ihn zu domiciliren [2]). "Die vom Trassanten noch ohne Angabe eines Domicils geschehne Bezeichnung eines andern Zahlungsortes, als des gewöhnlichen Wohnplatzes des Bezognen, war", wie in dem angeführten Promemo-

1) Chitty S. 12., Halcomb S. 52, 57. — Vergl. oben S. 350.

2) Thomson S. 454:

»Zu Begründung einer Klage gegen den Acceptanten eines trassirten Wechsels oder gegen den Aussteller eines Zahlscheins ist Präsentation an dem auf dem Wechsel oder Zahlschein bezeichneten Zahlungsplatze nicht nothwendig, wenn diese Bezeichnung nur in einem, dem Wechsel oder Zahlschein beigefügten Memorandum enthalten ist.« — d. h. in Zusammenhang mit dem Folgenden, »wenn die Bezeichnung nicht in dem Context des Wechsels oder Zahlscheins enthalten, sondern nur der Adresse desselben beigefügt ist.«

Thomson S. 450 (unter Bezug auf gerichtliche Entscheidungen):

»Wenn ein Wechsel gezogen ist zahlbar generell in London, und acceptirt ist zahlbar bei einem gewissen Bankier in London, so ist, bei einer Klage gegen den Acceptanten, dafür gehalten worden, dafs diese Bezeichnung eines Zahlplatzes einen Theil des Contractes bildet, und eine Präsentation, daselbsten, erwiesen werden mufs.« Vergl. Chitty S. 251.

ria [1]), in Gemäſsheit der Entscheidungen des Frankfurter Stadtgerichts und Appellationshofs, mit groſsem Scharfblick und vollkommen im Geiste des Englischen Rechts entwickelt ist, „nur unter der ganz natürlichen Voraussetzung geschehen, daſs die Tratten mit ausdrücklicher Bezeichnung eines Domicils am Zahlungsort acceptirt würden [2]).“

Bedürfte es eines weiteren Arguments, um die Rechtswidrigkeit der Entscheidung des damaligen Groſsherzoglichen Kassationshofs darzuthun, so würde man dieſs darin finden, daſs in England die Errichtung eines Zahlungsprotestes, wenn der Wechsel bereits wegen Nichtannahme protestirt ist, zwar gewöhnlich, aber nicht unumgänglich nothwendig ist [3]).

Art. 82. Proteste werden, in England und Schottland, von einem Notar vor zwey Zeugen errichtet. Die Unterschrift der Zeugen ist nicht erforderlich. In England kann, wenn kein Notar an dem Zahlungsplatze oder in der Nähe desselben vorhanden ist, jeder angesehne Einwohner [4]) die Stelle desselben vertreten. In Schottland ist dieſs nicht angenommen [5]). — Ist der Wechsel bey einem Bankier zahlbar, so muſs die Protestation binnen der gebräuchlichen Geschäftsstunden, in London nicht später als fünf Uhr, geschehen, —

1) S. 9.

2) Vergl. oben zu Art. 18. der Niederländischen W. O. (S. 74.) Art. 8. der Niederländischen W. O. enthält ausdrücklich, daſs der Trassant die Provision unbedingt am Wohnort des Trassaten und nicht am Zahlort anzuschaffen habe.

3) s. oben S. 339. Vergl. auch *Promemoria* S. 30. Num. 8. coll. Chitty S. 259. unten.

4) any respectable inhabitant, — substantial person.

5) Thomson S. 480.

in der Regel zwischen Sonnen-Aufgang und Sonnen-Untergang [1]).

„Wenn der Schuldner eines Wechsels oder Zahlscheins dem Notar Acceptation oder Zahlung verweigert, so macht der Letztre eine kurze Bemerkung auf den Wechsel oder Zahlschein, enthaltend seine Anfangsbuchstaben, Jahr, Monat, und Tag, und die Acceptations- oder Zahlungs-Weigrung, mit dem Grunde der Weigrung (obwohl diefs nicht immer notirt wird), und auch eine Angabe seiner eignen Gebühren. Diefs wird Notiren genannt. Es war ursprünglich nichts, als ein Memorandum des Notars, um sein Gedächtnifs in Ausstellung des Protestes zu unterstützen, und es wurde gesagt, dasselbe sey dem Rechte unbekannt, als unterschieden von dem Proteste [2]). Aber jetzt scheint man dafür zu halten, sowohl in Schottland als in England, dafs das Notiren eine Art von anfänglichem Proteste sey, welche als in der Zwischenzeit hinreichend betrachtet werden wird, vorausgesetzt, dafs das Protestinstrument später regelmässig ausgestellt wird. Diese Doctrin ist gleichermafsen auf fremde und auf inländische Wechsel anwendbar [3]).“

1) Chitty S. 216, 217, 223, 277, 313. — Thomson S. 473, 483, 484.

Eine aufserhalb der Geschäftsstunden auf dem Comtoir des Bankiers geschehne Präsentation ist nicht ungültig, wenn man jemanden daselbst antraf, der im Namen des Bankiers eine Antwort ertheilte, — wobei präsumirt wird, dafs derselbe in Auftrag des Bankiers handelte. Entscheidung der Kingsbench in Garnett c Woodcock. Chitty S. 277, 278, 405.

2) »Nach Buller, R., in Lefley c. Mills, 4. T. R. 175.«

3) »In Brown und Co. c. Hutchison Dunbar, 8ten Dec. 1807., Morr. App. v. Bill 27, wo der Indossant eines Wechsels einen von dem Inhaber gegen ihn erhobnen Anspruche suspendirte, aus dem Grunde, weil der Wechsel an dem letzten Respittage nicht regelmäfsig protestirt, sondern nur notirt worden war, und weil der Brief des Inhabers, welcher ihm die

Ein mehrere Wechsel befassender Protest ist — wegen Umgehung des Stempelgesetzes — nichtig.[1])

„Hinsichtlich der Worte des Protestinstrumentes, wegen Nicht-Acceptation oder Nicht-Zahlung, scheint das Recht nicht sehr streng zu seyn, vorausgesetzt daſs der Inhalt desselben deutlich genug ausgedrückt ist um ihm Wirkung zu geben. So wurde, im Falle eines Wechsels, der nicht zur Acceptation präsentirt worden war, ein für Wechsel, Rückwechsel und andern aus der Nicht-Zahlung entstehenden Schaden errichteter

Nichthonorirung anzeigte, gesagt hatte, da der Wechsel »nicht protestirt sey «, so hätten sie denselben ihren Bankiers zurückgeschickt u. s. w. und, sobald sie ihn zurück erhielten, würden sie ihn zur Zahlung präsentiren, hielt das Gericht dafür, daſs das Notiren hinreichend war, und daſs die Anzeige an den Indossanten der Voraussetzung Raum lieſs, daſs der Wechsel notirt war, und der Protest später ausgefertigt werden würde. Der Wechsel war sowohl gezogen als zahlbar in London. Aber das Gericht scheint von dem allgemeinen Grunde ausgegangen zu seyn, daſs der Gebrauch des Notirens in allen Fällen von Wechseln und Zahlscheinen zuläſsig sey.

In England, in Chaters c. Bell, 4 Esp. 48, welches eine Klage eines Indossatars gegen den Indossanten eines in Irland, zahlbar in London, gezognen Wechsels war, wurde eingewandt, daſs nicht, wie doch seyn sollte, ein regelmäſsig ausgefertigter Protest von dem nämlichen Datum mit der Nicht-Honorirung des Wechsels vorhanden war; Lord Kenyon hielt dafür: »daſs, wenn regelmäſsig präsentirt und alsbald notirt worden sey, der Protest zu jeder ferneren Zeit errichtet werden könnte; daſs ein Protest vor Anfang des Processes nothwendig sey, und bei der Klage angeführt und erwiesen werden müſse, daſs aber der Mangel desselben dem Indossanten vor einer Klage keinen Grund der Zahlungsweigerung gebe. Lord Ellenborough sprach dieselbe Meinung aus, als dieser Fall später vor ihn kam «

Thomson S. 477.

Chitty S. 216 — 218, 223, 313. stimmt mit Thomson überein, hält indeſs den Satz, daſs der Protest zu jeder spätern Zeit nachträglich abgefaſst werden könne, für keinesweges ausgemacht. Vergl. Manning S. 21.

1) Thomson S. 479.

Protest für einen Protest wegen Nicht-Zahlung erachtet, obwohl er nicht in ausdrücklichen Worten enthielt, ob er wegen Nicht-Zahlung oder Nicht-Acceptation errichtet war (Yuill c. Richardson, 25. July 1699. — eine Schottländische Entscheidung.). . . . In einem viel spätern Falle (Commercial Bank c. Hannay. 24. Febr. 1818. — desgleichen.) wurde ein Protest aufrecht erhalten, welcher schlechthin angab, dafs der Wechsel "gehörig präsentirt" worden sey, ohne zu enthalten, dafs der Protest am Zahlungsplatze errichtet worden sey; das Gericht erachtete, die Worte "gehörig präsentirt" involvirten, dafs alles Nöthige geschehen sey, und berücksichtigte dabey, dafs es nicht der allgemeine Gebrauch sey, in dem Protest anzugeben, dafs er am Zahlungsplatze errichtet worden sey. Aber, obwohl bey allgemeinen Ausdrücken, wie die so eben erwähnten, dafür erachtet werden wird, dafs sie die darunter fallenden Particularitäten von selbst enthalten, so mufs doch der Protest, wenn er in Particularitäten eingeht, enthalten, dafs die darin bemeldten Requisite vollständig beobachtet wurden. Zum Beispiel, im Falle eines Wechsels, der, in Gemäfsheit seines Inhalts, in dem Hause des Trassaten zahlbar war, wurde es für eine gute Einwendung gegen den Protest erachtet, dafs er nur angab, die Präsentation sey in der Stadt Cromarty, wo er sich aufhielt, geschehen (McKenzie c. Urquhart, Jan. und Febr. 1731, Morr. 1561. — gleichfalls eine Schottländische Entscheidung.).[1])"

Die Frage, wer nach Englischem und Schottländischem Recht befugt sey, Nachrichtsertheilung zu verlangen, kann nicht befriedigend beantwortet werden. Denn, obwohl Schriftsteller [2]) erfordern, dafs Art. 84, 85.

1) Thomson S. 485, 486.

2) s. z. B. Kyd S 119, 125. Chitty S. 228, 229, 314. Thomson S. 535 — 538.

Letztrer bemerkt, S. 535: »Die Nachricht von der Nicht-

jedem Regreſspflichtigen, an den sich der Inhaber zu regressiren gedenke, die Nachricht von der Nichthonorirung ertheilt worden seyn müsse, so behaupten doch Andre, namentlich Halcomb [1]), Nachrichtsertheilung an den Trassanten reiche hin, um den Regreſs gegen sämmtliche Indossanten aufrecht zu halten. Beyde Ansichten sind gleich unangemessen; die erstre legt dem Inhaber eine nicht zu rechtfertigende und höchst drückende Verbindlichkeit auf, die zu erfüllen oft sogar unmöglich seyn wird; die letztre verfehlt ganz den richtigen Gesichtspunkt, indem es eine komische Zumuthung an den Trassanten seyn würde, daſs er die Indossanten von der Nicht-Honorirung in Kenntniſs setzen sollte.

Da indeſs nach Vorstehendem dieser Theil des Rechts, wenigstens in England, noch nicht durch gerichtliche

Honorirung muſs allen denjenigen, an welche sich der Inhaber zu regreſsiren gedenkt, ertheilt worden seyn. — Dieser Punkt wurde in Schottland vollständig erörtert in Elliot c. Bell, 14ten Febr. 1781, Morr. 1606., wo, in Uebereinstimmung mit einem Gutachten des Herrn Robert Harries, eines ausgezeichneten Handelsmanns, entschieden ward, daſs der Inhaber eines Zahlscheins, welcher nur dem letzten Indossanten Nachricht ertheilt hatte, gegen die frühern Indossanten, welchen die Nachricht nicht mitgetheilt worden war, keinen Regreſs haben konnte. »

1) a. a. O. S. 24. Er spricht zwar zunächst nur von dem Falle einer qualificirten Acceptation; aber seine Gründe, »daſs dem Inhaber unmöglich sey, sämmtliche Indossanten aufzusuchen, — daſs durch Benachrichtigung des Trassanten den spätern Regreſspflichtigen der Rückgriff gegen diesen erhalten werde und sie daher selbst regreſspflichtig bleiben,« — passen gleichermaſsen auf jeden Fall der Nicht-Honorirung. —

Die ältre Ansicht, daſs zu Begründung eines Anspruchs gegen die Indossanten vorgängige Zahlungsfordrung bei dem Trassanten nothwendig sey, beruhte auf einer durch die Ungenauigkeit der *Reports* veranlaſsten Verwechslung des Verhältniſses des Trassanten mit dem des Ausstellers eines Zahlscheins. Cunningham S. 58. Chitty S. 229, 262, 403, 404.

Entscheidungen fixirt zu seyn scheint, so kann man erwarten, daſs der wachsende Einfluſs der Analogie fremder Gesetzgebungen bey künftigen Entscheidungen nicht ohne Wirkung bleiben werde. [1])

Von wem die Nachricht ertheilt worden sey, ob von dem Regredienten oder einem andern Interessenten (party to the bill — z. B. dem Acceptanten), wird nach neueren Entscheidungen als gleichgültig betrachtet. [2])

Auf welche Art die Nachricht von der Nichthonorirung ertheilt werde, ist gleichgültig, und es ist nicht nöthig, zugleich eine Ausfertigung des Protestes zu übersenden. Eben so wenig ist erforderlich, daſs die Nachricht schriftlich ertheilt werde. Ist der Regreſspflichtige ein Handelsmann oder Bankier, so reicht Nachrichtsertheilung auf seinem Comtoir oder Geschäftsplatze hin; ausserdem, an seinem Wohnplatze. [3])

Hinsichtlich der Zeit der Nachrichtgebung gibt Thomson [4]) folgende Darstellung des Englischen und Schottländischen Rechts: „Es ist nun zu erörtern, binnen welcher Zeit, nach Nicht-Acceptation oder Nicht-Zahlung, Nachricht von dem Einen oder dem Andern ertheilt werden muſs. In Schottland gelten in dieser Hinsicht für ausländische Wechsel andere Grundsätze, als für inländische Wechsel. Die bey ausländischen Wechseln geltende Regel beruht, sowohl in Schott-

1) Nachrichtsertheilung an einen von mehreren gemeinsamen Trassanten oder Indossanten reicht auch hinsichtlich der übrigen hin. Chitty S. 211, 212, 230. coll. S. 37. und Thomson S. 263.

2) Chitty S. 226 — 228. Manning S. 24., vorzüglich Thomson S. 529 — 535, 538, mit Erörterung der Präjudicate. Kyd S. 126. ist noch der entgegengesetzten Meinung.

3) Chitty S 214, 217, 220, 310, 313, mit Anführung gerichtlicher Entscheidungen. Thomson S. 505 fgg., 504, 507 — 509. Manning S. 21, 22. — Vergl. oben S. 338, 339, 341.

4) S. 518 — 526.

land als in England, auf der Observanz der Kaufleute [1]), und ist, um sie in allgemeinen Ausdrücken anzugeben, dafs die Nachricht von der Weigerung zu acceptiren oder zu zahlen innerhalb einer angemessenen Zeit nach der Weigrung ertheilt werden mufs. Was eine angemessene Zeit sey, hängt gutentheils von den Umständen jedes Falles ab. In England ist nach vieler Discussion dafür gehalten worden, dafs diese Umstände, z. B. die Entfernung der Partheyen von einander, der Lauf der Post, und, kurz, alle die Frage der Nachrichtgebung betreffende Verhältnisse, der Jury zu überlassen sind; aber dafs, wenn sie erschöpft sind, die daraus zu ziehende Schlufsfolgrung, hinsichtlich der Angemessenheit der Zeit, binnen welcher Nachricht gegeben worden ist, eine vor das Gericht gehörige Frage ist. In Schottland sowohl als in England scheint Anfangs keine bestimmte Regel hinsichtlich der zur Nachrichtgebung geeigneten Zeit existirt zu haben, wie daraus hervorgeht, dafs in einem Falle [2]) vor Gericht behauptet ward, es sey gehörige Negotiation eines im September protestirten Wechsels, seine Nichthonorirung im folgenden April zu notificiren, und, in einem andern Falle [3]), wo ein Wechsel am 2ten Juny protestirt war, dafs es hinreichend wäre, die Nichthonorirnng im folgenden December zu notificiren; denn, obwohl der Regrefs in diesen beiden Fällen für erloschen erachtet

1) »Was Schottland betrifft, so enthält die Acte 12. Geo. III. c. 72., — während sie eine nachher anzugebende besondre Regel hinsichtlich der Zeit für Notification der Nicht-Honorirung inländischer Wechsel aufstellt, — ausdrücklich: »ohne der Notification der Nicht-Honorirung ausländischer Wechsel zu präjudiciren, die binnen derjenigen Zeit geschehen mufs, welche durch Gebrauch und Observanz der Kaufleute erfordert wird.» — s. oben S. 204.

2) »Ferguson c. Malcolm 12. Jul. 1729. Morr. 1559.«

3) »Adam c. Dick, 24 Febr. 1737, Morr. 1563, Elchils, v. Bill Nro 15., wonach der Wechsel siebzehn Tage nach dem Zahlungstermin protestirt ward.«

wurde, so zeigt doch die blofse Aufstellung solcher Behauptungen vor Gericht, dafs damals keine sichre Regel hinsichtlich der geeigneten Zeit der Notification existirte. In neurer Zeit ist als Princip aufgestellt worden [1]), dafs die Nicht-Honorirung von Wechseln binnen drey Posten, nachdem sie sich ereignet, notificirt werden sollte, und diese Aufstellung enthält, dafs solche Notification hinreichend seyn würde. Diese Meinung wurde als Grund der Entscheidung in einem Falle [2]) befolgt, wo das Gericht, indem es hinsichtlich ausländischer Wechsel für die Regel hielt, dafs ihre Nicht-Honorirung binnen drey Posten notificirt werden sollte, aus diesem Grunde entschied, dafs Notification am fünften Tage unzureichend war, den Regrefs zu bewahren. Aber diese Meinung ist seitdem gerichtlich für irrig gehalten worden [3]), und wird nicht mehr beachtet. Es scheint seitdem in Schottland keine ausdrückliche Entscheidung hinsichtlich der Zeit, in welcher die Nicht-Honorirung ausländischer Wechsel angezeigt werden mufs, erfolgt zu seyn. In einem Falle [4]) soll das Gericht sich dahin ausgesprochen haben, dafs mit der ersten Post Nachricht gegeben werden sollte.

In Ermanglung Schottländischer Entscheidungen verdienen die in England ausgesprochnen Aufmerksamkeit, da sie von denselben Principien, die wir anerkennen, ausgehen:

1) Es scheint ausgemacht zu seyn, sowohl in Schottland als in England, dafs, wenn der Trassat die Zahlung des zu irgend einer Zeit des letzten Respittags ihm präsentirten Wechsels verweigert, die Nicht-Honorirung desselben an diesem Tage notificirt werden kann.

1) »Ersk. 31. 2., 33.«

2) »Reynolds c. Syme und Andre, 4 Febr. 1774, Morr. 1598.«

3) »s. die von dem Gericht in Carrick c. Harper, 23sten May 1790., Morr. 1614, ausgesprochne Meinung.«

4) »Ebendaselbst.«

2) Wenn sämmtliche Partheyen an dem nämlichen Platze leben, hat jede derselben einen Tag, um der unmittelbar vor ihr auf dem Wechsel stehenden Person Nachricht zu ertheilen. Dieser Satz ist in England, nach vieler Erörterung, aus den stärksten Gründen practischen Nutzens angenommen worden, indem man es für unangemessen hielt, daſs eine in Geschäften thätige Parthey verbunden seyn sollte, alle ihre andere Geschäfte bei Seite zu legen, um die Nichthonorirung eines einzelnen Wechsels in dem frühmöglichsten Zeitpunkte zu notificiren. Doch ist erforderlich, in diesem Falle, daſs der Brief, womit die Nachricht ertheilt wird, vor Abgang der Post des zweiten Tages auf dem Postcomtoir abgegeben wird, so daſs er die Person, an welche er adressirt ist, mit dieser Post erreichen könne.[1])

3) Jeder Indossant hat einen Tag nach erhaltener Nachricht, aber unter der so eben erwähnten Beschränkung, um dem vorhergehenden Indossanten die Nachricht mitzutheilen. Wenn aber einer derselben mehr als einen Tag zögert, seinem Indossanten Nachricht zu geben, so wird er als des Verzugs schuldig betrachtet werden, und kann nicht zur Entschuldigung einwenden, daſs, weil andre Indossanten weniger als einen Tag nahmen, im Ganzen nicht mehr Zeit gebraucht ward als, einen Tag auf jeden Indossanten gerechnet [2]).

1) »Dieſs wurde von Lord Ellenborough erachtet in Smith c. Mullett, 2 Camp. 208., wo der Kläger, obwohl er am Montag Nachricht von der Nicht-Honorirung eines Wechsels erhielt, erst nach den Poststunden am Dienstag dem gleichfalls in London lebenden vorstehenden Indossanten einen Brief mit der Nachrichtgebung sandte, so daſs der Indossant sie erst am Mittwoch erhielt. Er ward des Verzugs schuldig gehalten, und ward sachfällig.«

2) »In Marsh c. Maxwell, (welcher Fall in einer Note zu dem in vorstehender Anmerkung erwähnten Falle Smith c. Mullett angegeben wird) sagte Lord Ellenborough: »Es ist nicht genug, daſs der Trassant und die Indossanten Nachricht in eben so vielen Tagen erhielten, als folgende Indossatarien da sind, wenn

4) Wenn die Partheyen an verschiednen Plätzen wohnen, eben so wie wenn sie an demselben Platze wohnen, wird es hinreichend seyn, wenn jede mit der Post des Tages Nachricht gibt, welcher auf den Tag folgt, an welchem sie dieselbe empfängt, oder an welchem sie anderweit von der Nichthonorirung Kenntnifs erhält, da, gleichwie in dem Falle wenn die Partheyen an dem nämlichen Platze wohnen, angenommen wird, dafs sie nicht schuldig ist, alle ihre andere Geschäfte zu vernachlässigen, um mit der ersten Post Nachricht zu geben. Es scheint einmal angenommen worden zu seyn, dafs in diesem Falle die Nachricht, wo möglich, mit der ersten Post übersandt werden sollte, und dafs nur in dem Falle eine Ausnahme eintrete, wenn die Post so früh nach eingetroffner Nachricht abgehe, dafs jenes unthunlich sey. Aber die einleuchtende Schwie-

nicht gezeigt wird, dafs jeder Indossatar binnen einem Tag nach Empfang der Nachricht sie mittheilte; denn, wenn einer derselben diesen Tag versäumt hat, sind Trassant und frühere Indossanten liberirt.« Die nämliche Regel wurde in Smith c. Mullett bestätigt, obwohl der Beklagte, weil zwey Indossanten den unmittelbar vor ihnen stehenden Partheien an einem Tag Nachricht gegeben hatten, die Nachricht, im Ganzen, in kürzerer Zeit empfangen hatte, als erforderlich gewesen wäre, wenn jeder Indossant einen Tag nach erhaltener Nachricht genommen hätte. In Turner c. Leach, 4 B. und A. 451., wo ein Indossant, welcher die Nachricht am 4ten Sept. erhielt, sie erst am 8ten Sept. mittheilte (indem er die Stadt am 1sten verlassen hatte, und erst am 8ten zurückgekehrt war, aus Anlafs einer Krankheit seiner Frau, welches jedoch für keine Entschuldigung gehalten ward, da er jemanden zu Besorgung seiner Geschäfte hätte zurücklassen sollen), wurde der Einwand nicht zugelassen, dafs die nämliche Zeit verstrichen seyn würde, wenn jeder Indossant einen Tag zur Nachrichtsertheilung genommen hätte, sondern dafür gehalten, dafs schlechthin durch seine eigne Vernachläfsigung der gehörigen Nachrichtsertheilung sein Schuldner ohne Berücksichtigung der andern Interessenten liberirt sey.

rigkeit, in jedem einzelnen Falle zu untersuchen, ob, nach dem Stand der Beschäftigungen der Parthey, oder aus andern Ursachen, dasselbe thunlich war, hat in England zu Aufstellung der vorstehenden Regel veranlaſst. Dieselbe Regel würde wahrscheinlich auch in Schottland befolgt werden. In einem bereits angeführten Falle [1]) ist angenommen worden, daſs keine Einrede gegen die Nachrichtsertheilung daher entnommen werden könne, daſs die Nachricht durch andre Mittel als durch die Post zugesandt worden sey, vorausgesetzt, daſs sie an demselben Tage ankommt, als mit der Post geschehen seyn würde. Wo keine Post ist, muſs die Nachricht mit der ersten regelmäſsigen Gelegenheit übersandt werden, und, wenn keine solche da ist, kann sie durch einen besondern Boten übersandt werden.

5) Die Regel, welche bereits hinsichtlich mehrerer an demselben Platze lebender Partheyen aufgestellt worden ist, nämlich, daſs jede Parthey einen Tag hat, um die Nachricht zu übersenden, nachdem sie sie empfangen hat, paſst auch auf den Fall, wenn sie an verschiedenen Plätzen leben. In diesen beyden Fällen wird, wenn ein Bankier angewandt wird um die Zahlung einzuziehen, ein weiterer Tag auf dessen Rechnung gestattet, eben wie auf Rechnung jedes Interessenten des Wechsels oder Zahlscheins, da die Anwendung eines Bankiers eine anerkannte Art der Einziehung der Zahlung ist [2]).

1) » Bancroft c. Hall, Holt, 376. «

2) » In Haynes c. Birks, 3. Bos. und Pull. 599., wo der Bankier des Klägers, dem er den Wechsel zur Einziehung der Zahlung anvertraut hatte, erst am Samstag Abend zwischen neun und zehn Uhr dessen Nicht-Honorirung erfuhr, und am Montag dem Kläger Nachricht gab, welcher den Beklagten am Dienstag die Nachricht mittheilte, stellte Lord Alvanley O. R., obwohl er zugab, daſs ein Bankier nicht als die nämliche Person mit seinem Constituenten, hinsichtlich der Nachrichtgebung, zu betrachten sey (auſserdem würde die Zuziehung von Bankiers in solchen Gegenständen zu Ende seyn), dennoch das Princip auf,

6) Wenn der Tag nach dem, an welchem die betreffende Parthey Nachricht erhält, auf einen Sonntag oder auf irgend einen Tag fällt, an welchem ihre Religion verbietet, sich mit weltlichen Geschäften abzugeben, so wird sie nicht früher als an dem folgenden Tage Nachricht zu geben schuldig seyn.

.

dafs ein Bankier verbunden sey, die Nicht-Honorirung seinem Constituenten an dem nämlichen Tage, an welchem er Nachricht erhielt, zu notificiren, wenn er diefs durch gewöhnliche Anstrengung bewirken könne. Aber eine entgegenstehende Doctrin ist seitdem festgestellt worden. In Scott c. Lifford, 9. East. 347., wo ein Wechsel in den Händen von Bankiers deponirt worden war, wurde ihnen sowohl, als den andern Interessenten, ein Tag zugestanden, um, nachdem sie die Nicht-Honorirung vernommen hatten, dieselbe ihren Constituenten zu notificiren. Später, in Robson c. Bennett, 2 Taunt 388., wurde einer Person, die eine Anweisung zu Bezahlung von Gütern erhielt, die Befugnifs zugestanden, sie ihren Bankiers zur Einziehung des Betrags anzuvertrauen, obwohl dadurch eine Verzögerung der Negotiation derselben bewirkt ward, und folglich die Nachricht ihrer Nicht-Honorirung den Beklagten (den Trassanten) einen Tag später zukam, als aufserdem geschehen seyn würde. In Langdale c. Trimmer, 15. East 291., wo auch ein Tag in der Negotiation des Wechsels verloren worden war, weil der Kläger ihn seinen Bankiers zur Eincassirung übergab, statt ihn selbst zu präsentiren, wurde von dem Gericht der King's Bench (dessen Ansicht von Lord Ellenborough ausgesprochen ward) dafür gehalten, dafs die Bankiers als besondere Inhaber zu betrachten wären, nicht als identisch mit ihren Geschäftsfreunden, und dafs die Kläger befugt wären, einen Tag, nachdem der Wechsel von den Bankiers zurückgegeben war, zu nehmen, bevor sie Nachricht ertheilten. In Bray c. Hodwen, 5. M. u. S. 58, wo Land-Bankiers, denen ein Wechsel zum Empfang der Zahlung übergeben war, obwohl sie von London am 18ten July die Nachricht der Nicht-Honorirung erhielten, erst mit der Post des 19ten Nachricht übersandten, wurde von dem Gericht der King's Bench dafür gehalten, dafs jede Parthey, diese Bankiers nicht ausgenommen, befugt war, einen Tag zur Nachrichtertheilung zu nehmen.«

Die vorstehenden Erläuterungen aus dem in England geltenden Recht sind hauptsächlich von Entscheidungen abstrahirt, welche inländische Wechsel betrafen, indem die hinsichtlich dieser geltende Regel, so weit es die Hauptsumme betrifft, gleich wie bei ausländischen Wechseln, die ist, dafs, zu Aufrechthaltung des Regresses, Nachricht binnen einer angemessenen Zeit gegeben werden mufs; so dafs Englische Entscheidungen hinsichtlich inländischer Wechsel auf denselben Principien beruhen, welche das Schottländische Recht hinsichtlich ausländischer Wechsel reguliren. [1])

In Schottland beruht die Zeit der Nachrichtgebung bei inländischen Wechseln und bei Zahlscheinen auf Grundsätzen, die von denjenigen abweichen, welche in Bezug auf ausländische Wechsel aufgestellt worden sind. Sie ist bestimmt durch die Acte 12 Geo. III. c. 72. §. 41, [2]) deren Kraft nun auf immer erstreckt ist, und die verordnet: „Dafs es hinreichend seyn soll zur Bewahrung des besagten Regresses (aus inländischen Wechseln und Zahlscheinen), wenn Nachricht von der Nicht-Honorirung binnen vierzehn Tagen nach dem Protest ertheilt wird.“ Es war wahrscheinlich die Absicht dieser Verordnung, hinsichtlich inländischer Wechsel in Schottland die nämliche Regel aufzustellen, wie in England. Aber die Abfasser der Acte scheinen vor-

1) Die Acten 9 und 10 Wilh. III. c. 17. §. 1., 3 u. 4 Ann. c. 9. §. 5. gestatten in England einen Protest auf inländische Wechsel zu dem bereits (s. oben Seite 336, 337, 340.) erwähnten Zweck, und erfordern, dafs dieser Protest binnen 14 Tagen nach Errichtung desselben notificirt werden soll. Aber, unabhängig von dem Protest, kann der Anspruch auf die Hauptsumme des Wechsels nur durch angemessene Nachrichtsertheilung erhalten werden, welche Nachrichtsertheilung, wie in dem Text gesagt ist, auf den nämlichen Principien beruht, die hinsichtlich ausländischer Wechsel gelten.“

2) Oben S. 204.

ausgesetzt zu haben, daſs die binnen vierzehn Tagen zu ertheilende Nachricht in England dahin abzwecke, den Regreſs aus dem Wechsel zu bewahren, während der Englische Grundsatz über diesen Gegenstand sich nur auf die Nachrichtgebung von dem Proteste bezieht und die Nachrichtgebung auf den Grund des Wechsels sich genau eben so bestimmt, wie die Nachrichtgebung bei ausländischen Wechseln. Die Nachrichtgebung daher, welche in Schottland bei Nicht-Honorirung von inländischen Wechseln, und Zahlscheinen erfordert wird, beruht auf einer eigenthümlichen statutarischen Regel, die weder mit unserm eignen Rechte hinsichtlich ausländischer Wechsel, noch mit dem Englischen Rechte übereinstimmt. Aber diese Regel ist weder auf in Schottland gezogne und in England acceptirte und zahlbar gemachte Wechsel, noch im umgekehrten Falle anwendbar, da solche Wechsel als ausländische Wechsel betrachtet werden.“

S. 538 - 542. führt Thomson, mit Anführung von Präjudicaten, aus, daſs die in der Acte 12 Geo. 3. c. 72. enthaltene Zeitbestimmung nur den Regreſs des Inhabers betreffe, und die Regreſsverhältnisse der Indossanten dadurch nicht berührt werden.

Der Beweis der gehörig ertheilten Nachricht liegt stets dem Regredienten ob. [1])

„Es ist ausgemachtes Recht, sowohl bey fremden als inländischen Wechseln, daſs ein directer Anspruch gegen jeden Indossanten Statt findet, ohne vorgängig den Trassanten oder die frühern Indossanten in Anspruch zu nehmen, indem jeder Indossant als ein neuer Trassant betrachtet wird.“ [2]) Art. 86.

1) Thomson S. 512.

2) Thomson S. 615, 306. Vergl. Chitty S. 342, oben S. 360. Not. 1.

»To require a demand upon the drawer will be laying such

Die Nachmänner des Beklagten werden, in England und Schottland, durch gerichtliche Belangung ihres Vormanns nicht liberirt.[1])

„Wenn der Inhaber eines Wechsels verschiedne Klagen gegen den Acceptanten, den Trassanten und die Indossanten zur nämlichen Zeit anstellt, wird das Gericht dem Verfahren in der Klage gegen den Trassanten oder einen der Indossanten, auf Zahlung des Betrags des Wechsels und der in dieser einzelnen Klage erwachsnen Kosten, Einhalt thun; aber der Klage gegen den Acceptanten wird nur auf den Fall Einhalt geschehen, wenn er die in sämmtlichen Klagen erwachsnen Kosten zahlt, da er derjenige ist, welcher ursprünglich den Contract brach (Smith c. Woodcock, 4 T. R. 691., Windham c. Wither, Stra. 515., Golding c. Grace, 2 Bla. Rep. 749.); und es wird daher, wenn mehrere Klagen angestellt sind, für den Acceptanten die mit den wenigsten Kosten verbundne Methode seyn, in contumaciam gegen sich erkennen zu lassen (judgment by default), in welchem Falle ihm nur die Kosten der einzelnen gegen ihn angestellten Klage zur Last fallen

a clog upon these bills, as will deter every body from taking them. The drawer lives abroad, perhaps in the Indies, while the indorsee has no correspondent to whom he can send the bill for a demand, or, if he could, yet the delay would be so great, that no body would meddle with them. Suppose it was the case of several indorsements, must the last indorsee travel round the world before he can fix his action upon the man from whom he received the bill? In common experience, every body knows that the more indorsements a bill has, the greater credit it bears; whereas, if those demands were all necessary to be made, it must naturally diminish the value, by how much the more difficult it renders the calling in the money.« Cunningham S. 53.

1) Chitty S. 146, 293, 346, 347. Thomson S. 574, 583. Kyd S. 112 — 116.

werden (der König c. den Sheriff von London, 2 Bar. et Ald. 192.).«[1])

Der Inhaber hat nach Englischem und Schottländischem Recht bey Nicht-Honorirung des Wechsels oder Zahlscheins im Zweifel die Befugnifs, auf die Verbindlichkeit, zu deren Tilgung ihm derselbe gegeben war, zurückzugeben.[2])

Die Acten 1681. Cap. 20.[3]) und 1696. Cap. 36.[4]) gestatten, in Schottland, summarisches Verfahren auf Wechsel: 1) im Fall von Nicht-Acceptation gegen Trassanten und Indossanten, 2) im Fall von Nicht-Zahlung gegen den Acceptanten. In ersterem Fall ist summarisches Verfahren nach Registrirung des Protestes, zu jeder Zeit binnen sechs Monaten vom Datum des Wechsels, zugelassen, ohne zu unterscheiden, ob diefs vor oder nach dem Zahlungstermin sey.[5])

Die Acte 12. Geo. III. Cap. 72.[6]) gestattet auch auf den Zahlungsprotest summarisches Verfahren gegen die Regrefspflichtigen, und dehnt das Privilegium des summarischen Verfahrens auf Zahlscheine aus.[7])

1) Chitty S. 368, 369. Vergl. Kyd S. 198 fgg. Manning S. 34, 75.

2) Thomson S. 187. fgg., 307. Chitty S. 95. fgg.

3) oben S. 170.

4) oben S. 174.

5) Cowan c. Kay, 20 Juny 1795.

6) oben S. 200. fgg.

7) Thomson S. 590 — 593. Derselbe fügt bey (S. 594.): »Es ist bereits gezeigt worden, dafs der Inhaber eines zu einer bestimmten Zeit zahlbaren Wechsels seinen Regrefs gegen den Trassanten und die Indossanten bewahren kann, indem er ihn schlechthin zur Verfallzeit zur Zahlung präsentirt und nur wegen Nichtzahlung protestirt, obwohl derselbe nicht acceptirt worden seyn sollte. Aber sein Recht auf summarische Execution gegen den Trassanten und die Indossanten, in diesem Falle, beruht auf der Fassung der Statute. In dieser Hinsicht

In England ist die Klage auf das assumsit die gewöhnliche bey Wechseln und Zahlscheinen, da sie keine privity of contract zwischen dem Kläger und dem Be-

verordnet die Acte 1681, daſs ein Protest wegen Nicht-Acceptation binnen sechs Monaten nach dem Datum des Wechsels registrirt werden muſs, um summarische Execution gegen den Trassanten und die Indossanten zu begründen, und daſs, »wenn die besagten Proteste nicht in der oben angeordneten Weise gehörig registrirt sind«, nur eine ordentliche Klage auf den Wechsel Statt finden soll. Die Acte 12. Geo. III. c. 72. setzt gleichermaſsen voraus, im Fall von nicht acceptirten Wechseln, daſs ein Protest wegen Nicht-Acceptation existirt. Die Registrirung eines solchen Protestes daher, binnen sechs Monaten nach dem Datum des Wechsels, ist offenbar nothwendig im Fall von Nicht-Acceptation, um eine summarische Execution in Gemäſsheit der Statute gegen den Trassanten und die Indossanten zu begründen.«

Man fügt hier ein Formular eines Proclamationsbefehls (letters of horning — s. oben S. 172.) aus Thomson S. 868, 869. bei: »Letters of horning and poinding on a protest registered in the Books of Council and Session.

George, etc. Whereas it is humbly meant and shewn to us, by our lovite A., merchant in Edinburgh, That he, by his bill, dated the day of drawn by him upon (and accepted by) B., merchant in Leith, ordered the said acceptor, three months after date, to have paid to him, the drawer, or order, the sum of Fifty Pounds Sterling, for value; which bill was duly protested at the complainer's instance for not payment, etc., and the instrument of protest taken thereupon registered in the books of our Council and Session, and a decree of the Lords thereof, of this date, interponed thereto; as the same, ordaining these our letters, in manner underwritten, and other necessary execution, to pass thereon, more fully bears. *Our will is herefore*, and we charge you, that on sight hereof ye pass, and in our name and authority lawfully command and charge the said B., personally, or at his dwelling-place, to make payment to the complainer of the foresaid sum of Fifty Pounds Sterling, and the legal interest thereof from and since the said bill fell due and till payment, after the form and tenor of the said bill, registered protest and decree, in all points, within six days next after they are charged by

klagten voraussetzt, wodurch die Anwendung der Schuldfordrungsklage bedingt zu seyn scheint. — Das zu Arretirung des Beklagten erforderliche Affidavit setzt, nach 12. Geo. I. c. 29., bey Wechseln oder Zahlscheinen nur eine Summe von 10 Pfund voraus, während, für andre Fälle, nach 51. Geo. III. C. 124. S. 21., eine Summe von 15 Pfd erforderlich ist. [1])

„Weder der Trassant, noch der Remittent, noch ein früherer Indossant kann durch Ausstreichung von Indossamenten wiederberechtigt werden, wenn auf dem Wechsel eine Quittung für dessen Betrag zu Gunsten eines andern Indossanten steht (Russell c. Mather, 27ten Jan. 1824. — eine Schottländische Entscheidung); denn diese Quittung kann nicht wie ein Indossament ausgestrichen werden. Jedes Indossament ist eine besondre Trassirung, und es kann daher jemand den Wechsel oder Zahlschein kraft eines Indossaments besitzen, obwohl sämmtliche übrige Signaturen ausgestrichen seyn sollten. Aber die Quittung beweist, dafs der Wechsel bezahlt wurde, und hemmt so die Negotiabilität desselben, während, auf der andern Seite, von keinem der Vormänner präsumirt werden kann, dafs er ihn dem ersten Zahler wiederbezahlt habe, falls diefs nicht durch eine neue zu seinen Gunsten ausgestellte Quittung erwiesen wird.“ [2])

Was in §. 43. der Acte 12. Geo. 3. c. 72. [3]) von dem Indossatar, der den Wechsel zurückerwarb, gesagt

you to that effect, under the pain of rebellion and putting him to the horn; wherein if he fail, the said space being elapsed, that immediately thereafter ye denounce him our rebel, put him to the horn, and use the whole other order against him prescribed by law; attour that ye lawfully fence, arrest, apprise, compel, etc. — Then follows a warrant of arrestment, as in other letters of horning and poinding.«

1) Chitty S. 341, 342, 348, 427, 428.

2) Thomson S. 602. — ?

3) oben S. 206.

ist, gilt gleichermaſsen von dem Remittenten und von demjenigen, welchem ein Zahlschein ausgestellt ward [1]).

Art.87. „Es ist nicht nothwendig, um dem Inhaber eines Wechsels Anspruch auf Rückwechsel zu geben, daſs er wirklich auf den Trassanten dieses Wechsels zurück trassire; denn, sollte er auch den Betrag des Wechsels auf andrem Wege erhoben haben, so wird doch präsumirt werden, daſs er auf diese Weise eben so viele Kosten gehabt habe, als er durch einen Rückwechsel, welcher der directeste Weg ist, denselben zu Lasten des Trassanten zu erheben, gehabt haben würde." [2])

Der Indossant der einen Rückwechsel vergüten muſste, kann, nach Entscheidungen Englischer Gerichte, von dem Acceptanten keinen Ersatz des Rückwechsels begehren [3]).

„Die Acte 1681. C. 20. [4]) verfügt, daſs der Inhaber eines Wechsels befugt seyn soll, sowohl Aufwechsel als Rückwechsel in Anspruch zu nehmen. Aufwechsel (exchange) ist die Prämie, welche zuweilen an einem Platze von jemand bezahlt wird, der sich daselbst einen an einem andern Platze zu bezahlenden Wechsel zu verschaffen wünscht. Aber Alles, was der Inhaber des Wechsels fordern kann, auf der andern Seite, ist, daſs er, für diese Prämie, den vollen Werth erhalte, oder

1) Thomson S. 603, 604.

2) Thomson S. 639.

3) Chitty S. 183. Thomson S. 644. fgg.
Die beiden Entscheidungen der King's Bench, Napier c. Schneider, und Woolsey c. Crawford, worauf sich Chitty und Thomson berufen, ergingen auf Klage eines Indossanten, der den Wechsel eingelöst hatte, gegen den Acceptanten. Thomson, indem er bemerkt, daſs der Trassant von dem Acceptanten Ersatz des bezahlten Rückwechsels fordern könne (Kyd S. 156), sucht hieraus die Inconsequenz und Unrichtigkeit jener Entscheidungen darzuthun. — s. auch Beawes Nro. 13.

4) oben S. 170.

in andern Worten, daſs er den Betrag des Wechsels, welchen er so gekauft hat, erhalte. Er hat daher den Anspruch auf Rückwechsel nur als auf die nothwendigen Kosten der Erhebung des Betrags dieses Wechsels mittelst einer Rücktrassirung auf den ursprünglichen Trassanten oder den Indossanten. Wenn aber der Betrag des Wechsels so erhoben ist, ist er vollständig entschädigt, und nicht befugt, noch ausserdem den Aufwechsel zu erhalten, da ihm dadurch ein Theil der Valuta, welche er für den Wechsel gegeben hat, zurückgezahlt werden würde. Der Sinn der Acte, wie sie von Forbes (S. 154.) interpretirt wird, ist, daſs, wenn der Inhaber eines nicht-honorirten Wechsels den Aufwechsel oder den Betrag der von ihm am Platze der Trassirung gezahlten Prämie erhält, derselbe von dem Rückwechsel, welchen er in Anspruch nimmt, abgezogen werden muſs, und in diesem Falle wird er, unter der Rubrik des Rückwechsels, nur die Summe erhalten, um welche der bey Erhebung des Betrags mittelst einer Rücktrassirung gezahlte Disconto die für den ursprünglichen Wechsel gezahlte Prämie übersteigt." [1])

„Wenn der Wechsel, bevor derselbe ihn (den Inhaber) erreicht, von mehreren Partheyen an verschiedenen Plätzen indossirt worden ist, so ist er befugt, auf den letzten Indossanten oder jeden der früheren Indossanten für den Belauf des Wechsels und den Rückwechsel, wie er zwischen dem Zahlungsplatze und dem Wohnplatze jener Parthey steht, zurück zu trassiren; und, da jeder Indossant befugt ist, auf dieselbe Weise auf seinen vorgehenden Indossanten zurück zu trassiren (stets zu der Rücktratte den Rückwechsel zwischen ihren respectiven Wohnungsplätzen hinzufügend), wird der Trassant, auf welchen der erste Indossant zu trassiren befugt ist, für die Anhäufung sämmtlicher ver- Art. 93.

1) Thomson S. 643.

schiedenen Rückwechsel [1]), welche zwischen den Indossanten entstanden sind, verhaftet seyn" [2]).

Art. 94. „Der Acceptant eines Wechsels oder der Aussteller eines Zahlscheins müssen, wenn die Verfallzeit auf gewisse Zeit nach Dato oder Sicht bestimmt ist, von dem Verfalltage an Zinsen zahlen, ohne Beweis einer Zahlungsforderung; ist der Wechsel oder Zahlschein auf Anfordern zahlbar, so beginnt die Pflicht zur Zahlung oder Zinsen von der Zeit der Anforderung. Wenn die Jury der Meinung ist, daſs der Verzug der Zahlung durch den Fehler des Inhabers veranlaſst worden sey, so kann sie verweigern, irgend Zinsen zu bewilligen . . . Der Trassant oder Indossant eines Wechsels oder der Indossant eines Zahlscheins ist nur von der Zeit an, wo er Nachricht von der Nicht-Honorirung erhält, schuldig Zinsen zn zahlen." [3])

„Da in Schottland Zinsen auf Wechsel und Zahlscheine nach dem Statut [4]), und nicht, wie in England, nur als Schäden wegen Nichterfüllung des Contractes begehrt werden können, so können nicht, wie in England, Billigkeitsgründe eine Vermindrung dieses Anspruchs bewirken. In England ist dafür gehalten worden (Bayley, R., in Cameron c. Smith, 2 B. und A. 308., De Ballois c. Lord Waterpack, Bayley 281. Not. 40.), daſs eine Jury befugt sey, keine Zinsen zu bewilligen, falls sie der Meinung sey, daſs der Zahlungsverzug dem Fehler des Inhabers zur Last falle. Aber es scheint nicht, daſs eine solche Einwendung in Schott-

1) »Mellish c. Simeon, 2. H. Bl. 378., enschieden von dem Gericht der Common Pleas.«

2) Thomson S. 642. Chitty S. 424. A. M. Beawes Nro. 71., wonach jeder Regreſspflichtige nur für den einfachen Rückwechsel vom Zahlplatze haften soll.

3) Chitty S. 420, 421. Vergl. Manning S. 70, 71.

4) s. oben S. 172, 200, 202.

land gegen den statutarischen Anspruch auf Zinsen zugelassen werden würde. . . . In England ist dafür gehalten worden, dafs der Trassant oder Indossant eines Wechsels oder der Indossant eines Zahlscheins nur von der Zeit an, wo ihm die Nicht-Honorirung notificirt ward, oder vielmehr von einer angemessenen Zeit nach der Nachrichtsertheilung an, — obwohl letztre Modification bezweifelt worden ist (Walker c. Barnes), — zur Zinszahlung schuldig seyen. Aber in Schottland können Zinsen, von den in dem Statut angegebnen Zeitpuncten, an sämmtliche aus den Wechseln oder Zahlscheinen Verpflichtete begehrt werden. Wirklich möchte es schon nach allgemeinen Principien scheinen, dafs der Trassant und die Indossanten, indem sie sich für die Zahlungsunterlassung des Acceptanten oder Ausstellers verantwortlich machen, dadurch für die an ihn zu verlangenden Zinsen, als Folge seines Verzugs, verbindlich werden.

Es ist in England sehr bestritten worden, ob die Zinsen nur bis zu dem Tage der Klage oder bis zu dem Endurtheil laufen sollten. Das Letztre scheint jetzt die Regel zu seyn. In Schottland laufen sie in allen Fällen bis zur Zahlung. Dieser Satz scheint wirklich in der Gerechtigkeit begründet, da kein Grund ist, warum ein Schuldner, der mit Zahlung seiner Schuld in Verzug ist, nach gegen ihn erfolgtem Erkenntnifs mehr, als früher, von Zinszahlung befreyt seyn sollte. Ferner, wenn Zinsen auf Wechsel oder Zahlscheine durch summarisches Verfahren eingetrieben werden können, nämlich wenn sie in dem Wechsel oder Zahlschein enthalten sind, bildet die ganze in dem summarischen Verfahren einzuklagende Summe, sowohl Zinsen als Capital, ein neues Capital, welches von der *Denunciation* des Schuldners an Zinsen trägt." [1])

1) Thomson S. 630—632.

»The six days of charge — s. oben S. 372. Not. — being

Art. 97. „Der Inhaber eines Wechsels oder Zahlscheins ist befugt, bey Nicht-Zahlung durch den Acceptanten oder Aussteller, den vollen Betrag von jedem der andern Verpflichteten zu begehren. Er kann daher entweder die volle Summe von einem derselben eintreiben, oder, von den Einzelnen Stückzahlungen, — in welchen Proportionen er will, — erhalten, bis der ganze Betrag bezahlt ist. So lange sie solvent sind, kann hierbey keine Schwierigkeit entstehen. Auch ist keine Schwierigkeit vorhanden, selbst wenn sie sämmtlich insolvent sind, wenn der Gläubiger in sämmtlichen Debitmassen, ehe eine derselben eine Dividende liefert, aufgetreten ist; denn, in diesem Falle, wird er befugt seyn, in jeder für den vollen Betrag des Wechsels oder Zahlscheins zu rangiren, um volle Zahlung zu erlangen. Die Verbindlichkeit jedes der Interessenten ist eben so für den vollen Betrag der Schuld begründet,

expired, the debtor is, by a messenger at arms, *denounced a rebel* at the market-cross of the head burgh of the shire within which he resides, or at the market-cross of Edinburgh (the fiction of law, with regard to this species of personal execution, being, that the debtor, by disobeying the commands of the Sovereign, is guilty of rebellion, and therefore liable to imprisonment).' Within fifteen days after the denunciation, the horning and executions must be registered in the books of the shire within which the debtor is denounced, or in those of the general register at Edinburgh; and, on an application to the Bill Chamber of the Court of Session, and production of the horning and executions, duly registered, warrant is issued for letters of caption, on which the debtor may be at once apprehended and lodged in prison.« Glen S. 283

Ist der Schuldner aufserhalb Schottlands, so wird das in dem Proclamationsbefehl enthaltne Zahlungsmandat auf sechzig Tage erstreckt.

Obwohl nach der Acte von 1681, (oben S. 172.) Zinsen, wenn sie nicht ausdrücklich in dem Wechsel oder Zahlschein stipulirt sind, nur im ordentlichen Processe eingeklagt werden können, so wird diefs doch in der Praxis nicht beachtet. Thomson S. 630.

als wenn jeder eine besondre Verschreibung dafür ausgestellt hätte; und nichts kann den Inhaber verhindern, sie gegen jeden geltend zu machen, ausser die Einwendung, dafs er dadurch mehr als volle Zahlung erlangen würde. Unter dieser Beschränkung, bleibt sein Recht, die volle Verbindlichkeit geltend zu machen, unbeschränkt, ohngeachtet jeder Stückzahlung, die er von den Debitmassen der andern Schuldner, entweder durch Liquidirung bei denselben, oder anderweit, erlangt. Aber in England ist entschieden worden, dafs, wenn eine Dividende gezahlt, oder auch nur in der Masse eines Verpflichteten die Vertheilung derselben ausgesprochen worden ist, ehe der Inhaber des Wechsels oder Zahlscheins bei den Massen der andern Verpflichteten liquidirt hat, er bei denselben nur für den nach Abzug dieser Dividende übrig bleibenden Betrag rangiren kann.“ 1)

Nach Englischem und Schottländischem Recht, — wie beide durch neuere Präjudicate festgestellt sind, — wird durch jedes Versäumnifs der Regrefsobliegenheiten der Regrefs verwirkt, — ohne Unterschied, ob Schaden daraus entstanden ist oder nicht. — Im Falle einer dolosen Bereicbrung findet eine Ausnahme Statt, und insbesondre hinsichtlich des Trassanten, sofern er dem Trassaten Fonds anzuschaffen unterlassen hat und dadurch in bösem Glauben ist. Ward der Wechsel acceptirt, so streitet die Präsumtion für gehörig geschehne Anschaffung der Fonds 2). — Die Ausnahme hinsichtlich des Trassanten beruht auf der Art. 100.

1) Thomson S. 816, 817. Vergl. Glen S. 349. Chitty S. 461. In Schottland existirt hinsichtlich des letztern Punktes keine bestimmte Praxis.

2) Irrig wird daher in der Thémis Tom. VII. Quatrième livraison. Pag. 192. der Satz allgemein aufgestellt: »Le tireur ne peut puiser une exception dans le défaut de protêt qu'en justifiant qu'il avoit fait la provision.«

Voraussetzung, daſs derselbe nicht im voraus guten Grund hatte anzunehmen, der Wechsel werde honorirt werden. Hieraus ergeben sich die Beschränkungen derselben; z. B. in dem Falle, wenn der Trassant mit dem Trassaten in offner Rechnung stand. — Dieselbe Doctrin ist auf das Verhältniſs desjenigen anwendbar, welchem ein Zahlschein ausgestellt ward, den er durch Indossament übertrug. [1])

Dem Dritten, der den Wechsel bona fide vor Verfall acquirirte, kann aus einem Versäumniſse seines Vormanns, hinsichtlich der Notification der Nicht-Annahme, keine Einrede entgegengesetzt werden. [2])

Art.101. Jeder hinreichende, nicht aus der Schuld des Inhabers herrührende Grund, z. B. Krankheit, Krieg u. dgl.,

1) Thomson S. 187 fgg. 500 — 503. 549 — 563. Chitty S. 198 fgg., 206 — 209, 245, 246.

»Es wird keinen Unterschied machen, daſs der Trassant von einem Dritten, seinem Schuldner, welcher Gläubiger des Trassaten ist, aber nicht zu den bei dem Wechsel concurrirenden Personen gehört, (is not a party to the bill) beauftragt ward zu trassiren, indem die Rechtsverhältnisse des Inhabers nicht durch Privatübereinkunft mit Personen, deren Namen nicht auf dem Wechsel erscheinen, betroffen werden können.» (Rogers c. Stephens) Thomson S. 551.

Der Trassant, welcher einen Wechsel, ohne daſs ein reelles Geschäft zum Grunde lag, nur zu dem Behufe ausstellte, damit einem der andern Interessenten der Vortheil des Disconto zu gut komme (accommodation-bills, Gefälligkeitswechsel), hat unbedingt Anspruch auf stricte Negotiation. Eben so, in gleichem Falle, der Remittent eines Zahlscheins. Thomson S. 556 fgg.

Ob es hinreichend sey, daſs der Trassat nach errichtetem Acceptationsprotest Fonds erhalte, ist zweifelhaft. Vergl. oben S. 339. Thomson S. 554, 555.

Es ist entschiedne Neigung des Brittischen Rechts, die Entschuldbarkeit der Regreſsversäumniſs möglichst zu beschränken.

2) Thomson S. 518.

entschuldigt die Versäumung der zu Erhaltung des Regresses erforderlichen Beobachtungen.[1])

Ein von dem Regreſspflichtigen, im Fall eines Versäumnisses und dadurch verwirkten Regresses, geschehener Verzicht auf die Einrede des Versäumniſses kann nicht bloſs von dem Inhaber, an welchen dieser Verzicht geschah, sondern auch von jedem seiner Vormänner, der den Wechsel einlöste, geltend gemacht werden.[2])

1) Thomson S. 442, 443. vgl. mit S. 482, 483, 548, 549. Chitty S. 212.

Ist dem Inhaber der Wohnplatz des Indossanten unbekannt, so muſs er Nachforschungen danach anstellen. In Beveridge c. Burgis, 3 Campb. 262, einer Klage des Indossatars gegen den Indossanten eines Wechsels, hatte der Kläger erst mehrere Monate nach der Nichthonorirung die Nachricht mitgetheilt; als Entschuldigung ward angeführt, daſs er mit der Adresse des Beklagten, die nicht aus dem Wechsel hervorging, unbekannt gewesen sey; aber der einzige Beweis des zu Auffindung derselben angewandten Fleiſses war, daſs er in einem Hause in Old Bailey, wo der Wechsel von dem Acceptanten zahlbar gemacht war, nachgefragt hatte. Lord Ellenborough (Chitty S. 214): «Unbekanntschaft mit dem Aufenthaltsorte des Indossanten mag den Mangel gehöriger Nachrichtgebung entschuldigen; aber die Parthey muſs zeigen, daſs sie angemessenen Fleiſs zu Auffindung desselben angewandt habe. Ist dieſs in gegenwärtigem Falle geschehen? Wie konnte erwartet werden, daſs am Zahlplatze die erforderliche Kunde zu erhalten seyn werde? Bei den andern Personen, deren Nahmen aus dem Wechsel erhellten, hätten Nachforschungen geschehen, und an Personen des nämlichen Nahmens mit dem Beklagten, deren Adressen in dem Addreſsbuch niedergelegt sind, hätte man sich wenden sollen.» Kläger abgewiesen. (Chitty S. 213, 214. vgl. mit Thomson S. 527, 528.)

Eine fernere Ausnahme gilt zu Gunsten der Krone, «because no laches are imputable to the crown.» (Chitty S. 248.)

2) Entscheidung des Gerichts der King's Bench in Potter c. Rayworth. — Chitty S. 237, 238, 249. Thomson S. 573.

Art. 101. „Wenn ein Wechsel nach der Verfallzeit indossirt worden ist, so wird dem Indossatar nicht obliegen, um den Regreſs gegen seinen Indossanten zu begründen, den Wechsel wegen Nicht-Zahlung zu protestiren; sondern es wird hinreichen, „den Wechsel als einen Creditbrief zu präsentiren, und die Zahlungsverweigrung dem Indossanten binnen einer angemessenen Zeit zu notificiren.“ [1]) Der Grund ist, daſs der Indossatar durch die Natur des Falles von Protestation des Wechsels binnen der Zeit, während welcher allein ein Protest von Nutzen seyn konnte, ausgeschlossen worden ist. Aber die früheren Indossanten werden demohngeachtet befugt seyn zu excipiren, daſs der letzte Indossant, wenn er nicht in gehöriger Zeit protestirt hat, dadurch seinen Regreſs gegen sie verloren habe, und mithin daſs sein Indossatar, der nur in sein Rechtsverhältniſs eintrit, keinen Anspruch gegen sie haben könne. [2])“

Verjährung.

Art. 103. In England fallen Wechsel und Zahlscheine unter die durch das Verjährungsstatut, 21. Jac. 1. c. 16., angeordnete sechsjährige Präscription persönlicher Ansprüche.

In Schottland unterlagen dieselben vor dem Statut 12. Geo. 3. c. 72. [3]) rechtlich nur der Verjährung der vierzig Jahre, — obwohl die Praxis, auf eine sehr

1) „Dieſs wurde, in Uebereinstimmung mit der — in den im Text enthaltnen Worten ausgesprochnen — Ansicht Londner Kaufleute, entschieden in Young c. Forbes, 19ten Juni 1749, Morr. 1580. Eine ähnliche Entscheidung wurde später in einem Regreſsfalle eines Indossatars gegen den Indossanten eines nach Verfall indossirten Wechsels ertheilt, in Cooper c. Clark und Mc Lintock, 27ten Febr. 1777, Morr. 1604, und App. v. Bill, p. 3.“

2) Thomson S. 483.

3) s. oben S. 200.

schwankende Weise, diesem Mangel der Gesetzgebung abzuhelfen suchte. [1])

„Die sechs Jahre der Präscription laufen nach Inhalt der Acte 12 Geo. 3. c. 72. von der Zeit, wo Wechsel oder Zahlscheine „exigibel werden.“ Zu einer bestimmten Zeit zahlbare Wechsel oder Zahlscheine sind nicht „exigibel“ vor dem letzten Respittage, oder, wenn dieser Tag auf einen Sonntag oder Feiertag fällt, dem vorhergehenden Tag. Hinsichtlich aller solcher Wechsel oder Zahlscheine laufen daher die sechs Jahre von dem letzten Respittage, oder, in dem so eben erwähnten besondern Falle, von dem vorhergehenden Tage. [2]) Aus demselben Grunde ist, da ein auf Anfordern zahlbarer Wechsel „exigibel“ ist, sobald er ausgegeben ist, entschieden worden, daſs die sechs Jahre von seinem Datum an laufen. [3])

.

Bei einem auf Sicht zahlbaren Wechsel oder Zahlschein kann der Lauf der sechs Jahre nicht vor der Zeit der Präsentation beginnen, indem der Wechsel oder Zahlschein nicht vor der Präsentation exigibel wird; und, wenn Respittage auf solche Wechsel oder Zahlscheine zugelassen sind, wie denn Grund da ist anzunehmen, daſs sie es seyn müſsen [4]), so können die sechs Jahre nicht vor dem letzten Respittage beginnen, wie bei den zu einer bestimmten Zeit zahlbaren Wechseln oder Zahlscheinen. Diese Regel passt ohne Zweifel

1) Thomson S. 668 — 672.

2) „Dieser Punkt wurde so entschieden in dem Falle Douglas, Heron und Compagnie c. Grant's Trustees 19ten Nov. 1793, Morr. 11133., bestätigt in dem Hause der Lords, 6 Brown's Parl. Cas. 276.“

3) „Stephenson c. Stephenson's Trustee, 16ten Juni 1807., Morr. App. to Bill, No. 20. Eine ähnliche Entscheidung soll, nach einer dem Report dieses Falles beigefügten Note, an dem nämlichen Tage in einem Falle Cook c. Mc Janet ergangen seyn.“

4) s. oben S. 326, 327.

auch auf Wechsel oder Zahlscheine, die zu einer gewissen Zeit nach Sicht oder Präsentation zahlbar sind.[1])"

Nach Englischem Recht findet bei Anwendung der in dem statute of limitations festgesetzten sechsjährigen Verjährungszeit die nämliche Unterscheidung, zwischen Wechseln, die auf Sicht oder auf Anfordern zahlbar sind, Statt.[2])

Durch Ablauf der sechs Jahre der Schottländischen Präscription erlöscht nur der Wechsel oder Zahlschein als solcher, nicht die, anderweit darzuthuende, Schuld selbst.[3])

Jede Anerkennung der Schuld, z. B. Stück- oder Zinszahlung, während des Laufs der sechs Jahre, entzieht dieselbe in England dem statute of limitations.[4]) Anders bei der Schottländischen sechsjährigen Präscription.[5])

"Die (Schottländische) sechsjährige Präscription leidet nur auf diejenigen Ansprüche Anwendung, welche ex facie des Wechsels oder Zahlscheins erhel-

1) Thomson S. 673, 674.

2) Chitty S. 373.

3) Thomson S. 679 fgg. — Hinsichtlich des Acceptanten scheint zu Erbringung letztern Beweises hinzureichen, wenn, in der von dem Statut 12 Geo. 3. c. 72. § 39. (oben S. 204.) angeordneten Weise, oder durch, freiwillige, gerichtliche Anerkennung desselben constirt, dafs Valuta für den Wechsel bezahlt, und dieselbe noch nicht zurückerhalten worden sey, — obwohl er ohne Deckung acceptirt haben sollte. Philp. c. Milne 15ten Jan. 1800., Morr. App. to Bill, 13. M'Neill und Andre c. Blair, Winter Session 1824 - 5. Thomson S. 694. fgg. — wonach indefs letztrer Rechtsfall zur Zeit, wo Thomson schrieb, noch in appellatorio anhängig war.

4) Thomson S. 686, 687, Chitty S. 304, 305, 373.

5) Thomson a. a. O. u. fgg., und oben S. 292.

In Lindsays c. Moffats (19ten May 1797.) wurde indefs eine am Tag vor Ablauf der sechs Jahre ausgestellte schriftliche Anerkennung der Schuld für einen hinreichenden Beweis des Fortbestands derselben erachtet. Thomson S. 684, 688.

len, und nicht auf besondre Ansprüche, welche aus damit zusammenhängenden Transactionen entstehen können. Es ist daher entschieden worden [1]), daſs sie nicht auf einen Rembours-Anspruch des Acceptanten, der gewisse von ihm zur Accommodation des Trassanten acceptirte Wechsel gezahlt hatte, anwendbar ist, da dieſs eine besondre, aus der Verauslagung des Betrags entstehende Schuld ist, wozu sich der Wechsel nur als Beweismittel verhält. Die nämliche Doctrin scheint, aus einem ähnlichen Grunde, auf den Regreſsanspruch des Trassanten gegen den Acceptanten, oder auf den Anspruch eines Indossanten gegen seine Vormänner (?), — in Folge der ihnen obgelegnen Nothwendigkeit den Wechsel oder Zahlschein wiedereinzulöſen, — anwendbar. Wirklich beweisen die Worte der Ausnahme zu Gunsten der Minderjährigen [2]), welche sich nur auf die „Minderjährigkeit der Gläubiger bei solchen Wechseln oder Zahlscheinen" bezieht, daſs das Statut nur den Fall directer Gläubiger vor Augen hatte." [3])

Zahlscheine, — Bankiers-Anweisungen, — Bankiers-Noten, — Banknoten. Art. 104.

Daſs Zahlscheine (promissory-notes) [4]) nach Brittischem Recht den Wechseln gleich gehalten werden, ist bereits bemerkt worden. [5])

1) »Ralston c. Lamont, 23sten Mai 1792, Morr. 11130.«

2) §. 40. der Acte 12. Geo. 3. C. 72, — oben S. 204.

3) Thomson S. 707, 708.

4) Formulare s. oben S. 278, 279.

5) oben S. 280, 281.

»So lange ein Zahlschein in seinem ursprünglichen Verhältnisse eines Zahlungsversprechens einer Person an eine andre bleibt, hat er keine Aehnlichkeit mit einem Wechsel; aber wenn er indossirt wird, beginnt die Aehnlichkeit; denn alsdann ist er ein Auftrag des Indossanten an den Aussteller, dem Indossatar eine Zahlung zu leisten, — welches die wahre Definition eines Wechsels ist. Der Indossant ist der Trassant,

»Eine Bankiers-Anweisung (banker's check or draft) ist ein geschriebner an einen Bankier gerichteter Auftrag, wodurch jemand, der Geld in dessen Händen hat, von ihm verlangt, eine Summe davon an eine darin benannte Person, oder, häufiger, an den Inhaber, zu zahlen. Sie ist von Stempelgebühren befreit; doch Beerfordern die Stempelgesetze gewisse Requisite, als Bedingungen dieser Befreiung, welche genau beobachtet werden müssen [1]. Ein ungestempeltes check, worin letztre nicht beobachtet sind, ist nichtig [2]; ist es aber gestempelt als ein Wechsel, so wird es gültig seyn. Nach gemeinem Rechte wird es wie ein Wechsel betrachtet, ausgenommen, 1tens, daſs es nur zahlbar auf Anfordern gezogen wird; 2tens, daſs der Bankier, auf welchen es gezogen ist, nicht durch Unterzeichnung seines Namens acceptirt, sondern die Anweisung auf Vorzeigung bezahlt; und, 3tens, daſs zweifelhaft zu seyn scheint, ob summarisches Verfahren darauf, wie auf einen Wechsel, gegen den Trassanten statthaft ist [3], oder ob es auch nur protestirt werden kann gegen den Trassanten. Mittelst einer ordentlichen Klage findet da

der Aussteller des Zahlscheins der Acceptant, und der Indossatar der Remittent.« Chitty S. 328, 329. — Respittage sind statthaft, auch ohne daſs der Zahlschein indossirt ist. Ebendas.

1) s. oben S. 260, 261.

2) »Borradaile c. Middleton, 2 Campb. 53. «

3) »Die Acte 1696. c. 36. (oben S. 172), welche die, ausländische Wechsel betreffende, Acte 1681. (oben S. 170) auf »inländische Wechsel und »*precepts*« ausdehnt, könnte vielleicht unter dem Worte »*precepts*« die Bankiers-checks zu begreifen scheinen. Aber, nimmt man beide Acten zusammen, so scheinen sie nicht den Fall der checks vor Augen gehabt zu haben, indem die Acte 1681., wie sie durch die Acte 1696. ausgedehnt ist, einen Protest gegen den Trassanten, als Begründung des summarischen Verfahrens, nur im Falle von Nicht-Acceptation gestattet, während, bei einer Anweisung (draft) keine Acceptation erfordert wird.«

gegen ohne Zweifel Regreſs darauf Statt [1]). Es ist durch Indossirung übertragbar, oder, wenn es an den Inhaber zahlbar ist, durch Aushändigung. Die Regeln hinsichtlich der Negotiation von checks sind ohngefähr dieselben wie die auf Wechsel und Zahlscheine anwendbaren.« [2])

»Bankiers-Noten (bankers' notes), zahlbar an den Inhaber auf Anfordern, sind, nach gemeinem Recht, andern Zahlscheinen (promissory-notes) ähnlich. . . . Besondre Statute [3]) reguliren das auf solche Noten (in Schottland) statthafte summarische Verfahren. Aber das Recht, wie es bereits hinsichtlich der Zahlscheine dargestellt ward, leidet im Allgemeinen Anwendung darauf. In England scheint es, nach ältern gerichtlichen Entscheidungen, die Gewohnheit der Goldschmidte, welche damals die Stelle der Bankiers vertraten, gewesen zu seyn, ihren Kunden für die bei ihnen niedergelegten Summen Scheine, zahlbar an den Inhaber auf Anfordern, zu geben, und diese wurden in Zahlung von Schulden, wie andre Zahlscheine, übertragen. Das Statut der Königin Anna [4]) setzte dieselben, wie alle andre Zahlscheine, auf den nämlichen Fuſs mit Wechseln. Sie scheinen in Schottland nicht sehr im Gebrauch zu seyn.

1) »M' Gilchrist c. M' Arthur, 16 Jan. 1794, Morr. 877.«

2) Thomson S. 215, 216.

Was Thomson hinsichtlich des summarischen Verfahrens sagt, bezieht sich nur auf Schottland. — Auch in England ist bei checks kein Protest zulässig, da die Acte 9 und 10. W. 3. c. 17. sich nur auf solche Wechsel bezieht, die nach Dato zahlbar sind. Chitty S. 323. Wenn in London eine solche Anweisung auf einen Bankier nach vier Uhr präsentirt wird, so wird sie markirt als zahlbar am nächsten Tage; dieſs steht einer Acceptation gleich. Thomson S. 369.

3) oben S. 184 fgg.

4) oben S. 180 fgg.

Die gewöhnlichste Art der Bankiers-Noten sind diejenigen, gleichermaſsen an den Inhaber auf Anfordern zahlbaren Noten, welche von Bankiers als baares Geld (as cash) ausgegeben werden, und welche so lange als solches circuliren, als die sie austellende Bank in gutem Credit ist, indem der Inhaber jederzeit befugt ist, den baaren Betrag von der Bank zu begehren. [1]) Wenn solche Noten von der Bank von England und der Bank von Schottland ausgestellt sind, so werden sie Bank-Noten genannt und besitzen besondre ihnen durch Statut ertheilte Privilegien.“ [2])

Art. 110.

Collision der Gesetze.

Hinsichtlich der Frage, welchem Gesetze, im Fall einer Collision, der Vorrang gebühre, scheinen etwa folgende Sätze im Groſsbritannischen Wechselrecht angenommen zu seyn:

Die Form der Urkunde bestimmt sich nach den Gesetzen des Ausstellungsortes [3]).

1) Solche *bankers cash notes* erfordern nicht die, in der Regel nothwendige Eile der Zahlungspräsentation. Thomson S. 465. Auf Banknoten leidet die oben S. 322. bemerkte Eigenheit des Englischen Rechts keine Anwendung. Thomson S. 343.

2) Thomson S. 216—218.

Die §§ 1 — 3, 7. der Acte 5 Geo. 3. c. 49. enthalten Beschränkungen dieser Art von Noten. — Hinsichtlich der Präscription s. 12 Geo. 3. c. 71. § 39. (oben S. 202.)

3) « Was auswärts ausgestellte Wechsel oder Zahlscheine betrifft, so ist in Bezug auf einen in Jamaica ausgestellten Zahlschein dafür gehalten worden (Alves c. Hodgson, 7 T. R. 241; 2 Esp. 528), daſs er ungültig sey, falls er nicht in Uebereinstimmung mit dem Rechte von Jamaica gestempelt sey; und es ist sogar entschieden worden (Clegg c. Levy, 3 Campb. 166), daſs ein in Surinam geschlossener Vertrag in Gemäſsheit der dasigen Gesetze gestempelt seyn müsse, indem man das Princip aufstellte, « ein Contract müsse nach den Gesetzen des Ortes, wo er eingegangen ward, gültig seyn, widrigenfalls er überall ungültig seyn

Der Bestand und Umfang der Verbindlichkeit jedes Interessenten richtet sich nach den Gesetzen des Orts, wo er contrahirte [1]).

werde.» Nach diesem Grundsatz würden sogar fremde Stempelgesetze, bei auswärts geschlossenen Contracten, zu beachten seyn. Die Rechtsfälle, welche ein gelehrter Schriftsteller (Chitty S. 57. Not. f.) für die entgegengesetzte Ansicht allegirt, führen, bei genauerer Betrachtung, zu keinem abweichenden Resultate.» Thomson S. 38. coll. Manning S. 13.

Glen S. 67. Not. stimmt dem Chitty bei.

1) «In Burrows c. Jemimo, 2 Str. 732, wo der Kläger einen Wechsel zu Livorno acceptirt, aber später daselbst ein seine Acceptation wegen Falliments des Trassanten annullirendes Decret erhalten hatte, in Gemäſsheit eines zu Livorno geltenden Rechtssatzes, wonach Acceptationen in einem solchen Falle, wenn zur Zeit der Acceptation keine Fonds des Trassanten in den Händen des Acceptanten sind, annullirt werden müssen, ertheilte Lord Kanzler King aus diesem Grunde den Befehl, alles rechtliche Einschreiten gegen den Acceptanten in England zu sistiren, indem er gleichermaſsen dafür hielt, daſs die Einwendung in einem ordentlichen Gerichtshofe (court of law) eine gute Vertheidigung gebildet haben würde, wenn man sich an einen solchen gewandt hätte.

In Potter c. Brown, 5 East. 123, wo der Kläger, welcher in Baltimore ein Haus hatte, dort einen Wechsel genommen hatte, welcher von einer sich dort aufhaltenden Person auf einen Kaufmann in London gezogen war, und er (bei Verweigerung der Acceptation) eine Klage gegen den Trassanten angestellt hatte, erkannte das Gericht der Kingsbench für eine gültige Einwendung, daſs der Trassant später bei einer Amerikanischen Bankruttcommission, bei welcher die Kläger als Creditoren liquidirt hatten, ein Certificat erhalten hatte, — indem es dafür hielt, daſs der Trassant in Amerika zu zahlen versprochen habe, wenn der Wechsel nicht dahier bezahlt werde (und er aus dieser Verbindlichkeit belangt wurde). Das nämliche Princip scheint in einem frühen Falle, Da Costa c. Coln, Skin. 272, befolgt worden zu seyn, wo, bei einer Klage gegen den Trassanten eines Wechsels welcher in England auf jemanden in Portugal gezogen war, zahlbar in Milrees, zu einer Zeit, wo diese Münze einen höheren Werth hatte, als einige Zeit vor dem Zahlungstermin, —

Der Zahlungstermin wird nach dem Style des Zahlortes berechnet, ausgenommen wenn er in Bezug

da der Acceptant, ausser auf den reducirten Werth, zu acceptiren verweigerte, das Gericht entschied, dafs der Trassant für den alten Werth tenent sey, indem es erachtete, dafs keine Aenderung des Portugiesischen Rechtes (welche sich in dem Zwischenraum hinsichtlich der Münze ereignet hatte) einen Englischen Contract, wofür diefs hinsichtlich des Trassanten betrachtet ward, ändern konnte.» Thomson S. 179, 180. Vgl. ebendas. S. 185, 186, 416. Vgl. Chitty S. 93, 107. 188, 233, 286.

Hiermit scheinen jedoch einige von Thomson S. 709. angeführte Schottländische Entscheidungen nicht übereinzustimmen.

Hinsichtlich der Verjährung äufsert Thomson S. 708:

«Die Frage, ob die Schottländische Präscription oder das Englische Verjährungsstatut auf einen Wechsel oder Zahlschein anwendbar ist, scheint von dem Umstande abzuhängen, wo er zahlbar gemacht ist, da präsumirt werden wird, dafs die Partheien beabsichtigten, der Contract solle durch das Recht des Landes regulirt werden, wo er nach ihrer Absicht in Erfüllung gehen sollte (?). Als daher das Englische Statut einer Klage auf einen in Virginia gezogenen, aber in Schottland zahlbar gemachten Wechsel opponirt ward, verwarf das Gericht diese Einwendung, und erachtete es, dafs das Schottländische Recht anwendbar sey (Rogers c. Cathcart und Ker, 25ten July 1732, Morr. 4507). In einem andern Falle ward die entgegengesetzte Seite dieses Princips in Anwendung gebracht, durch Aufrechthaltung einer aus dem statute of limitations entnommenen Einrede, gegen eine Klage auf einen Zahlschein, welcher von dem sich damals in London aufhaltenden Schuldner an den sich auch daselbst aufhaltenden Gläubiger ausgestellt war, zahlbar auf Anfordern, ohne dafs während sechs Jahren vom Datum desselben eine Anforderung geschehen war, obwohl der Schuldner während dieses ganzen Zeitraums in England blieb (Lord Lovat c. Lord Forbes, 2ten Dec. 1742, Morr. 4513). Man folgerte, dafs, da der Zahlschein auf Anfordern zahlbar gemacht war, und da beide Partheien zur Zeit der Ausstellung desselben in England lebten, sie nothwendig beabsichtigten, derselbe solle in England bezahlt werden. Das Englische Statut war früher in einem ähnlichen Falle (Grove c. Gordon, Nov. 1740, Morr. 4511.)

auf das Datum des Wechsels (a dato) bestimmt ist [1]. — Die Respittage werden unbedingt durch das Recht des Zahlortes règulirt [2].

Bei der Negotiation des Wechsels oder Zahlscheins, — d. h. den zu Erhaltung der Acceptation und Zahlung, und Mittheilung der Nachricht von der Nicht-Honorirung erforderlichen Maafsregeln, — sind die Gesetze des Zahlortes zu befolgen [3].

anwendbar gefunden worden, da ein Zahlschein in England ausgestellt, und, — wahrscheinlich, obwohl der Zahlungsplatz in dem Report nicht angegeben ist, — daselbst zahlbar gemacht war.»

1) Thomson S. 407, 408. — Vergl. Kyd S. 8., Glen S. 26, 27, Chitty S. 93.

2) Thomson S. 408.

3) Thomson S. 179.:

»In Gemäfsheit dieses Princips wurde in dem Falle Brown und Sohn c. Crawford, 13ten Juni 1761, Morr. 1587., entschieden, dafs ein in Schottland ausgestellter aber in London zahlbar gemachter Zahlschein in Uebereinstimmung mit dem Englischen Rechte negotiirt werden mufste, welches damals, abweichend von dem Schottländischen Recht, bei Zahlscheinen die nämliche Negotiation, wie bei Wechseln, erforderte. Aus diesem Grunde wurden die Stellvertreter des Indossatars ihres Regresses gegen den Remittenten, wegen Mangels gehöriger Negotiation, verlustig. Das nämliche Princip der Entscheidung wurde in Stevenson c. Stewart und Lean, 14ten Nov. 1764. Morr. 1618, angenommen. Es scheint gleichfalls, als eine von mehreren Exceptionen, in Macalpin's Gläubiger c. Parsons und Gouett, 21sten Jan. 1792, Morr. 1617., beachtet worden zu seyn.«

Interessant ist das hier beiläufig anzuführende Schottländische Präjudicat Smith und Payne c. Laing, Arthur et Comp., 29sten Juni 1786. Morr. 1612., — Thomson S. 482. Not. 2.:

»Diefs war der Fall eines in London gezognen und acceptirten, und ebendaselbst zahlbaren Wechsels. Der Inhaber behauptete daher, derselbe müfse als ein Englischer inländischer Wechsel betrachtet werden, hinsichtlich dessen kein Protest nöthig sey. Aber hierauf ward entgegnet, dafs er zuerst an Laing, Arthur et Comp. in Schottland, und von diesen an Smith und Payne in London indossirt worden war, und gegenwärtige

Die Form des Protestes bestimmt sich nach dem Rechte des Ortes, wo derselbe errichtet wird [1]).

Frage aus einem Regreſsanspruche, des Letztern gegen den Erstern, kraft des Indossamentes entstand, welches in Rechten ein neuer Wechsel war, und, zwischen denselben, als ein ausländischer Wechsel betrachtet werden muſste. Das Gericht billigte intrinsice diese Erwidrung, indem es, wie im Falle eines ausländischen Wechsels, entschied, daſs die Errichtung eines Protestes am Tage nach dem letzten Respittage, welcher auf einen Sonntag gefallen war, nicht hinreichende Negotiation war.

Nach diesem Principe könnte doppelte Protestirung des nämlichen Wechsels, am letzten Respittage, oder, wenn dieser kein Werktag ist, am vorhergehenden Tage, und am ersten Tage nach der Respitzeit, nothwendig werden. —

1) Thomson S. 473.

VOM ENGLISCHEN MÜNZWESEN.

VORAUSSCHICKUNG.

Eintheilung des Englischen Getraide-, Brod-, Gold-, Silber-, Geld-, Juwelen-, und Perlen-Gewichts.

Troy-Pfund	Unzen	Penny weights	Grains	Mites	Droits	Periors	Blanks
1	12	240	5760	115200	2764800	55296000	1327104000
	1	20	480	9600	230400	4608000	110592000
		1	24	480	11520	230400	5529600
			1	20	480	9600	230400
				1	24	480	11520
					1	20	480
						1	24

In den Originalausgaben von Nelkenbrechers Taschenbuch und in Krusens Contoristen findet man angegeben: Es theile sich ein Droit in 24 Periors, während unter andern, der durch mehrere Schriften vortheilhaft bekannt gewordene Londner Kaufmann Nicolaus Magens, in seinem 1753 zu London erschienenen The universal Merchant etc. — wie gemäſs ihm und in Folge durch Correspon-

denz eingezogener Erkundigung in vorstehender Tabelle aufgenommen worden — das Droit nur zu 20 Periors angibt, wornach bei den Unterabtheilungen des Englischen Troygewichts von der Unze an, ein mit 20 und 24 abwechselndes Zerfallen der gröſsern Gewichtstheile in die kleineren statt findet. Auf jener schriftstellerischen Divergenz mag es beruhen, daſs J. H. van Swinden, indem er Seite 692 — 693 seines im Jahr 1802 unter dem Titel:

Verhandeling over volmaakte Maaten en Gewigten

zu Amsterdam herausgegebenen Buches von dem Englischen Troygewicht handelt, sagt: der Penny werde in mehrere Unterabtheilungen eingetheilt, welche ihm jedoch nicht mit hinlänglicher Sicherheit bekannt seyen.

Verhältniſs dieses Englischen Troygewichts zum neuen Französischen Gewicht.

Zufolge Seite 39 der Schrift:

„Ueber die wahre köllnische Mark. Von G. K. Chelius etc. Frankf. a. M. 1820. Jägersche Buchhandlung."

vergleichen sich 1,000,000 frz. Kilogr. mit 2,682,198$\frac{1}{5}$ engl. troyschen Pfunden.

Dasselbe Verhältniſs läſst sich, füglich, mit resp. 2 und 3 Ziffern dahin angeben:

22 Kilogramm = 59 engl. troy Pfund
236 „ = 633 „ „ „ „ ;

denn sowohl $\frac{22}{59}$ als $\frac{236}{633}$ sind $\frac{3728}{10000}$ reich.

Von der in England üblichen Bezeichnungsweise der Feine edler Metalle.

Bei dem Gold	*Bei dem Silber*
wird die höchste Feine ausgedrückt durch 24 Karate.	wird die höchste Feine ausgedrückt durch 12 Deniers.
Das Karat zerfällt in 4 Quarts.	Der Denier zerfällt in 20 Zwanzigtheile.
Die Quarts werden auch Grains fein benamt.	Jeder Zwanzigtheil Denier wird auch Grain fein benamt.
96 Grains fein Gold sind demnach in England gleich mit 5760 Gewichtgrains, oder 1 Grain fein = 60 Grains Gewicht.	240 Grains fein Silber sind demnach in England gleich mit 5760 Gewichtgrains, oder 1 Grain fein = 24 Grains Gewicht.

Vergleichung des Englischen verordnungsmäſsigen- oder Probe-, oder sogenannten Standard Goldes und Silbers gegen ganz feines Gold und Silber.

12 ℔ Standard Gold enthalten 11 ℔ ganz feines Gold.

120 ℔ Standard Silber enthalten 111 ℔ ganz feines Silber.

Dieses vorausgeschickt, ist wegen des älteren englischen Münzwesens sonderlich zu verweisen auf von Praun, in seiner gründlichen Nachricht vom Münzwesen.

Stevart, in seinen Grundsätzen der Staatswirthschaft.

Graumann, in seinen gesammelten Briefen vom Münzwesen.

Der dermalige Bestand der englischen Ausmünzungsvorschriften

aber, ist zu entnehmen aus einem, für die Dienstinstruction des Münzmeisters anzusehenden, so betitelten Vertrag zwischen dem König und dem Münzmeister, in Verbindung mit den Modificationen dieses Vertrags, welche ihm gegeben wurden durch eine Acte vom 22 Juny 1816. Von ersterm Vertrag folgt hiernach sub A. ein Auszug mit Uebersetzung und erläuternden Anmerkungen; demnächst auch sub B. die erwähnte Acte von 1816, und endlich wird sub C. eine wegen des Gewichts der Goldsorten im Jahr 1817, von dem damaligen Prinzen Regenten, erlassene Proclamation beigefügt.

A.

*Abstract of the Indenture between his Majesty and the Master and Worker of the Mint *).*

The King, by Indenture under the Great Seal, confirms the Office of Master and Worker of the Mint to A. B. during Pleasure; and he is to receive all the Monies appointed by Acts of Parliament, for defraying the Expences of the Mint.

A. B. covenanteth to make the Money in Manner following, viz.

To make five Sorts of Money of Crown Gold.

1. The quarter Guinea, Value 5^s^ 3^d^ at 178 in the Pound Weight Troy. This is not to be coined but by his Majesty's, or the Treasury's special Direction.
2. Half Guinea, Value 10^s^ 6^d^ at 89 in the Pound Weight.
3. The Guinea, Value 21^s^ at 44, and the Weight of 10^s^ 6^d^ to the Pound Weight.

(*) Abgedruckt aus der, oben, S. 394., angeführten Schrift von Nicolaus Magens. — Die obige Urkunde findet sich auch, aus der nämlichen Quelle, abgedruckt in T. Cunningham, The law of bills of exchange etc. The sixth edition. London 1778. pag. 401 — 411.

A.

Auszug aus dem Vertrag zwischen Seiner Majestät und dem Münz-Meister und Arbeiter.

Der König bestätigt auf beliebige Zeit dem A. B., mittelst Vertrags unter dem Groſsen Siegel, das Amt eines Münzmeisters und Arbeiters, und hat derselbe alle durch Parlaments-Acten zu Bestreitung der Münzkosten bestimmte Gelder zu empfangen.

A. B. verspricht, das Geld in folgender Weise zu verfertigen, nämlich:

Fünf Geldsorten von Kronengold zu verfertigen:

1. Die Viertel-Guinee, Werth 5 Sch. 3 P., 178 auf das Pfund Troy-Gewicht. Nur auf besondern Befehl Seiner Majestät oder der Schatzkammer zu münzen.
2. Halbe Guinee, Werth 10 Sch. 6 P., 89 auf das Pfund Gewicht.
3. Die Guinee, Werth 21 Sch., zu 44, und dem Gewicht von 10 Sch. 6 P. auf das Pfund Gewicht [1]. (*)

(*) Die Noten folgen unmittelbar nach dem Abdruck der Urkunde.

4. The Double Guinea, Value 42^s at 22, and the Weight of 10^s 6^d in the Pound.
5. The Five Guinea Piece, or 5 L. 5^s at 9, wanting the Weight of 10^s 6^d in the Pound.

Every Pound Weight Troy of Gold to be in Value 46 L. 14^s 6^d in Fineneſs at the Trial, 22 Carrats of fine Gold, and 2 Carrats of Alloy: This to be the Standard of Gold.

The Master to have 6^s 6^d for the Coinage of every Pound Weight Troy of Gold Monies; out of which he is to pay unto the Moniers 3^s for their Labour for every Pound Weight.

If the Gold Money be not continually made according to the right Standard, but in Default of the Master, it shall be found sometimes too strong, or too feeble, by too much or too little in Weight, in Fineneſs, or both, the 6th. Part of a Carrat in a Pound (which shall be called Remedy for the Master) the Money shall be delivered for good.

But if Default be over the 6th. Part of a Carrat, the Deliverance shall cease, and that Money adjudged less than good, and be new molten, and be re-coined at the Charge of the Master, till it be put to Point as Money deliverable.

Excepting only the Quarter Guineas; for these Pieces not being able to be sized with the same Exactneſs as the larger Pieces of Gold may be, there shall be added to the said Remedy in Weight, half a Grain for every four Quarter Guineas in the Pound Weight of the Monies tried.

4. Die doppelte Guinee, Werth 42 Sch., zu 22, und dem Gewicht von 10 Sch. 6 P. auf das Pfd [2].
5. Das Fünf-Guineen-Stück, oder 5 Pfd. 5 Sch., zu 9, weniger das Gewicht v. 10 Sch. 6 P. auf das Pfd. [3].

Das Pfund Gold, Troygewicht, an Werth 46 Pfd. 14 S. 6 P. [4], in Feinheit bei der Probe 22 Karat feinen Goldes und 2 Karat Zusatz, soll der Münzfuſs des Goldes seyn [5].

Der Meister soll 6 Sch. 6 P. für die Ausmünzung jedes Pfundes Goldmünzen Troygewicht haben; woraus er den Münzern 3 Sch. für ihre Arbeit für jedes Pfund Gewicht zahlen soll [6].

Wenn die Goldmünze nicht beständig nach dem richtigen Fuſse verfertigt wird, sondern durch Fehler des Meisters manchmal zu stark oder zu schwach befunden werden wird, durch zu Viel oder zu Wenig an Gewicht, an Feinheit, oder beidem, den 6ten Theil eines Karats auf das Pfund, (welches ein Remedium für den Meister genannt werden soll) soll die Münze als gut abgeliefert werden.

Wenn aber der Fehler mehr als den 6ten Theil eines Karats beträgt, soll die Ablieferung unterbleiben, und diese Münze als zu geringhaltig erachtet, und von neuem geschmolzen, und umgemünzt werden, auf Kosten des Meisters, bis sie in die Qualität einer abzuliefernden Münze gebracht ist.

Mit alleiniger Ausnahme der Viertel-Guineen; denn, da diese Stücke nicht mit der nämlichen Genauigkeit, wie die gröſsern Goldstücke, justirt werden können, so soll zu dem besagten Remedium an Gewicht ein halber Gran für jede vier Viertel-Guineen in dem Pfundgewicht der probirten Münzen hinzugethan werden.

These Defaults must happen by Casualty, or else no Allowance for them.

The Gold is to be coined in such Pieces, as his Majesty, by his sign manual, shall direct.

The Master to make Eight Pieces of Silver Monies, viz.

1. The Crown at 5s and 12 of them, and 2s in the Pound Weight.
2. Half Crown at 2s 6d and 24, and 2s in the Pound.
3. The Shilling, at 12d and 62 to the Pound.
4. Half Shilling, at 6d and 124 in the Pound.
5. The Groat, or 4d and 186 in the Pound.
6. The Half Sixpence, or 3d at 248 in the Pound.
7. The Half Groat, or 2d at 372 in the Pound.
8. The Penny, 744 in the Pound.

The Pound Weight of Silver to be 3 L. 2s and shall be in Fineneſs at the Trial 11 Ounces 2 Penny-weight, and 18 Penny-weight of Alloy, which is the old right Standard of the Monies of England.

The Gold Money is to be made agreeable in Fineneſs to the indented Trial-pieces made by Direction of K. James II. Anno quarto Reg. Sui, and all Monies of Standard Silver, agreeable in Fineneſs to the respective Trial-pieces made I Geo. II. which Trial-pieces remain in six several Places, viz. in the Treasury, with the Warden of the Mint in the Tower, the Master and Worker, the Wardens of the Company of Goldsmiths in Goldsmiths-Hall, in the Exchequer of Scot-

Diese Fehler müssen sich durch Zufall ereignen; ausserdem findet kein Nachlafs für dieselben Statt [7]).

Das Gold soll in solchen Stücken gemünzt werden, als Seine Majestät durch Ihr Handzeichen befehlen werden.

Der Meister soll acht Stücke Silbermünzen verfertigen, nämlich:

1. Die Krone zu 5 Sch., und 12 derselben und 2 Sch. auf das Pfund Gewicht.
2. Halbe Krone zu 2 S. 6 P., und 24 und 2 S. auf das Pfund.
3. Den Schilling zu 12 P., und 62 auf das Pfund [8]).
4. Halbe Schillinge zu 6 P., und 124 auf das Pfund.
5. Den Groat, oder 4 P., und 186 auf das Pfund.
6. Den Halben Sixpence, oder 3 P., zu 248 auf das Pfd.
7. Den Halben Groat, oder 2 P., zu 372 auf das Pfd.
8. Den Penny, 744 auf das Pfund.

Das Pfund Gewicht Silber soll seyn 3 Pf. 2 S., und in Feinheit bei der Probe 11 Unzen 2 Penny Gewicht und 18 Penny Gewicht Zusatz, welches der alte rechte Münzfufs von England ist [9]).

Die Goldmünze soll an Feinheit den contractmäfsigen Probe-Stücken entsprechen, welche auf Befehl Königs Jacob II. im vierten Jahre seiner Regierung verfertigt worden sind, und alle Münzen von ausmünzbarem Silber in Feinheit den respectiven Probe-Stücken entsprechen, welche im ersten Jahre Georg II. verfertigt worden sind, und sich an sechs verschiedenen Plätzen befinden, nämlich in der Schatzkammer, bei dem Münzaufseher im Tower, dem Meister und Arbeiter, den Aufsehern der Gesellschaft

land, and with the General and other Officers of the Mint in Scotland.

The Master to have 1ˢ $4\frac{1}{2}^{d}$ for Charges of coining every Pound Weight Troy of Silver Monies, of which he is to pay 8^{d} for every Pound Weight to the Moneyers.

The Master is to pay to the Warden of the Mint 1470 L. per Annum, for the Fees and Salaries of the respective Officers of the Mint.

The Remedy for the Master in the Silver Money is, when, on Assay before Delivery, the Money is found too strong or too feeble, all only in Weight, or all only in Finenefs, or in both, by 2 Penny-weight in the Pound Weight Troy, after the old Computation of 20 Penny-weight in the Ounce. And if Default be over the said 2 Penny-weight, the Money shall cease to be delivered, and be re-coined at the Charge of the Master.

The Master may receive, as well his Majesty's Bullion of Gold and Silver, as the Bullion of any other Persons whatsoever, to be coined as aforesaid, delivering to the Parties bringing the Bullion, Bills testifying the Weight, Finenefs and Value thereof, with the Day and Order of its Delivery into the Mint.

The Warden and Comptroller of the Mint, and his Majesty's chief Clerk, and Clerks of the Papers, for the Time being, shall enter in Ledger-books, all Bullion as shall be brought into the Mint; which Entry shall comprehend the Weight, Fi-

der Goldschmidte in Goldschmidts-Hall, in der Schatzkammer von Schottland, und bei dem General- und andern Beamten der Münze in Schottland.

Der Meister soll 1 S. $4\frac{1}{2}$ P. für Kosten der Ausmünzung jedes Pfundes Troygewicht Silbermünzen erhalten, wovon er 8 P. für jedes Pfund Gewicht an die Münzer zu zahlen hat [10]).

Der Meister hat an den Aufseher der Münze jährlich 1470 Pfund zu zahlen, für die Gebühren und Gehalte der respectiven Münzbeamten.

Das Remedium für den Meister, bei der Silber-Münze, ist, wenn bei der Probe vor Ablieferung die Münze zu stark oder zu schwach befunden wird, (allein im Gewicht, oder allein in der Feinheit, oder in Beidem) je 2 Penny-Gewicht auf das Pfund Troy-Gewicht, nach der alten Berechnung von 20 Penny-Gewicht auf die Unze. Und wenn der Fehler über die besagten 2 Penny-Gewicht beträgt, soll die Münze nicht abgeliefert, und auf Kosten des Meisters umgemünzt werden [11]).

Der Meister kann sowohl von Seiner Majestät als von irgend andern Personen ungemünztes Gold und Silber annehmen, um es, wie vorbesagt, zu münzen; den ihm dasselbe liefernden Personen gibt er Scheine, welche das Gewicht, die Feinheit und den Werth nebst dem Tag und der Ordnung der Ablieferung in die Münze enthalten.

Der Aufseher und Controleur der Münze, und Seiner Majestät jedesmaliger oberster Schreiber und die jedesmaligen Schreiber der Papiere sollen alles in die Münze gelieferte Gold und Silber in Haupt-Bücher eintragen; dieser Eintrag soll das Gewicht,

neſs and Value of the said Bullion, the Parties Names who brought it, and what Day. And then the Bullion is to be put in a Chest or Room, locked with three Keys, one of which is to be kept by the Warden, another by the Master, and the third by the Comptroller, and to remain there till delivered for Coinage.

The Warden, Comptroller, and his Majesty's Clerk, shall keep several books of Melting, declaring in the same, the Quantity and Fineneſs of all Gold and Silver and Alloy put into the Melting, with the Report of every Assay, called the Pot-assay; and the said Books shall remain to chargo the Master withal, and they shall be monthly subscribed and figured by the Warden, and the Master and Comptroller.

The Assay-master shall keep a Book of all Bullion brought into the Mint, whereby the Quantity and Fineneſs may appear, with the Report of the Assay of every several Pot, commonly called the Pot-assay, which shall be made of some Ingot of the said Bullion, to be taken by the Warden, Comptroller, and Assay-master, or any two of them, after the Pot is cast out.

If any happen to bring into the Mint, Gold or Silver nigh to the Standard aforesaid, the Master shall receive it for the Value accordingly, so as the Charges to make it agreeable to the Standards aforesaid, be borne by his Majesty.

die Feinheit und den Werth desselben, die Namen der Personen, welche es lieferten, und den Tag der Lieferung enthalten. Demnach soll dasselbe in eine Kiste oder Stube gebracht werden, verschlossen mit drei Schlüsseln, wovon der eine von dem Aufseher, der andere von dem Meister, und der dritte von dem Controleur aufzubewahren ist; daselbst bleibt es, bis es zur Ausmünzung abgeliefert wird.

Der Aufseher, Controleur und Seiner Majestät Schreiber sollen Bücher über das Schmelzen halten, und darin die Quantität und Feinheit alles Goldes und Silbers und den bei dem Schmelzen hinzugethanen Zusatz angeben, mit Bericht über jede einzelne Probe, genannt die Tiegelprobe; und die besagten Bücher sollen aufbewahrt werden, um Beweis gegen den Meister zu enthalten, und sie sollen monatlich von dem Aufseher, und dem Meister und Controleur unterzeichnet und numerirt werden.

Der Wardein soll ein Buch über alles in die Münze gebrachte rohe Gold und Silber halten, woraus die Quantität und Feinheit hervorgeht, mit Bericht über die Probe jedes einzelnen Topfes, gewöhnlich genannt die Tiegelprobe, welche von einer Barre besagten ungemünzten Goldes und Silbers geschehen soll, die von dem Aufseher, Controleur und Wardein, oder zweien derselben genommen werden soll, nachdem der Topf ausgegossen ist [12]).

Wenn jemand in die Münze Gold oder Silber bringt, welches dem vorbesagten Münzfuſse nahe steht, soll der Meister es für den Werth annehmen, so daſs die Kosten, dasselbe dem vorbesagten Münzfuſse gleich zu machen, [13]) von Seiner Majestät getragen werden.

The Master impowered to put such privy Mark on the Edges of Gold and Silver Coin, from Time to Time, as he shall think convenient.

The Warden and Comptroller, or their Deputies, are to oversee and survey the assaying, melting, sizing, and making of the Gold and Silver Monies, and to see the Balances and Weights always amended and put to Point.

The Surveyor of the Meltings shall keep a Book, containing the Weight of Gold and Silver as shall be molten, with the Alloy put into the same.

When the Monies be coined and complete, the Warden, Master, and Comptroller, shall put them into a Chest or Room, locked with three Keys, one of which is to be kept by each of them, until Proof and Trial be had of the said Money, and Payment be made to the Bringers in of the Bullion.

The Proof to be made before Deliverance by the Assay-master, in Presence of the Warden, Master and Comptroller: And, being made, a Portion of the said Monies shall be taken and put into a Box by the Warden or his Deputy, in the Presence of the Comptroller and Master, or their Deputies; whereof the Assay shall be made before his Majesty, or such of his Council as shall be appointed by him at Westminster, or elsewhere, as he or his Council shall think fit, viz.

Der Meister ist befugt, auf den Rand der Gold- und Silber-Münze, von Zeit zu Zeit, solche geheime Zeichen zu setzen, als er für zweckmäſsig halten wird.

Der Aufseher und Controleur oder ihre Deputirte sollen das Probiren, Schmelzen, Justiren und Verfertigen der Gold- und Silber-Münzen beaufsichtigen und beobachten, und darauf sehen, daſs die Wagen und Gewichte stets ausgebessert und in Richtigkeit gebracht werden.

Der Aufseher über das Schmelzen soll ein Buch halten, welches das Gewicht des Goldes und Silbers, das geschmolzen werden wird, mit dem hinzugethanen Zusatze, angibt.

Wenn die Münzen geprägt und fertig sind, sollen der Aufseher, Meister und Controleur sie in eine mit drei Schlüsseln verschlossene Kiste oder Stube bringen, von welchen Schlüsseln jeder derselben einen aufbewahren soll, bis die Probe und Untersuchung der besagten Münze geschehen, und denjenigen, welche das rohe Metall überbrachten, Zahlung geleistet ist.

Die Probe muſs, vor Auslieferung, durch den Wardein in Gegenwart des Aufsehers, Meisters und Controleurs geschehen: und, wenn sie geschehen, soll ein Theil der besagten Münzen von dem Aufseher oder seinem Deputirten genommen und in eine Kiste gelegt werden, in Gegenwart des Controleurs und Meisters oder ihrer Deputirten; wovon die Probe vor Seiner Majestät oder vor den von dem König dazu ernannten Mitgliedern Seines Rathes in Westminster oder anderwärts geschehen soll, wie Er oder Sein Rath es geeignet finden werden, nämlich:

For every Journey Weight of Gold, not exceeding 15 Pounds Weight, two Pieces, whereof the one to be for the Pix, and the other for the Assay.

Out of every Journey of Silver Monies, containing 60 Pounds Weight, two Pieces, at least, the one Moiety thereof to be given for the Pix, and the other for the Assay.

They shall be sealed with the Seals of the Warden, Master, and Comptroller, and the Box shall be shut with three Keys, which shall by them be kept.

And the Pix shall remain in a Chest or Room, as aforesaid, to be opened on reasonable Warning, when his Majesty or his Council shall appoint.

And Assays shall be made in the Presence of the Warden, Master, and Comptroller, of the Fineneſs and Weight of the Gold and Silver in the Box by Fire, Water, Touch, or Weight, or by all; that if they be found good, the Master be quit against his Majesty and all his People to that Day; and the Master then to have Letters Patent for his Acquittance, without Fee; and this Indenture to be a sufficient Warrant for putting the Great Seal thereto.

If the Money shall not, on the Assay, be of the full Standard, yet within the Remedies aforesaid, the Lack thereof shall be entered on Record, by the Warden and Comptroller, or whom they shall appoint, and a true Account thereof shall be

Für jedes Tagewerk Gewicht Gold, welches nicht über 15 Pfund Gewicht beträgt, zwey Stücke, wovon das eine für die Büchse und das andere für die Probe bestimmt ist.

Aus jedem Tagewerk Gewicht Silbermünzen, welches 60 Pfund Gewicht enthält, zwei Stücke, wenigstens, wovon die eine Hälfte für die Büchse und die andre für die Probe gegeben werden soll.

Sie sollen mit den Siegeln des Aufsehers, Meisters und Controleurs besiegelt werden, und die Büchse soll mit drei Schlüsseln verschlossen werden, welche von ihnen aufbewahrt werden sollen.

Und die Büchse soll in einer Kiste oder Stube bleiben, wie vorbesagt, um auf gehörige Aufforderung geöffnet zu werden, wann Seine Majestät oder Sein Rath bestimmen wird.

Und Proben sollen in der Gegenwart des Aufsehers, Meisters und Controleurs geschehen, hinsichtlich der Feinheit und des Gewichtes des in der Büchse befindlichen Goldes und Silbers, mit Feuer, Wasser, Probierstein oder Gewicht, oder mit diesen sämmtlich; so dafs wenn sie gut erfunden werden, der Meister gegen Seine Majestät und Sein Volk bis zu diesem Tage quit ist; und der Meister soll alsdann einen offnen Brief für seine Quittirung erhalten, ohne Kosten, und dieser Vertrag soll eine hinreichende Vollmacht seyn, das grofse Siegel darauf zu drucken.

Wenn die Münze bei der Probe nicht von dem vollen Gehalte erfunden wird, doch innerhalb der vorbesagten Remedien, soll der Mangel daran in das Protokoll eingetragen werden, durch den Aufseher oder Controleur oder wen sie damit beauftragen wer-

made to his Majesty, and the same be fully answered to his Majesty, without any Profit to grow to any other Person for the same.

Saving, that in Case, by the said Assay, it shall be found, that the same Monies do pass at any Time the said Standards, so as to be better, but yet within the Remedies, then so much shall be entered of Record, and hold Place to the Master, in the Charge which he shall have, when any Lacks shall be found by the said Assay under the Standard.

If any Default be found in the said Monies, without the said Remedies, the Master shall make Fine and Ransom to his Majesty at his Will.

The Warden, Master and Comptroller, may take up as often as they will, as many Gravers to grave Irons at his Majesty's Price, and as many Smiths, Workmen and Labourers, and Necessaries for making the said Iron and Monies, and doing all Business in the Mint, as they shall think fit, and punish or remove them as they shall think fit, on due Occasion; and all his Majesty's Officers are to be aiding to them therein.

The Master is bound to receive all Gold and Silver brought to the Tower, after the Value as it shall appear by the Assay to be better or worse than the Standard.

And in Case of Dispute of the true Value between the Master and Merchant, his Majesty's As-

den, und eine getreue Angabe davon Seiner Majestät gemacht werden, und dasselbe Seiner Majestät berechnet werden, ohne dafs eine andere Person einen Gewinn davon habe.

Vorbehältlich, dafs, falls durch die besagte Probe erfunden werden wird, dafs dieselben Münzen zu irgend einer Zeit den besagten Münzfufs überschreiten, so dafs sie besser sind, indefs innerhalb der Remedien, alsdann dieser Betrag in das Protokoll bemerkt werden, und dem Meister zu gute kommen soll, bei dem Nachtheil, den er erleiden wird, wenn durch die Probe Mängel unter dem Münzfufse gefunden werden.

Wenn bei den besagten Münzen ein Mangel ausser den besagten Remedien gefunden wird, soll der Meister Seiner Majestät eine willkührliche Bufse und Strafsumme zahlen.

Der Aufseher, Meister und Controleur können, so oft sie wollen, auf Seiner Majestät Kosten, so viele Stempelschneider, Schmidte, Werkleute und Arbeiter, und alles Erforderliche zu Verfertigung der besagten Stempel und Münzen, und zu Verrichtung aller Arbeit in der Münze, annehmen, wie sie für geeignet halten, und sie, nach Gutfinden, bestrafen oder entfernen, auf gehörigen Anlafs; und sämmtliche Beamte Seiner Majestät sollen sie hierin unterstützen.

Der Meister ist schuldig, alles in den Tower gebrachte Gold und Silber nach dem Werthe anzunehmen, wie sich bei der Probe ergeben wird, dafs es besser oder schlechter, als der Münzfufs, ist.

Und falls zwischen dem Meister und dem Kaufmann Streit über den wahren Werth entsteht, soll

say-master, in the Presence of the Warden, Master and Comptroller, shall try the same; and the Master shall receive the same, and stand charged in Manner as it belongeth.

All Officers of the Mint and their Servants, and all Persons bringing Gold or Silver to the Tower, shall have free Ingrefs and Egrefs at all Times, without any Arrest for Debt or other Matter, by the Officers of the Tower, and without any Fee.

The Warden, Master, and Comptroller, are bound to give their Attendance at the Mint, every Wednesday, or such other Days, as they shall appoint, for Receipt of Bullion, and Delivery of coined Monies.

The Master is to pay 52 L. per Annum towards the Charges of the Diet of 104 L. heretofore allowed to the Officers of the Mint, and his Majesty is to pay and allow the other 52 L., to be paid by the Warden.

The Warden to account yearly before the Auditor of the Mint, and to be allowed on the same, all Payments, and Receipts, vouched by the Master, Comptroller, and Assay-master, or any two of them, whereof the Master to be one. And, on stating and answering his said Account, the Warden to have Letters Patent of Acquittance, under the Great Seal, without Fee therefore.

Confirmation to all Officers of the Mint, of all Houses and Grounds, within the Mint, exempt from any Claim of the Officers of the Tower.

Seiner Majestät Wardein, in Gegenwart des Aufsehers, Meisters und Controleurs, denselben untersuchen, und der Meister soll denselben erhalten, und in gehöriger Weise verhaftet seyn.

Alle Münzbeamte und ihre Diener, und alle Personen, welche Gold oder Silber in den Tower bringen, sollen zu jeder Zeit freien Eingang und Ausgang haben, ohne Arrest wegen Schulden oder andern Anlasses, durch die Beamten des Tower, und ohne irgend Gebühren.

Der Aufseher, Meister und Controleur sind schuldig, jeden Mittwoch, oder solche andre Tage, als sie bestimmen werden, im Tower zu Empfangnahme des Metalls und Auslieferung der ausgeprägten Münzen gegenwärtig zu seyn.

Der Meister wird an den hiebevor auf 104 Pfd. bestimmten Diät-Kosten der Münzbeamten jährlich 52 Pfund bezahlen, und Seine Majestät wird die andern 52 Pfd. zahlen und sie durch den Aufseher zahlen lassen.

Der Aufseher soll jährlich vor dem Auditor der Münze Rechnung ablegen, und dabei alle von dem Meister, Controleur und Wardein, oder zweien derselben, wovon der Meister einer seyn soll, anerkannte Zahlungen und Quittungen passirt werden. Und auf Vorlegung und Rechtfertigung der besagten Rechnung soll der Aufseher einen offnen Brief zu seiner Quittirung erhalten, unter dem Grofsen Siegel, ohne Gebühren dafür.

Bestätigung der Freiheit aller innerhalb der Münze gelegenen Häuser und liegenden Gründe der Münzbeamten von jedem Anspruche der Beamten des Tower.

All Charters and Franchises also confirmed to them.

The Moniers, Workmen, and all other Ministers of the Mint, to be ready to do their Work at the Warning of the Warden, Master, and Comptroller, on Pain of Loſs of Franchise and Imprisonment.

The Gold and Silver by the Master delivered to the Moniers to be coined, shall be in clean Plates, and delivered by Weight; and the Moniers to re-deliver the same, when coined, in clear Pieces proportionably by the same Weight; and if any Thing lack of the same Weight, they are to content the said Master for the same, at every Deliverance at the Balance; and the Master then is to pay them their Wages. And to perform his Covenants to the King, and his People, the Master has taken his Oath in Chancery, and given Sureties in the Exchequer in 2000 L.

The Master covenants from Time to Time to bring into the Mint convenient and sufficient Supplies of Gold and Silver, and make full Payments and Deliverance of all Manner of Monies, with all convenient Speed; and to bear all Manner of Waste about coining, according to the Allowances before specified.

The Warden is to pay the Officers of the Mint their Wages appointed.

The Master is bound to bring all the Gold and Silver, that he shall receive by Colour of his Office into the Mint, to be made into Monies without Sale, aliening, or putting it to any other Use:

Alle Briefe und Freiheiten sind ihnen gleichermaſsen bestätigt.

Die Münzer, Werkleute und alle andre Diener der Münze sollen auf Erinnerung des Aufsehers, Meisters und Controleurs, bereit seyn, ihre Arbeit zu thun, bei Strafe des Verlustes ihrer Freiheit, und Gefängniſs.

Das von dem Meister den Münzern zur Ausmünzung gelieferte Gold und Silber soll in reinen Platten bestehen; und nach dem Gewicht geliefert werden; und die Münzer sollen dasselbe nach der Ausmünzung in reinen Stücken verhältniſsmäſsig zu dem nämlichen Gewicht zurückliefern; und wenn etwas an dem nämlichen Gewichte fehlt, sollen sie den besagten Meister deshalb zufrieden stellen, bei jeder Ablieferung für den Saldo; und der Meister soll ihnen alsdann ihren Lohn zahlen. Und der Meister hat in der Kanzlei einen Eid geleistet und in der Schatzkammer Sicherheit von 2000 Pfund gestellt, daſs er dem König und dem Volke diesen Contract erfüllen werde.

Der Meister verspricht, von Zeit zu Zeit in die Münze angemessenen und hinreichenden Vorrath von Gold und Silber zu bringen, und volle Zahlung und Ablieferung aller Art von Münzen mit aller gehörigen Eile zu leisten, und alle Art von Abgang bei dem Münzen zu tragen, unter Bezug auf den vorhin bezeichneten Nachlaſs.

Der Aufseher soll den Münzbeamten ihren bestimmten Lohn zahlen.

Der Meister ist schuldig, alles Gold und Silber, welches er aus Anlaſs seines Amtes erhalten wird, in die Münze zu liefern, damit es daselbst gemünzt werde, ohne Verkauf, Veräusserung, oder Verwendung desselben zu anderem Gebrauche.

Excepting all such Healing-Pieces, Seals, and Medals of Gold and Silver, as shall be made for his Majesty's Use, or by his Majesty's Command.

The Warden, when he shall think fit, is to make two Piles of English Weights, that may be done with the most Exactnefs, to be equal to those lawfully used in the Mint; which, when made, shall be brought to the Tower, and there examined and printed, with a Rose crowned, and a Thistle crowned, in Presence of the Officers of the Mint; and then the Warden shall deliver one of them to the General of the Mint in Scotland, to be carried thither, and remain there, and the other to remain in the Tower with the said Warden.

The Master to account yearly before the Auditor of the Mint, and his Account being stated and fully answered, he shall have Letters Patent for his Acquittance without Fee, and this Indenture to be a sufficient Warrant to put the Great Seal thereto.

The Master is to pay from Time to Time, to the Warden, such Sums as shall be requisite to be paid to Officers for their Fees and for Repairs, and such other Expences of the Mint.

The Master is to retain in his Hands out of the Monies to be received on the Act for encouraging the Coinage, 1255 L. per Annum, for Fees and Salaries due to himself and other Officers.

Ausgenommen alle solche Pracht-Stücke, Siegel, und Denkmünzen von Gold und Silber, welche für Seiner Majestät Gebrauch oder auf Seiner Majestät Befehl werden verfertigt werden.

Der Aufseher soll, wenn er es geeignet halten wird, zwei Sätze Englischer Gewichte verfertigen, wie sie mit der äussersten Genauigkeit verfertigt werden können, denen gleich, welche gesetzlich in der Münze gebraucht werden; welche, sobald sie verfertigt sind, in den Tower gebracht, und dort erprobt und mit einer gekrönten Rose und einer gekrönten Distel bezeichnet werden sollen, in Gegenwart der Münzbeamten; und alsdann soll der Aufseher eines derselben dem Vorsteher der ünze in Schottland, um dahin gebracht zu werden und dort zu bleiben, ausliefern, und das andre soll im Tower bei dem besagten Aufseher bleiben.

Der Meister soll jährlich vor dem Auditor der Münze Rechnung ablegen, und, wenn seine Rechnung vorgelegt und vollständig gerechtfertigt ist, soll er einen offnen Brief zu seiner Quittirung erhalten, ohne Kosten, und dieser Vertrag soll eine hinreichende Vollmacht seyn, das Grofse Siegel darauf zu drucken.

Der Meister soll von Zeit zu Zeit dem Aufseher solche Summen zahlen, als den Beamten für ihre Gebühren, und für Reparaturen, und für solche andre Ausgaben der Münze werden gezahlt werden müssen.

Der Meister soll von den, nach der Acte zu Beförderung des Münzwesens, zu erhaltenden Geldern jährlich 1255 Pfd. zurückbehalten, für Gebühren und Gehalte für ihn selbst und andre Beamte.

The Warden, Master, and Comptroller, and their Deputies, shall, before their being admitted into the Knowledge of the Invention of rounding of his Majesty's Monies, and marking the Edges of them with Letters or Grainings, take an Oath before the Treasury, not to reveal the same to any Person whatsoever, directly or indirectly, without Command of his Majesty, his Heirs or Successors: And the Workmen employed in making the said Instruments, shall take the like Oath before the Warden of the Mint.

The Provost and Moniers, their Apprentices and Servants, are strictly charged not to vend, pay, or distribute any Piece of coined Money, until the same be delivered, according to the Course of the Mint, on Pain of losing their Franchise, and Imprisonment.

That no Person inhabit within the Mint, without the Approbation of the Warden, Master, and Comptroller.

The Comptroller is to deliver, on Oath, before one of the Barons of the Exchequer, a Roll, called the Comptrollers Roll, containing an Account of all the Gold and Silver Bullion, and Alloy molten, and all Gold and Silver Monies coined monthly in the Mint.

And the Master, or his Deputy, shall pay to such Workmen, as shall be employed in making of several Gold and Silver Pieces round, before they are sized, and marking the Edges with Letters or Grainings, and for keeping in Repair all the Rollers and Instruments to cut, flatten, make round,

Der Aufseher, Meister und Controleur, und ihre Deputirten sollen, ehe sie zu der Kenntnifs der Erfindung zugelassen werden, wie Seiner Majestät Münzen gerundet, und am Rande mit Buchstaben versehen oder gerändert werden, einen Eid vor der Schatzkammer ablegen, dieselbe niemanden, unmittelbar oder mittelbar, ohne Seiner Majestät, deren Erben oder Nachfolger Befehl zu entdecken: und die bei Verfertigung der besagten Instrumente angewandten Werkleute sollen den nämlichen Eid vor dem Aufseher der Münze leisten.

Der Vorsteher und die Münzer, ihre Lehrlinge und Diener sind streng angewiesen, kein Stück gemünzten Geldes zu verhandeln, auszuzahlen oder auszutheilen, bevor dasselbe abgeliefert ist, in Gemäfsheit der Münzordnung, bei Strafe des Verlustes ihrer Freiheit, und Gefängnisses.

Dafs Niemand innerhalb der Münze wohnen soll, ohne die Bewilligung des Aufsehers, Meisters und Controleurs.

Der Controleur soll, auf seinen Eid, vor einem der Barone der Schatzkammer eine Liste, genannt des Controleurs Liste, abliefern, welche eine Angabe alles rohen Goldes und Silbers, und des zugeschmolznen Zusatzes, und alles monatlich in der Münze gemünzten Gold- und Silber-Geldes enthält.

Und der Meister oder sein Deputirter soll denjenigen Werkleuten, welche angewandt werden, die verschiednen Gold- und Silber-Stücke abzurunden, bevor sie justirt werden, und sie am Rande mit Buchstaben zu versehen oder zu rändern, und die Walzen und Instrumente zum Schneiden, Plätten,

and size the Pieces, and to mark the Edges of the Monies with Letters or Grainings, and all other Tools, Engines and Instruments, such Allowances as shall be directed by the Treasury, not exceeding 6^d for every Pound Weight Troy of Gold Monies, and $1\frac{1}{2}^d$ for every Pound Weight Troy of Silver Monies.

The Master is to pay to the Provost and Company of Moniers 1^d by Tale, for every Pound Weight of all Silver Monies to be coined, over and above the ordinar Price of 8^d allowed them.

Provided that the Moniers, having the Gold and Silver delivered to them in clean Ingots, fit to be wrought, shall deliver seven-twelfths of the same in Money, so that there be but 5 Parts in 12 Scissel.

The Clerk of the Irons is to keep a true Account of all the blank Dies for coining the Gold and Silver Monies which shall be delivered to the chief Engraver or Engravers of the Mint; and also of all the blank Dies, which shall be sunk or stamped by the said Graver or Gravers; and of all Dies, which, after sinking, shall be made fit for Use and hardened.

And the Graver or Gravers are strictly enjoined to return monthly to the Clerk of the Irons, all Dies that shall from Time to Time be faulty and worn, to

Abründen, und Justiren der Stücke und zum Bezeichnen der Rände mit Buchstaben oder dem Rändern derselben, und alle andere Werkzeuge, Maschinen und Instrumente in Stand zu erhalten, denjenigen Lohn zahlen, welchen die Schatzkammer bestimmen wird, nicht über 6 Pence für jedes Pfund Troy-Gewicht Goldmünzen und $1\frac{1}{2}$ Pence für jedes Pfund Troy-Gewicht Silbermünzen.

Der Meister soll dem Vorsteher und der Gesellschaft der Münzer 1 Penny der Zahl nach von jedem Pfund Gewicht der zu prägenden Silbermünzen ausser und neben dem ihnen bewilligten gewöhnlichen Preise von 8 Pence zahlen.

Wird verfügt, daſs die Münzer, welchen das Gold und Silber in reinen zum Verarbeiten geeigneten Barren geliefert wird, sieben Zwölftheile desselben in Münze liefern sollen, so daſs nur fünf Zwölftheile unverarbeitet bleiben.

Der Stempelschreiber soll eine getreue Aufzeichnung aller leeren Stempel zur Ausprägung von Gold- und Silber-Münzen, welche dem Ober-Stempelschneider oder den Stempelschneidern der Münze abgeliefert werden, und eben so aller leeren Stempel, welche durch den oder die besagten Stempelschneider geschnitten oder mit dem Stempel werden versehen werden sollen, und der Stempel, welche, nachdem sie geschnitten sind, werden zum Gebrauch fertig gemacht und gehärtet werden halten.

Und der oder die Stempelschneider sind streng beauftragt, dem Stempelschreiber monatlich alle Stempel zurückzugeben, welche von Zeit zu Zeit

be defaced in Presence of the Wardens, Master, and Comptroller.

And the Clerk of the Irons is enjoined to give an Account to the Warden, Master, and Comptroller, of what blank Dies have been delivered to the Gravers, or sunk by them, or hardened by the Smith, and what faulty ones have been returned by them to be defaced, and what are remaining in their Hands.

The Gravers shall not make any Puncheons, Matrices, Dies or Stamps, but in such Places of the Mint as shall be appointed by the Master, Warden, and Comptroller.

For the more exact sizing of Gold and Silver Coins, to be made by the Mill and Prefs, it is commanded, that the Counterpoise of the respective Gold and Silver Coins be made lighter than their just Weight, according to the Proportions following, viz.

That two Grains be taken from the Counterpoise of the Crown;
One Grain from the Half Crown;
Half a Grain from the shilling;
One-Fourth of a Grain from the six-pence;
Two Grains from the Five Guinea Piece;
One Grain from the 42 Shilling Piece;
Half a Grain from the Guinea;
One-Fourth of a Grain from the Half Guinea;
One-Eighth of a Grain from the Quarter-Guinea.

fehlerhaft und abgenutzt werden, damit sie in Gegenwart der Aufseher, Meisters und Controleurs zerstört werden.

Und der Stempelschreiber ist beauftragt, dem Aufseher, Meister und Controleur eine Anzeige von den leeren Stempeln zu geben, welche den Stempelschneidern geliefert oder von ihnen geschnitten, oder von dem Schmidt gehärtet worden sind, und welche, als fehlerhaft, von ihnen zur Zerstörung zurückgegeben, und welche noch in ihren Händen befindlich sind.

Die Stempelschneider sollen keine Münzstempel oder Matrizen verfertigen, ausser an den Plätzen der Münze, welche ihnen von dem Meister, Aufseher und Controleur angewiesen werden.

Zu genauerer Justirung der Gold- und Silber-Münzen, welche durch die Mühle nud Presse verfertigt werden sollen, wird befohlen, dafs das Gegengewicht der respectiven Gold- und Silbermünzen leichter als ihr rechtes Gewicht gemacht werde, nach den folgenden Verhältnissen, nämlich:

Dafs zwei Gran von dem Gegengewicht der Krone genommen werden;

Ein Gran von der Halben Krone;

Ein halber Gran von dem Schilling;

Ein Viertheil eines Gran von dem Sixpence;

Zwei Gran von dem Fünf Guineen-Stück;

Ein Gran von dem 42 Schilling Stück;

Ein halber Gran von der Guinee;

Ein Viertheil eines Gran von der Halben Guinee;

Ein Achttheil eines Gran von der Viertheil Guinee.

The Provost and Moniers, and their Apprentices, are to attend Morning and Evening, in such Manner as the Master shall appoint, on Pain of being removed, or otherwise punished, as the Master, Warden, and Comptroller shall think proper.

These Agreements to be in Force only during his Majesty's Pleasure.

Fees and Salaries payable by the Warden.

	L.	S.
To the Warden for himself . . .	400.	—
More for a Clerk	50.	—
To the Comptroller	300.	—
More for a Clerk	50.	—
To his Majesty's Assay-Master . .	200.	—
More for a Clerk	25.	—
Weigher and Teller	130.	—
More for a Clerk	12.	10
Surveyor of the Meltings	80.	—
More for a Clerk	12.	10
Clerk of the Irons	40.	—
Auditor of the Mint	40.	—
His Majesty's Chief Clerk	60.	—
Porter of the Mint	25.	—
Clerk of the Papers	40.	—
Minister	4.	—
Sexton , ...	1.	—
	L. 1470.	—

Der Vorsteher und die Münzer und ihre Lehrlinge sollen Morgens und Abends sich einfinden, in der Weise wie der Meister es bestimmen wird, bei Strafe der Remotion, oder andrer Strafe, wie der Meister, Aufseher und Controleur es geeignet halten werden.

Diese Bestimmungen sollen nur so lange in Kraft bleiben, als Seiner Majestät gefällt.

Gebühren und Gehalte, welche von dem Aufseher gezahlt werden.

	Pfd.	Sch.
Dem Aufseher für ihn selbsten . .	400.	—
Ferner für einen Schreiber . . .	50.	—
Dem Controleur	300.	—
Ferner für einen Schreiber . . .	50.	—
Seiner Majestät Münzwardein . . .	200.	—
Ferner für einen Schreiber . . .	25.	—
Wieger und Zähler	130.	—
Ferner für einen Schreiber . . .	12.	10
Aufseher bei dem Schmelzen . . .	80.	—
Ferner für einen Schreiber . . .	12.	10
Stempelschreiber	40.	—
Auditor der Münze	40.	—
Seiner Majestät Ober-Schreiber . .	60.	—
Pförtner der Münze	25.	—
Schreiber der Papiere	40.	—
Geistlicher	4.	—
Küster	1.	—
Pfd.	1470.	—

Fees and Salaries payable by the Master.

	L.	S.
Master and Worker for himself . .	500.	—
For three Clerks	150.	—
For one Assayer	60.	—
For a Purveyor	25.	—
Provost of the Moniers	100.	—
Chief Engraver	200.	—
Second Engraver	80.	—
Smith-assistant to the Engravers .	40.	—
To another Clerk to the Warden .	100.	—
	L. 1255.	—
	1470.	—
	L. 2725.	—

Gebühren und Gehalte, welche von dem Meister gezahlt werden.

	Pfd.	Sch.
Meister und Arbeiter für ihn selbsten	500.	—
Für drei Schreiber	150.	—
Für einen Probirer	60.	—
Für einen Schaffner	25.	—
Vorsteher der Münzer	100.	—
Ober-Stempelschneider	200.	—
Zweiter Stempelschneider	80.	—
Schmidt, welcher die Stempelschneider unterstützt	40.	—
Einem andern Schreiber für den Aufseher	100.	—
Pfd.	1255.	—
	1470.	—
Pfd.	2725.	—

Anmerkungen zu den bei vorstehender Urkunde angebrachten Notenziffern.

Zur Notenziffer 1, Seite 399.

Das Pfundgewicht bestehet aus 5760 Grains.
Das Stück von $10\frac{1}{2}$ Sch. wiegt also $\frac{5760}{89} = 64\frac{64}{89}$ Grains.
Zu 44 ganzen Guineen werden gebraucht
$5760 - 64\frac{64}{89}$. Hierdurch bestimmt sich das Gewicht der ganzen Guineen zu $2 \times 64\frac{64}{89}$ oder $129\frac{39}{89}$ Grains.
Der ganzen Guincen
$44\frac{1}{2}$ Stück wiegen ein engl. Troy-Pfund; denn

$$(5760 - 64\tfrac{64}{89}) : 44 = 5760 : 44\tfrac{1}{2}.$$

Da $44\frac{1}{2}$ Stück Guineen des äufsern Werths von 21 Schillingen ein englisches Pfund wiegen: so haben — zufolge des Art. XI. der in mehrern Hinsichten sehr merkwürdigen, weiter unten folgenden Acte vom 22. Juni 1816 —
$46\frac{725}{1000}\big|\frac{29}{40}$ Stück der jetzt zu 20 Schillinge äussern Werths gemünzt werdenden Sovereign ein engl. Pfund zu wiegen; denn

$$44\tfrac{1}{2} \times 21 = 934\tfrac{1}{2} \text{ Sch.}$$
$$46\tfrac{29}{40} \times 20 = 934\tfrac{1}{2}$$

was mit den Sovereigns sowohl als mit den Guineen die Unze Standard Gold ausbringt für 3 Liv. 17 Sch. $10\frac{1}{2}$ P. Sterling, weil $\frac{934\frac{1}{2}}{12} = 77\frac{7}{8}$.

Auf Angaben der französischen Münzverwaltung beruhend ist, S. 68—69 des *Annuaire pour l'An* 1827, *présenté au Roi par le Bureau des Longitudes*, hier sachdienlich aufzunehmen, unter der Ueberschrift *Valeur au Pair des monnaies*, zu lesen:

„Le pair de monnaies est ce qu'il y a de plus important à connaître dans les opérations du change; il est la clef de tout système monétaire, et ce n'est que par lui qu'on peut résoudre toutes les questions de finance et de commerce, qui ont pour objet l'appréciation des valeurs. Dès l'instant où ce pair est établi, il est aisé, par un calcul très simple,

de convertir en monnaie d'un pays, une somme quelconque exprimée en monnaie étrangère et réciproquement.

Cette conversion résulte de la comparaison exacte du titre, du poids légal et de la valeur intrinsèque de l'unité monétaire d'un pays, avec le titre, le poids légal et la valeur intrinsèque de l'unité monétaire d'un autre pays.

Nous rendrons ceci plus sensible par un exemple.

Supposons qu'on veuille savoir ce que le nouveau Souverain d'or d'Angleterre, de la valeur de 20 schellings, vaut en nouvelle monnaie d'or de France? Le titre légal de ce souverain est 0,917 (eigentlich 22 Karat, d. i. $\frac{916\frac{2}{3}}{1000}$), le poids de 7 gr., 980855; cette pièce contient en matière pure 7 gr. 318444035.

La pièce de 20 francs de France est au titre légal de 0,900, elle est du poids de 6 gr., 45161; elle contient en matière pure 5 gr., 806449; on fera la proportion suivante: 5,806449 : 20 fr. :: 7,318444035 : x = 25 f., 2079.

Donc le souverain d'Angleterre vaut 25 fr. 20c, et $\frac{79}{100}$ d'argent de France."

Das nämliche Resultat berechnet sich auch, nahe genug, nach unsern bisherigen Angaben, wie folgt.

Wie viele Franken und Centimen ist, in französischem Goldgeld, werth		1 engl. Sovereign, da
$46\frac{29}{40}$ bei vollständig gesetzmäſsiger Münzung wiegen		1 engl. troyisch. Pfund wovon
633 das nämliche Gewicht haben, wie		236 franz. Kilogr., deren
1 bestehet aus		1000 Grammen, welche
1000 Grammen, zufolge obiger franz. Angabe, an ganz feinem Gold enthalten		917 Gram., aus deren
900 zu verfertigen sind		155 Goldstücke des äussern Werths von 20 Franken?

Facit 25 Franken $20\frac{27}{100}$ Centimen.

Zu Ziffer 2, S. 401.

Es sollen aus dem Pfunde verfertigt werden 22 Stück dopp. Guineen und auch ein Stück von einer halben Guinee des Werths von 10 Sch. 6 P.

Demnach hat die doppelte Guinee zu wiegen $\frac{5760 - 64\frac{64}{89}}{22}$, das ist $258\frac{78}{89}$ Grains oder so viel als vier halbe Guineen, nämlich: $4 \times 64\frac{64}{89}$.

Der doppelten Guineen $22\frac{1}{4}$ Stück wiegen also ein engl. Troy-Pfund; denn $(5760 - 64\frac{64}{89}) : 22 = 5760 : 22\frac{1}{4}$.

Zu Ziffer 3, S. 401.

Es sollen 9 Fünfguineen-Stücke wiegen $5760 + 64\frac{64}{89}$ und also das einzelne Fünfguineen-Stück $647\frac{17}{89}$ Grains, das ist $5 \times 126\frac{32}{89}$, mithin so viel als 5 einfache Guineen.

Der Fünfguineen-Stücke $8\frac{9}{10}$ Stück wiegen folglich ein engl. Troy-Pfund; denn $(5760 + 64\frac{64}{89}) : 9 = 5760 : 8\frac{9}{10}$.

Zu Ziffer 4, S. 401.

Es betragen $44\frac{1}{2}$ Guineen zu dem, oben sub 3 ausgedrückten, äussern Werth von 21 Sch. die hier erwähnten 46 Liv. 14 Sch. 6 P. Von daher resultirt der Preis von $77\frac{7}{8}$ Schillinge oder 3 L. 17 Sch. $10\frac{1}{2}$ P. für die Unze Standard (d. i. 22 Karat fein haltenden) Golds; denn das Pfund bestehet aus 12 Unzen und 46 Liv. 14 Sch. 6 P. oder Schillinge $\frac{934\frac{1}{2}}{12} = 77\frac{7}{8}$ Schillinge.

Zu Ziffer 5, S. 401.

Hiernach sollen die Guineen aus der $\frac{22}{24}$tel oder $\frac{11}{12}$tel, d. i. $\frac{916\frac{2}{3}}{1000}$ fein haltenden Goldgattung verfer-

tigt werden und $48\frac{6}{11}$ Stück Guineen ein engl. Troy-Pfund ganz feinen Goldes enthalten; denn

$$22 : 24 = 44\tfrac{1}{2} : 48\tfrac{6}{11}.$$

Und da $48\frac{6}{11}$ Stück Guineen zu 21 Schillinge fürs Stück betragen 50 Liv. Sterl. $19\frac{5}{11}$ Schillinge: so wird für soviel ausgebracht das engl. Troy-Pfund ganz feinen Golds.

Zu Ziffer 6, S. 401.

Ein Pfund Standard Gold liefert, gemäſs oben, $44\frac{1}{2}$ Guineen, welche zum äuſsern Werth von 21 Schillingen ausmachen $934\frac{1}{2}$ Schillinge. Die vorbemerkten 6 Sch. 6 P. betragen also $\frac{1300}{1869}$ oder circa $\frac{69}{100}$ Procent von den Ausmünzungen, und zwar $\frac{700}{1869}$ oder c.ª $\frac{37}{100}$ Procent für den Münzmeister und $\frac{600}{1869}$ oder $\frac{200}{623}$, das ist c.ª $\frac{32}{100}$ Procent für der Münzer Arbeitslohn; denn

$$934\tfrac{1}{2} : 6\tfrac{1}{2} = 100 : \tfrac{1300}{1869}.$$
$$934\tfrac{1}{2} : 3\tfrac{1}{2} = 100 : \tfrac{700}{1869}.$$
$$934\tfrac{1}{2} : 3 = 100 : \tfrac{600}{1869}.$$

Zu Ziffer 7, S. 403.

Da gemäſs der obigen Note Ziffer 1, $44\frac{1}{2}$ Stück einfache Guineen ein aus 5760 Grains bestehendes englisches Troy-Pfund wiegen: so wiegt die einzelne Guinee $\frac{5760}{44\frac{1}{2}} = 129\frac{438}{1000}$ Grains.

Bei dem in der obigen Note Ziffer 5 erwähnten Feingehalt des englischen Goldgelds von 22 Karat (d. i. nach französischer Bezeichnungsweise von $\frac{916\frac{2}{3}}{1000}$ fein) enthält, vollständig gesetzmäſsig ausgemünzt, die einfache Guinee $118\frac{651}{1000}$ Grains feinen Golds; denn

$$24 : 22 = 129\tfrac{438}{1000} : 118\tfrac{651}{1000}.$$

Wenn für Remedien an Schrot und Korn soviel als der 6te Theil eines Karats in einem Pfunde beträgt, zusammen genommen, nachgesehen wird: so stellt sich der einfachen Guineen Inhalt an feinem Gold heraus zu $117\frac{753}{1000}$ Grains; denn

$$24 : 21\tfrac{5}{6} = 129\tfrac{438}{1000} : 117\tfrac{753}{1000}.$$

Diesemnach mufs die Guinee, wenn das Gold, woraus sie verfertigt ist, statt $21\frac{5}{6}$ Karat oder $\frac{909\frac{13}{18}}{1000}$ fein, vollständig gesetzmäfsig 22 Karat oder $\frac{916\frac{2}{3}}{1000}$ fein enthält, und hingegen alles, was dabei für Remedien gestattet ist, nur allein an derselben, vorbemerktem, gesetzlichem Schrot von

$129\frac{438}{1000}$ Grän ermangelt, wiegen
$128\frac{458}{1000}$ Gräns; denn diese betragen, zu 22 Karat fein, die erwähnten
$117\frac{753}{1000}$ Grän feinen Golds;

$$24 : 22 = 128\tfrac{458}{1000} : 117\tfrac{753}{1000}.$$

Weil aber die, hiermit beschriebene, Gestattung von Remedien, wie beiläufig am Ende des hier im Abdruck vorliegenden Vertrags des Königs mit dem Münzmeister zu ersehen ist, u. a. noch dadurch sich extendirt findet, dafs darneben ein Gewichtsmangel von $\frac{1}{2}$ Grain bei der Schwere der Guinee übersehen werden soll: so erklärt die auch hiermit beigebracht werdende Bekanntmachung, ausgegangen am 1 July 1817 von dem damaligen Prinzen Regent, die Guinee bei dem Gewicht von

5 Pennyweights 8 Grain, oder
128 Grains, für des Umlaufs fähig. Der also remediirten Guineen haben netto 45 Stück ein englisches Pfund zu wiegen; denn

$$\frac{5760}{128} = 45,$$

und bei dem Gehalt von 22 Karat fein enthält das einzelne Stück derselben

$117\frac{1}{3}$ Gewichts-Grains feinen Golds; da

$$24 : 22 = 128 : 117\tfrac{1}{3}.$$

Zu Ziffer 8, S. 403.

12 Kronenstücke, jede Krone zu 5 Schillinge gerechnet,

und 2 einzelne Schillingsstücke sollen ein Pfund wiegen, also soll wiegen 1 Krone $\frac{5760}{12\frac{2}{5}} = 464\frac{16}{31}$ Grains.

24 halbe Kronenstücke, wovon jedes $2\frac{1}{2}$ Schillinge gilt, und 2 einzelne Schillingsstücke sollen ebenfalls ein Pfund wiegen, mithin jede halbe Krone $\frac{5760}{24\frac{4}{5}} = 232\frac{8}{31}$ Grains.

62 Schillingsstücke sollen ein Pfund schwer seyn, also jedes Stück $\frac{5760}{62} = 92\frac{28}{31}$ Grains

oder

$\frac{464\frac{16}{31}}{5} = 92\frac{8}{31}$ Grains.

Zu Ziffer 9, S. 403.

Da die Unze in 20 Pfenniggewicht (Pennyweights) zerfällt und das Pfund aus 12 Unzen, mithin aus 240 Pfenniggewicht, bestehet, so betragen 11 Unzen 2 Pfenniggewicht $\frac{222}{240}$ Pfund. Folglich ist der gesetzliche Gehalt des englischen Silbergelds $\frac{111}{120}$ oder $\frac{925}{1000}$ fein. Und bei dem Ausbringen von $\frac{111}{120}$ ℔ feinen Silbers für 62 Schillinge wird das vollständige ℔ feinen Silbers ausgebracht für $67\frac{3}{111}$ Schillinge.

Zu Ziffer 10, S. 405.

Ein Pfund Standard Silber liefert, gemäfs oben, 62 Schillinge, welche zu 12 Pfg. ausmachen 744 Pfennige. Die vorbemerkten 1 Sch. $4\frac{1}{2}$ Pfg. oder $16\frac{1}{2}$ Pfg., wovon 8 für die Münzarbeiter und folglich $8\frac{1}{2}$ für den Münzmeister bestimmt sind, betragen also $2\frac{27}{124}$ (circa $2\frac{22}{100}$) Procent von den Ausmünzungen und zwar $1\frac{7}{93}$ (c^a^ $1\frac{8}{100}$) Procent für der Münzer Arbeitslohn und $1\frac{53}{372}$ (circa $1\frac{14}{100}$) Procent für den Münzmeister; denn

$744 : 16\frac{1}{2} = 100 : 2\frac{27}{124}$.
$744 : 8 = 100 : 1\frac{7}{93}$.
$744 : 8\frac{1}{2} = 100 : 1\frac{53}{372}$.

Wenn, wie weiter unten vorkommt, der Münzmeister dem Vorgesetzten und der Gesellschaft der Münzer 1 Pfennig nach der Zahl von einem jeden Pfundgewicht

aller Silbergelder, die zu prägen sind, über den ordentlichen Preis von 8. Pfg., der ihnen bewilligt worden, bezahlt: so zerfallen die vorbemerkten

$2\frac{27}{124}$ (c^a $2\frac{22}{100}$) Procent in

$1\frac{13}{62}$ (c^a $1\frac{21}{100}$) Proc. für der Münzer Arbeitslohn und

$1\frac{1}{124}$ (c^a $1\frac{1}{100}$) Proc. für den Münzmeister; denn

$$744 : 9 = 100 : 1\tfrac{13}{62}.$$

$$744 : 7\tfrac{1}{2} = 100 : 1\tfrac{1}{124}.$$

Zu Ziffer 11, S. 405.

Die Krone wiegt, (gemäfs zunächst vorstehend sub 3) $464\frac{16}{31}$ Grains, und davon bestehen, zufolge der vorstehend sub 8 beigefügten Erklärung des Gehalts zu $\frac{111}{120}$ fein, $429\frac{21}{31}$ Grains aus ganz feinem Silber; denn

$$120 : 111 = 464\tfrac{16}{31} : 429\tfrac{21}{31}.$$

Das vorstehend erwähnte Remedium von 2 Pfg. Gewicht beträgt $\frac{2}{240}$ oder $\frac{1}{120}$ des Gehalts, und bei Abkürzung dieses Remediums enthält die Krone $425\frac{25}{31}$ Grains; denn

$$12 : 11 = 464\tfrac{16}{31} : 425\tfrac{25}{31}.$$

Zu Ziffer 12. S. 407.

Es wird hier am schicklichen Ort zu bemerken seyn, dafs unter der Tiegelprobe, welche auch Schöpfprobe genannt zu werden pflegt, diejenige Art des Probirens gemeint ist, wo die Probe von heifs-fliefsendem Metall aus dem Tiegel genommen wird, und nicht lediglich von Aushieben oder Scherben aus nicht mehr im Tiegel befindlichem edlem Metall. Letztre Probe ist unzweifelbar oben, wo von Probirung, nachdem der Topf bereits ausgegossen, die Rede ist, gemeint.

Zu Ziffer 13. S. 407.

Diese Uebersetzung ist dem Englischen Texte gemäfs. Der Zusammenhang scheint indefs an dieser Stelle

das Wörtchen «nicht» zu erfordern. Indem in dem weiteren Inhalte dieses Münzvertrags ausdrücklich enthalten ist, daſs das in den Tower gebrachte Gold und Silber zu dem Werthe anzunehmen sey, wie sich bei der Probe ergebe, daſs es besser oder schlechter sey, als der Münzfuſs, — ist zugleich entschieden ausgesprochen, daſs die Kosten, dasselbe dem Münzfuſse gleich zu machen, nicht von dem König, sondern von der das Metall in die Münze liefernden Person zu tragen sind.

B.

ANNO QUINQUAGESIMO SEXTO

GEORGII III. REGIS.

Cap. 68.[1])

An Act to provide for a New Silver Coinage, and to regulate the Currency of the Gold and Silver Coin of this Realm. (22^d *June* 1816.)

Whereas the Silver Coins of the Realm have, by long use and other Circumstances, become greatly diminished in Number and deteriorated in Value, so as not to be sufficient for the Payments required in Dealings under the Value of the Current Gold Coins, by Reason whereof a great Quantity of Light and Counterfeit Silver Coin and Foreign Coin has been introduced into Circulation within this Realm; and the Evils resulting therefrom can only be remedied by a new Coinage of Silver Money, to be made and issued under proper Regulations for maintaining its Value and preserving the

1) Entnommen aus einem besondern, London 1816, bei Georg Eyre und Andreas Strahan, Königlichen Druckern, erschienenen Abdruck.

B.

Im sechs und fünfzigsten Jahre

Königs Georg III.

Kap. 68.

Acte zu Anordnung einer neuen Silber-Münzung, und Regulirung des Umlaufs von Gold- und Silber-Münzen in diesem Königreich.

(22. *Juni* 1816.)

Nachdem die Silbermünzen des Königreichs durch langen Gebrauch und andre Umstände sehr in der Zahl vermindert und im Werth verringert worden sind, so dafs sie nicht für die im Verkehr unter dem Werthe der umlaufenden Goldmünzen erforderlichen Zahlungen hinreichen, aus welchem Anlasse eine grofse Menge leichter und nachgemachter Silbermünzen und fremder Münzen innerhalb dieses Königreichs in Circulation gebracht worden ist; — und den daraus entstehenden Uebeln nur durch eine neue Ausmünzung von Silbermünze, in Gemäfsheit von Vorschriften, die geeignet sind, ihren Werth aufrecht zu halten und sie im Umlauf zu bewahren, abgeholfen werden kann; So wird verordnet durch des Königs Majestät, durch und mit

same in Circulation; be it therefore enacted by the King's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, That from and after the passing of this Act, so much of an Act made in the Eighteenth Year of the Reign of His late Majesty King *Charles* the Second, intituled *An Act for encouraging of Coinage*, and also so much of all and every other Act and Acts as provide and enact that whatsoever Person or Persons, Native or Foreigner, Alien or Stranger, should bring any Foreign Coin, Plate or Bullion of Silver, in mafs, molten, or alloyed, or any Sort of Manufacture of Silver, into His Majesty's Mint or Mints within the Kingdom of *England*, to be there melted down and coined into the Current Coins of this Kingdom, should have the same there assayed, melted down, and coined with all convenient Speed, without any Defalcation, Diminution, or Charge, for the Assaying, Coinage, or Waste in Coinage, so as that for every Pound Troy of Sterling or Standard Silver that should be brought in and delivered by him or them to be assayed, melted down, and coined as aforesaid, there should be delivered out to him or them respectively, a Pound Troy of the Current Coins of this Kingdom, of Sterling or Standard Silver, and so proportionably for a greater or lesser Weight, or more or lefs, in Proportion to the Excefs or Deficiency in Finenefs of any such Bullion, shall be and the same is and are hereby repealed.

18 Car. 2. c. 5. as to coining Silver brought to the Mint without Charge, repealed.

Rath und Beistimmung der Geistlichen und Weltlichen Lords, und der Gemeinen, in diesem gegenwärtigen Parlament versammelt, und durch die Autorität derselben, Dafs, von und nach Durchgang dieser Acte, die Disposition einer in dem achtzehnten Jahr der Regierung Seiner Majestät weiland Königs Karl II, errichteten Acte, überschrieben « Eine « Acte zu Beförderung der Geldmünzung, » und aller und jeder andern Acte und Acten,

18. Car. 2, c. 5. Ausmünzung des in die Münze gebrachten Silbers ohne Kosten btr., aufgehoben.

die verfügen und verordnen, dafs fremde Münzen, Silberzeug, oder unverarbeitetes Silber, in Masse, geschmolzen, oder legirt, oder irgend Silber-Geräthe, welche von Eingebohrnen, Auswärtigen oder Fremden in Seiner Majestät Münze oder Münzen in dem Königreich England gebracht werden, um dort eingeschmolzen und in currente Münzen dieses Königreichs gemünzt zu werden, daselbst mit angemessener Beschleunigung probirt, eingeschmolzen, und ausgemünzt werden sollen, ohne irgend Abzug, Verringrung oder Kosten für das Probiren, Ausmünzen, oder den Verlust bei dem Ausmünzen, so dafs für jedes Troy-Pfund Sterling oder dem Münzfufs gemäfsen Silbers, welches dahin gebracht oder geliefert würde, um, wie vorbesagt, probirt, eingeschmolzen, und gemünzt zu werden, ein Troy-Pfund currenter Münzen dieses Königreichs von Sterling oder dem Münzfufs gemäfsem Silber, und so verhältnifsmäfsig für ein gröfseres oder geringeres Gewicht, oder mehr oder weniger, im Verhältnifs zu der gröfseren oder geringern Feinheit solchen unverarbeiteten Silbers, zurückgeliefert werden soll, »

7 et 8 W. 3. c. 1. as to Weight and Fineness of Silver Coin, under Mint Indenture, and so much of 14 G. 3. c. 42. as requires 62 Shillings to the Pound Troy of Silver, repealed.

II. And be it further enacted, That so much of an Act made in the Seventh and Eighth Years of the Reign of His late Majesty King *William* the Third, intituled *An Act for remedying the ill State of the Coin of the Kingdom;* and also so much of all and every other Act and Acts as declare, enact, or provide, that the Weight and Fineneſs prescribed by any Indenture theretofore made with His Majesty's Master and Worker for making of Silver Monies at the Tower of *London,* shall be and remain to be the Standard of and for the lawful Silver Coin of the Kingdom; and also so much of an Act made in the Fourteenth Year of His present Majesty's Reign, intituled *An Act to prohibit the Importation of Light Silver Coin of this Realm from foreign Countries into* Great Britain *or* Ireland, *and to restrain the Tender thereof beyond a certain Sum,* as enacts that any Silver Coin of the Realm, leſs in Weight than after the Rate of Sixty-two Shillings for every Pound Troy, shall be forfeited; and of any Act or Acts for reviving or continuing or making perpetual the Provisions of the said last recited Act in this respect, shall, from and after the passing of this Act, be and the same is and are hereby repealed.

38 G. 3. c. 59. prohibiting Silver Coinage, repealed.

III. And whereas by an Act made in the Thirty-eighth Year of His present Majesty's Reign, inti-

— hiermit aufgehoben seyn sollen, und aufgehoben ist und sind.

II. Und wird ferner verordnet, dafs die Disposition einer in dem siebenten und achten Jahre der Regierung Seiner Majestät weiland Königs Wilhelm III. errichteten Acte, überschrieben: « Eine Acte zu Abhülfe des übeln Zustandes der Münze des Königreichs, » und gleichfalls aller und jeder andern Acte und Acten, 7. u. 8. W. 3. c. 1. Gewicht und Feinheit der Silber-Münze nach dem Münzvertrag betr., und die Disposition von 14 G. 3. c. 42., welche 62 Schilling auf das Troypfund Silber erfordert, aufgehoben.

welche erklären, verordnen oder verfügen, dafs das früher in irgend einem mit Seiner Majestät Meister und Arbeiter, zu Verfertigung von Silbermünzen im Tower zu London, vorgeschriebne Gewicht und Feinheit der Münzfufs des gesetzlichen Silbergeldes des Königreichs seyn und bleiben solle; und gleichfalls einer in dem vierzehnten Jahre Seiner gegenwärtigen Majestät Regierung errichteten Acte, überschrieben

« Eine Acte zu Verhindrung der Einfuhr leichten Silbergeldes dieses Königreichs aus fremden Ländern, nach Grofsbritannien oder Irland, und zu Beschränkung der Zahlung damit, über eine gewisse Summe », welche verordnet, dafs alles Silbergeld des Königreichs, welches im Gewicht geringer ist, als nach dem Maasstabe von 62 Schilling für jedes Troy-Pfund, verwirkt seyn solle,

und jeder Acte oder Acten, welche die Verfügungen der besagten letzterwähnten Acte in dieser Hinsicht erneuern oder fortsetzen oder ihre Dauer erstrecken, von und nach Durchgang dieser Acte aufgehoben seyn sollen, und anmit aufgehoben ist und sind.

III. Und nachdem durch eine in dem acht und dreifsigsten Jahre der Regierung Seiner gegenwär- 38. G. 3. c. 59., welche Ausmünzung von Silber verbietet, aufgehoben.

tuled *An Act to revive and continue, until the First Day of* January *One thousand seven hundred and ninety-nine, an Act passed in the Fourteenth Year of the Reign of His present Majesty, Chapter forty-two; videlicet, on the Thirteenth Day of* January *One thousand seven hundred and seventy-four, intituled „An Act to prohibit the Importation of Light Silver Coin of this Realm from „foreign Countries into* Great Britain *or* Ireland, *and to restrain the Tender thereof beyond a certain Sum," and to suspend the coining of Silver,* after reciting that His Majesty had appointed a Committee of His Privy Council to take into Consideration the State of the Coin of this Kingdom, and the present Establishment and Constitution of His Majesty's Mint, and that Inconvenience might arise from any Coinage of Silver until such Regulations might be framed as should appear necessary, and that from the then low Price of Silver Bullion, owing to temporary Circumstances, a small Quantity of Silver Bullion had been brought to the Mint to be coined, and that there was reason to suppose that a still further Quantity might be brought, and that it was therefore necessary to suspend the Coinage of Silver for the present, it was enacted, that from and after the passing of the said Act, no Silver Bullion should be coined at the Mint, nor should any Silver Coin that might have been coined there be delivered, any Law to the contrary in anywise notwithstanding: And whereas Regulations with respect to a

tigen Majestät errichtete Acte, überschrieben « Eine Acte zu Erneurung und Forsetzung, bis zu dem 1. Januar 1799, einer in dem 14ten Jahre der Regierung Seiner gegenwärtigen Majestät durchgegangnen Acte, Kap. 42., nämlich am 13. Januar 1774, überschrieben: « Eine Acte zu Verhindrung der Einfuhr leichten Silbergeldes dieses Königreichs aus fremden Ländern nach Groſsbritannien oder Irland, und zu Beschränkung der Zahlung damit, über eine gewisse Summe », und zu Suspendirung der Ausmünzung von Silber », — nach Erwähnung, daſs Seine Majestät aus Ihrem Geheimen Rath eine Deputation niedergesetzt habe, um den Stand des Geldes dieses Königreichs und die gegenwärtige Einrichtung und Verfassung der Münze Seiner Majestät in Erwägung zu ziehen, und daſs aus Ausmünzung von Silber, bevor die nothwendig scheinenden Verfügungen getroffen wären, eine Inconvenienz entstehen könnte, und daſs wegen des damaligen, durch temporäre Verhältniſse veranlaſsten geringen Preises des unverarbeiteten Silbers eine kleine Quantität unverarbeiteten Silbers in die Münze zur Ausmünzung geliefert worden, und Grund zu der Voraussetzung vorhanden sey, daſs eine weitere Quantität geliefert werden möchte, und daſs es daher nöthig sey, die Ausmünzung von Silber gegenwärtig zu suspendiren, verordnet wurde, daſs von und nach Durchgang der besagten Acte kein unverarbeitetes Silber ausgemünzt noch das bereits gemünzte Silbergeld abgeliefert werden sollte, ohne Berücksichtigung irgend das Gegentheil verfügender Gesetze; Und nachdem Verfügungen

Coinage of Silver, cannot be carried into Effect by reason of the said Enactment in the said last recited Act; be it therefore enacted, That from and after the passing of this Act, so much of the said last recited Act as enacts that no Silver Bullion shall be coined at the Mint, and that no Silver Coin that may have been coined there shall be delivered, shall be and the same is hereby repealed.

The Pound Troy of Standard Silver, Eleven Ounces Two Pennyweights fine, etc. may be coined into 66 Shillings.

IV. And be it further enacted, That from and after the passing of this Act, it shall and may be lawful for His Majesty's Master and Worker of the Mint, at His Majesty's Mint in *London*, to coin or cause to be coined any Silver Bullion, which, at any Time before or after the passing of this Act, shall have been or shall be brought to or delivered or deposited at the said Mint, into Silver Coins of a Standard and Finenefs of Eleven Ounces Two Pennyweights of fine Silver, and Eighteen Pennyweights of Alloy in the Pound Troy, and in Weight after of the Rate of Sixty-six Shillings to every Pound Troy, whether the same be coined in Crowns, Half Crowns, Shillings or Sixpences, or Pieces of a lower Denomination; any Thing in any Act or Acts of Parliament in force in *Great Britain* or *Ireland* respectively, immediately before the passing of this Act, or any Thing in any Indenture with His Majesty's Master or Worker of the said Mint for the Time being, or any Law, Usage, or Custom whatsoever to the contrary thereof in anywise notwithstanding.

Old Silver Coin of the Realm brought to the Mint,

V. And be it further enacted, That from and after such Days and during such Period of Time

hinsichtlich einer Ausmünzung von Silber aus Anlafs der besagten Verordnung in der letzterwähnten Acte nicht ausgeführt werden können; So wird verordnet, dafs von und nach Durchgang dieser Acte die Disposition der letzterwähnten Acte, wonach kein Silber in der Münze ausgemünzt, und kein daselbst bereits gemünztes Silbergeld abgeliefert werden soll, aufgehoben seyn soll und anmit aufgehoben ist.

IV. Und wird ferner verordnet, Dafs von und nach Durchgang dieser Acte Seiner Majestät Münzmeister und Arbeiter befugt seyn soll und mag, in Seiner Majestät Münze zu London alles unverarbeitete Silber zu münzen oder münzen zu lassen, welches zu irgend einer Zeit vor oder nach Durchgang dieser Acte in die Münze gebracht oder geliefert oder niedergelegt worden seyn, oder werden wird, in Silbermünzen von dem Fufse und Feinheit von eilf Unzen zwei Penny Gewicht feinen Silbers und achtzehn Penny Gewicht Zusatz auf jedes Troy-Pfund, und im Gewicht zu 66 Sch. auf jedes Troy-Pfund, sie mögen nun in Kronen, Halbe Kronen, Schillinge oder Sixpence, oder Stücke von geringerer Benennung gemünzt werden; ohne Berücksichtigung dessen, was irgend in Grofsbritannien oder Irland bestehende Parlaments-Acte oder -Acten, vor Durchgang dieser Acte, oder Verträge mit Seiner Majestät jedesmaligem Münzmeister oder - Arbeiter, oder Gesetz, Gebrauch oder Observanz hiegegen enthalten.

Das Troypfund ausmünzbaren Silbers, eilf Unzen zwei Pennygewicht fein, u. s. w., kann in 66 Schilling gemünzt werden.

V. Und wird ferner verordnet, Dafs von und nach denjenigen Tagen und während derjenigen

Altes Silbergeld des Königreichs, welches in die Münze

may be exchanged for its full nominal Value in New Silver Coin.

as shall be named and appointed in and by any Proclamation or Proclamations which shall be made and issued for that Purpose, by or on Behalf of His Majesty, by and with the Advice of His Majesty's Privy Council, it shall and may be lawful for any Person or Persons to bring and deliver into the said Mint any Silver Coin of this Realm heretofore coined and current, which shall by any Officer or Officers of the Mint, to be appointed for that Purpose by the Master of the said Mint, be judged and deemed to be such Silver Coin of the Realm; and that there shall be delivered out from the said Mint, to every Person bringing in and delivering such Old Silver Coin a Sum in New Silver Coins, of Crowns, Half Crowns, Shillings, and Sixpences, to be coined pursuant to the Directions of this Act, equal to the Amount of the Silver Coins so brought in and delivered as aforesaid, according to the respective Denominations of such Silver Coins; so that every such Person shall have and receive a Sum of Money equal in its Denomination in the New Silver Coinage, to the Sum for which the Old Silver Coin brought in shall have passed, according to the Denomination thereof; and all such Old Silver Coin so to be brought and delivered into and received at the said Mint, shall from Time to Time be melted down and coined into New Silver Coins of this Realm, according to the Directions of this Act, respecting Money to be coined from any Silver Bullion brought into or deposited at the said Mint, in Manner aforesaid.

gebracht wird, darf für seinen vollen Nominalwerth in neues Silbergeld umgewechselt werden.

Zeit, welche benannt und bestimmt werden sollen in und durch eine Proclamation oder Proclamationen, welche zu diesem Endzweck von oder an Statt Seiner Majestät, durch und mit Rath Seiner Majestät geheimen Rathscollegii geschehen und ausgehen werden, es jedermannn frei stehen soll und mag, in die besagte Münze jedes hievor gemünzte und currente Silbergeld dieses Königreichs zu bringen und zu liefern, welches durch einen oder mehrere von dem Münzmeister hiermit beauftragte Münzbeamte für solches Silbergeld des Königreichs erachtet und gehalten werden wird; und daſs jeder Person, welche dahin solches altes Silbergeld bringt und liefert, aus der besagten Münze eine Summe in neuen Silbermünzen, von Kronen, halben Kronen, Schillingen und Sixpence, gemünzt in Gemäſsheit der Bestimmungen dieser Acte, dem Betrag der besagtermaſsen dahin gebrachten und gelieferten Silbermünzen, in Gemäſsheit des respectiven Nennwerths dieser Silbermünzen, gleichstehend, ausgeliefert werden soll; so daſs jede solche Person eine in ihrem Nennwerth nach der neuen Silber-Ausmünzung derjenigen Summe, wofür das alte eingelieferte Silbergeld, nach dem Nennwerth desselben, cursirte, gleichstehende Summe haben und erhalten wird; und alles dermaſsen in die besagte Münze gebrachte und gelieferte und daselbst in Empfang genommne alte Silbergeld soll von Zeit zu Zeit eingeschmolzen und in neue Silbermünzen dieses Königreichs ausgemünzt werden, nach den Bestimmungen dieser Acte hinsichtlich des aus rohem in die Münze gebrachtem oder daselbst niedergeleg-

Treasury may appoint Persons to receive Old Silver Coin, and exchange the same for new, at any Places throughout the Kingdom.

VI. Provided always, and be it enacted, That during the Period mentioned in any such Proclamation or Proclamations, it shall and may be lawful for the Lord High Treasurer, or for the Commissioners of His Majesty's Treasury for the Time being, to appoint any Number of Persons at any Place or Places throughout the United Kingdom, for the Purpose of receiving all such Old Current Silver Coin of the Kingdom, as shall appear to any Person or Persons who shall be appointed by the Master of the Mint for the Purpose of inspecting the same, to be such Old Current Silver Coin, and for exchanging the same for New Silver Coin, according to their respective Denominations in Manner aforesaid; and that such Persons shall give such Security, and shall render such Account, and shall be subject to, and shall obey all such Rules, Regulations, Restrictions, and Directions, as the Lord High Treasurer or Commissioners of the Treasury shall in that Behalf order and direct; and that all such Old Current Silver Coin, so to be received by any such Person so to be appointed, shall be transmitted in such Manner and at such Times as the said Lord High Treasurer or Commissioners of the Treasury shall direct, to His Majesty's Mint in *London*, there to be melted down and coined in Manner aforesaid.

tem Silber zu münzenden Geldes, in vorbesagter Weise.

Die Schatzkammer kann Personen zu Empfang des alten Silbergeldes und Eintauschung desselben gegen neues, an irgend Plätzen in dem Königreich, ernennen.

VI. Wird verfügt und ferner verordnet, dafs während der in einer solchen Bekanntmachung oder solchen Bekanntmachungen angegebnen Periode dem Lord Oberschatzmeister oder den jedesmaligen Commissionären von Seiner Majestät Schatzkammer frei stehen soll, eine Zahl von Personen in irgend einem Platze oder Plätzen durch das vereinte Königreich zu bestimmen, zu dem Endzweck um alle solche alte currente Silbermünze des Königreichs, welche den von dem Münzmeister zu dem Endzwecke der Besichtigung derselben bestimmten Personen als solche alte currente Silbermünze erscheinen wird, in Empfang zu nehmen, und um dieselbe für neue Silbermünze umzuwechseln, in Gemäfsheit ihrer respectiven Nennwerthe in vorbesagter Weise; und dafs diese Personen solche Sicherheit geben und solche Rechenschaft ablegen und allen denjenigen Regeln, Vorschriften, Beschränkungen und Bestimmungen unterworfen seyn und gehorchen sollen, welche der Lord Oberschatzmeister oder die Commissionäre der Schatzkammer zu diesem Behufe anordnen und bestimmen werden; und dafs alle solche alte currente Silbermünze, welche durch eine auf diese Weise anzuordnende Person in Empfang genommen werden wird, in derjenigen Weise und zu denjenigen Terminen, wie der besagte Lord Oberschatzmeister oder die Commissionäre der Schatzkammer verfügen werden, in Seiner Majestät Münze zu London eingesandt werden soll, um daselbst in vorbesagter Weise eingeschmolzen und ausgemünzt zu werden.

After the End of the Period appointed for receiving Old Coin of the Realm at the Mint, all Old Coin deficient in Value may be cut by the Person to whom it shall be tendered.

VII. And be it further enacted, That from and after the Expiration of the Period to be mentioned in any such Proclamation or Proclamations as aforesaid, it shall and may be lawful for any Person or Persons whomsoever, and all Persons are hereby authorized and required, to cut, break, or deface, or cause to be cut, broken, or defaced, any Piece or Pieces of Old Silver Coin of this Realm, current at any Time before the passing of this Act, which shall be tendered to them or any of them in Payment, and which shall be of less Value than the Denomination thereof shall import, and the Person tendering the same shall bear the Loſs; but if any such Piece so cut, broken, or defaced, shall appear to be of the full Value which its Denomination shall import, the Person who shall cut, break, or deface the same, shall and he is hereby required to take and receive the same at the Rate it was coined for; and if any Question or Dispute shall arise whether the Piece so cut be of leſs Value than its Denomination shall import, such Question or Dispute shall be heard and finally determined by the Mayor, Bailiff or Bailiffs, or other Chief Officer of any City or Town Corporate where such Tender shall be made; and if such Tender shall be made out of any City or Town Corporate, then by some Justice of the Peace of the County inhabiting or being near the Place where such Tender shall be made; and the said Mayor or other Chief Officer and Justice of the Peace respectively, shall have full Power and Authority to summon any Person or Persons to appear and give Evidence before him or

Nach Ablauf der zu Empfangname des alten Silbergeldes des Königreichs in der Münze bestimmten Periode, kann alles an Werth mangelhafte alte Geld, von den Personen, welchen es als Zahlung angeboten wird, cassirt werden

VII. Und wird ferner verordnet, daſs von und nach Ablauf der in einer solchen Bekanntmachung oder solchen Bekanntmachungen wie vorbesagt anzugebenden Periode jedermann frei stehen soll und mag, und jedermann andurch authorisirt und auf gefordert wird, alle vor Durchgang dieser Acte currente alte Silbermünzen, welche ihm als Zahlung angeboten werden und von geringerem Werthe sind, als ihre Benennung anzeigen wird, zu zerschneiden, zu zerbrechen, oder zu entstellen, oder zerschneiden, zerbrechen oder entstellen zu lassen, und die dieselben in Zahlung anbietende Person den Verlust tragen soll; wenn sich aber zeigen wird, daſs ein so zerschnittnes, zerbrochnes oder entstelltes Stück den vollen Werth hat, welchen seine Benennung angeben wird, soll die Person, welche es zerschneiden, zerbrechen oder entstellen wird, und wird sie anmit dazu aufgefordert, dasselbe zu dem Betrage, wofür es gemünzt war, an- und in Empfang zu nehmen; und wenn eine Frage oder Streit entstehen wird, ob das so zerschnittne Geldstück von geringerm Werthe sey, als seine Benennung angeben wird, soll solche Frage oder Streit angehört und endlich entschieden werden von dem Mayor, Bailiff oder Bailiffs, oder anderem Ober-Beamten einer City oder Stadt-Corporation, wo dieses Zahlungserbieten geschehen wird; und wenn dieses Erbieten auſserhalb einer City oder Stadt-Corporation geschehen wird, alsdann von einem Friedensrichter der Grafschaft, welcher an dem Orte oder in der Nähe desselben wohnt, wo dieses Erbieten geschehen wird; und der besagte Mayor oder andre Ober-

them, and to administer an Oath, as he shall see convenient, to any Person, for determining any Questions relating to the Value and lawful Currency of any such Piece of Coin.

Provision for the Loss arising from the Deficiency and Re-coinage of the Silver Coin.

VIII. And whereas it is expedient that Provision should be made for the Loſs arising from the Deficiency and Re-coinage of the Silver Coin of the Realm; be it therefore enacted, That it shall and may be lawful for the Lord High Treasurer or the Commissioners of His Majesty's Treasury for the Time being, or any Three or more of them, and he and they is and are hereby authorized and required to issue and apply or cause to be issued and applied, from Time to Time as they shall see Occasion, such Sum and Sums of Money, not exceeding the Sum of Five hundred thousand Pounds, out of any of the Aids or Supplies granted for the Year One thousand eight hundred and sixteen, as shall appear to be the Amount of any such Deficiency or Deficiencies, according to such Accounts to be from Time to Time delivered to the said Lord High Treasurer or Commissioners of the Treasury, by the Master and Worker of His Majesty's Mint, as the said Lord High Treasurer or Commissioners of the Treasury shall for that Purpose direct and require; and likewise any such Sum and Sums of Money as shall appear to them to be requisite to defray all Charges and Expences in melting down such deficient Money, and casting the same into Ingots

Beamte und Friedensrichter respective sollen volle Macht und Gewalt haben, jedermann vorzuladen vor ihnen zu erscheinen und Zeugnifs vor ihm oder ihnen abzulegen, und einen Eid aufzulegen, wie er es passend finden wird, jeder Person, um alle den Werth und gesetzlichen Umlauf solcher Münzstücke betreffende Streitfragen zu entscheiden.

Fürsorge für den aus der Mangelhaftigkeit und Ummünzung des Silbergeldes entstehenden Verlust.

VIII. Und nachdem zweckmäfsig ist, dafs für den aus dem Defecte und der Ummünzung der Silbermünze des Königreichs entstehenden Verlust Fürsorge getroffen werde; so wird verordnet, Dafs dem Lord Oberschatzmeister oder den jedesmaligen Commissionären der Schatzkammer Seiner Majestät, dreyen oder mehreren derselben, freistehen soll und mag, und er und sie hierdurch authorisirt und aufgefordert ist und sind, von Zeit zu Zeit nach Gelegenheit solche Geldsumme oder Summen, nicht über die Summe von fünf hundert tausend Pfund, aus den für das Jahr 1816. bewilligten Subsidien oder Zuschufs auszugeben und zu verwenden, oder ausgeben und verwenden zu lassen, als der Betrag solchen Defects oder solcher Defecte sich ergeben wird, in Gemässheit der von Zeit zu Zeit dem besagten Lord Oberschatzmeister oder den Commissionären der Schatzkammer von dem Meister und Arbeiter der Münze Seiner Majestät, wie der besagte Lord Oberschatzmeister oder die Commissionäre der Schatzkammer zu diesem Endzweck anordnen und erfordern werden, zu liefernden Berechnungen; und gleichermafsen jede solche Geldsumme und Summen, als ihnen erforderlich scheinen wird, um alle Kosten und Ausgaben bei Einschmelzung solcher defecten Münze und bei

and assaying the same; and also to advance such Sum and Sums of Money as they shall see Occasion from Time to Time, to the Master and Worker of His Majesty's Mint for and towards the several Expences to be incurred in and about the Coinage of Silver Coin under this Act; and also to grant a reasonable Reward to such Persons as shall be appointed as aforesaid throughout the Kingdom, for receiving Old Silver Coin and exchanging the same for New Silver Coin, and to all other Officers, Clerks, and Persons employed in and about the several Matters relating to this Act; and to discharge all such other incidental Expence, as shall occasionally attend the Execution of this Act.

fter a Day to be appointed by Proclamation, Silver Coin and Bullion may be brought to the Mint, to be coined at the Rate of 66 Shillings per Pound Troy of Standard Silver, Eleven Ounces Two Pennyweights fine, etc.;

IX. And be it further enacted, That from and after such Day as shall be named and appointed in and by any Proclamation which shall be made and issued for that Purpose, by or on Behalf of His Majesty, by and with the Advice of His Majesty's Privy Council, it shall and may be lawful for any Person or Persons, Native or Foreigner, to bring any Foreign Coin, or any other Coin, or reputed Coin, Plate or Bullion of Silver, in mafs, molten or alloyed, or any Sort of Manufacture of Silver, and to deliver the same at His Majesty's Mint in *London*, to be there melted down and coined into Current Silver Coins of this Kingdom; and such Silver Coin, Plate Bullion, or Manufacture so brought or delivered, shall be assayed at the said Mint, and melted

Umgiefsung derselben in Barren, und bei Probirung derselben zu tragen; und auch dem Meister und Arbeiter der Münze Seiner Majestät solche Geld-Summe und-Summen vorzuschiefsen, wie sie von Zeit zu Zeit Anlafs dazu sehen werden, für und zu den mancherley in und bei Münzung des Silbergeldes nach dieser Acte bevorstehenden Kosten; und auch denjenigen Personen, welche, wie vorbesagt, durch das Königreich zu Empfangname der alten Silbermünze und Umtauschung derselben für neue Silbermünze bestimmt werden sollen, und allen andern in und bei den verschiednen diese Acte betreffenden Gegenständen gebrauchten Beamten, Schreibern und Personen eine angemessene Belohnung zu geben, und alle die andern Neben-Ausgaben zu bestreiten, welche gelegentlich mit Ausführung dieser Acte verbunden seyn werden.

Nach einem durch Bekanntmachung zu bestimmenden Tage, können Silbergeld und ungemünztes Silber in die Münze gebracht werden, um daselbst gemünzt zu werden nach dem Maasstabe von 66 Schilling auf das Troy-Pfund ausmünzbaren Silbers, eilf Unzen zwei Penny-Gewicht fein u. s. w.;

IX. Und wird ferner verordnet, dafs von und nach dem Tage, welcher in und durch eine zu diesem Endzwecke von oder an Statt Seiner Majestät, durch und mit Rath Seiner Majestät Geheimen Raths-Collegii zu geschehende und auszugehende Bekanntmachung benannt und bestimmt werden wird, jedermann, Einheimischen oder Fremden, frei stehen soll und mag, jede fremde Münze, oder andre Münze, oder dafür gehaltne Münze, Silberzeug oder rohes Silber, in Masse, geschmolzen, oder legirt, oder irgend Silbergeräthe in Seiner Majestät Münze zu London zu bringen und zu liefern, daselbst eingeschmolzen und in currente Silbermünzen dieses Königreichs gemünzt zu werden; und solche auf diese Art gebrachte oder gelieferte Silbermünze, Silberzeug, unver-

down and coined with all convenient Speed, into Silver Coins of a Standard in Finenefs of Eleven Ounces Two Penny Weights of fine Silver, and Eighteen Penny Weights of Alloy in the Pound Troy, and in Weight after the Rate of Sixty-six Shillings to every Pound Troy, whether the same be coined in Crowns, Half Crows, Shillings, or Sixpences, or Pieces of a lower Denomination; and that as soon as conveniently may be after any such Silver Coin, Plate, Bullion, or Manufacture respectively, so brought to the Mint, shall be melted and assayed, there shall be delivered to the Person bringing in and delivering the same, a Sum in Silver Coins, of Crowns, Half Crowns, Shillings, or Sixpences, after the Rate of Sixty-two Shillings of the Standard Finenefs and Weight herein-before mentioned, for every Pound Troy of Standard Silver of the Finenefs aforesaid, by such Person brought and delivered into the Mint, and so proportionably for a greater or lesser Weight; and that for the Defalcation or Diminution and for the Charge for the Assaying, Coinage, and Waste in Coinage, of all such Silver so to be brought to the Mint as aforesaid, there shall and may be retained at the said Mint, the Sum of Four Shillings of the Standard and Weight aforesaid, for every Pound Troy of such Standard Silver so brought in and delivered, and so proportionably for any greater or lesser Weight, making in the Whole after the Rate of Sixty-six Shillings for every Pound Troy of such Standard Silver; any Thing in any Act or Acts in force in *Great Britain* or *Ireland*, immediately be-

of which 62 Shillings per Pound shall be delivered to the Party bringing in the Bullion, and Four Shillings retained for Assaying, Lofs, and Coinage.

arbeitetes Silber oder Silbergeräthe soll in der besagten Münze mit thunlicher Beschleunigung probirt, und eingeschmolzen, und gemünzt werden in Silbermünzen zu dem Fuſse in Feinheit von eilf Unzen zwey Penny Gewicht feinen Silbers und achtzehn Penny Gewicht Zusatz auf das Troy-Pfund, und im Gewicht nach dem Maasstabe von sechs und sechzig Schilling auf jedes Troy-Pfund, sie mögen nun in Kronen, Halbe Kronen, Schillinge, oder Sixpence, oder Stücke von geringerem Nennwerth gemünzt werden; und daſs sobald als thunlich, nachdem solches in die Münze gebrachtes Silbergeld, Silberzeug oder unverarbeitetes Silber oder Silbergeräth geschmolzen und probirt seyn wird, der es bringenden und einliefernden Person eine Summe in Silbermünzen, von Kronen, Halben Kronen, Schillingen, oder Sixpence, nach dem Maasstabe von zwey und sechzig Schillingen von der hiebevor bemeldten dem Münzfuſs gemäſsen Feinheit und Gewicht, für jedes Troy-Pfund ausmünzbaren Silbers vorbesagter Feinheit, welches von jener Person in die Münze gebracht und geliefert ist, ausgezahlt werden soll, und so verhältniſsmäſsig für ein gröſseres oder geringeres Gewicht; und daſs, für die Verringrung oder Vermindrung und für die Kosten des Probirens, Münzens und Verlust bei der Ausmünzung alles solchen vorbesagtermaſsen in die Münze zu bringenden Silbers, in der besagten Münze zurückbehalten werden soll und darf die Summe von vier Schilling vorbesagten Münzfuſses und Gewichtes, für jedes Troy-Pfund solchen gebrachten und eingelieferten ausmünzbaren Silbers, und so verhältniſsmäſsig für jedes gröſsere oder ge-

wovon 62 Schilling per Pfund der das ungemünzte Silber bringenden Person abgeliefert, und vier Schilling für das Probiren, Verlust und Münzung zurückbehalten werden sollen.

fore the passing of this Act, to the contrary in anywise notwithstanding.

Such Sums of 4s. per Pound shall be applied to the Expence of Coinage, and the Surplus (if any) carried to the Consolidated Fund.

X. And be it further enacted, That an Account shall be kept at the Mint of the Amount of all Sums of Money arising from the Allowance of Four Shillings for every Pound Troy of Silver to be retained at the said Mint, in Manner aforesaid; and that all such Sums so retained shall in the first Place be applied in or towards the Payment of the Expences of the coining of such Silver; and the Surplus thereof (if any) after the Payment of such Expences, shall be carried to and made Part of the Consolidated Fund.

Gold Coin declared the only legal Tender;

XI. And whereas at various Times heretofore the Coins of this Realm of Gold and Silver, have been equally a legal Tender for Payments to any Amount, and great Inconvenience has arisen from both those precious Metals being concurrently the Standard Measure of Value, and equivalent for Property; and it is expedient that the Gold Coin made according to the Indentures of the Mint, should henceforth be the sole Standard Measure of Value and legal Tender for Payment, without any Limitation of Amount, and that the Silver Coin should be a legal a Tender to a limited Amount only, for the Facility of Exchange and Commerce; be it therefore enacted, That from and after the passing of this Act, the Gold Coin of this Realm shall be and

ringere Gewicht, durchweg nach dem Maasstabe von sechs und sechzig Schilling auf jedes Troy-Pfund solchen ausmünzbaren Silbers; ohne Berücksichtigung dessen, was in irgend in Grofsbritannien oder Irland bestehenden Acten, vor Durchgang dieser Acte, dem entgegen enthalten ist.

X. Und wird ferner verordnet, dafs in der Münze eine Berechnung des Betrags aller der Geldsummen geführt werden soll, welche aus der Bewilligung der in erwähnter Weise in besagter Münze zurückzubehaltenden vier Schillinge für jedes Troy-Pfund Silber entstehen, und dafs alle so zurückbehaltne Summen vor Allem in und zu Zahlung der Münzkosten solchen Silbers verwandt werden sollen; und der etwaige Ueberschufs nach Zahlung solcher Kosten soll in den Consolidirten Fond gebracht und damit vereinigt werden.

Der Betrag der 4 Sch. per Pfd. soll auf die Kosten der Ausmünzung verwandt, und der etwaige Ueberschuss zu dem Consolidirten Fond geschlagen werden.

XI. Und nachdem zu verschiednen Zeiten hievor die Gold- und Silbermünzen dieses Königreichs in gleicher Weise zu einem gesetzlichen Zahlungserbieten jeden Betrags hingereicht haben, und grofse Inconvenienz daraus entstanden ist, dafs diese beiden kostbaren Metalle gleichzeitig der obere Maasstab des Werths und Aequivalent des Eigenthums waren; und zweckgemäfs ist, dafs die nach den Münzverträgen verfertigte Goldmünze fortan der einzige obere Maasstab des Werthes und gesetzliches Zahlungserbieten, ohne irgend Beschränkung des Betrags, sey, und dafs die Silbermünze nur bis auf einen beschränkten Betrag, zu Erleichterung des Wechsels und Handels, ein gesetzliches Zahlungserbieten sey; so wird verordnet, Dafs von und nach

Gold für das einzige gesetzliche Zahlungserbieten erklärt;

shall be considered and is hereby declared to be the only legal Tender for Payments, (except as hereinafter provided) within the United Kingdom of *Great Britain* and *Ireland;* and that the said Gold Coin shall hold such Weight and Fineneſs as are prescribed by the present Indenture with His Majesty's Master and Worker of the Mint for making Gold Monies at His Majesty's Mint in *London*, and with such Allowance, called the Remedy, as is given to the said Master by the said Indenture; which Weight and Fineneſs are hereby declared to be and shall remain to be the Standard of and for the lawful Gold Coin of the Realm, so far as relates to Gold Coins of the Denominations at present in use, and specified in the said Indenture; and in case any Gold Coin or Coins of any other Denomination shall hereafter be coined at the said Mint under any future Indenture, such Gold Coin and Coins shall hold the like Standard in Fineneſs as the Gold Coins of the present Denominations, and shall hold such Weight as shall be proportionate to the Weight of the present Gold Coins, according to the Value for which such Gold Coin or Coins of any new Denomination shall be declared to be current.

being the Weight and Fineneſs of the Mint Indenture.

XII. And whereas it is expedient that the Silver Coin of the Realm should be a legal Tender by Tale, according to its Denomination, to any

14. G. 3. c. 42. making Silver a Tender to 25l. and afterwards by Weight, repealed after a

Durchgang dieser Acte die Goldmünze dieses Königreichs das einzige gesetzliche Zahlungserbieten seyn und dafür betrachtet werden soll und anmit dafür erklärt wird (ausgenommen wie hienach verfügt) innerhalb des vereinigten Königreichs von Grofsbritannien und Irland; und dafs die besagte Goldmünze solches Gewicht und Feinheit halten soll, als durch den gegenwärtigen Vertrag mit Seiner Majestät Münz-Meister und Arbeiter zu Verfertigung von Goldmünzen in Seiner Majestät Münze zu London vorgeschrieben sind, und mit solcher Bewilligung, Remedium genannt, als dem besagten Meister durch den besagten Vertrag gestattet ist; welches Gewicht und Feinheit anmit für den Münzfufs der gesetzlichen Goldmünze des Königreichs erklärt werden und es bleiben sollen, so weit Goldmünzen von den gegenwärtig gebräuchlichen und in dem besagten Vertrage bezeichneten Benennungen betrifft; und falls eine Goldmünze oder -Münzen von andrer Benennung künftig in der besagten Münze in Gemäfsheit eines künftigen Vertrags gemünzt werden wird, soll solche Goldmünze oder -Münzen die nämliche Feinheit halten, als die Goldmünzen der gegenwärtigen Benennungen, und sollen sie solches Gewicht halten, als das Verhältnifs zu dem Gewicht der gegenwärtigen Goldmünzen erfordern wird, in Gemäfsheit des Werthes, wofür solche Goldmünze oder -Münzen von einer neuen Benennung Curs erhalten werden.

in Gewicht und Feinheit dem Münzvertrag gemäss.

XII. Und nachdem zweckmäfsig ist, dafs die Silbermünze des Königreichs ein gesetzliches Zahlungserbieten bei stückweiser Zahlung sey, in

14. G. 3. c. 42. wonach ein Zahlungserbieten in Silber bis auf 25 Pfd., und wei-

Day to be named in the King's Proclamation for that Purpose.

Amount not exceeding the Sum of Forty Shillings; be it therefore enacted, That from and after such Day as shall be for that Purpose named in any Proclamation, which at any Time after the passing of this Act shall be made and issued, by or on Behalf of His Majesty, with the Advice of His Majesty's Privy Council, so much and such Parts of the Act made in the Fourteenth Year of His present Majesty's Reign, intituled *An Act to prohibit the Importation of Light Silver Coin of this Realm from Foreign Countries into* Great Britain *or* Ireland, *and to restrain the Tender thereof beyond a certain Sum,* as enacts or provides or may be construed to enact or provide, that any Tender in Silver Coin of the Realm shall be legal to the Amount of Twenty five Pounds, or a Tender for any greater Sum, according to its Value by Weight, and also so much of any Act and Acts whereby the said last recited Act is continued, revived, or made perpetual, shall be, and the same is and are hereby repealed accordingly: And that from and after such Day as shall be for that Purpose named in any such Proclamation to be made and issued as aforesaid, no Tender of Payment of Money made in the Silver Coin of this Realm, of any Sum exceeding the Sum of Forty Shillings at any one Time, shall be reputed a Tender in Law, or allowed to be a legal Tender within the United Kingdom of *Great Britain* and *Ireland,* either by Tale or Weight of such Silver Coin or otherwise howsoever; any Thing in the said recited Act of the Fourteenth Year of His present Majesy's Reign, or

No Tender of Silver Coin legal beyond 40 s.

Gemäſsheit ihres Nennwerths, für jeden die Summe von vierzig Schilling nicht übersteigenden Betrag; so wird verordnet, Daſs von und nach dem Tag, welcher zu diesem Endzweck in einer Bekanntmachung benannt werden wird, die nach Durchgang dieser Acte von oder an Statt Seiner Majestät mit Rath Seiner Majestät Geheimen Raths-Collegii geschehen und ergehen wird, diejenigen Dispositionen der in dem vierzehnten Jahre der Regierung Seiner gegenwärtigen Majestät errichteten Acte, überschrieben « Eine Acte zu Verhindrung der Einfuhr leichten Silbergeldes dieses Königreichs aus fremden Ländern nach Groſsbritannien oder Irland, und zu Beschränkung der Zahlung damit, über eine gewisse Summe», welche verordnen oder verfügen oder dahin interpretirt werden können, als verordnen oder verfügen sie, daſs jedes Zahlungserbieten in Silbermünze des Königreichs gesetzlich seyn soll bis zu dem Betrage von fünf und zwanzig Pfund, oder ein Zahlungserbieten für eine gröſsere Summe in Gemäſsheit ihres Werthes im Gewicht, und auch die Dispositionen jeder Acte und Acten, wodurch die besagte letzterwähnte Acte fortgesetzt, erneuert, oder ihre Dauer erstreckt ist, aufgehoben seyn sollen, und in Gemäſsheit dessen andurch aufgehoben ist und sind; Und daſs von und nach dem Tag, welcher zu diesem Endzweck in einer, wie vorbesagt, zu geschehenden und zu ergehenden Bekanntmachung benannt werden wird, kein Zahlungserbieten von Silbermünze dieses Königreichs, von irgend einer die Summe von vierzig Schilling auf einmal überschreitenden Summe, für ein gesetzliches Zah-

Kein Zahlungserbieten in Silber über 40 S. gesetzlich.

in any other Act or Acts in force immediately before the passing of this Act, or any Usage or Custom to the contrary in anywise nothwitstanding.

Current Gold Coin shall not be received or paid for more or less than its Value, according to its Denomination.

XIII. And be it further enacted, That from and after the passing of this Act, no Person shall by any Means, Device, Shift, or Contrivance whatsoever, receive or pay for any Gold Coin lawfully current within the United Kingdom of *Great Britain* and *Ireland,* any more or leſs in Value, Benefit, Profit, or Advantage, than the true lawful Value which such Gold Coin doth or shall by its Denomination import; nor shall utter or receive any Piece or Pieces of Gold Coin of this Realm, at any greater or higher Rate or Value, nor at any leſs or lower Rate or Value than the same shall be current for in Payment, according to the Rates and Values declared and set upon them pursuant to Law; and that every Person who shall offend herein shall be deemed and adjudged guilty of a Misdemeanor, and being thereof convicted by due Course of Law, shall suffer Imprisonment for the Term of Six Calendar Months, and shall find Sureties for his or her good Behaviour for One

lungserbieten erachtet werden, oder dafür gehalten werden soll, dafs es ein gesetzliches Zahlungserbieten sey, innerhalb des vereinigten Königreichs von Grofsbritannien und Irland, es geschehe nun mittelst Zuzählung oder Zuwägung solchen Silbergeldes oder auf irgend andre Weise; ohne Berücksichtigung dessen, was in der besagten letzterwähnten Acte von dem vierzehnten Jahre der Regierung Seiner gegenwärtigen Majestät, oder in irgend andrer Acte oder Acten, die vor Durchgang dieser Acte in Kraft waren, oder durch Gebrauch oder Observanz hiegegen bestimmt ist.

Currente Goldmünze soll nicht über oder unter ihrem Nennwerth angenommen oder ausgezahlt werden.

XIII. Und wird ferner verordnet, Dafs von und nach Durchgang dieser Acte Niemand, durch keinerlei Mittel, Anschläge, Künste oder Erfindung, für eine in dem vereinigten Königreich von Grofsbritannien und Irland gesetzlich cursirende Goldmünze mehr oder weniger in Werth, Nutzen, Gewinn oder Vortheil erhalten oder zahlen soll, als den wahren gesetzlichen Werth, den solche Goldmünze durch ihre Benennung angibt oder angeben wird; noch ein Stück oder Stücke der Goldmünze dieses Königreichs zu einem gröfseren oder höheren Preise oder Werthe, oder zu einem geringern oder niedrigern Preise oder Werthe ausgeben oder annehmen soll, als wofür dieselben in Zahlung current seyn werden, in Gemäfsheit der gesetzlich ausgesprochnen und dafür angesetzten Preise und Werthe; und dafs jedermann, der hiegegen verstofsen wird, eines Vergehens schuldig erachtet und erkannt werden soll, und, wenn er dessen durch gehöriges Rechtsverfahren überwiesen seyn wird,

Year more, to be computed from the End of the said Six Months; and if the same Person shall afterwards be convicted of the like Offence, such Person shall for such Second Offence, suffer One Year's Imprisonment, and find Sureties for his or her good Behaviour for One Year more, to be computed from the End of the said last-mentioned Year; and if the same Person shall afterwards offend against this Act, and shall by due course of Law be convicted of any subsequent Offence, he or she shall be imprisoned for the Term of Two Years for every such subsequent Offence.

When Peisons who have bean convicted shall be again guilty, the Clerk of the Peace shall certify former Conviction.

XIV. And be it further enacted, That if any Person who shall be convicted of receiving or paying any such Gold Coin contrary to this Act, shall afterwards be guilty of the like Offence, the Clerk of the Assize or Clerk of the Peace for the County, City, or Place where such Conviction was so had, shall, at the Request of the Prosecutor or any other Person on His Majesty's Behalf, certify such Conviction, for which Certificate Two Shillings and Sixpence, and no more, shall be paid; and such Certificate being produced in Court, shall be sufficient Proof of such former Conviction.

Indictments not to be traversed.

XV. And be it further enacted, That no Person against whom any Bill of Indictment shall be found

die Strafe eines Gefängnisses von sechs Kalendermonaten erleiden, und für sein gutes Betragen auf ein weiteres Jahr, vom Ende der besagten sechs Monate an zu rechnen, Sicherheit leisten soll; und wenn die nämliche Person ferner des gleichen Vergehens überwiesen wird, soll dieselbe für dieses zweite Vergehen eine Gefängnifsstrafe von einem Jahre erleiden, und Sicherheit für ihr gutes Betragen auf ein weiteres Jahr leisten, vom Ende des besagten letzterwähnten Jahres an zu rechnen; und wenn die nämliche Person nachher gegen diese Acte verstofsen, und durch gehöriges Rechtsverfahren eines späteren Vergehens überwiesen werden wird, soll sie auf die Zeit von zwei Jahren für jedes solche spätere Vergehen eingesperrt werden.

Wenn Personen, welche einer Contravention überführt worden sind, derselben wieder schuldig werden, soll der Schreiber des Friedensgerichts eine Ausfertigung über die frühere Ueberführung ertheilen.

XIV. Und wird ferner verordnet, Dafs, wenn jemand, welcher überführt werden wird, solche Goldmünze, gegen diese Acte, angenommen oder ausgezahlt zu haben, später desselben Vergehens schuldig seyn wird, der Schreiber der Assisen oder der Schreiber des Friedensgerichtes der Grafschaft, Stadt, oder Platzes, wo diese Ueberführung geschah, auf Verlangen des Anklägers oder irgend einer andern Person im Namen Seiner Majestät, über diese Ueberführung eine Ausfertigung ertheilen soll, für welche Ausfertigung zwei Schilling und sechs Pence, und nicht mehr, gezahlt werden sollen; und, wenn eine solche Ausfertigung gerichtlich producirt wird, soll sie ein hinreichender Beweis der früheren Ueberführung seyn.

Anklagen ni[cht] zu verschieben.

XV. Und wird ferner verordnet, dafs Niemand, gegen welchen eine Anklage-Bill bei den Assisen

at any Assizes or Sessions of the Peace for any Offence against this Act, shall be entitled to traverse the same to any subsequent Assizes or Sessions; but the Court at which such Bill of Indictment shall be found, shall forthwith proceed to try the Person or Persons against whom the same shall be found, unlefs he, she, or they shall shew good cause, to be allowed by the Court, why his, her, or their Trial should be postponed.

Cr. Prosecution, it shall not be necessary to prove the Money lawful.

XVI. Provided always, and be it further enacted, That on any Prosecution or Trial of any Offender or Offenders hereafter to be prosecuted or tried for any Offence against this Act, it shall not be necessary to prove that the Gold Coin received or paid or uttered contrary to this Act, is the Current Gold Coin of this Realm, but the same shall be deemed and taken so to be, if received or paid or uttered as such, until the contrary thereof shall be proved to the Satisfaction of the Judge, Justice, or Court, before whom any such Offender or Offenders shall be prosecuted or tried.

All other Acts relating to Silver Coin extended to this Act.

XVII. And be it further enacted, That all and every Act and Acts in force immediately before the passing of this Act, respecting the Coin of this Realm, or the clipping, diminishing, or counterfeiting of the same, or respecting any other Matters relating thereto, and all Provisions, Proceedings,

oder Sessionen des Friedensgerichtes wegen eines Vergehens gegen diese Acte erkannt seyn wird, befugt seyn soll, dieselbe auf folgende Assisen oder Sessionen zu verschieben; sondern das Gericht, bey welchem eine solche Anklage-Bill erkannt werden wird, soll alsbald einschreiten, gegen die Person oder Personen, gegen welche dieselbe erkannt werden wird, eine Untersuchung anzustellen, falls sie oder dieselben nicht einen guten, von dem Gerichte zu billigenden Grund darthun, warum ihre oder derselben Untersuchung ausgesetzt werden sollte.

Bei einer Anklage soll es nicht nöthig seyn, zu beweisen, dass die Münze gesetzlich war.

XVI. Wird vorgesehen und ferner verordnet, daſs bei Einschreitung oder Untersuchung gegen den oder diejenigen, welche gegen dieſs Gesetz verstieſsen, und künftig, wegen eines Vergehens gegen diese Acte, werden angeklagt werden, es nicht nöthig seyn soll, zu beweisen, daſs die gegen diese Acte, angenommne oder gezahlte oder ausgegebne Goldmünze currente Goldmünze dieses Königreichs ist, sondern dieselbe dafür gehalten und genommen werden soll, als sey sie es, wenn sie als solche angenommen oder gezahlt oder ausgegeben worden, bis das Gegentheil davon zu Genüge des Richters, Friedensrichters, oder Gerichtshofs, vor welchem die Anklage oder Untersuchung geschehen wird, erwiesen seyn wird.

Alle andre das Silbergeld betreffende Acten werden auf diese Acte erstreckt.

XVII. Und wird ferner verordnet, Daſs alle und jede vor Durchgang dieser Acte bestehende Acte oder Acten, welche das Geld des Königreichs, oder das Kippen, Verringern oder Nachmachen desselben, oder andre dahin bezügliche Gegenstände betreffen, und alle darin enthaltne oder angeordnete Bestim-

Penalties, Forfeitures, and Punifhments therein contained or directed, not exprefsly repealed by this Act, and not repugnant or contradictory to the Enactments and Provisions of this Act, shall be and continue in full Force and Effect; and shall be applied and put in Execution with respect to the Silver Coin to be coined in pursuance of the Directions of this Act, as fully and effectually to all Intents and Purposes whatsoever, as if the same were repeated and re-enacted in this Act.

Act not to affect Payments in Bank of England Notes.

XVIII. Provided always, and be it enacted, That nothing in this Act contained shall extend, or be construed to extend, to affect, alter, or repeal any Clause, Matter, or Thing in any Act or Acts made or to be made in this present Session of Parliament, whereby it is or may be enacted or provided that the Promissory Notes of the Governor and Company of the Bank of *England*, expressed to be payable to Bearer on Demand (called Bank Notes) shall be received for any Period in any such Act mentioned, in Payment of all Sums of Money which are or shall become payable for any Part of the Public Revenue, and shall be accepted by the Collectors, Receivers, and other Officers of the Revenue authorized to receive the same, if offered to be so paid, fractional Parts of Twenty Shillings only excepted; any Thing in this Act before contained to the contrary thereof in anywise notwithstanding.

mungen, Verfahren, Bufsen, Verwirkungen und Strafen, welche nicht ausdrücklich durch diese Acte aufgehoben, und den Verordnungen und Verfügungen dieser Acte entgegenstehend oder widersprechend sind, in voller Kraft und Wirkung seyn und bleiben sollen; und hinsichtlich des in Folge der Bestimmungen dieser Acte auszumünzenden Silbergeldes angewandt und in Ausführung gebracht werden sollen, eben so vollständig und wirksam in aller und jeder Hinsicht, als ob dieselben in dieser Acte wiederholt und von neuem verordnet wären.

Diese Acte soll Zahlungen mit Noten der Bank von England nicht betreffen.

XVIII. Wird vorgesehen und anmit verordnet, dafs Nichts, was in dieser Acte enthalten, dahin abzwecken, oder dahin interpretirt werden soll, als betreffe, ändre oder widerrufe es eine Verfügung, Gegenstand oder Sache in einer oder mehreren errichteten oder in dieser gegenwärtigen Sitzung des Parlaments zu errichtenden Acten, wodurch verordnet oder verfügt worden ist oder werden mag, dafs die Zahlscheine des Gouverneurs und der Compagnie der Bank von England, welche an den Inhaber auf Anfordern zahlbar lauten (genannt Banknoten), binnen jeden in einer solchen Acte erwähnten Zeitraums in Zahlung aller Geldsummen angenommen werden sollen, welche für irgend einen Theil der öffentlichen Einkünfte zahlbar sind oder werden, und von den Einsammlern, Einnehmern und andern Beamten der Einkünfte, die zu deren Empfangname authorisirt sind, angenommen werden sollen, wenn sie als Zahlung anerboten werden, Bruchtheile von zwanzig Schillingen allein ausgenommen; ohne Berücksichtigung dessen, was in

This Act not to affect Payments of Revenue in Ireland, in Irish Bank Tokens.

XIX. Provided also, and be it enacted, That nothing in this Act contained shall extend, or be construed to extend, to alter or repeal any Clause, Matter, or Thing in any Act or Acts in force in *Ireland*, whereby it is enacted or provided that all Sums of Money payable in *Ireland*, for any Part of the Public Revenue there, shall be accepted by the Collectors, Receivers, and other Officers of the Revenue in *Ireland* authorized to receive the same, in Silver Bank Tokens of the Bank of *Ireland*, for Thirty Pence, Ten Pence, or Five Pence respectively, which shall be issued during the Continuance of the Restriction on Payments in Cash by the Governor and Company of the Bank of *Ireland*, if offered to be so paid; any Thing in this Act before contained to the contrary thereof in anywise notwithstanding.

vorstehendem Inhalte dieser Acte hiegegen enthalten ist.

XIX. Wird vorgesehen und anmit verordnet, dafs kein Theil dieser Acte sich dahin beziehen oder dahin interpretirt werden soll, als ändre oder widerrufe er irgend eine Verfügung, Gegenstand oder Sache in irgend in Irland bestehender Acte oder Acten, worin verordnet und verfügt ist, dafs alle in Irland zahlbaren Geldsummen, für irgend einen Theil der öffentlichen Einkünfte daselbst, von den Einsammlern, Einnehmern und andern Beamten der Einkünfte in Irland, welche zu Empfangname derselben authorisirt sind, in Silber-Bankzeichen der Bank von Irland angenommen werden sollen, wenn solche als Zahlung anerboten werden, für respective dreyfsig Pence, zehn Pence, oder fünf Pence, welche während Fortdauer der Beschränkung der Kassazahlungen durch den Gouverneur und die Bank von Irland werden ausgegeben werden, ohne Berücksichtigung dessen, was vorstehende Dispositionen dieser Acte hiegegen enthalten.

Diese Acte soll Zahlungen der Einkünfte in Irland mit Irländischen Bankzeichen nicht betreffen.

Johann Ludwig Klüber hat, hier aufzunehmen dienlich, Seite 697 der 2ten Abtheilung 2ter Auflage seines Oeffentlichen Rechts des teutschen Bundes und der Bundesstaaten. Frankfurt a. M. 1822 der, hier, übersetzt vorliegenden Acte, in Teutschland, zuerst gedacht und zwar mit den Worten:

« Die Münzgesetze von Grofsbritannien erkannten, bis in das J. 1816, keinen Schlagsschatz, sondern die Regierung bestritt aus der Staatscasse die Fabrications-Kosten der Münze unter Verbietung der Ausfuhr aller Münzen, nicht aber der rohen Metalle. Aber eine königl. Verordnung v. 22. Jun. 1816 verfügt, dafs, nach einem bekannt zu machenden Tag, Silbermünzen und Stangensilber in die Münze gebracht werden können, um nach dem Fufs von 66 Schillingen per Pfund Troy-Gewicht (« Pound Troy ») gesetzmäfsigen Silbers, 11 Unzen 2 Pennyweights fein (teutsch: $14\frac{4}{5}$ Loth fein), geprägt zu werden, wovon 62 Schill. per Pfund dem, der das Silber bringt, und 4 Schill. für Legirung, Abgang und Prägekosten zurückbehalten werden sollen, die zu den Prägekosten zu verwenden, der etwa sich ergebende Ueberschufs aber dem consolidirten Fonds zuzuwenden sey. Ein unverhältnifsmäfsiger Schlagschatz, von $6\frac{2}{33}$ pro Cent, von den ausgemünzt werdenden Summen! während Frankreich bei Silbermünzen mehr nicht als $1\frac{1}{2}$ pro Cent, bei Gold nicht völlig $\frac{1}{3}$ pro Cent gestattet. Jene Verordnung erklärt (Art. 11) bei Zahlungen, die 40

Schillinge übersteigen, die Goldmünzen für das einzige rechtmäſsige Zahlungsmittel, die Silbermünzen aber (Art. 12) nur bis zu dem Belauf von 40 Schillingen, so daſs Niemand schuldig ist, bei Zahlungen mehr als 40 Schillinge in Silber anzunehmen.»

Schliefsliche, die englische gesetzliche Proportion zwischen Gold und Silber betreffende Aeusserung

zu dem, was, vorliegend, die englische Münzverfassung anlangend, bis hierher beigebracht ist.

Die alten Münzungsvorschriften Englands bestimmten die Verfertigung von $44\frac{1}{2}$ Guineen des äufsern Werth's von 21 Schillinge aus einem Pfund englischen Troy-Gewichts Gold des Gehalts von $\frac{11}{12}$ fein und die Münzung von 62 Schillingen aus einem Pfund Silber des Gehalts von $\frac{111}{120}$ fein. Dadurch war verordnet

die Ausbringung des troy. Pfunds ganz feinen Golds zu 50 Liv. 19 Schilling (also $1019\frac{5}{11}$ Schilling)

» » » » » ganz feinen Silbers $67\frac{3}{11}$ Schilling

und damit bestimmte sich, weil

$$\frac{1019\frac{5}{11}}{67\frac{3}{11}} = 15\frac{2096}{10000}$$

die englische gesetzliche Proportion zwischen Gold und Silber zu 1 Gold für $15\frac{21}{100}$ Silber

wie auch in Graumanns gesammelten Briefen, Berlin 1762, u. a. daselbst auf Seite 190 angeführt zu finden. Die Ausbringung des Golds ist durch die vorliegende Acte nicht verändert worden. Dabei verhält es sich aber anders mit dem Silbergeld. Statt der ehemaligen 62 werden jetzt 66 Schillinge aus einem troyischen Pfd. Silber des Gehalts von $\frac{111}{120}$ fein und mithin

$71\frac{39}{111}$ Schill. aus einem troyischen Pfund ganz feinen Silbers verfertigt; denn

$$111 : 120 = 66 : 71\tfrac{39}{111}$$

und es bestehet daher die dermalige englische gesetzliche Proportion zwischen Gold und Silber zu

$$1 \text{ Gold für } 14\tfrac{2878}{10000} \text{ Silber; weil } \frac{1019\frac{5}{11}}{71\frac{39}{111}} = 14\tfrac{2878}{10000}.$$

C.

By His royal highness the PRINCE of WALES, Regent of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, in the Name and on the Behalf of His Majesty.

A PROCLAMATION. *)

GEORGE P. R.

Whereas it has been reprefented unto Us, that great Quantities of the Gold Coin of this Realm, deficient in Weight, are now in Circulation, contrary to the Tenour of His Majesty's Proclamations of the Twelfth of April One thousand seven hundred and seventy-six, and Twenty-first of September One thousand seven hundred and eighty-seven; and there being reason to believe that due Attention is not paid to the weighing of the said Gold Coin, and to the Directions given in the Acts of Parliament now in force with respect to the cut-

*) Entnommen aus einem besondern, London 1817, bei Georg Eyre und Andreas Strahan, Königlichen Druckern, erschienenen Abdruck.

C.

Von Seiner Königlichen Hoheit, dem PRINZEN von WALES,

Regenten des vereinigten Königreichs von Grofsbritannien und Irland, im Namen und anstatt Seiner Majestät.

BEKANNTMACHUNG.

GEORG P. R.

Nachdem Uns vorgestellt worden ist, dafs gegenwärtig, in Widerspruch mit Seiner Majestät Bekanntmachungen vom zwölften April 1776. und vom ein und zwanzigsten September 1787., grofse Massen zu leichter Goldmünze dieses Königreichs in Umlauf sind, und zu vermuthen ist, dafs nicht die gehörige Aufmerksamkeit verwandt wird auf das Abwägen der besagten Goldmünzen und die in den gegenwärtig geltenden Parlamentsacten gegebnen Anordnungen hinsichtlich der Zerschneidung, Zerbrechung oder Entstellung derjenigen Goldstücke, welche von geringerem Gewicht erfunden werden, als diejenigen, welche durch besagte Bekanntmachungen Seiner Majestät für current und in Zahlung zuläfsig erklärt und gestattet sind: So erklären und verordnen Wir

ting, breaking, or defacing of such Pieces thereof as are found to be of leſs Weight than those declared and allowed by His Majesty's said Proclamations to be current and paſs in Payment: We do, in the Name and on the Behalf of His Majesty, by this Our Royal Proclamation declare and command, in like Manner as was declared and commanded in His Majesty's before-mentioned Proclamations of the Twelfth of April One thousand seven hundred and seventy-six, and Twenty-first of September One thousand seven hundred and eighty-seven, that all Guineas, Half Guineas, Quarter Guineas, more deficient in Weight than the Rates specified in the Table following:

Guineas, Five Pennyweights Eight Grains;
Half Guineas, Two Pennyweights Sixteen Grains;
Quarter Guineas, One Pennyweight Eight Grains;

and that the Seven Shilling Gold Pieces, and the Gold Pieces called Sovereigns or Twenty Shilling Pieces, more deficient in Weight than the Rates hereafter specified, viz.

Seven Shilling Pieces, One Pennyweight Eighteen Grains,
Sovereigns, or Twenty Shilling Pieces, Five Pennyweights Two Grains Three Quarters;

be not allowed to be current or paſs in any Payment whatsoever: And We do hereby strictly require and command all His Majesty's loving Subjects, and particularly all the Officers, Collectors, and Receivers of His Majesty's Revenues, strictly to conform to the Orders hereby given, and to the

im Namen und anstatt Seiner Majestät, durch diese Unsere Königliche Bekanntmachung, in gleicher Weise, als in Seiner Majestät vorerwähnten Bekanntmachungen vom 12ten April 1776 und vom 21ten September 1787. erklärt und verordnet ward, daſs alle Guineen, Halbe Guineen, Viertel Guineen, welchen an Gewicht mehr abgeht, als die in der folgenden Tafel bezeichneten Theile:

Guineen, fünf Penny Gewicht acht Grains;
Halbe Guineen, zwey Penny Gewicht sechzehn Grains;
Viertel Guineen, Ein Penny Gewicht acht Grains;

und daſs die Sieben-Schilling-Goldstücke, und die Souvereigns genannten Goldstücke oder Zwanzig-Schilling-Stücke, welchen an Gewicht mehr abgeht als die hienach bezeichneten Theile, nämlich

Sieben-Schilling-Stücke, Ein Penny Gewicht achtzehn Grains;
Souvereigns, oder Zwanzig-Schilling-Stücke, fünf Penny-Gewicht zwey Grains drey Viertel;

nicht als current oder in irgend Zahlung zuläſsig gestattet werden: Und Wir fordern ernstlich auf und gebieten, daſs sämmtliche getreue Unterthanen Seiner Majestät, und insbesondre sämmtliche Beamte, Einsammler und Einnehmer der Einkünfte Seiner Majestät genau die anmit gegebnen Befehle befolgen, desgleichen die in den verschiednen jetzt geltenden Parlamentsacten verordneten und aufgestell-

Directions and Regulations enacted and established in the several Acts of Parliament now in force with respect to the cutting, breaking, and defacing such Pieces of the said Gold Coin as shall be found deficient in Weight: And We do hereby further ordain, declare, and command, that the Guineas, Half Guineas, Quarter Guineas, Seven Shilling Pieces, and Sovereigns, of the Weights above described, shall paſs and be received as current and lawful Money of the United Kingdom of Great Britain and Ireland in all Payments whatsoever.

Given at the Court at Carlton House, the First Day of July One thousand eight hundred and seventeen, in the Fifty-seventh Year of His Majesty's Reign.

God save the King.

ten Anweisungen und Vorschriften hinsichtlich des Zerschneidens, Zerbrechens und Entstellens solcher Stücke der besagten Goldmünze, die defect im Gewicht erfunden werden: Und Wir verordnen, erklären und befehlen ferner annit, dafs die Guineen, Halben Guineen, Viertel Guineen, Sieben-Schilling-Stücke, und Souvereigns, des oben angegebnen Gewichts, in allen Zahlungen zuläfsig seyn und als currente und gesetzliche Münze des vereinigten Königreichs von Grofsbritannien und Irland angenommen werden sollen.

Gegeben am Hoflager zu Carlton House, den 1ten July 1817, in dem 57ten Jahre der Regierung Seiner Majestät.

Gott erhalte den König.

KOENIGLICH DAENISCHE

WECHSELGESETZE.

FORORDNING,

hvorved

indenbyes Vexler under visse Betingelser tilstædes.*)

Vi Frederik den Siette, af Guds Naade Konge til Danmark, de Venders og Gothers, Hertug til Slesvig, Holsten, Stormarn, Ditmarsken, Lauenborg og Oldenborg, giöre vitterligt: Da Vi, til Lettelse for den indenlandske Handel og Omsætning, have fundet for godt, under saadanne nærmere Bestemmelser, som kunne betrygge mod Misbrug, at bevilge Udstædelsen og Benyttelsen af indenbyes Vexler, saa byde og befale Vi herved, som fölger:

§. 1.

Det skal være Kiöbmænd og Fabrikantere tilladt at udstæde Vexler paa sig selv og betalbare paa samme Sted som de udstædes, hvilke Vexler dog ei bör lyde paa anden Valuta end rede Sölv, og ei paa ringere Sum end 200 Rbdlr. eller paa længere Tid end 3 Maaneder fra Udstædelsesdagen. Som

*) Nach einem zu Kopenhagen, bey Director J. H. Schultz, erschienenen Abdruck.

VERORDNUNG,

wodurch

einheimische Wechsel unter gewissen Beschränkungen gestattet werden.*)

Wir Friedrich der Sechste, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, Ditmarschen, Lauenburg und Oldenburg, thuen zu wissen: Da Wir, zu Erleichtrung des inländischen Handels und Umsatzes, für gut gefunden haben, unter solchen nähern Bestimmungen, welche gegen Miſsbrauch schützen können, die Ausstellung und den Gebrauch einheimischer Wechsel zu bewilligen, so gebieten und befehlen Wir andurch, wie folgt:

§. 1.

Kaufleuten und Fabrikanten soll es gestattet seyn, Wechsel auf sich selbsten und am Orte der Ausstellung zahlbar auszustellen, welche Wechsel indeſs

*) Durch eine Königlich Dänische Verordnung vom 31 März 1688. (Siegel, Corpus juris cambialis. Erster Theil. S. 337—340) waren Wechsel zwischen einerley Orts Einwohnern (*imellem inden Byes Folck*, — s. Siegel a. a. O. S. 337. Not.), zahlbar am Orte der Ausstellung, wegen damit getriebnen Wuchers und Defraudation des Stempels, verboten worden.

Kiöbmænd blive i fornævnte Henseende at ansee de, som enten i Vor Kongelige Residentsstad Kiöbenhavn eller andetsteds have erhvervet en almindelig Berettigelse til at handle en gros, saavelsom og de, der ere optagne som Interessentere i noget her i Riget sanctioneret Handelslaug. Til Fabrikantere blive kun de at henregne, der med Privilegium drive nogen Fabrik.

§. 2.

Foranförte Vexler blive at skrive paa et dertil indrettet særskilt fiint Papiir af en for deslige Documenter passende Format, der stemples og betales som andet Papiir af anden Classe i Forhold til Summens Störrelse.

Iövrigt kunne de, som andre Vexler, ved Endossement overdrages enten til en bestemt Person eller til enhver Ihændehaver.

§. 3.

Skjöndt det foranförte Slags Vexler ei maae udstædes af andre end Kiöbmænd eller Fabrikantere, saa skal det dog ikke være formeent at udstæde eller endossere dem til Personer i en anden borgerlig Stilling, ligesom og Enhver, der saaledes erhverver Vexlen, igjen kan endossere samme. Heller ikke skal Ansvaret, saafremt en saadan Vexel findes at

auf keine andre Valuta, als baares Silber, lauten sollen, und nicht auf eine geringere Summe als 200 Rbthlr. oder auf längre Zeit als 3 Monate vom Tag der Ausstellung. Als Kaufleute sind in vorbenannter Hinsicht diejenigen zu betrachten, welche entweder in Unserer Königlichen Residenzstadt Kopenhagen oder anderwärts eine allgemeine Berechtigung en gros zu handeln erlangt haben, defsgleichen auch diejenigen, welche als Theilnehmer in einer hier in dem Reiche bestätigten Handelszunft aufgenommen sind. Zu den Fabrikanten sind nur die zu rechnen, welche mit einem Privilegium eine Fabrik treiben.

§. 2.

Vorangeführte Wechsel sind auf dazu eingerichtetes besondres feines Papier von einem für solche Urkunden passenden Format zu schreiben, welches gestempelt und bezahlt wird wie andres Papier der zweyten Klasse in Verhältnifs zu der Gröfse der Summe.

Uebrigens können sie, wie andre Wechsel, durch Indossament entweder an eine bestimmte Person oder an jeden Inhaber übertragen werden.

§. 3.

Obwohl Wechsel der vorangeführten Art von Niemandem ausser Kaufleuten oder Fabrikanten ausgestellt werden können, so soll es doch nicht verboten seyn, sie an Personen eines andern bürgerlichen Verhältnisses auszustellen oder zu indossiren, gleichwie auch jeder, der solchergestalt den Wechsel erwirbt, ihn wieder indossiren kann. Auch soll,

være udstædt af en uberettiget Person, falde paa andre end paa denne og den förste Creditor, hvilken er pligtig at forvisse sig om Udstæderens Berettigelse til at udstæde dette Slags Gjeldsbreve, hvorimod Enhver, der senere indlader sig paa at erhverve en slig Vexel, maa være beföiet til at antage, at Udstæderen er i en Stilling, som berettiger ham til Udstædelsen, hvilken derfor ei behöver udtrykkelig at opgives i Vexlen.

§. 4.

Naar en indenbyes Vexel udstædes anderledes end i Medhold af §§. 1. og 2, saa bliver den at stemple til den for Gjeldsbreve, der skulle skrives paa förste Klasses Papiir, bestemte Taxt, og de Vedkommende derfor at ansee efter Forordningen om det stemplede Papiir 25de Mai 1804 §. 27. Men hvis Datum har været in blanco eller urigtig angivet, saaledes at Vexlens Forfaldsdag derved kunde forlænges over den i §. 1. bestemte Grændse, bör hver af de Paagjeldende derfor böde halv saameget som den Sum, hvorpaa Vexlen lyder, af hvilken Bod den halve Deel tilfalder Angiveren og den anden halve Deel Vor Kasse.

§. 5.

De i nærværende Vor Anordning tilladte indenbyes Vexler blive, naar de ikke i rette Tid betales,

wenn sich findet, dafs ein solcher Wechsel von einer unberechtigten Person ausgestellt ist, die Verantwortung auf keinen Andern fallen, als auf jenen und den ersten Gläubiger, welcher schuldig ist, sich über die Berechtigung des Ausstellers zur Ausstellung von Schuldbriefen dieser Art zu vergewissern, wogegen jeder, der sich später darauf einläfst einen solchen Wechsel zu erwerben, befugt seyn soll anzunehmen, dafs der Aussteller sich in einem Verhältnisse befinde, das ihn zu der Ausstellung berechtige, welches daher nicht ausdrücklich in dem Wechsel angegeben zu werden braucht.

§. 4.

Wenn ein einheimischer Wechsel anders als in Gemäfsheit von §. 1. und 2. ausgestellt wird, so ist er nach der für Schuldurkunden, die auf Papier der ersten Klasse geschrieben werden sollen, bestimmten Taxe zu stempeln, und die Interessenten deshalb nach der Verordnung über das gestempelte Papier vom 25ten May 1804. §. 27. anzusehen. Ist aber das Datum in blanco oder unrichtig angegeben gewesen, so dafs der Verfalltag des Wechsels dadurch über die in §. 1. bestimmte Gränze erstreckt werden konnte, so mufs jeder der Betheiligten dafür den halben Betrag der Summe büfsen, worauf der Wechsel lautet, von welcher Bufse die Hälfte dem Angeber und die andre Hälfte Unserer Kasse zufällt.

§. 5.

Die in gegenwärtiger Unserer Verordnung zugelassenen einheimischen Wechsel sind, wenn sie nicht

at protestere de non solutione, til samme Tid, paa samme Maade, og under samme Ansvar som med Hensyn til andre Vexler er eller maatte blive foreskrevet. Saa skulle og iövrigt de almindelige Forskrifter om Vexler, forsaavidt de kunne anvendes paa fornævnte Vexler, tjene til Regel for disse, hvilke i eet og alt skulle medföre samme Rettigheder og Forpligtelser som trasserede Vexler, dog saaledes at Creditor ei bör nyde höiere Rente end 6 pro Cent pro Anno, og at denne först begynder fra Stevningens Dato.

Hvorefter alle Vedkommende sig allerunderdanigst have at rette.

Givet i Vor Kjöbstad Ribe, den 26de Junii 1824.
Under Vor Kongelige Haand og Segl.

Frederik R.

(L. S.)

Kaas.

Monrad. Oersted. Lassen. Lövenskiold.

zu rechter Zeit bezahlt werden, wegen Nichtzahlung zu protestiren, zu der nämlichen Zeit, auf die nämliche Weise, und unter der nämlichen Verantwortlichkeit, wie bey andern Wechseln vorgeschrieben ist oder werden sollte. So sollen auch im Uebrigen die allgemeinen Vorschriften hinsichtlich der Wechsel, so weit sie auf vorbenannte Wechsel angewandt werden können, für diese zur Regel dienen, und dieselben in Allem die nämlichen Rechte und Verpflichtungen, wie trassirte Wechsel, mit sich führen, doch so, daſs der Gläubiger keine höheren Zinsen als 6 pro cent pro anno genieſsen soll, und daſs diese erst von Zeit der Citation beginnen.

Wonach sich Alle die es angeht allerunterthänigst zu richten haben.

Gegeben in Unserer Handelsstadt Ribe, den 26ten Junii 1824.

Unter Unserer Königlichen Hand und Siegel.

Friedrich K.

(L. S.)

Kaas.

Monrad. Oersted. Lassen. Lövenskiold.

FORORDNING,

angaaende

trasserede Vexler.*)

Vi Frederik den Siette, af Guds Naade Konge til Danmark, de Venders og Gothers, Hertug udi Slesvig, Holsten, Stormarn, Ditmarsken, Lauenborg og Oldenborg, giöre vitterligt: at, ligesom Vi have fundet det hensigtsmæssigt, ved Forordningen af 26de Junii f. A., under visse Betingelser at tillade Udstædelsen og Benyttelsen af de tilforn aldeles forbudne indenbyes Vexler, saaledes have Vi og henvendt Vor Opmærksomhed paa Lovgivningen om trasserede Vexler; og, da Vi have fundet, at de Forskrivter, som Danske Lovs 5te Bog 14de Capitel 8de til 28de Artikel, i Forbindelse med enkelte yngre Anordninger, indeholde om disse for Handelen saa vigtige Gjeldsbreve, efter de mange Forandringer i Forholdene, som siden have fundet Sted, ikke ere tilstrækkelige eller i alle Dele stemmende med Handelens Tarv, saa have Vi besluttet, at ordne denne Sag ved en bestemt og fuldstændig Lov, hvori Vi have optaget det af de hidtil gjeldende Love,

*) Nach einem zu Kopenhagen bei Director J. H. Schultz erschienenen Abdruck.

VERORDNUNG

in Betreff

trassirter Wechsel.

Wir Friedrich der Sechste, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog in Schleswig, Holstein, Stormarn, Ditmarschen, Lauenburg und Oldenburg, thun zu wissen: Gleichwie Wir es zweckmäſsig gefunden haben, durch die Verordnung vom 26ten Junii v. J., unter gewissen Beschränkungen die Ausstellung und den Gebrauch der zuvor ganz verbotnen einheimischen Wechsel zuzulassen, so haben Wir auch Unser Augenmerk auf die Gesetzgebung in Betreff trassirter Wechsel gerichtet; und, da Wir gefunden haben, daſs die Vorschriften, welche das Dänische Gesetzbuch 5tes Buch 14tes Cap. 8—28ter Artikel, in Verbindung mit einzelnen späteren Anordnungen, hinsichtlich dieser für den Handel so wichtigen Schuldverschreibungen enthält, nach den vielen Veränderungen in den Verhältnifsen, welche später Statt gefunden haben, nicht hinreichend oder in allen Theilen mit dem Bedürfnisse des Handels übereinstimmend sind, so haben Wir beschlossen, diesen Gegenstand durch ein bestimmtes und vollständiges Gesetz zu ordnen, worin Wir dasjenige von dem seither geltenden

32

der fremdeles skal blive ved Magt, men forandret eller nærmere bestemt, hvad Vi have fundet trængende til Forandring eller nærmere Bestemmelse, samt tilföiet yderligere Forſkrivter angaaende de til Vexelmaterien hörende Spörgsmaale, som forhen ikke have været afgiorte ved udtrykkelig Lov. Ligesom alle forhen givne Lovbestemmelser angaaende trukne Vexler fölgelig herved bortfalde, saa vil derimod ovenmeldte Vor Forordning angaaende indenbyes Vexler fremdeles blive gjeldende, dog at, i Medhold af sammes 5te §., de Regler, som Vi i nærværende Vor Anordning, fastsætte, ogsaa blive anvendelige paa de tilladte indenbyes Vexler, forsaavidt disſes Natur og de derfor givne særegne Forſkrivter tilstæde saadan Anvendelse.

Thi byde og befale Vi, som fölger:

§. 1.

En trasseret Vexel er et Document, hvorved Udstæderen (Trasſenten), under udtrykkelig Benævnelse af Vexel, forpligter sig til, ved en anden (Trasſatus) og paa et andet Sted, at lade udbetale en vis Pengesum til den, der med behörig Adkomst har Documentet i Hænde.

§. 2.

Ingen Indlænding maa trække paa sig selv, om han endog udstäder Vexlen paa et andet Sted her i Riget, end det, hvor han har sit Hjem. Hvis der

Rechte aufgenommen haben, was künftig in Kraft bleiben soll, aber verändert oder näher bestimmt haben, was Wir einer Verändrung oder nähern Bestimmung bedürfend gefunden haben, auch fernere Vorschriften hinsichtlich der die Wechsel betreffenden Fragen hinzugefügt, welche früher nicht durch ausdrückliches Gesetz entschieden waren. Gleichwie folglich alle früher hinsichtlich gezogner Wechsel gegebnen Gesetzesbestimmungen hierdurch wegfallen, so wird dagegen obgedachte Unsere Verordnung in Betreff einheimischer Wechsel künftig in Kraft bleiben, doch daſs, in Gemäſsheit des 5ten §. derselben, die Regeln, welche Wir in gegenwärtiger Unserer Verordnung festsetzen, auch auf die erlaubten einheimischen Wechsel Anwendung finden, soweit deren Natur und die dafür gegebnen eignen Vorschriften solche Anwendung gestatten.

Demnach gebieten und befehlen Wir, wie folget:

§. 1.

Ein trassirter Wechsel ist eine Urkunde, wodurch der Aussteller (der Trassant), unter ausdrücklicher Benennung derselben als Wechsel, sich verpflichtet, durch einen Andern (Trassat) und an einem andern Platze eine gewisse Geldsumme an denjenigen auszahlen zu lassen, der die Urkunde, mit gehörigem Rechte dazu, in Händen hat.

§. 2.

Kein Inländer kann auf sich selbsten trassiren, wenn er auch den Wechsel auf einen andern Platz hier im Reiche ausstellt, als den, wo er seinen Wohn-

handles herimod, bliver Vexlen at stemple til den, for Gjeldsbreve, der skulle skrives paa 1ste Clasſes Papiir, bestemte Taxt, og de Vedkommende derfor at ansee efter Forordningen om det stemplede Papiir af 25de Mai 1804 §. 27.

§. 3.

Dersom et Document indklædes i Form af en trasſeret Vexel, uden at det dog virkeligt er udstædt og modtaget for at præsenteres og betales paa et andet Sted (for Exempel, naar der trækkes i et fingeret eller paa et fingeret Navn), saa er det en Proformavexel, og Enhver, der, paa nogen Maade, har deeltaget i saadan Overtrædelse, skal böde halvt saa meget, som Vexlens Belöb, af hvilken Bod den halve Deel tilfalder Angiveren, og den anden halve Deel Vor Casſe.

§. 4.

Enhver, der er mægtig og myndig til at udstæde Gjeldsbeviser, maa fremdeles, som hidtil, trække Vexler samt acceptere og endosſere samme. Dersom en af de i en Vexel deeltagende Personer mangler foranförte Egenſkab, saa har dette dog ingen Indflydelse paa de övrige Personers Forpligtelse, hvis Navn findes paa Vexlen.

platz hat. Wenn dagegen gehandelt wird, ist der Wechsel nach der für Schuldverschreibungen, welche auf Papier der ersten Classe geschrieben werden sollen, bestimmten Taxe zu stempeln, und die Interessenten desfalls nach der Verordnung über das Stempelpapier vom 25ten May 1804. §. 27. anzusehen.

§. 3.

Wenn eine Urkunde in die Form eines trassirten Wechsels eingekleidet wird, ohne daſs sie doch wirklich ausgestellt und empfangen ist, um an einem andern Platze präsentirt und bezahlt zu werden (z. B. wenn unter einem fingirten oder auf einen fingirten Namen gezogen wird), so ist dieſs ein Proforma-Wechsel, und jeder, der, auf irgend eine Weise, an einer solchen Uebertretung Theil genommen hat, soll den halben Belauf des Wechsels als Strafe zahlen, von welcher Buſse die Hälfte dem Angeber und die andre Hälfte Unserer Casse zufällt.

§. 4.

Jeder, der befugt und mündig ist, Schuldverschreibungen auszustellen, kann künftig, wie bisher, Wechsel trassiren, auch dieselben acceptiren und indossiren. Wenn einer der an dem Wechsel Theil habenden Personen vorangeführte Eigenschaft fehlt, so hat dieſs doch keinen Einfluſs auf die Verpflichtung der übrigen Personen, deren Name sich auf dem Wechsel findet.

§. 5.

Trasſenten kan udstæde Vexlen til sin egen eller andres Ordre. I sidste Fald bör det bemærkes, om Udstæderen har modtaget Valuta for samme, dog bliver Vexlen, uagtet dette ikke er iagttaget, i sin fulde Kraft, men Trasſenten kan da söge Godtgjörelse hos den, han har overladt Vexlen til, hvis denne ei paa anden Maade kan bevise, at han har givet Valuta.

§. 6.

En Vexel kan og lyde paa at udbetales til Ihændehaveren, og skal da udbetales til Enhver, som præsenterer den, uden at denne behöver at opvise anden Adkomst. Dog vil det, dersom en saadan Vexel senere er endosſeret til en bestemt Person, være fornödent, at denne, naar han igien vil overdrage sine Rettigheder efter Vexlen til en anden, forsyner den med Endosſement.

§. 7.

I enhver Vexel bör Udstædelsesdagen og Stedet, hvor den er trukket, saavelsom det, hvor den skal betales, være opgivet. Dette sidste kan iövrigt enten være det, hvor Trasſatus, som naturligviis bör nævnes, boer, eller et andet.

Kun i sidste Fald behöver det udtrykkelig at anföres, som Betalingsstedet, da det, hvor intet

§. 5.

Der Trassant kann den Wechsel an seine eigene oder an die Ordre von Andern ausstellen. Im letztern Fall muſs es bemerkt werden, wenn der Aussteller die Valuta dafür empfangen hat; doch bleibt der Wechsel, wenn dieſs auch nicht in Acht genommen ist, in seiner vollen Kraft; aber der Trassant kann alsdann seine Befriedigung bei demjenigen suchen, welchem er den Wechsel übertragen hat, wenn dieser nicht auf andere Art beweisen kann, daſs er Valuta gezahlt hat.

§. 6.

Ein Wechsel kann auch an den Inhaber zahlbar lauten, und soll alsdann an jeden bezahlt werden, der ihn vorzeigt, ohne daſs dieser einen andern Erwerbstitel beizubringen braucht. Doch wird es, wenn ein solcher Wechsel nachher an eine bestimmte Person indossirt ist, nothwendig seyn, daſs diese, wenn sie ihre Rechte aus dem Wechsel wieder einem Andern übertragen will, ihn mit einem Indossament versieht.

§. 7.

In jedem Wechsel muſs der Tag der Ausstellung und der Platz, wo er ausgestellt ist, so wie auch derjenige, wo er bezahlt werden soll, angegeben werden. Letztres kann übrigens entweder derjenige, wo der Trassat, welcher natürlich genannt werden muſs, wohnt, oder ein andrer seyn.

Nur im letzten Fall muſs derselbe, als Zahlungsplatz, ausdrücklich angegeben werden, da, wenn

andet Betalingssted er opgivet, formodes, at Betalingen skal skee paa Trassati Boepæl.

Summen bör nævnes to Gange, eengang med Bogstaver og eengang med Tal. Saafremt der imellem disse to Angivelser, hvoraf den ene kan findes i Overskrivten, skulde være nogen Uovereensstemmelse, saa er Udstæderen blot forpligtet for den mindre af de anförte Summer, hvis det ikke kan oplyses, at den större virkelig har været meent. Dersom Vexlen herimod accepteres for den större, vil det altsaa være paa Acceptantens egen Risico.

§. 8.

I enhver Vexel maa det være bestemt, naar den skal betales, dog behöver den ei at lyde paa en fast Betalingsdag eller paa en vis Tid fra Dato, men den kan og lyde paa at betales enten ved Sigt eller en vis Tid efter Sigt.

§. 9.

Vexler, som trækkes her i Riget, maae ikke lyde paa længere Tid, end 3 Maaneder efter Dato eller efter Sigt, hvad enten de saa trækkes paa et indenrigsk eller udenrigsk Sted. Dog kunne Vexler, som udstædes i Island, eller trækkes paa dette Land, stiles paa 6 Maaneder, og de Vexler, som udstædes paa Færöerne, eller der skulle betales, paa 4 Maaneder efter Dato eller Sigt. Vexler, som skulle be-

kein andrer Zahlungsplatz angegeben ist, vermuthet wird, daſs die Zahlung an dem Wohnplatze des Trassaten geschehen soll.

Die Summe muſs zweimal benannt werden, einmal mit Buchstaben und einmal mit Zahlen. Sofern zwischen diesen beiden Angaben, wovon die eine in der Ueberschrift befindlich seyn kann, eine Abweichung statt finden sollte, ist der Aussteller nur für die geringre der angegebnen Summen verpflichtet, wenn nicht bewiesen werden kann, daſs die gröſsere wirklich gemeint war. Wenn der Wechsel dagegen für die gröſsere acceptirt wird, wird dieſs auf des Acceptanten eigne Gefahr geschehen.

§. 8.

In jedem Wechsel muſs bestimmt werden, wann er bezahlt werden soll; doch braucht er nicht auf einen bestimmten Zahltag oder auf eine gewisse Zeit nach Dato zu lauten, sondern er kann auch entweder auf Sicht oder eine gewisse Zeit nach Sicht zahlbar lauten.

§. 9.

Wechsel, welche hier in dem Reiche gezogen werden, sollen nicht auf längre Zeit, als 3 Monate nach Dato oder nach Sicht, lauten, es seye nun, daſs sie auf einen inländischen oder auf einen ausländischen Platz gezogen werden. Doch können Wechsel, welche in Island ausgestellt oder auf dieses Land gezogen werden, auf 6 Monate lauten, und die Wechsel, welche auf den Färöer-Inseln

tales i Europa, kunne fra Vore vestindiske Eilande lyde paa 6 Maaneder, og fra Vore Besiddelser i Ostindien eller Kysten Guinea paa 1 Aar efter Dato eller Sigt. De samme Terminer gielde, naar Vexler trækkes i Danmark paa Colonierne.

Hvad Vexler angaaer, som ere trukne i Udlandet, er det nok, at disse i Henseende til Betalingsfristen, som i alt övrigt, ere indrettede i Overeensstemmelse med de paa Trassationsstedet gieldende Regler; dog undtages herfra de Tilfælde, hvor en dansk Undersaat, under sit Ophold i Udlandet, contraherer en Vexelforpligtelse med en anden dansk Undersaat; thi da blive de danske Love at fölge.

§. 10.

Saa bör der og med Hensyn til Vexler, som lyde paa Rigsbankrepræsentativer, eller paa Sölv, betalbart efter Qvartalscoursen, hvad enten de saa udstædes i eller udenfor Vore Lande, i et og alt forholdes efter Cancellie-Placaten af 22de Marts 1813, uden at de i §. 9. givne Bestemmelser kunne i Henseende til dette Slags Vexler komme i Betragtning.

§. 11.

Saalænge indtil Vi finde for godt, at indföre en Stempel-Afgift paa trasserede Vexler, bliver saadan

ausgestellt werden oder dort bezahlt werden sollen, auf 4 Monate nach Dato oder Sicht. Wechsel, welche in Europa bezahlt werden sollen, können von Unseren Westindischen Inseln auf 6 Monate lauten, und von Unsern Besitzungen in Ostindien oder der Küste Guinea auf 1 Jahr nach Dato oder Sicht. Die nämlichen Fristen gelten, wenn Wechsel in Dänemark auf die Colonien gezogen werden.

Was Wechsel betrifft, welche in dem Ausland gezogen sind, reicht es hin, dafs sie hinsichtlich der Zahlungsfrist, wie in allem Uebrigen, in Uebereinstimmung mit den an dem Orte der Trassirung geltenden Regeln eingerichtet sind; doch werden hievon die Fälle ausgenommen, wo ein Dänischer Unterthan, während seines Aufenthalts im Auslande, eine Wechselverpflichtung mit einem andern Dänischen Unterthanen contrahirt; denn alsdann sind die Dänischen Gesetze zu befolgen.

§. 10.

Ebenso mufs es auch in Betreff der Wechsel, welche auf Reichsbankrepräsentative, oder auf Silber lauten, zahlbar nach dem Quartalcourse, sie seyen nun innerhalb oder ausserhalb Unserer Lande ausgestellt, in aller und jeder Hinsicht nach dem Canzleyplacat vom 22 März 1813. gehalten werden, ohne dafs die in §. 9. gegebnen Bestimmungen hinsichtlich dieser Art Wechsel in Betracht kommen können.

§. 11.

Bis Wir für gut finden, eine Stempelabgabe auf trassirte Wechsel einzuführen, ist ein solcher Wech-

Vexel, naar den fremlægges i Retten, i Overeensstemmelse med Forordningen om det stemplede Papiir af 25de Maii 1804 §. 7. at afskrive paa stemplet Papiir af anden Classe, efter dens Belöb, og denne Afskrivt at vedhæfte Originalen.

§. 12.

En Vexel kan endosseres eller overdrages ved en simpel Paaskrivt paa samme, uden særskilt Transport. Naar Vexlen endosseres til en bestemt Person, bör det udtrykkelig nævnes, om Endossenten har erholdt Valuta, være sig contant eller i Regning.

Mangler der Tilstaaelse for erholdt Valuta, betragtes Endossementet kun, som en Fuldmagt; men indeholder den, at Valuta er givet, uden at bestemme, om det er contant eller i Regning, saa formodes det förste. Iövrigt kan en Vexel og endosseres in blanco, eller derved, at Endossenten blot tegner sit Navn; i hvilket Tilfælde enhver Ihændehaver ansees, som Vexlens Eier, uden at der paaligger ham Beviis for, at han retmæssig haver erhvervet Vexlen og derfor givet Valuta.

§. 13.

Endossenten er forpligtet mod samtlige sine Eftermænd, som Debitor efter Vexelret.

§. 14.

Den, som kiöber en Vexel for en andens Regning og endosserer den til denne, bliver Vexel-

sel, wenn er bey Gericht vorgelegt wird, in Uebereinstimmung mit der Verordnung über das Stempelpapier vom 25ten May 1804. §. 7. auf gestempeltes Papier der zweyten Klasse abzuschreiben, nach seinem Betrag, und diese Abschrift dem Original beyzuheften.

§. 12.

Ein Wechsel kann durch eine einfache Aufschrift, auf demselben, indossirt oder übertragen werden, ohne besonderen Transport. Wenn der Wechsel an eine bestimmte Person indossirt wird, muſs ausdrücklich bemerkt werden, ob der Indossant Valuta erhalten hat, es sey nun contant oder in Rechnung.

Fehlt das Bekenntniſs der erhaltnen Valuta, so wird das Indossament nur als eine Vollmacht betrachtet; enthält dasselbe aber, daſs Valuta gegeben ist, ohne zu bestimmen, ob contant oder in Rechnung, so wird das Erstre vermuthet. Uebrigens kann ein Wechsel auch in blanco indossirt werden, oder indem der Indossant bloſs seinen Namen zeichnet; in welchem Falle jeder Inhaber als Eigenthümer des Wechsels angesehen wird, ohne daſs ihm Beweis obliegt, den Wechsel rechtmäſsig erworben, und Valuta dafür gezahlt zu haben.

§. 13.

Der Indossant ist seinen sämmtlichen Nachmännern als Schuldner nach Wechselrecht verpflichtet.

§. 14.

Derjenige, welcher einen Wechsel für Rechnung eines Andern kauft und ihn an denselben indossirt

debitor til alle fölgende Endossentere, men ikke til den, for hvis Regning han har kiöbt den, med mindre han har paataget sig at staae del credere.

§. 15.

Naar der ere udstædte flere Exemplarer af en Vexel, bör det i ethvert Exemplar anföres, om det er prima, secunda o. s. v. Er dette forsömt, gielder ethvert Exemplar imod Udstæderen, som en særskilt Vexel, dog imod Regres til den, som beviislig maatte være skyldig i Misbrug.

§. 16.

Naar det ene Exemplar af Vexlen er accepteret, eller sendt til Acceptation, og et andet Exemplar endosseres (gireres), saa skal det bemærkes paa dette, hvor hiint Exemplar befinder sig og kan modtages.

§. 17.

Endog en simpel Copie af en accepteret eller til Acceptation afsendt Vexel kan endosseres. Det bemærkes da in dorso, hvor langt Copien gaaer, og hvor der igien begynde originale Endossementer, ligesom det og paa Copien bliver at bemærke, hvor Originalen kan modtages.

§. 18.

Den, som forsömmer at give den i §. 16 og 17

ist Wechselschuldner in Verhältniſs zu allen spätern Indossanten, aber nicht in Verhältniſs zu demjenigen, für dessen Rechnung er ihn gekauft hat, falls er nicht übernommen hat, del credere zu stehen.

§. 15.

Wenn mehrere Exemplare eines Wechsels ausgestellt werden, muſs in jedem Exemplar angeführt werden, ob es prima, secunda u. s. w. ist. Wird dieſs versäumt, so gilt jedes Exemplar gegen den Aussteller als ein besondrer Wechsel, doch vorbehältlich des Regresses gegen den, welcher erweislich eines Miſsbrauchs schuldig seyn sollte.

§. 16.

Wenn das eine Exemplar des Wechsels acceptirt oder zur Acceptation gesandt ist, und ein andres Exemplar indossirt (girirt) wird, so soll auf dieses bemerkt werden, wo jenes Exemplar sich befindet und in Empfang genommen werden kann.

§. 17.

Auch eine simple Copie eines acceptirten oder zur Acceptation gesandten Wechsels kann indossirt werden. Es wird alsdann in dorso bemerkt, wie weit die Copie geht, und wo wieder Original-Indossamente beginnen, gleichwie auch auf der Copie zu bemerken ist, wo das Original in Empfang genommen werden kann.

§. 18.

Derjenige, welcher die in §. 16. und 17. be-

bestemte Paategning, skal være ansvarlig for Fölgerne.

§. 19.

Den blotte Ihændehavelse af en Vexel er nok for at give Ret til at fordre sammes Accept.

§. 20.

Den, som har et accepteret eller til Accept afsendt Exemplar af en Vexel i Hænde, uden at samme er ham endosseret, er pligtig til at udlevere det til den retmæssige Ihændehaver af det girerede Exemplar eller den girerede Copie.

Affordres Vexlen ham ikke inden den Tid, at samme enten bör være betalt eller de non solutione protesteret, bör han, hvis Kiöbenhavn er Betalingsstedet, af den, der skal betale Vexlen, forlange Belöbet deponeret i Nationalbanken, samt, i Mangel af saadan Deposition, iværksætte Protest. Udenfor Kiöbenhavn, hvor intet lignende Depositionssted haves, bortfalder denne Forpligtelse; dog er Ihændehaveren berettiget til at fordre Belöbet indsendt til Deposition i Nationalbanken, naar han vil betale de dermed forbundne Omkostninger, eller taale, at disse indeholdes i Belöbet.

§. 21.

Ikke blot den, der udtrykkelig har forbundet sig til at acceptere en Vexel, er pligtig dertil, men

stimmte Aufschrift darauf zu setzen versäumt, soll für die Folgen verantwortlich seyn.

§. 19.

Der bloſse Besitz eines Wechsels reicht hin, um ein Recht zu geben, die Acceptation desselben zu fordern.

§. 20.

Derjenige, welcher ein acceptirtes oder zur Acceptation gesandtes Exemplar eines Wechsels in Händen hat, ohne daſs ihm dasselbe indossirt ist, ist verpflichtet, es an den rechtmäſsigen Inhaber des girirten Exemplars oder der girirten Copie auszuliefern.

Wird ihm der Wechsel nicht in der Zeit abgefordert, wo derselbe entweder bezahlt oder de non solutione protestirt werden muſs, so muſs er, wenn Kopenhagen der Zahlungsplatz ist, von dem, welcher den Wechsel bezahlen soll, Deposition des Belaufs in der Nationalbank verlangen, auch, in Ermanglung dieser Deposition, einen Protest errichten lassen. Ausserhalb Kopenhagen, wo kein ähnlicher Depositionsplatz ist, fällt diese Verpflichtung weg; doch ist der Inhaber befugt, zu verlangen, daſs der Betrag zur Deposition in der Nationalbank eingesandt werde, wenn er die damit verbundnen Unkosten bezahlen, oder zugeben will, daſs diese an dem Betrag abgezogen werden.

§. 21.

Nicht bloſs derjenige, welcher sich ausdrücklich verbunden hat, einen Wechsel zu acceptiren, ist

i Handelsstanden skal den, der sidder inde med Penge for en Anden, være pligtig imod denne at acceptere den Vexel som derfor trækkes paa ham, forudsat at hiint Belöb er forfaldet til Betaling, inden Betalingstiden efter Vexlen indtræder. Ogsaa uden for Handelsstanden finder en lignende Forpligtelse Sted, saafremt det forhen har været Brug mellem Trassenten og Trassatus, at den Förste inddrog sit Tilgodehavende hos den Sidste ved Vexel, og intet siden er foregaaet, som viste, at denne ei længere vilde afgiöre sin Gield paa denne Maade. Dersom en Trassatus i de Tilfælde, hvor han er pligtig at acceptere Vexlen, vægrer sig derfor, bliver han ansvarlig for al deraf flydende Skade.

§. 22.

Naar i Vexlen er paaberaabt Advis, saa bör Trassatus ikke acceptere, förend han har modtaget samme. Giör han herimod, er det paa hans egen Risico.

§. 23.

Har Advisbrevet været betroet Remittenten, saa skal denne ogsaa sörge for, at det betimelig kommer Trassatus til Hænde, eller have Skade for Hjemgjeld.

§. 24.

Naar en Vexel accepteres, tegnes dette paa Vexlen selv med Navns Underskrivt. Hvis Vexlen lyder

dazu schuldig, sondern im Handelsstande soll derjenige, welcher Geld von einem Andern in Händen hat, demselben verpflichtet seyn, den Wechsel, welcher dafür auf ihn gezogen wird, zu acceptiren, vorausgesetzt, daſs jener Betrag zur Zahlung verfallen ist, ehe die Zahlungszeit nach dem Wechsel eintrit. Auch ausser dem Handelsstande findet eine gleiche Verpflichtung statt, soweit es vorher zwischen dem Trassanten und Trassaten Brauch gewesen ist, daſs der Erstre sein Guthaben bey dem Letztern durch Wechsel einzog, und später nichts vorgegangen ist, welches zeigte, daſs dieser seine Schuld nicht ferner auf diese Weise abbezahlen wollte. Wenn ein Trassat in den Fällen, wo er verpflichtet ist, den Wechsel zu acceptiren, sich dessen weigert, wird er für allen daraus entstehenden Schaden verantwortlich.

§. 22.

Wenn im Wechsel sich auf einen Avis bezogen ist, soll der Trassat nicht acceptiren, ehe er denselben empfangen hat. Handelt er hiegegen, so geschieht dieſs auf seine eigne Gefahr.

§. 23.

Ist der Avisbrief dem Remittenten anvertraut worden, so soll dieser auch dafür sorgen, daſs er dem Trassaten zeitig zu Händen kommt, oder den Schaden selbst zu tragen haben.

§. 24.

Wenn ein Wechsel acceptirt wird, so wird dieſs auf den Wechsel selbsten mit Namensunterschrift

« efter Sigt », bör Acceptationsdagen nævnes. Ellers er Acceptanten pligtig at betale, som om det var en a dato Vexel. Saafremt Vexlen skal betales paa et andet Sted, end Trassati Boepæl, skal den tillige domicilieres, det er, der skal nævnes en Person, der paa det bestemte Sted skal sörge for Betalingen.

§. 25.

Trassatus kan acceptere Vexlen for en Deel af den Sum, hvorpaa den lyder; dog bör Præsentanten da lade protestere for det Manglende. Men tilföier Trassatus ellers noget Vilkaar uden Præsentantens Samtykke, betragtes dette Vilkaar som uskrevet. Naar Præsentanten samtykker i sligt Vilkaar, hvilket maa antages, naar han ei lader Vexlen protestere, bör han, eller, dersom han kun er Fuldmægtig, hans Mandant, mod Regres til ham, bære al deraf opstaaende Skade.

§. 26.

Efterat Trassatus eengang har tegnet Accept paa en Vexel, er han derved uigjenkaldelig forbunden, uden at han, ved at overstryge Accepten, kan hæve denne sin Forpligtelse.

geschrieben. Wenn der Wechsel «nach Sicht» lautet, muſs der Acceptationstag benannt werden. Sonst ist der Acceptant schuldig zu zahlen, als wenn es ein a dato-Wechsel wäre. Falls der Wechsel an einem andern Platze, als des Trassaten Wohnplatze, bezahlt werden soll, soll er zugleich domicilirt werden, das ist, es soll eine Person benannt werden, welche an dem bestimmten Platze für die Bezahlung sorgen soll.

§. 25.

Der Trassat kann den Wechsel für einen Theil der Summe acceptiren, worauf er lautet; doch muſs der Präsentant alsdann für das Fehlende protestiren lassen. Fügt aber der Trassat ausserdem eine Bedingung ohne des Präsentanten Einwilligung hinzu, so wird diese Bedingung als ungeschrieben betrachtet. Wenn der Präsentant in solche Bedingungen einwilligt, welches anzunehmen ist, wenn er den Wechsel nicht protestiren läſst, so muſs er, oder, wenn er nur ein Bevollmächtigter ist, sein Mandant, gegen Regreſs an ihn, allen daraus entstehenden Schaden tragen.

§. 26.

Nachdem der Trassat einmal eine Acceptation auf einen Wechsel geschrieben hat, ist er dadurch unwiderruflich verbunden, ohne daſs er, durch Ausstreichen der Acceptation, diese seine Verpflichtung aufheben kann.

§. 27.

Ligesom det paaligger Ihændehaveren af en Vexel, der er stilet a dato, at sörge for dens saa betimelige Tilstædeværelse, at den ei alene kan være præsenteret inden Forfaldsdagen, men og i fornödent Fald i det seneste paa denne Dag protesteret saaledes er Ihændehaveren, naar Vexlen lyder paa Sigt (ved eller efter Sigt), pligtig at afsende den saa betimeligt, at den inden den i fölgende §. bestemte Tid kan være præsenteret for Trassatus.

§. 28.

En Vexel, lydende paa at betales ved Sigt eller en vis Tid efter Sigt, skal være præsenteret til Betaling eller Accept inden 3 Maaneder, hvis den er trukket fra et Sted her i Riget eller i Vore Hertugdømme, og, hvis den er trukket fra et udenrigsk Sted, inden 6 Maaneder, alt fra dens Udstædelse. Dog undtages herfra Vexler, som trækkes paa eller fra Island eller Færöerne, eller fra eller paa Pladser uden for Europa, for hvilke Vexler Tiden forlænges til 1 Aar, og forsaavidt Vexlen er trukket paa Vore ostindiske Besiddelser eller derfra paa Vore europæiske Lande, til 2 Aar.

§. 29.

Trassatus er pligtig inden 24 Timer at erklære sig, om han vil acceptere eller ikke. Dersom han

§. 27.

So wie es dem Inhaber eines Wechsels, der a dato gestellt ist, obliegt, dafür zu sorgen, daſs er so zeitig an Ort und Stelle sey, daſs er nicht allein innerhalb des Verfalltages präsentirt, sondern auch nöthigenfalls aufs späteste an diesem Tag protestirt werden könne, so ist der Inhaber, wenn der Wechsel auf Sicht (bei oder nach Sicht) lautet, verpflichtet, ihn so zeitig abzusenden, daſs er innerhalb der im folgenden §. bestimmten Zeit dem Trassaten präsentirt werden könne.

§. 28.

Ein Wechsel, der bey Sicht, oder eine gewisse Zeit nach Sicht zahlbar lautet, soll zur Bezahlung oder Acceptation vorgezeigt werden, innerhalb 3 Monaten, wenn er von einem Orte hier im Reiche oder in Unsern Herzogthümern gezogen ist, und innerhalb 6 Monaten, wenn er von einem auswärtigen Orte gezogen ist, Alles vom Tage der Ausstellung desselben. Doch sind hiervon die Wechsel ausgenommen, welche auf, oder von Island oder den Färöern, oder von oder auf Plätze ausserhalb Europa gezogen werden, für welche Wechsel die Zeit auf ein Jahr, und, sofern der Wechsel auf Unsere Ostindischen Besitzungen oder von da auf Unsere Europäischen Lande gezogen ist, auf 2 Jahre verlängert wird.

§. 29.

Der Trassat ist verpflichtet, sich innerhalb 24 Stunden zu erklären, ob er acceptiren will, oder

ikke inden fornævnte 24 Timer accepterer, bör Vexlen inden andre 24 Timer protesteres de non acceptatione, hvilket ogsaa i det Tilfælde, Vexlen accepteres, men kun for en Deel af den Sum, samme lyder paa, bör skee for den övrige Deel. Dog skal det, hvis Præsentationen er foregaaet tidligere end det, efter Bestemmelserne i §§ 27. og 28., var nödvendigt, være nok, at Protesten iværksættes inden den i fornævnte §§. fastsatte Tid.

Saafremt den Tid, hvorpaa Erklæring eller Vexlens Protest skulde foregaae, indtræffer en Sön- eller Helligdag, saa gives Udsættelse til den nærmest fölgende Sögnedag.

Hvis Trassatus bekjender sig til den mosaiske Troe, kan Vexlens Acceptation ei forlanges af ham en Löverdag eller anden efter hans Religion hellig Dag, og da gives ligeledes Udsættelse til næstfölgende Sögnedag.

§. 30.

Protesten udföres af Notarius publicus eller den Embedsmand, som, efter Loven og Anordningerne, udförer Notarialforretninger. Skulde det Tilfælde indtræffe, at saadan Embedsmands Assistence ei i betimelig Tid kunde haves, saa kunne to lovfaste Vidner bruges til denne Forretning.

§. 31.

Mundtlig Reqvisition til den eller dem, der

nicht. Wenn er nicht innerhalb der vorgedachten 24 Stunden acceptirt, so muſs der Wechsel binnen andrer 24 Stunden de non acceptatione protestirt werden, welches auch, im Fall zwar der Wechsel acceptirt wird, aber nur für einen Theil der Summe, auf die er lautet, für den übrigen Theil geschehen muſs. Doch soll es, wenn die Präsentation zeitiger geschehen ist, als nach den Bestimmungen der §§. 27. und 28. nothwendig war, genug seyn, daſs der Protest in der in vorgedachten §§. bestimmten Zeit errichtet wird.

Wenn die Zeit, worin die Erklärung oder der Protest des Wechsels geschehen sollte, auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, so wird Anstand bis zum nächstfolgenden Werktage gegeben.

Wenn der Trassat sich zum mosaischen Glauben bekennt, kann die Acceptation des Wechsels von ihm nicht an einem Sonnabend, oder andern Feiertage seiner Religion verlangt werden, und es wird dann ebenfalls Anstand bis zum nächstfolgenden Werktage gegeben.

§. 30.

Der Protest wird von einem öffentlichen Notar errichtet, oder von dem Beamten, der, nach dem Gesetze und den Verordnungen, Notarial-Acten errichtet. Sollte es der Fall seyn, daſs der Beistand dieses Beamten nicht in der gehörigen Zeit zu haben wäre, so können zwei rechtsbeständige Zeugen zu diesem Act gebraucht werden.

§. 31.

Mündliche Requisition an den, oder die, welche

skulle optage Protesten, tilligemed Overlevering af Vexlen, er tilstrækkelig.

§. 32.

Protesten skal optages i Tidslöbet fra Kl. 8. om Morgenen til Kl. 8 om Aftenen, og bör, foruden en fuldstændig Gjenpart af Vexlen og alle paa samme giorte Paategninger, indeholde Tiden og Stedet, da Forretningen er iværksat. Saa bör det og bemærkes, om Vexlen er bleven foreviist Trassatus selv, eller for hvilken anden Person, der er blevet truffen paa hans Bocpæl eller Handelscomptoir, Foreviisningen er skeet, samt hvad Erklæring, der af Trassatus eller den i hans Sted antrufne Person er afgivet. Ogsaa, naar Trassatus aldeles ikke er at finde, og intet Etablissement har paa Stedet, bliver Protest at optage, som da kan skee paa Notarialcomptoiret.

§. 33.

Dersom Trassatus, under Protesten, anmoder Præsentanten om igien at melde sig til eller inden Forfaldstiden, saa er denne dog ikke dertil forpligtet, ligesom han ikke er berettiget til, paa Grund deraf, at utsætte hvad der nedenfor foreskrives om de Præsentanten efter passeret Protest paaliggende Pligter.

§. 34.

Om Protesten bör Præsentanten give Enhver, hos hvem han vil söge sin Betaling, Underretning

den Protest aufnehmen sollen, zugleich mit Ueberlieferung des Wechsels, ist hinreichend.

§. 32.

Der Protest soll in der Zeit von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends aufgenommen werden, und mufs, ausser einer vollständigen Abschrift des Wechsels und aller auf demselben befindlichen Aufschriften, die Zeit und den Ort enthalten, wo der Act geschehen ist. Gleichermafsen mufs bemerkt werden, ob der Wechsel dem Trassaten selbst vorgezeigt worden ist, oder welcher andern Person, die in seiner Wohnung oder seinem Handelscomptoir angetroffen worden, die Vorzeigung geschehen ist, sammt der Erklärung, welche von dem Trassaten oder der an seiner Stelle angetroffnen Person abgegeben worden. Auch, wenn der Trassat durchaus nicht zu finden ist und kein Etablissement an dem Orte hat, ist Protest aufzunehmen, was dann auf dem Notariatscomptoir geschehen kann.

§. 33.

Wenn der Trassat bei dem Proteste dem Präsentanten zumuthet, sich zu oder vor der Verfallzeit wieder zu melden, so ist dieser dennoch nicht dazu verpflichtet, gleichwie er nicht berechtigt ist, aus diesem Grunde, dasjenige auszusetzen, was unten in Betreff der dem Präsentanten nach errichtetem Proteste obliegenden Pflichten vorgeschrieben wird.

§. 34.

Vom Proteste mufs der Präsentant Jedem, bey dem er seine Bezahlung suchen will, binnen 24

inden 24 Timer, hvis denne boer paa Stedet, og ellers med förste Post, som afgaaer efter 24 Timers Forlöb; og dersom han kun er Fuldmægtig, haver han med samme Post, eller hvis Protesten ei inden dens Afgang er blevet expederet, med næste Post derefter, at tilsende sin Mandant den modtagne Vexel med Protest. Den Endossent, til hvem Præsentanten har henvendt sig, er aldeles paa samme Maade forpligtet til at give Underretning til den eller dem af hans Formænd, til hvem han vil holde sig om Betaling.

§. 35.

Tager Præsentanten nogen Forsömmelse i hvad der er foreskrevet med Hensyn til Vexlens Præsentation, eller Protesten, eller dennes Kundgiörelse for Vedkommende, har han forbrudt sin Vexelret og derunder al sin Tiltale imod Endossenterne. Dog beholder Vexlen sin Gyldighed imod Trassenten, som simpelt Gieldsbrev, saafremt det kan oplyses, at han ikke ved den begaaede Forsömmelse har lidt noget Tab med Hensyn til sit Mellemværende med Trassatus.

§. 36.

Dersom Trassatus efter optagen Protest, men dog medens Præsentanten endnu har Vexlen i Hænde, tilbyder at acceptere, bör dette tilstædes ham, imod at han betaler Protestens Omkostninger, saavelsom og de övrige Udgivter, Præsentanten maatte

Stunden Nachricht geben, wenn dieser an dem Orte wohnt, und ausserdem mit der ersten Post, welche nach Verlauf von 24 Stunden abgeht; und wenn er nur Bevollmächtigter ist, hat er mit derselben Post, oder, wenn der Protest nicht vor deren Abgang ausgefertigt worden ist, mit nächster Post danach, seinem Gewaltgeber den erhaltenen Wechsel mit Protest zuzusenden. Der Indossant, an den sich der Präsentant gewandt hat, ist ganz auf dieselbe Weise verpflichtet, dem oder denen seiner Vormänner, an die er sich wegen der Bezahlung halten will, Nachricht zu geben.

§. 35.

Läſst sich der Präsentant eine Versäumniſs in dem, was in Bezug auf die Präsentation des Wechsels, oder den Protest, oder dessen Bekanntmachung an die Betheiligten vorgeschrieben ist, zu Schulden kommen, so hat er sein Wechselrecht verwirkt und damit allen seinen Anspruch an die Indossanten. Doch behält der Wechsel seine Gültigkeit gegen den Trassanten als bloſser Schuldschein, falls dargethan werden kann, daſs er durch die Statt gefundne Versäumniſs keinen Schaden in Hinsicht auf sein Verhältniſs zu dem Trassaten gelitten hat.

§. 36.

Wenn der Trassat nach aufgenommenem Proteste, aber doch während der Präsentant den Wechsel noch in Händen hat, sich erbietet zu acceptiren, muſs es ihm gestattet werden, gegen Bezahlung der Protestkosten, so wie der übrigen Ausgaben, die

have giort for at skaffe sig eller andre Vedkommende Sikkerhed mod Trassanten eller nogen Endossent. Saafremt Vexlen löd paa Sigt, bör Accepten indrettes saaledes, at Vexlen ikke faaer længere Tid at löbe, end om den var blevet accepteret ved förste Præsentation. Hvis Trassatus, efter vægret Accept, vil betale til Forfaldstid, bör dette og, under de ovenanförte Forudsætninger, tilstædes ham.

§. 37.

Dersom Vexlen er forsynet med Nödsaddresser, saa er Vexlens Ihændehaver, i Tilfælde af at Trassatus nægter Accept, pligtig at lade Vexlen præsentere for den eller de Personer, som i saa Henseende ere opgivne. Ere der flere Nödsadresser, bör den foretrækkes, som gaaer ud paa at acceptere for Trassenten, og derefter den, i hvis Fölge Accept skulde gives for den tidligste Endossent. Saafremt den eller de, til hvem Vexlen saaledes er addresseret, nægte Accept, bliver Vexlen for ham eller dem at protestere og Vedkommende derom at underrette.

§. 38.

Men dersom Nogen, der ikke er nævnt paa Vexlen, vil, efterat Acceptationen af Vedkommende er nægtet, acceptere den for Regning af Trassenten eller nogen af Endossenterne (per onore, ved Interven-

der Präsentant gehabt haben sollte, um sich oder andern Betheiligten Sicherheit gegen den Trassanten oder einen Indossanten zu verschaffen. Wenn der Wechsel auf Sicht lautete, muſs die Acceptation so eingerichtet werden, daſs der Wechsel keine längere Zeit zu laufen bekommt, als wenn er bei der ersten Präsentation acceptirt worden wäre. Wenn der Trassat, nach verweigerter Acceptation, zur Verfallzeit bezahlen will, so muſs ihm dieſs auch, unter obengedachten Voraussetzungen, zugestanden werden.

§. 37.

Wenn der Wechsel mit Nothadressen versehen ist, so ist der Wechselinhaber, im Fall der Trassat die Acceptation verweigert, verpflichtet, den Wechsel dem oder denen präsentiren zu lassen, welche in dieser Hinsicht angegeben sind. Sind mehrere Nothadressen da, so muſs diejenige vorgezogen werden, welche für den Trassanten zu acceptiren beabsichtigt, und danach diejenige, derzufolge die Acceptation für den frühesten Indossanten geschehen soll. Wenn der, oder die, an welche der Wechsel so adressirt ist, die Acceptation verweigern, ist der Wechsel bei ihm oder ihnen zu protestiren und den Betheiligten davon Nachricht zu geben.

§. 38.

Wenn aber Einer, der auf dem Wechsel nicht genannt ist, nachdem die Acceptation von den betreffenden Personen verweigert ist, ihn für Rechnung des Trassanten, oder eines der Indossanten

tion), hvilken Accept medförer de samme Pligter for ham, som den vilde havt for Trassatus, saa er Vexlens Ihændehaver ikke pligtig at tilstæde det. Antager han en saadan Intervention, saa er han derved ikke fritaget for de Pligter, som ere ham foreskrevne med Hensyn paa Protesten og den Underretning, som derom bör gives Vedkommende. I det Tilfælde, hvor Trassatus nægter Accept, fordi Trassenten har contramanderet samme, er det aldeles ikke tilladt at antage Intervention paa Trassentens Vegne. Derimod kan det altid tilstædes, at en anden accepterer tilligemed Trassatus eller den, som ifölge Nödsadresse er denne substitueret. Den, der saaledes tiltræder, er solidarisk forpligtet med den förste Acceptant.

§. 39.

Dersom Intervenienten strax vil betale den fulde Sum, Vexlen lyder paa, bör samme i alle Tilfælde modtages, forudsat, at Vexlens Ihændehaver har en saadan Adkomst til den, at han er berettiget til at modtage Belöbet.

§. 40.

Naar en protesteret Vexel indfries per onore, saa udleveres tilligemed Vexlen Protesten til Intervenienten, der da har Regres efter Vexelret til den, han har accepteret for, og alle dennes Formænd,

(per onore, durch Intervention) acceptiren will, — welche Acceptation ihm dieselben Pflichten auferlegt, die sie dem Trassaten auferlegt hätte, — so ist der Inhaber des Wechsels nicht verpflichtet, es zu gestatten. Nimmt er eine solche Intervention an, so ist er dadurch nicht von den Pflichten befreit, die ihm in Hinsicht auf den Protest und die den Betheiligten davon zu gebende Nachricht vorgeschrieben sind. Im Falle der Trassat die Acceptation verweigert, weil der Trassant dieselbe contramandirt habe, ist es durchaus nicht erlaubt, eine Intervention für den Trassanten anzunehmen. Dagegen kann es immer gestattet werden, dafs ein Andrer mit dem Trassaten, oder dem, welcher zufolge der Nothadresse ihm substituirt ist, zugleich acceptire. Der, welcher so hinzutrit, ist solidarisch mit dem ersten Acceptanten verpflichtet.

§. 39.

Wenn der Intervenient die volle Summe, worauf der Wechsel lautet, sogleich bezahlen will, so mufs sie in allen Fällen angenommen werden, vorausgesetzt, dafs der Inhaber des Wechsels ein solches Recht auf denselben hat, dafs er berechtigt ist, den Betrag zu empfangen.

§. 40.

Wenn ein protestirter Wechsel per onore eingelöst wird, so wird zugleich mit dem Wechsel der Protest an den Intervenienten ausgeliefert, der alsdann Regrefs nach Wechselrecht an den, für wel-

dog at Forskriverne angaaende betimelig Underretning om Protesten af ham ere fyldestgiorte.

§. 41.

Dersom Trassatus selv per onore vil acceptere Vexlen enten paa Trassentens egen Regning, naar Vexlen er trukken for nogen andens Regning, eller for en af Endossenterne, saa skal Accepten modtages, dog at §. 37. iagttages, forsaavidt der ere Nödsaddresser fra Trassenten eller en tidligere Endossent. Iövrigt betragtes Trassatus i det foranförte Tilfælde som en anden Intervenient, hvoraf fölger, at Vexlen ligefuldt bör protesteres og Vedkommende derom underrettes.

§. 42.

Saafremt Trassatus, efter at Vexlen er bleven protesteret og siden accepteret per onore, endnu vil acceptere den i Overeensstemmelse med dens Indhold, saa bör Acceptanten per onore, saavelsom Præsentanten lade dette skee, og den Förste udslette sin Accept, med mindre der alt om det Passerede er meddeelt Efterretning til nogen af dem, som ved Vexlen ere interesserede.

§. 43.

Intervenienten bör altid ved Acceptationen bemærke, for hvis Regning han accepterer; ellers antages det at være for Trassentens.

chen er acceptirte, und an alle Vormänner desselben hat; sofern nämlich die Vorschriften, welche die zeitige Nachrichtgebung von dem Protest betreffen, durch ihn erfüllt sind.

§. 41.

Wenn der Trassat selbst den Wechsel per onore acceptiren will, entweder für des Trassanten eigene Rechnung, falls der Wechsel für eines Andern Rechnung gezogen ist, oder für einen der Indossanten, so soll die Acceptation angenommen werden, doch unter Beachtung des §. 37, sofern Nothadressen von dem Trassanten oder einem frühern Indossanten vorhanden sind. Uebrigens wird der Trassat im angeführten Falle wie ein andrer Intervenient betrachtet, woraus folgt, daſs der Wechsel gleichermaſsen protestirt und den Betheiligten davon Nachricht gegeben werden muſs.

§. 42.

Wenn der Trassat, nachdem der Wechsel protestirt und später per onore acceptirt worden ist, ihn noch in Uebereinstimmung mit dem Inhalte desselben acceptiren will, so muſs der Acceptant per onore, so wie der Präsentant, es geschehen lassen, und Ersterer seine Acceptation ausstreichen, wenn nicht bereits von dem Geschehnen an einen von denen, welche bei dem Wechsel betheiligt sind, Nachricht ertheilt worden ist.

§. 43.

Der Intervenient muſs immer bei der Acceptation bemerken, für wessen Rechnung er acceptirt.

§. 44.

Saasnart en Vexel behörigen er protesteret de non acceptatione, er dens Eier berettiget til at fordre Betaling af Trassenten eller Endossenterne, uden at være pligtig til at oppebie den Tid, som i Vexlen maatte være bestemt. Han kan blandt alle dem, der have paadraget sig Vexelforpligtelse, holde sig til hvem han vil, uden deri at være bunden til nogen vis Orden, eller at tabe sin Regres til dem, der senest have tiltraadt, fordi han först har sögt de foregaaende Interessentere. Men har han tilladt nogen at udslette sit Navn, saa befries derved alle de, som ere efter denne.

§. 45.

Foruden Vexlens egentlige Belöb bör Trassenten eller enhver anden, imod hvem Tiltale efter Vexelret haves for en protesteret Vexel, tilsvare ½ pro Cent for Provision og Courtage foruden Protest-Omkostninger, Brevporto og Udgivter med Stempling, hvor disse finde Sted. Ligeledes er Debitor pligtig fra Forfaldsdagen at betale Renter 1 pro Cent om Maaneden i de förste 6 Maaneder og siden ½ pro Cent maanedlig. Vexlen bör altid indfries med den Pengesort, hvorpaa samme lyder.

Ausserdem wird angenommen, daſs es für Rechnung des Trassanten geschehe.

§. 44.

Sobald ein Wechsel gehörig de non acceptatione protestirt ist, ist dessen Inhaber berechtigt, von dem Trassanten oder den Indossanten Bezahlung zu fordern, ohne verpflichtet zu seyn, die Zeit abzuwarten, welche in dem Wechsel bestimmt seyn sollte. Er kann sich unter allen denjenigen, welche sich der Wechselverpflichtung unterzogen haben, halten, an wen er will, ohne darin an eine gewisse Ordnung gebunden zu seyn, oder, weil er zuerst die vorhergehenden Betheiligten angegangen hat, seinen Regreſs an die zu verlieren, welche zuletzt hinzugetreten sind. Hat er aber Einem erlaubt, seinen Namen auszustreichen, so werden dadurch alle die befreyt, welche nach diesem stehen.

§. 45.

Ausser dem eigentlichen Belaufe des Wechsels muſs der Trassant, oder jeder Andre, an den man nach Wechselrecht für einen protestirten Wechsel Anspruch hat, $\frac{1}{2}$ Procent für Provision und Courtage, ausser Protestkosten, Briefporto und Ausgaben für Stempel, wo diese Statt finden, bezahlen. Eben so ist der Schuldner verbunden, vom Verfalltage an 1 Procent Zinsen monatlich, in den ersten 6 Monaten, und später $\frac{1}{2}$ Procent monatlich zu bezahlen. Der Wechsel muſs immer mit der Geldsorte eingelöst werden, worauf er lautet.

§. 46.

Med Hensyn til de paa Vore vestindiske Öer trukne Vexler, som komme tilbage med Protest de non acceptatione, bliver der at forholde efter Rescriptet af 22de September 1769 og Placaten af 8de November 1799.

§. 47.

Naar Acceptanten af en Vexel giör Opbud eller Fallit förend Forfaldstiden, saa kan den strax protesteres, som om den ikke var accepteret.

§. 48.

Naar en Vexel lyder paa Maaneder, saa forfalder den samme Dag i Maaneden, som den er accepteret, eller a dato udstædt, uden Hensyn til Maanedernes forskiellige Dagetal. Altsaa er en den 28de Februar udstædt paa 2 Maaneder a dato lydende Vexel forfalden den 28de April. Men dersom det Datum, hvorfra der skal regnes, ikke findes i den Maaned, hvori Vexlen forfalder, bliver den sidste Dag i Maaneden den rette Forfaldsdag; altsaa vil den 28de Februar eller i Skudaar den 29de Februar være rette Forfaldsdag for en 2 Maaneders Vexel fra 29de, 30te eller 31te December. Hvor Vexlen nævner ½ Maaned, regnes samme altid for 15 Dage.

§. 49.

Lyder Vexlen paa Dage, saa regnes disse fra Udstædelses- eller Acceptationsdagen af til Forfalds-

§. 46.

Hinsichtlich der auf Unsern Westindischen Inseln gezogenen Wechsel, welche mit Protest de non acceptatione zurückkommen, hat man sich fernerhin nach dem Rescripte vom 22ten September 1769 und dem Placate vom 8ten November 1799 zu verhalten.

§. 47.

Wenn der Acceptant eines Wechsels vor der Verfallzeit bonis cedirt oder fallirt, so kann dieser sogleich protestirt werden, als wenn er nicht acceptirt wäre.

§. 48.

Wenn ein Wechsel auf Monate lautet, so verfällt er an demselben Tage im Monat, wo er acceptirt, oder a dato ausgestellt ist, ohne Rücksicht auf die verschiedene Tagezahl der Monate. Also ist ein den 28ten Februar ausgestellter auf 2 Monate a dato lautender Wechsel den 28ten April verfallen. Wenn aber das Datum, von welchem an gerechnet werden soll, sich in dem Monat, worin der Wechsel verfällt, nicht findet, so ist der letzte Tag im Monat der rechte Verfalltag; also wird der 28te Februar oder, in Schaltjahren, der 29te Februar der rechte Verfalltag für einen Zwei-Monatwechsel vom 29ten, 30ten oder 31ten December seyn. Wenn der Wechsel auf ½ Monat lautet, wird dieser immer für 15 Tage gerechnet.

§. 49.

Lautet der Wechsel auf Tage, so werden diese vom Ausstellungs- oder Acceptationstage an bis zum

dagen, begge inclusive, samt med Indbegreb af alle imidlertid indtræffende Sön- og Helligdage.

§. 50.

Paa Betalingsdagen haver den, som med Ret til at inddrive Belöbet har Vexlen i Hænde, at kræve Betaling hos Acceptanten mod Vexlens Udlevering med paategnet Qvittering.

§. 51.

Dersom Acceptanten betaler en Vexel inden Forfaldstiden, er han ansvarlig i Tilfælde, at det siden skulde vise sig, at Betalingen var skeet til en uretmæssig Besidder, og det uagtet ingen synlig Feil fandtes hos Vexlen.

§. 52.

Efter Forfaldsdagen tilkommer der Acceptanten 8 Löbedage. Dersom han ikke inden Udlöbet af denne Frist indfrier Vexlen, kan Ihændehaveren endnu oppebie den anden Dag derefter, men, saafremt Betaling ei imidlertid erlægges, paaligger det ham inden fornævnte 2 Dages Udlöb, at lade Vexlen protestere de non solutione.

§. 53.

Dersom den sidste af de Acceptanten forundte Löbedage er en Helligdag, saa bör Vexlen betales nærmest foregaaende Sögnedag. Hörer Acceptanten

Verfalltage, beide einschliefslich, auch mit Inbegriff aller dazwischen fallenden Sonn- und Feiertage, gerechnet.

§. 50.

Auf den Zahlungstag hat der, welcher, mit dem Rechte den Betrag einzufordern, den Wechsel in Händen hat, Bezahlung bei dem Acceptanten gegen Auslieferung des Wechsels mit darauf gesetztem Acquit zu fordern.

§. 51.

Wenn der Acceptant einen Wechsel vor der Verfallzeit bezahlt, ist er verantwortlich, im Fall sich später finden sollte, dafs die Bezahlung an einen unrechtmässigen Besitzer geschehen war, und zwar ungeachtet sich kein sichtbarer Fehler an dem Wechsel fand.

§. 52.

Nach dem Verfalltage kommen dem Acceptanten 8 Respittage zu. Wenn er nicht vor Ablauf dieser Frist den Wechsel einlöst, kann der Inhaber noch den andern Tag danach abwarten. Wenn aber die Zahlung mittlerweile nicht erlegt wird, liegt ihm ob, vor Ablauf der gedachten 2 Tage den Wechsel de non solutione protestiren zu lassen.

§. 53.

Wenn der letzte der dem Acceptanten gestatteten Respittage ein Feiertag ist, so mufs der Wechsel am letztvorhergehenden Werktage bezahlt wer-

til et Religions-Samfund, der har andre hellige Dage end de i Landets Love hjemlede, kan der dog ikke, paa Grund heraf, tilkomme ham nogen Udsættelse med Betalingen.

§. 54.

Naar den anden af de Vexel-Ihændehaveren, til Protestens Foretagelse ved §. 52 tilstaaede Respitdage falder paa en Sön- eller Helligdag, saa bliver Protesten at foretage den nærmest foregaaende Sögnedag, og det uagtet denne maatte höre til de Acceptanten efter §. 52 tilkommende Löbedage.

§. 55.

A vista Vexler skulle betales inden 24 Timer efter Præsentationen.

§. 56.

Med Protesten de non solutione forholdes for Resten i alle Maader, som med Protest de non acceptatione. Den bliver, hvis Vexlen er accepteret til Betaling paa et andet Sted end det, hvor Acceptanten boer, at foretage paa det Sted, hvor Betalingen saaledes skulde skee. Saafremt noget forsömmes enten med Hensyn til dens Iværksættelse eller den Underretning, som, i Overeensstemmelse med hvad der i §. 34 er foreskrevet, bör gives Vedkommende, saa har det de samme Fölger, hvad Trassenten og Endossenterne angaaer, som om Forsömmelsen var begaaet med Hensyn til Protest de non

den. Gehört der Acceptant zu einem Religionsverein, der andre Feiertage hat, als die in den Landesgesetzen begründeten, so kann ihm doch auf diesen Grund kein Zahlungsaufschub zu Statten kommen.

§. 54.

Wenn der andre der dem Wechsel-Inhaber zur Aufnahme des Protestes durch §. 52. zugestandenen Respittage auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, so ist der Protest an dem zunächst vorhergehenden Werktag aufzunehmen, und zwar ungeachtet dieser zu den dem Acceptanten nach §. 52. zustehenden Respittage gehören sollte.

§. 55.

A vista lautende Wechsel sollen innerhalb 24 Stunden nach der Präsentation bezahlt werden.

§. 56.

Mit dem Proteste de non solutione wird es übrigens in jeder Hinsicht wie mit dem Protest de non acceptatione gehalten. Er ist, wenn der Wechsel zahlbar an einem andern Orte, als dem, wo der Acceptant wohnt, acceptirt ist, an dem Orte aufzunehmen, wo die Bezahlung solchermaſsen geschehen sollte. Wenn etwas versäumt wird, entweder in Betreff der Errichtung desselben, oder der Nachricht, die nach dem, was in §. 34. vorgeschrieben ist, den Betheiligten gegeben werden muſs, so hat es dieselben Folgen, so viel den Trassanten und die Indossanten betrifft, als wenn die Versäumniſs in

acceptatione; dog beholder Vexel-Eieren sin Ret imod Acceptanten.

§. 57.

Dersom der ere tegnede Nödsadresser paa Vexlen, saa skal Ihændehaveren, skiöndt Accept er givet af Trassatus selv, dog, naar Betaling ei i Tide af denne er erlagt, henvende sig til den eller de Personer, der saaledes ere substituerede, for at erfare, om Betaling derved bliver at erholde, og i manglende Fald lade optage Protest i saa Henseende; hvilket dog ikke fritager ham fra paa behörig Maade at lade protestere hos Acceptanten og derom give Vedkommende befalet Underretning. Iövrigt bör, hvis der ere flere Nödsadresser, den Orden iagttages, som §. 37 foreskriver.

§. 58.

Naar Acceptanten eller en Anden tilbyder Betaling af en Deel af Vexlens Belöb, saa skal Ihændehaveren modtage samme og derfor give Afskrivning paa Vexlen, men for det övrige Belöb lade optage Protest.

§. 59.

Naar Protest de non solutione er optaget, haver Vexeleieren de samme Rettigheder mod Trassenten og enhver Endossent, som i Tilfælde af Protest de non acceptatione efter §. 44 og §. 45, og kan da

Hinsicht auf den Protest de non acceptatione Statt gefunden hätte; doch behält der Wechsel-Inhaber sein Recht gegen den Acceptanten.

§. 57.

Wenn Nothadressen auf den Wechsel gesetzt sind, so soll der Inhaber, obschon die Acceptation von dem Trassaten selbst geschehen ist, doch, falls die Zahlung nicht zu rechter Zeit von diesem geleistet wird, sich an den oder diejenigen wenden, die solchergestalt substituirt sind, um zu erfahren, ob dadurch Bezahlung zu erhalten ist, und im entstehenden Fall deshalb Protest erheben lassen; was ihn jedoch nicht davon befreit, auf gehörige Weise bei dem Acceptanten protestiren zu lassen und davon den Betheiligten die vorgeschriebne Nachricht zu geben. Uebrigens mufs, wenn mehrere Nothadressen vorhanden sind, die Ordnung beobachtet werden, welche §. 37. vorschreibt.

§. 58.

Wenn der Acceptant oder ein Andrer Bezahlung eines Theils von dem Belaufe des Wechsels anbietet, soll der Inhaber sie annehmen und auf dem Wechsel abschreiben, für den übrigen Belauf aber Protest errichten lassen.

§. 59.

Wenn Protest de non solutione aufgenommen ist, hat der Wechseleigenthümer dieselben Rechte gegen den Trassanten und jeden Indossanten, wie im Fall des Protestes de non acceptatione nach §. 44 und 45.

tillige, om han finder for godt, holde sig til Acceptanten.

§. 60.

Ligesom det fölger af Sagens Natur, at enhver Endossent, der indfrier en protesteret Vexel, erhverver det Sögsmaal, som tilkom Vexlens forrige Eier, saavel mod Endossentens Formænd, som mod Acceptanten, saaledes tilkommer der og Trassenten, naar han har indfriet Vexlen, Vexelret mod Acceptanten. Dersom denne siger sig at have accepteret paa Credit, saa kan dette ei komme i Betragtning under den til Vexlens Indfrielse imod ham anlagte Sag, men han har at giöre sin Ret i saa Henseende gieldende ved et særskilt Sögsmaal.

§. 61.

Saafremt det Exemplar af Vexlen, hvorpaa Acceptcn findes, ikke tillige indeholder Besidderens Adkomst til at modtage Belöbet, saa bör, foruden dette Exemplar, ogsaa det, som indeholder hele Endossenternes Fölge, udleveres Acceptanten, naar denne betaler. Det samme gjelder og, naar en accepteret Vexel skal indfries af Trassenten, eller en Endossent, i hvilke Tilfælde tillige Protesten de non solutione bliver at udlevere.

§. 62.

Dersom et af bemeldte Exemplarer er forkommet, saa skal Acceptanten alligevel, paa Forlangende

und kann dann zugleich, wenn er es für gut findet, sich an den Acceptanten halten.

§. 60.

So wie aus der Natur der Sache folgt, daſs jeder Indossant, der einen protestirten Wechsel einlöst, das Klagrecht erwirbt, welches dem frühern Eigenthümer des Wechsels zustand, sowohl gegen die Vormänner des Indossanten, als gegen den Acceptanten, so kommt auch dem Trassanten, wenn er den Wechsel eingelöst hat, Wechselrecht gegen den Acceptanten zu. Wenn dieser sagt, er habe auf Credit acceptirt, so kann dieſs bei der auf Einlösung des Wechsels gegen ihn angestellten Klage nicht in Betracht kommen, sondern er hat sein desfallsiges Recht durch eine besondre Klage geltend zu machen.

§. 61.

Wenn das Exemplar des Wechsels, worauf die Acceptation steht, nicht zugleich den Rechtsgrund des Besitzers zur Empfangnahme des Betrages enthält, so muſs, ausser diesem Exemplare, auch dasjenige, welches die ganze Folge der Indossanten enthält, dem Acceptanten bei der Bezahlung ausgeliefert werden. Dasselbe gilt auch, wenn ein acceptirter Wechsel von dem Trassanten oder einem Indossanten eingelöst werden soll, in welchem Falle zugleich der Protest de non solutione auszuliefern ist.

§. 62.

Wenn eines der gedachten Exemplare abhanden gekommen ist, soll der Acceptant gleichwohl auf

af den, som beviislig har havt Vexlen i Hænde, eller præsenteret samme, deponere Belöbet i Nationalbanken i Kiöbenhavn, dog at den, der fordrer saadan Deposition, udreder enhver af Depositionen samt fra Steder udenfor Kiöbenhavn af Forsendelsen flydende Udgift; ligesom han og, inden han kan paastaae Summen sig udbetalt, enten maa tilveiebringe det savnede Exemplar, eller derpaa erhverve Mortification.

§. 63.

Naar en de non acceptatione protesteret Vexel fordres indfriet af Trassenten eller Endossenten, er det nok, at, tilligemed Protesten, det protesterede Exemplar af Vexlen, som det eneste, hvorefter Betaling kan fordres, udleveres.

§. 64.

Naar nogen af de Underskrivter, som findes paa en Vexel, fragaaes, saa kan den dog ligefuldt giöres gieldende mod de övrige Personer, som have tegnet deres Navne paa Vexlen. Dog bliver naturligviis den, som har giort sig skyldig i Mislighed, ansvarlig til alle dem, som derved have lidt Skade.

§. 65.

Den, som accepterer eller efter rette Forfaldstid udbetaler en Vexel, der er kommen i urigtige Hæn-

Verlangen dessen, welcher erweislich den Wechsel in Händen gehabt, oder denselben präsentirt hat, den Betrag bei der Nationalbank in Kopenhagen deponiren, doch dafs der, welcher diese Deposition fordert, jede aus der Deposition, desgleichen von Orten ausserhalb Kopenhagen die aus der Versendung entstehende Ausgabe bezahlt, so wie er auch, ehe er fordern kann, dafs ihm die Summe ausbezahlt werde, entweder das fehlende Exemplar herbeischaffen, oder eine Amortisation desselben erwirken mufs.

§. 63.

Wenn ein de non acceptatione protestirter Wechsel von dem Trassanten oder dem Indossanten eingelöst werden soll, ist es genug, zugleich mit dem Proteste das protestirte Exemplar des Wechsels, als das einzige, worauf Bezahlung gefordert werden kann, auszuliefern.

§. 64.

Wenn eine der Unterschriften, welche sich auf einem Wechsel finden, abgeläugnet wird, so kann er gleichwohl gegen die übrigen Personen geltend gemacht werden, die ihre Namen auf den Wechsel gesetzt haben. Doch bleibt natürlich der, welcher sich bei dem entstehenden Nachtheil schuldig gemacht hat, allen denen verantwortlich, welche dadurch Schaden gelitten haben.

§. 65.

Der, welcher einen Wechsel, der in unrechte Hände gekommen ist, acceptirt, oder nach der

der, bör ikke lide under den indlöbne Mislighed, naar Vexlen og dens Endossementer ere i behörig Form. Dog hvis han, inden Acceptationen, er af Vedkommende derom bleven underrettet, bör han ikke acceptere. Saafremt derimod Vexlen alt er accepteret, bör den, som paastaaer, at den er kommen i urette Hænder, og derfor vil forhindre dens Udbetaling til Ihændehaveren, giöre lovligt Forbud. Imidlertid bör Belöbet, naar det af nogen af de Paagieldende forlanges, deponeres i Nationalbanken, og de i saa Henseende fornödne Bekostninger indeholdes af Belöbet.

§. 66.

Disconto-Præmien skal fremdeles, som hidtil, være overladt til de Paagieldendes egen Overeenskomst, uden at den lovbestemte Rentefod derved kommer i Betragtning.

§. 67.

Hvo, som er forpligtet efter Vexelret og ikke strax kan betale, bör, efter Vexelcreditors Forlangende, uopholdeligen arresteres saavel paa Gods, som paa Person. Den, som er benaadet med et Privilegium, som fritager ham for Arrest, skal, ved at udstæde, acceptere, eller endossere Vexler, antages at have renonceret paa samme, ligesaa fuldt, som om han udtrykkelig havde fraskrevet sig slig Arrestfrihed. Dog, naar nogen har opgivet sit Boe, bör den Befrielse, som maatte være ham forundt,

richtigen Verfallzeit ausbezahlt, darf unter dem Statt gefundenen Nachtheile nicht leiden, wenn der Wechsel und die Indossamente in gehöriger Form sind. Doch wenn er vor der Acceptation von den Betheiligten davon unterrichtet worden ist, so soll er nicht accéptiren. Wenn dagegen der Wechsel schon acceptirt ist, so muſs der, welcher behauptet, daſs er in unrechte Hände gekommen sey, und deswegen die Ausbezahlung desselben an den Inhaber verhindern will, rechtlichen Einspruch thun. Inzwischen soll der Betrag, wenn es von einem der Interessenten verlangt wird, in der Nationalbank deponirt und die dadurch verursachten Unkosten vom Betrage einbehalten werden.

§. 66.

Die Disconto-Prämie soll künftig, wie bisher, der eigenen Uebereinkunft der Interessenten überlassen seyn, ohne daſs der gesetzlich bestimmte Zinsfuſs dabei in Betracht kommt.

§. 67.

Wer nach Wechselrecht verpflichtet ist und nicht sogleich bezahlen kann, soll nach des Wechselgläubigers Verlangen unverzüglich mit Vermögens- und Personalarrest belegt werden. Der, welcher mit einem Privilegium begnadigt ist, welches ihn von Arrest befreit, soll durch Ausstellung, Acceptirung oder Indossirung von Wechseln so angesehen werden, als habe er ihm entsagt, ganz eben so, als wenn er sich ausdrücklich dieser Arrestfreiheit begeben hätte.

til, uden Fare for Arrest, at kunne blive tilstæde, ogsaa gielde med Hensyn til Vexelgield.

§. 68.

Fogden bör, for at iværksætte foranförte Arrest ikke affordre Creditor nogen Sikkerhed, med mindre den Paagieldende benægter sin Underskrift, eller giör nogen anden Indsigelse, der under Vexelprocessen vil komme i Betragtning. Iövrigt bör Arresten strax forfölges til Tinge.

§. 69.

Sager, som anlægges imod Trassenter, Endossenter eller Acceptanter af Vexler til sammes Indfrielse, undtages fra at behandles ved Forligelses-Commissionen. Under en saadan Sag kan, foruden de Indvendinger, som gaae ud paa selve Vexlens Indretning og Indhold, eller den til Vexelfordringens Vedligeholdelse foreskrevne Omgangsmaade, ingen anden Indsigelse komme i Betragtning, end den, at den Indstævntes Underskrivt er urigtig, eller at han ikke ved sammes Meddelelse var mægtig og myndig til saaledes at forbinde sig, eller at der i Vexelbrevets Indhold, efterat han meddeelte sin Underskrivt, er foregaaet nogen Forfalskning. Dog bör andre Indsigelser, hvorpaa den Indstævnte er sindet at grunde et Regressögsmaal, opgives, eller i det mindste forbeholdes. Det paaligger ikke Sagsögeren, med Hensyn til deslige forbeholdte Indsigelser, at stille no-

Wenn jedoch jemand bonis cedirt hat, soll die Befreiung, welche ihm vergönnt seyn möchte, ohne Gefahr von Arrest anwesend zu bleiben, auch in Hinsicht auf Wechselschuld gelten.

§. 68.

Der Vogt soll, um den gedachten Arrest ins Werk zu setzen, dem Gläubiger keine Sicherheit abfordern, wenn nicht der Beklagte seine Unterschrift läugnet oder eine andre Einrede, die in dem Wechselprocesse in Betracht kommen wird, vorbringt. Uebrigens soll der Arrest sogleich bei Gerichte prosequirt werden.

§. 69.

Klagen, welche gegen Trassanten, Indossanten oder Acceptanten von Wechseln zu deren Einlösung angestellt werden, sind von der Verhandlung bei der Vergleichs-Commission ausgenommen. In einer solchen Klage kann ausser den Einreden, welche sich auf Einrichtung und Inhalt des Wechsels selbst, oder das zur Aufrechthaltung der Wechselforderung vorgeschriebene Verfahren beziehen, keine andre Einrede in Betracht kommen, als die, daſs des Beklagten Unterschrift unrichtig ist, oder er bei deren Ertheilung nicht mächtig und mündig war, sich so zu verbinden, oder daſs in dem Inhalte des Wechsels, nachdem er seine Unterschrift ertheilte, eine Verfälschung vorgegangen sey. Doch müſsen andre Einreden, worauf der Beklagte gesonnen ist eine Regreſsklage zu gründen, angegeben oder zum wenigsten vorbehalten werden. Es liegt dem Klä-

gen Sikkerhed; men det maa i al Fald være den Indstævntes Sag, under Jagttagelse af Lovens Forskrivter i 1ste Bogs 21de Capitel, at söge Sikkerhed ved Arrest.

§. 70.

Der bör uden Sagsögerens Samtykke ikke gives den Indstævnte mere end 8 Dages Udsættelse til at fremme sit Tilsvar i Sagen, med mindre det klarlig oplyses, at yderligere Udsættelse er ham nödvendig til sit lovlige Forsvar.

§. 71.

Dommen bör, hvis ikke Sagen har faaet en större Vidtlöftighed end den, der for Vexelsager er sædvanlig, eller andre særdeles Omstændigheder ere til Hinder, afsiges 8 Dage efter Sagens Optagelse til Doms, og ellers, saasnart muligt, ligesom og Dommen og Domsacten, uden Ophold, skal paa Forlangende gives beskreven, alt under en saadan Mulct, som Forordningen af 3die Junii 1796 §. 35 og 39 bestemme for befalede Sager. Hvis den i Lovens 1 — 5 — 8 bestemte Termin til Doms Afsigelse er forsömt, bliver den der fastsatte Mulct at anvende.

§. 72.

Naar Dom i deslige Sager er afsagt, og samme af Domfældte appelleres, bliver Lovens 1 — 6 — 23

ger nicht ob, in Hinsicht auf solche vorbehaltene Einreden, eine Sicherheit zu stellen; sondern es muſs auf jeden Fall des Beklagten Sache seyn, unter Beobachtung der Gesetzesvorschriften im 21ten Kapitel des 1ten Buches, Sicherheit durch Arrest zu suchen.

§. 70.

Es soll ohne des Klägers Einwilligung dem Beklagten nicht mehr als 8 Tage Frist gegeben werden, um seine Antwort in der Sache vorzubringen, wenn nicht klar dargethan wird, daſs ihm zu seiner rechtlichen Vertheidigung eine weitere Frist nothwendig ist.

§. 71.

Das Urtheil muſs, wenn nicht die Sache eine gröſsere Weitläuftigkeit bekommen hat, als die, welche bei Wechselsachen gewöhnlich ist, oder andre besondre Umstände im Wege stehen, 8 Tage nach Aufnahme der Sache zum Urtheile gesprochen werden, oder, ausserdem, sobald als möglich, wie auch von dem Urtheil und Urtheilsacten ohne Aufenthalt auf Verlangen Abschrift gegeben werden soll, Alles unter einer solchen Buſse, wie die Verordnung vom 3ten Juni 1796. §. 35 und 39 für befohlene Sachen bestimmt. Wenn die in des Gesetzes 1 — 5 — 8 bestimmte Frist zur Fällung des Urtheiles versäumt ist, ist die dort festgesetzte Buſse anzuwenden.

§. 72.

Wenn das Urtheil in solchen Sachen gefällt ist, und dagegen von den Verurtheilten appellirt wird,

og Forordningen af 13de Januarii 1792 at anvende, uagtet Dommen ikke umiddelbar indstævnes til Höiesteret, saa at under de i fornævnte Forordning fastsatte Betingelser Execution eller i al Fald Afsættelses Forretning, uagtet den udtagne Ankestævning, kan iværksættes.

§. 73.

En Vexelfordring bör i det seneste paatales inden 5 Aar fra den Tid af, at Vexlen er blevet protesteret. Efter denne Tids Forlöb skal Fordringen være uden al Kraft og Gyldighed.

Hvorefter alle Vedkommende sig allerunderdanigst have at rette.

Givet i Vor Kongelige Residentsstad Kjöbenhavn, den 18de Mai 1825.

Under Vor Kongelige Haand og Segl.

Frederik R.

(L. S.)

Kaas.

Monrad. Örsted. Lassen. M. Lange.

ist des Gesetzes 1 — 6 — 23 und die Verordnung vom 13ten Januar 1792 anzuwenden, wenn auch nicht unmittelbar bei dem höchsten Gerichte gegen das Urtheil appellirt wird, so daſs unter den in gedachter Verordnung festgesetzten Bedingungen Execution oder auf jeden Fall der Act der Entsetzung ungeachtet der Appellation ins Werk gesetzt werden kann.

§. 73.

Eine Wechselfordrung soll spätestens binnen 5 Jahren von der Zeit an, wo der Wechsel protestirt worden, geltend gemacht werden. Nach Verlauf dieser Zeit soll die Fordrung ohne alle Kraft und Gültigkeit seyn.

Wonach sich alle, die es angeht, allerunterthänigst zu richten haben.

Gegeben in Unserer Königlichen Residenzstadt Kopenhagen den 18ten Mai 1825.

Unter Unserer Königlichen Hand und Siegel.

Friedrich K.

(L. S.)

Kaas.

Monrad. Oersted. Lassen. M. Lange.

Zu §. 10. der dänischen Wechselordnung von 1825.

(oben S. 506.)

Cancellie-Placat d. d. 22. Mart. 1813. [1]

Cancellie-Placat for Danmark og Norge, angaaende hvorledes Vexler, lydende paa Rigsbankpenge, maae trækkes.

Kongen har, paa Finants-Collegii derom giörte Forestilling, resolveret: At ingen indenlandske eller udenlandske Vexler, lydende paa Sölv- eller Navne-Værdie, maae trækkes eller honoreres uden a vista, under den ved Forordningen 26. Sept. 1811 fastsatte Straf; dog at der fra dette Forbud undtages: 1) De Vexler, hvilke norske Handlende, i Overeensstemmelse med Placat 23. Oct. 1812, trække paa Danmark for at erholde Kornvarer; 2) De Vexler, som for de Kongelige Undersaatters egen Regning trasseres fra ethvert Sted i Kongerigerne, og fra de Steder i Hertugdommene, der ikke ligge sydligere end Hadersleben og Töndern; hvilke det skal være tilladt, ligesom hidindtil, at trassere og acceptere paa 8 Dages Sigt; 3) Alle saavel indenlandske som udenlandske Vexler, naar de lyde paa rede Sölv, hvilke kan trækkes paa lang eller kort Sigt; og skal i saadant Tilfælde Betalingen skee enten med Sölv-Rigsbankdalere, eller med Sölv-Barrer, beregnede til $18\frac{1}{2}$ Rigsbankdaler pr. Marken fiin.

1) aus Schou, Chronologisk Register over de Kongelige Forordninger og aabne Breve. XVI. 2. Pag. 190.

Canzlei-Placat d. d. 22. März 1813.

Canzlei-Placat für Dänemark und Norwegen, betr., wie Wechsel, die auf Reichsbankgeld lauten, gezogen werden sollen.

Der König hat, auf deshalb geschehne Vorstellung des Finanz-Collegiums, resolvirt: Daſs keine inländische oder ausländische Wechsel, welche auf Silber- oder Nenn-Werth lauten, anders als a vista gezogen oder honorirt werden sollen, unter der durch die Verordnung vom 26. Sept. 1811 festgesetzten Strafe; doch werden von diesem Verbote ausgenommen: 1) Die Wechsel, welche Norwegische Handelsleute in Gemäſsheit des Placats vom 23ten Oct. 1812 auf Dänemark ziehen, um Getraide zu erhalten; 2) Die Wechsel, welche für eigne Rechnung Königlicher Unterthanen von irgend einem Platze in den Königreichen, und von den Plätzen in den Herzogthümern, die nicht südlicher liegen als Hadersleben und Tondern, gezogen werden; welche gestattet seyn soll — wie bisher — auf 8 Tage Sicht zu trassiren und zu acceptiren; 3) Alle sowohl inländische als ausländische Wechsel, wenn sie auf baares Silber lauten, welche auf lange oder kurze Sicht gezogen werden können; und soll in solchem Falle die Zahlung entweder mit Silber-Reichsbankthalern geschehen, oder mit Silber-Barren, berechnet zu 18½ Reichsbankthaler per Mark fein.

Zu §. 46. der Dänischen Wechselordnung von 1825.

(oben S. 534.)

Rescript d. d. 22. Sept. 1769.[1])

Rescript (til General-Gouverneuren over de Vestindiske Eilande), angaaende hvorledes med protesterede Vexler sammesteds skal forholdes.

Gr. Villiam Chippendahl & Selbye udi Kjöbenhavn have paa nogle Kjöbmænds Vegne paa St. Croix andraget, at det som oftest paa de Kongelige Amerikanske Eilande skal indtreffe, at de Vexler, som sammesteds enten kjöbes for contante Penge, eller betales med gode Landets Producter, og ere trasserede paa Kjöbenhavn, Amsterdam, London eller andre Steder, ikke blive honorerede med Acceptation, men komme tilbage med Protest, hvilket foraarsager stor Skade og Ulejlighed for de Handlende, deels i det de ikke blive forsynede med de Vare som de hinligen kunde behöve og have givet Ordre til, og deels at de ikke kan prästere den belovede Betaling til deres Creditorer, og, naar da endelig saadanne protesterede Vexler skal betales, maae Remittenten eller den, der har kjöbt Vexelen, ofte bie efter sin Betaling i lang Tiid, eller og udholde langvarige Processer, og omsider, naar han endelig skal have sin Betaling, vil Vedkommende, i Steden for at han har betalt

1) aus Fogtman, Kongelige Reskripter, Resolutioner og Collegialbreve for Danmark og Norge. VIte Deel.

Rescript d. d. 22. Sept. 1769.

Rescript (an den General-Gouverneur der Westindischen Inseln), betreffend, wie es mit protestirten Wechseln daselbst gehalten werden soll.

Gr. William Chippendahl und Selbye in Kopenhagen haben von einiger Kaufleute auf St. Croix wegen vorgetragen, dafs es sehr oft auf den Königlichen Amerikanischen Inseln sich treffe, dafs die Wechsel, welche daselbst entweder für baares Geld gekauft, oder mit guten Landesproducten bezahlt werden, und auf Kopenhagen, Amsterdam, London oder andre Plätze gezogen sind, nicht mit Acceptation honorirt werden, sondern mit Protest zurückkommen, was grofsen Schaden und Unannehmlichkeit für die Handelnden verursacht, theils indem sie nicht mit den Waaren versehen werden, deren die Dasigen bedürftig seyn und dieselben bestellt haben könnten, theils weil sie die versprochne Zahlung an ihre Gläubiger nicht leisten können, und, wann endlich solche protestirte Wechsel bezahlt werden sollen, mufs der Remittent, oder der, welcher den Wechsel gekauft hat, oft lange Zeit auf seine Zahlung warten, oder auch langwierige Procefse bestehen, und zuletzt, wann er endlich seine Bezahlung haben soll, wird der, den es angeht, statt dafs er ihn mit baarem Geld in Gold oder Silber bezahlt hat,

med contante Penge i Guld eller Sölv, betale ham med slette eller maadelige Sukkere eller andre Vare hvorved han ikke nær kan blive skadeslös.

Paa det at slig ulovlig Omgang, med at tage Betaling for saadanne Vexler, som forud vides ikke at blive accepterede, saavidt mueligt kunde forebygges, har Kongen, i Henseende til de Vexler, som udgives paa bemeldte Kongelige Eilande i Vestindien, funden for godt, til de Handlendes Sikkerhed og Creditors destobedre Vedligeholdelse, at giöre fölgende Anordning: 1) Saasnart en Vexel kommer tilbage med Protest for non Acceptation, skal Trassenten strax være pligtig, foruden Vexlens paalydende Summa, at betale i Recambio 10 pro Cento, saaledes som paa de Engelske Colonier i Vestindien skal forholdes med Betalingen for protesterede Vexler: 2) skal han saavel af Vexelens som Recambii Summa svare 1 Procento maanedlig Rente fra Forfaldstiiden, indtil Betalingen skeer, og det i de förste 12 Maaneder, men siden efter ½ Procento maanedlig; og 3) betale Protestens Bekostning skadeslös. Men i det övrige skal hermed forholdes efter den Danske Lov og Vexel-Ret.

ihn mit schlechtem oder mittelmässigem Zucker oder andern Waaren bezahlen, wobey er beynahe nicht ohne Schaden bleiben kann.

Damit solches gesetzwidriges Verfahren, bey Anname der Bezahlung für solche Wechsel, wovon man voraussieht, daſs sie nicht werden acceptirt werden, möglichst verhindert werde, hat der König, in Hinsicht auf die Wechsel, welche auf bemeldten Königlichen Inseln in Westindien ausgegeben werden, für gut gefunden, zur Sicherheit der Handelnden und desto besserem Schutze der Gläubiger, folgende Anordnung zu treffen: 1) Sobald ein Wechsel mit Protest wegen Nicht-Acceptation zurückkommt, soll der Trassant alsbald verpflichtet seyn, auſser der Summe, worauf der Wechsel lautet, an Rückwechsel 10 Procent zu bezahlen, so wie es auf den Englischen Colonien in Westindien mit der Bezahlung für protestirte Wechsel gehalten werden soll: 2) soll er sowohl von der Summe des Wechsels als des Rückwechsels 1 Procent monatliche Zinsen von der Verfallzeit, bis die Zahlung geschehen wird, und zwar in den ersten 12 Monaten, nachher aber $\frac{1}{2}$ Procent monatlich entrichten, und 3) für die Protestkosten schadlos halten. Im Uebrigen aber soll damit nach dem Dänischen Gesetz und Wechselrecht verfahren werden.

Zu §. 46. der Dänischen Wechselordnung von 1825.

(oben S. 534)

PLACAT,

hvorved Rescriptet, for de Vestindiske Öer, datered 22de September 1769, nærmere forklares.[1])

Vi Christian den Syvende, af Guds Naade Konge til Danmark og Norge, de Venders og Gothers, Hertug udi Slesvig, Holsten, Stormarn, Ditmersken og Oldenborg, giöre vitterligt: At Vi, i at beskieftige Os med at udtænke alle de Midler, som retfærdig Statsklogskab tillader, for at betrygge Vore kiære og troe Undersaatter imod de Uheld, som, under de nærværende kritiske Omstændigheder, true Handelen og den offentlige Credit, have lagt Merke til, at det Bud, der indeholdes i den 1ste §. af Vort Rescript til General-Gouverneuren over Vore Vestindiske Öer, dateret den 22de September 1769, kunde, ved at fölges aldeles bogstaveligen, uden Hensyn til Rescriptets Indledning, være underkastet en feiltagende Fortolkning, efterdi bemeldte §. udtrykker sig saaledes: Saasnart en Vexel kommer tilbage med Protest, for non Acceptation, skal Trassenten være pligtig til at betale i Recambio 10 pro Centum, m. v.; hvorimod denne Lovgivning forudsætter, som dens Aarsag for at paalægge Vexel-Udstædere at betale dette overordentlige Recambium,

1) Nach einem zu Kopenhagen, bei Director J. F. Schultz, Königlichem und Universitäts-Buchdrucker, erschienenen Abdruck.

PLACAT,

wodurch das Rescript für die Westindischen Inseln, datirt den 22. September 1769, näher erläutert wird.

Wir Christian der Siebente, von Gottes Gnaden, König zu Dänemark und Norwegen, der Wenden und Gothen, Herzog in Schleswig, Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg, thuen zu wissen: Dafs Wir, indem Wir Uns damit beschäftigen, die Mittel aufzufinden, welche eine gerechte Staatsklugheit zulässt, Unsere lieben und getreuen Unterthanen gegen die Uebel zu bewahren, welche, unter gegenwärtigen kritischen Umständen, den Handel und den öffentlichen Credit bedrohen, ein Augenmerk darauf gerichtet haben, dafs das Gebot, welches in dem ersten §. Unseres Rescriptes an den General-Gouverneur Unserer Westindischen Inseln, datirt den 22ten September 1769., enthalten ist, wenn es ganz buchstäblich befolgt würde, ohne Rücksicht auf die Einleitung des Rescriptes, einer irrigen Deutung unterworfen werden könnte, indem der bemeldte §. sich folgendermafsen ausdrückt: Sobald ein Wechsel mit Protest wegen Nicht-Acceptation zurückkommt, soll der Trassant schuldig seyn 10 Procent Rückwechsel zu zahlen u. s. w.; wogegen dieses Gesetz, als den Grund, warum es den Wechsel-Aussteller der Bezahlung dieses ausserordentlichen Recambii unterwirft, voraussetzt, dafs

at samme har til Öiemærke: at forebygge ulovlig Omgang, med at tage Betaling for Vexler, som forud vides, ikke at blive accepterede; hvoraf fölger, at hiin Bestemmelse ikke sigter til redelige Trassenter, der have havt god Grund til at vente, at deres Vexler maatte blive honorerede af Trassato. Paa det at Tvistigheder kunne afværges, om den rette Forstaaelse af det omhandlede Rescripts Meening, have Vi derfor anseet det tienligt, at bekiendtgiöre, som authentisk Fortolkning: at fornævnte overordentlige Recambium af 10 pro Centum ikke bör finde Sted, undtagen i det Tilfælde, at det tydeligen kan skiönnes, at Udstæderen af en Vexel maatte forud kunne have vidst, eller rimeligviis formodet, at den ei vilde blive accepteret, men kunde ventes tilbage, med Protest, for non acceptatione. Hvorefter alle og enhver Vedkommende sig allerunderdanigst have at rette. Givet i Vor Kongelige Residents-Stad Kiöbenhavn, den 8de November 1799.

Under Vor Kongelige Haand og Seigl.

Christian R.

(L. S.)

Moltke.

Schow. Colbiörnsen. Reiersen.

dasselbe beabsichtigt: gesetzwidriges Verfahren zu verhindern, indem jemand Zahlung für Wechsel in Empfang nimmt, während er voraussieht, daſs sie nicht werden acceptirt werden; woraus folgt, daſs jene Bestimmung sich nicht auf redliche Trassanten beziehet, die guten Grund hatten zu erwarten, daſs ihre Wechsel von dem Trassaten honorirt werden würden. Um daher Streitigkeiten über den rechten Verstand des Sinnes des fraglichen Rescriptes zu verhindern, haben Wir für dienlich erachtet, als authentische Interpretation bekannt zu machen: daſs vorbenanntes ausserordentliches Recambium von 10 Procent nicht Statt finden soll, ausser in dem Falle, wenn deutlich erkannt werden kann, daſs der Aussteller eines Wechsels voraus hätte wissen oder mit Wahrscheinlichkeit vermuthen können, derselbe werde nicht acceptirt werden, sondern könne zurück erwartet werden, mit Protest wegen Nicht-Acceptation. Wonach sich alle und jede, die es angeht, allerunterthänigst zu richten haben. Gegeben in Unserer Königlichen Residenzstadt Kopenhagen, den 8ten November 1799.

Unter Unserer Königlichen Hand und Siegel.

Christian K.

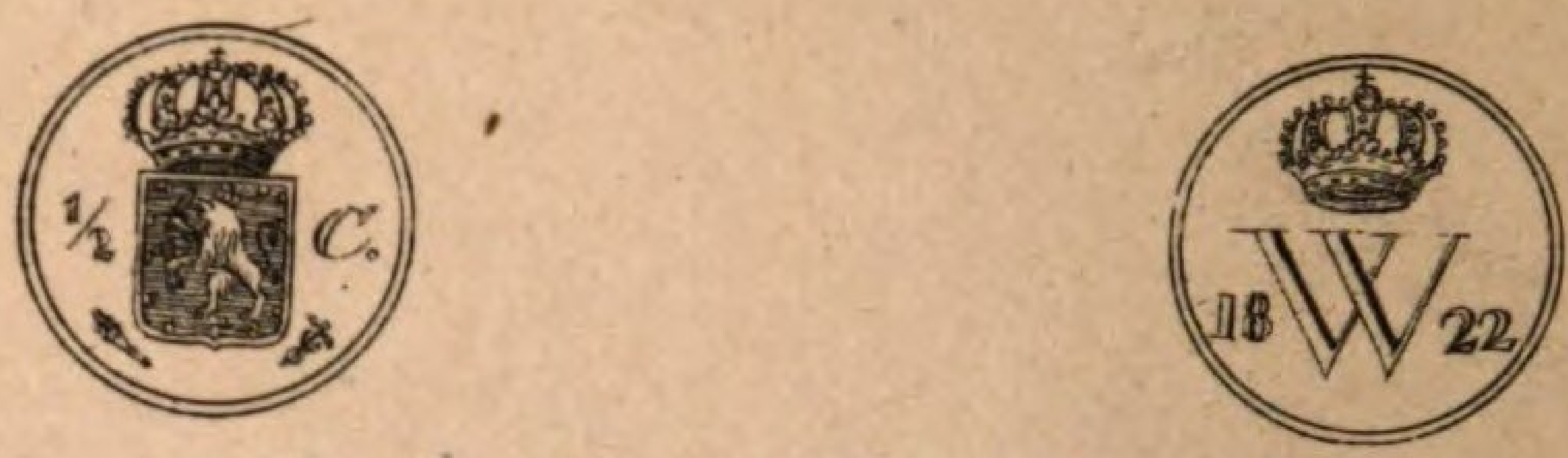
(L. S.)

Moltke.

Schow. Colbiörnsen. Reiersen.

ANHANG.

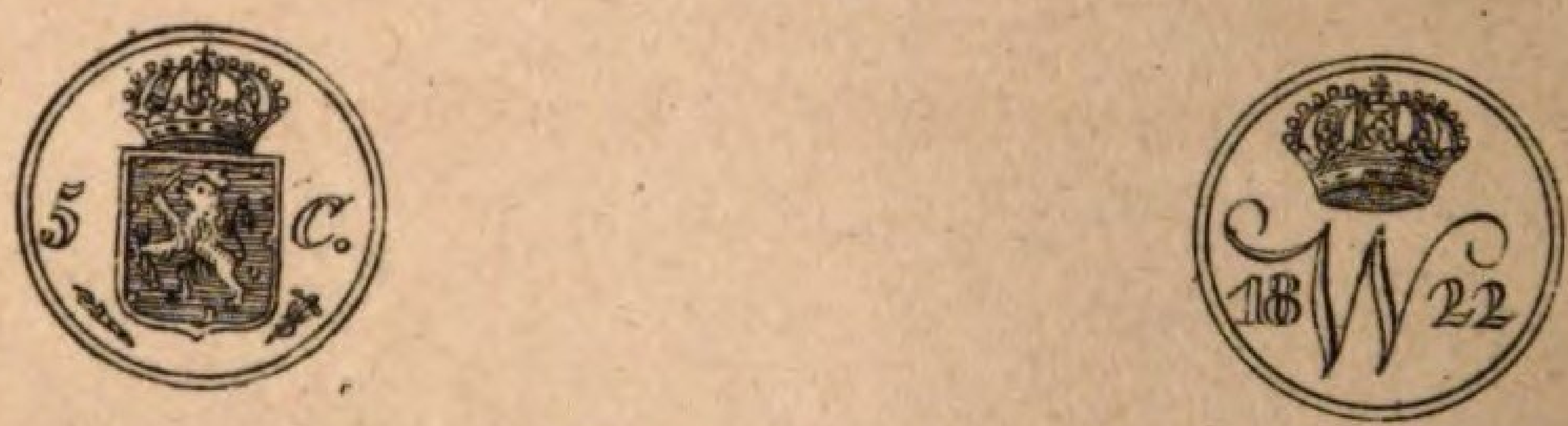
Abbildungen holländischer Münzen.



halve Cent. demi Cent



Cent. Cent.



5. Cent. 5. Cent.



10. Cent. 10. Cent.



25. Cent. 25. Cent.

Abbildungen holländischer Münzen.



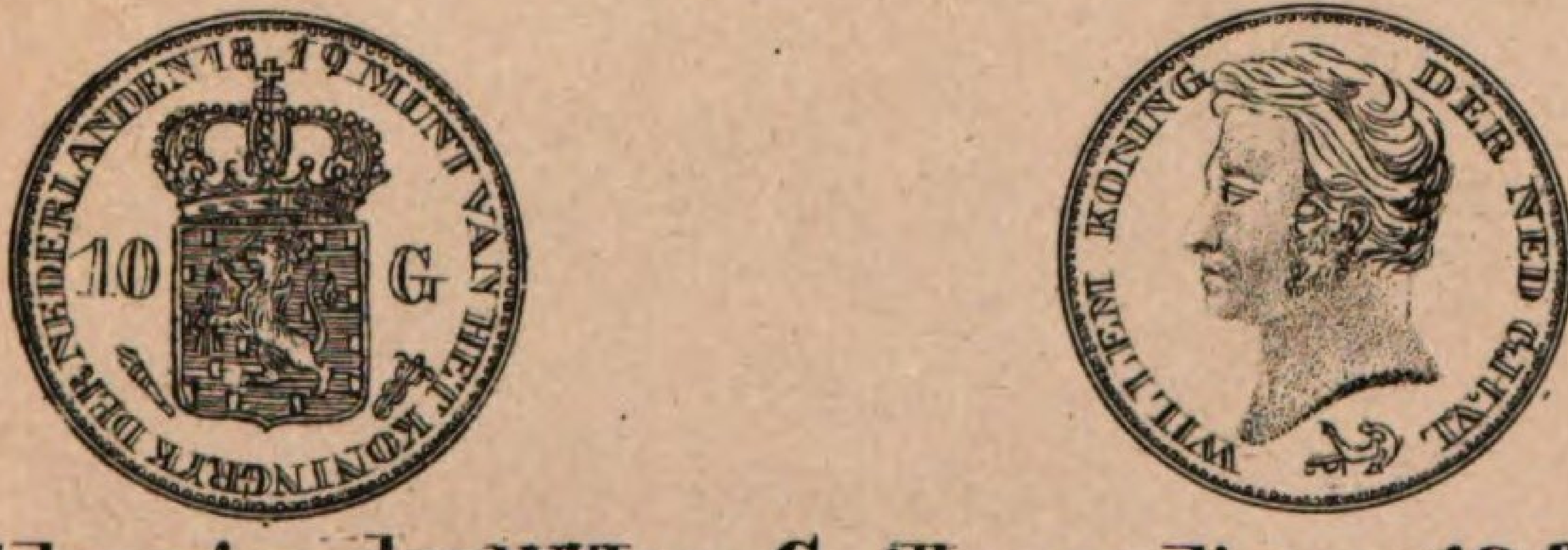
½ gulden. ½ florin.



Een gulden. Un florin.



Drie guldens. Trois florins



10 guldens gouden Willem. Guillaume d'or ou 10 florins

ABBILDUNGEN

von neuern, oben Seite 125 u. f., ihrer gesetzlichen Beschaffenheit nach, beschriebenen Münzen des Königreichs der Niederlande, wie sie dargestellt sind in einer kleinen Schrift, welche 1822 bei E. Maaskamp in Amsterdam erschienen ist, unter dem Titel:

« *Beschryving der oude en Nieuwe Muntspecien* » [1])

1) Da die Goldstücke vom Werth von fünf Gulden erst durch Gesetz vom 22. Dec. 1825. zu münzen verordnet worden ist, so ist in jener Schrift und also auch hier keine Abbildung derselben enthalten.

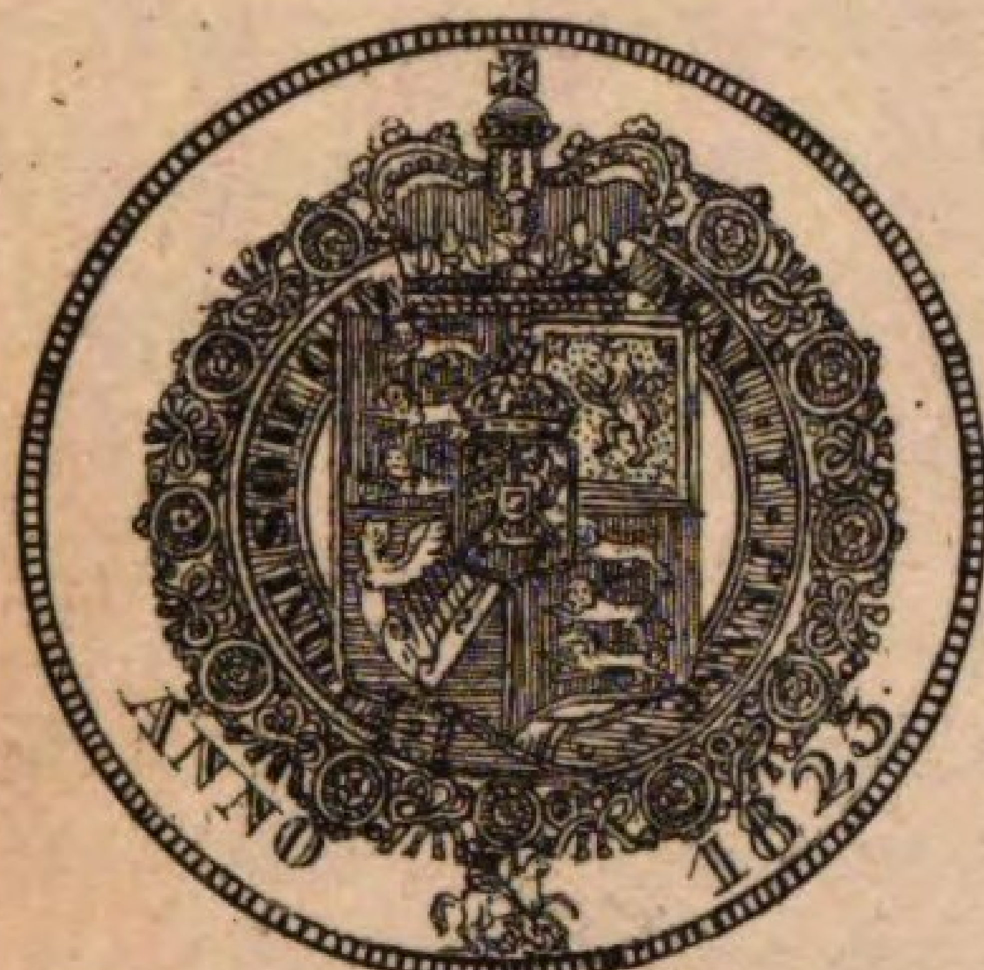
Abbildungen englischer Münzen.

1.





2.





3.





4.





5.





ABBILDUNGEN

neuer englischer Münzen, gezeichnet nach von Originalexemplaren durch den Münzwardein der freien Stadt Frankfurt Herrn Samuel Tomschitz nach Anleitung der 1806 in der Cotta'schen Buchhandlung zu Tübingen unter dem Titel:

« Neue Erfindung metallene Gufsabdrücke mit Gyps- Schwefel- und Siegellack-Formen zu machen. Von Herrn Johann Peter Joseph Darcet, Münzwardein zu Paris. Aus dem Französischen mit Vorrede, Zusätzen und Anmerkungen von Dr. J. L. Klüber.

erschienenen kleinen Schrift, in vereinfachter Manier, verfertigten metallenen Gufsabdrücken. [1])

1) Die Münzabdrücke, welche die Wardeine, zu Zeiten, ihren Berichten beifügen, bestehen, gewöhnlich, aus Rauschegold oder Rauschesilber, worinnen das Gepräge des Geldstücks eingepresst ist. Sie erfüllen zwar ihren Zweck. Weit vorzüglicher sind aber doch Abdrücke, verfertigt aus dem schon in der Hitze des kochenden Wassers flüssig werdenden Metallgemisch von 8 Theilen Wissmuth, 5 Theilen Bley, und 3 Theilen Zinn, dessen Dr. F. A. C. Gren in seinem „Grundriss der Chemie. Halle 1797" Th. 2. §. 1650. gedenket, und welches Darcet der Vater zu Paris in einer auf 12 Seiten, ohne Datum, gedruckten, ausserdem in dem Journal de Médecine, Juni 1773, zu findenden Abhandlung, wovon mit dem oben erwähnten Schriftchen eine Uebersetzung geliefert ist, als zur Verfertigung von Abdrücken vorzüglich dienlich empfohlen hat. Die Abdrücke, welche Herr Darcet der Sohn, und jetzt auch der Stadt Frankfurtische Wardein Herr Samuel Tomschitz, aus dem besagten Metallgemisch, von jeden ihm des Zwecks gegeben werdenden Stücken, liefert, übertreffen, in aller Hinsicht, jede andere Abdrücke, welche seither vorgekommen sind. Vereinfachet ist die Darcet'sche Manier zur Zustandebringung von solchen metallenen Gussabdrücken durch die Verfahrungsweise des Herrn Wardeins Tomschitz sonderlich dadurch, dafs dieser weder aus Gyps, Schwefel noch Siegellack die Formen oder Matrizen verfertigt, sondern dazu sich des nämlichen zu den Abdrücken selbst gebraucht werdenden Metallgemisches bedient.

(1) Es ist dieses die englische Krone oder das englische 5 Schilling-Stück, von dessen gesetzlicher Beschaffenheit Seite 402 oben gehandelt zu finden.

Dieses Geldstück hat ausser der auf vorhergehender Abbildung zu ersehenden Umschrift Georgius IIII D. G. (i. e. Dei Gratia) Britanniarum Rex F. D. (i. e. Fidei Defensor) (Georg der 4te von Gottes Gnaden König von Grofsbritannien, Vertheidiger des Glaubens) und zwar in erhabenen Lettern die auswendige Randschrift: Decus et tutamen (Zierde und Schutz) Anno regni Secundo (Im zweiten Jahr der Regierung).

Vom Ursprung der äussern Randschriften sehe man H. Ludolffs Schaubühne der Welt, oder Beschreibung der vornehmsten Welt-Geschichte des 17ten Jahrhunderts etc. Frankfurt am Main 1713. 3ter Theil S. 973, 974, und vergleiche damit Dr. C. C. Schmieder, Handwörterbuch der gesammten Münzkunde. Halle und Berlin 1811, unter dem Worte: Randschriften.

(2) Halbe Krone oder Stück des äussern Werths von 2 Schilling 6 Pfenningen. Man sehe von dieses Geldstücks gesetzlicher Beschaffenheit Seite 402. oben.

(3) Einzelner Schilling. Man sehe davon Seite 402. oben.

(4) Halber Schilling oder Stück des äussern Werths von 6 Pfenningen. Man sehe deshalb Seite 402. oben.

(5) Das, ein Souverain genannte, Gold- oder Zwanzigschilling-Stück. Man sehe Seite 362. oben

(1) Es ist dieses die englische Krone oder das englische 5 Schilling-Stück, von dessen gesetzlicher Beschaffenheit Seite 402. oben gehandelt zu finden.

Dieses Geldstück hat ausser der auf vorliegender Abbildung zu ersehenden Umschrift

Georgius IIII D. G. (i. e. Dei Gratia) Britanniarum Rex F. D. (i. e. Fidei Defensor) (Georg der 4te von Gottes Gnaden König von Groſsbritannien, Vertheidiger des Glaubens.)

und zwar in erhabenen Lettern die auswendige Randschrift: Decus et tutamen (Zierde und Schutz) Anno regni Secundo (Im zweiten Jahr der Regierung.).

Vom Ursprung der äuſsern Randschriften sehe man H. Ludolffs Schaubühne der Welt, oder Beschreibung der vornehmsten Welt-Geschichte des 17ten Jahrhunderts etc. Frankfurt am Main 1713. 3ter Theil S. 973, 974, und vergleiche damit Dr. C. C. Schmieder, Handwörterbuch der gesammten Münzkunde. Halle und Berlin 1811., unter dem Worte: Randschriften.

(2) Halbe Krone oder Stück des äussern Werths von 2 Schilling 6 Pfenningen. Man sehe von dieses Geldstücks gesetzlicher Beschaffenheit Seite 402. oben.

(3) Einzelner Schilling. Man sehe davon Seite 402. oben.

(4) Halber Schilling oder Stück des äussern Werths von 6 Pfenningen. Man sehe deshalb Seite 402. oben.

(5) Das, ein Souvereign genannte, Gold- oder Zwanzigschilling-Stück. Man sehe Seite 362. oben

dieses Goldstücks durch §. 11. der oben gelieferten Parlaments-Acte 56 Geo. 3. c. 68. bestimmte gesetzliche Beschaffenheit.

Der äussere Rand der vorstehend sub Num. 2 — 5. abgebildeten Geldstücke ist, lediglich mittelst gerader Striche, cordonnirt.

Nachträgliche

BEIFÜGUNGEN.

Zu Art. 58 der Niederländischen Wechselordnung. (oben S. 36.)

Das Niederländische Civilgesetzbuch Buch 3. Tit. 12. (van verbruikleening, — du prêt de consommation, — worauf sich Art. 58 der Niederländischen Wechselordnung bezieht) enthält, hieher gehörig:

Art. 3. L'obligation qui résulte d'un prêt en argent, n'est toujours que de la somme numérique énoncée dans le contrat.

S'il y a eu augmentation ou diminution d'espèces avant l'époque du paiement, le débiteur doit rendre la somme numérique prêtée, et ne doit rendre que cette somme, dans les espèces ayant cours au moment du paiement.

Art. 4. La règle portée en l'article précédent n'a pas lieu, si, dans le prêt d'un certain nombre de pièces de monnaie déterminées, les parties sont convenues expreſsément que, sans avoir égard à la valeur des pièces, il en sera rendu le même nombre; dans ce cas l'emprunteur doit rendre le nombre de pièces prêtées, et ne doit rendre que cela.

Zu Art. 67. der Niederländischen Wechselordnung. (oben S. 40.)

In der

Verzameling van Vonniſsen in Zaken van Koophandel van de Regtbank van eersten Aanleg te Amsterdam. Door Mr. J. J. Uytwerf Sterling, Lid van dezelve Regtbank. Te Amsterdam. By P. den Hengst & Zoon. 1826 Tweede Stukje. S. 97 — 130.

ist folgender hieher gehörige Rechtsfall enthalten.

May Alewyn & Comp. zu London trassirten am 29 Oct. 1826 auf G. Pieters zu Leeuwarden, zahlbar zu Am-

sterdam, auf drey Uso, 6500 holl. Gulden, an ihre eigne Ordre. Sie übersandten die Prima an M. & W. zu Amsterdam, um sie acceptiren zu lassen und demnächst zur Disposition der Secunda aufzubewahren. Pieters acceptirte, und bestimmte dabei sein Amsterdamer Domicil. M. & W. verweigerten dem Indossatar der Secunda am 21 Jan. 1817 die Auslieferung der Prima, „weil dieselbe nicht aufzufinden sey," und nachdem ein, falsches, Indossament der Trassanten (an sie, die M. & W) darauf gesetzt war, indossirten sie dieselbe weiter an Gerrit Müller & Söhne. Letztern verweigerte bey Verfall der Domiciliatar die Zahlung „aus den Trassanten angezeigten Gründen", und, als sie sich hierauf an den Leuwardner Acceptanten wandten, wurden von dort aus H. u B. Bussemaker zu Amsterdam mit Zahlung des Wechsels beauftragt; von Bussemaker erhielten Müller und Söhne dieselbe am 8ten Febr. 1817.

Die Londner Trafsanten, durch den Indofsatar der Secunda von Nichtauslieferung der Prima, und später durch Pieters von Zahlung derselben unterrichtet, übersandten Letzterem eine von ihnen, mittelst am 18ten März 1817. errichteten notariellen Actes, abgegebne Erklärung der Falschheit des auf die Prima, mit ihrer Signatur, gesetzten Indossaments an M. und W., und fügten bey, wie sie ihm überliefsen, den Betrag von Müller und Söhne zurückzufordern.

Bey notorischer Insufficienz der M. und W., traten hierauf die Zahler, H. und B. Bussemaker, zu Amsterdam mit einer Klage auf Rückzahlung des Betrags gegen Müller und Söhne auf, und das dasige Gericht 1r Instanz (1te Section) sprach zu ihren Gunsten, am 23 Januar 1818. Es heifst in diesem Erkenntnifse:

„In Erwägung, dafs diese Rückzahlung an niemanden mit gröfserer Billigkeit begehrt werden kann, als an die Beklagten, — nicht weil sie, in genere und in einem ausgebreiteten Sinne, als letzte Inhaber für jedes Indossament, welches falsch erfunden wird, verantwort-

lich gemacht werden sollten, sondern weil sie, in specie und in näherer Anwendung auf diesen Fall, indem sie Inhaber des fraglichen Wechsels wurden, mit ihrem Cedenten contrahirt haben, für die Richtigkeit von dessen Indossament allein, ohne mit sämmtlichen Indossamenten etwas zu thun zu haben, die Beklagten in diesem Falle von den Klägern durchaus verantwortlich erachtet werden können und müfsen;

In Erwägung, dafs, da man mit dem, mit welchem man, wie vorbesagt, contrahirt, vor allen Anderen in Beziehung zu stehen und für denselben zu garantiren erachtet wird, auch die Beklagten allein, in vorliegendem Falle, wegen ihres Verhältnifses zu ihrem Cedenten, als Bürgen dieses ihres Cedenten betrachtet werden müfsen;

In Erwägung, dafs der, welcher einem falsch indossirten Wechsel den ersten Glauben gegeben hat, wie die Beklagten diefs gethan haben, den daraus für Andre entstehenden Schaden tragen mufs; und so auch die Beklagten, welche sich in diesem Falle befinden, sich nicht entziehen können, vorbehältlich ihres Regrefses gegen ihren letzten Cedenten, den Schaden, so weit ein solcher entstanden seyn mag, ohne den mindesten Nachtheil der Kläger zu tragen.“

Die in diesem Urtheile aufgestellte Unterscheidung — zwischen der Unächtheit des dem Indofsamente, wodurch der Wechsel an den Zahlungsempfänger übertragen ward, unmittelbar vorangehenden und der eines früheren Indofsaments — möchte schwer zu rechtfertigen seyn.

Der Haager Appellationshof (3te Kammer) hob unterm 24 März 1819 das in erster Instanz erfolgte Urtheil auf, und es heisst in den Entscheidungsgründen:

„In Erwägung, dafs, wie es sich auch mit der Falschheit des Indossaments der May Alewyn & Comp. verhalten mag, doch gewifs ist, dafs der bemeldte Wechselbrief durch sie auf G. Pieters zu Leeuwar-

den gezogen, und von diesem acceptirt ist, und nicht erhellt, daſs dieser Acceptant, für dessen Rechnung die Appellaten gezahlt haben, die Zahlung miſsbilligt, und sie an die Appellaten gut zu thun verweigert, geschweige daſs die Appellaten rechtlich verpflichtet seyn sollten, die Zahlung, welche doch die Befreyung des Acceptanten bewirkt, auf ihre Rechnung zu nehmen;

In Erwägung, auſserdem, daſs die Aechtheit oder Falschheit des Indossaments der May Alewyn & Comp. die Appellanten nicht im mindesten angeht, da weder die Aechtheit des Wechselbriefs selbsten oder der Acceptation, noch die des Indossaments an die Appellanten bestritten, sondern nur in Bezug gesetzt wird auf das dazwischen gekommene Indossament der May Alewyn & Comp. an M. und W., dieselben, welche ursprünglich ihre Mandatarien waren, denen sie ihr Vertrauen zugewandt und die sie in Besitz des Instruments gesetzt hatten, woran die Fälschung geschehen seyn sollte;

In Erwägung, daſs, wenn daran ein Versäumniss Statt gefunden haben sollte, dasselbe den Urheber des etwa von einigen der Intereſsenten zu erleidenden Schadens treffen muſs, doch den Appellanten sicher kein Versäumniſs zur Last fällt, indem sie, ohne Kenntniſs des Betrugs oder der Fälschung, falls diese geschehen ist, nicht anders handeln konnten, als wirklich geschehen.“

Sterling a. a. O. S. 97 sagt, die Frage, ob derjenige, welcher bona fide die Zahlung eines an ihn indoſsirten Wechsels empfing, auf Beweis der Falschheit eines frühern Indoſsaments zur Rückzahlung des Betrags angehalten werden könne, sey „bei den Berathschlagungen über das Niederländische Handelsgesetzbuch wohl erwogen, aber wieder nicht beschlossen worden.“ Demohngeachtet scheint sie in Art. 67 der Niederländischen W. O., in Verbindung mit Art. 59 und 65, beantwortet zu seyn.

Das Indoſsament ist eine privilegirte Cession.

J. P. H. Hoch, de differentia inter cambii cessionem et indoſsationem. Gottingae. 1800. Pag. 11, 12: „Ceſsio est translatio juris in alterum Fit vel secundum requisita juris Romani, et haec est vera ceſsio communis, vel secundum jus cambiale, quae sub nomine: indoſsamentum, venit."

Nach Art. 67. garantirt der Inhaber dem Zahler die Gültigkeit der Indossamente.

Hat der Trassat zur Verfallzeit bey Prüfung des Rechtstitels des Inhabers pflichtmäſsige Behutsamkeit angewandt, so steht ihm der Regress gegen den Trassanten unbedingt offen (Art. 65), und die in Art. 67. ausgesprochne Garantie dieses Regresses findet keine Anwendung, da sein Mandant, der Zieher, das Unmögliche von ihm nicht begehren kann. Ueber Wechselduplicate u. s. w. S. 17.

Sie findet dagegen Anwendung, wenn er jede Prüfung der Indoſsamente, — auf den Glauben jener Zusicherung, — unterlieſs, und sich hinterher zeigt, daſs letztre täuschend war, dermaſsen daſs der Trassant befugt ist, ihm den Ersatz zu verweigern.

Ueber die, bey dieser hohen Wichtigkeit des Acquit nach Niederländischem Recht, höchst wesentliche Angemessenheit der Faſsung deſselben in Fällen von Duplicaten und Kopien s. die angeführte Schrift über Wechselduplicate S. 18, 63, 71.

Zu Seite 72, den Worten:

„Nach einer Entscheidung des Französischen Cassationshofs u. s. w."

Eben so erkannte am 23 July 1817. das Tribunal erster Instanz zu Amsterdam, in Sachen C. Giuntini et Comp. c. Klyn et van Stratum. (Sterling, Vonnissen. I. 40—46.)

Zu Seite 90.

Art. 69. des ersten Projects der Niederländischen Wechselordnung lautete folgendermafsen:

„L'accepteur d'une lettre de change n'est pas tenu de la payer, si la signature du tireur est trouvée fausse, à moins que le porteur ne prouve qu'il y a eu faute ou négligence de la part de l'accepteur. Si la somme exprimée dans les lettres de change a été falsifiée, l'accepteur n'est tenu de payer que la somme véritable."

Gegen den ersten Abschnitt dieses Artikels erhoben sich ausser Donker Curtius auch viele andre Deputirte, und der Amsterdamer Handelsstand überreichte eine Petition, worin er um Aufrechthaltung des Satzes chi accetta pagha bat. Art. 69. war, wie aus den Discussionen der zweiten Kammer der Generalstaaten hervorgeht, der Hauptgrund, warum dieselbe am 13 Februar 1826. dem ursprünglichen Projecte der Wechselordnung ihre Beistimmung, mit 60 gegen 13 Stimmen, versagte.

Zu Seite 125 daselbst bei 1ᵃ. b.

M. R. B. Gerhardt gibt in seinem Handbuch der Deutschen Münz-, Maafs- und Gewichtskunde etc. etc. Berlin 1788 auf Seite 159 unter VIII. von den vormaligen holländischen Gulden folgende hier angemessen aufzunehmende Nachricht:

a) Wirkliche Guldenstücke im äusserlichen Werth von 20 Stüber Cour. mit $4\frac{7}{8}$ Procent Abzug in Banko, davon $22\frac{178}{821}$ Stück auf die rauhe kölner Mark von 14 Loth $10\frac{1}{2}$ Grän fein, und auf die feine kölner Mark gehen $24\frac{3}{8}$.

b) Nach Rechnungsgulden zu 20 Stüber à 16 Pf. in

1) Holl. Bank-Valuta, die $4\frac{7}{8}$ Procent besser als wirkliche Gulden, Banko-Gulden $23\frac{242}{1000}$ auf die feine kölner Mark.

2) Holl. Cour. Valuta, die den wirklichen Gulden gleich ist, $24\frac{375}{1000}$ ($24\frac{3}{8}$) Gulden Cour. auf die feine kölner Mark.

Zu Seite 311.

In einem neuern, von Chitty nicht angeführten Englischen Präjudicate, Cox c. Troy (Bayley S. 162.), wurde entschieden, dafs die Acceptation, vor Rücklieferung des Wechsels an den Inhaber, wieder ausgestrichen werden könne. — So erfreulich im Allgemeinen die gröfsere Aufmerksamkeit ist, die in neurer Zeit von Brittischen Gerichten und Schriftstellern den Französischen wechselrechtlichen Gesetzen und deren Commentatoren gewidmet wird, so scheint doch der Einflufs, welchen die Autorität des Pothier (s. auch Bayley a. a. O.) in Grofsbritannien auf die Entscheidung dieser Frage geäussert hat, dem dasigen Rechte nicht zum Vortheil gereicht zu haben. Durch die Befugnifs des Acceptanten, re adhuc integra seine Acceptation wieder auszustreichen, wird die Anwendung der Duplicate zur Acceptationsprocurirung, wegen zu befürchtender Collusion, so wie das Giriren acceptirter Wechsel überhaupt, sehr mifslich, und jedenfalls werden dadurch dem Wechselcredit schädliche Weitläuftigkeiten herbeigeführt. Sehr richtig hat sich daher die Niederländische Wechselordnung Art. 20. dagegen ausgesprochen, obwohl auch nach deren Art. 13. der Wechsel über Nacht in den Händen des Trassaten gelassen werden darf.

Zu Seite 319.

Bayley S. 122, 123:

„Wenn auch ein Wechsel vor Verfall indossirt wird, so wird dennoch der Indossatar, wenn vorher die Acceptation verweigert worden war, denselben Ein-

reden unterworfen seyn, welche gegen seinen Indossanten vorgeschützt werden konnten, — vorausgesezt, dafs er den Wechsel mit Kenntnifs von dessen Nichthonorirung annimmt. Crossley c. Ham. 13 East. Rep. 498."

Zu Seite 332, den Worten:

„Nach Englischem und Schottländischem Recht wird das Princip des Art. 65. der Niederländischen W. O. nicht anerkannt, sofern der Wechsel nicht an den Inhaber zahlbar ist."

Chitty S. 281.:

„Wenn ein nur durch Indossament übertragbarer und nicht indossirter Wechsel von der zur Indossirung berechtigten Person verloren worden ist, kann keine andre Person ein Recht an dem Wechsel übertragen (transfer the interest in the bill); und folglich wird eine von dem Trafsaten, obwohl an einen in bona fide befindlichen Inhaber, geschehne Zahlung nicht beschützt werden (will not be protected.)" 1)

Thomson S. 401 — 403.:

„Wenn sich auf dem Wechsel ein ausgefülltes Indossament befindet, kann der Schuldner dem Inhaber nicht mit Sicherheit zahlen, wenn er nicht weifs, dafs derselbe der Indofsatar ist oder ein Mandat von demselben zu Empfangname der Zahlung hat; wenn aber das Indossament in bianco ist, oder die Urkunde an den Inhaber zahlbar gemacht ist, kann jeder Inhaber Zahlung fordern, falls nicht Grund vorhanden ist zu glauben, dafs er auf unrechtmäfsige Weise den Wechsel oder Zahlschein erworben habe. Was den ersten dieser Sätze betrifft,

1) „Mead c. Young, 4 T. R. 28. Archer c. Gouverneur und Compagnie der Bank von England, Dougl. 337."

so ist bezweifelt worden, ob der Debitor nicht entschuldigt seyn würde, wenn er den Wechsel oder Zahlschein bona fide an jemanden, der ihn durch Raub dem wirklichen Indofsatar abgenommen und, indem er sich für jenen ausgab, Zahlung verlangt hatte, bezahlen sollte Aber die Antwort ist, dafs das Indossament, indem es speciell ist, eine gewifse Person als allein befugt zu Empfangname der Zahlung anzeigt, und daher dem Schuldner bekannt macht, er werde nicht sicher seyn, falls er sich nicht die Gewifsheit verschaffe, dafs diese Person es ist, welche die Zahlung erhält. Dieses Princip scheint gleichermafsen anwendbar, in welcherley Weg der wirkliche Inhaber der Urkunde den Besitz derselben erhalten habe, es sey nun durch seine eigne gesetzwidrige Handlung, oder durch Zufall, oder durch die Nachläsigkeit des wirklichen Gläubigers. Es ist auch in dem Falle anwendbar, wenn der Inhaber die Zahlung durch ein in dem Namen des wirklichen Gläubigers zu seinen Gunsten verfälschtes Indossament zu erhalten versucht: denn diefs ist, in Wirklichkeit, durchaus kein Indossament, und, wie künstlich es auch ausgeführt seyn mag, so ist doch der Schuldner, welcher auf den Glauben defselben zahlt, nicht mehr gerechtfertigt, als er befugt seyn würde, Credit gegen jemanden, der Fonds in seinen Händen hat, wegen Zahlung einer auf dessen Namen verfälschten Tratte zu nehmen . . . In allen diesen Fällen würde ein geeigneter Grad von Sorgfalt die Fälschung entdeckt haben, und, wenn der Schuldner vorzieht, ohne Anwendung geeigneter Sorgfalt zu zahlen, so mufs er die Gefahr dieser Handlungsweise tragen. Vielleicht können Fälle gedacht werden, in welchen Nachläfsigkeit oder Betrug des Gläubigers mit dem des wirklichen Inhabers zusammengetroffen haben können, so dafs sie ihm vernünftigen Grund gaben zu glauben, er sey bey Zahlung des Geldes sicher, und solche Nachläfsigkeit oder Betrug können, in diesen besondern Fällen, ihm einen guten Anspruch gegen den

Gläubiger bey dem Wechsel oder Zahlschein geben Aber der Stand des Titels ex facie des Wechsels oder Zahlscheins, welcher gegenwärtig die einzige Frage bildet, kann die von ihm geleistete Zahlung nicht rechtfertigen. Er wird nicht einmal gerechtfertigt seyn, wenn er bei einem an den Inhaber zahlbaren Wechsel oder Zahlschein so handelt, falls das Recht des Inhabers einem Verdacht unterliegt."

In England mufs der Kläger die Aechtheit der Indossamente, worauf er seinen Rechtstitel gründet, beweisen; in Schottland wird dieselbe präsumirt (Thomson S. 653); damit ist aber vorstehende Ansicht des Thomson, — welche den Zahler geradehin für falsche Indossamente verantwortlich erklärt, — unvereinbar. —

In dem Englischen Rechtsfalle Wilkinson c. Johnson wurde sogar der Ehrenzahler, auf Beweis der Falschheit der Signatur des Honorirten (Indossanten), befugt erkannt, das Gezahlte von dem Inhaber zurückzufordern. (Thomson, S. 860.)

Zu Seite 380.

Bayley S. 244:

„Obwohl Nachrichtgebung an den Trassanten nicht erforderlich ist, wenn gezeigt wird, dafs er weder Fonds in den Händen des Trafsaten, noch irgend ein Recht, die Zahlung von ihm zu erwarten, hatte, so kann doch die Beweisführung [1]) nicht zugelafsen werden, dafs der

1) „Dennis c. Morrice, 3 Esp. N. P. C. 158. In einer Klage auf einen Wechsel, die von einem Indofsatar gegen den Trassanten angestellt ward, erhellte, dafs dem Beklagten keine Nachricht von der von dem Acceptanten nicht geschehnen Zahlung gegeben worden war; zu defsen Entschuldigung erbot sich der Kläger zu beweisen, dafs wirklich der Beklagte durch den Mangel dieser Nachricht keinen Nachtheil erlitten hatte. Aber Lord Kenyon sagte: der einzige Fall, in welchem die Nachrichtsertheilung erlassen wird, ist, wenn der Trassant keine Fonds in den Händen des Trassaten hatte. Jenes würde die Regel weiter,

Trassant, wegen der Insolvenz des Trassaten oder andrer Ursachen, keinen Nachtheil durch den Mangel der Nachrichtsertheilung erlitten hat."

als je geschah, ausdehnen und neue Quellen des Streits eröffnen, indem zu untersuchen seyn würde, ob der Traſsant wirklich durch den Mangel der Nachrichtsertheilung Schaden erlitt oder nicht. Er verwarf den anerbotnen Beweis und wies den Kläger ab."

Register

über

den wechselrechtlichen Inhalt dieser Schrift.

Die erste Ziffer bezeichnet die Seitenzahl; in der Parenthese ist, mittelst der Buchstaben N, G, und D., angezeigt, ob dort vom Niederländischen, Groſsbritannischen, oder Dänischen Wechselrecht die Rede ist, und, bei den Niederländischen und Dänischen Gesetzen, die Zahl des Artikels bemerkt.

Da die vorangedruckte Inhaltsanzeige eine schnelle Uebersicht der Wechselgesetze gewährt, und die Bemerkungen über das Groſsbritannische Wechselrecht nach der Folge der Artikel des Niederländischen Wechselgesetzes geordnet sind, so schien es unnöthig, ein ausführlicheres alphabetisches Register beizufügen.

Acceptation. Form derselben. 12. (N. Art. 16.) 16 (N. Art. 18.) 176, 188, 190, 268, 270, 299 — 302, 344 fgg. (G.) 514, 516. (D. Art. 24.) 526. (D Art. 36.)
Bedingte oder theilweise. 18. (N. Art. 21.) 312, 338, 344 fgg. (G.) 516. (D. Art. 25.)
Nach errichtetem Acceptationsprotest. 524, 526. (D. Art. 36.) 530. (D. Art. 42.)
Nach Verfall. 298. (G.)
Falsche. 30. (N. Art. 46.)
Von welchem Augenblick an die Acceptation verbindend ist. 16 (N. Art. 20.) 311, 312. (G.) 516. (D. Art. 26.) 579. (G.)
Verbindlichkeit des Acceptanten gegen den Inhaber. 16, 18. (N. Art. 20.) 30. (N. Art. 45.)
Verhältniſs zwischen dem Trassanten und dem Acceptanten. 28, 30. (N. Art. 41—44.) 32. (N. Art. 49.)

80—89. (Frankfurter Recht.) 311, 324, 325. (G.) 514. (D. Art. 22.) 542. (D. Art. 60.)

Verbindlichkeit des Acceptanten, wenn die Unterschrift des Trassanten falsch ist. 90 (N.) 333. (G.) 578. (N.)

Binnen welcher Zeit der Trassat sich, auf die Acceptationspräsentation, erklären mufs. 10. (N. Art. 13.) 298. (G.) 518, 520. (D. Art. 29.)

Verbindlichkeit zu acceptiren. 12. (N. Art 14, 15.) 298, 299. (G.) 512, 514. (D. Art. 21.)

Pflichten des Acceptationsbesorgers, zu Sicherstellung der Zahlung. 512. (D. Art. 20.)

Assignation. 66, 68. (N. Art. 106—109.) 96. (N.)

Avis. 30. (N. Art. 43, 44.) 314. (G.) 514. (D. Art. 22, 23.)

Bankiersanweisungen. (Checks). 386, 387. (G.)

Bankiersnoten, Banknoten. } 194—200, 387, 388. (G.)

Billet à ordre. 64, 66. (N. Art. 104, 105.)

Bons. 66, 68. (N. Art. 106—109.) 96. (N.)

Bürge. 24. (N. Art. 31—33.) 317. (G.) 528. (D. Art. 38.)

Collision der Gesetze. 68. (N. Art. 110.) 388—392. (G.) 506. (D. Art. 9, 10.)

Dänische Wechselgesetze. 487 fgg.— Verzeichnifs derselben s. Inhaltsanzeige S. XIX.

Ehrenacceptation. Wann, durch wen, und auf welche Weise sie geschieht. 18—22. (N. Art. 22—27.) 313—316. (G.) 526, 528, 530. (D. Art. 37, 38, 41, 43.)

Verbindlichkeit des Ehrenacceptanten. 22. (N. Art. 30.) 32. (N. Art. 48.) 75—78. (Frankfurter Recht.) 313, 317. (G.)

Dem Ehrenacceptanten obliegende Pflicht der Nachrichtgebung. 22. (N. Art. 28.) 316. (G.)

Verhältnifs des Inhabers dabei. 22. (N. Art. 29.) 314, 316. (G.) 528, 530. (D. Art. 38, 41.)

Ehrenzahlung. Wann und durch wen sie geschieht, dabei zu beobachtende Form. 42, 44. (N. Art. 71, 74, 75.) 334—336. (G.) 528. (D. Art. 39.) 540. (D. Art. 57.)

Rechte des Ehrenzahlers. 42, 44. (N. Art. 72, 73.) 335. (G.) 528, 530. (D. Art. 40.)

Englische Wechselgesetze. s. Grofsbritannische.

Falliment des Trassaten vor Verfall, Rechte des Inhabers desfalls. 34, 36. (N. Art. 56.) 46. (N. Art. 78.) 328, 329. (G.) 534. (D. Art. 47.)

Grofsbritannische Gesetze, Wechsel, Zahlscheine u. dgl. betr. 169 — 271. Verzeichnifs derselben, s. Inhaltsanzeige S. XVII, XVIII.
Hauptsätze des Grofsbritannischen Wechselrechts, nach der Folge der Artikel der Niederländischen Wechselordnung. 273—392.

Indossament. Zuläfsigkeit desselben. 10. (N. Art. 12.) 24. (N. Art. 34.) 26. (N. Art. 37.) 28. (N. Art. 40.) 182, 184, 318 — 320, 323. (G.) 508. (D. Art. 12.)
Form. 24, 26. (N. Art. 35.) 28. (N. Art. 39.) 212, 321. (G.) 508. (D. Art. 12.)
Theilweises oder bedingtes. 320, 321. (G.)
In bianco. 26. (N. Art. 36.) 321, 322. (G.) 508. (D. Art. 12.)
Dem Indossatar zu opponirende Einreden. 266, 268, 319, 320, 579, 580. (G.) 508, 510. (D. Art. 13, 14.) 544. (D. Art. 64.)
Falsches Indossament. 28. (N. Art. 38.) 40. (N. Art. 67) 322—324, 333. (G.) 573 fgg. (N.) 580 fgg. (G.)
Indossament in vim mandati. 26. (N. Art. 37.) 323. (G.) 508. (D. Art. 12.)

Kassiersbriefje. s. Bon, Assignation.

Nachrichtgebung. 50. (N. Art. 84, 85.) 178, 190, 204, 359—369. (G.) 522, 524. (D. Art. 34.)

Niederländische Wechselordnung. 1 fgg.
Respondir-Tabelle der einzelnen Artikel derselben mit denen der Französischen Wechselordnung, — Bemerkungen zu Interpretation der erstern. 70 fgg.

Nothadresse. 48. (N. Art. 81.) 526. (D. Art. 37.) 530. (D. Art. 41.) 540. (D. Art. 57.)

Orderbriefje s. Billet à ordre.

Präsentation. Zur Acceptation. 14, 16. (N. Art. 17.) 302 — 307, 310, 338, 339. (G.) 512. (D. Art. 19.) 518. (D. Art. 27, 28.)
Zur Zahlung. 14, 16. (N. Art. 17.) 46. (N. Art. 79.) 307 — 311, 341 fgg. (G.) 518. (D. Art. 27. 28.) 536. (D. Art. 50.)

Promissory notes. s. Zahlscheine.

Protest. Form. 48, 50. (N. Art. 82, 83.) 176, 178, 192, 356 — 359. (G.) 520, 522. (D. Art. 30 — 32.) 538. (D. Art. 56.)
Perquisitionsprotest. 48. (N. Art. 80.) 338, 339, 341. (G.) 522. (D. Art. 32.)
Wegen Nichtacceptation. 44. (N. Art. 76, 77.) 188. 190, 192, 336 — 339. (G.) 520. (D. Art. 29.) 522. (D. Art. 33.)
Wegen Falliments des Trassaten vor Verfall s. Falliment.
Wegen Nichtzahlung. 40. (N. Art. 66.) 46, 48. (N. Art. 79 — 81.) 176 fgg. 192, 332, 333, 339 fgg. (G.) 536, 538, (D. Art. 52, 54, 56.)

Regreſs. Bei Nicht-Acceptation. 46. (N. Art. 78.) 339, 371. (G.) 522. (D. Art. 33.) 532. (D. Art. 44.) 534. (D. Art. 46.) 556 fgg. (D.)
Bei Falliment des Trassaten vor Verfall. s. Falliment.
Bei Nicht-Zahlung. 52 — 56. (N. Art. 86 — 96.) 369. fgg (G.) 532. (D. Art. 45.) 540. (D. Art. 59.)
Folgen eines Versäumnisses in den zu Erhaltung des Regresses erforderlichen Maaſsregeln. 8, 10. (N. Art. 8 — 11.) 16. (N. Art. 19.) 60. (N. Art. 100, 101.) 178, 190, 192, 204, 379 — 382. (G.) 524. (D. Art. 35.) 538. (D. Art. 56.) 577. (N.) 582, 583. (G.)
Regreſs gegen denjenigen, für dessen Rechnung gezogen ist. 58, 60. (N. Art. 99.) 94 — 96.

Schottländische Wechselgesetze s. Groſsbritannische.

Solidarverbindlichkeit der Wechselschuldner. 32. (N. Art. 47.) 52 (N. Art. 86.) 56, 58. (N. Art. 97, 98.) 91, 92. (N.) 92 — 94. (Frankfurter Recht.) 324, 325, 378, 379. (G.)

Verfallzeit. 32, 34. (N. Art. 50 — 55.) 176, 190, 204, 325 — 328. (G.) 504, 506. (D. Art. 8, 9.) 534, 536. (D. Art. 385. 48 — 50.) 536, 538. (D. Art. 52 — 55.) 554. (D.)

Verjährung. 62, 64. (N. Art. 103.) 186, 202, 204, 292, 382 — 385. (G.) 552. (D. Art. 73.)

Verlorner Wechsel. 38, 40. (N. Art. 64.) 62. (N. Art. 102.) 180, 297, 298, 332. (G.)

Wechsel. Requisite und Form. 4, 6. (N. Art. 1 — 4.) 176, 192, 208 fgg. 230 fgg. 274 — 278, 286 fgg. (G.) 498 fgg. (D. Art. 1 fgg.) 554. (D.)

Wechsel. Ausländische und inländische (Foreign, and inland bills of exchange.) 204, 280. (G.)
Einheimische. (Indenbyes Vexler.) 488 fgg. (D.)
Verfahren auf Wechsel. 170 — 174, 204, 206, 371 — 373. (G.) 546 — 552. (D. Art. 67 — 72)

Wechselduplicate und Copien. 6. (N. Art. 6.) 38. (N. Art. 61 — 63.) 293 — 297. (G.) 510 — 512. (D. Art. 15 — 18, 20.) 542, 544. (D. Art. 61 — 63.)

Wechselfähigkeit. 71. (N.) 186, 281 fgg. (G.) 500. (D. Art. 4.)

Zahlscheine. (Promissory notes.)
Formulare. 278, 279. (G.)
Gleichstellung mit Wechseln. 182, 184, 200, 202, 280, 281, 385. (G.)

Zahlung. Bei Verfall. 40. (N. Art. 65.) 332. (G.) 544, 546. (D. Art. 65.) 580 fgg. (G.)
Vor Verfall. 36. (N. Art. 59.) 38. (N. Art. 60.) 331. (G.) 536. (D. Art. 51.) 536. (D. Art. 50.)
Nach verweigerter Acceptation. 526. (D. Art. 36.)
Stückzahlung. 40, 42. (N. Art. 69, 70.) 334. (G.) 540. (D. Art. 58.)
In welcher Münze sie geschehen mufs. 36. (N. Art. 57, 58.) 329 — 331. (G.) 532. (D. Art. 45.) 573. (N.)
Quittirung des Zahlers. 40, 42. (N. Art. 68. 70.) 333. (G.) 536. (D. Art. 50.)

Zahlungsplatz, von dem Wohnorte des directen Schuldners verschiedner. 8. (N. Art. 8.) 16. (N. Art. 18, 19.) 30. (N. Art. 42.) 44. (N. Art. 77.) 46, 48. (N. Art. 80.) 268, 270, 339, 341 fgg. (G.) 502, 504. (D. Art. 7.) 516. (D. Art. 24.) 538. (D. Art. 56.)

Zinsen. 56. (N. Art. 94, 95.) 172, 292, 376, 377. (G.) 532. (D. Art. 45.) 558 fgg. (D.)

S. XIV. Z. 6. v. o. Statt: »134« l. 234.«
S. 16. Z. 17. v. o. Statt: »avontgen« l. »ontvangen«.
S. 33. Z. 8. v. u. Statt »l'échange« l. »l'écheance.«
S. 107. Z. 12. v. u. fehlt, nach »Esterlins«, die Ziffer »5«.
S. 117. In der dritten Abtheilung der Tabelle, fehlt, unter »8«, die Ziffer »1«.
S. 123. Z. 7. v. o. Statt: »1 Gräne« l. »18 Gräne«.
S. 259. Z. 2. v. o. fehlt, vor »behalf«, das Wort »her.«
S. 286. Z. 8. v. o. ist nach dem Worte »auch« hinzuzusetzen: »die Verbindlichkeit, und«.
S. 287. Z. 5. v. u. ist nach »Stempelgesetz« hinzuzufügen: »für Wechsel und Zahlscheine«.
S. 290. Z. 1 Statt »Acception« l. »Acceptation«.
S. 297. Z. 4. v. o. fehlt, vor »In u. s. w.«, das Anführungszeichen.
S. 299. Not. 2.: »S. übrigens S. 300, 301.«
S. 300. Z. 15. v. o. Statt »Doctrie« l. »Doctrin«.
S. 314 Z. 5. v. u. Statt »Trassant« l. »Trassat«.
S. 317. Z. 16. v. u. Statt »Trassat« l. »Trassant«.
S. 319. Z. 12. v. o. ist das Wort »persönliche« auszustreichen.
S. 322. Not. 2. Z. 3. Statt »nicht« l. »um so weniger«.
Z. 4. Statt »Trassanten« l. »Trassaten«.
S. 329. Z. 27. a. E. fehlt das Anführungszeichen, welches bezeichnet, daſs diese Stelle, aus Thomson, übersetzt ist.
S. 338. Not. 2. Statt »213« l. 223.«
S. 339. letzte Zeile. Statt »436« l. »481«.
S. 376. Z. 9. v. o. Statt »oder« l. »der«.
S. 379. Not. 2. a. E.: »Vergl. oben S. 311.«
S. 384. Not. 3. Z. 5. nach den Worten »für den Wechsel« ist hinzuzufügen: »auf den Glauben seiner Acceptation«.
S. 401. Z. 2. v. u. Statt »Gran« l. »Grän.«
S. 419. Z. 5. v. o. Statt: »wenn« l. »wann«.
S. 423. Z. 10. v. u. ist nach »werden« hinzuzufügen: »sollen«.
Z. 7. v. u. ist das Wort »sollen« auszustreichen.
S. 425. Z. 12. v. u. fgg., Statt »Gran« l. »Grän.«
S. 465. oben, am Rand, ist das Ende der Randglosse (S. 463. unten) ausgefallen: »weiter nach dem Gewicht, zuläſsig ist, von einem in einer Königlichen Bekanntmachung zu bestimmenden Tage an, aufgehoben«.
S. 511. Z. 1. Statt »ist« l. »wird«.
S. 571. Z. 1. v. u. Statt »362« l. »462.«

Bayerische
Staatsbibliothek
München

S. XIV. Z. 6. v. o. Statt: »1824« l. »1834.«
S. 16. Z. 17. v. o. Statt: »Sontengus« l. »Sonttengus«.
S. 33. Z. 8. v. u. Statt »Dechange« l. »Dechauge«.
S. 107. Z. 12. v. u. fehlt, nach »Ratenfrist«, die Ziffer »5«.
S. 117. In der dritten Abtheilung der Tabelle, fehlt, unter »8«, die Ziffer »1«.
S. 123. Z. 7. v. o. Statt: »1 Graner« l. »13 Grüner«.
S. 259. Z. 2. v. o. fehlt, vor »behalf«, das Wort »aber«.
S. 286. Z. 8. v. o. ist nach dem Worte »auch« hinzuzusetzen: »die Verbindlichkeit, und«.
S. 287. Z. 5. v. u. ist nach »Stempelgesetz« hinzuzufügen: »für Wechsel und Zahlscheine«.
S. 290. Z. 1 Statt »Acceptions« l. »Acceptations«.
S. 297. Z. 4. v. o. fehlt, vor »In u. s. w.«, das Anführungszeichen.
S. 299. Not. 2. »S. übrigens S. 300, 301.«
S. 300. Z. 15. v. o. Statt »Doctrice« l. »Doctrine«.
S. 314. Z. 5. v. u. Statt »Trassanta« l. »Trassata«.
S. 317. Z. 16. v. u. Statt »Trassat« l. »Trassant«.
S. 319. Z. 12. v. o. ist das Wort »persönliche« auszustreichen.
S. 322. Not. 2. Z. 3. Statt »nicht« l. »um so weniger«.
Z. 4. Statt »Trassanten« l. »Trassaten«.
S. 329. Z. 27. a. E. fehlt das Anführungszeichen, welches bezeichnet, daß diese Stelle, aus Thomson, übersetzt ist.
S. 338. Not. 2. Statt »210« l. »228«.
S. 339. letzte Zeile. Statt »436« l. »481«.
S. 366. Z. 9. v. o. Statt »oder« l. »der«.
S. 379. Not. 2. a. E.: »Vergl. oben S. 311.«
S. 384. Not. 3. Z. 5. nach den Worten »für den Wechsel« ist hinzuzufügen: »auf den Glauben seiner Acceptation«.
S. 401. Z. 2. v. u. Statt »Grane« l. »Grän.«
S. 419. Z. 5. v. o. Statt: »wenn« l. »wann«.
S. 423. Z. 10. v. u. ist nach »werden« hinzuzufügen: »sollen«.
Z. 7. v. u. ist das Wort »sollen« auszustreichen.
S. 425. Z. 12. v. u. flgg. Statt »Grane« l. »Grän.«
S. 465. oben, am Rand, ist das Ende der Randglosse (S. 463. unten) ausgefallen: »weiter nach dem Gewicht, zulässig ist, von einem in einer Königlichen Bekanntmachung zu bestimmenden Tage an, aufgehoben«.
S. 511. Z. 1. Statt »ist« l. »wird«.
S. 571. Z. 1. v. u. Statt »362« l. »462.«

Bayerische Staatsbibliothek München



BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Schulin, Philipp Friedrich,

Niederländische und Großbritannische Wechsel- und Münzgesetze

Frankfurt a. M. 1827

Merc. 225 m
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10291736-1